

Flickwerk Flüchtlingspolitik; Die Geschichte der europäischen Migrations- und Asylpolitik ist ein Trauerspiel, trotz jahrzehntelanger Verhandlungen. Deutschland hat daran nicht geringen Anteil.

ZEIT-online

Freitag 11. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Europäische Union; Ausg. 42

Length: 992 words

Byline: Christopher Pramstaller

Body

Flüchtlinge aus Libyen auf Lampedusa

© Tullio Puglia/Getty Images

Sie flüchten und viele sterben - doch die Boote kommen weiterhin. Erst in der Nacht zum Dienstag retteten zwei Frachtschiffe mehrere Hundert **Flüchtlinge** aus dem Mittelmeer. Ein Schiff unter panamaischer Flagge nahm von einem in Not geratenen Boot etwa 100 Kilometer vor Sizilien 263 Menschen auf und brachte sie zu der Insel. Ein Frachter aus Dänemark rettete weitere 141 Menschen. Es hätten die nächsten Toten vor Europas Küsten sein können - und wenn man die Geschichte der europäischen **Asyl-** und **Flüchtlingspolitik** betrachtet, kann man sich sicher sein, dass es nicht die letzten sein werden. Auch, weil Deutschland mögliche Lösungen konsequent blockiert.

Seit Jahrzehnten schon streitet Europa über eine gemeinsame **Migrations-** und **Asylpolitik**. Sie steht im Spannungsfeld zwischen menschenwürdigem **Flüchtlingsschutz** und einer solidarischen Verantwortungsteilung unter den Mitgliedstaaten. Die entscheidende Frage aber lautet: Wer übernimmt die Verantwortung? Hat sich Europas **Asyl-** und **Flüchtlingspolitik** nicht vor allem in eine Richtung entwickelt: weg vom Schutz der **Flüchtlinge** und hin zum Schutz der Festung Europa vor ihnen?

"Wenn nach diesem noch nie dagewesenen Aufschrei der Öffentlichkeit nichts geschieht, wann soll dann etwas passieren", sagt die migrationspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament, Ska Keller. Dennoch käme weder Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) noch seinen europäischen Kollegen der Gedanke, das Dublin-System grundlegend zu reformieren oder ganz zu ersetzen. "Ihr einziger Vorschlag ist die noch stärkere Grenzsicherung", sagt Keller.

Von Rom bis Dublin

Die Geschichte der Migrationspolitik in Europa lässt sich in drei große Phasen aufteilen. Von einer koordinierten Politik der Mitgliedsstaaten führte der Weg über zwischenstaatliche Zusammenarbeit hin zu einer Migrationspolitik als Aufgabe der gesamten Europäischen Union. Rom, Schengen, Maastricht, Amsterdam, Tampere, Dublin: Die

Flickwerk Flüchtlingspolitik Die Geschichte der europäischen Migrations- und Asylpolitik ist ein Trauerspiel, trotz jahrzehntelanger Verhandlungen. Deutschland

Liste der Orte, an denen Europa sich der Frage von Asyl, Flucht und Migration gewidmet hat, ist lang - das Ergebnis Flickwerk.

Bis 1990 waren Migration und Asyl Aufgabe jedes einzelnen Staates. Koordination gab es lediglich im Bereich der grenzüberschreitenden Kriminalität oder des Terrorismus. Als europäische Aufgabe wurde das Thema nicht verstanden, ganz zu schweigen von Kompetenzen auf der Gemeinschaftsebene. Angesichts steigender Asylbewerberzahlen einigte man sich bis 1999 zumindest darauf, wer für die Behandlung eines Asylantrages zuständig sein sollte.

Der Vertrag von Maastricht (1991), das Schengener Durchführungsübereinkommen (1995) und das Dublin-Abkommen der damaligen Europäischen Gemeinschaft (1997) legten fest, dass die Asylpolitik als Aufgabe von "gemeinsamem Interesse" betrachtet werden sollte. Zunächst jedoch nur zwischenstaatlich. Erst seit dem Amsterdamer Vertrag, der 1997 unterzeichnet wurde und 1999 in Kraft trat, wird die Politik in den Bereichen "Migration und Asyl" zumindest formal in Teilen gemeinsam geregelt. "Vergemeinschaftung" heißt das in der EU.

Eine große Lösung blieb dabei aus. Und wenn sich doch auf eine gemeinsame Linie geeinigt werden konnte, wie 1999 in Tampere, dann wird bei der Umsetzung geschludert. Damals hatten sich die europäischen Staaten darauf verständigt, ein gemeinsames Asylsystem zu schaffen und die Migrationspolitik zu vergemeinschaften, um einen "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" in der EU zu verwirklichen. Die finnische Präsidentschaft bekannte sich damals zur Genfer Flüchtlingskonvention und erklärte, dass alle zu beschließenden Maßnahmen an dieser zu messen seien. Die Toten im Mittelmeer zeigen deutlich, dass diesem Bekenntnis keine entsprechende Politik folgte.

Dabei wäre eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik spätestens mit dem Wegfall der EU-Binnengrenzen im Jahr 1995 zwingend notwendig geworden. Das Weißbuch von 1985, die Einheitliche Europäische Akte, das Palma-Dokument von 1993 und zahlreiche weitere Verträge und Dokumente haben stets auf eine Vereinheitlichung des Binnenmarkts hingearbeitet. Asylsuchende und Flüchtlinge wurden dabei vergessen. "Es gibt kein gesamteuropäisches Asylprogramm. Das existiert vielleicht auf dem Papier, wirklich umgesetzt wird es aber nicht", sagt Keller.

Deutschland blockt Solidaritätsmechanismus ab

Letzter Stand der europäischen Migrations-Politik ist Dublin III, am 26. Juni 2013 auf EU-Ebene verabschiedet. Das Gesetzespaket ist eine graduelle Veränderung zu Dublin II, das im Kern besagt, dass derjenige Mitgliedstaat für die Versorgung eines Flüchtlings und das Asylverfahren zuständig ist, über den der Asylsuchende in die EU eingereist ist. Damit wird den Ländern an den Südgrenzen der EU, wie Malta, Griechenland, Spanien und Italien, die größte Verantwortung für das gemeinsame Asylsystem aufgebürdet.

Deutschland nutzt die Regelung, weil es von einem Kranz von EU-Ländern umgeben ist, den sogenannten Drittstaaten. Es überrascht kaum, dass die Bundesregierung bei den Verhandlungen zu Dublin III, das vor der Sommerpause verabschiedet wurde, alle Forderungen des Europaparlaments und der Kommission nach einem Solidaritätsmechanismus rundweg abgeblockt hat.

"Selbstverständlich" würden die bestehenden Regeln zur Aufnahme von Flüchtlingen unverändert bleiben. So sagte es Innenminister Friedrich jetzt nach der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa. Und obwohl dort gerade mehr als 300 Menschen gestorben waren, beklagte Friedrich sogleich den vermeintlich wachsenden Sozialhilfe-Missbrauch durch Migranten aus Rumänien und Bulgarien. Ein Problem, das so laut EU-Kommission gar nicht existiert.

Möglicherweise wird die künftige Bundesregierung anders mit dem Thema umgehen. Sowohl SPD als auch Grüne haben angekündigt, in möglichen Koalitionsverhandlungen mit der Union auf eine Reform der Asyl- und Flüchtlingspolitik zu dringen.

Flickwerk Flüchtlingspolitik Die Geschichte der europäischen Migrations- und Asylpolitik ist ein Trauerspiel, trotz jahrzehntelanger Verhandlungen. Deutschland

Load-Date: October 11, 2013

End of Document

Amnesty prangert Griechenlands Umgang mit Flüchtlingen an; Tägliche rassistische Übergriffe und die Verletzung internationaler Standards: Amnesty International wirft Griechenland vor, Flüchtlinge nicht zureichend zu schützen.

ZEIT-online

Donnerstag 20. Dezember 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: MENSCHENRECHTE; Ausg. 52

Length: 384 words

Body

Flüchtlingskinder in Athen warten auf die Essensausgabe von einer Suppenküche.

© Louisa Gouliamaki/AFP/Getty Images

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) hat die Situation von **Flüchtlingen** in Griechenland angeprangert. "Griechenlands Versagen, die Rechte von **Migranten** und **Asylsuchenden** zu garantieren, nimmt die Ausmaße einer humanitären Krise an", sagte John Dalhuisen, Amnesty-Direktor für Europa und Zentralasien.

Die griechische Regierung sei vor dem Hintergrund des wachsenden Migrationsdrucks, der Wirtschaftskrise in dem Land sowie einer steigenden fremdenfeindlichen Stimmung nicht einmal fähig, die grundlegendsten Anforderungen zum Schutz von Flüchtlingen zu erfüllen. Amnesty kritisiert insbesondere die hohen Hürden für Asylanträge, die auch nicht durch die starke Belastung Griechenlands durch die vielen Flüchtlinge gerechtfertigt seien.

Jedes Jahr kommen Zehntausende Menschen aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien über die Land- und Seegrenzen nach Griechenland, das für sie das Tor zu einem besseren Leben in Europa ist. Besonders gestiegen ist die Zahl der Flüchtlinge, die über die türkisch-griechische Grenze ins Land gelangen.

Vor Kurzem hatte auch das UN-Flüchtlingshilfswerk die Situation von Migranten und Asylsuchenden in Griechenland kritisiert. Insbesondere Kinder würden unter katastrophalen Bedingungen festgehalten oder schutzlos sich selbst überlassen. Diesen Eindruck bestätigte Amnesty: Kinder, die allein ohne Angehörige nach Griechenland kämen, würden unter ärmlichen Bedingungen in Auffanglagern festgehalten. "Die griechische Regierung muss dafür Sorge tragen, dass die Inhaftierung von Flüchtlingen nur ein Letztes Mittel ist und die von Kindern gesetzlich ganz verboten wird", sagte Dalhuisen.

Die große Mehrheit der Flüchtlinge scheitere zudem daran oder gebe es auf, ihre Anerkennung von Asyl durchzusetzen. Dadurch riskierten sie allerdings, bei einer der Massenverhaftungen festgenommen und in überfüllten sowie unhygienischen Gefängnissen inhaftiert zu werden. Die griechischen Behörden verletzten fortwährend die internationalen Standards zum Schutz von Flüchtlingen.

Amnesty prangert Griechenlands Umgang mit Flüchtlingen an Tägliche rassistische Übergriffe und die Verletzung internationaler Standards: Amnesty International w....

Besorgniserregend sei auch der Anstieg rassistischer Übergriffe im vergangenen Jahr. Ziel solcher Übergriffe seien fast täglich Asylsuchende, Migranten, Läden und Moscheen gewesen.

Load-Date: December 23, 2012

End of Document

500 Euro für ein Leben auf der Straße; Italien hat keinen Plan, wie es mit Tausenden Flüchtlingen aus Afrika umgehen soll. Angeblich wird jetzt eine Prämie gezahlt, damit sie nach Deutschland weiterreisen.

ZEIT-online

Donnerstag 30. Mai 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ITALIENS FLÜCHTLINGSPOLITIK; Ausg. 23

Length: 1158 words

Byline: Fabio Ghelli

Body

Ein junger Mann in einem **Flüchtlingslager** auf Lampedusa

© Giorgio Cosulich/Getty Images

Ajo* war erst vierzehn Jahre alt, als er aus Somalia floh. Nach einer höllischen Reise durch Afrika und über das Mittelmeer erreichte er wie Tausende andere Menschen zuvor die italienische Küste. Der junge Mann wurde festgenommen und in ein Aufnahmезentrum gebracht. Nach zwei Monaten erhielt er eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung und den Rat, Italien so schnell wie möglich zu verlassen.

Diesen Rat kennt fast jeder **Flüchtling**, der in Italien ankommt - meist zugeflüstert von einem freundlichen Polizisten oder einem Mitarbeiter im Amt für **Migration**. Auch vielen der etwa 300 Frauen und Männer, die seit Wochen in Hamburg um eine Unterkunft für sich kämpfen, hat man etwas Ähnliches gesagt.

Über die Flüchtlinge, die am Bismarck-Denkmal in Hamburg kampieren, hat sich ein diplomatischer Streit entwickelt. Laut der Tageszeitung *Die Welt* hat das Bundesinnenministerium an die Ausländerreferenten der Bundesländer geschrieben, den Flüchtlingen seien von den italienischen Behörden 500 Euro "mit dem Hinweis in die Hand gedrückt" worden, sie sollten nach Deutschland reisen.

Das italienische Innenministerium hat diesen Vorwurf bereits zurückgewiesen. Keine Behörde habe den Flüchtlingen so etwas gesagt. Wer in Italien eine Aufenthaltserlaubnis erhalte, schreibt das Ministerium, dürfe gemäß dem Schengen-Abkommen bis zu drei Monate lang frei durch Europa reisen.

Schon einmal hatten die Italiener sich den Unmut ihrer europäischen Nachbarn zugezogen, als sie im April 2011 vielen arabischen Flüchtlingen Reisegenehmigungen erteilten: Hunderte machten sich damit nach Frankreich auf, die Regierung dort drohte damals, die Grenze zu Italien zu schließen.

Regierung drückt sich um Integrationspolitik

500 Euro für ein Leben auf der Straße Italien hat keinen Plan, wie es mit Tausenden Flüchtlingen aus Afrika umgehen soll. Angeblich wird jetzt eine Prämie gezahlt....

Das Problem sei diesmal durch das Auslaufen des sogenannten "Notfallplans für Nordafrika" entstanden, sagt das italienische Innenministerium. Den hatte die italienische Regierung im Februar 2011 aufgelegt, um auf die zunehmende Zahl von Flüchtlingen zu reagieren, die nach dem Arabischen Frühling nach Europa kamen. In den folgenden zwei Jahren wurden nach Angaben des Ministeriums etwa 62.000 Flüchtlinge aus Nordafrika - unter ihnen viele Tunesier und Libyer - , aber auch Flüchtlinge aus Ost- und Zentralafrika in temporären Aufnahmestrukturen untergebracht: zum Teil in öffentlichen Gebäuden, zum Teil in Hotels und privaten Unterkünften.

1,3 Milliarden Euro, etwa 25.000 Euro pro Person, investierte das italienische Innenministerium in das Projekt, die EU beteiligte sich nur geringfügig. Doch der Notfallplan half nicht dabei, die Migranten zu integrieren, sondern er wurde zu einem einträglichen Geschäft für viele Hoteliers. Als der Notfallplan im Dezember 2012 für beendet erklärt wurde, hatte sich an der Situation der Flüchtlinge wenig geändert. Im vergangenen Februar mussten etwa 13.000 Asylbewerber ihre Unterkünfte verlassen. Als "Integrationshilfe" stellte das Ministerium 500 Euro pro Person zur Verfügung. Wohin die Migranten damit gehen sollten, blieb offen.

Für Christopher Hein, den Direktor des italienischen Flüchtlingsrats, ist das Problem, "dass Italien traditionell ein Transitland für Migranten war". Deshalb habe die Regierung bislang die Aufnahmestrukturen nicht ausgebaut und keine effektive Integrationspolitik auf den Weg gebracht. Dabei seien durchaus 3.000 Plätze für Flüchtlinge vorhanden. "Die Flüchtlinge im Land sind aber mindestens zehnmal so viele."

Die Flüchtlinge, die im Mittelmeer aufgegriffen werden, landen in Aufnahmezentren für Asylbewerber, wo ihr Flüchtlingssschutzantrag bearbeitet wird. Wenn sie aus Krisenländern wie Somalia, Afghanistan, Libyen oder dem Sudan kommen, erhalten sie meist binnen zwei Monaten eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis. Sobald sie die haben, werden sie vor die Tür gesetzt. Denn laut europäischem Flüchtlingsrecht haben nur Asylbewerber ein Recht auf Grundversorgung. Wenn man aber als schutzbedürftiger Flüchtling anerkannt wird, ist der Staat nicht mehr gezwungen, Hilfe zu leisten.

Offiziell dürfen anerkannte Flüchtlinge in Italien frei durch das Land reisen und eine Arbeit suchen. Dagegen hätten die nach Deutschland gekommenen Menschen "hier grundsätzlich kaum Chancen", weil ihnen die Arbeitserlaubnis fehle, schrieb Hamburgs Sozialsenator in einer Stellungnahme angesichts der 300 Flüchtlinge am Bismarck-Denkmal. Hier hätten sie keinen Anspruch auf Unterbringung oder andere Leistungen. "Die Rückreise ist die einzige Option."

Keine schöne Option, denn Tausende Flüchtlinge - Männer, Frauen und Kinder - leben in Italien auf der Straße. Die meisten zieht es nach Rom oder Mailand, weil es dort einfacher ist, Nahrung und Kleidung zu finden. Allein in der Hauptstadt leben mehr als 6.000 Flüchtlinge. Oft finden sie Unterkunft in improvisierten Lagern oder verlassenen Gebäuden, wie dem sogenannten Palast Salam, einem ehemaligen Universitätsgebäude, in dem seit fünf Jahren mehr als 800 Menschen wohnen.

Nach einigen Monaten wollen alle nur noch eins: weg aus Italien. Die Flüchtlinge wissen, dass die Lebensbedingungen in Nordeuropa besser sind. So machen sich Tausende auf den Weg in die Schweiz, nach Deutschland, Holland oder Dänemark.

Milliarden immer nur im Notfall

Aufgrund der Dublin-Verordnung - eines internationalen Abkommens, das die Zuständigkeit bei Asylanträgen bestimmt - ist jeder Flüchtling aber für mindestens fünf Jahre an das europäische Land gebunden, in dem er zuerst seinen Antrag gestellt hat. So werden jährlich mehr als 2.000 Flüchtlinge aus Deutschland nach Italien abgeschoben. Die meisten begeben sich immer wieder auf die Reise. Die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Italien sind mittlerweile europaweit so bekannt, dass sich auch deutsche Gerichte weigern, einer Abschiebung nach Italien zuzustimmen.

Ob das Ende des "Notfallplans für Nordafrika" eine neue Migrationswelle nach Nordeuropa ausgelöst hat, ist fraglich. Die Flüchtlingsorganisation ProAsyl meldet zwar einen leichten Anstieg der Widersprüche gegen

500 Euro für ein Leben auf der Straße Italien hat keinen Plan, wie es mit Tausenden Flüchtlingen aus Afrika umgehen soll. Angeblich wird jetzt eine Prämie gezahlt....

Abschiebungsverfahren nach Italien. Als das Programm beendet wurde, weigerten sich allerdings viele Migranten, die 500 Euro Abfindung anzunehmen und ihre Unterkünfte zu verlassen. Die ehemalige italienische Innenministerin Annamaria Cancellieri sagte, ungefähr 5.000 Migranten hätten beschlossen, Italien zu verlassen.

Christopher Hein mahnt vor diesem Hintergrund eine langfristig angelegte Flüchtlingspolitik in Italien an. Stattdessen verschwende die Regierung Milliarden mit Notfallplänen, die die Lage unverändert ließen.

Vielleicht hat man in Rom aber auch die Zeichen der Zeit erkannt: In seiner Pressemitteilung zur "Reiseprämie" nach Deutschland teilte das italienische Innenministerium mit, vor etwa zwei Wochen sei eine deutsch-italienische Task Force eingerichtet worden, die eine gemeinsame Flüchtlings- und Migrationspolitik erarbeiten solle.

* *Name der Redaktion bekannt*

Load-Date: May 30, 2013

Worum es wirklich geht; Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Worum es wirklich geht; S. 10; Ausg. 43

Length: 2467 words

Byline: Christiane Grefe, Ulrich Ladurner, Elisabeth Niejahr, Sahar Sarreshtehdari, Özlem Topcu

Body

1. Wie viele Migranten und Flüchtlinge leben in Deutschland?

In Deutschland leben derzeit knapp 82 Millionen Menschen. Davon haben laut Statistischem Bundesamt 15 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund, das entspricht 18,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen "alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil". So definieren es die Bundesstatistiker.

Der Unterschied zwischen Migranten und Flüchtlingen ist, dass Migranten freiwillig aus wirtschaftlichen, politischen oder Sicherheitsgründen an einen anderen Ort ziehen. Flüchtlinge dagegen fliehen aus ihrem Heimatland oder werden zur Flucht gezwungen. Flüchtlinge bekommen von der Regierung einen Flüchtlingsstatus, der sie für eine gewisse Zeit schützt. Nach Artikel 16a des Grundgesetzes genießen politisch Verfolgte Asyl. Es gibt allerdings noch zwei weitere Gruppen von Menschen, die in Deutschland geschützt werden: solche aus Bürgerkriegsgebieten, die nach einem Beschluss der EU vorübergehenden Schutz erhalten können, sowie nicht anerkannte Flüchtlinge, die einen sogenannten subsidiären Schutz erhalten, weil ihnen bei Abschiebung ins Herkunftsland Folter oder Gefahr für Leib und Leben drohen würden.

2013 gingen bisher 85 325 Asylanträge ein. Das ist eine Steigerung von 74 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

2. Welche legalen Möglichkeiten haben Arbeitsmigranten, nach Deutschland zu kommen?

Wer in Deutschland arbeiten will, einen deutschen oder in Deutschland anerkannten Hochschulabschluss hat, kann seit August 2012 nach Deutschland einreisen und sechs Monate lang einen Arbeitsplatz suchen. Voraussetzung ist: Er muss sich in der Zeit selbst versorgen können. Hochqualifizierte, die ein konkretes Jobangebot haben, können über die EU-Regelung der "Blauen Karte" einreisen.

Worum es wirklich geht Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

Einreisewillige mit einem Hochschulabschluss müssten also nicht illegal kommen - diese Einwanderer brauchen nur ein Visum und ein Flugticket. Das Aufenthaltsgesetz macht es möglich. Natürlich kann diese Regelung nur für einen kleinen Teil aller Flüchtlinge gelten. Sachsens Innenminister Markus Ulbig, CDU, etwa wies in den vergangenen Tagen darauf hin, dass unter den Asylbewerbern zehn Prozent eine Qualifikation hätten, "die bei uns hier in Deutschland gebraucht wird". Auf Grundlage der besagten Regelung im Aufenthaltsgesetz hielten sich laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuletzt (31. August 2013) gerade einmal 95 Personen in Deutschland auf. Es spricht einiges dafür, dass viele Flüchtlinge diese Regelung nicht kennen, auch in Deutschland ist sie nur Experten bekannt. In den Herkunftsländern macht die Bundesregierung zumindest keine Werbung dafür. Zehn Prozent der Flüchtlinge müssten womöglich gar kein Asyl beantragen, wenn sie diese Möglichkeit kennen würden.

3. Welche Sozialleistungen bekommen Flüchtlinge?

Für die meisten Flüchtlinge gilt das Asylbewerberleistungsgesetz. Danach bekommen anerkannte und auch bloß geduldete Flüchtlinge weniger Unterstützung als deutsche Hartz-IV-Empfänger. Bis zum vergangenen Jahr lag der Abstand bei dreißig Prozent, inzwischen wurden die Sätze annähernd angepasst an das Unterhaltsniveau von Hartz-IV-Empfängern. Dass immer noch ein Unterschied besteht, liegt daran, dass Asylbewerber kein Geld für Anschaffungen im Haushalt erhalten. Bei ihnen geht man davon aus, dass sie nur vorübergehend in Deutschland sind und in Flüchtlingsheimen oder anderen vom Staat bereitgestellten Unterkünften wohnen.

Laut Gesetz soll eigentlich nur ein Teil der staatlichen Unterstützung bar ausgezahlt werden. Momentan sind es 137 Euro im Monat. Dieser Betrag ist beispielsweise für Tickets für öffentliche Verkehrsmittel oder für Telefonate gedacht. Was die Menschen an Kleidung oder Essen brauchen, soll der Staat, streng genommen, in Form von Sachleistungen oder Gutscheinen zur Verfügung stellen. Weil es aber sehr aufwendig ist, Essens- oder Kleidungspakete zusammenzustellen, bekommen Asylbewerber in vielen Bundesländern trotzdem Bargeld oder eine Mischung aus Sach- und Geldleistungen. Nur in Bayern werden in der Regel Gutscheine, Hygiene- und sogar Lebensmittelpakete verteilt. Sobald Flüchtlinge vier Jahre im Land sind, wird die Unterstützung leicht erhöht - der genaue Betrag hängt von der Zahl der Familienmitglieder ab. In jedem Fall liegt die staatliche Hilfe unterhalb der 391 Euro pro Monat, die Hartz-IV-Empfänger erhalten.

Andere Regeln gelten für Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien. Flüchtlinge sind sie ohnehin nur in dem Sinne, dass unter ihnen auch Menschen sind, die wegen bedrückender Armut in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen. Momentan bekommen 37 000 in Deutschland lebende Rumänen und Bulgaren Hartz IV. Das sind nur 0,6 Prozent sämtlicher Hartz-IV-Empfänger in Deutschland, aber immerhin 11 000 Menschen mehr als vor einem Jahr. In den meisten Fällen handelt es sich um Menschen, die schon länger in Deutschland leben, einen sozialversicherungspflichtigen Job hatten und arbeitslos wurden. Womöglich ändert sich die Situation aber Anfang 2014, weil dann auch für Rumänen und Bulgarien das in der EU geltende Prinzip der Freizügigkeit gilt. Sie können dann ohne Auflagen nach Deutschland ziehen und hier Arbeit suchen. Das staatliche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erwartet, dass in diesem Fall innerhalb des kommenden Jahres 100 000 bis 180 000 Rumänen und Bulgaren nach Deutschland ziehen werden.

4. Nehmen Flüchtlinge den Deutschen Jobs weg?

Anerkannte Flüchtlinge können sich in Deutschland auch um Stellen bewerben, die für deutsche Arbeitnehmer interessant wären. Asylbewerber dürfen das jedoch nicht. In den ersten neun Monaten nach ihrer Ankunft in Deutschland dürfen sie nicht berufstätig sein - bis vor Kurzem galt das Verbot sogar für ein Jahr. Für die Zeit danach brauchen sie eine Arbeitserlaubnis vom Jobcenter und dürfen nur Stellen annehmen, für die es keine geeigneten deutschen Bewerber gibt. Ob dies so ist, wird von der Arbeitsagentur kontrolliert. Erst nach vier Jahren können sie auch ohne Arbeitserlaubnis berufstätig sein. Vor allem die FDP und die Grünen sowie viele Ökonomen und Arbeitsmarktexperten haben in den vergangenen Jahren dafür geworben, das Arbeitsverbot für Flüchtlinge zu kippen. Sie kritisieren, dass einerseits Saisonarbeiter für Gastronomie oder Landwirtschaft im Ausland angeworben werden und gleichzeitig im Land lebende Ausländer selbst dann nicht beschäftigt werden können, wenn offene Stellen mit ihnen besetzt werden könnten und der Fachkräftemangel verringert werden könnte.

5. Schadet die Auswanderung den armen Ländern?

Worum es wirklich geht Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

Meist sind es die jungen, besser ausgebildeten Menschen, die den riskanten Weg nach Europa wagen. Deshalb befürchten viele einen Braindrain, einen Schwund der besten Köpfe, sollte Europa seine Grenzen weiter öffnen. Wenn gerade die Leistungsfähigen gehen, könnte das arme Länder noch stärker auszehren, so lautet eines der Argumente gegen eine großzügigere Einwanderungspolitik.

Experten sind sich heute aber einig darüber, dass Migration große Entwicklungschancen bieten kann. Wenn Flüchtlinge und Auswanderer einen Teil ihres Auslandseinkommens nach Hause schicken, helfen sie ihren Familien. Oft fließt das Geld auch in die Gründung eines Unternehmens. So haben die Rücküberweisungen laut der Welternährungsorganisation FAO "das Potenzial, Armut und Hunger zu reduzieren, die Ernährung zu verbessern und die Wirtschaft zu stärken".

Allein die offiziellen Transferzahlungen von Arbeitsmigranten werden in diesem Jahr weltweit auf 414 Milliarden Dollar steigen, schätzt die Weltbank in einem aktuellen Report. Das wäre etwa das Dreifache dessen, was die Geberländer der OECD für Entwicklungshilfe ausgeben.

2012 wurden Überweisungen erstmals auch in Afrika zur wichtigsten Finanzierungsquelle aus dem Ausland. Etwa 13 Prozent der über 60 Milliarden Dollar, die aus dem Ausland nach Afrika fließen, kommen aus anderen afrikanischen Ländern auf heimische Konten, doch ein Großteil kommt aus dem benachbarten Europa. In Nigeria und dem Senegal trägt diese Art der privaten Entwicklungshilfe rund zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, in Lesotho sogar ein Drittel.

Kritisch sieht die Weltbank deshalb, dass Migranten für internationale Überweisungen durchschnittlich neun Prozent Gebühren bezahlen müssen. So schmälerten die Geldinstitute den entwicklungspolitischen Nutzen.

6. Ist Europa schuld daran, dass so viele fliehen?

Ein Großteil der Mittelmeerflüchtlinge stammt aus Kriegs- und Konfliktgebieten wie Syrien, Libyen oder Mali; viele Asylbewerber, ob aus dem Iran oder Äthiopien, sind politisch verfolgt. Doch viele verlassen ihre Heimat auch, weil sie ihre Familien nicht mehr satt bekommen. Laut dem Welthunger-Index, den die Welthungerhilfe diese Woche veröffentlicht hat, gibt es trotz einiger Fortschritte immer noch verbreitet Unterernährung, besonders im südlichen Afrika. Diese Misere haben nicht nur unwillige oder korrupte Regierungen zu verantworten. Sie ist auch die langfristige Folge fataler Fehlentscheidungen in Europa.

So haben internationale Kreditgeber den armen Ländern in den 1980er- und 1990er-Jahren eine rigorose Aushöhlung der staatlichen Agrarpolitik verordnet - und das, obwohl die große Mehrheit der Familien vom Senegal bis nach Sambia allein von dem lebt, was sie selbst anbauen. Ihre Regierungen mussten die Subventionen für Mais und Reis, Dünger, Saatgut und Pestizide streichen. Auch Anbauberater und Kreditsysteme auf dem Land wurden abgeschafft - und die Bauern ins Elend gestürzt.

Heute lenken Entwicklungspolitiker der EU zwar wieder mehr Geld in den Aufbau der afrikanische Landwirtschaft. Dieser wird aber viele Jahre dauern, und gleichzeitig torpedieren die EU-Agrarpolitiker dieses Bemühen. Ihre milliardenschweren Subventionen machen Getreide, Milch und Fleisch auf den Weltmärkten so billig, dass afrikanische Bauern dagegen vielerorts nicht konkurrieren können. Daran wird auch die jüngste Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik wenig ändern. Geflügelteile, Milchpulver, Keksrollen oder Tomatenmark aus EU-Produktion lassen in Afrika oft gar keine lokalen Lebensmittelfirmen hochkommen.

Ähnlich bittere Folgen hatten die Fischzüge europäischer Trawler vor westafrikanischen Küsten. Für die lokalen Fischer blieb da nur noch wenig übrig, die Arbeiter in den senegalesischen Fischfabriken verloren ihre Jobs. "Nun müssen wir den dort angerichteten Schaden heilen", gestand EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki. Neue Abkommen sollen faire Arbeitsplätze und nachhaltige Fangmethoden garantieren. Angesichts der globalen Überfischung setzen jedoch viele Kutter den illegalen Raub auf hoher See fort.

Verantwortung trägt Europa überdies für den Klimawandel, der vielen Afrikanern schon heute die Lebensgrundlage raubt. Nicht zufällig kommen viele Bootsflüchtlinge aus Eritrea oder Somalia. Dort haben extreme Dürren und Fluten in den letzten Jahren Hungersnöte ausgelöst.

Worum es wirklich geht Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

"Fluchtursachen bekämpfen": Diese Forderung gehört seit Lampedusa in jede Politiker-Rede. Dazu passt allerdings kaum, dass laut der Entwicklungsorganisation ONE die Hilfgelder der OECD-Geber für das südliche Afrika in den vergangenen zwei Jahren erstmals wieder gesunken sind.

7. Wie sehr fürchten die Deutschen Fremde?

Die Deutschen halten ihr Land für ein attraktives Zuwanderungsland. Deutschland wird sogar noch vor den USA als begehrtes Ziel von Migranten eingeschätzt. 50 Prozent der Bundesbürger sehen die Einwanderung von Migranten als Chance für das Land - so eine Studie des German Marshall Fund von 2011. Besonders der Nutzen für die Wirtschaft steht dabei im Vordergrund. Jeder zweite Deutsche betrachtet Migranten als notwendiges Mittel gegen den Fachkräftemangel, fand 2012 eine Emnid-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung heraus. Sieben von zehn Befragten gaben an, dass Ausländer das Leben in Deutschland interessanter machen. Gleichzeitig aber wird die Einwanderung mit Skepsis betrachtet. Zwei Drittel der Bürger befürchten, dass Migranten die Sozialsysteme belasten und es zu Konflikten mit Einheimischen kommt.

8. Wie machen es andere Länder?

Die Skandinavier gelten mit ihrer Flüchtlingspolitik als die liberalste Region weltweit. Im September verkündete Schweden, dass alle Flüchtlinge aus Syrien Asyl bekommen, mit unbefristetem Aufenthaltsstatus. Seit 2012 hat das Land 14 700 Syrer aufgenommen. Außerdem haben die Flüchtlinge das Recht, ihre Familien nachzuholen.

Italien dagegen hat ein besonders strenges Einwanderungsgesetz. 2009 wurde die illegale Einwanderung ins italienische Strafgesetz eingeführt, das bedeutet: Die Justiz kann wegen Verstoßes gegen das Migrationsgesetz gegen alle illegalen Einwanderer vorgehen, es drohen sogar Haftstrafen. Auch Einheimische, die in Not geratenen Migranten helfen, müssen mit Strafen rechnen. In diesem Jahr erreichten bereits mehr als 22 000 Bootsflüchtlinge die italienischen Küsten. Viele Auffanglager sind überfüllt. Flüchtlinge dürfen in Italien nur einige Monate in den Erstaufnahmelagern bleiben, danach werden viele von ihnen auf die Straße gesetzt.

Autoren: CHRISTIANE GREFE, ULRICH LADURNER, ELISABETH NIEJAHR, SAHAR SARRESHTEHDARI, ÖZLEM TOPÇU

Flüchtlingsprotest in BerlinDerzeit prallen auf dem Pariser Platz Welten aufeinander, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Da knipsen Schulklassen das Brandenburger Tor, steigen Touristen in Pferdekutschen. Mitten in dieser Heiterkeit aber kauern auf Isomatten im Regen 29 meist junge Leute, die sich alles andere als willkommen fühlen (siehe die Bilder oben auf dieser und auf der nächsten Seite). Mit einem Hungerstreik protestieren Asylbewerber aus acht Ländern dagegen, dass sie seit Jahren auf ein Ende ihres Verfahrens warten müssen. "Wir wollen endlich anerkannt werden", sagt Akili Jules Sawa aus Kongo. "Man behandelt uns wie Menschen zweiter Klasse." Der selbstbewusste Schritt der Flüchtlinge in die Öffentlichkeit ist neu. Sie kommen aus bayerischen Unterkünften und sind auch schon in München auf die Straße gegangen. Am Dienstag liegt ihre letzte Mahlzeit fast eine Woche zurück, seit zwei Tagen haben sie auch aufgehört zu trinken. Abends erleidet der neunte Demonstrant einen Schwächeanfall. "Im Lager leben wir wie im Gefängnis", sagt Brook Tadele aus Äthiopien. "Wir dürfen nicht arbeiten, aber den Landkreis auch nicht verlassen", so die Buchhalterin Tigist Belay, auch sie aus Addis Abeba. Der Student Hamed Rouhbakhsh, im Iran geboren, blickt auf das Leben zurück, das er hinter sich gelassen hat: "Ehe ich gehen musste, habe ich so gelebt wie die Leute, die jetzt hier vorbeigehen."

Graphic

Tigist Belay

Worum es wirklich geht Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

Brook Tadele

Hamed Rouhbakhsh

Akili Jules Sawa

Load-Date: October 17, 2013

End of Document

Worum es wirklich geht; Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Worum es wirklich geht; S. 10; Ausg. 43

Length: 2546 words

Byline: Christiane Grefe

Elisabeth Niejahr

Sahar Sarreshtehdari

Ulrich Ladurner

Özlem Topcu

Body

Sahar Sarreshtehdari

Ulrich Ladurner

Christiane Grefe

Özlem Topcu

Elisabeth Niejahr

1. Wie viele Migranten und Flüchtlinge leben in Deutschland?

In Deutschland leben derzeit knapp 82 Millionen Menschen. Davon haben laut Statistischem Bundesamt 15 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund, das entspricht 18,9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen »alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil«. So definieren es die Bundesstatistiker.

Worum es wirklich geht Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

Der Unterschied zwischen Migranten und Flüchtlingen ist, dass Migranten freiwillig aus wirtschaftlichen, politischen oder Sicherheitsgründen an einen anderen Ort ziehen. Flüchtlinge dagegen fliehen aus ihrem Heimatland oder werden zur Flucht gezwungen. Flüchtlinge bekommen von der Regierung einen Flüchtlingsstatus, der sie für eine gewisse Zeit schützt. Nach Artikel 16a des Grundgesetzes genießen politisch Verfolgte Asyl. Es gibt allerdings noch zwei weitere Gruppen von Menschen, die in Deutschland geschützt werden: solche aus Bürgerkriegsgebieten, die nach einem Beschluss der EU vorübergehenden Schutz erhalten können, sowie nicht anerkannte Flüchtlinge, die einen sogenannten subsidiären Schutz erhalten, weil ihnen bei Abschiebung ins Herkunftsland Folter oder Gefahr für Leib und Leben drohen würden.

2013 gingen bisher 85 325 Asylanträge ein. Das ist eine Steigerung von 74 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

2. Welche legalen Möglichkeiten haben Arbeitsmigranten, nach Deutschland zu kommen?

Wer in Deutschland arbeiten will, einen deutschen oder in Deutschland anerkannten Hochschulabschluss hat, kann seit August 2012 nach Deutschland einreisen und sechs Monate lang einen Arbeitsplatz suchen. Voraussetzung ist: Er muss sich in der Zeit selbst versorgen können. Hochqualifizierte, die ein konkretes Jobangebot haben, können über die EU-Regelung der »Blauen Karte« einreisen.

Einreisewillige mit einem Hochschulabschluss müssten also nicht illegal kommen - diese Einwanderer brauchen nur ein Visum und ein Flugticket. Das Aufenthaltsgesetz macht es möglich. Natürlich kann diese Regelung nur für einen kleinen Teil aller Flüchtlinge gelten. Sachsens Innenminister Markus Ulbig, CDU, etwa wies in den vergangenen Tagen darauf hin, dass unter den Asylbewerbern zehn Prozent eine Qualifikation hätten, »die bei uns hier in Deutschland gebraucht wird«. Auf Grundlage der besagten Regelung im Aufenthaltsgesetz hielten sich laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuletzt (31. August 2013) gerade einmal 95 Personen in Deutschland auf. Es spricht einiges dafür, dass viele Flüchtlinge diese Regelung nicht kennen, auch in Deutschland ist sie nur Experten bekannt. In den Herkunftsländern macht die Bundesregierung zumindest keine Werbung dafür. Zehn Prozent der Flüchtlinge müssten womöglich gar kein Asyl beantragen, wenn sie diese Möglichkeit kennen würden.

3. Welche Sozialleistungen bekommen Flüchtlinge?

Für die meisten Flüchtlinge gilt das Asylbewerberleistungsgesetz. Danach bekommen anerkannte und auch bloß geduldete Flüchtlinge weniger Unterstützung als deutsche Hartz-IV-Empfänger. Bis zum vergangenen Jahr lag der Abstand bei dreißig Prozent, inzwischen wurden die Sätze annähernd angepasst an das Unterhaltsniveau von Hartz-IV-Empfängern. Dass immer noch ein Unterschied besteht, liegt daran, dass Asylbewerber kein Geld für Anschaffungen im Haushalt erhalten. Bei ihnen geht man davon aus, dass sie nur vorübergehend in Deutschland sind und in Flüchtlingsheimen oder anderen vom Staat bereitgestellten Unterkünften wohnen.

Laut Gesetz soll eigentlich nur ein Teil der staatlichen Unterstützung bar ausgezahlt werden. Momentan sind es 137 Euro im Monat. Dieser Betrag ist beispielsweise für Tickets für öffentliche Verkehrsmittel oder für Telefonate gedacht. Was die Menschen an Kleidung oder Essen brauchen, soll der Staat, streng genommen, in Form von Sachleistungen oder Gutscheinen zur Verfügung stellen. Weil es aber sehr aufwendig ist, Essens- oder Kleidungspakete zusammenzustellen, bekommen Asylbewerber in vielen Bundesländern trotzdem Bargeld oder eine Mischung aus Sach- und Geldleistungen. Nur in Bayern werden in der Regel Gutscheine, Hygiene- und sogar Lebensmittelpakete verteilt. Sobald Flüchtlinge vier Jahre im Land sind, wird die Unterstützung leicht erhöht - der genaue Betrag hängt von der Zahl der Familienmitglieder ab. In jedem Fall liegt die staatliche Hilfe unterhalb der 391 Euro pro Monat, die Hartz-IV-Empfänger erhalten.

Andere Regeln gelten für Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien. Flüchtlinge sind sie ohnehin nur in dem Sinne, dass unter ihnen auch Menschen sind, die wegen bedrückender Armut in ihren Heimatländern nach Deutschland kommen. Momentan bekommen 37 000 in Deutschland lebende Rumänen und Bulgaren Hartz IV. Das sind nur 0,6 Prozent sämtlicher Hartz-IV-Empfänger in Deutschland, aber immerhin 11 000 Menschen mehr als vor einem Jahr. In den meisten Fällen handelt es sich um Menschen, die schon länger in Deutschland leben, einen sozialversicherungspflichtigen Job hatten und arbeitslos wurden. Womöglich ändert sich die Situation aber

Worum es wirklich geht Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

Anfang 2014, weil dann auch für Rumänen und Bulgarien das in der EU geltende Prinzip der Freizügigkeit gilt. Sie können dann ohne Auflagen nach Deutschland ziehen und hier Arbeit suchen. Das staatliche Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erwartet, dass in diesem Fall innerhalb des kommenden Jahres 100 000 bis 180 000 Rumänen und Bulgaren nach Deutschland ziehen werden.

4. Nehmen Flüchtlinge den Deutschen Jobs weg?

Anerkannte Flüchtlinge können sich in Deutschland auch um Stellen bewerben, die für deutsche Arbeitnehmer interessant wären. Asylbewerber dürfen das jedoch nicht. In den ersten neun Monaten nach ihrer Ankunft in Deutschland dürfen sie nicht berufstätig sein - bis vor Kurzem galt das Verbot sogar für ein Jahr. Für die Zeit danach brauchen sie eine Arbeitserlaubnis vom Jobcenter und dürfen nur Stellen annehmen, für die es keine geeigneten deutschen Bewerber gibt. Ob dies so ist, wird von der Arbeitsagentur kontrolliert. Erst nach vier Jahren können sie auch ohne Arbeitserlaubnis berufstätig sein. Vor allem die FDP und die Grünen sowie viele Ökonomen und Arbeitsmarktexperten haben in den vergangenen Jahren dafür geworben, das Arbeitsverbot für Flüchtlinge zu kippen. Sie kritisieren, dass einerseits Saisonarbeiter für Gastronomie oder Landwirtschaft im Ausland angeworben werden und gleichzeitig im Land lebende Ausländer selbst dann nicht beschäftigt werden können, wenn offene Stellen mit ihnen besetzt werden könnten und der Fachkräftemangel verringert werden könnte.

5. Schadet die Auswanderung den armen Ländern?

Meist sind es die jungen, besser ausgebildeten Menschen, die den riskanten Weg nach Europa wagen. Deshalb befürchten viele einen Braindrain, einen Schwund der besten Köpfe, sollte Europa seine Grenzen weiter öffnen. Wenn gerade die Leistungsfähigen gehen, könnte das arme Länder noch stärker auszehren, so lautet eines der Argumente gegen eine großzügigere Einwanderungspolitik.

Experten sind sich heute aber einig darüber, dass Migration große Entwicklungschancen bieten kann. Wenn Flüchtlinge und Auswanderer einen Teil ihres Auslandseinkommens nach Hause schicken, helfen sie ihren Familien. Oft fließt das Geld auch in die Gründung eines Unternehmens. So haben die Rücküberweisungen laut der Welternährungsorganisation FAO »das Potenzial, Armut und Hunger zu reduzieren, die Ernährung zu verbessern und die Wirtschaft zu stärken«.

Allein die offiziellen Transferzahlungen von Arbeitsmigranten werden in diesem Jahr weltweit auf 414 Milliarden Dollar steigen, schätzt die Weltbank in einem aktuellen Report. Das wäre etwa das Dreifache dessen, was die Geberländer der OECD für Entwicklungshilfe ausgeben.

2012 wurden Überweisungen erstmals auch in Afrika zur wichtigsten Finanzierungsquelle aus dem Ausland. Etwa 13 Prozent der über 60 Milliarden Dollar, die aus dem Ausland nach Afrika fließen, kommen aus anderen afrikanischen Ländern auf heimische Konten, doch ein Großteil kommt aus dem benachbarten Europa. In Nigeria und dem Senegal trägt diese Art der privaten Entwicklungshilfe rund zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei, in Lesotho sogar ein Drittel.

Kritisch sieht die Weltbank deshalb, dass Migranten für internationale Überweisungen durchschnittlich neun Prozent Gebühren bezahlen müssen. So schmälerten die Geldinstitute den entwicklungspolitischen Nutzen.

6. Ist Europa schuld daran, dass so viele fliehen?

Ein Großteil der Mittelmeerflüchtlinge stammt aus Kriegs- und Konfliktgebieten wie Syrien, Libyen oder Mali; viele Asylbewerber, ob aus dem Iran oder Äthiopien, sind politisch verfolgt. Doch viele verlassen ihre Heimat auch, weil sie ihre Familien nicht mehr satt bekommen. Laut dem Welthunger-Index, den die Welthungerhilfe diese Woche veröffentlicht hat, gibt es trotz einiger Fortschritte immer noch verbreitet Unterernährung, besonders im südlichen Afrika. Diese Misere haben nicht nur unwillige oder korrupte Regierungen zu verantworten. Sie ist auch die langfristige Folge fataler Fehlentscheidungen in Europa.

Worum es wirklich geht Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

So haben internationale Kreditgeber den armen Ländern in den 1980er- und 1990er-Jahren eine rigorose Aushöhlung der staatlichen Agrarpolitik verordnet - und das, obwohl die große Mehrheit der Familien vom Senegal bis nach Sambia allein von dem lebt, was sie selbst anbauen. Ihre Regierungen mussten die Subventionen für Mais und Reis, Dünger, Saatgut und Pestizide streichen. Auch Anbauberater und Kreditsysteme auf dem Land wurden abgeschafft - und die Bauern ins Elend gestürzt.

Heute lenken Entwicklungspolitiker der EU zwar wieder mehr Geld in den Aufbau der afrikanischen Landwirtschaft. Dieser wird aber viele Jahre dauern, und gleichzeitig torpedieren die EU-Agrarpolitiker dieses Bemühen. Ihre milliarden schweren Subventionen machen Getreide, Milch und Fleisch auf den Weltmärkten so billig, dass afrikanische Bauern dagegen vielerorts nicht konkurrieren können. Daran wird auch die jüngste Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik wenig ändern. Geflügelteile, Milchpulver, Keksrollen oder Tomatenmark aus EU-Produktion lassen in Afrika oft gar keine lokalen Lebensmittelfirmen hochkommen.

Ähnlich bittere Folgen hatten die Fischzüge europäischer Trawler vor westafrikanischen Küsten. Für die lokalen Fischer blieb da nur noch wenig übrig, die Arbeiter in den senegalesischen Fischfabriken verloren ihre Jobs. »Nun müssen wir den dort angerichteten Schaden heilen«, gestand EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki. Neue Abkommen sollen faire Arbeitsplätze und nachhaltige Fangmethoden garantieren. Angesichts der globalen Überfischung setzen jedoch viele Kutter den illegalen Raub auf hoher See fort.

Verantwortung trägt Europa überdies für den Klimawandel, der vielen Afrikanern schon heute die Lebensgrundlage raubt. Nicht zufällig kommen viele Bootsflüchtlinge aus Eritrea oder Somalia. Dort haben extreme Dürren und Fluten in den letzten Jahren Hungersnöte ausgelöst.

»Fluchtursachen bekämpfen«: Diese Forderung gehört seit Lampedusa in jede Politiker-Rede. Dazu passt allerdings kaum, dass laut der Entwicklungsorganisation ONE die Hilfgelder der OECD-Geber für das südliche Afrika in den vergangenen zwei Jahren erstmals wieder gesunken sind.

7. Wie sehr fürchten die Deutschen Fremde?

Die Deutschen halten ihr Land für ein attraktives Zuwanderungsland. Deutschland wird sogar noch vor den USA als begehrtes Ziel von Migranten eingeschätzt. 50 Prozent der Bundesbürger sehen die Einwanderung von Migranten als Chance für das Land - so eine Studie des German Marshall Fund von 2011. Besonders der Nutzen für die Wirtschaft steht dabei im Vordergrund. Jeder zweite Deutsche betrachtet Migranten als notwendiges Mittel gegen den Fachkräftemangel, fand 2012 eine Emnid-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung heraus. Sieben von zehn Befragten gaben an, dass Ausländer das Leben in Deutschland interessanter machen. Gleichzeitig aber wird die Einwanderung mit Skepsis betrachtet. Zwei Drittel der Bürger befürchten, dass Migranten die Sozialsysteme belasten und es zu Konflikten mit Einheimischen kommt.

8. Wie machen es andere Länder?

Die Skandinavier gelten mit ihrer Flüchtlingspolitik als die liberalste Region weltweit. Im September verkündete Schweden, dass alle Flüchtlinge aus Syrien Asyl bekommen, mit unbefristetem Aufenthaltsstatus. Seit 2012 hat das Land 14 700 Syrer aufgenommen. Außerdem haben die Flüchtlinge das Recht, ihre Familien nachzuholen.

Italien dagegen hat ein besonders strenges Einwanderungsgesetz. 2009 wurde die illegale Einwanderung ins italienische Strafgesetz eingeführt, das bedeutet: Die Justiz kann wegen Verstoßes gegen das Migrationsgesetz gegen alle illegalen Einwanderer vorgehen, es drohen sogar Haftstrafen. Auch Einheimische, die in Not geratenen Migranten helfen, müssen mit Strafen rechnen. In diesem Jahr erreichten bereits mehr als 22 000 Bootsflüchtlinge die italienischen Küsten. Viele Auffanglager sind überfüllt. Flüchtlinge dürfen in Italien nur einige Monate in den Erstaufnahmelagern bleiben, danach werden viele von ihnen auf die Straße gesetzt.

Autoren: CHRISTIANE GREFE, ULRICH LADURNER, ELISABETH NIEJAHR, SAHAR SARRESHTEHDARI, ÖZLEM TOPÇU

Worum es wirklich geht Flüchtlinge in Europa: Die wichtigsten Fragen und Antworten

Flüchtlingsprotest in BerlinDerzeit prallen auf dem Pariser Platz Welten aufeinander, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Da knipsen Schulklassen das Brandenburger Tor, steigen Touristen in Pferdekutschen. Mitten in dieser Heiterkeit aber kauern auf Isomatten im Regen 29 meist junge Leute, die sich alles andere als willkommen fühlen (siehe die Bilder oben auf dieser und auf der nächsten Seite). Mit einem Hungerstreik protestieren Asylbewerber aus acht Ländern dagegen, dass sie seit Jahren auf ein Ende ihres Verfahrens warten müssen. »Wir wollen endlich anerkannt werden«, sagt Akili Jules Sawa aus Kongo. »Man behandelt uns wie Menschen zweiter Klasse.« Der selbstbewusste Schritt der Flüchtlinge in die Öffentlichkeit ist neu. Sie kommen aus bayerischen Unterkünften und sind auch schon in München auf die Straße gegangen. Am Dienstag liegt ihre letzte Mahlzeit fast eine Woche zurück, seit zwei Tagen haben sie auch aufgehört zu trinken. Abends erleidet der neunte Demonstrant einen Schwächeanfall. »Im Lager leben wir wie im Gefängnis«, sagt Brook Tadele aus Äthiopien. »Wir dürfen nicht arbeiten, aber den Landkreis auch nicht verlassen«, so die Buchhalterin Tigist Belay, auch sie aus Addis Abeba. Der Student Hamed Rouhbakhsh, im Iran geboren, blickt auf das Leben zurück, das er hinter sich gelassen hat: »Ehe ich gehen musste, habe ich so gelebt wie die Leute, die jetzt hier vorbeigehen.«

Tigist Belay

Brook Tadele

Hamed Rouhbakhsh

Akili Jules Sawa

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

"Wir sind stolz!"; Der schwedische Migrationsminister Tobias Billström kritisiert die EU-Flüchtlingspolitik und fordert mehr Offenheit

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK;"Wir sind stolz!"; S. 11; Ausg. 43

Length: 1017 words

Byline: Matthias Krupa

Body

DIE ZEIT: Herr Billström, auf der Flucht von Afrika nach Europa sind in den vergangenen zwei Wochen rund 400 Menschen gestorben. Fühlen Sie sich als Minister eines europäischen Landes mitverantwortlich?

Tobias Billström: Die Tragödien vor Lampedusa zeigen uns, dass wir in der Europäischen Union gemeinsam Verantwortung tragen und eine gemeinsame Politik brauchen. Es hat keinen Sinn, diese Fragen von Land zu Land unterschiedlich zu behandeln.

ZEIT: Der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich hat gesagt, Lampedusa sei "eine italienische Insel". Das sollte heißen: Die Verantwortung liegt bei Italien.

Billström: Friedrich hat auch gesagt, dass in Italien im vergangenen Jahr auf eine Million Einwohner 260 Asylbewerber kamen, während es in Deutschland 950 waren. In Schweden waren es 4650. Natürlich müssen wir diese Zahlen berücksichtigen, wenn wir jetzt in der EU miteinander diskutieren. Nicht nur die Länder, die am Mittelmeer liegen, merken, wenn plötzlich mehr Flüchtlinge etwa aus Syrien kommen.

ZEIT: Was muss Europa tun, um zu verhindern, dass immer mehr Flüchtlinge auf dem Weg hierher sterben?

Billström: Wir brauchen mehr legale Möglichkeiten für Menschen, die nach Europa kommen wollen. Das gilt für potenzielle Arbeitsmigranten, die in Europa eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien suchen. Hier kann die schwedische Gesetzgebung als Vorbild dienen. Und es gilt für Flüchtlinge, die Schutz suchen. Manchmal verstehen wir in der Europäischen Union nicht, dass wir ohne solche differenzierten Wege das Problem nicht lösen können und immer neue Tragödien erleben werden.

ZEIT: Die Mitgliedsstaaten der EU haben jahrelang über eine Reform des bestehenden Asylsystems diskutiert. Geändert hat sich wenig. Warum?

Billström: Ich versuche es positiv zu sehen. Die letzten Bausteine dieser Reform haben wir erst im Juni beschlossen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, zu zeigen, dass das europäische Asylsystem auch funktioniert.

ZEIT: Nach wie vor zielt die Politik der EU vor allem darauf, Flüchtlinge abzuschrecken.

"Wir sind stolz!" Der schwedische Migrationsminister Tobias Billström kritisiert die EU-Flüchtlingspolitik und fordert mehr Offenheit

Billström: Wir könnten die Situation deutlich verbessern, wenn mehr Mitgliedsstaaten der EU das Resettlement-Programm des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR unterstützen würden. Das heißt, die Länder müssten sich verpflichten, jährlich eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen aus Krisengebieten aufzunehmen. Eine einfache Rechnung: Schweden nimmt derzeit jährlich 1900 dieser UN-Flüchtlinge auf und hat 9,5 Millionen Einwohner. Wenn alle 28 EU-Länder gemessen an ihrer Einwohnerzahl genauso viele Flüchtlinge aufnehmen würden, könnten wir zusammen jährlich 100 000 Flüchtlingen Schutz bieten.

ZEIT: Warum dringen Sie mit solchen Forderungen nicht durch?

Billström: Bislang fehlt der gemeinsame politische Wille. Derzeit haben nur sechs oder sieben Länder der EU eine Verabredung mit dem UNHCR getroffen. Aber in meinen Augen ist ein europäisches Asylsystem unvollständig ohne ein europäisches Resettlement-Programm. Nur so können wir den Druck von Ländern wie dem Libanon, Jordanien oder dem Irak nehmen, wo im Moment Hunderttausende Flüchtlinge aus Syrien Zuflucht suchen.

ZEIT: Schweden hat jüngst beschlossen, dass alle Flüchtlinge aus Syrien eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung und damit auch eine Arbeitserlaubnis bekommen. Wie kam es zu dieser Entscheidung?

Billström: Das war kein politischer Beschluss, sondern eine Entscheidung der unabhängigen schwedischen Einwanderungsbehörde. Die Entscheidung geht zurück auf eine jahrzehntelange Praxis. Demnach erhalten Flüchtlinge, wenn der Konflikt in ihrem Heimatland lange dauert, in Schweden einen dauerhaften Aufenthaltstitel. Grund dafür ist, dass jemand mit einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung bessere Chancen hat, sich zu integrieren.

ZEIT: Wie viele Flüchtlinge aus Syrien hat Schweden aufgenommen?

Billström: In diesem Jahr rund 10 000. Gemeinsam haben Deutschland und Schweden seit dem Beginn des Konflikts insgesamt 36 000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, das sind zwei Drittel aller syrischen Flüchtlinge in der EU.

ZEIT: Sie empfehlen die schwedische Migrationspolitik als Vorbild. Was genau kann die EU von Schweden lernen?

Billström: Dass man verschiedene Wege braucht, ein differenziertes System. Wir sind stolz auf unser Asylsystem! Wir haben Wege geschaffen, die es Arbeitsmigranten erlauben, zu uns zu kommen. In allen Mitgliedsstaaten der EU altert die Bevölkerung. Und obwohl wir in einigen Ländern derzeit viele Arbeitslose haben, fehlen in bestimmten Branchen schon heute Arbeitskräfte.

ZEIT: Ist Europa also ein Einwanderungskontinent geworden?

Billström: Die meisten Länder haben heute zugleich Ein- und Auswanderer. Nehmen Sie Portugal, das war bis vor Kurzem ein Land mit vielen Einwanderern. Heute wandern Zehntausende Portugiesen aus in die ehemaligen Kolonien, nach Angola oder Mosambik. Wir brauchen ein anderes Verständnis von Migration.

ZEIT: Wer soll über den Zuzug von Arbeitsmigranten nach Europa entscheiden?

Billström: Wenn es um die Zahl der Arbeitskräfte geht, die gebraucht werden, so ist das Sache der Mitgliedsstaaten. Unsere Gesetzgebung in Schweden zielt darauf, dass der Arbeitsmarkt selbst definiert, welche Qualifikationen und wie viele Menschen gebraucht werden. Wir diskutieren über Einwanderung noch viel zu oft mit negativen Vorzeichen und übersehen die Chancen.

ZEIT: Ist eine Politik, die zu solchen Tragödien wie nun vor Lampedusa führt, angemessen für eine Organisation, die den Friedensnobelpreis gewonnen hat?

"Wir sind stolz!" Der schwedische Migrationsminister Tobias Billström kritisiert die EU-Flüchtlingspolitik und fordert mehr Offenheit

Billström: Wenn wir keine neuen Wege aufzeigen; wenn nicht mehr Mitgliedsstaaten mit dem UNHCR zusammenarbeiten; und wenn wir die Gesuche der syrischen Flüchtlinge, die derzeit in Flüchtlingscamps leben, nicht evaluieren, lautet die Antwort: Nein.

DIE FRAGEN STELLTE MATTHIAS KRUPA

Tobias Billström ist Mitglied der konservativ- liberalen schwedischen Sammlungspartei. Seit 2006 ist er als Minister zuständig für Asyl- und Migrationsfragen

Graphic

Tobias Billström, 39, schwedischer Migrationsminister

Load-Date: October 17, 2013

End of Document

Allein in verlassenen Häusern und unter Brücken; Der UN-Menschenrechtsbeauftragte hat Griechenland bereist, nun legt er einen erschreckenden Bericht vor: Besonders Flüchtlingskinder leiden unter der Krise.

ZEIT-online

Montag 3. Dezember 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: FLÜCHTLINGSKINDER IN GRIECHENLAND; Ausg. 49

Length: 355 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Migranten in einem griechischen **Flüchtlingslager** an der Grenzen zur Türkei

© Yannis Behrakis/Reuters

Die Vereinten Nationen kritisieren den Umgang der griechischen Regierung mit **Flüchtlingskindern** in ihrem Land. "Ich habe **Flüchtlingskinder** angetroffen, die allein in verlassenen Häusern und unter Autobahnbrücken leben", berichtete der UN-Menschenrechtsbeauftragte François Crépeau nach einem neun Tage langen Besuch in Griechenland. Die Kinder seien ohne Begleitung und ohne irgendeinen regulären Aufenthaltsstatus aus Auffanglagern entlassen worden.

Crépeau kritisierte darüber hinaus, dass Migranten in Flüchtlingslagern sehr lange ohne klaren Rechtsstatus festgehalten würden, teilweise "bis zu eineinhalb Jahren", sagte der UN-Beauftragte. Die Zustände in den Lagern seien katastrophal.

"Die meisten Anlagen haben keine Heizung und kein heißes Wasser, die Insassen beklagen sich über zu wenig und schlechtes Essen", berichtete Crépeau weiter. Auch die medizinische Versorgung sei "völlig unzureichend".

"Polizei in fremdenfeindliche Angriffe verwickelt"

Nach Angaben des UN-Flüchtlingswerks gibt es derzeit in Griechenland etwa 45.000 Asylsuchende. Diese nach Crépeaus Einschätzung sehr hohe Zahl an Flüchtlingen ergibt sich, weil in den letzten Jahren die Einwanderung über die türkisch-griechische Grenze stark zugenommen habe.

Viele dieser Menschen würden in nördliche Regionen der EU reisen, bleiben aber in Griechenland, weil sie entweder von den Behörden festgesetzt werden oder nur einen unklaren Aufenthaltsstatus besitzen. Gerade in der Wirtschaftskrise würden sich kaum Perspektiven für ein menschenwürdiges Leben ergeben.

Allein in verlassenen Häusern und unter Brücken Der UN -Menschenrechtsbeauftragte hat Griechenland bereist, nun legt er einen erschreckenden Bericht vor: Besond....

Besonders beanstandete Crépeau, dass die griechische Regierung in diesem Jahr die "Reinigungsaktion Xenios Zeus" gestartet habe. Dabei seien Migranten festgenommen und in Flüchtlingslager geschafft worden, die teilweise schon lange in dem Land lebten und arbeiteten.

Auch zeigte sich der Menschenrechtsbeauftragte besorgt über "weit verbreitete fremdenfeindliche Gewalt und Angriffe gegen Migranten". Crépeau habe bei seinem Besuch erfahren, dass auch "die Polizei in solche Angriffe verwickelt" sei.

Load-Date: December 4, 2012

End of Document

»Wir sind stolz!«; Der schwedische Migrationsminister Tobias Billström kritisiert die EU-Flüchtlingspolitik und fordert mehr Offenheit

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; »Wir sind stolz!«; S. 11; Ausg. 43

Length: 1035 words

Byline: Matthias Krupa

Body

DIE ZEIT: Herr Billström, auf der Flucht von Afrika nach Europa sind in den vergangenen zwei Wochen rund 400 Menschen gestorben. Fühlen Sie sich als Minister eines europäischen Landes mitverantwortlich?

Tobias Billström: Die Tragödien vor Lampedusa zeigen uns, dass wir in der Europäischen Union gemeinsam Verantwortung tragen und eine gemeinsame Politik brauchen. Es hat keinen Sinn, diese Fragen von Land zu Land unterschiedlich zu behandeln.

ZEIT: Der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich hat gesagt, Lampedusa sei »eine italienische Insel«. Das sollte heißen: Die Verantwortung liegt bei Italien.

Billström: Friedrich hat auch gesagt, dass in Italien im vergangenen Jahr auf eine Million Einwohner 260 Asylbewerber kamen, während es in Deutschland 950 waren. In Schweden waren es 4650. Natürlich müssen wir diese Zahlen berücksichtigen, wenn wir jetzt in der EU miteinander diskutieren. Nicht nur die Länder, die am Mittelmeer liegen, merken, wenn plötzlich mehr Flüchtlinge etwa aus Syrien kommen.

ZEIT: Was muss Europa tun, um zu verhindern, dass immer mehr Flüchtlinge auf dem Weg hierher sterben?

Billström: Wir brauchen mehr legale Möglichkeiten für Menschen, die nach Europa kommen wollen. Das gilt für potenzielle Arbeitsmigranten, die in Europa eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien suchen. Hier kann die schwedische Gesetzgebung als Vorbild dienen. Und es gilt für Flüchtlinge, die Schutz suchen. Manchmal verstehen wir in der Europäischen Union nicht, dass wir ohne solche differenzierten Wege das Problem nicht lösen können und immer neue Tragödien erleben werden.

ZEIT: Die Mitgliedsstaaten der EU haben jahrelang über eine Reform des bestehenden Asylsystems diskutiert. Geändert hat sich wenig. Warum?

Billström: Ich versuche es positiv zu sehen. Die letzten Bausteine dieser Reform haben wir erst im Juni beschlossen. Jetzt haben wir die Möglichkeit, zu zeigen, dass das europäische Asylsystem auch funktioniert.

ZEIT: Nach wie vor zielt die Politik der EU vor allem darauf, Flüchtlinge abzuschrecken.

»Wir sind stolz!« Der schwedische Migrationsminister Tobias Billström kritisiert die EU-Flüchtlingspolitik und fordert mehr Offenheit

Billström: Wir könnten die Situation deutlich verbessern, wenn mehr Mitgliedsstaaten der EU das Resettlement-Programm des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR unterstützen würden. Das heißt, die Länder müssten sich verpflichten, jährlich eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen aus Krisengebieten aufzunehmen. Eine einfache Rechnung: Schweden nimmt derzeit jährlich 1900 dieser UN-Flüchtlinge auf und hat 9,5 Millionen Einwohner. Wenn alle 28 EU-Länder gemessen an ihrer Einwohnerzahl genauso viele Flüchtlinge aufnehmen würden, könnten wir zusammen jährlich 100 000 Flüchtlingen Schutz bieten.

ZEIT: Warum dringen Sie mit solchen Forderungen nicht durch?

Billström: Bislang fehlt der gemeinsame politische Wille. Derzeit haben nur sechs oder sieben Länder der EU eine Verabredung mit dem UNHCR getroffen. Aber in meinen Augen ist ein europäisches Asylsystem unvollständig ohne ein europäisches Resettlement-Programm. Nur so können wir den Druck von Ländern wie dem Libanon, Jordanien oder dem Irak nehmen, wo im Moment Hunderttausende Flüchtlinge aus Syrien Zuflucht suchen.

ZEIT: Schweden hat jüngst beschlossen, dass alle Flüchtlinge aus Syrien eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung und damit auch eine Arbeitserlaubnis bekommen. Wie kam es zu dieser Entscheidung?

Billström: Das war kein politischer Beschluss, sondern eine Entscheidung der unabhängigen schwedischen Einwanderungsbehörde. Die Entscheidung geht zurück auf eine jahrzehntelange Praxis. Demnach erhalten Flüchtlinge, wenn der Konflikt in ihrem Heimatland lange dauert, in Schweden einen dauerhaften Aufenthaltstitel. Grund dafür ist, dass jemand mit einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung bessere Chancen hat, sich zu integrieren.

ZEIT: Wie viele Flüchtlinge aus Syrien hat Schweden aufgenommen?

Billström: In diesem Jahr rund 10 000. Gemeinsam haben Deutschland und Schweden seit dem Beginn des Konflikts insgesamt 36 000 Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen, das sind zwei Drittel aller syrischen Flüchtlinge in der EU.

ZEIT: Sie empfehlen die schwedische Migrationspolitik als Vorbild. Was genau kann die EU von Schweden lernen?

Billström: Dass man verschiedene Wege braucht, ein differenziertes System. Wir sind stolz auf unser Asylsystem! Wir haben Wege geschaffen, die es Arbeitsmigranten erlauben, zu uns zu kommen. In allen Mitgliedsstaaten der EU altert die Bevölkerung. Und obwohl wir in einigen Ländern derzeit viele Arbeitslose haben, fehlen in bestimmten Branchen schon heute Arbeitskräfte.

ZEIT: Ist Europa also ein Einwanderungskontinent geworden?

Billström: Die meisten Länder haben heute zugleich Ein- und Auswanderer. Nehmen Sie Portugal, das war bis vor Kurzem ein Land mit vielen Einwanderern. Heute wandern Zehntausende Portugiesen aus in die ehemaligen Kolonien, nach Angola oder Mosambik. Wir brauchen ein anderes Verständnis von Migration.

ZEIT: Wer soll über den Zuzug von Arbeitsmigranten nach Europa entscheiden?

Billström: Wenn es um die Zahl der Arbeitskräfte geht, die gebraucht werden, so ist das Sache der Mitgliedsstaaten. Unsere Gesetzgebung in Schweden zielt darauf, dass der Arbeitsmarkt selbst definiert, welche Qualifikationen und wie viele Menschen gebraucht werden. Wir diskutieren über Einwanderung noch viel zu oft mit negativen Vorzeichen und übersehen die Chancen.

ZEIT: Ist eine Politik, die zu solchen Tragödien wie nun vor Lampedusa führt, angemessen für eine Organisation, die den Friedensnobelpreis gewonnen hat?

»Wir sind stolz!« Der schwedische Migrationsminister Tobias Billström kritisiert die EU-Flüchtlingspolitik und fordert mehr Offenheit

Billström: Wenn wir keine neuen Wege aufzeigen; wenn nicht mehr Mitgliedsstaaten mit dem UNHCR zusammenarbeiten; und wenn wir die Gesuche der syrischen Flüchtlinge, die derzeit in Flüchtlingscamps leben, nicht evaluieren, lautet die Antwort: Nein.

DIE FRAGEN STELLTE MATTHIAS KRUPA

Tobias Billström ist Mitglied der konservativ- liberalen schwedischen Sammlungspartei. Seit 2006 ist er als Minister zuständig für Asyl- und Migrationsfragen

Tobias Billström, 39, schwedischer Migrationsminister

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Zahl der Asylbewerber deutlich gestiegen; 40 Prozent mehr Asyl-Anträge als im Vorjahr wurden 2012 gestellt. Doch nur jeder siebte Bewerber durfte als anerkannter Flüchtling in Deutschland bleiben.

ZEIT-online

Dienstag 15. Januar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: MIGRATION; Ausg. 3

Length: 406 words

Body

Syrische Familie vor einem **Asylbewerber**-Wohnheim in Eisenhüttenstadt

© Patrick Pleul/dpa

Die Zahl der **Asylbewerber** in Deutschland ist im vergangenen Jahr stark angestiegen. Wie die *Welt* unter Berufung auf das Bundesinnenministerium berichtete, wurden 2012 beim zuständigen Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** 64.539 Anträge auf **Asyl** gestellt. Dies war ein Anstieg um fast 19.000 Anträge im Vergleich zum Vorjahr, in dem es 45.741 Ersuche gab.

Die meisten Asylbewerber kamen laut *Welt* aus Serbien mit 8.477 Anträgen. Hier habe es eine Steigerung von 85 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gegeben. Das zweithäufigste Herkunftsland war Afghanistan: Die Zahl der Erstanträge lag mit 7.498 ungefähr so hoch wie im Vorjahr.

Den steilsten Anstieg verzeichneten Bosnien-Herzegowina mit einem Plus von rund 560 Prozent und Mazedonien mit über 300 Prozent. Auch die Zahl von Antragstellern aus Syrien nahm dem Bericht zufolge stark zu und stieg um etwa 135 Prozent im Vergleich zu 2011.

8.764 Personen erhielten die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention; das waren 14,2 Prozent aller Asylbewerber. Davon kam niemand aus Serbien, Mazedonien oder Bosnien-Herzegowina. Am höchsten war die Erfolgsquote bei Menschen, die aus dem Irak nach Deutschland kamen. Zudem erhielten 8.376 Personen (13,5 Prozent) ein Abschiebeverbot, um sie zu schützen. Dazu gehörten 5.480 Syrer.

Fast jeder zweite Antrag wurde abgelehnt

Über 45.462 Erstanträge war Ende Dezember noch nicht entschieden. Die Anträge von 30.700 Personen wurden abgelehnt.

Die Zahl der Erstanträge stieg vor allem in der zweiten Jahreshälfte. Im Oktober beantragten demnach fast 10.000 Menschen in Deutschland Asyl. Im November habe der Trend mit fast 9.000 Anträgen noch angehalten. Im Dezember sei die Zahl jedoch deutlich auf 4.880 zurückgegangen.

Zahl der Asylbewerber deutlich gestiegen 40 Prozent mehr Asyl-Anträge als im Vorjahr wurden 2012 gestellt.
Doch nur jeder siebte Bewerber durfte als anerkannter....

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl hatte Ende Dezember an Bund, Länder und Kommunen appelliert, sich auf einen deutlichen Anstieg der Bewerberzahlen einzurichten. Man sei fälschlicherweise davon ausgegangen, dass die Konflikte in zahlreichen Staaten Deutschland nicht erreichten, kritisierte Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Die Kapazitäten in Unterkünften für Asylbewerber seien kontinuierlich abgebaut worden.

Trotz des starken Zuwachses lag die Zahl der Asylbewerber 2012 immer noch weit unter den Spitzenwerten der 1990er Jahre, als mehr als 100.000 Asylbewerber pro Jahr nach Deutschland kamen.

Load-Date: January 16, 2013

End of Document

Selbst die einfachste Unterkunft wird zerstört; In Calais stranden Flüchtlinge, die von Frankreich nach England wollen. Eine beispiellose Vertreibungskampagne sorgt jedoch dafür, dass die Flüchtlingszahlen sinken.

ZEIT-online

Donnerstag 17. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlinge in Calais; Ausg. 43

Length: 1088 words

Byline: Chris Grodotzki

Body

Ein **Flüchtling** in einem besetzten verfallenen Haus in Calais

© Chris Grodotzki

Vor Lampedusa kentert ein **Flüchtlingsboot** nach dem anderen. In Hamburg kontrolliert die Polizei Menschen, die wie Afrikaner aussehen, um die herauszufiltern, die illegal von ebendieser Insel nach Deutschland kamen. Vor dem Brandenburger Tor protestieren 29 **Asylbewerber** im trockenen Hungerstreik. Die Auswüchse der prekären europäischen Einwanderungspolitik manifestieren sich an vielen Orten. Im nordfranzösischen Calais ungewöhnlicherweise durch einen Rückgang der **Flüchtlingszahlen**.

Dabei ist Calais, an der engsten Stelle des Ärmelkanals gelegen, seit jeher der Dreh- und Angelpunkt des Personenverkehrs zwischen dem europäischen Festland und Großbritannien. Die Stadt zieht deshalb neben Touristen, Truckern und Geschäftsreisenden auch diejenigen an, die keine Einreisegenehmigung bekommen. Tausende "illegaler" **Migranten**, **Geflüchtete** aus aller Welt, haben in den vergangenen Jahren versucht, von Calais weiter nach Großbritannien zu gelangen.

Viele von ihnen sind wegen der kolonialen Vergangenheit, familiärer Bande oder schlicht wegen ihrer Sprachkenntnisse mit England verbunden. Deshalb versuchen sie, auf oftmals waghalsigen Wegen über den Kanal zu kommen. Aber diese letzten 34 Kilometer der oft jahrelangen Odyssee werden oft zur unüberbrückbaren Hürde. Denn die Seegrenze Calais-Dover ist wohl der bestbewachte Grenzübergang innerhalb der Europäischen Union. Mit Hunden, Herzschlagdetektoren, LKW-Röntgengeräten und Atemluftscannern machen Grenzschützer auf beiden Seiten des Ärmelkanals Jagd auf die blinden Passagiere. Im ersten Halbjahr 2009 wurden beispielsweise allein bei LKW-Kontrollen mehr als 14.000 Menschen festgenommen, die den Kanal ohne Papiere überqueren wollten.

Mehr Menschen aus Zentralafrika und Syrien

Selbst die einfachste Unterkunft wird zerstört In Calais stranden Flüchtlinge, die von Frankreich nach England wollen. Eine beispiellose Vertreibungskampagne so....

Zum Brennpunkt der undokumentierten Migration in Europa wurde Calais erstmals in den 1990er Jahren, als Flüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien in die Hafenstadt strömten. Seitdem ist die Community der sogenannten Transit-Migranten in ständiger Bewegung, sowohl was ihre Größe als auch ihre Zusammensetzung betrifft: Nach den Kosovaren kamen die Afghanen, dann die Sudanesen, Eritreer, Lybier und Iraner. Mittlerweile wird der Anteil der Menschen aus Zentralafrika und Syrien immer größer.

Im Jahr 2002 wurde das Auffanglager des Roten Kreuzes in Sangatte geschlossen. Das Camp, das für 200 Menschen ausgelegt war, musste zeitweise für mehr als 1.800 herhalten. Die Schließung war vor allem eine Folge der "Tolérance zéro"-Agenda des damaligen französischen Innenministers Nicolas Sarkozy. Außerdem machte Großbritannien Druck. London und Paris einigten sich schließlich: Frankreich schließt die Notunterkunft und im Gegenzug, "wird Britannien aufhören, so attraktiv zu sein", wie sich der damalige Innenminister David Blunkett ausdrückte. Das britische Asylgesetz wurde verschärft.

Auch die nach der Schließung des Rotkreuz-Camps entstandenen inoffiziellen Zeltstädte in den Dünen rund um Calais wurden nicht geduldet; 2009 räumte die Polizei das größte "Jungle Camp", in dem zeitweise über tausend afghanische Flüchtlinge gelebt hatten. In den darauf folgenden Jahren wurden mehrere, primär von sudanesischen Flüchtlingen besetzte Industrieruinen, nicht nur geräumt, sondern danach sofort abgerissen.

Die letzte große Welle der Repression folgte 2012, als sich Calais anlässlich der Olympischen Spiele als Vorzimmer Londons profilieren wollte - als sauberes Vorzimmer. Zu dieser Zeit hielten sich, laut Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR, durchschnittlich noch etwa 500 Transit-Migranten in der 70.000-Einwohner-Stadt auf.

Stadt der Gesichtslosen - Die Illegalen von Calais von Chris Grodotzki on Vimeo.

Zum Aufräumen hat die Aufstandsbekämpfungseinheit der französischen Police Nationale - die "Compagnies Républicaines de Sécurité" (CRS) - schon seit Jahren eine Einheit in Calais stationiert. Sie sollen es den Flüchtlingen in Calais so unbequem wie möglich machen. Fast jeden Morgen kommt es zu Razzien in den provisorischen Unterkünften der Migranten. Decken, Schlafsäcke und Zelte werden konfisziert oder zerstört. Immer wieder werden Räume in den besetzten Häusern beispielsweise mit Urin oder Öl unbewohnbar gemacht. Wer sich nicht rechtzeitig davonmacht, wird mit ins "Detention Center" im sechs Kilometer entfernten Coquelles genommen, erkennungsdienstlich registriert und ein paar Stunden oder Tage dort festgehalten.

Etwa 300 Flüchtlinge verteilen sich über die ganze Region

Nach der Aufräumaktion zu Olympia sind heute nur noch etwa 300 sogenannte Sans-Papiers (Papierlose) in Calais unterwegs und diese verteilen sich über die ganze Region: In kleinen Gruppen leben sie auf der Straße, in den Parks, in verfallenen Gebäuden oder kleineren "Jungle-Camps" in Wäldern und Dünen. Jeder Versuch eine eigene Infrastruktur aufzubauen - und dazu zählen schon Camps, die mehr als 20 bis 30 Menschen beherbergen - wird entdeckt und zerstört.

"Gerade jetzt im Herbst versuchen die Polizisten Häuser und Camps zu räumen und den Migranten möglichst viele potentielle Unterkünfte für den Winter zu nehmen", sagt ein deutscher Aktivist der "Calais Migrant Solidarity", der lieber ungenannt bleibt. Das Netzwerk junger Aktivisten aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland ist seit Jahren in Calais aktiv um die Sans-Papiers zu unterstützen und Polizeiübergriffe zu dokumentieren.

"Calais, Lampedusa, Griechenland - wir müssen realisieren, dass diese Zustände miteinander zusammenhängen", kommentiert William Spindler von der UNHCR. Erst vor Kurzem erreichte ein erster, großer Schwung syrischer Flüchtlinge Calais. Einige von ihnen kamen direkt vom Mittelmeer. Während die meisten anderen Flüchtlinge aufgrund der harschen Lebensbedingungen in Calais primär junge Männer sind, sind unter den etwa 60 syrischen Flüchtlingen auch Frauen und Kinder.

Nach den ersten zwei Monaten und mehreren Räumungen gingen die Syrer am zweiten Oktober in die Offensive: Sie besetzten die Fußgängerbrücke zum Fährterminal, einige traten in Hungerstreik. Sie schrieben auf, dass sie

Selbst die einfachste Unterkunft wird zerstört In Calais stranden Flüchtlinge, die von Frankreich nach England wollen. Eine beispiellose Vertreibungskampagne so....

Familie und Freunde in England hätten, mit denen sie leben wollten. Sie wollen Asyl in England beantragen und fordern einen legalen Weg, dort hinzugelangen.

Als die Polizei zwei Tage später begann, die Brücke zu räumen, drohten zwei der Geflüchteten, vom Dach des Terminals in den Tod zu springen. Das geforderte Treffen mit der britischen Einwanderungsbehörde fand daraufhin immerhin statt, jedoch ohne irgendein Zugeständnis von britischer Seite.

Load-Date: October 17, 2013

Koalition der Unbarmherzigkeit; Trotz Doppelpass für Ausländerkinder: Die Vereinbarungen von Union und SPD zur Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik sind eine arge Enttäuschung.

ZEIT-online

Samstag 30. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Einwanderung und Flüchtlinge; Ausg. 49

Length: 1088 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Willkommensgeste: Bundespräsident Joachim Gauck mit syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen im Aufnahmelaager Friedland

© REUTERS/Kai Pfaffenbach

Groß war das Entsetzen nach der **Flüchtlingskatastrophe** vor Lampedusa mit 300 Toten, und fast ebenso groß die Versprechungen. Alle Parteien kündigten eilig an, sich dafür einzusetzen, dass sich so etwas nicht wiederholen kann. Es schien zumindest eine kleine Chance zu geben, dass sich an der europäischen und deutschen Abschottungspolitik gegenüber **Flüchtlingen** und Armutsmigranten etwas ändern könnte.

Doch wer jetzt den schwarz-roten Koalitionsvertrag studiert, muss feststellen, dass - von der doppelten Staatsbürgerschaft für hier geborene **Migranten**-Kinder und einigen Verbesserungen für **Asylbewerber** und geduldete Ausländer abgesehen - fast alles so bleibt, wie es ist: schlecht. An einigen Stellen wollen Union und SPD die bisherige Abwehrpolitik sogar noch verschärfen.

Die SPD hält sich viel darauf zugute, dass sie der Union in letzter Minute das Ende der sogenannten Optionspflicht abgerungen hat, zumindest für Ausländerkinder. Diese Regelung zwingt bislang in Deutschland geborene Kinder von Einwanderern, sich bis zum 23. Lebensjahr für die deutsche oder die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern zu entscheiden. Künftig dürfen sie beide Pässe behalten.

Für die Union war das ein großer, schwerer Schritt. Allein, er reicht nicht.

"Willkommenskultur" nur auf dem Papier

Denn für Millionen Eingewanderte und ehemalige Gastarbeiter, die zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland leben, bleibt es dabei: Wenn sie Deutsche werden wollen, müssen sie die rechtlichen Bindungen an ihr Herkunftsland kappen. Es gibt aber gute Gründe, das nicht zu tun: weil sie sich der alten Heimat noch verbunden fühlen, weil sie ihr Rückkehrrecht dorthin nicht verlieren wollen. Oder, noch einfacher, weil sie sonst auf Erbsprüche verzichten müssten. Entscheiden sie sich deshalb für den ausländischen und nicht den deutschen Pass, bleiben sie rechtlich

Koalition der Unbarmherzigkeit Trotz Doppelpass für Ausländerkinder: Die Vereinbarungen von Union und SPD zur Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik sind eine ar....

gesehen Fremde in diesem Land. Ohne Wahlrecht, ohne Zugehörigkeitsgefühl, und in vielen Fällen auch mit unsicherem Aufenthaltsstatus.

Die Große Koalition hat damit eine historische Chance verpasst: sich endlich ohne wenn und aber dazu zu bekennen, dass Deutschland längst ein Einwanderungsland ist. Ein Land, in dem die Zugewanderten voll dazugehören, auch ohne sich von ihrer alten Heimat lossagen zu müssen. Nur die beiden großen Parteien gemeinsam hätten diesen so wichtigen Schritt mit der nötigen Legitimation vollziehen können. Sie hätten Deutschland auch in dieser Hinsicht wirklich zu einem modernen, weltoffenen Land machen können. Dort aber, wo sie die in ihrem Koalitionsvertrag wieder einmal beschworene "Willkommens- und Anerkennungskultur" tatsächlich hätten stärken können, schrecken sie zurück. Die Angst vor dem Unmut vieler Bürger war offenbar größer.

Verbesserungen für Asylbewerber und Geduldete

Kein Wunder, dass die Migrantenverbände sich nun enttäuscht abwenden, vor allem von der SPD. Schließlich hatte deren Chef Sigmar Gabriel verkündet: "Ich werde der SPD-Basis keinen Koalitionsvertrag vorlegen, in dem die doppelte Staatsbürgerschaft nicht drin ist." Er verweist nun darauf, dass mehr mit der Union nicht möglich gewesen sei. Dennoch: Die SPD hat hier ein zentrales Wahlversprechen gebrochen.

An anderer Stelle hat sie immerhin einige Verbesserungen erreicht. Lange in Deutschland lebende Ausländer sollen bleiben dürfen, auch wenn sie keine gültige Aufenthaltserlaubnis haben (stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung). Asylverfahren sollen nicht mehr so lange dauern und die Bewerber sowie Geduldete dürfen schon nach drei Monaten in Deutschland auch hier arbeiten. Auch wird ihre Pflicht, sich nur im Umkreis der ihnen zugewiesenen Unterkünfte aufzuhalten, gelockert. All das haben Flüchtlingsorganisationen seit Langem gefordert.

Doch im Kern hält die Koalition an der Politik der strikten Abwehr von Flüchtlingen und Armutswanderern fest. So heißt es gleich im zweiten Satz des Abschnitts dazu im Koalitionsvertrag: "Wir werden der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken." Das zielt offenkundig insbesondere auf Bulgaren und Rumänen, die ab 1. Januar volle Freizügigkeit auch in Deutschland genießen. Und weiter heißt es, man wolle durch Änderungen nationaler Gesetze und europarechtlicher Vorgaben erreichen, "dass Anreize für Migration in soziale Sicherungssysteme verringert werden".

Damit übernimmt die SPD ein Argument, das vor allem CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich und seine konservativen Vorgänger immer wieder verwendet haben: dass viele Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber angeblich nur nach Deutschland kommen, um hier Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen.

Keine gemeinsame EU-Flüchtlingspolitik

Kein Wort im Koalitionsvertrag auch dazu, dass sich die neue Regierung nach Lampedusa für eine humane, gemeinsame Flüchtlingspolitik der EU einsetzen will. Nur ein wolkiger Satz über "mehr Solidarität" unter EU-Staaten lässt sich finden. Was genau soll das bedeuten? Wird sich die Bundesregierung dafür stark machen Dublin III zu lockern? Jenes unselige Abkommen, nach dem Flüchtlinge immer in dem Land bleiben müssen, in dem sie erstmals europäischen Boden betraten, und jederzeit dahin zurückgeschickt werden können - auch wenn sie dort keinen Schutz finden. Will Deutschland all die Länder am Mittelmeer, die davon betroffen sind, nun besser unterstützen? Sollen die Flüchtlinge gar gleichmäßig auf die europäischen Staaten verteilt werden? Wohl kaum.

Stattdessen heißt es lediglich, man trete bei der Sicherung der EU-Außengrenzen durch die Frontex-Einheiten und bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten "für die konsequente Einhaltung menschenrechtlicher und humanitärer Standards ein". Auch der "Grundsatz der Nichtzurückweisung und der Seenotrettung" müsse geachtet werden. Als wenn beides nicht eine Selbstverständlichkeit wäre.

"Rückkehr fördern"

Auf jeden vermeintlich guten Punkt kommt mindestens ein schlechter: Schwarz-Rot verspricht - auch dies ein alter Hut - die Ursachen von Flucht und "unfreiwilliger Migration" in und mit den Herkunftsländern zu bekämpfen.

Koalition der Unbarmherzigkeit Trotz Doppelpass für Ausländerkinder: Die Vereinbarungen von Union und SPD zur Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik sind eine ar....

Zugleich aber will die Koalition auch die "Rückkehrförderung" ausbauen. Sie will aufrüsten, um Flüchtlinge ohne Papiere schneller identifizieren zu können. Und sie will die Bestimmungen zur Ausweisung ausländischer Straftäter und "gewaltbereiter Extremisten" aus Deutschland verschärfen.

Von einer wirklich neuen Ausländer- und Migrationspolitik kann also wirklich keine Rede sein.

Load-Date: November 30, 2013

End of Document

"Kein System, nur ein Trümmerhaufen"; Grenzen sind eine überholte Institution, sagt der Migrationsforscher Bernd Kasperek. Im Interview erklärt er, warum der europäische Grenzschutz nicht funktioniert.

ZEIT-online

Montag 28. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Grenzpolitik; Ausg. 44

Length: 1440 words

Byline: Martina Powell

Body

Grenzschutz in Nordkorea: Eine Soldatin blickt während ihrer Patrouille hinter einem Baum hervor.

©David Gray/Reuters

ZEIT ONLINE: Das Grenzregime der EU im Mittelmeer ist seit der **Flüchtlingskatastrophe** vor Lampedusa wieder in die Kritik geraten. Sind die europäischen Staaten mit ihrer Strategie der Abschottung alleine?

Kasperek: Nein. Die Grenzen werden weltweit dichtgemacht. Um die amerikanisch-mexikanischen Grenze gibt es beispielsweise seit Jahren eine politische Auseinandersetzung, Australien vertrat in den 1990er Jahren - und jetzt auch wieder - die "Pazifische Lösung", also die Abdrängung von **Flüchtlingsbooten** auf hoher See. Eine Abschottung findet auch im kleineren Maßstab an den Grenzen Südafrikas oder im gesamten südostasiatischen Raum statt.

ZEIT ONLINE : Inwiefern unterscheidet sich der europäische Grenzschutz vom Rest der Welt?

Kasperek : Die Strategien sind global sehr ähnlich. Einzigartig ist die politische Konstellation in Europa: Man hat viele Nationalstaaten und die EU als supranationale Organisation, dazu kommen unzählige Organisationen und Think Tanks. Deshalb konnte sich in den letzten 15 Jahre trotz aller Beteuerungen keine kohärente Grenzpolitik herausbilden. Und wie die vergangenen Wochen wieder gezeigt haben: Da gibt es kein System, nur einen Trümmerhaufen.

ZEIT ONLINE : Es sieht nicht so aus, als würde sich die EU-Einwanderungspolitik bald ändern. Warum?

Kasperek : In den vergangenen Jahrzehnten wurde Migration und Flucht vor allem als Sicherheitsproblem definiert, verstärkt seit dem 11. September. Die politische Verantwortung ist im Wesentlichen bei den Innenministern und den Technokraten der Kontrolle angesiedelt. Man müsste den mutigen Schritt nach vorne machen und ihnen die Kompetenz für Fragen der Migration entziehen. Solange sie bei den Apologeten der Grenze und der Kontrolle verbleibt, wird sich das Sterben fortsetzen.

"Kein System, nur ein Trümmerhaufen" Grenzen sind eine überholte Institution, sagt der Migrationsforscher Bernd Kasperek. Im Interview erklärt er, warum der eur....

ZEIT ONLINE : Was steckt hinter der Motivation, Grenzen zu errichten und zu schützen?

Kasperek : Die veraltete Vorstellung, dass eine Politik der sogenannten Null-Migration möglich wäre. Das hat besonders in Deutschland und in Westeuropa eine gewisse Tradition. Anders sieht das in den südlichen Ländern der EU aus: In Spanien gab es lange Zeit eine Art der geduldeten Migration von Arbeitern, die auf den Gemüsefeldern zum Einsatz kamen. Die waren ganz wichtig für die Wirtschaftsentwicklung des Landes. Ähnlich sah es in Süditalien und Griechenland aus. Diese Politik hat zwar ebenfalls den Menschen beim Grenzübertritt ihre Rechte entzogen. Allerdings gab es in Italien, Spanien und Griechenland immer wieder kollektive Legalisierungen. Bis 2008: Unter der EU-Ratspräsidentschaft des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy wurde der Europäische Pakt für Einwanderung und Asyl geschlossen und diese kollektiven Legalisierungsmechanismen abgeschafft. Dieser Pakt in Kombination mit Dublin II hat die Migrationspolitik Südeuropas den Vorstellungen von Migrationspolitik, die im Norden Europas vorherrschen, untergeordnet, und effektiv zum Erliegen gebracht.

ZEIT ONLINE : EU-Organisationen wie Frontex oder Verordnungen wie Dublin II sollen dafür sorgen, dass Zuwanderung kontrolliert stattfindet und dass Asylanträge dort gestellt werden, wo Migranten ankommen. Ist das keine gute Idee?

Kasperek : Das stimmt leider so nicht. Konkret gibt es derzeit kaum Möglichkeiten der legalen Migration nach Europa. Dublin II ist kein Instrument für kontrollierte Zuwanderung, sondern ein europäischer Mechanismus, um einer - so hat es oft den Anschein - lästigen Verpflichtung mit dem niedrigsten Aufwand nachzukommen. Heute sorgt Dublin II innerhalb von Europa für eine unfaire Verteilung der Verantwortung. Nun sind vor allem Staaten an der Außengrenze wie Griechenland, Zypern oder Malta für den Großteil des Asylsystems in Europa zuständig. Dublin II blendet außerdem die Wünsche von Asylsuchenden aus. Viele von ihnen wissen genau, in welches Land in Europa sie wollen. Weil sie dort Familien haben, zum Beispiel. So haben wir mittlerweile in Europa eine große Gruppe von Asylsuchenden, die niemals die Chance haben, irgendwo anzukommen. Frontex wiederum befasst sich nur in dem Sinne mit Migration, als dass in Europa Grenze als Mittel zur Regulation von Migration verstanden wird. Die Folgen haben wir gerade erst wieder gesehen.

ZEIT ONLINE : Wie sinnvoll sind Grenzen?

Kasperek : Grenzen sind eine sehr junge und zeitweilige Institution, die mit dem Nationalstaat aufkam. In Europa, wo die Idee des Nationalstaats noch sehr stark ist, kommen sie einem fast natürlich vor. In Ländern wie Haiti gibt es allerdings andere Mechanismen, eine Gesellschaft zu organisieren: Dort begreift man alle Auslandshaitianer als das 11. Département. Ähnlich ist das auf den Philippinen, ein Land, das schon sehr lange Ursprung von Arbeitsmigration ist. In diesen Ländern ist also die Frage der Zugehörigkeit wichtiger, nicht, ob sich die Gesellschaft in einem abgegrenzten Territorium aufhält. Deshalb sind Grenzen als Institution zwar sehr lebendig, aber im Grunde ein Anachronismus. Vor allem in einer globalisierten Welt.

ZEIT ONLINE : Haben Grenzen auch etwas Gutes?

Kasperek : Grenzen sind ein ordnendes Element. Aber sie gaukeln Lösungen vor, die im Grunde weitere Probleme schaffen. Der Nationalstaat ist seit seiner Erfindung damit beschäftigt, die imaginierte Einheit von Territorium und Bevölkerung herzustellen, und hat zu dem Zweck eine riesige Bürokratie erschaffen. Aber wenn wir uns den europäischen Kontext ansehen: Der Wegfall der Binnengrenzen hat praktisch keine negativen Effekte gehabt. Nur Vorteile.

ZEIT ONLINE : Andererseits sind durch das Aufheben der Binnengrenzen erst die Probleme an den EU-Außengrenzen entstanden.

Kasperek : Genau das ist die Kehrseite der Schengener Medaille. Die Grenze im Mittelmeer, wie wir sie heute kennen, gibt es erst seit zehn Jahren. Spanien hat erst Ende der 1990er begonnen, die Grenzen so auszubauen. Früher gab es einen regen Pendelverkehr zwischen Marokko und Spanien. Das war damals kein Problem, weil viele Leute zum Arbeiten nach Spanien gekommen sind, aber auch wieder gingen. Durch die Schengen-Außengrenze ist es schwieriger geworden, nach Europa zu kommen. Nun kostet es viel Geld und es ist gefährlicher

"Kein System, nur ein Trümmerhaufen" Grenzen sind eine überholte Institution, sagt der Migrationsforscher Bernd Kasperek. Im Interview erklärt er, warum der eur....

geworden, über die EU-Grenzen zu gehen. Deshalb wollen die, die es geschafft haben, auch nicht wieder zurück. Das ist der negative Effekt von Grenzen: Sie führen zu einer Verhärtung und zu einem Zwang in den Lebensverhältnissen.

ZEIT ONLINE : Wie lautet ihr Vorschlag? Sollen wir alle Grenzen aufheben?

Kasperek : Migrationsgegner behaupten ja immer: Dann kämen zu viele Leute, das brächte die soziale Ordnung durcheinander. Ich teile diesen Alarmismus zwar nicht und denke, dass er aus mangelndem Wissen über die Migration stammt. Aber er verweist zumindest auf eine Frage, der wir uns tatsächlich stellen müssen: Wie können wir ermöglichen, dass Menschen hier ankommen und auch ein Teil unserer Gesellschaft werden? Dazu müssen wir ein neues, postnationales Modell von Bürgerschaft und Zugehörigkeit entwickeln. Gerade die EU hat gezeigt, dass das möglich wäre: Heute nehmen wir doch Migration aus Polen oder Italien nicht einmal mehr als Migration wahr. Gerade die starken rechtlichen Garantien der EU - Freizügigkeit und EU-Staatsbürgerschaft - haben dafür gesorgt, dass sich die Bedenken als unbegründet herausgestellt haben.

ZEIT ONLINE : Und kurzfristig?

Kasperek : Man müsste die Grenzen öffnen und die Aufnahme von Flüchtlingen anders gestalten. Man könnte zum Beispiel das Recht einführen, an jedem Grenzposten und an jeder Botschaft der Union ein befristetes Visum für die Asylantragstellung beantragen zu können - und zwar ohne jede Vorbedingung. Das hieße: Zu Zwecken der Asylantragstellung könnten Asylwerber in die EU einreisen. Damit wäre die Asylummigration legalisiert, Dublin II außer Kraft gesetzt und man würde den Grenzschutz aus der Gleichung nehmen.

ZEIT ONLINE : Wie realistisch ist es, dass solche Konzepte umgesetzt werden?

Kasperek : Ich bin überrascht, welchen Widerhall die Tragödie bei Lampedusa gefunden hat. Offenbar gibt es sehr starke Stimmen in Europa, die sagen, es muss etwas geändert werden. Aber wenn ich mir die aktuellen Vorschläge ansehe, bin ich pessimistisch, dass es den mutigen, notwendigen Wurf tatsächlich geben wird. Letzendlich kann es nur klappen, wenn wir gemeinsam den Entwurf von Europa als *gated community* zurückweisen und uns für ein Europa einsetzen, welches sich als Teil einer globalisierten und vernetzten Welt begreift.

Load-Date: October 28, 2013

Fluchtpunkt Athen; Europa hat sich abgeschottet. Doch am Fluss Evros in Griechenland klafft ein Loch in der europäischen Festungsmauer. Flüchtlinge strömen hindurch und kommen in ein Land, das selbst am Abgrund steht

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

13. September 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 8-9; Ausg. 38

Length: 2439 words

Byline: Özlem Topcu

Body

Nea Vyssa liegt etwa zehn Kilometer von der türkischen Grenze entfernt, ein kleines Dorf, keine 2000 Einwohner, zwei Cafés, eine Tankstelle. Es erinnert an eine alte Western-Stadt, wo unter der sengenden Sonne das Einzige, was sich bewegt, ein vertrockneter Strauch ist, der über die Hauptstraße weht. Es ist das Ende von Europa im Osten. Kein Mensch würde sich für Nea Vyssa interessieren.

Wäre da nicht die Krise in Griechenland. Und wären da nicht die **Flüchtlinge**, für die dieser Landstrich der Anfang von Europa ist. Dort, glauben sie, gibt es Sicherheit, Freiheit und Arbeit.

Es ist sieben Uhr in der Früh, als Fouad wach wird. Er hat die Nacht auf einer Bank am kleinen Bahnhof von Nea Vyssa verbracht. Läuft man die Gleise Richtung türkische Grenze, findet man rechts und links weggeworfene, noch feuchte Kleidungsstücke. Da mal eine Jeans, hier ein Schuh, da ein T-Shirt. Auf der Flucht will niemand unnötigen Ballast mitschleppen. "Ich habe meine Gruppe verloren", sagt Fouad in einer Mischsprache aus Englisch, Französisch und Arabisch. Also hat er sich erst einmal schlafen gelegt. Er kommt aus Algerien, hat keine Tasche dabei, nur ein Portemonnaie, Zigaretten und ein Handy. Fouad ist 23 Jahre alt und sehr dünn. Er erzählt, dass er in Europa arbeiten wolle. Sein Freund warte auf ihn in Alexandroupolis, er arbeite dort hin und wieder für einen Griechen, für 20 Euro am Tag.

In diesem kleinen griechischen Dorf kann man sich in eines der beiden Cafés gegenüber dem kleinen Bahnhof setzen und täglich beobachten, wie der Druck der Schuldenkrise eine weitere Krise verschärft: Die alten Dorfbewohner schlürfen in der Morgensonne ihren Eiskaffee und schauen dem vorbei ziehenden Strom der Migranten zu. Manchmal alleine, wenn sie sich unterwegs im Dunkel der Nacht verlieren, aber oft kommen sie in Gruppen. Es sind Hunderte, jeden Tag. Während ganz Europa darüber spricht, wie Griechenland wieder auf die Beine kommen kann, wo es sparen und Reformen einführen muss, hat das Land mit einem massiven Migrations- und Flüchtlingsstrom zu kämpfen. Rechtsextremisten nutzen die Situation aus: Mit der Krise und dem Druck der Migration steigt ihr Ansehen als "wahre Griechen" in der Bevölkerung. Bei den Parlamentswahlen am 17. Juni bekam die Partei Goldene Morgenröte sieben Prozent - derzeit hat sie in Umfragen mehr als doppelt so viel.

Fluchtpunkt Athen Europa hat sich abgeschottet. Doch am Fluss Evros in Griechenland klafft ein Loch in der europäischen Festungsmauer. Flüchtlinge strömen hindu....

Griechenland bekommt auch die Folgen der "guten Arbeit" seiner europäischen Partner zu spüren. Spanien, Italien, Frankreich haben ihre Grenzen gut abgeschottet. An der griechisch-türkischen Grenze dagegen klafft ein Loch. Neun von zehn Flüchtlingen, die heute nach Europa kommen, überqueren in kleinen Schlauchbooten den Grenzfluss Evros. Es ist eine gefährliche Überfahrt. 2010 sollen 45 Menschen hier ertrunken sein.

Viele fliehen vor Krieg und Verfolgung. Andere suchen Arbeit, eine Perspektive im Leben. Sie alle wollen nach Athen, um entweder dort zu bleiben oder um Geld zu verdienen und dann weiter nach Italien, Frankreich, Deutschland oder Skandinavien zu ziehen.

Von Dublin II haben die meisten noch nie gehört. Nach dieser europäischen Bestimmung ist für Asylanträge von Flüchtlingen das Land in Europa zuständig, in das sie als Erstes einen Fuß setzen. Das ist zurzeit aber nur noch Griechenland, das Krisenland. Sie müssten eigentlich in Griechenland bleiben. Doch Griechenland kann sie weder aufnehmen, noch hat es ein funktionierendes Asylsystem, das hilft, herauszufinden, wer Flüchtling ist und wer nicht. Griechenland hat nie Anstrengungen zur Lösung dieses Problems unternommen. Jetzt, am Rande des Bankrotts, könnte es nicht, selbst wenn es wollte. Erst mit der Krise ist es aufgefallen: Der griechische Staat funktioniert nicht, treibt seine Steuern nicht ein, hat kein Katasteramt - und eben auch kein Asylsystem.

Deshalb schiebt Deutschland beispielsweise Asylbewerber zurzeit nicht mehr nach Griechenland ab. Aber um nicht abgeschoben zu werden, müssen Flüchtlinge es auf eigene Faust erst einmal nach Deutschland schaffen. Hilfsorganisationen wie Pro Asyl reicht diese passive Haltung nicht. "Es wäre ein Akt der Menschlichkeit, besonders schutzbedürftige Menschen wie Familien mit Kindern oder Kinder, die allein unterwegs sind, nach humanitären Kriterien in andere EU-Staaten zu verteilen. Es wäre auch ein Zeichen der Solidarität mit Griechenland", sagt Karl Kopp, Europareferent von Pro Asyl.

"Niemand ist ein Flüchtling. Sie lügen alle"

Die Flüchtlinge, die es lebend nach Griechenland schaffen, schlagen sich wie Fouad entweder auf eigene Faust in die Hauptstadt durch und tauchen dort unter - oder sie landen zunächst in der ersten Polizeistation der nördlichsten Gemeinde Orestiada, zehn Kilometer vom Dorf Nea Vyssa entfernt. Oft rufen die Besitzer einer der beiden Cafés am Bahnhof beim Polizeichef Georgios Salamangas an, wenn die Flüchtlinge nach ihrer Nachtwanderung im Dorf vorbeikommen und von selbst schon fragen: "Police?" Einige lassen sich erschöpft und ausgehungert abholen, andere laufen selbst nach Orestiada. "Am Anfang hatte ich noch mit jedem einzelnen Mitleid. Besonders mit den Kindern und Babys, völlig von Mücken zerstoßen. Hin und wieder gab ich eine warme Milch aus", sagt Café-Betreiberin Anastasia. "Aber jetzt haben wir uns an den Anblick gewöhnt. Was können wir schon tun?"

Polizeichef Georgios Salamangas empfängt in seinem Büro, er sitzt an seinem dunkelbraunen Schreibtisch, raucht eine Zigarette nach der anderen. Er hat keine Lust auf dieses Gespräch und versucht erst gar nicht, diesen Eindruck zu zerstreuen. Kein Wunder, er sieht jeden Tag Leid und Elend von Menschen, muss 80 Kilometer Fluss kontrollieren - ein belastender Job. "Wir haben ein enormes Problem", sagt er. Rechts hinter ihm steht die griechische, links die europäische Flagge, auf dem Schreibtisch ein Wimpel der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die Griechenland dabei hilft, illegale Migranten aufzuhalten. An der Wand hängen Maria-Bilder. Herr Salamangas rattert seine Zahlen herunter: 2009 nahmen seine Teams 3500 Migranten fest, "das war noch kontrollierbar"; 2010 waren es 36000, vergangenes Jahr fiel die Zahl auf 28230. "Natürlich wissen wir, dass sie alle nach Athen oder Thessaloniki gehen, sobald wir sie freilassen." Vor dem Auffanglager in Fylakio steht tatsächlich ein Bushäuschen, an dem ein Preisschild hängt. Athen: 70 Euro pro Person.

Freilassen - wohlgemerkt, Salamangas spricht nicht von Gefängnissen, sondern von den Auffanglagern, in die die Flüchtlinge gebracht werden. Auch Kinder werden wie Verbrecher erst einmal eingesperrt. NGOs und kirchliche Hilfsorganisationen wie das Ökumenische Flüchtlingsprogramm in Athen sagen, dass die Inhaftierten keinen Asylantrag stellen können, auch wenn sie wollten. Sie sagen, es gebe in Griechenland gar keine Flüchtlingspolitik, sondern nur eine Deportationspolitik. Das heißt, es geht nicht darum, ein europäisches Grundrecht umzusetzen, sondern um die Frage: Wie werden wir sie am schnellsten wieder los? Anwälte bekommen nur unregelmäßig und willkürlich Zutritt zu dem Lager. Sie sagen abwechselnd: Die EU muss Druck auf Griechenland machen - die EU

Fluchtpunkt Athen Europa hat sich abgeschottet. Doch am Fluss Evros in Griechenland klafft ein Loch in der europäischen Festungsmauer. Flüchtlinge strömen hindu....

muss Griechenland helfen. Und: Dublin II muss weg. Das übrigens sagen auch die meisten Politiker - rechts wie links. Hilfsorganisationen erheben Vorwürfe gegen die griechische Polizei. In einem Papier des Ökumenischen Flüchtlingsprogramms, das auch der EU-Kommission vorgelegt wurde, heißt es: "Wir machen aufmerksam auf die weitverbreitete Mentalität bei der griechischen Polizei, die besagt: Niemand ist ein Flüchtling, sie lügen alle. Solange die Polizei für den Asylprozess verantwortlich ist, wird es schwer sein, diese Mentalität zu überwinden." Polizisten wählen mehrheitlich die rechtsextreme Goldene Morgenröte, wie man aus Wahlanalysen weiß.

Viele der Migranten wissen wenig über die griechische Krise, aber sie wissen: Sie kommen in eines der Auffanglager und werden nach einigen Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten wieder freigelassen, die Lager sind einfach zu voll. Sie erhalten ein Stück Papier, auf dem ihr Foto zu sehen ist und das sie auf Griechisch auffordert, innerhalb von 30 Tagen das Land zu verlassen. Ein Freifahrtschein für den, der genug Geld für den nächsten Schlepper hat, für die Reise nach Nordeuropa.

Wer es einmal in die Türkei geschafft hat, für den ist der Rest ein Kinderspiel. Jeden Tag landen in Istanbul mehr als 100 Maschinen aus Afrika und Asien. In der Metropole findet sich schnell jemand, der gegen Geld den Rest der Reise über den Evros organisiert. Polizeichef Salamangas ärgert sich über seine türkischen Kollegen, mit denen er zusammenarbeitet. Können oder wollen die Türken nicht sehen, was auf ihrer Seite des Flusses passiert? "Fragen Sie nicht!" Wahrscheinlich setzt er deshalb lieber auf den Zaun, den die Regierung gerade bauen lässt - an der gesamten zwölf Kilometer langen Landgrenze entlang. Dieser Zaun kostet Millionen und wird trotz Krise gebaut, ohne EU-Gelder. Und obwohl die meisten Flüchtlinge über den Evros kommen, seitdem der Landweg mit griechischen und europäischen Patrouillen gut bewacht ist.

Wir fahren zum Zaun, er beginnt im Örtchen Kastanies. Hier macht der Evros einen Knick, die Landgrenze beginnt. Ein paar Meter weiter drüben langweilen sich türkische Soldaten auf einem Wachturm, hier griechische. Ringsherum nichts als Maisfelder. Die Soldaten sagen, der Zaun werde ihre Arbeit verbessern. Die Leute aus dem Dorf sagen, kein Zaun auf der Welt kann verzweifelte Menschen aufhalten. Noch steht er nicht, nur ein Fundament aus Beton ist gegossen.

Zurück zur Polizeistation, etwa eine Stunde später. Der Platz vor dem Gebäude ist plötzlich voller Menschen, sie sitzen aufgereiht auf dem Boden. "Das ist hier jeden Tag so", sagt ein Wachmann. Wo kommt ihr her? Afghanistan! Iran! Syrien! Menschen aus diesen Ländern haben in Europa Anspruch auf Schutz, es sind Kriegsgebiete. Wie geht es euch? "Jetzt, hier gut", sagt einer. Die Verständigung auf Englisch ist schwer, die Menschen sind erschöpft, viele haben noch nasse Hosen und Schuhe. Sie haben nur das dabei, was sie am Körper tragen. Dennoch wirken sie erleichtert. Nach einigen Minuten kommt ein Bus vorgefahren, zwei Männer in dunkelblauen Cargohosen bedeuten den Wartenden, einzusteigen. Sie bringen sie zum nahe gelegenen Auffanglager Fylakio.

Von der Polizeistation sind es nur fünf Minuten zum Bahnhof von Orestiada. Dort trifft man auf Migranten, die schon das Papier haben, das sie innert 30 Tagen ausweist, und auf solche, die gerade angekommen sind und sich noch ein wenig im Schatten unter Bäumen ausruhen, bevor sie zur Polizeistation gehen wollen. Man trifft auch auf Migranten, die schon wieder weg wollen aus Griechenland.

Schlägerbanden machen Jagd auf Ausländer

Auf einer Bank vor dem Bahnhofsgebäude sitzt Issam, ein Palästinenser aus Jordanien. Er hat als Animator in Ägypten gearbeitet, spricht gutes Englisch und wollte sein Glück in Europa suchen. Zwei Monate habe er in Athen auf der Straße gelebt. Arbeit habe er keine gefunden. Auch keine Hilfe, jeder habe ihm erzählt, er solle sich besonders vor der griechischen Polizei in Acht nehmen. "Das sind alles Rassisten!]", hieß es immer. Es gebe in Athen keinen Schutz für Migranten." Immer häufiger habe er gehört, dass Schlägerbanden Jagd auf Ausländer machen würden. Schwarz gekleidete Männer, oft auf Motorrädern, die zu einer Partei namens Goldene Morgenröte gehörten. "Aber nicht alle Griechen waren so. Es gab auch Menschen, die halfen, trotz der Krise und der Unsicherheit", sagt er und erzählt von einer Frau um die 60, die mit anderen Aktivisten mehrmals in der Woche nachts Essen an Migranten und Junkies verteilt. Sie habe Athená geheißten.

Auf dem Syntagma-Platz sehen die Menschen erleichtert aus

Fluchtpunkt Athen Europa hat sich abgeschottet. Doch am Fluss Evros in Griechenland klafft ein Loch in der europäischen Festungsmauer. Flüchtlinge strömen hindu....

Der Fischer Abozeed Moubarak kam vor etwa acht Monaten von Alexandria an den Hafen von Piräus. Mit anderen ägyptischen Fischern, alle illegal in Griechenland, bewohnte er ein Haus in der Nähe des Hafens. Eines Nachts Mitte Juni stieg er auf das Dach, weil es ihm drinnen zu warm war. Er schlief ein. Ein Schlag ins Gesicht weckte ihn. "Ich sah nur, wie schwarz gekleidete Männer über die Dachtreppe ins Haus hinunterstiegen. Vielleicht waren es 20 Leute. Dann traf mich ein zweiter Schlag, und ich wurde ohnmächtig", sagt der 35-Jährige. Sein Kiefer war gebrochen. Noch immer hat er Schmerzen. Er kann nur langsam sprechen. Sechs der Angreifer stehen nun vor Gericht, sie seien Mitglieder der Goldenen Morgenröte, sagt Moubarak. Sein Fall ging durch alle griechischen Medien. Vor Kurzem gab die Organisation Human Rights Watch (HRW) einen Bericht über Migranten in Griechenland heraus. Der Befund: Weder Polizei noch Justiz sind in der Lage, die Angriffe zu verhindern oder zu verfolgen. Die Polizei sei untätig oder entmutigte Opfer, Anzeige zu erstatten. Es gibt Fälle, in denen die Polizei Geld für Anzeigen verlangt habe.

Jeder vierte Grieche ist arbeitslos, die Löhne werden gekürzt, die Steuern erhöht, Firmen gehen pleite. Viele Griechen stehen am Abgrund. Plötzlich finden sie sich neben Flüchtlingen in der Schlange der Suppenküche oder der kostenlosen Gesundheitsversorgung bei Doctors of the World wieder. Eine drohende Staatspleite trifft auf einen massiven Zustrom von Einwanderern, neue, ungewohnte Armut mitten in Europa auf mitgebrachte Armut.

Kostas Markopoulos, Fraktionsführer der populistischen Unabhängigen Griechen spricht von ein bis zwei Millionen Migranten in Griechenland, die genaue Zahl kennt keiner, von denen 75 Prozent illegal im Land seien. Die meisten, sagt er, lebten von der Kriminalität, verkauften Drogen. Die Berichte über Angriffe glaubt er nicht. "Wir haben keine Luft mehr zum Atmen", sagt er. Europa sehe das Problem nicht. Wenn er könnte, würde er einen, nur einen Tag die Grenzen öffnen, damit die anderen europäischen Länder sehen, was los ist.

Das ist nichts gegen das, was die Mitglieder der Goldenen Morgenröte veranstalten. Man kann es dieser Tage auf dem Syntagma-Platz beobachten. Die Partei macht Armenspeisung - aber nur für echte Griechen. Mehrere Fernsehteams filmen die Szenerie. Der Platz ist gut gefüllt. Überall laufen schwarz gekleidete Männer herum, Frauen sitzen hinter den Tischen, begrüßen die Menschen. Sie tragen T-Shirts mit dem Parteizeichen, das aussieht wie ein von einem Erstklässler gemaltes Hakenkreuz. Man hört Sprüche wie "Hellas über alles".

Die Morgenrötler haben zwei lange Tische aufgebaut, an jedem eine lange Schlange mit Wartenden. Am ersten zeigen die Menschen ihren Personalausweis vor, werden registriert, dann dürfen sie an den nächsten langen Tisch, wo sie Öl, Mehl, Milch und Wasser erhalten. Die Menschen sehen erleichtert und dankbar aus.

Graphic

Vor der Ambulanz der Organisation Doctors of the World. Hier werden Flüchtlinge und Griechen ohne Vorweis von Dokumenten behandelt

Der junge Algerier Fouad ist im Dorf Nea Vyssa angekommen

Load-Date: September 13, 2012

Ecuador und die Menschenwürde; T. Hildebrandt: "Könnte Deutschland Snowden helfen?" ZEIT NR. 28

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 69; Ausg. 32

Length: 256 words

Body

Wäre vor Ihrem Beitrag zum Thema Ecuador und Menschenrechte unabhängig recherchiert worden, hätten unter anderem die folgenden Fakten Berücksichtigung gefunden: Ecuador ist gegenwärtig Vorreiter bei der universellen Umsetzung des Menschenrechts auf Asyl (vgl. Art. 41 der Verfassung Ecuadors). Daher ist eines der Prinzipien der ecuadorianischen Regierung, politische Verfolgung zu verhindern. Im Artikel 40 der ecuadorianischen Verfassung ist zudem festgelegt, dass Ecuador keinen Menschen wegen seiner Migration als "illegal" betrachtet. Im Artikel 20 seiner Verfassung garantiert Ecuador umfassend Gewissensfreiheit.

Es gilt hervorzuheben, dass Ecuador gegenwärtig das Land mit der höchsten Anzahl anerkannter Flüchtlinge mit Asylstatus in Lateinamerika ist. Bis April 2013 hatte Ecuador 55249 Flüchtlinge anerkannt. Das Außenministerium musste seine institutionelle Struktur in den letzten Jahren anpassen, um der steigenden Nachfrage bezüglich der Asylgesuche, insbesondere aus Kolumbien, gerecht werden zu können. In Ecuador bestehen keine Einschränkungen der Freizügigkeit für Asylsuchende und Flüchtlinge.

So wie zahlreiche Politiker in vielen Ländern bei der Regulierung der Finanzmärkte den Gestaltungsspielraum freiwillig aufgaben, so droht auch die nötige Kontrolle der Informationsmärkte vernachlässigt zu werden. Schließlich geht es hier um den Schutz der Privatheit als Teil der Menschenwürde, welche sowohl Herr Edward Snowden als auch Herr Julian Assange verteidigt haben.

Jorge Jurado, Botschafter von Ecuador in Deutschland

Load-Date: August 1, 2013

Europa kann den Flüchtlingen helfen; Viele Flüchtlinge sterben auf dem Weg nach Europa. Schaffen sie es doch, leben sie oft verarmt und unsicher. Drei Konzepte für eine humanere Aufnahmepolitik

ZEIT-online

Mittwoch 9. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Lampedusa-Katastrophe; Ausg. 41

Length: 1404 words

Byline: Anne Fromm

Body

© Ettore Ferrari/dpa

Das Erschrecken ist wieder einmal groß, seit am Donnerstag vor Lampedusa ein Schiff mit etwa 500 **Flüchtlingen** aus Afrika gesunken ist. Politiker und Parteien aus ganz Europa fordern, die **Flüchtlings-** und **Asylpolitik** der EU zu ändern. Doch viel wird wohl auch diesmal nicht passieren. Die Innenminister der großen EU-Länder, darunter auch Deutschland, lehnen eine Reform des europäischen **Asylrechts** ab. Dafür soll die Grenzschutzagentur Frontex künftig mehr Befugnisse bei der Seenotrettung bekommen.

Verhindern wird das die Toten und die in Armut und Unsicherheit in Europa lebenden **Flüchtlinge** wohl kaum. Wie aber könnte eine humanere **Asyl-** und **Flüchtlingspolitik** der EU aussehen? Drei Konzepte für die Zukunft.

1. Wege nach Europa erleichtern

Wie viele Menschen jährlich an den Außengrenzen Europas sterben, weiß niemand. Die Nichtregierungsorganisation Fortress Europe schätzt, dass seit 1988 mehr als 19.000 Menschen zu Tode gekommen sind. Andere sprechen von 25.000. Sie sterben in der Hand von Schlepperbanden, ertrinken im Mittelmeer oder ersticken in Lastwagen auf tage-, manchmal wochenlangen Fahrten, weil sie keine legale Möglichkeit haben, nach Europa einzureisen und Schutz oder Asyl zu beantragen.

Eine verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik würde deshalb nicht erst auf europäischem Boden beginnen, sondern bereits auf dem Weg dorthin. Die EU müsse gefahrenfreie, legale Wege nach Europa schaffen, fordert Karl Kopp von Pro Asyl. Die Möglichkeiten dazu seien schon da.

Das Resettlement-Programm der Vereinten Nationen siedelt jährlich 80.000 Flüchtlinge um. Die EU ist dem Programm im März 2012 beigetreten, allerdings mit sehr unterschiedlichen Verpflichtungen. So nimmt das kleine Schweden 1.900 Flüchtlinge jährlich auf, Deutschland hingegen über drei Jahre jeweils nur 300 Flüchtlinge. Die meisten Flüchtlinge, nämlich 60.000, kommen in den USA unter.

Europa kann den Flüchtlingen helfen Viele Flüchtlinge sterben auf dem Weg nach Europa. Schaffen sie es doch, leben sie oft verarmt und unsicher. Drei Konzepte f....

Außerdem müsse der Umgang mit Flüchtlingen auf See verbessert werden, sagt Karl Kopp. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte 2012, dass Flüchtlinge nicht auf See zur Umkehr gezwungen werden dürfen. Sie müssen an Land die Möglichkeit erhalten, ihre Asylanträge zu stellen.

Geraten sie auf dem Wasser in Not, ist jedes Schiff in der Nähe zur Rettung verpflichtet. Das sei im Kampf gegen die Schlepperbanden erodiert, sagt Kopp. Fischern, die Flüchtlinge retten, drohen sogar Geld- oder Haftstrafen. Das hatte im Fall des am Donnerstag vor Lampedusa gesunkenen Bootes dazu geführt, dass Fischer den ertrinkenden Flüchtlingen nicht helfen wollten. Bisher weigern sich die Mittelmeerstaaten, die Seenotrettung verbindlich durchzusetzen. Sie haben sich lediglich dazu verpflichtet, die europäische Grenzschutzagentur Frontex zu informieren, wenn Flüchtlinge in Seenot geraten.

Kopp glaubt, dass - egal wie die Asylpolitik der EU aussieht - sich illegale Migration, auch auf gefährlichem Weg, nie verhindern lassen wird. "Es werden immer Menschen sterben auf dem Weg in die EU. Die Frage ist nur, wie viele."

2. Ein faires Aufnahme- und Verteilungssystem

Die Verteilung von Flüchtlingen in der EU entscheidet seit 2003 die Dublin-II-Verordnung. Sie besagt, dass der Staat für einen Flüchtling zuständig ist, in dem er zuerst angekommen ist. Das belastete die Staaten an den EU-Außengrenzen und führt zu katastrophalen Verhältnissen: Griechenland, Ungarn und Zypern sperren Neuankömmlinge in völlig überfüllte Lager, in Italien müssen Flüchtlinge oft auf der Straße oder in alten Baracken leben. Viele reisen deswegen illegal weiter nach Mittel- und Nordeuropa. Dort dürfen sie nach Dublin II aber keinen Asylantrag stellen, sondern müssen eigentlich zurück in die Erst-Aufnahmeländer. Allerdings stoppen immer mehr deutsche Gerichte die Abschiebung in diese Länder.

Mittlerweile dauern die Zuständigkeitsverfahren nach Dublin meist länger als die eigentlichen Asylverfahren. Das ist teuer, bürokratisch und hält die Flüchtlinge in permanenter Unsicherheit. Politiker und Hilfsorganisationen erklären das Dublin-System deshalb für gescheitert.

Nadja Hirsch, FDP-Politikerin im Europäischen Parlament, schlägt stattdessen einen Verteilungsschlüssel vor: Dieser legt, je nach Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft, fest, wie viele Flüchtlinge jeder Mitgliedsstaat aufnehmen müsste. Ein ähnliches Modell gibt es bei der Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Deutschlands bereits. Deutschland müsste demnach etwas mehr Flüchtlinge aufnehmen als bisher - insgesamt etwa jeden Fünften der nach Europa kommt. Länder wie Malta und Zypern würden massiv entlastet. Auch im Europäischen Parlament gibt es eine Mehrheit für den Verteilungsschlüssel: Im vergangenen Jahr hat das Parlament den Europäischen Rat aufgefordert, das Modell zu prüfen. Bis heute ist das nicht passiert.

3. Gemeinsame europäische Standards

Seit Mitte der 1980er Jahre versuchen die EU-Staaten, die Asyl- und Flüchtlingspolitik zu vereinheitlichen. Bisher ist das vor allem auf der Ebene der Abwehr und Verteilung von Flüchtlingen passiert, weniger bei den eigentlichen Asylverfahren.

Das zeigt sich schon an den stark variierenden Schutzquoten, also dem Anteil der Flüchtlinge, die in einem Land anerkannt werden. So hat Pro Asyl berechnet, dass Deutschland 39 Prozent der afghanischen Flüchtlinge anerkennt, Frankreich 50 Prozent, Schweden 60 und Italien sogar 76 Prozent. Bei so unterschiedlichen "Erfolgsquoten" ist es naheliegend, dass Asylsuchende ihren Antrag möglichst in dem Land stellen, in dem ihre Chance am höchsten ist, anerkannt zu werden. Gäbe es einheitliche europäische Standards, würde dieser unterschiedliche Migrationsdruck zwischen den Mitgliedsstaaten wegfallen.

Das neue Asylrecht, das das Europäische Parlament im Juni dieses Jahres beschlossen hat, sollte ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem gemeinsamen Asylsystem sein. Angefasst wurden dabei allerdings eher kleinere Punkte: Künftig dürfen sich Asylentscheidungen nicht länger als sechs Monate hinziehen und Asylbewerber sollen nach neun, nicht wie bisher nach zwölf Monaten arbeiten dürfen. Die großen Punkte, wie Unterbringung

Europa kann den Flüchtlingen helfen Viele Flüchtlinge sterben auf dem Weg nach Europa. Schaffen sie es doch, leben sie oft verarmt und unsicher. Drei Konzepte f....

und Zugang zu medizinischer Versorgung, obliegen weiterhin den Mitgliedsstaaten. Für sie gibt es lediglich "Mindestnormen".

Wie realistisch sind die Forderungen nun? Würde es Europa nicht überfordern, die Einreise von Flüchtlingen zu erleichtern, die Meere umfassend zu kontrollieren und mehr Schutzsuchende aufzunehmen?

Laut UNHCR befinden sich derzeit weltweit etwa 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht - die meisten innerhalb ihres eigenen Landes. 15,4 Millionen sind völkerrechtlich anerkannte Flüchtlinge. 80 Prozent von ihnen fliehen in Nachbarstaaten und nicht über das Mittelmeer nach Europa. Eine Flucht ist sowohl emotional, als auch organisatorisch und finanziell eine große Belastung. Niemand nimmt sie leichtfertig auf sich. Daran würden wohl auch legale Migrationsrouten kaum etwas ändern. Die Angst, dass Europa von Flüchtlingen "überschwemmt" würde, ist nach Ansicht von Fachleuten unbegründet.

Ein neues EU-Asylrecht ist in weiter Ferne

Auch wenn die Innenminister der EU an Dublin II festhalten, bedeutet das nicht, dass für Flüchtlinge nicht schon jetzt mehr getan werden könnte. Es gibt bereits Regelungen und Institutionen, die sofort umgesetzt werden könnten: Der UNHCR sucht dringend nach Aufnahmeplätzen für sein Resettlement-Programm, der EU-Visakodex ermöglicht es seit 2009, humanitäre Visa auszustellen, nur werden diese kaum genutzt. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex und das Grenzüberwachungsprogramm Eurosur verfügen über die Technik und Ausrüstung, in Seenot geratene Flüchtlinge auf dem Mittelmeer zu entdecken und zu retten. Nur werden sie bisher vor allem zur Abwehr genutzt.

Dublin II wurde im Sommer überarbeitet und heißt mittlerweile Dublin III. An der Grundidee des Systems hat sich aber so gut wie nichts geändert. Es sind vor allem die großen, mitteleuropäischen Länder wie Deutschland, die das bestehende System beibehalten wollen. Schließlich profitieren sie davon, wenn die Außenstaaten für den Großteil der Flüchtlinge verantwortlich sind. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sagte beim gestrigen Treffen der EU-Innenminister: "Dublin II bleibt unverändert, selbstverständlich."

Load-Date: October 11, 2013

Öffnet ein Tor nach Europa; Die EU braucht ein neues Asylsystem und eine gesteuerte Zuwanderung. Den Zustrom von Flüchtlingen wird freilich auch das nicht stoppen.

ZEIT-online

Samstag 16. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 47

Length: 1081 words

Byline: Klaus J. Bade

Body

Hungerstreikende **Flüchtlinge** am Brandenburger Tor in Berlin

© Ole Spata/dpa

Es ist ein zynisches Paradox: Viele klagen über einen angeblich wieder steigenden Missbrauch des **Asylrechts**, aber das **Asylsystem** in Deutschland und der EU funktioniert schon lange nicht mehr. Von Rechts wegen können **Asylsuchende** Deutschland seit der Grundgesetzänderung von 1993 nur in Ausnahmefällen legal und direkt erreichen, z.B. wenn sie nach Rücksprache mit deutschen Konsulaten hierzulande begründete Perspektiven auf **Asyl** haben.

Ansonsten bleibt ihnen nur der Luftweg. Der aber endet in der Regel im sogenannten Flughafenverfahren und in Abschiebehaft, bevor die **Asylbewerber** überhaupt deutschen Boden betreten haben.

Die meisten anderen Flüchtlinge schlagen sich auf illegalen Wegen nach Deutschland durch. Sie werfen in der Regel auf Anraten ihrer Schlepper ihre Papier weg und weigern sich anzugeben, wie sie heißen, aus welchem Land sie stammen und auf welchen Wegen sie nach Europa gekommen sind. Denn ausgewiesen werden darf niemand, dessen Herkunft unbekannt ist.

Diese illegale Zuwanderung wird durch den faktischen Kollaps des Dublin-Abkommens noch verstärkt. Danach ist für Asylanträge eigentlich das EU-Land zuständig, in dem die Flüchtlinge ersten Kontakt mit europäischen Behörden haben. Dieser Konsens, der für Deutschland in seiner europäischen Mittellage lange Zeit komfortabel war, funktioniert faktisch nicht mehr.

Aus Italien und Griechenland nach Deutschland

Seitdem hat die illegale Weiterreise von Flüchtlingen innerhalb Europas drastisch zugenommen:

Öffnet ein Tor nach Europa Die EU braucht ein neues Asylsystem und eine gesteuerte Zuwanderung. Den Zustrom von Flüchtlingen wird freilich auch das nicht stoppe....

- Tschetschenen fliehen aus ihrer von russischen Granaten umgepflügten Heimat über Polen, Bulgarien oder Griechenland nach Mitteleuropa, vorzugsweise nach Deutschland. In diesem Jahr waren es bis September allein 13.500, das sind rund 800 Prozent mehr im gleichen Zeitraum des Vorjahres, Tendenz steigend.
- Griechenland ist in der Krise schon mit dem Elend seiner eigenen Bürger überfordert. Die miserablen Lebensbedingungen für die vielen Flüchtlinge, die über das Mittelmeer kommen, sind deshalb noch abschreckender geworden. Hinzu kommt, dass sich auf die Flüchtlinge ersatzweise die Wut vieler Griechen entlädt. Asylsuchende fliehen deshalb auch vor faschistisch-rassistischer Verfolgung weiter, ebenfalls besonders nach Deutschland, weil hier im Asylbereich ungleich bessere Verhältnisse herrschen. Und weil Asylsuchende aus den genannten Gründen nicht mehr nach Griechenland zurückgeschickt werden.
- Italien weist abgelehnte Asylbewerber seit jeher nach einigen Wochen mit 500 Euro Übergangsgeld und einem Touristenvisum aus. Ihr Weg führt dann vorzugsweise nach Norden Richtung Deutschland.

Sankt-Florians-Prinzip

Vor diesem Hintergrund wächst in Deutschland erneut die Abwehr gegen "Asylbetrüger", die meist die Falschen trifft. Erinnerungen an die heftigen Auseinandersetzungen um das Asylrecht in den frühen 1990er Jahren werden wach, auch wenn sie im Blick auf die Zahlenverhältnisse unangebracht sind.

Fazit: Das asylpolitische Sankt-Florians-Prinzip der EU trägt nicht mehr. Nötig sind neue Grundlagen, die die Randstaaten des sogenannten Schengen-Raums aus der Verdammnis befreien, mit den Flüchtlingen allein zurechtkommen zu müssen, die dort zuerst europäischen Boden betreten. Lastenteilung und Umsiedlungsprogramme reichen nicht mehr.

Die EU sollte sich stattdessen auf eine Umverteilung der Flüchtlinge über Kontingente oder Quoten einigen, bemessen an der Bevölkerungs- und Wirtschaftsstärke der einzelnen Staaten. Dann könnten Flüchtlinge sich sogar ihre Zielländer aussuchen. Wenn deren Kontingent oder Quote erfüllt ist, käme der nächste Staat auf ihrer Rangliste an die Reihe.

Dabei könnten durchaus auch Nützlichkeitsabwägungen der Aufnahmestaaten eine Rolle spielen, je nach ihrem Arbeitskräftebedarf. Der nicht neue Gedanke, beruflich qualifizierte Flüchtlinge vielleicht sogar ganz aus den Fesseln des Asylverfahrens zu befreien, setzt allerdings eine Reform des europäischen Asylsystems voraus. Sonst wird es für die Flüchtlinge zur Falle. Denn um ihre Qualifikation nachzuweisen, müssen sie sich enttarnen, ihre Herkunft, Ausbildung und sicher auch ihren Fluchtweg aufdecken. Das aber kann, wenn es mit der Qualifikation doch hapert, zum Rückverweis in das Erstaufnahmeland führen - oder direkt ins Herkunftsland.

Die beste Lösung wäre eine beschränkte Öffnung legaler Zugangswege in die EU über ein europäisches Punktesystem. Zwei Wege sind dabei denkbar: Beruflich qualifizierte Zuwanderer können auf Zeit oder dauerhaft das Recht bekommen, sich in einem der EU-Länder niederzulassen und zu arbeiten. Das ist zum Teil in Deutschland auch jetzt schon möglich, aber noch nicht hinreichend bekannt.

Zum anderen könnten Zuwanderer eine befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, um sich beruflich zu qualifizieren, mit der Pflicht, hinterher in ihre Heimatländer zurückzukehren. Das wäre eine Art Entwicklungshilfe und dürfte die Akzeptanz bei den Bürgern fördern, die Flüchtlingen und Asylsuchenden zunehmend wieder mit Misstrauen, Argwohn und offener Fremdenfeindlichkeit begegnen.

Transparenz erlaubt auch stärkere Kontrollen

Eines ist jedoch gewiss: Der Migrationsdruck wird durch all dies nicht enden. Im Gegenteil: Je mehr Flüchtlinge auf legalen, halblegalen oder illegalen Wegen durchkommen, desto mehr Nachfolger werden sich auf den Weg nach Europa machen. Es muss daher bei Kontrollen und auch Rückführungen bleiben. Allerdings nach geordneten individuellen Verfahren, in denen die Fluchtursachen geprüft werden - jenseits der abstrusen Engführung des

Öffnet ein Tor nach Europa Die EU braucht ein neues Asylsystem und eine gesteuerte Zuwanderung. Den Zustrom von Flüchtlingen wird freilich auch das nicht stoppe....

Asylbegriffs seit 1993. Aber was offen und transparent gehandhabt wird, kann in Missbrauchsfällen umso legitimer restriktiv praktiziert werden.

An den nassen Grenzen der EU muss die europäische Abschreckungselektronik in eine Rettungslogik verwandelt werden. Die Probleme sind nicht geklärt, wenn kenternde Flüchtlingsboote bei Frontex, der EU-Grenzsicherungstruppe, vom Radarschirm verschwinden, sondern wenn ihre Insassen geborgen sind.

Wer aber den Migrationsdruck dort bekämpfen will, wo er entsteht, zum Beispiel in den afrikanischen Ausgangsländern, muss sich auch um das schäbige Zusammenspiel zwischen außerafrikanischen Geschäftsinteressen und korrupten afrikanischen Führungseliten kümmern. Denn die finanzieren mit westlichen Hilfgeldern oft vorwiegend ihre Paläste, Bunker und Privatarmeen oder leiten Entwicklungsgelder gleich auf ihre privaten europäischen Bankkonten um.

So ist die Welt. Wer Patentlösungen hat, möge sich melden.

Load-Date: November 16, 2013

End of Document

Zahl der Asylbewerber in Deutschland steigt deutlich an; Im Vergleich zum Vorjahr wurden über 30 Prozent mehr Asylanträge gestellt, insbesondere aus dem umkämpften Syrien. Die Ablehnungsquote ist nach wie vor hoch.

ZEIT-online

Freitag 10. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: FLÜCHTLINGE; Ausg. 33

Length: 252 words

Body

Die **Asylbewerberunterkunft** in Bad Doberan

© Bernd Wu\{0308}stneck/dpa

Die Zahl der **Asylbewerber** in Deutschland ist wieder deutlich angestiegen. Im Juli dieses Jahres wurden beim Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** 4.498 **Asylanträge** gestellt, das sind 597 mehr als im Vormonat, teilte das Bundesinnenministerium mit. Dies entsprach einer Steigerung um 15,3 Prozent. Im Vergleich zum Juli 2011 erhöhte sich die Zahl sogar um 1.059 **Asylbewerber**, was einer Steigerung von 30,8 Prozent entspricht.

Ein großer Zuwachs war bei der Zahl neuer Asylbewerber aus dem umkämpften Syrien zu verzeichnen. Sie stieg von Juni bis Juli um 220 auf 608, beim Irak erhöhte sich die Zahl um 48 auf 464. Die Zahl iranischer Asylbewerber stieg von 34 auf 327, aus Afghanistan kamen 548 statt 595 Asylbewerber. Ein starker Anstieg wiederum war bei den Asylbewerbern aus Serbien zu registrieren. Hier erhöhte sich die Zahl der Asylanträge um 125 auf 324. Zusätzlich zu den 4.498 Erstanträgen wurden im Juli 882 Folgeanträge gestellt.

Hoch ist nach wie vor die Ablehnungsquote. Von den gut 30.000 im ersten Halbjahr 2012 getroffenen Entscheidungen des Bundesamtes waren 44,4 Prozent Ablehnungen, nur in 1,4 Prozent der Fälle sprach das Ministerium eine Anerkennung als Asylbewerber aus. 16,4 Prozent der Flüchtlinge wurde nach dem Asylverfahrensgesetz Flüchtlingsschutz gewährt, weitere 16,5 Prozent erhielten einen Schutz vor Abschiebung. 21,3 Prozent der Fälle erledigten sich auf andere Weise, zum Beispiel durch Rücknahme des Antrages.

Load-Date: August 11, 2012

Ecuador und die Menschenwürde; T. Hildebrandt: »Könnte Deutschland Snowden helfen?« ZEIT NR. 28

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: LESERBRIEFE; Ecuador und die Menschenwürde; S. 69; Ausg. 32

Length: 262 words

Body

Wäre vor Ihrem Beitrag zum Thema Ecuador und Menschenrechte unabhängig recherchiert worden, hätten unter anderem die folgenden Fakten Berücksichtigung gefunden: Ecuador ist gegenwärtig Vorreiter bei der universellen Umsetzung des Menschenrechts auf Asyl (vgl. Art. 41 der Verfassung Ecuadors). Daher ist eines der Prinzipien der ecuadorianischen Regierung, politische Verfolgung zu verhindern. Im Artikel 40 der ecuadorianischen Verfassung ist zudem festgelegt, dass Ecuador keinen Menschen wegen seiner Migration als »illegal« betrachtet. Im Artikel 20 seiner Verfassung garantiert Ecuador umfassend Gewissensfreiheit.

Es gilt hervorzuheben, dass Ecuador gegenwärtig das Land mit der höchsten Anzahl anerkannter Flüchtlinge mit Asylstatus in Lateinamerika ist. Bis April 2013 hatte Ecuador 55249 Flüchtlinge anerkannt. Das Außenministerium musste seine institutionelle Struktur in den letzten Jahren anpassen, um der steigenden Nachfrage bezüglich der Asylgesuche, insbesondere aus Kolumbien, gerecht werden zu können. In Ecuador bestehen keine Einschränkungen der Freizügigkeit für Asylsuchende und Flüchtlinge.

So wie zahlreiche Politiker in vielen Ländern bei der Regulierung der Finanzmärkte den Gestaltungsspielraum freiwillig aufgaben, so droht auch die nötige Kontrolle der Informationsmärkte vernachlässigt zu werden. Schließlich geht es hier um den Schutz der Privatheit als Teil der Menschenwürde, welche sowohl Herr Edward Snowden als auch Herr Julian Assange verteidigt haben.

Jorge Jurado, Botschafter von Ecuador in Deutschland

Load-Date: March 25, 2022

Soldaten sollen in Asylämtern aushelfen; Ungewöhnliche Amtshilfe: Die Bundeswehr will Soldaten zur Unterstützung von Asylverfahren abkommandieren. Das hat das Blog "Augen geradeaus!" herausgefunden.

ZEIT-online

Donnerstag 5. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bundeswehr; Ausg. 50

Length: 202 words

Body

Soldaten der Bundeswehr

© Ina Fassbender/Reuters

Die Bundeswehr will in Amtshilfe für das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (BAMF) Soldaten zur Unterstützung von **Asylverfahren** abkommandieren. Das berichtet das Blog *Augen geradeaus!* unter Verweis auf ein Schreiben des Bundesamtes für Personalmanagement der Bundeswehr.

Aus dem Schreiben wird deutlich, dass Soldaten aus der Laufbahn der Feldweibel für diese Aufgabe gesucht werden. Sie sollen in Zivil in den Ämtern tätig werden - aber ungeachtet der freiwilligen Meldung als Soldaten im Rahmen der Amtshilfe abkommandiert werden.

In dem dokumentierten Schreiben heißt es: "Die Freiwilligen erhalten eine Einweisung am Arbeitsplatz vor Ort. Sie unterstützen die Antragsbearbeitung im Asylverfahrenssekretariat. Voraussetzungen sind nicht zwingend erforderlich, aber Kenntnisse der 'Stabsdienstarbeit' sind von Vorteil." Die Soldaten sollen für ein halbes Jahr Dienst in den Asylbehörden tun, der auf zweimal drei Monate verteilt werden kann.

Am Mittwoch hatte *Augen geradeaus!* von einem Aufruf an freiwillige Reservisten berichtet, bei der Bearbeitung von Asylanträgen zu helfen. Es gebe rund 1.700 Reservisten, die für diese Aufgabe infrage kämen.

Load-Date: December 5, 2013

**Frontex, die umstrittene Grenzgängerin; Frontex soll gestärkt werden.
Dadurch könnten weitere Tragödien verhindert werden, sagen Befürworter.
Kritiker sehen die Agentur als Teil des Problems an Europas Grenzen.**

ZEIT-online

Freitag 18. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Grenzpolizei; Ausg. 43

Length: 1362 words

Byline: Martina Powell

Body

©Bogdan Cristel/Reuters

Frontex - seit der **Flüchtlingskatastrophe** vor Lampedusa wird wieder heftig über die EU-Grenzschutzagentur diskutiert. Doch was macht die Organisation genau? Über welche Ressourcen verfügt sie? Wie soll sie künftig ausgerichtet sein?

Frontex selbst versteht sich als "Dreh- und Angelpunkt" der europäischen Grenzpolitik. Nun soll die Arbeit der EU-Agentur, die derzeit über rund 300 Mitarbeiter verfügt, gestärkt werden: EU-Kommissarin Cecilia Malström kündigte an, mehr Mittel für den Schutz der EU-Außengrenzen bereitzustellen, damit weitere Tragödien verhindert werden können. Sogar Drohnen sollen künftig bei Frontex-Operationen zum Einsatz kommen.

Für Menschenrechtsaktivisten wie Hagen Kopp, der von Beginn an Proteste gegen Frontex organisiert hat, klingt das wie Hohn: "Mehr Kontrolle an den Außengrenzen heißt: Mehr Tote und mehr Leid an Europas Grenzen." Dass immer mehr **Flüchtlinge** und **Migrantinnen** auf immer gefährlichere Routen abgedrängt werden, habe mit den Entwicklungen an Europas Außengrenzen in den vergangenen 15 Jahren zu tun, sagt Kopp. Frontex spiele dabei eine zentrale Rolle.

Gemeinsame Außengrenzen

Die Gründung der EU-Agentur ist eine Konsequenz aus dem Schengen-Abkommen, das 1995 in Kraft trat. Damit wurden die innereuropäischen Grenzen aufgehoben, gleichzeitig regelt es die Asyl- und Einwanderungspolitik der beigetretenen Länder. Frontex' Auftrag lautet, die Mitgliedsstaaten darin zu unterstützen, die Schengen-Außengrenzen vor "illegalen Aktivitäten" wie Schlepperei, Drogenhandel oder illegale Migration zu schützen. Dafür stellen Kommission, EU-Parlament und die Mitgliedstaaten der Agentur mehrere Millionen Euro jährlich zur Verfügung, aktuell sind es etwa 85 Millionen Euro.

Anfang 2005 begannen die Frontex-Mitarbeiter mit ihrer Arbeit: Sie erstellen seitdem regelmäßig Berichte über Flüchtlingsrouten und illegale Migration an den Grenzen Europas, entwickeln Trainingsstandards für EU-

Frontex, die umstrittene Grenzgängerin Frontex soll gestärkt werden. Dadurch könnten weitere Tragödien verhindert werden, sagen Befürworter. Kritiker sehen die

Grenzbeamte und sammeln Daten von Migranten, um diese mit anderen EU-Organisationen und den Mitgliedsstaaten auszutauschen. Außerdem organisiert Frontex für die Mitgliedstaaten Charter-Flüge, mit denen abgewiesene Asylwerber in Drittstaaten abgeschoben werden. Der größte Teil des Budgets fließt in sogenannte "gemeinsame Einsätze": Dabei handelt es sich um Polizeiaktionen an der Schengen-Außengrenze, bei denen Beamte der Mitgliedstaaten auf dem Meer, an Land oder an Flughäfen tätig werden. Die meisten Einsätze fanden in der Vergangenheit auf hoher See, an den Küsten Italiens, Maltas, Spaniens und Griechenlands statt.

Bittet ein Mitgliedstaat Frontex um Unterstützung, laufen alle Fäden im Situation Room, einem hochmodernen Kommunikationszentrum in Warschau, zusammen: Die Agentur plant und entscheidet, wie viele Beamte bereitgestellt werden sollen, koordiniert die Einsätze und schreibt Berichte. Die Mitgliedstaaten wiederum stellen Personal und Ressourcen zur Verfügung.

Deutschland beteiligt sich jährlich mit 100 Beamten

Auf dem Mittelmeer unterstützen beispielsweise seit Juli 2012 Beamte aus elf Ländern, darunter Österreich und Spanien, die italienische Küstenwache. Diese Polizisten, Geheimdienst- oder Zollexperten aus verschiedenen Ländern nennt Frontex European Border Guard Teams (EBGT). Sie tragen zusätzlich zu ihrer nationalen Uniform eine hellblaue Armbinde oder ein Wappen mit Frontex-Logo. Ihr Gehalt zahlt weiterhin das jeweilige Land, aus dem die Beamten stammen. Frontex übernimmt die restlichen Kosten für den Einsatz. Deutschland beteiligt sich jährlich mit etwa 100 Beamten und technischer Ausrüstung wie Wärmebildkameras oder Nachtsichtgeräten.

Zwar ist immer wieder davon die Rede, Frontex besitze eigene Flugzeuge, Boote oder Hubschrauber. Stimmt aber nicht, heißt es bei Frontex. Die technischen Geräte, die bei den Einsätzen verwendet werden, seien Leihgaben der Mitgliedstaaten. Frontex verwalte über eine Datenbank die gemeinsamen Ressourcen und Sorge dafür, dass die Geräte zum Einsatzort geliefert werden. Allerdings soll sich Frontex laut einem Arte-Bericht auch an der Finanzierung von Überwachungssystemen und Booten in Spanien beteiligt haben.

Seit 2011 wäre es für Frontex zumindest theoretisch möglich, eigene Ausrüstung wie Boote, Hubschrauber oder Nachtsichtgeräte zu kaufen oder zu leasen. Außerdem wurde durch eine EU-Regelung mit der Nummer 1168 die Rolle von Frontex-Experten bei Einsätzen gestärkt: Sie können die nationalen Grenzschützer begleiten. Das führe dazu, dass in der Praxis die Kompetenzverteilung zwischen Frontex-Mitarbeitern und den nationalen Grenzbeamten nicht so klar ist, wie es die Agentur immer darstelle, sagt der Politikwissenschaftler Christoph Marischka von der Frontex-kritischen Plattform IMI (Informationsstelle Militarisierung). Aus der kleinen Agentur, ohne gesetzgeberische oder exekutive Gewalt, scheint immer mehr jene EU-Grenzpolizei zu werden, vor der Kritiker warnen.

Tatsächlich polarisiert Frontex seit dem ersten gemeinsamen Einsatz im Mittelmeer vor den Kanaren im Jahr 2006. Für Kritiker ist die Agentur eine EU-Grenzpolizei, die Europa vor Migranten und Flüchtlingen mit allen Mitteln abschotten soll. Befürworter halten Frontex hingegen für notwendig, um eine unkontrollierte Zuwanderung in die EU-Staaten zu verhindern.

In der Vergangenheit wurde die Agentur mehrmals mit dem Vorwurf konfrontiert, sie sei an Menschenrechtsverstößen beteiligt. Human Rights Watch veröffentlichte beispielsweise 2011 einen Bericht, in dem die Organisation Frontex als Europas Handlanger in Flüchtlingsfragen bezeichnet: Die Agentur veranlasse Einsätze in Griechenland, bei denen Migranten unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt werden. Außerdem soll sich Frontex laut einem aktuellen Bericht des ARD-Magazins *Monitor* an sogenannten *push-back*-Aktionen, bei denen Flüchtlinge auf hoher See abgefangen und in Drittstaaten zurückgeschickt werden, beteiligt haben. Von den Reportern darauf angesprochen, räumte der Leiter von Frontex, Ilkka Laitinen, ein, dass solche Aktionen vorkämen.

Das ist neu, denn in der Vergangenheit wollte man bei Frontex von diesen Vorwürfen nichts wissen: Die Agentur habe ein striktes und eingeschränktes Mandat. Da ihre Offiziere unter dem operationellen Kommando der jeweiligen Staaten stünden und Frontex lediglich koordinierend, planend und beratend agiere, müssten sich die Mitgliedsstaaten für Menschenrechtsverletzungen während der Einsätze verantworten.

Frontex, die umstrittene Grenzgängerin Frontex soll gestärkt werden. Dadurch könnten weitere Tragödien verhindert werden, sagen Befürworter. Kritiker sehen die

Das ist bisher einmal geschehen: 2012 urteilte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof, Italien habe 2009 mehrfach gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Damals hatte die italienische Küstenwache 24 Flüchtlinge aus Eritrea und Somalia auf hoher See aufgegriffen und nach Libyen abgeschoben.

Kleine Fortschritte

Frontex selbst konnte noch nie wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht angeklagt werden. Das solle sich bald ändern, sagt Barbara Lochbihler von den Grünen im EU-Parlament: Künftig werde die Agentur auch der EU-Charta der Grundrechte unterstehen. Das hieße, dass die Agentur für ihre Tätigkeiten in Zukunft vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Verantwortung gezogen werden kann. "Dann können sich die Mitgliedstaaten und Frontex nicht mehr gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben", sagt Lochbihler.

Auch bei Frontex hat man auf die Kritik reagiert und beschäftigt seit zwei Jahren eine Menschenrechtsbeauftragte. Ein kleiner Fortschritt, findet Lochbihler, obwohl diese nicht unabhängig sei und direkt dem Frontex-Direktor unterstehe. Für Frontex-Kritiker wie Hagen Kopp ist das nicht genug: Die Agentur könne nicht reformiert werden. Deshalb fordert er ihre Abschaffung.

Derzeit sieht es aber nicht danach aus: Noch ist unklar, wie die versprochene Unterstützung für Frontex konkret aussehen soll. Ideen, wie man zusätzliche Mittel einsetzen könnte, gibt es bereits: Ein Dokument, das im Frühjahr auf der Frontex-Webseite veröffentlicht wurde, belegt, dass Frontex ein Flugzeug für Nachteinsätze an der in griechisch-türkischen Grenze kaufen möchte.

Load-Date: October 18, 2013

Mit den Wölfen heulen; Die SP-Führung will eine härtere Asylpolitik. Ihre dänischen Genossen machten es ihr vor

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

17. Januar 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ; Mit den Wölfen heulen; S. 10; Ausg. 4

Length: 1769 words

Byline: Reto Wattenhofer

Body

Beobachter auf Schloss Christiansborg trauten im Herbst 2000 ihren Ohren nicht. Da schlug doch die sozialdemokratische Innenministerin Karen Jespersen dem dänischen Parlament allen Ernstes vor, kriminelle **Asylbewerber** auf eine einsame Insel zu deportieren. Und der liberalen Opposition Venstre schleuderte sie entgegen, diese wolle Dänemark für Menschen mit »kriminellen Absichten« öffnen, die wüssten, dass sie »hier weiter herumlaufen und stehlen können«.

Ein aufgeheizter Wahlkampf hatte das südsandinavische Königreich fest im Griff. Bezeichnend war, dass Jespersens Äußerungen ihrer Beliebtheit nicht schadeten. Im Gegenteil: Bei einer Umfrage wurde die ehemalige 68er-Aktivistin danach zur populärsten Frau des Landes gewählt.

Was hat die Geschichte mit der Schweiz zu tun? Auch hierzulande stecken die Sozialdemokraten im Migrationsdilemma. Dieser Tage überreicht ein linkes Komitee der Bundeskanzlei über 60000 Unterschriften gegen die geplante Asylgesetzrevision. Das Kalkül von Parteipräsident Christian Levrat ist nicht aufgegangen: Das Referendum gegen die Vorlage ist auch ohne die Unterstützung der SP zustande gekommen. Jetzt müssen sich die Sozialdemokraten der Debatte mit den »Asyl-Scharfmachern« stellen. Genau das wollte Levrat vermeiden. Denn damit wird erneut ein Richtungsstreit entflammt, der einen Graben durch die SP gerissen hat. Doch der Stratege Levrat, einst wegen der Asylpolitik zur SP gestoßen, hat seine Partei ins argumentative Niemandsland geführt und jene Stimmen gestärkt, die das taktische Schweigen von Beginn an ablehnten. Und nun fallen die Worte des Parteipräsidenten an der Delegiertenversammlung im Dezember auf ihn zurück: »Falls das Referendum zustande kommt, werden wir uns engagieren.«

Nur wie glaubwürdig ist eine solche Kehrtwende? Und was soll das halbherzige Engagement bewirken?

Denn der neue linke Pragmatismus der Parteileitung markiert einen Wendepunkt in der Schweizer Politik: Auch die etablierte Linke traut sich nicht mehr, uneingeschränkt für die Einwanderung einzustehen. Die Erkenntnis mag überfällig sein, dennoch birgt sie reichlich Zündstoff. Sie rüttelt am Selbstverständnis der linken Wähler und Politiker.

Mit den Wölfen heulen Die SP-Führung will eine härtere Asylpolitik. Ihre dänischen Genossen machten es ihr vor

Im Ringen um eine glaubwürdige Migrationspolitik steht die SP indes nicht alleine da. Jahrelang haben Sozialdemokraten in Westeuropa das Thema verschlafen oder kleingeredet; auch im Glauben, es so politisch zu entschärfen. Beim Versuch, eine kohärente Strategie zu finden, hat manche Partei Schiffbruch erlitten.

Nirgends zeigt sich dies drastischer als in Dänemark. Ja, die Schweizer Sozialdemokraten sollten den Weg ihrer dänischen Genossen genau studieren, wollen sie nicht wie diese enden: als Statthalter einer repressiven Migrationspolitik nach dem Gusto der populistischen Rechten. Und innerlich zerrissen.

Alles begann 2001 mit einer herben Wahlniederlage. Erstmals seit 1920 fielen die Sozialdemokraten unter die 30-Prozent-Marke und mussten ihre jahrzehntelange Vormachtstellung an die liberale Venstre abtreten. Seither hat die bürgerliche Koalition mit dem Einwanderungsthema zweimal in Folge die Wahlen gewonnen. Bange fragte das liberale Traditionsblatt *Politiken*: »Wie lange will sich die Opposition noch erniedrigen lassen?«

Dabei war Dänemark einst ein linker Sehnsuchtsort gewesen, geprägt von einer sozialen Wohlfahrtspolitik, liberalen Regelungen für Minderheiten und einer toleranten Einwanderungspolitik. Anders als in vielen westeuropäischen Staaten kam den Sozialdemokraten eine staatstragende Rolle zu. An ihrer Partei führte kein Weg vorbei.

Paradoxerweise begann der Abstieg der Sozialdemokraten in der erfolgreichsten Zeit Dänemarks. Unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen erlebte das Land in den 1990er Jahren eine wirtschaftliche Blütezeit. Der Anstieg der Flüchtlingsströme und die Jugendkriminalität ließen aber auch die eigene Parteibasis nicht kalt.

Wer der Partei den Puls fühlen wollte, musste nur die sozialdemokratischen Bürgermeister in den Kopenhagener Vorstädten besuchen. Aus ihren Reihen kam die Forderung, die UN-Flüchtlingskonvention zu ändern, um die Einreise weiterer Flüchtlinge zu beschränken. »In den Augen vieler Gemeinden besaßen die Parteifreunde im Parlament ein idealistisches Verständnis der Einwanderung«, sagt Christoffer Green-Pedersen, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Aarhus.

Es war das sozialdemokratische Dilemma: Während die Partielite an Moral und Toleranz appellierte, ballte man an der Basis die Faust und forderte Maßnahmen zur Eindämmung der Einwanderung. In einer Umfrage erklärte 1996 erstmals eine Mehrheit der dänischen Arbeiter, ihre Stimme einer bürgerlichen Partei zu geben. Nutznießerin sollte die Dänische Volkspartei werden, zumal die Partei stetig nach links rückte. Nicht umsonst spricht man in der Wissenschaft von der »Proletarisierung« rechtspopulistischer Parteien. Es war das erste Anzeichen dafür, dass politische Konflikte nicht mehr im klassischen Links-rechts-Schema ausgefochten würden.

Trotz der immigrationsfeindlichen Programmatik liebäugelten die Bürgerlichen schon bald mit der Volkspartei, die seit ihrer Gründung 1995 stetig in der Wählergunst zugelegt hatte. Noch 1999 höhnte Ministerpräsident Rasmussen: »Ihr werdet nie stubenrein.« Er sollte sich täuschen.

Der Paukenschlag erfolgte im September 2000. Bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent lehnten die Dänen den Beitritt zur europäischen Währungsunion knapp ab. Ähnlich wie 1992 in der Schweiz das Nein zum EWR, war die Ablehnung des Euro ein Schlag ins Gesicht der Elite. Der Vorsitzenden der Dänischen Volkspartei war ein politisches Husarenstück gelungen. Im Abstimmungskampf schwor Pia Kjaersgaard linke und ökologische Kräfte auf ihren Kurs ein. Und der lautete: Demokratie und Frieden in einer Gesellschaft setzen eine gemeinsame Sprache und Kultur voraus.

Ein Jahr vor den Parlamentswahlen war das Euro-Nein ein politisches Fanal. In Panik trat die Partielite der Sozialdemokraten die Flucht nach vorn an. Die Einwanderung prägte den Wahlkampf. Während Mitglieder der Dänischen Volkspartei symbolisch an der Südgrenze Wachdienst schoben, weil das Land dem Schengen-Raum beigetreten war, überboten sich die linke Regierung und ihre liberale Opposition mit markigen Positionsbezügen und schrillen Äußerungen: Asylbewerber, ab auf die Insel!

Mit den Wölfen heulen Die SP-Führung will eine härtere Asylpolitik. Ihre dänischen Genossen machten es ihr vor

Der strategische Schachzug der Sozialdemokraten war aber allzu plump. Die Partei ermüde mit »offensichtlich nur unverbindlich gemeinten Äußerungen« die Wähler, schrieb die Tageszeitung *Jyllands-Posten*. Und geradezu verheerend war die innere Zerrissenheit der Partei. Bereits an einem Strategieseminar hatte sich die Parteispitze nur mühsam darauf geeinigt, Verschärfungen bei der Ausländerpolitik nicht ins Zentrum des eigenen Wahlkampfes zu rücken. Es gebe einfach nichts mehr zu verschärfen, erklärte ein früherer Innenminister lapidar.

Doch die Wahlen gingen verloren. Die Sozialdemokraten waren nunmehr in der Opposition.

Und unter dem Druck der Dänischen Volkspartei drehte die neue liberal-konservative Minderheitsregierung weiter an der migrationspolitischen Daumenschraube. Als Mehrheitsbeschaffer konnten die Populisten der Regierung beträchtliche Konzessionen abringen. Da es dem sozialdemokratischen Parteipräsidenten Poul Nyrup Rasmussen weiterhin nicht gelang, seine Genossen auf Linie zu bringen, versuchte man das heiße Eisen Migration erst gar nicht anzufassen. »Die Linke war verwundbar, weil sie keine glaubwürdige Politik vorweisen konnte«, sagt der Politologe Green-Pedersen.

Nach der erneuten Wahlschlappe 2005 kam die ersehnte Rettung in der Gestalt von Helle Thorning-Schmidt. Von Beginn an machte die frischgebackene Parteichefin klar, dass die sozialdemokratische Zukunft in der politischen Mitte liege. In den Augen von Green-Pedersen erkannte die Strategin, dass sich das Thema Einwanderung politisch nur in den Griff bekommen lässt, sofern die Partei den Kurs sichtbar ändert und fortan eine restriktive Politik vertritt.

Und so kam kein Widerspruch von links, als im November 2010 das Parlament ein Gesetzespaket der bürgerlichen Regierung guthieß, das den Familiennachzug massiv begrenzte. Die Populisten der Volkspartei frohlockten: »Jetzt haben wir Europas strengste Regeln.« Es war die vierzehnte Verschärfung des Ausländerrechtes seit 2001. Nach einem Punktesystem wurde festgelegt, wer künftig nach Dänemark einreisen durfte. Die Regelung galt auch für ausländische Ehepartner von Dänen. Jeder siebte Bewohner des Landes war direkt davon betroffen.

Kritiker sprachen von »sozialer Apartheid«. Die Sozialdemokraten hielten das System dagegen für ganz vernünftig. Die Linke besitze nur eine Chance, wenn sie bis zu einem gewissen Grad »mit den Wölfen heult«, rechtfertigte sich ein sozialdemokratischer Abgeordneter.

Tatsächlich: Nach einer langen Durststrecke kehrten die Sozialdemokraten im Herbst 2011 an die Macht zurück - wenn auch mit dem schlechtesten Wahlergebnis ihrer Geschichte. Und für die neuerliche Machtübernahme hatte die Partei ihre Prinzipien über Bord geworfen. Ihre Regierung vertrat nun jene Ausländerpolitik, welche die rechtspopulistische Volkspartei immer gefordert hatte.

Was heißt das für die Schweizer Sozialdemokraten? Sie sollten den Weg ihrer dänischen Genossen genau studieren.

Denn anders als in Dänemark sind die Sozialdemokraten hierzulande im Kern eine Oppositionspartei geblieben. Sie sind seit jeher eine Minderheit in einem bürgerlich-konservativen Land - und werden das auch in Zukunft bleiben. Das Liebäugeln mit der repressiven Migrationspolitik der SVP wird der SP keine Wählerstimmen bringen. Stattdessen wären eigene Lösungen gefragt. Und eine gehörige Portion linkes Kämpfertum.

Die Parteiführung unter Christian Levrat ist gefordert: Sollte sie sich weiterhin so unentschlossen verhalten, riskiert sie, ihre Partei in ein jahrelanges Jammertal zu führen.

29 Prozent 2001 fielen die dänischen Sozialdemokraten unter die 30-Prozent-Marke. Sie machten dafür ihre lasche Migrationspolitik verantwortlich

Mit den Wölfen heulen Die SP-Führung will eine härtere Asylpolitik. Ihre dänischen Genossen machten es ihr
vor

26 Prozent2005 verloren die Sozialdemokraten weiter Wähler. Eine neue Parteiführung verfolgte nun eine harte Haltung gegenüber Ausländern

25 ProzentAuch 2011 verloren die Sozialdemokraten. Trotzdem kamen sie an die Macht. Für den Preis einer populistischen, rechten Ausländerpolitik

»Vom Feind verführt« - Wahlplakat der rechten Volkspartei im Jahr 2001

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

"Wer aus dem Senegal kommt, wird als Neger beschimpft"; Rechtsextreme Ansichten gelten in Sachsen-Anhalt als normal, sagt Rechtsextremismus-Experte David Begrich. Aber in den Städten sind Migranten selbstbewusster geworden.

ZEIT-online

Dienstag 22. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: SACHSEN-ANHALT; Ausg. 17

Length: 1082 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Rechtsextreme stehen in Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt (Archivbild)

© Jan Woitas/dpa

ZEIT ONLINE: Wie erleben Menschen den Alltag in Sachsen-Anhalt, die Ausländer sind oder wegen ihrer Haut- oder Haarfarbe dafür gehalten werden?

David Begrich: Der Anteil an Migranten ist in Sachsen-Anhalt verschwindend gering. 1,8 Prozent machen sie in der Bevölkerung aus. Jeder, der hier eine andere Hautfarbe hat, wird angestarrt. Täglich erleben Migranten Vorurteile und Ressentiments, die unterhalb einer Straftat liegen, aber für die Lebensqualität gravierend sind. Migranten werden beispielsweise von den Verkehrsbetrieben oder von Türstehern in Diskotheken verschärft kontrolliert. Das ist der Alltag.

ZEIT ONLINE: Welche Migranten gibt es in Sachsen-Anhalt? **Begrich:** Es gibt hauptsächlich fünf Gruppen. Asylbewerber sind eine. Eine zweite Gruppe sind die ehemaligen Vertragsarbeiter aus Vietnam, die jetzt oft selbstständige Unternehmer sind. Die dritte Gruppe stellen türkisch-kurdische Gewerbetreiber, die vor allem Imbissbuden, Restaurants oder Läden führen. Als vierte Gruppe kann man in den Universitätsstädten noch eine kleine Zahl von ausländischen Studierenden finden. Zudem gibt es die Gruppe der sogenannten Aussiedler.

© ZEIT ONLINE

ZEIT ONLINE: Wie geht es den Aussiedlern in Bezug auf Neonazis? **Begrich:** Aussiedler erleben sehr Widersprüchliches. In der rechten Szene werden sie als Russen wahrgenommen und auch verfolgt. Andererseits werden sie von der NPD gezielt als potenzielle Mitstreiter angesprochen. Denn ein Teil der Aussiedler verbreitet wie ein Teil der deutschen Bevölkerung rechtsextreme Gedanken. **ZEIT ONLINE:** Wie leben Migranten in Sachsen-Anhalt mit dem Rassismus? **Begrich:** Weil sie so wenige sind, haben viele Migranten keine

"Wer aus dem Senegal kommt, wird als Neger beschimpft" Rechtsextreme Ansichten gelten in Sachsen-Anhalt als normal, sagt Rechtsextremismus-Experte David Begrich....

Communitys, keinen realen sozialen Austausch, und erleben sich als isoliert. Wenn ich aus dem Senegal komme, werde ich nicht von Leuten unterschieden, die aus Tansania kommen - ich werde einfach als Neger beschimpft.

Aber in den Städten gibt es jetzt mehr Migranten, die sich zusammentun und öffentlich auftreten. Überall gibt es Migrantenselbstorganisationen. Lange galt ja das Vertreterprinzip: Es wurde ein runder Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit organisiert, an dem dann nur Deutsche mit blonden Haaren saßen. Aber das ist vorbei, die Migranten haben Selbstbewusstsein gewonnen. Sie haben eigene Organisationen gegründet und Netzwerke gebildet.

ZEIT ONLINE: Die Mitglieder einer Migranteninitiative fühlen sich in Stendal zum Beispiel ganz gut aufgehoben. Macht Stendal etwas besser als andere Regionen?

Begrich: In Stendal gibt es nur eine organisierte Neonazi-Gruppe, die so chaotisch ist, dass sie nicht handlungsfähig ist. Übergriffe sind seltener als im Umland, die NPD bekommt nicht genügend Stimmen. Das liegt aber nicht unbedingt daran, dass die Stadt besser mit Rechtsextremen umgeht als andere. Es ist eine eher zufällige Entwicklung. Im Landkreis Salzwedel hat sich die Szene zum Beispiel stark konzentriert, obwohl es dort ähnlich viel Engagement gegen Rechts gab wie in Stendal.

Der große Vorteil Stendals ist, dass es eine Kleinstadt ist. Die Wege sind kurz. Die Akteure kennen sich nicht erst seit gestern und wissen, was sie voneinander erwarten können. Positiv für die Migranten ist, wenn sie dauerhaft in einer überschaubaren Stadt leben und allen bekannt sind. So ist es bei den Menschen, die in einer Migranteninitiative aktiv werden. Für Flüchtlinge und Geduldete ist es schwieriger, integriert zu werden. Im Stendaler Stadtteil Stadtsee gibt es viele Menschen, die große Probleme haben.

ZEIT ONLINE: Wie viele rechtsextrem motivierte Überfälle gibt es in Sachsen-Anhalt?

Begrich: Seit vielen Jahren verzeichnet unsere Mobile Opferberatung mehr als 100 Überfälle pro Jahr. 2010 und 2011 waren es jeweils 132. Die Statistik des Landeskriminalamtes orientiert sich nur an den angezeigten Straftaten. Menschen, die sich von den Institutionen ausgegrenzt fühlen, gehen meist nicht zur Polizei. Ein Austauschstudent ist beispielsweise eher in der Lage, sich Gehör zu verschaffen, als ein Asylbewerber oder ein Punk. Ein großes Dunkelfeld besteht zum Beispiel bei Obdachlosen: Sie haben keine Lobby, können sich nicht institutionskonform artikulieren und erleben Gewalt als etwas Normales.

ZEIT ONLINE: Wie viele gewaltbereite Neonazis gibt es? **Begrich:** In Sachsen-Anhalt gibt es etwa 800 gewaltbereite Neonazis. Man muss aber bedenken, dass die meisten rassistischen Gewaltstraftaten von Menschen begangen werden, die sich nicht aktiv in der Neonazi-Szene bewegen. Viele Leute hier haben rassistische Einstellungen und hohe Konformitätsvorstellungen. Sie registrieren ganz genau, wenn sich jemand anders bewegt oder benimmt. Die meisten von ihnen sind nicht gewalttätig. Manche aber doch, wenn sich eine Gelegenheit bietet. Ihr Misstrauen richtet sich übrigens nicht nur gegen Menschen anderer Hautfarbe. Es werden auch alternative Jugendliche überfallen oder wie in der Vergangenheit westdeutsche Schüler.

ZEIT ONLINE: Wie steht es um unauffällige Neonazis, die sich in einem bürgerlichem Umfeld tarnen?

Begrich: Diese Vorstellung ist ganz falsch. Denn die Leute tarnen sich nicht im bürgerlichen Umfeld. Gewalt wird zwar nur von wenigen akzeptiert, aber rechtsextreme Gedanken gelten als ein legitimer Bestandteil des Meinungsspektrums. Oft werden Neonazis hier also nicht ausgegrenzt, sondern eher die, die sagen, dass sie ein Problem mit Neonazis haben. Ein Beispiel: Monatelang wurde in der Gemeinde Insel bei Stendal gegen die Ansiedlung zweier ehemaliger sexueller Straftäter protestiert. Da waren die Neonazis ganz offen dabei, und mit hoher Akzeptanz. Nur wer nicht wollte, dass sich die Nazis beteiligen, musste sich rechtfertigen.

ZEIT ONLINE: In Stendal und Salzwedel wurde viel gegen Rechtsextremismus getan, trotzdem gibt es diese Einstellung. Was müsste man besser machen?

"Wer aus dem Senegal kommt, wird als Neger beschimpft" Rechtsextreme Ansichten gelten in Sachsen-Anhalt als normal, sagt Rechtsextremismus-Experte David Begrich....

Begrich: In Stendal und Salzwedel gibt es gute Jugendprojekte, aber ihre Zukunft ist nicht langfristig gesichert. Wenn man, wie bei manchen Trägern in der Jugendarbeit, dauerhaft nur Ein-Euro-Jobs vergibt, fehlt die Kontinuität. Überhaupt ist Projektitis ein Problem. Es werden immer nur Projekte mit einer Laufzeit von zwei Jahren vergeben, dann geht alles wieder von vorn los. Dabei bringt kontinuierliche, professionelle Jugendarbeit viel. Man muss ein breites Spektrum an demokratischen Angeboten stärken, damit sich die rechtsextreme Lifestyle-Kultur nicht ausbreitet.

Load-Date: May 23, 2012

End of Document

Trotzdem zu Hause; Wie geht es Einwanderern, über die wir so viel debattieren? Fühlen sie sich bedroht oder gut aufgehoben? In unserer Themenwoche "Leben mit Rassismus" kommen sie zu Wort.

ZEIT-online

Montag 21. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: MIGRANTEN; Ausg. 20

Length: 988 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Ein Plakat aus dem Jahr 2007, das für einen nationalen Integrationsplan für **Migranten** warb

© Johannes Eisele/dpa

Migranten in Deutschland eint wenig. Manche sind vor Krieg und Armut geflohen, andere seit zwei Generationen Deutsche, einige sind zum Studieren gekommen. Sie sind Muslime, Hindus, Christen, Atheisten. Manche machen Karriere, andere bekommen schon in der Schule keine Chance. Was Einwanderer doch gemeinsam haben, ist, dass sie mehr oder weniger von Vorurteilen oder sogar Rassismus betroffen sind. Aber sie bleiben trotzdem hier und viele finden in Deutschland sogar ein Zuhause.

Wie das geht, will ZEIT ONLINE in einer Themenwoche ergründen. Hier kommen normale, aber ganz unterschiedliche Menschen mit ihrer jeweils eigenen und differenzierten Sicht auf ihre deutsche Wirklichkeit zu Wort. Die Themenwoche bietet keine neuen Theorien mit abstrakten Begriffen, keine radikalen Salafisten oder gemarterten Nazi-Opfern. Wir zeigen keine Prototypen, sondern Individuen.

Wie Samnang Chan, ein Kambodschaner in Cottbus. Er erlebte, wie sein Asylbewerberheim angegriffen wurde; er sollte ausgewiesen werden, obwohl er schon seit Jahren in Cottbus arbeitete. Doch inzwischen ist er Deutscher geworden und für die Grünen in seiner Stadt zur Wahl angetreten. Die Leute lieben das Hähnchen von seinem Asia-Imbiss.

Verschiedene Blicke auf die deutsche Wirklichkeit

Oder die beiden türkischstämmigen Berlinerinnen Canset İçpinar und Elif Gümüş, die Vorurteile erst spürten, als sie ihre gewohnten Orte verließen. Sie fühlten sich erst "ausländisch", als sie nach Frankfurt (Oder) zum Studieren zogen.

Chan, İçpinar, Gümüş und die weiteren Protagonisten der Themenwoche sind Beispiele dafür, wie Einwanderer Rassismus erleben. Und dafür, dass auch diese Erfahrungen sowie der Blick der Migranten auf die Deutschen individuell sind.

Trotzdem zu Hause Wie geht es Einwanderern, über die wir so viel debattieren? Fühlen sie sich bedroht oder gut aufgehoben? In unserer Themenwoche "Leben mit Ras....

Die Deutschen verstehen's nur nicht. Politiker, Sozialarbeiter und Journalisten reden von Menschen wie Chan und İçpinar meist, als wären sie eine einheitliche Gruppe: die Migranten, oder eben "Menschen mit Migrationshintergrund". Der Begriff ist sehr korrekt - aber auch sehr abstrakt. Beschrieben wird der Topf; aber die Menschen, die dort hineingeworfen werden, können wir uns nicht vorstellen.

© ZEIT ONLINE

Einseitige Bilder

Schlimmer noch: Spätestens seit den Tiraden eines Thilo Sarrazins stellen sich viele Deutsche unter dem Sammelbegriff Menschen mit Migrationshintergrund doch etwas vor. Statt der Vielfalt der Lebenswelten sehen sie aber nur einseitige Bilder, die sich wiederum mit Schlagworten zusammenfassen lassen: mangelnder Integrationswille, Islamismus, Parallelgesellschaft, Bildungsarmut. Sie sehen prügelnde Salafisten oder Störenfriede aus Berlin-Neukölln: arm und je nach Geschlecht entweder latent kriminell oder unterdrückt unter dem Kopftuch.

Das andere ebenfalls einseitige und nur scheinbar gegenteilige Bild ist das der Neonazi-Opfer, die die Sympathie der meisten Deutschen haben - aber erst, wenn sie getötet oder schwer misshandelt worden sind. Diese beiden Bilder können schnell vertauscht werden, wie man bei den Opfern der NSU-Mörder gesehen hat. Erst waren sie selbst unter Verdacht, in kriminelle Fehden verwickelt zu sein, nun haben sie unser ganzes Mitleid und es werden Straßen nach ihnen benannt.

Gleich ist in den beiden Wahrnehmungen: Migranten sind weit weg. Sie sind die anderen, die nicht angekommen sind. Aber ist das die Wirklichkeit? 15 Millionen Nicht-Angekommene? Weder Samnang Chan noch Canset İçpinar passen dort hinein. Sie sind weder Störenfriede noch Opfer.

So wenig wie Bouba Kaba. Der junge Berliner aus Guinea hatte einen ähnlich schweren Anfang wie Chan aus Cottbus. Er musste jeden Tag in seiner Berufsschule Feindseligkeit aushalten. Aber auch er fand schließlich Orte und Menschen, die ihn aus Angst und Wut herausführten.

Auf Rassisten zugehen

Die Mitglieder einer Migranteninitiative in Stendal erleben ihre Situation wieder anders. Sie waren bald verliebt in ihre neue Heimat. Heute sorgen sie offensiv dafür, dass die ostdeutsche Kleinstadt ein toleranter Ort wird. Widad Alban, eine Ärztin aus dem Jemen, erklärt Kindern und alten Leuten den Islam. Man kennt und respektiert sie in Stendal. Dabei hat Sachsen-Anhalt durchaus Probleme mit Rassisten. Usen Kamara, einem Asylbewerber aus Sierra Leone, sind sie begegnet.

Migranten sind also Teil unseres Alltags. Sie sind unsere Schüler wie Bouba Kaba, unsere Studenten wie Canset İçpinar und Elif Gümüş, unsere Ärzte wie Widad Alban, die Köche unseres Lieblingsessens wie Samnang Chan. Längst sind einige von ihnen in den lange migrantenfreien Berufsfeldern Politik und Medien zu finden. So wie Zeca Schall. Der dunkelhäutige CDU-Politiker erzählt, wie er in Hildburghausen bedroht wurde, aber auch, wie die Stadt sich seither verändert hat.

Die erste Geschichte unserer Themenwoche handelt von einem bayerischen Inder, wie er sich in unserem Video selbst nennt. Im Bayerischen Wald hatte ein junger Flüchtling vor vielen Jahren eine kleine Stadt in Aufruhr versetzt, als er sich in die 16-jährige Tochter des Schuldirektors verliebte. Heute ist er ein anerkannter Bürger mit deutschem Pass - und zu Hause.

Orte und Geschichten

Außerdem zeigen wir Fotos von Plätzen in Berlin, die für unauffällige Deutsche harmlos wirken, für andere aber zu Orten der Angst wurden, weil hier Rechtsextreme Migranten überfallen haben. Und auch Ihre Berichte können Teil der Woche werden: Wie leben Sie mit Rassismus in Deutschland? Schreiben Sie einen Leserartikel.

Trotzdem zu Hause Wie geht es Einwanderern, über die wir so viel debattieren? Fühlen sie sich bedroht oder gut aufgehoben? In unserer Themenwoche "Leben mit Ras....

Die aktuellen Zahlen sehen nicht gut aus: Ausländerfeindlich motivierte Gewalt hat 2011 sogar zugenommen - um fast 23 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Trotzdem haben wir überwiegend Menschen getroffen, die Geschichten erzählt haben, die für sie gut ausgegangen sind. Gewiss sind sie nicht repräsentativ. Aber sie zeigen, auf welchen Wegen Menschen mit sogenanntem Migrationshintergrund in Deutschland ankommen und wie sie unser Land mitgestalten.

Load-Date: May 22, 2012

End of Document

Der Schock, und jetzt?; Nach der Katastrophe von Lampedusa: Es gäbe Möglichkeiten, Flüchtlinge zu schützen, ohne den Wohlstand Europas zu gefährden. Jetzt liegt es an der Politik

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

10. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Der Schock, und jetzt?; S. 6; Ausg. 42

Length: 1918 words

Byline: Christian Grefe, Hauke Friederichs, Ulrich Ladurner

Body

Mehr als 200 **Flüchtlinge** sind vor der italienischen Insel Lampedusa ertrunken. Bei Redaktionschluss war die Bergung der Leichen noch nicht abgeschlossen. Es ist vermutlich das größte Unglück in einer an Katastrophen reichen Geschichte. Seit 1990 sind mehr als 8000 **Flüchtlinge** beim Versuch ertrunken, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen - das sind konservative Schätzungen. **Flüchtlingsorganisationen** sprechen von bis zu 25 000 Toten.

Was muss nun geschehen?

Die EU bewacht ihre Außengrenzen seit einigen Jahren immer intensiver. Das Mittelmeer ist zum Burggraben der Festung Europa geworden. Eine zentrale Rolle spielt dabei Frontex, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU. Sie wurde 2004 gegründet. Frontex hilft den EU-Mitgliedern bei ihrer Grenzüberwachung. Sie setzt hochmoderne Schiffe, Helikopter und bald auch Drohnen ein, um **Flüchtlingsboote** aufzuspüren. Auch die Anrainerstaaten der EU - dazu gehören die nordafrikanischen Länder - unterstützt die EU beim Sichern der Grenzen. Algerien etwa will mit Technik des Konzerns EADS seine Grenzen per Radar überwachen und illegale **Migration** unterbinden. Die libysche Küstenwache wird von Italien und Malta unterstützt. Im Juni 2013 startete zudem eine EU-Mission, um die Grenze in Libyen zu sichern.

Italien hat mit Ägypten und Tunesien Rückübernahmeabkommen geschlossen; Bürger aus diesen Staaten werden nach der Ankunft in Italien meist umgehend abgeschoben. Am 7. Juni 2013 unterzeichneten die EU und Marokko eine "Mobilitätspartnerschaft", um Migranten an der Flucht zu hindern. Weitere solche Mobilitätspartnerschaften hat die EU mit Moldawien und Kapverden geschlossen. Immer mehr Beamte von Frontex patrouillieren entlang der Grenzen. Sie können mit ihren Schiffen allerdings auch helfen, wenn ein Boot mit Flüchtlingen in Not gerät.

Die EU setzt auf Abschreckung. Das wird besonders in Italien deutlich. Wer dort Flüchtlingen bei der "illegalen Einreise" hilft, riskiert eine Haftstrafe. An dem jetzt vor Lampedusa gekenterten Boot sollen drei Schiffe vorbeigefahren sein, ohne Ertrinkende aus dem Wasser zu ziehen.

Der Schock, und jetzt? Nach der Katastrophe von Lampedusa: Es gäbe Möglichkeiten, Flüchtlinge zu schützen, ohne den Wohlstand Europas zu gefährden. Jetzt liegt

Flucht entkriminalisieren und dem Schutz der Flüchtlinge Vorrang geben - das sind die beiden Grundprinzipien, an denen sich eine Reform orientieren muss. Viele Flüchtlingsorganisationen fordern ein effektives, solidarisches System auf europäischer Ebene. Bisher galt das "Drittstaatenprinzip". Demnach ist jener EU-Staat für den Flüchtling verantwortlich, den der Asylsuchende zuerst betritt. Dieses Prinzip ist vor zehn Jahren von den Innenministern der EU-Staaten in Dublin festgeschrieben worden und regelt das europäische Asylrecht. Vor allem Deutschland hat sich für dieses Dublin-II-Abkommen eingesetzt.

Länder wie Italien und Griechenland tragen in der Folge eine Hauptlast. Mehr als 90 Prozent der Flüchtlinge, die Europa erreichen, kommen in diesen Ländern an. Sizilien und Lampedusa sind gut zu erreichen. Und das Meer lässt sich kaum lückenlos überwachen. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind 3648 Flüchtlinge auf Lampedusa gelandet.

Im Gegensatz zu Spanien, Griechenland und Malta sperren die italienischen Behörden die Flüchtlinge nur für relativ kurze Zeit in ein Aufnahmelager. Von Italien, so hoffen viele Flüchtlinge, können sie bald weiterreisen, nach Skandinavien, in die Schweiz oder nach Deutschland. Vor allem Schweden und Norwegen haben den Ruf, gegenüber Flüchtlingen offen zu sein. Tatsächlich lässt Italien viele Flüchtlinge Richtung Norden "ziehen" und handelt sich im Gegenzug Kritik ein, zum Beispiel aus Deutschland: "Lampedusa liegt in Italien!", sagt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich.

Ein wichtiger Schritt wäre, für alle Seiten realistische legale Möglichkeiten für die Einreise nach Europa zu schaffen. Den 155 Überlebenden der jetzigen Katastrophe droht zum Beispiel ein Verfahren wegen illegaler Einreise! Der zweite Schritt: Das innereuropäische Geschacher, wer wie viele Flüchtlinge aufnimmt, könnte durch einen europäischen "Verteilungsschlüssel" beendet werden - ähnlich, wie es in Deutschland bereits praktiziert wird: Flüchtlinge werden auf die einzelnen Bundesländer je nach deren Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft aufgeteilt. In Europa müssten dann zum Beispiel England und Spanien mehr Flüchtlinge aufnehmen als bisher, Belgien deutlich weniger.

Organisationen wie Diakonie, Deutscher Anwaltsverein und weitere Wohlfahrtsverbände fordern zudem, das bislang maßgebliche Kriterium für die Zuständigkeit, den "Ort der illegalen Einreise", durch das "Prinzip der Wahlfreiheit" zu ersetzen: Ein Flüchtling, der in Eritrea oder Syrien aufgebrochen ist und in Lampedusa oder auf einer Insel in der Ägäis strandet, würde erst mal eine Decke, etwas zu essen und ein vorübergehendes Dach über dem Kopf bekommen; dann könnte er frei entscheiden, in welchem EU-Land er Asyl beantragen will. Würden einem Land zu große Lasten entstehen, weil es besonders viele Asylgesuche bekommt, sollte ein spezieller Finanzfonds für Ausgleich sorgen. Die Organisationen empfehlen der EU außerdem, künftig stärker auf sogenannte Resettlementprogramme zu setzen: Organisationen wie das Flüchtlingshilfswerk der UN könnten den EU-Staaten eine Reihe von (Kriegs-)Flüchtlingen zuweisen, die in die Nachbarländer eines Krisengebietes geflohen sind. Im Fall der Flüchtlinge aus Syrien wurde so verfahren. Deutschland nimmt bis zu 5000 Syrer auf, die sich in den Libanon gerettet haben. Die Menschen werden mit Charterflügen nach Deutschland gebracht - sie müssen keine riskanten und mitunter tödlichen Wege nach Europa suchen.

Möglich wäre es nach Auffassung mehrerer Flüchtlingsorganisationen, dass Asylanträge bereits bei deutschen Botschaften im Ausland gestellt werden dürfen. Dann müssten Flüchtlinge nicht die gefährliche und oft vergebliche Reise nach Europa auf sich nehmen. Und schließlich: Die Vergabe von Greencards nach amerikanischem Vorbild könnte Entlastung bringen. Momentan bleibt der Asylantrag für viele Flüchtlinge der einzige Weg, um nach Europa zu kommen.

Wird Deutschland zu stark belastet?

Deutsche Politiker verweisen darauf, dass Deutschland zu den EU-Mitgliedern gehört, in denen die meisten Asylanträge gestellt werden. "Italien hat im vergangenen Jahr insgesamt 15 000 Asylbewerber aufgenommen und Deutschland eben 65 000. Es ist also nicht klar ersichtlich, woher der Ruf nach einem gerechteren Verteilungsmechanismus - jedenfalls nicht aus den Zahlen - kommt", sagt ein Sprecher des Bundesinnenministeriums. Die Bundesregierung verweist darauf, dass 70 Prozent der rund 330 000 Asylbewerber

Der Schock, und jetzt? Nach der Katastrophe von Lampedusa: Es gäbe Möglichkeiten, Flüchtlinge zu schützen, ohne den Wohlstand Europas zu gefährden. Jetzt liegt

in Europa im vergangenen Jahr auf die fünf Staaten Deutschland, Frankreich, Schweden, Großbritannien und Belgien entfielen.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl steht Deutschland jedoch bei der Aufnahme von Flüchtlingen keinesfalls auf den vorderen Plätzen: Malta, Schweden, Luxemburg, Belgien, Österreich, Zypern und Dänemark liegen weiter vorn.

Karl Kopp, der Europareferent von Pro Asyl, sagt, Deutschland sei kein Hardlinerstaat bei den Asylverfahren im eigenen Land. "Aber bei allen konkreten Versuchen, an der EU-Politik etwas zu ändern, hat die Bundesregierung gebremst", wirft er der Politik vor.

Was wird jetzt geschehen?

Die Europäische Union hat vor einigen Monaten das Dublin-II-Abkommen überarbeitet. 15 Jahre lang haben die Mitgliedsländer über Reformen gestritten, aber herausgekommen sind vor allem technische Änderungen. Das Problem von Dublin II bleibt weiterhin bestehen: Flüchtlinge müssen dort um Asyl bitten, wo sie zuerst ankommen - also in der Regel an den Außengrenzen der EU. Der Druck auf die Grenz- und Außenstaaten der EU wird hoch bleiben, vor allem der auf Spanien, Italien und Griechenland. Deutschland wird weiterhin auf die Verantwortung dieser Staaten hinweisen. Eine grundlegende Reform wie einen "europäischen Verteilungsschlüssel" wird es nicht geben. "Das scheitert immer am Widerstand der nördlichen Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschlands", sagt Ska Keller, Grünen-Abgeordnete im EU-Parlament. Der Verteilungsschlüssel wurde immerhin konkret diskutiert: Die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes einigten sich im Sommer darauf, Aufnahmequoten zu fordern.

Einig sind sich die europäischen Politiker in einem: Sie wollen das Schlepperwesen bekämpfen, denn das sei schuld an der Tragödie. Das stärkere Vorgehen gegen Schlepper ist an sich nicht falsch, doch das Verlangen nach härteren Strafen und stärkeren Kontrollen hat inzwischen etwas Rituelles. Nach jedem größeren Schiffsunglück im Mittelmeer wird diese Forderung erhoben. Das Schlepperwesen floriert nach wie vor - die immer dichter geknüpften EU-Außengrenzen treiben die Preise in die Höhe. Die Schlepper in Libyen, Ägypten, aber auch an den Küsten des Libanon kassieren zwischen 1500 und 6000 Euro pro Person und Überfahrt. Viele Flüchtlinge haben das Geld, das ihre Familien und manchmal ein ganzes Dorf gesammelt haben, bereits bei der Ankunft an der nordafrikanischen Küste aufgebraucht. Die Schlepper sperren die Reisewilligen dann ein, lassen sie für sich arbeiten. Frauen werden nicht selten zur Prostitution gezwungen. Viele Schlepper arbeiten in Netzwerken, die Großteile von Afrika umspannen und weit bis nach Europa reichen. Mit dem Schleusen von Flüchtlingen nach Europa lassen sich Millionen verdienen.

Dabei ist klar, dass bei illegaler Migration alle - außer den Schleppern - verlieren: Die Flüchtlinge riskieren oftmals ihr Leben - die Glücklichen, welche die Überfahrt überstehen, zahlen Tausende Dollar, die sie in Europa nicht so schnell wieder verdienen werden. Das Heimatland der Flüchtlinge verliert junge, oft qualifizierte Menschen. Lehrer aus Eritrea und Ingenieure aus Somalia schufteten nach Jahren des Wartens, bis ihr Asylantrag entschieden wird, als Schwarzarbeiter in der Gastronomie oder auf dem Bau, sie spülen Teller in Imbissen in Hamburg, Neapel oder Wien, anstatt Straßen zu bauen und Kinder zu unterrichten. Aber die Hoffnung von einem guten Leben in Europa wird sich immer halten, oder, wie es der Chef der Agentur Frontex vor einigen Jahren in einem Interview ausdrückte: Wenn Menschen es unbedingt schaffen wollen, die Grenzen nach Europa zu überqueren, dann wird es ihnen auch gelingen.

VON CH. GREFE, H. FRIEDERICHS UND U. LADURNER

Das Trauma der RetterKein Wind, kaum Wellengang. Die Nacht war ruhig. Grazia Migliosini war mit sieben Freunden aufs Meer gefahren. Sie blieben dort über Nacht, wenige Hundert Meter von der Insel Lampedusa entfernt. Das machen sie öfter. Es gibt für sie kaum Schöneres. Um 5.30 Uhr wurde Migliosini von ihrem Freund Vito Forino geweckt. "Hörst du das?! Das sind Schreie!" "Das werden die Möwen sein", sagte Grazia im Scherz. Doch es waren keine Möwen, es waren Menschen. Hunderte Menschen. Sie trieben im Wasser und schrien um Hilfe. Migliosini und ihre Freunde schauten über Bord: überall rudende Arme, verzweifelte Gesichter. Sie zogen

Der Schock, und jetzt? Nach der Katastrophe von Lampedusa: Es gäbe Möglichkeiten, Flüchtlinge zu schützen, ohne den Wohlstand Europas zu gefährden. Jetzt liegt

an Bord, wen sie nur konnten. Marcello Nizzi sprang immer wieder ins Wasser, um die Ertrinkenden bis an das Boot zu ziehen. Am Ende waren es 47 Flüchtlinge. Das Boot der acht Freunde drohte selbst zu kentern, sie mussten abdrehen. 47 Menschen sind viele, und doch viel zu wenige. Mehr als 200 Menschen sind wohl ertrunken. Grazia Migliosini berichtete dem italienischen Fernsehen: "Drei Stunden waren wir dort. Die Flüchtlinge schrien: Rettet die Kinder! Rettet die Kinder! Aber die Kinder waren tot." Diese Fotos der Retter sind noch in der Nacht des Unglücks entstanden. UL

Graphic

Trauerblumen für die Ertrunkenen von Lampedusa

Grazia Migliosini, Lampedusa

Carmine Menna, Neapel

Marcello Nizzi, Catania

Linda Barocci, Pesaro

Alessandro Marino, Catania

Vito Forino, Mailand

Sharani Anna Bonaccorso, Catania

Rosaria Racioppi, Neapel

Load-Date: October 10, 2013

Der Schock, und jetzt?; Nach der Katastrophe von Lampedusa: Es gäbe Möglichkeiten, Flüchtlinge zu schützen, ohne den Wohlstand Europas zu gefährden. Jetzt liegt es an der Politik

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

10. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, LAMPEDUSA: DAS MASSENGRAB IM MITTELMEER - DIE HELFER AUF SEE; Der Schock, und jetzt?; S. 6; Ausg. 42

Length: 2008 words

Byline: Christiane Grefe

Hauke Friederichs

Ulrich Ladurner

Body

Ulrich Ladurner

Hauke Friederichs

Mehr als 200 **Flüchtlinge** sind vor der italienischen Insel Lampedusa ertrunken. Bei Redaktionschluss war die Bergung der Leichen noch nicht abgeschlossen. Es ist vermutlich das größte Unglück in einer an Katastrophen reichen Geschichte. Seit 1990 sind mehr als 8000 **Flüchtlinge** beim Versuch ertrunken, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen - das sind konservative Schätzungen. **Flüchtlingsorganisationen** sprechen von bis zu 25 000 Toten.

Was muss nun geschehen?

Die EU bewacht ihre Außengrenzen seit einigen Jahren immer intensiver. Das Mittelmeer ist zum Burggraben der Festung Europa geworden. Eine zentrale Rolle spielt dabei Frontex, die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der EU. Sie wurde 2004 gegründet. Frontex hilft den EU-Mitgliedern bei ihrer Grenzüberwachung. Sie setzt hochmoderne Schiffe, Helikopter und bald auch Drohnen ein, um **Flüchtlingsboote** aufzuspüren. Auch die Anrainerstaaten der EU - dazu gehören die nordafrikanischen Länder - unterstützt die EU beim Sichern der Grenzen. Algerien etwa will mit Technik des Konzerns EADS seine Grenzen per Radar überwachen und illegale **Migration** unterbinden. Die libysche Küstenwache wird von Italien und Malta unterstützt. Im Juni 2013 startete zudem eine EU-Mission, um die Grenze in Libyen zu sichern.

Der Schock, und jetzt? Nach der Katastrophe von Lampedusa: Es gäbe Möglichkeiten, Flüchtlinge zu schützen, ohne den Wohlstand Europas zu gefährden. Jetzt liegt

Italien hat mit Ägypten und Tunesien Rückübernahmeabkommen geschlossen; Bürger aus diesen Staaten werden nach der Ankunft in Italien meist umgehend abgeschoben. Am 7. Juni 2013 unterzeichneten die EU und Marokko eine »Mobilitätspartnerschaft«, um Migranten an der Flucht zu hindern. Weitere solche Mobilitätspartnerschaften hat die EU mit Moldawien und Kapverden geschlossen. Immer mehr Beamte von Frontex patrouillieren entlang der Grenzen. Sie können mit ihren Schiffen allerdings auch helfen, wenn ein Boot mit Flüchtlingen in Not gerät.

Die EU setzt auf Abschreckung. Das wird besonders in Italien deutlich. Wer dort Flüchtlingen bei der »illegalen Einreise« hilft, riskiert eine Haftstrafe. An dem jetzt vor Lampedusa gekenterten Boot sollen drei Schiffe vorbeigefahren sein, ohne Ertrinkende aus dem Wasser zu ziehen.

Flucht entkriminalisieren und dem Schutz der Flüchtlinge Vorrang geben - das sind die beiden Grundprinzipien, an denen sich eine Reform orientieren muss. Viele Flüchtlingsorganisationen fordern ein effektives, solidarisches System auf europäischer Ebene. Bisher galt das »Drittstaatenprinzip«. Demnach ist jener EU-Staat für den Flüchtling verantwortlich, den der Asylsuchende zuerst betritt. Dieses Prinzip ist vor zehn Jahren von den Innenministern der EU-Staaten in Dublin festgeschrieben worden und regelt das europäische Asylrecht. Vor allem Deutschland hat sich für dieses Dublin-II-Abkommen eingesetzt.

Länder wie Italien und Griechenland tragen in der Folge eine Hauptlast. Mehr als 90 Prozent der Flüchtlinge, die Europa erreichen, kommen in diesen Ländern an. Sizilien und Lampedusa sind gut zu erreichen. Und das Meer lässt sich kaum lückenlos überwachen. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres sind 3648 Flüchtlinge auf Lampedusa gelandet.

Im Gegensatz zu Spanien, Griechenland und Malta sperren die italienischen Behörden die Flüchtlinge nur für relativ kurze Zeit in ein Aufnahmелager. Von Italien, so hoffen viele Flüchtlinge, können sie bald weiterreisen, nach Skandinavien, in die Schweiz oder nach Deutschland. Vor allem Schweden und Norwegen haben den Ruf, gegenüber Flüchtlingen offen zu sein. Tatsächlich lässt Italien viele Flüchtlinge Richtung Norden »ziehen« und handelt sich im Gegenzug Kritik ein, zum Beispiel aus Deutschland: »Lampedusa liegt in Italien!«, sagt Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich.

Ein wichtiger Schritt wäre, für alle Seiten realistische legale Möglichkeiten für die Einreise nach Europa zu schaffen. Den 155 Überlebenden der jetzigen Katastrophe droht zum Beispiel ein Verfahren wegen illegaler Einreise! Der zweite Schritt: Das innereuropäische Geschacher, wer wie viele Flüchtlinge aufnimmt, könnte durch einen europäischen »Verteilungsschlüssel« beendet werden - ähnlich, wie es in Deutschland bereits praktiziert wird: Flüchtlinge werden auf die einzelnen Bundesländer je nach deren Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft aufgeteilt. In Europa müssten dann zum Beispiel England und Spanien mehr Flüchtlinge aufnehmen als bisher, Belgien deutlich weniger.

Organisationen wie Diakonie, Deutscher Anwaltsverein und weitere Wohlfahrtsverbände fordern zudem, das bislang maßgebliche Kriterium für die Zuständigkeit, den »Ort der illegalen Einreise«, durch das »Prinzip der Wahlfreiheit« zu ersetzen: Ein Flüchtling, der in Eritrea oder Syrien aufgebrochen ist und in Lampedusa oder auf einer Insel in der Ägäis strandet, würde erst mal eine Decke, etwas zu essen und ein vorübergehendes Dach über dem Kopf bekommen; dann könnte er frei entscheiden, in welchem EU-Land er Asyl beantragen will. Würden einem Land zu große Lasten entstehen, weil es besonders viele Asylgesuche bekommt, sollte ein spezieller Finanzfonds für Ausgleich sorgen. Die Organisationen empfehlen der EU außerdem, künftig stärker auf sogenannte Resettlementprogramme zu setzen: Organisationen wie das Flüchtlingshilfswerk der UN könnten den EU-Staaten eine Reihe von (Kriegs-)Flüchtlingen zuweisen, die in die Nachbarländer eines Krisengebietes geflohen sind. Im Fall der Flüchtlinge aus Syrien wurde so verfahren. Deutschland nimmt bis zu 5000 Syrer auf, die sich in den Libanon gerettet haben. Die Menschen werden mit Charterflügen nach Deutschland gebracht - sie müssen keine riskanten und mitunter tödlichen Wege nach Europa suchen.

Möglich wäre es nach Auffassung mehrerer Flüchtlingsorganisationen, dass Asylanträge bereits bei deutschen Botschaften im Ausland gestellt werden dürfen. Dann müssten Flüchtlinge nicht die gefährliche und oft vergebliche Reise nach Europa auf sich nehmen. Und schließlich: Die Vergabe von Greencards nach amerikanischem

Der Schock, und jetzt? Nach der Katastrophe von Lampedusa: Es gäbe Möglichkeiten, Flüchtlinge zu schützen, ohne den Wohlstand Europas zu gefährden. Jetzt liegt

Vorbild könnte Entlastung bringen. Momentan bleibt der Asylantrag für viele Flüchtlinge der einzige Weg, um nach Europa zu kommen.

Wird Deutschland zu stark belastet?

Deutsche Politiker verweisen darauf, dass Deutschland zu den EU-Mitgliedern gehört, in denen die meisten Asylanträge gestellt werden. »Italien hat im vergangenen Jahr insgesamt 15 000 Asylbewerber aufgenommen und Deutschland eben 65 000. Es ist also nicht klar ersichtlich, woher der Ruf nach einem gerechteren Verteilungsmechanismus - jedenfalls nicht aus den Zahlen - kommt«, sagt ein Sprecher des Bundesinnenministeriums. Die Bundesregierung verweist darauf, dass 70 Prozent der rund 330 000 Asylbewerber in Europa im vergangenen Jahr auf die fünf Staaten Deutschland, Frankreich, Schweden, Großbritannien und Belgien entfielen.

Im Verhältnis zur Einwohnerzahl steht Deutschland jedoch bei der Aufnahme von Flüchtlingen keinesfalls auf den vorderen Plätzen: Malta, Schweden, Luxemburg, Belgien, Österreich, Zypern und Dänemark liegen weiter vorn.

Karl Kopp, der Europareferent von Pro Asyl, sagt, Deutschland sei kein Hardlinerstaat bei den Asylverfahren im eigenen Land. »Aber bei allen konkreten Versuchen, an der EU-Politik etwas zu ändern, hat die Bundesregierung gebremst«, wirft er der Politik vor.

Was wird jetzt geschehen?

Die Europäische Union hat vor einigen Monaten das Dublin-II-Abkommen überarbeitet. 15 Jahre lang haben die Mitgliedsländer über Reformen gestritten, aber herausgekommen sind vor allem technische Änderungen. Das Problem von Dublin II bleibt weiterhin bestehen: Flüchtlinge müssen dort um Asyl bitten, wo sie zuerst ankommen - also in der Regel an den Außengrenzen der EU. Der Druck auf die Grenz- und Außenstaaten der EU wird hoch bleiben, vor allem der auf Spanien, Italien und Griechenland. Deutschland wird weiterhin auf die Verantwortung dieser Staaten hinweisen. Eine grundlegende Reform wie einen »europäischen Verteilungsschlüssel« wird es nicht geben. »Das scheitert immer am Widerstand der nördlichen Mitgliedsstaaten, allen voran Deutschlands«, sagt Ska Keller, Grünen-Abgeordnete im EU-Parlament. Der Verteilungsschlüssel wurde immerhin konkret diskutiert: Die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes einigten sich im Sommer darauf, Aufnahmequoten zu fordern.

Einig sind sich die europäischen Politiker in einem: Sie wollen das Schlepperwesen bekämpfen, denn das sei schuld an der Tragödie. Das stärkere Vorgehen gegen Schlepper ist an sich nicht falsch, doch das Verlangen nach härteren Strafen und stärkeren Kontrollen hat inzwischen etwas Rituelles. Nach jedem größeren Schiffsunglück im Mittelmeer wird diese Forderung erhoben. Das Schlepperwesen floriert nach wie vor - die immer dichter geknüpften EU-Außengrenzen treiben die Preise in die Höhe. Die Schlepper in Libyen, Ägypten, aber auch an den Küsten des Libanon kassieren zwischen 1500 und 6000 Euro pro Person und Überfahrt. Viele Flüchtlinge haben das Geld, das ihre Familien und manchmal ein ganzes Dorf gesammelt haben, bereits bei der Ankunft an der nordafrikanischen Küste aufgebraucht. Die Schlepper sperren die Reisewilligen dann ein, lassen sie für sich arbeiten. Frauen werden nicht selten zur Prostitution gezwungen. Viele Schlepper arbeiten in Netzwerken, die Großteile von Afrika umspannen und weit bis nach Europa reichen. Mit dem Schleusen von Flüchtlingen nach Europa lassen sich Millionen verdienen.

Dabei ist klar, dass bei illegaler Migration alle - außer den Schleppern - verlieren: Die Flüchtlinge riskieren oftmals ihr Leben - die Glücklichen, welche die Überfahrt überstehen, zahlen Tausende Dollar, die sie in Europa nicht so schnell wieder verdienen werden. Das Heimatland der Flüchtlinge verliert junge, oft qualifizierte Menschen. Lehrer aus Eritrea und Ingenieure aus Somalia schufteten nach Jahren des Wartens, bis ihr Asylantrag entschieden wird, als Schwarzarbeiter in der Gastronomie oder auf dem Bau, sie spülen Teller in Imbissen in Hamburg, Neapel oder Wien, anstatt Straßen zu bauen und Kinder zu unterrichten. Aber die Hoffnung von einem guten Leben in Europa wird sich immer halten, oder, wie es der Chef der Agentur Frontex vor einigen Jahren in einem Interview ausdrückte: Wenn Menschen es unbedingt schaffen wollen, die Grenzen nach Europa zu überqueren, dann wird es ihnen auch gelingen.

Der Schock, und jetzt? Nach der Katastrophe von Lampedusa: Es gäbe Möglichkeiten, Flüchtlinge zu schützen, ohne den Wohlstand Europas zu gefährden. Jetzt liegt

VON CH. GREFE, H. FRIEDERICHS UND U. LADURNER

Das Trauma der RetterKein Wind, kaum Wellengang. Die Nacht war ruhig. Grazia Migliosini war mit sieben Freunden aufs Meer gefahren. Sie blieben dort über Nacht, wenige Hundert Meter von der Insel Lampedusa entfernt. Das machen sie öfter. Es gibt für sie kaum Schöneres. Um 5.30 Uhr wurde Migliosini von ihrem Freund Vito Forino geweckt. »Hörst du das?! Das sind Schreie!« »Das werden die Möwen sein«, sagte Grazia im Scherz. Doch es waren keine Möwen, es waren Menschen. Hunderte Menschen. Sie trieben im Wasser und schrien um Hilfe. Migliosini und ihre Freunde schauten über Bord: überall rudende Arme, verzweifelte Gesichter. Sie zogen an Bord, wen sie nur konnten. Marcello Nizzi sprang immer wieder ins Wasser, um die Ertrinkenden bis an das Boot zu ziehen. Am Ende waren es 47 Flüchtlinge. Das Boot der acht Freunde drohte selbst zu kentern, sie mussten abdrehen. 47 Menschen sind viele, und doch viel zu wenige. Mehr als 200 Menschen sind wohl ertrunken. Grazia Migliosini berichtete dem italienischen Fernsehen: »Drei Stunden waren wir dort. Die Flüchtlinge schrien: Rettet die Kinder! Rettet die Kinder! Aber die Kinder waren tot.« Diese Fotos der Retter sind noch in der Nacht des Unglücks entstanden. UL

Trauerblumen für die Ertrunkenen von Lampedusa

Grazia Migliosini, Lampedusa

Carmine Menna, Neapel

Marcello Nizzi, Catania

Linda Barocci, Pesaro

Alessandro Marino, Catania

Vito Forino, Mailand

Sharani Anna Bonaccorso, Catania

Rosaria Racioppi, Neapel

Load-Date: March 25, 2022

Die Angst vor den Armen; Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika und Südosteuropa wecken fremdenfeindliche Ressentiments. Die Politik sollte mit klugen Konzepten antworten. Denn zu stoppen ist die Migration nicht.

ZEIT-online

Montag 14. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Wirtschaftsflüchtlinge; Ausg. 42

Length: 1029 words

Byline: Klaus Bade

Body

Eine Roma-Familie in Bulgarien

© Stoyan Nenov/Reuters

Migrationsängste haben Konjunktur im vermeintlichen Paradies in der Mitte Europas. Neben den "Armutswanderern" aus Bulgarien und Rumänien richten sie sich nach den jüngsten Katastrophen vor Lampedusa wieder verstärkt gegen sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge und gegen **Asylbewerber** vornehmlich aus Afrika, aber auch aus anderen Regionen der Welt.

Opfer werden dabei zu Tätern abgestempelt: Menschen, die wirtschaftlicher Not, Krieg und Unterdrückung in ihren Heimatländern entfliehen wollten, verwandeln sich in den Augen vieler Deutscher und anderer Mitteleuropäer zu einer Bedrohung ihres eigenen Wohlstandes und der Sozialsysteme. Übersehen wird, dass es für **Migranten**, die aus existenziellen Gründen nach Europa drängen, oft nur die Alternative Flucht oder Verelendung gibt. Und vergessen wird meist auch, dass es all das auch in der deutschen Geschichte massenhaft gab.

Viele der Millionen von Deutschen, die im überseeischen Massenexodus des 19. Jahrhunderts ihr Heil in der Neuen Welt suchten, würden heute in der Schublade "Wirtschaftsflüchtlinge" landen. Sie waren oft so arm, dass sie ihre Tickets nicht bezahlen konnten. Viele verkauften deshalb ihre Arbeitskraft, vermittelt von Kapitänen und Agenten - heute würde man sie Schlepper nennen.

Ausländische Wanderarbeiter aus Polen und Russland schufteten bis ins 20. Jahrhundert auf den Landgütern im preußischen Osten. Sie wurden dringend benötigt, zugleich aber als Einwanderer gefürchtet, weshalb man sie jährlich jeweils nur für begrenzte Zeit einreisen ließ.

Eine neue millionenfache Einwanderungswelle gab es nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Ende der europäischen Teilung 1989/90. Dazu kamen Flüchtlinge vom Balkan als Folge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien. Beides weckte neue Ängste vor einer Masseninvasion, die sich im Streit um das Asylrecht entluden.

Urangst vor der Masseneinwanderung

Die Angst vor den Armen Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika und Südosteuropa wecken fremdenfeindliche Ressentiments. Die Politik sollte mit klugen Konzepten antwo....

Ähnlich ist es auch heute bei den oft menschenfeindlichen Aufwallungen gegen "Wirtschaftsflüchtlinge" und "Armutswanderer" aus Afrika genauso wie aus Rumänien oder Bulgarien. Die Ankunft einer jungen Migrantenelite von gut- bis hochqualifizierten Zuwanderern aus den Krisenstaaten im Süden Europas hingegen wurde vor kurzem noch gefeiert, als Bereicherung für das aus demographischen Gründen schrumpfenden Arbeitskräfteangebot in Deutschland.

Jetzt aber geht wieder die Urangst vor der europäischen Ost-West-Migration und der außereuropäischen Süd-Nord-Wanderung um. Zu erleben war die Ost-West-Angst schon einmal, als Polen im Zuge der Osterweiterung 2004 in die EU kam. Auch damals befürchteten viele eine Masseneinwanderung polnischer Billigarbeiter. Als die siebenjährige Sperrfrist am Arbeitsmarkt in Deutschland im Mai 2011 endete, entpuppten sich die Ängste als weit übertrieben. An ihre Stelle trat das Bild der freundlichen politischen Altenpflegerin, die jetzt auch legal kommen durfte.

Die Zuwanderung aus Polen ist noch immer weit höher als die aus den 2007 aufgenommenen EU-Staaten Bulgarien und Rumänien. Dennoch wird seit einiger Zeit das Schreckensszenario bulgarischer und rumänischer Armutsmigranten in das deutsche Sozialsystem ausgemalt, verstärkt durch den Alarmruf des Deutschen Städtetages vom Februar, der vor einer Überforderung der Kommunen warnte.

Dabei zeigen Zahlen des Mikrozensus, dass die Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien keineswegs vorwiegend von Sozialtransfers leben. Vielmehr gehen etwa 80 Prozent von ihnen einer Erwerbsarbeit nach. Fast 50 Prozent davon sind qualifiziert, 22 Prozent sogar hochqualifiziert. Weniger als zehn Prozent sind arbeitslos, während die Erwerbslosenquote der Ausländer in Deutschland insgesamt bei 16,4 Prozent liegt.

Das Gesamtbild relativiert allerdings nicht die Probleme der betroffenen Städte. Denn was sich dort gerade in sozialen Problemvierteln ballt, ist in der Tat häufig Armutseinwanderung oder sogar Elendsmigration, die die kommunalen Sozialtats überfordert. Das rechtfertigt freilich nicht populistische Pauschalisierungen, deren sich auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bediente und die von der EU-Kommission mehrfach zurückgewiesen wurden. Dabei machte Brüssel jedoch seinerseits den gleichen Fehler, nämlich Gesamtdaten gegen die Erfahrungswerte der Städte in Stellung zu bringen, was dort, aber auch auf Bundes- und Länderebene, zu Recht Empörung auslöste.

Die Zeit drängt

Besser als ein Streit um die Zahlen wäre ein Wettstreit um die richtigen Konzepte. Denn solange die großen Wohlstandsunterschiede zwischen West- und Süd-, vor allem aber Ost- und Südosteuropa existieren, und erst recht gegenüber den verarmten Ländern Afrikas, solange wird der Migrationsdruck anhalten. Er lässt sich durch immer schärfere Grenzkontrollen und Einreise- und Asylbestimmungen allenfalls dämpfen, aber nicht unterbinden.

Dringend gebraucht werden daher verstärkte Integrations- und Bildungsinvestitionen in den Städten und Gemeinden, finanziert aus einem nationalen Sozialfonds. Nötig ist darüber hinaus auf EU-Ebene eine migrationsorientierte Entwicklungspolitik, um die wanderungstreibenden Faktoren in den Ausgangsländern zu bekämpfen, sowohl in Südosteuropa als auch in Afrika. Milliarden sind dafür schon in Bulgarien und Rumänien fehlinvestiert worden - in die Taschen korrupter Politiker und feister Sozialbürokratien, die nichts produziert haben außer Papieren. Fehlinvestitionen sind aber kein Grund, weitere Gelder zu verweigern, diesmal allerdings durch EU-Kommissare überwacht und streng konzeptorientiert.

Denn Gefahr ist im Verzug. Die Nagelprobe wird ab Januar 2014 kommen, wenn auch für Bulgaren und Rumänen die volle Freizügigkeit gilt. Wenn es nicht zu neuen fremdenfeindlichen Exzessen kommen soll, wie in den frühen 1990er Jahren, muss die Politik rasch und besonnen handeln, egal wer künftig die Bundesregierung stellt.

Langfristig gilt das sowieso. Denn die Folgen des Klimawandels werden uns weltweit mit Fluchtbewegungen konfrontieren, wie es sie in der Menschheitsgeschichte seit prähistorischen Epochen nicht mehr gab. Spätestens dann wird das vordergründige Sortieren nach akzeptablen und nicht akzeptablen Wanderungsmotiven sein Ende finden.

Die Angst vor den Armen Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika und Südosteuropa wecken fremdenfeindliche Ressentiments. Die Politik sollte mit klugen Konzepten antwo....

Load-Date: October 14, 2013

End of Document

Diskutieren Sie über die deutsche Integrationspolitik; Amir Tehrani lebt seit 26 Jahren als Flüchtling in Deutschland. Er fordert, dass die Regierung mehr für Integration tut. Debattieren Sie mit ihm hier ab 15 Uhr.

ZEIT-online

Dienstag 15. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Leser-Debatte; Ausg. 42

Length: 503 words

Byline: Anne Fromm

Body

Asylbewerber campen vor dem Brandenburger Tor (Archivbild).

© dpa

Die Zeit könnte reif sein für eine Neuordnung der Integrationspolitik. Europa spricht seit den **Flüchtlingskatastrophen** vor Lampedusa in der vergangenen Woche wieder über **Asylpolitik**.

Doch das Thema könnte auch genau so gut wieder im Sand verlaufen: Die Innenminister der EU weigern sich, das umstrittenen Dublin II-Verfahren zu überarbeiten, stattdessen soll das Mittelmeer künftig stärker überwacht werden. Die meisten deutschen Politiker halten sich zu diesem Thema am liebsten komplett zurück. Dabei wäre jetzt, nach dem Bundestagswahlkampf, kein schlechter Zeitpunkt, grundsätzlich über Aufnahme und Umgang mit Flüchtlingen und Migranten in Deutschland und Europa zu diskutieren. Und entsprechende Reformen folgen zu lassen.

In den Sondierungsgesprächen war all das bislang aber kaum ein Thema. Derzeit dringen vor allem die (ebenfalls wichtigen) Worte Energiewende, Mindestlohn und Steuern aus den Sitzungssälen. Zumindest die Grünen haben angekündigt, das Thema Flüchtlinge auf die Agenda zu setzen. Andere Themen, die ebenfalls diskutiert werden müssten, sind die doppelte Staatsbürgerschaft und ein Integrationsministerium, schrieb DIE ZEIT vergangene Woche.

Das Thema bewegt auch unsere Community. Die Texte über die Lampedusa-Katastrophe sowie die Vorschläge für eine neue Asyl- und Flüchtlingspolitik werden stark kommentiert. Die Meinungen der Leser gehen allerdings weit auseinander: Die einen finden, dass Deutschland aus humanitären und geschichtlichen Gründen geradezu verpflichtet sei, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Andere schreiben, dass eine neue Afrikapolitik nötig sei: Die Förderung der afrikanischen Binnenmärkte, mehr Entwicklungshilfe und ein Stopp der Waffenexporte würden die Massenflucht verhindern.

Mit blauem Flüchtlingspass in der BRD

Diskutieren Sie über die deutsche Integrationspolitik Amir Tehrani lebt seit 26 Jahren als Flüchtling in Deutschland. Er fordert, dass die Regierung mehr für In....

Einer unserer Wahlbeobachter, Amir Tehrani, kam selbst vor 26 Jahren als Flüchtling nach Deutschland. Mit sechs Jahren ist der gebürtige Iraner allein in einem Münchner Flüchtlingsheim gestrandet. Seitdem lebt er mit blauem Flüchtlingspass in der Bundesrepublik. Da ihm der Iran, wie es im Fachjargon heißt, die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft verweigert, kann der 32-Jährige nicht eingebürgert werden. Alle sechs Monate muss er deswegen seinen Ausweis bei der Ausländerbehörde verlängern lassen.

Tehrani lebt als selbstständiger Unternehmensberater in Berlin und beschäftigt zwölf Mitarbeiter. Das Thema Integration ist ihm sehr wichtig. Von einer neuen Regierung wünscht er sich endlich die doppelte Staatsbürgerschaft. "Das würde auf einen Schlag eine Vielzahl meiner Probleme lösen", sagt er.

Am heutigen Dienstag, ab 15 Uhr, wird Tehrani in der Livedebatte von ZEIT ONLINE sein. Diskutieren Sie mit ihm über eine neue Integrationspolitik: Was wünschen Sie sich von der nächsten Bundesregierung? Wie sieht Ihre Vorstellung von einer gelungenen Integration aus? Und wie sollte sich Deutschland zur Asyl- und Flüchtlingspolitik verhalten?

Load-Date: October 15, 2013

End of Document

"Wir sind keine Opfer, wir sind Kämpfer!"; An einer belebten Straße mitten in Berlin steht ein Zeltlager. Eine Gruppe von Flüchtlingen demonstriert dort seit Monaten für mehr Rechte. Wie lange hält sie noch durch?"

ZEIT-online

Freitag 18. Januar 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ASYLPOLITIK; Ausg. 4

Length: 1143 words

Byline: Christopher Weckwerth

Body

Das Zeltlager der Demonstranten in Berlin-Kreuzberg

© Laurin Schmid/dpa

"Don't go away" , ruft Patrick noch, "Geht nicht weg". Aber es nützt nichts, die ersten Teilnehmer des Workshops zur **Asylpolitik** haben das Zelt am Berliner Oranienplatz schon verlassen. Die Verständigung im Hauptquartier des **Flüchtlingsprotests** fällt nicht immer leicht. Patrick schmunzelt, was soll's, dafür kann sich hier jeder frei bewegen. "Geht nicht weg" - manchem **Asylbewerber** würde es wohl schon reichen, wenn das die Botschaft wäre, die der Staat ihnen schickte.

Seit drei Monaten harrt eine Gruppe von rund 40 **Flüchtlingen** und Unterstützern im Berliner Stadtteil Kreuzberg aus, auch jetzt im Winter. Patrick ist einer von ihnen. Sie protestieren gegen die **Asylpolitik** der Europäischen Union und Deutschlands, auf einem der vielen Banner steht "Abschiebung ist Mord". Es ist bitterkalt, die Zelte sind mit Schnee bedeckt. Aber die **Migranten** wollen nicht weg, nicht schon wieder.

Sie wehren sich unter anderem gegen die Residenzpflicht. Die sieht vor, dass Asylbewerber einen behördlich festgelegten Raum nur mit Sondergenehmigung verlassen dürfen. Das gibt es innerhalb der EU nur in Deutschland, als bislang einziges Bundesland hat Hessen die Residenzpflicht im November 2012 abgeschafft. Allein durch ihre Anwesenheit in Berlin brechen einige der Flüchtlinge mit der Vorschrift.

Seit sich rund 20 von ihnen Anfang September auf einen 600 Kilometer langen Fußweg von Würzburg nach Berlin machten, hat die Protestbewegung neue Unterstützer gefunden. Wochenlang demonstrierten sie am Pariser Platz, direkt vor dem Brandenburger Tor. Politiker der Grünen und Linken sowie der Piratenpartei solidarisierten sich mit den Aktivisten.

Unterstützung aus der Politik

Franz Schulz (Grüne), Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, kann die Forderungen der Flüchtlinge verstehen. "Mein Eindruck ist, dass im Flüchtlingsrecht Asylbewerber als Menschen zweiter Klasse betrachtet

"Wir sind keine Opfer, wir sind Kämpfer!" An einer belebten Straße mitten in Berlin steht ein Zeltlager. Eine Gruppe von Flüchtlingen demonstriert dort seit Mon....

werden. Das widerspricht allen gesetzlichen Vorgaben zur Menschenwürde und den Grundrechten", sagte er ZEIT ONLINE.

Auch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer (CDU), setzte sich in einem Schreiben an die zuständigen Behörden dafür ein, dass mit Blick auf die Verletzung der Residenzpflicht die "besondere Situation der Flüchtlinge" beachtet werde. Böhmer hat außerdem zusammen mit der Berliner Senatorin Dilek Kolat (SPD) zugesagt, das Anliegen der Aktivisten am 20. März bei der Konferenz der Integrationsminister in Dresden anzusprechen.

Bereits im Juli 2012, noch bevor der Protest nach Berlin kam, erklärte das Bundesverfassungsgericht das Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig und erließ eine Übergangsregelung: Die seit 1993 nicht veränderte Höhe der Geldleistungen sei "evident unzureichend" gewesen, hieß es. Politisch umstritten ist auch die Frage, ab wann Asylbewerber in Deutschland arbeiten dürfen. Staatsministerin Böhmer fordert die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme nach spätestens sechs Monaten.

Am "Infopoint" am Oranienplatz stehen zwei junge Frauen und wärmen sich mit Kaffee. Nora und Ruth wollen die Asylbewerber unterstützen, indem sie die Fragen der Passanten beantworten, die sich über die vielen Zelte direkt an der Bushaltestelle wundern. Die meisten Anwohner seien sehr hilfsbereit, berichten sie. Die Läden aus der Umgebung etwa spendeten Lebensmittel. Doch natürlich gebe es auch Ablehnung von "Konservativen", wie sie sagen.

Im Gespräch mit Pressevertretern sind die Helferinnen vorsichtig. Sie wollen die Einwanderer nicht bevormunden, für die Kommunikation sei die Mediengruppe zuständig - eine von zwölf Arbeitsgruppen des Protestcamps. Doch was nach exakter Aufgabenteilung klingt, bedeutet nicht, dass die Bewegung immer mit einer Stimme spricht. Konsens ist, dass die Demonstranten die Bedingungen für Asylbewerber nicht anerkennen, aber nicht alle gehen so weit zu sagen, dass der kapitalistische Westen immer noch die kolonialistische Unterdrückung wolle.

Für den Workshop zur Flüchtlingspolitik bittet Patrick, der zur Mediengruppe gehört, ins runde, blau-weiße "Zirkuszelt", wie die Demonstranten es nennen. An einem Tischkreis sitzen darin knapp 30 Menschen, fast ausschließlich Männer, viele von ihnen aus Afrika. Mit Schals und Mützen stemmen sie sich gegen die Kälte, ein surrender Gasheizer treibt die Temperatur auf ein gerade noch erträgliches Maß.

Aktivisten berichten von ihren Erfahrungen mit der deutschen Asylbürokratie. Geredet wird auf Englisch, langsam, leise. In drei Ecken wird simultan ins Deutsche, Französische und Arabische übersetzt. Es geht um Dublin II, um Anwälte und darum, wie man eine Abschiebung verhindern kann. Die Mehrheit der Anwesenden hört konzentriert zu, einige blicken verloren ins Leere.

Die Protestbewegung legt Wert auf die dezentrale Organisation, auch alltägliche Entscheidungen sollen vom Plenum gebilligt werden. Das wichtigste Thema derzeit: ihre Unterkunft in der ehemaligen Gerhart-Hauptmann-Schule und damit einhergehend ein Richtungsstreit. "Wir sind keine Opfer, wir sind Kämpfer", lautet ein Slogan der Aktivisten. Wie die Diskussion zeigt, bedeutet das auch: Kampf um Selbstbestimmung.

Planung für den nächsten Winter

Seit dem 8. Dezember besetzen die Aktivisten die Schule. Die Bezirksverwaltung entschied, dass sie im Rahmen der Kältehilfe bis zum 31. März dort bleiben dürfen. In dem Gebäude, das sie "Irving-Zola-Haus" nennen, wollten die Demonstranten einen "Ort der Würde und des gegenseitigen Respekts" schaffen, verkünden sie auf einer Homepage. Doch in der Vollversammlung berichtet einer der Aktivisten unter zustimmenden Rufen, dass die Schule längst auch von Trittbrettfahrern missbraucht wird, er spricht von Drogen und Hehlerware.

Davon distanzieren sich die Flüchtlinge entschieden. Einige sehen die Bewegung auch inhaltlich in ihrer Eigenständigkeit herausgefordert. Am Oranienplatz weht eine Fahne der Antifa und viele Organisationen wie The Caravan oder The Voice haben sich an den Protest angehängt. Das gefällt nicht jedem.

"Wir sind keine Opfer, wir sind Kämpfer!" An einer belebten Straße mitten in Berlin steht ein Zeltlager. Eine Gruppe von Flüchtlingen demonstriert dort seit Mon....

Die Schule wollen sie vorerst dennoch weiter nutzen, jedoch haben insgesamt rund 40 Organisationen Interesse an den Räumlichkeiten bekundet. Bezirksbürgermeister Franz Schulz wünscht sich ein "soziokulturelles Projektzentrum" mehrerer lokaler Initiativen. Über den "Nutzungsmix" soll die Anwohnerschaft ab Ende Februar mitbestimmen, sagt der Grünen-Politiker. Sollten die Flüchtlinge an der künftigen Nutzung teilhaben wollen, werde er sich "keinem Gespräch verweigern". Schulz geht aber davon aus, dass die Demonstranten sich ab April wieder auf den Oranienplatz konzentrieren werden.

Aufgeben werden die Aktivisten so schnell nicht, ihr Wille ist ungebrochen. Tatsächlich planen sie sogar schon, wie sie ihr Quartier so aufrüsten können, dass sie die Schule bald gar nicht mehr brauchen. Für den nächsten Winter.

Load-Date: January 21, 2013

End of Document

Die neuen Flüchtlinge; Es müssen nicht gleich Dürren oder Stürme sein: Veränderungen der natürlichen Umwelt führen zu Migration. Doch was genau sind Umweltflüchtlinge und wie schützt man sie?

ZEIT-online

Mittwoch 10. April 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: KLIMAWANDEL; Ausg. 15

Length: 905 words

Byline: Benjamin Schraven;Steffen Bauer

Body

Überflutungen südlich von Djakarta in Indonesien, Januar 2012

© AFP PHOTO / Bay ISMOYO

In Debatten über globale Migration taucht inzwischen vermehrt der Begriff "Klimaflüchtling" auf. Je nach Lesart wird dieser als unsere Sicherheit und unseren Wohlstand bedrohende Konsequenz der globalen Erwärmung oder sein Schicksal als zwangsläufige humanitäre Katastrophe skizziert. Beide Sichtweisen verkennen aber die Komplexität von Migrationsprozessen und die völkerrechtlichen Besonderheiten des internationalen Flüchtlingsschutzes.

Richtig ist, dass schleichende Umweltveränderungen und Naturkatastrophen in Folge des Klimawandels weiter zunehmen werden und dass dies auch das Migrationsverhalten der Betroffenen, speziell unter Armutsbedingungen, beeinflussen kann. Richtig ist auch, dass es der internationalen Politik an geeigneten Instrumenten und Regelwerken fehlt, um umweltbedingter Migration sinnvoll zu begegnen, zumal wenn sie grenzüberschreitend ist. Menschen, die aufgrund einer Überschwemmung oder anderer Naturkatastrophen ihr Herkunftsland verlassen, drohen bislang durch das Raster internationaler Schutzrechte zu fallen.

Die mediale Aufregung um Millionen von Klimaflüchtlingen geht dennoch in wesentlichen Punkten am Problem vorbei. Die von Norwegen und der Schweiz gegründete Nansen-Initiative - benannt nach dem ersten Flüchtlingskommissar des Völkerbundes Fridtjof Nansen - hat es sich daher zum Ziel gesetzt, den rechtlichen Schutz von Menschen zu verbessern, die von Naturkatastrophen zur Flucht ins Ausland gezwungen werden.

Beschränkung auf Klimaflüchtlinge ignoriert andere Naturereignisse

Die Initiative ist schon deshalb wichtig, weil sie den Zusammenhang von Migration und Umweltkatastrophen in den Blick nimmt und sich nicht auf Folgen des Klimawandels beschränkt. Zwar erregt gerade die Frage nach den Auswirkungen des Klimawandels auf Migrationsverhalten besondere Aufmerksamkeit. Doch ob eine Flutkatastrophe oder ein Wirbelsturm bereits eine direkte Folge der globalen Erwärmung ist oder nicht, lässt sich

Die neuen Flüchtlinge Es müssen nicht gleich Dürren oder Stürme sein: Veränderungen der natürlichen Umwelt führen zu Migration. Doch was genau sind Umweltflücht....

absehbar nicht seriös beantworten. Zudem würde eine Beschränkung auf Klimaflüchtlinge die Migration in Folge anderer, eindeutig nicht klimatisch bedingter Naturereignisse wie Erdbeben oder Vulkanausbrüche außer Acht lassen. Wie aber will man politisch rechtfertigen, die Schutzrechte des Opfers einer Überschwemmung zu verbessern, nicht jedoch die eines Erdbebenopfers?

Nun ist auch die Nansen-Initiative zunächst recht eng gefasst und lässt einige Fragen unbeantwortet. So ist die genaue Definition derjenigen, deren Schutzrechte verbessert werden sollen, weitaus schwieriger als es auf den ersten Blick scheint. Denn Migration ist selten allein auf Umweltgründe zurückzuführen. Soziale, wirtschaftliche oder politische Faktoren spielen bei Migrationsentscheidungen fast immer eine wichtige Rolle. Ist ein afrikanischer Kleinbauer, der wegen seines erodierten Bodens und daraus folgenden Ernterückgängen migriert, gleich ein Umweltmigrant? Oder ist er wegen fehlender alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten ein Wirtschaftsmigrant? Es ist kaum möglich, solche Fragen eindeutig zu beantworten.

Ebenso wenig kann man eine klare Trennlinie zwischen freiwilliger und erzwungener Migration ziehen. Klar ist allenfalls, dass Migration als Reaktion auf Umweltwandel in den wenigsten Fällen als Flucht im Sinne einer Rettung von Leib und Leben oder Hab und Gut beschrieben werden kann. Nach jetzigem Kenntnisstand handelt es sich vielmehr um die freiwillige Migration einzelner Mitglieder vorwiegend kleinbäuerlicher Haushalte, die - meist zeitlich begrenzt - an einen anderen Ort gehen, um dort zu leben und zu arbeiten.

Wenn sie es trotz widriger Umstände schaffen, Geld zu verdienen, unterstützen sie in der Regel ihre zurückgebliebenen Familien bei der Bewältigung der negativen Folgen von Umweltveränderungen; zum Beispiel wenn Dürren zu Ernteaussfällen und somit zu Lebensmittelknappheit führen. Es geht also im Zusammenhang mit Umweltereignissen nicht zwangsläufig um dauerhafte Vertreibung oder gar um Flucht: Migration kann auch eine wichtige Anpassungsstrategie sein.

Auch die Fokussierung der Nansen-Initiative auf grenzüberschreitende Migration ist schwierig. Umweltbedingte Migration findet zum größten Teil als sogenannte Binnenmigration innerhalb der Grenzen eines Landes statt. Internationale Migration, etwa zwischen Sub-Sahara Afrika und Europa, hat bislang sehr wenig mit Umweltereignissen zu tun.

Aber auch im Fall von landesinterner Vertreibung gibt es noch erheblichen Bedarf die Schutzrechte Betroffener zu verbessern und zwar unabhängig davon, ob Umweltereignisse ausschlaggebend sind oder nicht. Innerhalb der UN sind für intern Vertriebene bislang nur Leitlinien aufgestellt worden, keine international verbindlichen Rechtsstandards. Völlig offen ist zudem, wie die Nansen-Initiative selbst in das UN-System oder andere völkerrechtlich bindende Rahmenwerke eingebunden werden könnte.

Das vorherrschende nationalstaatliche Paradigma, wonach Migration vor allem zu begrenzen und einzudämmen ist, scheint angesichts der realen Herausforderungen nicht mehr zeitgemäß. Auch wenn ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen globalem Klimawandel und individueller Migrationsentscheidung nicht eindeutig nachzuweisen ist, bleibt doch Migration eine legitime Anpassungsstrategie, deren Bedeutung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten kaum abnehmen wird. Das Gegenteil ist viel wahrscheinlicher.

Load-Date: April 10, 2013

Auf der Flucht; Beim Planspiel "Youth on the Run" schlüpfen Jugendliche für 24 Stunden in die Rolle afrikanischer Flüchtlinge. Ist das mutig oder makaber?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

31. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: CHANCEN; Auf der Flucht; S. 74; Ausg. 45

Length: 1477 words

Byline: Alexandra Rojkov

Body

"Ich glaube euch kein Wort!" Der jemenitische Grenzbeamte stößt zischend Luft aus, kneift die Augen zusammen. "Es ist die Wahrheit", sagt der **Flüchtling**. Sie wollten über die Grenze, um auf der anderen Seite zu arbeiten. "Ich glaube euch nicht!", schnauzt ihn der Beamte an. "Ich lasse euch so lange leiden, bis ihr mir eure Geschichte erzählt." Und schon müssen die **Flüchtlinge** zur Strafe durch den Wald rennen. Ihnen auf den Fersen der fluchende Grenzsoldat.

Durch den Wald? Der Jemen besteht zu großen Teilen aus Steppe. Wo soll es da einen Fichtenwald geben?

Das Dickicht, durch das die **Flüchtlinge** jagen, liegt nicht im Jemen. Die **Flüchtlinge** selbst sind ebenfalls keine echten Vertriebenen. Sondern Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 30 Jahren. Und was die Arabische Halbinsel darstellen soll, ist in Wahrheit ein Forst in Sachsen-Anhalt.

Die vier Jungen und Mädchen, die sich hier drillen lassen, sind Teil eines Experiments. Im Rollenspiel "Youth on the Run" simulieren sie die Flucht afrikanischer Migranten.

Die westeuropäische Jugend einmal im Leben fliehen zu lassen ist eine Erfindung des dänischen Pädagogen Steen Cnops Rasmussen. Rasmussen stellte in den neunziger Jahren fest, dass dänische Jugendliche sich zunehmend rassistisch äußerten. Vielen mangelte es an Mitgefühl für Migranten, an Verständnis für deren Lebenssituation. Um das zu ändern, erfand Rasmussen eine radikale Methode: Er ließ junge Menschen all das erleben, was einem Asylbewerber auf der Flucht widerfährt.

Für 24 Stunden sind die Teilnehmer von Youth on the Run nicht mehr Mitglied der Wohlstandsgesellschaft. Sondern Afrikaner, die vor Krieg und Armut in ihren Heimatländern fliehen.

Das Planspiel hat eine traurige Daueraktualität. Allein auf Lampedusa sind seit 1999 mehr als 200 000 Flüchtlinge gestrandet, in der Hoffnung auf ein Leben im sicheren Europa. Tausende kamen auf dem Weg dorthin um. Youth on the Run will den Weg dieser Menschen simulieren. Ist das mutig? Oder makaber?

Auf der Flucht Beim Planspiel "Youth on the Run" schlüpfen Jugendliche für 24 Stunden in die Rolle afrikanischer Flüchtlinge. Ist das mutig oder makaber?

Bevor es an diesem Samstagmorgen losgeht, ist jedenfalls noch Zeit für Scherze. "Die einzige Qual wird es, nicht zu rauchen", sagt ein Teenager und zieht an seiner Zigarette. "Dabei ist das doch ein Menschenrecht!" Seine Kumpels kichern. Die Teilnehmer wissen nicht, was der Tageslauf bringen wird. Das Thema des Seminars kennen sie, doch wie ihre Flucht aussehen wird, hat man ihnen nicht erzählt.

Damit die Flucht möglichst authentisch ist, bekommen die Teilnehmer für den Spielverlauf eine neue Identität. Die Jugendlichen werden in Kleingruppen aufgeteilt: Sie bilden eine somalische Familie, die gemeinsam flieht. Und so wird aus Thomas, Stefan, Helen und Nadia die Familie Yunis. Thomas ist nun das Familienoberhaupt. Mit Farbe wird ihm sein Alter auf die Wange gepinselt: Für die nächsten 24 Stunden ist er 44 Jahre alt. Vorgedruckte "Pässe" werden ausgeteilt, dazu somalisches Spielgeld. Das Familienoberhaupt steckt es ein.

"Stellt euch in einer Reihe auf! Gesicht zur Wand!" Freiwillige Helfer, kaum älter als die Teilnehmer selbst, haben die Rollen der Aufseher übernommen. Uniformiert stehen sie nun vor den "somalischen Flüchtlingen". "Aufmachen!" Thomas, Stefan, Helen und Nadia müssen ihre Rucksäcke öffnen. Die Wärter durchwühlen sie nach Persönlichem. Behalten dürfen sie nur eine Flasche Wasser - für vier Personen.

Die Familie Yunis möchte also nach Deutschland fliehen. So hat man es den Teilnehmern erklärt. Doch erst einmal müssen sie die nötigen Ausreisepapiere besorgen. An verschiedenen Stationen müssen die Jugendlichen dafür Fragen beantworten: Können Sie Ihre Familie im Ausland versorgen? Warum wollen Sie überhaupt fort? Immer wieder fehlt ein Formular. Die Gruppe wird von Büro zu Büro geschickt, fast zwei Stunden lang. "Vielleicht sollten wir ihnen einfach Geld geben?", fragt Helen entnervt.

Plötzlich nimmt der Papierkrieg ein Ende - und der echte Krieg bricht über die Teilnehmer herein. Über Lautsprecher sind Schüsse zu hören, Kunstnebel zieht durch die Räume. Eine Gruppe Rebellen hat das Lager überfallen. Nun beginnt die Flucht. Drei "Schlepper" lotsen die Familie Yunis: Im Gänsemarsch geht es raus aus dem Dorf. Das Oberhaupt voran, die anderen Familienmitglieder hinterher. Die Schlepper verbieten ihnen zu sprechen, schert jemand aus der Reihe aus, wird er zurechtgewiesen. Man bemüht sich, möglichst realistisch zu wirken: Die Gruppe duckt sich unter Gartenzäunen und schleicht an Hecken vorbei, als müsse sie sich tatsächlich vor jemandem verstecken. Die Teilnehmer sollen vergessen, dass sie sich in der sächsischen Provinz befinden. So wird der Wald zur feindlichen Linie, jeder Spaziergänger zum vermeintlichen Rebellen. Als ein Flugzeug am Himmel auftaucht, werfen sich alle in den Graben. "Die somalische Armee! Schnell!", ruft der "Schlepper". Erst als die Maschine nicht mehr zu hören ist, dürfen Thomas, Stefan, Helen und Nadia hervorkommen.

Die Passanten wundern sich nicht - die Dorfgemeinschaften wurden in das Planspiel eingeweiht. Als die Schlepper das "Flüchtlingslager" nicht finden, weist ihnen ein Anwohner sogar den Weg. "Jawoll. Da lang." Die Familie Yunis spielt das Spielchen mit, geht artig hintereinander. Ganz ernst nehmen sie es dennoch nicht: Nadia kann sich das Lachen manchmal kaum verkneifen. Denn trotz der Uniformen und Befehle wirken weder Soldaten noch Schlepper wirklich bedrohlich. Oft wirkt Youth on the Run tatsächlich wie ein Spiel. Aber nach acht Kilometern Fußmarsch ist zumindest die Erschöpfung real.

Das Flüchtlingslager heißt stilecht No Hope, zu Essen gibt es Reis mit rauchigem Beigeschmack. Darin: Gurke und Stückchen von Eierschale. Dann rollen sich die Teilnehmer auf ihren Decken zusammen. Kaum haben sie die Augen geschlossen, geht der nächste Alarm los.

"Wir wollen ihnen die Freiheit entziehen, um zu zeigen, was Freiheit bedeutet", erklärt Caspar Forner. Forner ist pädagogischer Mitarbeiter des Roten Kreuzes, das Youth on the Run in Deutschland anbietet. Außerdem ist er einer von zwei sogenannten Spielleitern, die die Simulation überwachen. "Natürlich hat Youth on the Run keinen Realitätsanspruch", sagt Forner. "Die Spieler haben ein Netz und einen doppelten Boden - echte Flüchtlinge haben das nicht." Aber das Gefühl, ausgeliefert zu sein - diese Erfahrung teilten die Jugendlichen in diesem Spiel mit den Flüchtlingen.

Dennoch: Ist so ein Schreck nachhaltig? Und selbst wenn - verharmlost diese Schocktherapie nicht das Schicksal echter Flüchtlinge?

Auf der Flucht Beim Planspiel "Youth on the Run" schlüpfen Jugendliche für 24 Stunden in die Rolle afrikanischer Flüchtlinge. Ist das mutig oder makaber?

Thomas, Kopf der "Familie Yunis", findet, die Stationen des Spiels seien durchaus realistisch: Behördenwillkür, Demütigung, später aufkeimende Hoffnung auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Und bei aller Relativierung: Näher als bei Youth on the Run werden deutsche Jugendliche diesen Gefühlen vermutlich niemals kommen.

Gerade als die UNHCR-Mitarbeiterin verkünden wollte, welche Familie Asyl in Deutschland bekommt, wird das jemenitische Flüchtlingscamp überfallen. Die zweite Flucht beginnt. Immer wieder kreuzen sie Grenzen und Checkpoints. Immer wieder müssen sie Fragen beantworten, auf Kommando hüpfen oder zur Belustigung des Offiziers singen. Irgendwann erreichen sie Deutschland. "Hoffentlich dürfen wir jetzt schlafen", sagt Stefan leise. Die "Polizei" nimmt die Flüchtlinge wegen illegaler Einwanderung fest. Gegen halb fünf Uhr morgens, als die vorerst letzte Befragung beendet ist, schlafen die Jugendlichen ein. Im Aufenthaltsraum des DRK Kreisverbandes liegen sie kreuz und quer verteilt. Nadia hat sich ihr Gesicht in die Decke vergraben und hustet leise. Stefan liegt auf dem nackten Boden. Helen trägt ihre Mütze noch auf dem Kopf, und Thomas weiß nicht, wohin mit seinen langen Beinen.

Welchen Nachhall wird diese Erfahrung haben? Und kann sie tatsächlich Rassismus entgegenwirken?

Youth on Run suggeriert, dass Zuflucht verdient, wer auf seiner Flucht durch die Hölle gegangen ist. Ein osteuropäischer Tagelöhner beispielsweise hat aber keine derartige Irrfahrt hinter sich, musste keinen Asylantrag stellen. Verdient er deswegen weniger Recht auf Verständnis und Hilfe? Um solche Unterscheidungen aber geht es an diesem Tag nicht. Auch wie man Migranten im echten Leben begegnet, wird nicht thematisiert.

Stattdessen offenbaren sich Halbwahrheiten und Naivität. Ein Teilnehmer glaubt, Deutschland habe "im letzten Jahr höchstens 300 Flüchtlinge aufgenommen". Ein anderer sagt, er finde, Flüchtlinge sollten schon Asyl bekommen. "Aber natürlich nur die, die sich integrieren." Doch Integration kommt nicht mit dem Stempel im Pass. Integration erfordert Toleranz, Solidarität und ein wirkliches Miteinander. Alles Dinge, die sich nicht simulieren lassen.

"Es ist schon gut, Mitgefühl zu entwickeln", sagt Helen, als das Planspiel nach 24 Stunden abrupt beendet ist. "Aber wenn ich das nächste Mal Freizeit habe, helfe ich lieber in einem richtigen Asylbewerberheim. Das hat mehr Effekt."

VON ALEXANDRA ROJKOV

Graphic

Die Schikane an der Grenze ist nur gespielt, wirklich bedrohlich wirken die Polizisten nicht

Aufbruch am frühen Morgen in Sachsen-Anhalt, "Schlepper" lotsen die Jugendlichen

Schlafen kann hier eigentlich keiner. Die Jugendlichen übernachten im Lager "No Hope"

Load-Date: October 31, 2013

Ein Herz für Ismail Afzali; Die Passauer Ärztin Anne Hahn kämpft für das Bleiberecht eines afghanischen Flüchtlings - mit allen Mitteln

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

3. Mai 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 16; Ausg. 19

Length: 1013 words

Byline: Georg Etscheit

Body

Ismail Afzali atmet schwer. Manchmal schluckt er, als ob er einen viel zu dicken Brocken herunterwürgen müsste. Werden ihm gleich die Tränen kommen? Aber nichts, kein Ausbruch, keine Erleichterung. "Afghanische Männer zeigen selten Gefühle", sagt Anne Hahn. Sie sitzt neben ihm auf einer Parkbank auf dem Gelände des Bezirksklinikums Mainkofen. Sie berührt ihn am Arm, nimmt seine Hand. Ismail Afzali ist erst 21 Jahre alt. Was er erlebt und erlitten hat, könnte für drei Leben reichen.

"Er ist wie ein Sohn für mich", sagt Frau Hahn. Die 65-Jährige ist Ärztin im Ruhestand, lebt in Passau und kümmert sich um Afzali, half ihm sogar, unterzutauchen, als die Behörden seine Abschiebung angeordnet hatten.

Im Jahr 2009 war Ismail - damals wohl 17 oder 18, er weiß es nicht genau - nach Deutschland geflohen. Die Taliban hätten ihn bedroht. Im März 2012 sollte er aus der Abschiebehaft in München-Stadelheim ins Flugzeug nach Kabul gesetzt werden. Wenige Stunden vor dem Termin brach er zusammen. In der Psychiatrischen Klinik München-Haar diagnostizierten die Ärzte eine Posttraumatische Belastungsstörung. Später verlegte man ihn auf Betreiben Hahns nach Mainkofen, das näher an Passau liegt. Der Fall bewegt inzwischen ganz Bayern.

München war für den jungen Afghanen eine Stadt der Hoffnung gewesen. Als er mit einem Onkel aus seinem Heimatdorf in der zentralafghanischen Provinz Ghazni geflohen war, riet ihm der Onkel, nach München zu gehen, dort sei es schön und sicher. Von den deutschen Gesetzen sagte der Onkel nichts. Sie sollen verhindern, dass Menschen wie Ismail hier Fuß fassen.

Die Beamten vom Bundesamt für Migration glaubten Afzali nicht, dass die Taliban ihn vor die Wahl stellten, ein Terrorist zu werden oder zu sterben. So kam er in die Abschiebehaft. "Was habe ich denn falsch gemacht, ich bin doch kein Verbrecher?", fragt er.

Anne Hahn, die sich seit Jahren in der Flüchtlingshilfe und im Umweltschutz engagiert, kann die Härte der bayerischen Behörden in diesem Fall nicht verstehen. Der junge Afghane sei ein "Musterbeispiel für Integration". Mit enormem Fleiß habe der Analphabet Deutsch gelernt. Er habe sich selber eine Arbeit gesucht und sogar ehrenamtlich im Altenheim gearbeitet. Afzali will Altenpfleger werden, eine Tätigkeit, um die sich Deutsche nicht reißen.

Ein Herz für Ismail Afzali Die Passauer Ärztin Anne Hahn kämpft für das Bleiberecht eines afghanischen Flüchtlings - mit allen Mitteln

Stockend berichtet Ismail Afzali über seine von einem Schleuser organisierte, teilweise lebensgefährliche Odyssee, die ihn schließlich nach Passau in Niederbayern verschlug. Ausgerechnet ins konservative Passau.

"Überdurchschnittlich hart und herablassend" würden Flüchtlinge hier behandelt, sagt Peter Kühne, ein emeritierter Soziologieprofessor aus Dortmund, der seinen Ruhestand in Passau verlebt und alle zwei Wochen im Asylcafé der Diakonie aushilft. Obwohl in Passau ein SPD-Oberbürgermeister regiere, würden Ermessensspielräume im Asylgesetz nicht ausgeschöpft. Man wolle halt möglichst schnell abschieben.

Es wird besser am Hindukusch? Die Zahl der Asylsuchenden wächst!

Offiziell heißt es, die Lage am Hindukusch habe sich gebessert. Die deutschen Soldaten könnten bald nach Hause kommen. Dem widerspricht die Statistik des Bundesamtes für Migration. Seit die radikalislamischen Taliban wieder an Macht gewinnen, steigt die Zahl der Afghanen, die in Deutschland um Asyl nachsuchen, dramatisch an. Im Jahr 2011 lag Afghanistan mit 7767 Asylsuchenden an der Spitze der Herkunftsländer. Anerkannt werden nur wenige, 11 Prozent; bei 23 Prozent wurden vorläufige Abschiebungsverbote ausgesprochen. Junge alleinstehende Männer haben so gut wie keine Chance. Kabul sehen die deutschen Behörden als sicher an, obwohl die meisten Flüchtlinge gar nicht aus der überfüllten Stadt kommen.

Anne Hahn hat sich deshalb zum zivilen Ungehorsam entschlossen. Sie ist überhaupt eine radikale Frau. Freiwillig verzichtet sie auf Annehmlichkeiten der Überfluggesellschaft, trägt Kleider vom Roten Kreuz und besitzt weder Fernseher noch Kühlschrank, um das Klima zu schonen. "Ich habe ja einen Nordbalkon." Einen Teil ihrer Lebensmittel angelt sie sich aus Abfallcontainern. Die Flüchtlinge im Asylcafé verehren sie. "Ich vermisse dich", sagt Silvanus Thompson aus Sierra Leone zur Begrüßung. Auf dem Human Development Index, dem Wohlstandsindikator der Vereinten Nationen, steht sein Land auf Platz 180 (von 187). Deutschland belegt Platz 9.

Peter Kühne sagt, die meisten Asylbewerber stammten aus echten Kriegs- oder Krisengebieten. Mitnichten seien sie Wirtschaftsflüchtlinge, wie oft behauptet werde: "Die ganz Armen schaffen es gar nicht bis zu uns. Die müssen sich unter unsäglichen Bedingungen durchschlagen. Viele stranden in den Elends-Flüchtlingslagern Afrikas und Asiens."

Anne Hahn setzte alle Hebel in Bewegung, um Ismail Afzali zu helfen. Als er im März 2011 zum ersten Mal in Abschiebehaft kam, trat sie in den Hungerstreik, sammelte Unterschriften und rief den Petitionsausschuss des Bayerischen Landtages an. Die öffentliche Reaktion bewegte die Härtefallkommission des Landes Bayern dazu, sich mit der Sache zu befassen. Man befand allerdings, dass dies kein Härtefall sei.

Als nichts mehr ging, tauchte Afzali ab, schlug sich in Mailand und Paris durch, bis er nicht mehr weiterwusste und zurück nach Deutschland kam. Hahn versteckte ihn zunächst bei Freunden, dann beschaffte sie ihm ein Quartier in Berlin. "In einer Großstadt ist die Gefahr, erkannt zu werden, nicht so groß."

Auf dem Münchner Hauptbahnhof wurde Afzali, dessen Gesicht mittlerweile in vielen Zeitungen zu sehen war, von Polizisten aufgegriffen und zum zweiten Mal in Abschiebehaft genommen. Möglicherweise hatte ihn jemand verpöffen.

Es sei paradox, sagt Frau Hahn: Ismails Zusammenbruch habe seine Chancen auf eine Duldung erhöht, weil Kranke nicht abgeschoben werden dürften.

Sie fordert einen anderen Umgang mit Flüchtlingen. "Wir sollten sie mit offenen Armen aufnehmen und ihnen eine Chance geben, sich zu integrieren. Wir könnten von ihnen profitieren", sagt sie. "Bei uns klagt man über sinkende Geburtenzahlen. Diese Leute lieben Kinder. Sie könnten dafür sorgen, dass unsere Renten sicherer werden."

Graphic

Ein Herz für Ismail Afzali Die Passauer Ärztin Anne Hahn kämpft für das Bleiberecht eines afghanischen
Flüchtlings - mit allen Mitteln

Der Flüchtling und die Ärztin auf dem Gelände des Bezirksklinikums Mainkofen

Load-Date: May 3, 2012

End of Document

Auf der Flucht; Beim Planspiel »Youth on the Run« schlüpfen Jugendliche für 24 Stunden in die Rolle afrikanischer Flüchtlinge. Ist das mutig oder makaber?

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

31. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN SCHULE; Auf der Flucht; S. 74; Ausg. 45

Length: 1554 words

Byline: Alexandra Rojkov

Body

Ich glaube euch kein Wort!« Der jemenitische Grenzbeamte stößt zischend Luft aus, kneift die Augen zusammen. »Es ist die Wahrheit«, sagt der **Flüchtling**. Sie wollten über die Grenze, um auf der anderen Seite zu arbeiten. »Ich glaube euch nicht!«, schnauzt ihn der Beamte an. »Ich lasse euch so lange leiden, bis ihr mir eure Geschichte erzählt.« Und schon müssen die **Flüchtlinge** zur Strafe durch den Wald rennen. Ihnen auf den Fersen der fluchende Grenzsoldat.

Durch den Wald? Der Jemen besteht zu großen Teilen aus Steppe. Wo soll es da einen Fichtenwald geben?

Das Dickicht, durch das die **Flüchtlinge** jagen, liegt nicht im Jemen. Die **Flüchtlinge** selbst sind ebenfalls keine echten Vertriebenen. Sondern Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 30 Jahren. Und was die Arabische Halbinsel darstellen soll, ist in Wahrheit ein Forst in Sachsen-Anhalt.

Die vier Jungen und Mädchen, die sich hier drillen lassen, sind Teil eines Experiments. Im Rollenspiel »Youth on the Run« simulieren sie die Flucht afrikanischer Migranten.

Die westeuropäische Jugend einmal im Leben fliehen zu lassen ist eine Erfindung des dänischen Pädagogen Steen Cnops Rasmussen. Rasmussen stellte in den neunziger Jahren fest, dass dänische Jugendliche sich zunehmend rassistisch äußerten. Vielen mangelte es an Mitgefühl für Migranten, an Verständnis für deren Lebenssituation. Um das zu ändern, erfand Rasmussen eine radikale Methode: Er ließ junge Menschen all das erleben, was einem Asylbewerber auf der Flucht widerfährt.

Für 24 Stunden sind die Teilnehmer von Youth on the Run nicht mehr Mitglied der Wohlstandsgesellschaft. Sondern Afrikaner, die vor Krieg und Armut in ihren Heimatländern fliehen.

Das Planspiel hat eine traurige Daueraktualität. Allein auf Lampedusa sind seit 1999 mehr als 200 000 Flüchtlinge gestrandet, in der Hoffnung auf ein Leben im sicheren Europa. Tausende kamen auf dem Weg dorthin um. Youth on the Run will den Weg dieser Menschen simulieren. Ist das mutig? Oder makaber?

Auf der Flucht Beim Planspiel »Youth on the Run« schlüpfen Jugendliche für 24 Stunden in die Rolle afrikanischer Flüchtlinge. Ist das mutig oder makaber?

Bevor es an diesem Samstagmorgen losgeht, ist jedenfalls noch Zeit für Scherze. »Die einzige Qual wird es, nicht zu rauchen«, sagt ein Teenager und zieht an seiner Zigarette. »Dabei ist das doch ein Menschenrecht!« Seine Kumpels kichern. Die Teilnehmer wissen nicht, was der Tageslauf bringen wird. Das Thema des Seminars kennen sie, doch wie ihre Flucht aussehen wird, hat man ihnen nicht erzählt.

Damit die Flucht möglichst authentisch ist, bekommen die Teilnehmer für den Spielverlauf eine neue Identität. Die Jugendlichen werden in Kleingruppen aufgeteilt: Sie bilden eine somalische Familie, die gemeinsam flieht. Und so wird aus Thomas, Stefan, Helen und Nadia die Familie Yunis. Thomas ist nun das Familienoberhaupt. Mit Farbe wird ihm sein Alter auf die Wange gepinselt: Für die nächsten 24 Stunden ist er 44 Jahre alt. Vorgedruckte »Pässe« werden ausgeteilt, dazu somalisches Spielgeld. Das Familienoberhaupt steckt es ein.

»Stellt euch in einer Reihe auf! Gesicht zur Wand!« Freiwillige Helfer, kaum älter als die Teilnehmer selbst, haben die Rollen der Aufseher übernommen. Uniformiert stehen sie nun vor den »somalischen Flüchtlingen«. »Aufmachen!« Thomas, Stefan, Helen und Nadia müssen ihre Rucksäcke öffnen. Die Wärter durchwühlen sie nach Persönlichem. Behalten dürfen sie nur eine Flasche Wasser - für vier Personen.

Die Familie Yunis möchte also nach Deutschland fliehen. So hat man es den Teilnehmern erklärt. Doch erst einmal müssen sie die nötigen Ausreisepapiere besorgen. An verschiedenen Stationen müssen die Jugendlichen dafür Fragen beantworten: Können Sie Ihre Familie im Ausland versorgen? Warum wollen Sie überhaupt fort? Immer wieder fehlt ein Formular. Die Gruppe wird von Büro zu Büro geschickt, fast zwei Stunden lang. »Vielleicht sollten wir ihnen einfach Geld geben?«, fragt Helen entnervt.

Plötzlich nimmt der Papierkrieg ein Ende - und der echte Krieg bricht über die Teilnehmer herein. Über Lautsprecher sind Schüsse zu hören, Kunstnebel zieht durch die Räume. Eine Gruppe Rebellen hat das Lager überfallen. Nun beginnt die Flucht. Drei »Schlepper« lotsen die Familie Yunis: Im Gänsemarsch geht es raus aus dem Dorf. Das Oberhaupt voran, die anderen Familienmitglieder hinterher. Die Schlepper verbieten ihnen zu sprechen, schert jemand aus der Reihe aus, wird er zurechtgewiesen. Man bemüht sich, möglichst realistisch zu wirken: Die Gruppe duckt sich unter Gartenzäunen und schleicht an Hecken vorbei, als müsse sie sich tatsächlich vor jemandem verstecken. Die Teilnehmer sollen vergessen, dass sie sich in der sächsischen Provinz befinden. So wird der Wald zur feindlichen Linie, jeder Spaziergänger zum vermeintlichen Rebellen. Als ein Flugzeug am Himmel auftaucht, werfen sich alle in den Graben. »Die somalische Armee! Schnell!«, ruft der »Schlepper«. Erst als die Maschine nicht mehr zu hören ist, dürfen Thomas, Stefan, Helen und Nadia hervorkommen.

Die Passanten wundern sich nicht - die Dorfgemeinschaften wurden in das Planspiel eingeweiht. Als die Schlepper das »Flüchtlingslager« nicht finden, weist ihnen ein Anwohner sogar den Weg. »Jawoll. Da lang.« Die Familie Yunis spielt das Spielchen mit, geht artig hintereinander. Ganz ernst nehmen sie es dennoch nicht: Nadia kann sich das Lachen manchmal kaum verkneifen. Denn trotz der Uniformen und Befehle wirken weder Soldaten noch Schlepper wirklich bedrohlich. Oft wirkt Youth on the Run tatsächlich wie ein Spiel. Aber nach acht Kilometern Fußmarsch ist zumindest die Erschöpfung real.

Das Flüchtlingslager heißt stilecht No Hope, zu Essen gibt es Reis mit rauchigem Beigeschmack. Darin: Gurke und Stückchen von Eierschale. Dann rollen sich die Teilnehmer auf ihren Decken zusammen. Kaum haben sie die Augen geschlossen, geht der nächste Alarm los.

»Wir wollen ihnen die Freiheit entziehen, um zu zeigen, was Freiheit bedeutet«, erklärt Caspar Forner. Forner ist pädagogischer Mitarbeiter des Roten Kreuzes, das Youth on the Run in Deutschland anbietet. Außerdem ist er einer von zwei sogenannten Spielleitern, die die Simulation überwachen. »Natürlich hat Youth on the Run keinen Realitätsanspruch«, sagt Forner. »Die Spieler haben ein Netz und einen doppelten Boden - echte Flüchtlinge haben das nicht.« Aber das Gefühl, ausgeliefert zu sein - diese Erfahrung teilten die Jugendlichen in diesem Spiel mit den Flüchtlingen.

Dennoch: Ist so ein Schreck nachhaltig? Und selbst wenn - verharmlost diese Schocktherapie nicht das Schicksal echter Flüchtlinge?

Auf der Flucht Beim Planspiel »Youth on the Run« schlüpfen Jugendliche für 24 Stunden in die Rolle afrikanischer Flüchtlinge. Ist das mutig oder makaber?

Thomas, Kopf der »Familie Yunis«, findet, die Stationen des Spiels seien durchaus realistisch: Behördenwillkür, Demütigung, später aufkeimende Hoffnung auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Und bei aller Relativierung: Näher als bei Youth on the Run werden deutsche Jugendliche diesen Gefühlen vermutlich niemals kommen.

Gerade als die UNHCR-Mitarbeiterin verkünden wollte, welche Familie Asyl in Deutschland bekommt, wird das jemenitische Flüchtlingscamp überfallen. Die zweite Flucht beginnt. Immer wieder kreuzen sie Grenzen und Checkpoints. Immer wieder müssen sie Fragen beantworten, auf Kommando hüpfen oder zur Belustigung des Offiziers singen. Irgendwann erreichen sie Deutschland. »Hoffentlich dürfen wir jetzt schlafen«, sagt Stefan leise. Die »Polizei« nimmt die Flüchtlinge wegen illegaler Einwanderung fest. Gegen halb fünf Uhr morgens, als die vorerst letzte Befragung beendet ist, schlafen die Jugendlichen ein. Im Aufenthaltsraum des DRK Kreisverbandes liegen sie kreuz und quer verteilt. Nadia hat sich ihr Gesicht in die Decke vergraben und hustet leise. Stefan liegt auf dem nackten Boden. Helen trägt ihre Mütze noch auf dem Kopf, und Thomas weiß nicht, wohin mit seinen langen Beinen.

Welchen Nachhall wird diese Erfahrung haben? Und kann sie tatsächlich Rassismus entgegenwirken?

Youth on Run suggeriert, dass Zuflucht verdient, wer auf seiner Flucht durch die Hölle gegangen ist. Ein osteuropäischer Tagelöhner beispielsweise hat aber keine derartige Irrfahrt hinter sich, musste keinen Asylantrag stellen. Verdient er deswegen weniger Recht auf Verständnis und Hilfe? Um solche Unterscheidungen aber geht es an diesem Tag nicht. Auch wie man Migranten im echten Leben begegnet, wird nicht thematisiert.

Stattdessen offenbaren sich Halbwahrheiten und Naivität. Ein Teilnehmer glaubt, Deutschland habe »im letzten Jahr höchstens 300 Flüchtlinge aufgenommen«. Ein anderer sagt, er finde, Flüchtlinge sollten schon Asyl bekommen. »Aber natürlich nur die, die sich integrieren.« Doch Integration kommt nicht mit dem Stempel im Pass. Integration erfordert Toleranz, Solidarität und ein wirkliches Miteinander. Alles Dinge, die sich nicht simulieren lassen.

»Es ist schon gut, Mitgefühl zu entwickeln«, sagt Helen, als das Planspiel nach 24 Stunden abrupt beendet ist. »Aber wenn ich das nächste Mal Freizeit habe, helfe ich lieber in einem richtigen Asylbewerberheim. Das hat mehr Effekt.«

VON ALEXANDRA ROJKOV

Die Schikane an der Grenze ist nur gespielt, wirklich bedrohlich wirken die Polizisten nicht
Aufbruch am frühen Morgen in Sachsen-Anhalt, »Schlepper« lotsen die Jugendlichen
Schlafen kann hier eigentlich keiner. Die Jugendlichen übernachten im Lager »No Hope«

Load-Date: March 25, 2022

Die anderen Flüchtlinge; Deutschland nimmt 5.000 syrische Flüchtlinge auf. Doch täglich kommen auch Syrer ins Land, auf die keiner gewartet hat. Sie haben es ungleich schwerer.

ZEIT-online

Freitag 25. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Aufnahmelager Friedland; Ausg. 43

Length: 1542 words

Byline: Simone Gaul

Body

Syrische **Flüchtlinge** in Friedland

© Swen Pförtner/dpa

So einen Rummel hat es in Friedland lange nicht gegeben. Seitdem die Bundesregierung ihr Programm zur Aufnahme von 5.000 syrischen **Flüchtlingen** aus dem Libanon begonnen hat, berichten die Medien aus dem kleinen niedersächsischen Ort bei Göttingen. Friedland hat 1.318 Einwohner. Und ein weltbekanntes Grenzdurchgangslager, das etwa 1.000 Menschen aufnehmen kann. Jede Gruppe der 5.000 sogenannten Kontingentflüchtlinge kommt erst einmal hierher.

Den ersten Flug hat Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) am 11. September persönlich am Flughafen in Hannover empfangen, mit großem Presseaufgebot. Inzwischen ist die zweite Gruppe angekommen. Erst am Vortag sei ein Fernsighteam von Al-Dschasira im Lager gewesen, sagt der stellvertretende Lagerleiter Lorenz Große. Dann klingelt sein Telefon, es klingelt ständig. Die Papierberge auf seinem Schreibtisch wachsen. Vor lauter Presseführungen sei viel Arbeit liegen geblieben, sagt er.

Auch Thomas Heek hat zurzeit viel zu tun. Er leitet die Caritasstelle des Lagers, in der sich **Flüchtlinge** und **Asylbewerber** beraten lassen können. Die Aufnahme von 5.000 Syrern sei begrüßenswert, ein erster Schritt, sagt Heek. Sie werden schon vor ihrer Einreise als **Flüchtlinge** nach der Genfer Konvention anerkannt, bekommen eine zweijährige Aufenthaltsgenehmigung mit Integrationskursen und eine sofortige Arbeitserlaubnis (siehe Infobox).

Doch was, fragt Heek, ist mit denen, die täglich unangemeldet ankommen? Allein im September haben 1.273 Syrer in Deutschland einen Asylantrag gestellt, dazu kommen noch mal mehr als 10.000 Menschen aus anderen Herkunftsländern. Anders als die Flüchtlinge der Sonderaktion kommen sie, teilweise auf illegalen Wegen, als Asylsuchende.

Die anderen Flüchtlinge Deutschland nimmt 5.000 syrische Flüchtlinge auf. Doch täglich kommen auch Syrer ins Land, auf die keiner gewartet hat. Sie haben es ung....

In Haus 43 sitzen drei junge Syrer in ihrem Zimmer an einem Tisch und schauen aus dem Fenster. Die Sonne steht schon etwas tiefer, es ist ein friedlicher Herbstnachmittag. Draußen spielen Kinder, aus dem Lager-Jugendclub Kakadu ist arabische Musik zu hören. Gegenüber, in Haus Nummer 42, ist gerade eine Gruppe der Kontingentflüchtlinge von einem Kurs zurückgekommen.

Fadi, Sami und Jwan möchten die drei genannt werden. Sie haben Angst vor dem, was nach Friedland kommt. Fadi und Sami sind illegal eingereist. Sie haben je etwa 10.000 Euro bezahlt, damit Schlepper sie nach Deutschland bringen. Jwan hatte ein Visum für Frankreich und ist von dort nach Deutschland gekommen. Auf die drei hat niemand am Flughafen gewartet.

Jetzt sitzen sie in ihrem kargen Zimmer, trinken Instantkaffee und fragen sich, warum sie nicht auch einen Integrationskurs belegen dürfen. Warum sie nicht auch nach 14 Tagen eine längerfristige Unterkunft bekommen. Warum sie nicht auch arbeiten dürfen, so wie ihre Landsleute aus dem Haus gegenüber. Sie alle sind vor dem gleichen Krieg geflohen. Doch die drei Männer in Haus Nummer 43 müssen zuerst den zähen deutschen Asylprozess durchlaufen.

In Damaskus war Jwan Englischlehrer

Asylbewerber haben ein neunmonatiges Arbeitsverbot in Deutschland, oft bleibt die Erlaubnis auch danach eingeschränkt. Jwan ist 28 Jahre alt, hatte in Damaskus als Englischlehrer gearbeitet und gehofft, in Europa irgendwann zu promovieren. Er ist gepflegt, gut angezogen und zieht sein iPhone aus der Tasche, um Fotos zu zeigen.

Als die syrische Armee ihn einziehen wollte, ist er gegangen. Zuerst nach Kuweit, dann nach Frankreich. Syrisches Militär, sagt Jwan, "das bedeutet entweder du tötest oder du wirst getötet". In einem Krieg, den keiner versteht. "Wir sollen auf unsere Landsleute schießen", sagt er.

Hinter ihnen im Bett bewegt sich ein Mann. Ein Neuankömmling, sagt Jwan, ebenfalls aus Syrien. Er sei vergangene Nacht angekommen, hatte sich stundenlang unter fahrenden LKWs versteckt, um über die Grenzen zu kommen.

Sami, der jüngste der drei, blickt wieder nach draußen. Er mag die Herbstbäume, den Moment, wenn sich ein Blatt vom Ast löst und zu Boden fällt. Er sagt: "Ich würde das alles so gern vergessen." Auch er ist eine Strecke mit dem LKW gereist. Hinten, zwischen den Hinterrädern gebe es eine Stelle, wo man sich verstecken kann. 15 Stunden musste er sich unter dem Ladecontainer festklammern. Sein Tonfall wird aggressiv, wenn er davon erzählt. Dann, abrupt, lächelt er wieder und ist ruhiger.

Sami steht auf und holt drei ausgedruckte Fotos aus dem schmalen Holzschrank, in dem er seine Sachen verstaut. Sie zeigen ihn in Soldatenmontur. Mit schusssicherer Weste posiert er vor der Kamera, den Finger am Abzug einer geladenen Waffe. Am Tag, als das Foto aufgenommen wurde, hatte der heute 24-Jährige eine neue Uniform bekommen. Die Bilder hat Sami behalten, auch wenn er seine Erinnerungen an die Zeit beim Militär am liebsten auslöschen möchte.

2010 kam er zum Militär und wurde nach Dar'a geschickt. In die Stadt, in der im März 2011 die Aufstände begannen. Das Militär hatte seinen Pass eingezogen. Als der Krieg ausbrach, ließen sie ihn nicht mehr gehen. Sami musste Blockaden auf den Straßen errichten, auf Menschen schießen. "Aber ich habe in die Luft geschossen", sagt er. Zum Beweis, dass er Gebrauch von seiner Waffe gemacht hatte, sammelte er die Patronenhülsen vom Boden auf. Wäre er erwischt worden, hätten sie ihn getötet.

Ein Oberst besorgte Sami einen falschen Pass. Gemeinsam sind sie geflohen. Erst zu Fuß ins nächste Dorf, dann mit dem Bus nach Istanbul. "Dort sucht man sich dann einen Schlepper", erzählt er. "Irgendwann findest du immer einen. Die erkennen dich. Die wissen, dass du raus willst." Er hatte bereits sein Haus, sein Bett und die Geschenke seiner Freundin verkauft. Der Transport nach Europa kostet per Luft- und Landweg um die 10.000 Euro. Mit dem Boot wäre es billiger gewesen, 2.000 bis 3.000 Euro, sagt Sami.

Die anderen Flüchtlinge Deutschland nimmt 5.000 syrische Flüchtlinge auf. Doch täglich kommen auch Syrer ins Land, auf die keiner gewartet hat. Sie haben es ung....

Das Geld, sagt Jwan, könnte man doch der deutschen Regierung geben, statt den Schleppern. "Damit könnten sie ihre Bürokratie bezahlen und das Asylverfahren beschleunigen." Weniger Menschen würden beim Versuch sterben, Europas Grenzen zu überwinden.

"Es muss ein tolles Gefühl sein, in einem Land zu leben, in dem man sich aussuchen kann, wie man lebt", sagt Jwan. Er wünscht sich, dass es eines Tages auch in Syrien so wird.

Das Asylverfahren dauere viel zu lang, sagt Thomas Heek. "Es ist verlorene Lebenszeit für diese Menschen." Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stelle zwar neues Personal ein, doch viele Mitarbeiter seien ausschließlich mit Dublin-Fällen beschäftigt (siehe Infobox).

Jwan kannte die Dublin-Verordnung nicht. Er hatte nie vor, in Frankreich zu bleiben, er wollte immer nach Deutschland, wegen seiner an Epilepsie leidenden Schwester. "In Deutschland habt ihr gute Ärzte für sie", sagt er. Aber ein Bekannter hatte ihm gesagt, Visa für Frankreich seien leichter zu bekommen. Jetzt muss er eventuell zurück nach Frankreich.

Seine Schwester bekam kein Visum mehr, Jwan fand einen Schlepper, der ihr den Weg nach Deutschland organisierte. Jetzt ist sie in der Nähe von Jena in einer Erstaufnahmestelle.

Jwan kann erst mal in Deutschland bleiben, bis zum 24. Dezember. Seine Schwester darf er in dieser Zeit nicht besuchen, für Asylsuchende besteht Residenzpflicht.

Einige Bundesländer haben die Residenzpflicht bereits gelockert - allerdings nur innerhalb ihres jeweiligen Landes. Grüne, SPD und Linke wollen sie auch auf Bundesebene abschaffen, die SPD-Fraktion hatte bereits 2011 einen entsprechenden Antrag gestellt. Union und FDP waren dagegen. Die Meinung, man dürfe es Asylbewerbern nicht zu gemächlich zu machen, ist noch immer da.

"Dabei sind die Bedingungen miserabel", sagt Heek. Viele Asylbewerber landen in kleinen Kommunen ohne Infrastruktur. "Wir fordern gesetzliche Mindeststandards für die Unterbringung." Zumindest ein Supermarkt und ein Kindergarten müssten in der Nähe der Wohnung sein.

Warten, schlafen, essen, warten

Die Unterbringung der 5.000 Flüchtlinge des Regierungskontingents ist etwas besser organisiert. Schon bei der Auswahl fragt das UNHCR nach möglichen Verwandten in Deutschland. Bis zum 31. März konnten sich Syrer im Libanon beim UNHCR registrieren, die Auswahl erfolgt nach verschiedenen Kriterien. Wer besonders hilfsbedürftig ist (Kranke, Verwundete oder Behinderte), kann einen Platz bekommen. Politisch Verfolgte oder Menschen, die bereits Familie in Deutschland haben, haben ebenfalls gute Chancen.

Bis jetzt sind beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge knapp 1.000 Vorschläge des UNHCR eingegangen. Bis ins Jahr 2014 soll alle paar Wochen eine Gruppe nach Hannover geflogen werden.

Jwan, Sami und Fadi warten. Warten, essen, schlafen, und wieder warten - so vergehe jeder Tag, sagt Sami. Er wünscht sich, dass er seine Frau und die einjährige Tochter nachholen darf, für beide wäre die Reise mit Schlepperbanden zu gefährlich, sagt er.

"Wir sind nicht neidisch auf die anderen", sagt Jwan. Er hat die kranken Kinder gesehen, die aus dem Bus vom Flughafen gekommen sind. "Wir gönnen diesen Menschen ihre Chance. Wir verstehen nur nicht, warum wir sie nicht auch bekommen."

Load-Date: October 25, 2013

Berlins Unterkunft zur Turbo-Abschiebung; Am Berliner Flughafen eröffnet eine Unterkunft für Asylbewerber, die schnell abgeschoben werden sollen. Selbst der Betreiber hat da "gemischte Gefühle".

ZEIT-online

Mittwoch 22. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: BER-KNAST; Ausg. 34

Length: 808 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Eine **Asylrechts**-Aktivistin im neuen Unterakunftsgebäude am Flughafen Berlin-Schönefeld.

©Patrick Pleul/dpa

Auf das feierliche Durchschneiden eines roten Bandes verzichtet Dietmar Woidke: Es soll bloß niemand denken, er würde sich über diese Einweihung freuen. Der brandenburgische SPD-Innenminister hat vielmehr "gemischte Gefühle", wie er sagt.

Hier, neben dem Rollfeld des Flughafens Schönefeld an der Stadtgrenze zu Berlin, weihl Woidke einen unscheinbaren, weißen Container-Flachbau ein, den er am liebsten sofort wieder dicht machen würde. Das Gebäude ist das jüngste und höchst umstrittene Symbol deutscher **Asylpolitik**. Dient es doch wie keine andere Einrichtung dazu, die Einreise-Aspiranten so schnell wie irgend möglich wieder loszuwerden, und zwar mithilfe des sogenannten "Flughafenasylverfahrens".

Genau dieses Verfahren will der brandenburgische Innenminister eigentlich abschaffen. Dazu hat er zusammen mit seinem Amtskollegen und Parteifreund aus Rheinland-Pfalz erst Anfang Juli eine Bundesratsinitiative gestartet. Doch weil der Bund die Asylgesetze macht, ist Woidke trotzdem dazu verpflichtet, in seinem Land eine entsprechende Unterkunft zu bauen.

Maximal 19 Tage bis zum Rauswurf

Das Flughafenasylverfahren ermöglicht eine Turbo-Abfertigung: In nur zwei Tagen urteilen die Behörden darüber, ob die Asylanträge der am Flughafen Aufgegriffenen direkt abgelehnt werden können, weil sie "offensichtlich unbegründet" sind. Dann bleiben den Bewerbern drei Tage Zeit für einen Einspruch vor Gericht, das wiederum innerhalb von zwei Wochen entscheiden muss. 19 Tage also maximal, in denen die Betroffenen nicht einmal deutschen Boden betreten dürfen, sondern im staatenlosen Transitgebiet am Flughafen bleiben müssen, in eben jener bewachten "Aufnahmeeinrichtung", umgeben von drei Meter hohem Zaun.

Berlins Unterkunft zur Turbo-Abschiebung Am Berliner Flughafen eröffnet eine Unterkunft für Asylbewerber, die schnell abgeschoben werden sollen. Selbst der Betr....

Woidke inspiziert jetzt das Innere, zehn Räume mit metallenen Etagenbetten für zwei bis vier Asylbewerber, dazu jeweils Schrank, Tisch, Stühle. Der Boden besteht aus blauem Linoleum, an der Wand hängt ein kleines Blumen-Stilleben. "Wir können immerhin die Bedingungen verbessern", sagt der Politiker zu den Zwängen, diese Einrichtung zu eröffnen, "auch wenn das nur ein schwacher Trost ist". Eine Gemeinschaftsküche gibt es also, und die Zimmer "Freizeit 1" bis "Freizeit 3", mit Fernseher, Brettspielen, noch verpacktem Kinderspielzeug.

Trotzdem sprechen die Gegner vom "Asylknast". "Internierung", sagt Bernd Mesovic. Der stellvertretende Geschäftsführer von Pro Asyl geht durch die funktionalen Räume und erklärt, warum er, wie auch der Minister, das Eilverfahren kippen will. "Hastig, unfair und mangelhaft" sei es - und zudem vollkommen überflüssig. Eingeführt wurde das Verfahren 1993, als noch pro Jahr über 400.000 Asylbewerber nach Deutschland kamen, 4.590 davon über die Flughäfen. Im vergangenen Jahr gab es lediglich elf Eilverfahrens-Fälle am Berliner Flughafen Schönefeld, 60 in ganz Deutschland, laut Bericht des zuständigen Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Längst sind die Außengrenzen der EU zum Hauptschauplatz der Asylpolitik geworden.

Trotzdem ist die neue Berliner Unterkunft für 300 Bewohner im Jahr ausgelegt. "Viel zu viel", findet Kritiker Mesovic und befürchtet, dass die Kapazitäten auch genutzt werden, wenn sie schon einmal da sind. Das Verfahren sei "missbrauchsanfällig".

Sehr zufrieden hingegen sieht Björn Lakenmacher aus, brandenburgischer CDU-Abgeordneter und innenpolitischer Sprecher. "Das sind doch sehr gute Bedingungen hier", sagt er zur neuen Aufnahmeeinrichtung. Er hält das Eilverfahren für "verantwortliche und vorausschauende Asylpolitik". "Wir müssen durchaus auch restriktive Signale in die Welt senden", sagt er.

Erst im vergangenen Monat allerdings hat das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil betont, das Asylrecht dürfe nicht zur Abschreckung dienen. "Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren", so der Richter.

Asylbewerber-Heim ohne Asylbewerber

Etwas Absurdes bekommt die Einweihung der Unterkunft am Mittwoch zudem dadurch, dass sie eigentlich für den neuen Großflughafen Berlin-Brandenburg gedacht ist. Dessen Eröffnung ist bekanntlich wegen zahlreicher Probleme in so weite Ferne gerückt, dass nun das Gebäude für die Asylbewerber in Betrieb ist, bevor diese überhaupt auf dem neuen Hauptstadtflughafen landen können.

Für den Fall übrigens, dass sich die Rechtslage ändern und das Eilverfahren abgeschafft werden sollte, hat das Land Brandenburg ein Sonderkündigungsrecht für das angemietete Gebäude. Es ist vorsorglich so gebaut worden, dass es sich leicht zu einem größeren Bürogebäude aufstocken lässt.

Doch im Moment sieht es nicht danach aus. Zwar haben auch die Grünen in diesem Jahr bereits über den Bundestag versucht, das Eilverfahren abzuschaffen, doch die CDU verhindert das sowohl dort als auch im Bundesrat über ihre Regierungsbeteiligungen.

Load-Date: August 23, 2012

Die unsichtbare Integrationsbeauftragte; Sie macht nicht viel falsch, aber sie fällt auch nicht groß auf. Viele Migranten wünschen sich mehr Leidenschaft von der Integrationsbeauftragten Maria Böhmer.

ZEIT-online

Donnerstag 12. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Serie Ministerbilanz; Ausg. 34

Length: 782 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU)

© Britta Pedersen/dpa

17 Minister an 17 Tagen: ZEIT ONLINE bewertet die Arbeit aller Regierungsmitglieder. Was haben sie geleistet? Woran sind sie gescheitert? Täglich erscheint ein weiteres Kurzporträt unserer Ministerbilanz.

Maria Böhmer sitzt direkt an der Quelle der Regierungspolitik - im Kanzleramt und das schon seit 2005. Vor ihrer Zeit gab es lediglich Ausländerbeauftragte. Marieluise Beck (Grüne) und Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP) kämpften lautstark für die Belange der Migranten und ihrer Kinder im Innenministerium - hatten aber nicht viel zu sagen. Mit Maria Böhmer hätte das eigentlich anders werden können. Sie nennt sich Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und bekam als erste den Rang einer Staatsministerin.

Maria Böhmer macht auf ihre pragmatische Art nicht viel falsch. Sie lässt sich nicht wie Innenminister Friedrich aufs Philosophieren ein. Die katholische Winzerstochter will nicht darüber reden, wie christlich unsere Kultur irgendwann einmal war. Sie sieht, wie viele muslimische Einwanderer hier leben, und stellt fest, dass sowohl Einwanderer wie Islam zu Deutschland gehören.

Auch ihre Ansprüche an gelungene Integration sind an der Praxis orientiert: Keiner soll seine Identität aufgeben müssen - Assimilation erwartet sie nicht. Aber alle sollen Deutsch lernen. Sie hat einmal versprochen, dass jedes Kind in Deutschland bis zur Einschulung Deutsch kann. So weit ist es noch lange nicht. Migrantenkinder mit wenig gebildeten Eltern haben noch immer schlechte Chancen in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt. Sprachförderung für die kleinen Kinder und verpflichtende Kurse für neue Einwanderer sind deshalb weiter eines von Böhmers Hauptthemen. Doch wie effizient all die Maßnahmen sind, darüber wissen wir noch nicht viel.

Die Pädagogikprofessorin will fördern und fordern

Die unsichtbare Integrationsbeauftragte Sie macht nicht viel falsch, aber sie fällt auch nicht groß auf. Viele Migranten wünschen sich mehr Leidenschaft von der....

Es passt gut, dass sie auf Lehramt studiert hat und Pädagogikprofessorin ist. Den Spruch vom Fördern und Fordern nimmt man ihr ab wie einer einfühlsamen aber strengen Lehrerin. Darüber hinaus will sie, die sich selbst mal eine konservative Feministin nannte, Zwangsheirat und Gewalt gegen Frauen bekämpfen.

Maria Böhmer plant Projekte und liefert Bekenntnisse, hat aber nur wenige konkrete Erfolge. Einer davon ist immerhin, dass ausländische Bildungsabschlüsse in Deutschland etwas leichter anerkannt werden.

Ruhig, bescheiden und warmherzig sind die Adjektive, mit denen sie charakterisiert wird. Sie lädt ein und hört zu. Schon den ersten Integrationsgipfel im Jahr 2006 hat sie organisiert. Er markierte einen großen Wandel in der Haltung der CDU zur Integrationspolitik. Weg vom "Deutschland ist doch kein Einwandererland", hin zum: Wir reden mit euch und wollen euch willkommen heißen.

Sie verkauft die Position der Bundesregierung

Aber das verbindet niemand mit Maria Böhmer. Zu ihrem Amtsantritt wurde Integration zur Chefsache erklärt. Die eigentliche Gastgeberin ist deshalb immer Angela Merkel. Exbundespräsident Christian Wulff und Innenminister Wolfgang Schäuble sagten die entscheidenden Sätze zum Islam in Deutschland. Maria Böhmer wiederholt sie nur. Sie bleibt immer im Hintergrund und bestätigt die offizielle Politik der Chefin.

Viele Migrantenvertreter sind enttäuscht. Weil Böhmer nur die Position der Bundesregierung gegenüber den Migranten verkauft, aber umgekehrt nicht leidenschaftlich für ihre Zielgruppe kämpft. Zumindest tut sie es nicht öffentlich. Böhmer hat nicht protestiert als Roland Koch 2008 im Hessenwahlkampf Stimmung gegen Migranten machte. Als 2011 die NSU-Morde öffentlich wurden, haben andere Rassismus und Diskriminierung zu ihrem Thema gemacht. Böhmer verurteilt zwar die ausländerfeindlichen Kundgebungen vor dem neuen Asylbewerberheim in Berlin-Hellersdorf als "menschenverachtend" und "unerträglich". Und sie nennt sie auch beim Namen: "rechtsradikale Hetze". Aber sie ist nicht zu sehen in Hellersdorf, bei den Menschen, die sich bedroht fühlen.

Inzwischen gibt es in den Bundesländern Integrationsminister und -ministerinnen, die vor Ort konkreter wirken können als Maria Böhmer mit ihren Bekenntnissen. Viele integrationspolitische Maßnahmen, beispielsweise in der Bildung, sind Ländersache. Die Landesminister gehen in ihren Forderungen weit über Schlagworte wie "fördern und fordern" hinaus. Eine Mehrheit will Einwanderern die doppelte Staatsangehörigkeit ermöglichen, die Böhmer noch immer ablehnt.

Trotzdem: Wenn Angela Merkel im Amt bleibt, könnte auch Maria Böhmer ihre lange Amtszeit fortsetzen. Das würde nicht weiter auffallen, sie würde sicher nicht allzu viel falsch machen. Aber es würde sich eben auch nicht viel verändern.

Load-Date: September 12, 2013

Warum Europa seine Grenzen kontrollieren muss; Das Unglück von Lampedusa ist schrecklich, aber trotzdem kann Europa seine Grenzen nicht einfach öffnen. Wir müssen vielmehr den Herkunftsländern helfen.

ZEIT-online

Freitag 11. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Entwicklungspolitik; Ausg. 42

Length: 938 words

Byline: Michael Klein

Body

Beim Schiffsunglück von Lampedusa starben mehr als 300 Menschen

© dpa

Die Tragödie von Lampedusa hat uns das Schicksal von **Flüchtlingen** wieder ins Bewusstsein gerufen. "Zuflucht Suchende sind Menschen...Sie bedürfen des Schutzes", sagt Bundespräsident Joachim Gauck.

Aber was soll Europa nun tun? Einige Vorschläge, die in den vergangenen Tagen gemacht wurden, zielen allein auf eine bessere Behandlung von **Flüchtlingen** hin, wenn sie bereits europäischen Boden betreten haben: eine humane Unterbringung in Auffanglagern, eine gerechte und zügige Bearbeitung von **Asylanträgen** sowie eine ausgewogene Lastenverteilung unter den EU-Staaten.

Gleichzeitig will niemand das Prinzip scharfer Grenzkontrollen an den EU-Außengrenzen antasten. Allenfalls das "Wie" steht zur Debatte. Die EU-Kommissarin für Innere Angelegenheiten, Cecilia Malmström, setzt sich dafür ein, dass **Flüchtlingsschiffe** effizienter abgefangen werden, bevor sie EU-Boden erreichen. Manche, wie beispielsweise der italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano, fordern, dass es anderen Schiffen erlaubt werden soll, **Flüchtlinge** im Unglücksfall zu retten. Italienischen Kapitänen ist dies bislang verboten.

Aber werden mit diesen Vorschlägen die Probleme gelöst? Nein. Die Notlagen, die die Menschen dazu zwingen, die riskante Einreise in die EU zu versuchen, werden in den kommenden Jahrzehnten kaum verschwinden. Bürgerkrieg, extreme Armut, politische Verfolgung und andere Formen von Unterdrückung wird es weiter geben. Zwar verbessert sich die wirtschaftliche Lage in vielen der ärmsten Länder Afrikas; aber es wird noch im besten Fall Jahrzehnte dauern, bis sie den Lebensstandard der ärmsten EU Länder erreichen.

In der Zwischenzeit lockt der Wohlstand der EU. Bis in die späten 60er Jahre waren die Mittelmeerstaaten Griechenland, Italien, Portugal und Spanien sowie die Länder auf den Britischen Inseln Auswanderernationen. Seit den 80er Jahren suchen jedoch immer mehr Menschen in ihnen und im Rest der EU ihr Heil.

Warum Europa seine Grenzen kontrollieren muss Das Unglück von Lampedusa ist schrecklich, aber trotzdem kann Europa seine Grenzen nicht einfach öffnen. Wir müsse....

Gerade der Aufschwung in armen Ländern gibt immer mehr potentiellen Flüchtlingen die finanziellen Mittel, die beschwerliche Reise in die EU zu wagen. Wie aus Prozessen gegen die so genannten Schlepper bekannt, kostet Fluchthilfe ein bis mehrere Tausend Euro - mehr als ein reguläres Flugticket für die gleiche Strecke.

Je besser die Grenzkontrollen funktionieren, desto riskanter wird es, EU-Boden zu erreichen. Wenn nun Schiffen erlaubt wird, Flüchtlinge in Not zu retten, kann es interessant werden, sich in Not zu begeben um EU-Boden zu erreichen, ohne von Grenzkontrollschiffen abgeschoben zu werden.

Stärkere und effizientere Kontrollen erhöhen das Risiko für Flüchtlinge. Darüber hinaus schafft humanitäre Hilfe zusätzlich ungewollte Anreize, sich in Gefahr zu begeben. Das heißt nicht, Zuflucht Suchende sollten uns egal sein. Wir sollten helfen, aber uns auch im klaren sein, dass tragische Unglücke wieder passieren werden, weil jedes System von Grenzkontrollen sie mit sich bringt.

Eine grundsätzliche Lösung erfordert die Abschaffung der Grenzkontrollen. In gewisser Weise traf der Papst den Nagel auf den Kopf, wenn er vor "Globalisierung der Indifferenz" warnte. Bei der Freizügigkeit macht die Globalisierung halt. Freier Warenverkehr wird politisch gewünscht, freier Personenverkehr nicht. Leider gibt es gute Gründe dafür.

Der wirtschaftliche Erfolg von Nationen beruht wesentlich auf funktionierenden Institutionen, die produktives Zusammenleben und -wirtschaften ermöglichen. Dies wiederum erfordert sozialen Zusammenhalt auf der Basis von hinreichend geteilten Werten und Verhaltensweisen. Nationen, die es geschafft haben, eine solche Basis zu entwickeln, sind wirtschaftlich vorangeprescht, darunter die EU-Staaten.

Armut bleibt, wo Konflikt und Unterdrückung vorherrschen. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts beruhten zwei Drittel der globalen Einkommensungleichheit auf Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Gesellschaftsklassen in einem Lande. Heute sind zwei Drittel der Ungleichheit auf Zugehörigkeit zu verschiedenen Ländern zurückzuführen, hat Weltbankforscher Branko Milanovic herausgefunden. Das Ergebnis sind drastische Einkommensunterschiede, die die Auswanderung aus armen Ländern attraktiv machen.

Unkontrollierte Einwanderung in reiche Länder könnte aber die soziale Basis des Fortschritts unterminieren - für die, die das Glück hatten in reichen Ländern geboren zu sein und letztendlich auch für Migranten. Wenn man heute die Grenzen der EU total aufmacht, werden sich potentiell Millionen von Migranten auf den Weg machen. Es ist völlig unklar, ob derart massive Einwanderung sozial verkraftet werden kann.

Gleichzeitig ist klar, dass Wanderungsbewegungen sinnvoll sein können. Alternde Gesellschaften profitieren zum Beispiel von Einwanderern, die es erlauben, soziale Sicherheitssysteme aufrechtzuerhalten. In der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts kann es gut sein, dass alte Europäer auf die Arbeit junger Afrikaner angewiesen sein werden. Länder wie die USA zeigen, dass Einwanderung verschiedenster Bevölkerungsgruppen ohne gesellschaftlichen Kollaps möglich ist.

Und das Fazit? Europa sollte Zuflucht Suchenden helfen und die Werte leben, die unseren eigenen Wohlstand begründen. Dazu müssen wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unter Einbeziehung von Migranten anstreben.

Gleichzeitig können wir versuchen, die Entstehung funktionierender Staaten zu unterstützen; aber ein einfaches Rezept gibt es nicht. Auf diesem Weg werden weitere Unglücke uns nicht nur die verzweifelte Lage vieler Flüchtlinge vor Augen führen, sondern uns auch an die Herausforderungen der Gesellschaftspolitik für uns alle erinnern.

Load-Date: October 11, 2013

Türkische Gemeinde begrüßt Özoguz' Ernennung; Mit Aydan Özoguz sitzt erstmals eine Frau mit Migrationshintergrund im Kabinett. Die Türkische Gemeinde freut sich darüber und warnt Özoguz, ihre Herkunft zu verleugnen.

ZEIT-online

Montag 16. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Integrationsbeauftragte; Ausg. 51

Length: 311 words

Body

Die neue Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz

© Sven Simon/dpa

Die Türkische Gemeinde in Deutschland hat die Ernennung Aydan Özoguz' (SPD) als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung als historische Entwicklung bezeichnet. "Wir finden es sehr positiv, dass jemand mit **Migrationshintergrund** jetzt zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik dem Kabinett angehört", sagte der Dachverbandsvorsitzende Kenan Kolat.

Noch besser wäre es allerdings gewesen, wenn ein Migrant einen anderen Fachbereich bekommen hätte, sagte Kolat. Denn das Amt der Integrationsbeauftragten berge die Gefahr einer Reduzierung auf die Herkunft.

Gleichzeitig warnte er Özoguz davor, die eigene Herkunft zu verleugnen. "Wir haben erlebt, dass man versucht, eine Art Distanz zu schaffen zu der Bevölkerungsgruppe, zu der man selbst gehört", sagte Kolat. Er hoffe, Özoguz werde weiter mit vielen Menschen mit türkischen Hintergrund und entsprechenden Organisationen sprechen.

Zudem warb Kolat dafür, das Amt des Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration besser auszustatten. Bisher sei es ein symbolisches Amt ohne finanziellen Unterbau und Kompetenz zur Mitgestaltung von Gesetzen, sagte Kolat. Er regte an, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge - bislang eine Behörde des Innenministeriums - bei der Beauftragten anzugliedern und Fachreferate aufzubauen.

Die Türkische Gemeinde äußerte sich außerdem positiv zum geplanten Wechsel an der Spitze des Innenministeriums, das Thomas de Maizière (CDU) wieder übernehmen soll. Hans-Peter Friedrich (CSU) habe die Arbeit einzig nach sicherheits- und ordnungspolitischen Gesichtspunkten beurteilt, sagte Kolat. Das habe auch die Integrationspolitik beeinflusst. "Wir haben die Hoffnung, dass de Maizière einen Neuanfang schafft und Zuwanderung nicht als Problem, sondern als Chance versteht", sagte Kolat.

Load-Date: December 16, 2013

Türkische Gemeinde begrüßt Özoguz' Ernennung Mit Aydan Özoguz sitzt erstmals eine Frau mit Migrationshintergrund im Kabinett. Die Türkische Gemeinde freut sich

End of Document

Die Toten von Lampedusa sind schon wieder weit weg; Die EU-Regierungschefs sind zum ersten Gipfel nach der Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa gekommen. Von einer Reform der Asylpolitik wollen sie nichts mehr wissen.

ZEIT-online

Donnerstag 24. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Gipfel; Ausg. 44

Length: 803 words

Byline: Marlies Uken

Body

Särge nach der **Flüchtlingskatastrophe** vor Lampedusa (Archiv) Tullio M. Puglia/Getty Images

Gerade einmal drei Wochen ist das **Flüchtlingsunglück** vor der italienischen Insel Lampedusa mit mehr als 380 Toten her. Europa war empört und schockiert, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso blickte sprachlos auf Hunderte Särge. Der Notstand Lampedusas sei ein europäischer, man könne sich nicht abwenden, beteuerten Politiker in Europas Hauptstädten. Unisono.

Am Donnerstag sind nun Europas Staats- und Regierungschefs zum EU-Gipfel in Brüssel zusammengekommen. Es ist ihr erstes Treffen nach der Katastrophe. Wann, wenn nicht jetzt, könnten sich die obersten Vertreter der 28 EU-Staaten zu einer neuen **Flüchtlingspolitik** durchringen.

Die Bürgermeisterin von Lampedusa, Giusi Nicolini, appellierte am Donnerstagmorgen eindringlich an die Staats- und Regierungschefs, man brauche eine Reform der europäischen Flüchtlingspolitik. "Die Asylpolitik der Europäischen Union muss geändert werden", sagte sie. "Ohne ein neues Asyl- und Einwanderungsrecht sind es nicht nur die Einwanderer, sondern Europa, das vor Lampedusa untergehen wird." Italiens Regierungschef Enrico Letta hatte bereits mehrfach eine Reform des Asylrechts angemahnt. Im Interview mit ZEIT ONLINE fordert auch der griechische Innenminister eine Reform. Sein Land ist besonders betroffen von der Ankunft der Flüchtlingsströme.

Martin Schulz, der Präsident des EU-Parlaments, schlug daher am Donnerstag in Brüssel ein europäisches Einwanderungsgesetz vor. Zudem solle es möglich sein, das aktuelle Aufnahmesystem zeitweilig außer Kraft zu setzen, wenn Länder an die Grenzen ihrer Kapazität geraten. Im Fall von Griechenland ist das jetzt schon der Fall: Deutschland und Schweden etwa schicken Asylbewerber wegen der unhaltbaren Zustände in griechischen Flüchtlingslagern nicht dorthin zurück.

Die Toten von Lampedusa sind schon wieder weit weg Die EU-Regierungschefs sind zum ersten Gipfel nach der Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa gekommen. Von ein....

Doch das absehbare Ergebnis des EU-Gipfels wird Nicolini, Letta und die vielen Menschenrechtsaktivisten, die sich für eine neue Einwanderungspolitik einsetzen, kaum befriedigen. Davon abgesehen, dass die Bespitzelung des Merkel-Handys diesen Gipfel inhaltlich bestimmt: Der Entwurf der Abschlusserklärung zeigt bereits, dass die Regierungschefs zurzeit nicht bereit sind, die Flüchtlingspolitik neu zu diskutieren - trotz der vielen öffentlichen Empörung nach dem Lampedusa-Unglück.

"Tiefes Bedauern" über die Tragödie vor Lampedusa

In dem Entwurf des Abschlussdokuments drückt der Rat zwar sein "tiefes Bedauern" aus und fordert ein entschlossenes Handeln, um die Zahl der Toten auf See zu minimieren. Im gleichen Satz allerdings betont er, dass es auch um eine "faire Lastenverteilung" gehe. Und das bedeutet im Klartext: Ändern wird sich nichts.

Mit der Lastenverteilung ist die Verteilung der Flüchtlinge in Europa gemeint, und konkret: wer hier zuständig ist. Schon vor dem Gipfel betonten Regierungsvertreter in Berlin, dass die bereits zehn Jahre alte Regelung Dublin II nicht zur Debatte steht. Sie legt fest, dass das Land, welches ein Flüchtling zuerst erreicht, verantwortlich ist für das Asylverfahren und die Unterbringung.

In dem Entwurf wird deutlich: Europa hält an seinen bisherigen Institutionen fest und will das Problem lieber im großen und dafür unkonkreten Zusammenhang diskutieren. Die Regierungschefs plädieren für eine engere Kooperation mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen. Um das Flüchtlingsproblem zu lösen, müsse man zudem die Lage in den Ursprungsländern verbessern.

Die einzige etwas konkrete Aufforderung richtet sich an die sogenannte Task Force, welche Europas Innenminister Anfang des Monats eingerichtet haben. Sie soll finanzielle Hilfe, Unterstützung beim Grenzschutz und die Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Herkunftsländern ausloten. Der Schritt setzt also auf eine Fortsetzung der bisherigen Politik.

Erst Mitte 2014 geht es weiter

Auf dem nächsten EU-Gipfel soll diese Task Force erste Ergebnisse vorlegen. Dann werde man das Asyl- und Flüchtlingsthema im Juni 2014 wieder diskutieren. Das allerdings wird genau einen Monat nach der EU-Parlamentswahl sein - wenn es keine handlungsfähige EU-Kommission gibt und es wohl erneut keine Ergebnisse geben wird.

Wie wenig passiert, sobald TV-Kameras abgereist sind, zeigt auch der Umgang mit den Hunderten Toten von Lampedusa. Ursprünglich sollten sie durch ein Staatsbegräbnis gewürdigt werden. Das allerdings verzögert sich. Erst am 11. Dezember, so berichtet die italienische Zeitung *Corriere della Sera*, werden sie nun bei einer Trauerfeier gewürdigt. Diese wird einen bitteren Beigeschmack haben: Man würdigt die Toten mit einem Regierungsakt, den überlebenden Flüchtlingen dagegen droht wegen illegaler Migration eine Strafe und Abschiebung.

Load-Date: October 25, 2013

"Wir können da nichts machen"; Der deutsche Chefaufseher von Frontex verteidigt im Interview den Umgang der europäischen Grenzschutzagentur mit Flüchtlingen. Er sieht die Politik in der Pflicht.

ZEIT-online

Dienstag 8. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Lampedusa-Unglück; Ausg. 41

Length: 1528 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Grenzbeamte und Politiker bei der Einweihung eines neuen Grenzzauns zwischen Griechenland und der Türkei im Februar 2012

©Nikos Arvanitidis/dpa

ZEIT ONLINE: Herr Göbel, vor Lampedusa sind wieder mindestens 230 Menschen gestorben, weil sie nach Europa wollten. Frontex ist die Grenzschutzagentur der EU. Hätte sie die Katastrophe nicht verhindern können?

Ralf Göbel: Wir reden im Frontex-Verwaltungsrat schon lange und immer wieder über die Lage im Mittelmeer. Was sich verändert, was man tun kann. Wir wissen, dass bei Frontex-Operationen eine Menge Menschenleben gerettet wurden, fast 40.000 seit 2011. **Flüchtlinge**, die wir aus dem Meer gefischt und vor dem Ertrinken gerettet haben. Dass noch immer so viele Menschen dort sterben, diese Situation bedrückt uns sehr. Aber Frontex hat keine Möglichkeit, das Problem zu lösen.

ZEIT ONLINE: Warum nicht?

Göbel: Weil wir nicht die Politik machen, sondern nur ausführen. Außerdem führt Frontex keine eigenen Einsätze durch, das machen die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen. Sie haben das Kommando und die rechtliche Verantwortung. Wir unterstützen und koordinieren nur, wenn es gewünscht ist - indem Grenzbeamte aus anderen Mitgliedsstaaten helfen und technische Mittel zur Verfügung gestellt werden. Bei den Operationen, an denen wir beteiligt sind, gelten strenge Verhaltensregeln, die auch den menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen sichern. Wir nehmen sie auf und kümmern uns um sie.

ZEIT ONLINE: Das hört sich ehrenwert an. Die interne Sprache von Frontex klingt aber ganz anders. Da ist von "Risikoanalysen" die Rede, wenn es um Flüchtlinge in einzelnen Grenzregionen geht.

Göbel: Die Risikoanalyse ist die Grundlage für die operativen Entscheidungen. Wir müssen wissen, was wo los ist, damit wir richtig reagieren können. Ob es beispielsweise um Wirtschaftsflüchtlinge geht oder um Kriegsflüchtlinge, wie die Schleusrouten verlaufen. Meine persönliche Meinung ist, dass man mit Grenzschutz

"Wir können da nichts machen" Der deutsche Chefaufseher von Frontex verteidigt im Interview den Umgang der europäischen Grenzschutzagentur mit Flüchtlingen. Er

keine Migrationsströme bewältigen kann. Der Grenzschutz ist das Ende der Kette. Das ist es, worauf die Flüchtlinge treffen, wenn es eigentlich schon zu spät ist.

ZEIT ONLINE: Frontex kann nichts tun?

Göbel: Unser Hauptziel ist es, Schleuser zu fassen. In Libyen und Ägypten läuft das häufig so: Die Flüchtlinge werden auf normalen Schiffen aufs Meer gefahren, bis kurz vor die Grenze zur EU. Dann verfrachtet man sie auf diese klapprigen Boote mit der Ansage: Wenn ihr entdeckt werdet, müsst ihr zeigen, dass ihr in Seenot seid, damit ihr gerettet werdet. Das ist menschenverachtend und perfide. Dagegen versucht Frontex, vorzugehen.

ZEIT ONLINE: Aber die Schlepper ködern ihre Kunden doch schon in den Herkunftsländern oder spätestens in den Transitländern Nordafrikas. Was kann Frontex denn dagegen tun?

Göbel: Wir sammeln Informationen und geben diese an die Mitgliedsstaaten weiter.

ZEIT ONLINE: Die EU versucht zunehmend, die Flüchtlinge zu stoppen, bevor sie überhaupt die Außengrenzen erreichen. Sie bezahlen den Bau von Abschiebezentren in der Türkei, trainieren Grenzer auch in Nordafrika. Welche Rolle spielt Frontex dabei?

Göbel: Nach der letzten Veränderung der Frontex-Verordnung sind wir verpflichtet, in den Herkunfts- und Transitländern aktiv zu werden und ein Netzwerk aus Verbindungsbeamten aufzubauen. Das hilft uns, Informationen zu sammeln und besser reagieren zu können.

ZEIT ONLINE: Gleichzeitig ringt die EU seit vielen Jahren darum, dass zumindest die Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik machen, gleiche Standards anwenden.

Göbel: Da ist einiges passiert in den nationalen Gesetzgebungen und in der Praxis der Polizei. Auch wenn es keine übergeordneten europäischen Gesetze gibt, ist der Umgang mit Flüchtlingen besser geworden. Auch wir bei Frontex haben neben der Grundrechtstrategie jetzt einen Fundamental Rights Officer. Die Kollegin schaut sich - fachlich weisungsungebunden - Operationen genauer an, wenn sie den Eindruck hat, dass etwas nicht richtig läuft. Und wenn sich das bestätigt, kriegt das entsprechende Land eine Abmahnung, auch im Verwaltungsrat. Das ist für die Betroffenen schon sehr peinlich.

ZEIT ONLINE: Ist Frontex eine politische Behörde?

Göbel: Wir führen Politik aus. Die EU-Kommission ist auch bei uns im Verwaltungsrat vertreten und dringt dort darauf, dass wir umsetzen, was sie beschlossen hat. Wir diskutieren dort mit der Kommission sehr häufig, dass nicht der Grenzschutz das eigentliche Problem ist, sondern, wie die Nationalstaaten mit Flüchtlingen nach dem Grenzübertritt umgehen. Werden sie dort vernünftig behandelt? Oder kommen sie in Lager, in denen Umstände herrschen, unter denen kein menschenwürdiges Leben stattfindet? So wie es teilweise in Griechenland der Fall war. Das zu verhindern, ist aber Aufgabe der Politik und ist nicht vom Mandat von Frontex erfasst. Wir können da nichts machen.

ZEIT ONLINE: Aber der Umgang mit Flüchtlingen kann doch nicht an den Staaten hängen bleiben, die zufällig am Rande der EU liegen. Da müssen sich doch alle gemeinsam drum kümmern.

Göbel: Ja, deshalb koordinieren wir ja Unterstützung, wenn es gewünscht ist. Die Grenzpolizeien aller Mitgliedsstaaten gehören zu Frontex und stehen zur Verfügung, wenn es einen Hilferuf gibt. Italien aber hat da, vorsichtig gesagt, relativ wenig Hilfe angefordert von den anderen Ländern. Ganz anders als beispielsweise Bulgarien. Die Bulgaren haben gesagt: Wir schaffen das nicht mehr allein. Jetzt sind da Grenzbeamte aus 16 anderen Ländern mit im Einsatz. Aber die Verantwortung dafür liegt eben jeweils bei dem Staat, um den es geht. Der entscheidet, dessen Regeln gelten.

"Wir können da nichts machen" Der deutsche Chefaufseher von Frontex verteidigt im Interview den Umgang der europäischen Grenzschutzagentur mit Flüchtlingen. Er

ZEIT ONLINE: In Italien aber gibt es beispielsweise ja ein Gesetz, dass Fischern verbietet, Flüchtlinge aus dem Wasser zu ziehen und an die italienische Küste zu bringen. Das kann doch nicht im Sinne eines humanitären Umgangs mit Flüchtlingen sein, wie Sie ihn sich wünschen.

Göbel: Das höre ich aus der Presse jetzt zum ersten Mal so referiert. Für Frontex-Operationen gilt: Wenn sich herausstellt, dass dort gegen unsere Richtlinien im Umgang mit Flüchtlingen verstoßen wird, dann kann unser Exekutivdirektor den Einsatz jederzeit abbrechen oder zumindest die nationale Grenzbehörde, die den Einsatz ja vor Ort leitet, abmahnen. In Griechenland ist das auch schon passiert. Da wurden Migranten an der griechischen Grenze mit Gewalt zurückgewiesen.

ZEIT ONLINE: Wenn Frontex aus Ihrer Sicht nichts tun kann, was könnte denn die Politik tun, um solche Dramen wie das in Lampedusa zu verhindern?

Göbel: Das ist eine ganz große Frage, auf die ich wie alle keine wirklich gute Antwort kenne.

ZEIT ONLINE: Aber Sie waren Bundestagsabgeordneter, jahrelang. Sie sind oder waren zumindest selbst auch Politiker. Sie müssten doch eine Idee haben, was sich verbessern ließe.

Göbel: Es müsste sicherlich eine Mischung vieler Elemente sein. Das beginnt damit, die Situation in den Herkunftsländern zu verbessern. Es geht aber auch darum, dass die europäischen Staaten an der Außengrenze der EU ihre Verpflichtungen erfüllen.

ZEIT ONLINE: Ginge es nicht eher darum, dass die Länder in der Mitte Europas, zum Beispiel Deutschland und Österreich, den Ländern an den Außengrenzen mehr helfen, dass die Lasten gerechter verteilt werden?

Göbel: Wenn wir wollen, dass Flüchtlinge auf die Länder der EU verteilt werden, dann stellt sich aber die Frage: Wer soll denn das machen und wonach wird das entschieden? Ich stelle mir das sehr schwer vor. Die meisten Flüchtlinge wollen ja beispielsweise eher nach Deutschland als in für sie unattraktive Länder Europas, das zeigen unsere Erfahrungen mit dem Migrationsströmen im Innern der EU.

ZEIT ONLINE: Also finden sie nicht, dass das Dublin-II-Abkommen, nachdem Flüchtlinge nur in dem EU-Land Asyl beantragen können, dass sie als Erstes betreten, die Länder in der Mitte Europas unverhältnismäßig entlastet?

Göbel: Na, wenn das so wäre, hätten wir ja nicht fast hunderttausend Asylbewerber in Deutschland!

ZEIT ONLINE: Sie sehen da keinen Handlungsbedarf?

Göbel: Nein. Wir wären ja schon froh, wenn die Länder an den Außengrenzen der EU die Verpflichtungen aus Dublin-II wirklich einhalten würden und die Flüchtlinge so behandeln würden, wie es da vorgesehen ist.

Update: Die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström hat jetzt angekündigt, dass Frontex eine große Such- und Rettungsmission im Mittelmeer starten soll, von Zypern bis nach Spanien. Dazu sagt Frontex-Chefaufseher Göbel: "Bereits heute gelten bei allen von Frontex koordinierten Operationen auf See, also auch im Mittelmeer, entsprechende Leitlinien, die die in der Operation eingebundenen Kräfte verpflichten, allen in Seenot geratenen Schiffen und Menschen Hilfe und Beistand zu leisten. Diese Verpflichtung besteht auch nach internationalem Seerecht. Wie bereits erwähnt, konnte dadurch seit 2011 ca. 40000 Menschen das Leben gerettet werden. Frontex selbst verfügt über keine Schiffe, weshalb eine Ausweitung der Operationsgebiete nur in enger Abstimmung mit den jeweiligen Mitgliedsstaaten erfolgen kann. Sobald entsprechende Anfragen vorliegen, werden alle Anstrengungen übernommen, diesen Ersuchen nachzukommen."

Load-Date: October 8, 2013

Die Mär von der Entwicklungshilfe; Nach Flüchtlingskatastrophen fordern Politiker reflexartig: Mehr Entwicklungshilfe! Allerdings dämmt diese Migration nicht ein. Im Gegenteil: Sie befördert sie.

ZEIT-online

Montag 14. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 42

Length: 847 words

Byline: Anne Fromm

Body

Farmer im Senegal

© Ricci Shryock/Reuters

Die Toten vor Lampedusa waren noch nicht endgültig geborgen, da folgte bereits reflexartig eine erwartbare politische Forderung aus vielen Ecken Europas. Eine, die nach solchen Katastrophen immer kommt: die nach mehr Entwicklungshilfe. Der Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich beispielsweise sprach sich für europäisch-afrikanische Wirtschaftsgespräche aus, um die Entwicklung in den Herkunftsländern so zu verbessern, dass die Menschen keinen Grund hätten, zu fliehen.

Entwicklungshilfe statt **Flüchtlingsströme** - das klingt zunächst logisch. Länder, in denen es Schulen und Krankenhäuser gibt, in denen die öffentliche Verwaltung und der Verkehr funktionieren, können ihre Bürger besser halten als zerstörte Länder. Deutschland hat im Jahr 2012 0,36 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungshilfe ausgegeben. Könnte mit ein bisschen mehr Geld **Migration** nicht verhindert oder zumindest eingedämmt werden?

Diese Frage lässt sich nicht mit einem einfachen Satz beantworten. Gerade in Bezug auf die Katastrophe von Lampedusa übersehen jene, die Entwicklungshilfe als Lösung für Migrationswellen sehen, dass die Menschen aus ganz unterschiedlichen Gründen in Nordafrika in die Boote steigen: Die einen flüchten vor Krieg und Verfolgung, die anderen vor Hunger und Dürre und wieder andere sind auf der Suche nach einem Job in Europa. Entwicklungshilfe allein kann dafür nicht die Lösung sein.

Wissenschaftlich gibt es keinen Beleg dafür, dass Entwicklungshilfe Migration eindämmt. Im Gegenteil: Studien zeigen, dass mit einsetzender Entwicklungshilfe die Auswanderung sogar kurz- bis mittelfristig zunimmt. Das liegt daran, dass Auswandern viel Geld kostet. Menschen aus ganz armen Ländern können die Kosten für Reise, Schlepper und Visa kaum bezahlen. Entwickelt sich ein Land aber, steigen die Pro-Kopf-Einkommen und machen Auswanderung möglich. Eine Untersuchung des Schweizer Think Thanks Forum Außenpolitik hat ergeben, dass

Die Mär von der Entwicklungshilfe Nach Flüchtlingskatastrophen fordern Politiker reflexartig: Mehr Entwicklungshilfe! Allerdings dämmt diese Migration nicht ein....

die meisten Menschen aus Staaten mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen zwischen 1.500 und 8.000 US-Dollar migrieren.

Der Großteil der afrikanischen Migranten kommt aus den verhältnismäßig besser gestellten Ländern wie Tunesien, Algerien, Nigeria, Senegal und Ghana. Menschen aus den ärmsten Staaten wie Niger, Kongo, Mosambik und Tschad erreichen Europa hingegen seltener.

Migration als Entwicklungsbeschleuniger

"Der Glaube, dass Entwicklungshilfe Migration hemmt, ist unsinnig", sagt auch Steffen Angenendt, Migrationsforscher der Stiftung Wissenschaft und Politik. "Das Verhältnis ist umgekehrt: Migration ist der effektivste Entwicklungsbeschleuniger, den es gibt."

Das läge vor allem an den Rücküberweisungen: Nach Schätzungen der Weltbank transferierten Migranten im Jahr 2012 etwa 406 Milliarden US-Dollar in ihre Heimatländer, das ist mehr als das Dreifache der öffentlichen Entwicklungsgelder. Studien zeigen, dass die zurückgebliebenen Familien und Verwandten dieses Geld vor allem in Bildung und in Gesundheitsversorgung stecken - es landet also direkter bei den Hilfsbedürftigen als staatliche Entwicklungshilfe, die nicht selten bei korrupten, staatlichen Eliten versickert.

Migration als Entwicklungsmotor, das trifft zumindest auf die sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge zu. In den Ländern, in denen die Menschen vor Krieg, Diktaturen, Verfolgung und Vertreibung flüchten, findet Entwicklungszusammenarbeit meist gar nicht erst statt. In Syrien und Somalia beispielsweise, aus denen derzeit ein erheblicher Teil der weltweit Geflüchteten kommt, sind die staatlichen Strukturen so zerrüttet, dass in diese Länder keine Entwicklungshilfe fließt.

Die freie Wahl ist wichtig

Wird Entwicklungshilfe damit überflüssig? "Auf gar keinen Fall", sagt Annette Groth, menschenrechtspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag. Aber der wissenschaftliche Befund zeige, dass die bloße finanzielle Entwicklungshilfe nicht das einzige Instrument einer vernünftigen Afrikapolitik sein könne.

Dass Menschen ihre Heimatländer verlassen müssen, liege auch an der desaströsen Afrikapolitik Deutschlands, sagt sie. "Wir liefern jedes Jahr tonnenweise Waffen an Diktatoren, zerstören die afrikanischen Binnenmärkte mit unseren subventionierten Lebensmitteln und treiben durch Nahrungsmittelspekulationen die Preise in die Höhe." Entwicklungspolitik müsse auch diese Aspekte berücksichtigen, Waffenexporte stoppen, Freihandelsabkommen aussetzen, die Korruption auf beiden Seiten bekämpfen - die Weltgemeinschaft könne sehr wohl dazu beitragen, Migrationsanreize einzudämmen, sagt Groth.

Auch der Forscher Steffen Angenendt fordert keinesfalls, Entwicklungshilfe abzuschaffen. Die Beratung, Infrastruktur- und Demokratisierungsprojekte, die neben der finanziellen Förderung liefern, seien wichtig für Entwicklungsländer. Auch wenn sie nicht dazu führen, dass Menschen seltener auswandern, so doch zumindest dazu, dass Menschen die freie Wahl haben, ob sie auswandern - zumindest wenn sie in politisch stabilen Verhältnissen leben.

Load-Date: October 14, 2013

Erste Lektion: "Kopf hoch!"; Bei Michael Stenger machen Flüchtlingskinder ihren Schulabschluss - und lernen, an sich selbst zu glauben

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

18. Oktober 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 61-62; Ausg. 43

Length: 2184 words

Byline: Linda Tutmann

Body

Manchmal reicht der Ruf von Michael Stenger bis nach Kabul, Bagdad und Mogadischu. Wenn seine zukünftigen Schüler in München ankommen, sie erschöpft, hungrig und müde sind, sie unzählige Kilometer auf engen Ladeflächen oder gar zu Fuß zurückgelegt haben, wissen sie oft nicht mehr viel. Sie haben keine Ahnung, wo genau sie sich gerade befinden, kennen weder die Stadt München noch das Bundesland Bayern. Aber Michael Stenger, den kennen sie. "Großer Mann, viele Haare", sagen die Jugendlichen dann, so erzählen es die Mitarbeiter in den Münchner Auffanglagern. Es sind oft die paar wenigen Wörter, die sie in der fremden Sprache können. Sozialarbeiter oder Vormünder bringen die Jugendlichen dann zu ihm.

Michael Stenger, 53, ist Schulleiter der SchlaU-Schule (siehe Kasten), einer Schule für Minderjährige, die ohne Eltern aus ihren Heimatländern nach Deutschland geflohen sind. Mehr als 1000 solcher **Flüchtlinge** kommen jedes Jahr nach Deutschland, aus Ländern wie Afghanistan, dem Irak oder Somalia. Genaue Zahlen gibt es nicht. Gezählt werden nur die, die einen offiziellen Antrag auf **Asyl** stellen, und das sind bei Weitem nicht alle. Um die 1300 waren es im Jahr 2009, 2011 schon 2100, Tendenz steigend.

Ob diese Kinder in Deutschland zur Schule gehen dürfen oder sogar müssen, dafür gibt es kein bundesweit gültiges Gesetz. Das Grundrecht auf einen Schulbesuch für Flüchtlinge wird je nach Bundesland unterschiedlich ausgelegt. Wer sich nur für einen beschränkten, wenn auch unbestimmten Zeitraum in Deutschland aufhalte, müsse nicht zwingend zur Schule gehen, wird in den Bundesländern argumentiert, in denen keine Schulpflicht für Flüchtlinge gilt. Eine Grauzone - und ein Skandal, sagen Migrationsforscher.

Stenger sitzt in seinem Büro, einem Raum, voll mit Büchern bis zur Decke, auf seinem Schreibtisch zwei afrikanische Holzgiraffen, auf der Fensterbank eine Flasche griechischer Wein, an der Wand ein Holzschnitt aus Sierra Leone. Stengers Welt auf 14 Quadratmetern. Wenn er aus dem Fenster schaut, blickt er auf eine kleine Seitenstraße, wenige Meter vom Münchner Bahnhof entfernt. Eine typische Straße im Bahnhofsviertel, dort das Spielcasino, da der blinkende Beate-Uhse-Schriftzug, ein Afroladen. Wenn Stenger das Fenster öffnet, riecht es süßlich, nach Wasserpfeife.

Viele Haare hat er tatsächlich, und sehr groß ist er auch, eigentlich alles an ihm: große Hände, großer Kopf, lange Beine. Während Schulleiter und Lehrer in Berlin-Neukölln, München-Hasenberg oder Frankfurt-Niederrad noch

Erste Lektion: "Kopf hoch!" Bei Michael Stenger machen Flüchtlingskinder ihren Schulabschluss - und lernen, an sich selbst zu glauben

nach einer Formel suchen, wie sie ihre Schüler zum Abschluss führen können, scheint Michael Stenger sie gefunden zu haben. 95 Prozent der Schüler, die seine Schule besuchen, machen bei ihm einen Abschluss. Eine Quote, von der so manche Hauptschule in Deutschland nur träumen kann: In Berlin-Neukölln etwa liegt die Abschlussquote der Schüler mit Migrationshintergrund bei 68 Prozent.

Dabei könnten auch Stengers Schüler zu den sogenannten Bildungsverlierern gehören. Jugendliche, die die Schule ohne Abschluss verlassen und kaum eine Chance auf einen regulären Arbeitsplatz haben. Die Flüchtlingskinder haben hierfür die besten Voraussetzungen: Sie sprechen kaum oder gar kein Deutsch, manche sind durch die Flucht traumatisiert und leben ohne ihre Familie in einem fremden Land. Manche von ihnen können besser mit einer Kalaschnikow umgehen als mit dem Alphabet ihrer Muttersprache. Was macht man mit diesen Jugendlichen?

Diese Frage stellte sich auch Michael Stenger vor zehn Jahren. Damals war er noch Deutschlehrer für Migranten, er gab Kurse in verschiedenen Bildungseinrichtungen in München. In seinen Stunden saßen oft diese Jugendlichen und sprengten jeden Unterricht. Das Flüchtlingskind aus Somalia hatte einen türkischen Ingenieur zum Banknachbarn und sollte mit ihm Deutsch lernen. Damals sagten zwei seiner Kollegen: Wir brauchen eine Schule speziell für diese Jugendlichen, und auch: Wir brauchen einen Verrückten, der das macht.

Dieser Verrückte war Michael Stenger. Er gründete zusammen mit Mitstreitern aus der Flüchtlingsarbeit die SchlaU-Schule mit damals gerade mal 20 Schülern, heute sind es mehr als 140. Nächsten Monat zieht die Schule in ein neues Gebäude, 1200 Quadratmeter, dann können sie noch mal 50 mehr aufnehmen. In der SchlaU-Schule lernen die Kinder zunächst die deutsche Sprache (siehe Kasten). Die Klassen sind klein: maximal 15 Kinder lernen zusammen. Wer mit wem in einer Klasse sitzt, hängt in erster Linie von seinen Sprachkenntnissen ab und nicht von seinem Alter.

Philip Anderson ist Wissenschaftler an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Regensburg und forscht zum Thema Migration und Integration von Flüchtlingen. Gerade arbeitet er in einem Münchner Projekt mit, in dem versucht wird, jungen Flüchtlingen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. In München hat der Forscher auch Michael Stenger und die SchlaU-Schule kennengelernt. Seiner Meinung nach müsste es mehr Angebote geben, die sich auf die Schulausbildung von Flüchtlingskindern konzentrieren. Gerade für diese Kinder sei Bildung "oft der einzige Ausweg". Ob die Kinder in der Schule Erfolg hätten, hänge oft von Leuten wie Michael Stenger ab, die sich gezielt für die Kinder einsetzen.

Der Schulleiter ist mittlerweile nicht nur in den Krisengebieten der Welt bekannt, sondern auch in Berlin. Im November 2011 bekam er von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer, in der Hauptstadt die Integrationsmedaille verliehen. Sie lobte Stengers Arbeit als "beispielhaft", nannte ihn ein Vorbild, einen "Brückenbauer" zwischen Migranten und der deutschen Gesellschaft. Lange war es der Politik mehr oder weniger egal, was aus den Flüchtlingskindern wurde. Aber in den vergangenen Jahren habe sich etwas bewegt, sagt Stenger. "Die Wirtschaft entdeckt das Potenzial der Kinder und kann es sich nicht mehr leisten, auf ihre spätere Arbeitskraft zu verzichten." Für ihn und seine Schule hingegen stünden das Recht auf Bildung und die Menschenwürde an erster Stelle.

Heute ist Böhmer zu Besuch nach München gekommen. Am Morgen ist Stenger mit ihr durch die Schule gegangen, hat die Klassenräume gezeigt und einen Mathe-Unterricht besucht. Maria Böhmer saß hinten in der letzten Bank, den Rücken gerade und die Hände gefaltet. An den Wänden des Klassenzimmers hängt ein Plakat: "Wie wird man Bundeskanzler?" Ein Schaubild mit vielen Pfeilen und Kästen erklärt, wie der Kanzler gewählt wird. Davon, für eine Partei zu kandidieren, sind alle hier noch weit entfernt. Sie sind froh, wenn sie in Deutschland bleiben dürfen. Zum Ende der Stunde war Böhmer durch die Reihen gegangen und hatte jeden einzelnen Schüler gefragt, was er mal werden wolle. Gleisbauer, Kindergärtner, Altenpfleger. Einer der Schüler sagte: "Ich kann keine Ausbildung machen, ich muss Geld verdienen. Meine Mutter ist gestorben, meine Familie braucht zu Hause meine Unterstützung." Stenger kennt solche Fälle, Kinder, auf denen all die Hoffnung der Familie lastet. Die keine Ausbildung machen können, weil sie ihrer Familie möglichst viel Geld ins Heimatland schicken sollen. Jeder in der Klasse hat seine eigene Geschichte. Stenger weiß um ihre finanziellen Nöte, ihre familiäre Situation, weiß, ob sie Suizidgedanken haben oder Stress im Auffanglager.

Erste Lektion: "Kopf hoch!" Bei Michael Stenger machen Flüchtlingskinder ihren Schulabschluss - und lernen, an sich selbst zu glauben

In der Lernforschung gibt es eine Theorie, die oft unter dem Stichwort "Lernen durch Bindung" zusammengefasst wird. Besonders in der Frühförderung, so hat die Wissenschaft herausgefunden, ist eine stabile emotionale Bezugsperson wie zum Beispiel die Mutter oder ein Erzieher entscheidend dafür, wie sich ein Kleinkind entwickelt. Aber auch in der Schule wird mehr und mehr die Persönlichkeit der Lehrer oder Schulleiter in den Fokus der Forschung gerückt. Lernen braucht Persönlichkeit, das glauben viele. Es gibt Neurobiologen wie Joachim Bauer, die sagen, dass die stärkste Motivationsquelle für junge Menschen ein anderer Mensch ist. "Dadurch dass die Kinder alleine nach Deutschland kommen, brauchen sie umso mehr ein Vorbild, jemanden, der die emotionale, soziale und kulturelle Lücke schließt", erklärt der Migrationsforscher Anderson. Eine ganzheitliche Förderung sei wichtig, die Lehrer müssten wissen, woher der Schüler komme, seine Situation kennen, seine Probleme, seinen kulturellen Hintergrund.

Für eine solche ganzheitliche Förderung arbeiten Stenger und seine Mitarbeiter, 25 Lehrer und vier Sozialarbeiter, jeden Tag. Sie kämpfen dafür, dass die Schüler an ihrem Deutsch arbeiten und ihren Abschluss machen - und auch wenn es hinterher während der Ausbildung Probleme gibt, ist es Stenger oder einer seiner Kollegen, der bei dem jeweiligen Chef anruft und mit Engelszungen um Verständnis wirbt. Auch mit Maria Böhmer muss Stenger heute reden. Es geht um eine potenzielle Abschiebung. Er hofft, dass die Kontakte der Beauftragten diese vielleicht verhindern können.

Nach dem Gespräch mit Böhmer sitzt er mit dem betroffenen Schüler in seinem Zimmer. "Das war fünf vor zwölf", sagt er. Große dunkle Augen sind auf Stenger gerichtet, das breite Gesicht zeigt keine Regung. Der Schüler kommt aus Sierra Leone - und soll wieder dorthin zurück. "Es sieht ganz gut aus, ich habe ein gutes Gefühl", sagt Stenger und klopft sich auf den Bauch. Soll heißen, sein Bauchgefühl stimmt. Der Schüler weiß, wenn Stenger das sagt, dann stimmt das auch. Ein breites Lächeln.

Unter Flüchtlingen, so erzählt Stenger, gebe es zu Beginn die Ansicht, in Deutschland könne man niemandem trauen. Er wirbt bei den Schülern um ihr Vertrauen. Nur so, sagt er, könnten sie lernen, an ihre eigene innere Kraft zu glauben. "Die Schüler vertrauen uns - und wir vertrauen den Schülern", sagt er und meint wohl auch: Wir trauen ihnen etwas zu. Die erste Lektion, die sie lernen, wenn sie hier ankommen, heiße: Kopf hoch! Stenger macht es gleich vor. Er springt von seinem Stuhl auf, reckt das Kinn nach oben, streckt die Brust. Geht mit großen Schritten bis zur Tür und wieder zurück. Wenn die Kinder hier ankommen, haben sie nichts, vor allem kein Selbstbewusstsein. Den Kindern dieses zu geben ist für ihn das Wichtigste.

Stenger und die Heimatlosen, diese Beziehung begann während seiner Studentezeit. 26 Semester hat er studiert, hauptsächlich Sprachen: Griechisch, Portugiesisch, Spanisch, Albanisch, aber auch Baskisch und Quechua. Er kennt das Gefühl, irgendwo neu anzufangen. Mainz, Würzburg, Marburg, Köln, München, Thessaloniki, die Liste der Städte, in denen er studiert hat, ist lang. Er engagierte sich im Asta für die Flüchtlingsarbeit, später als Pressesprecher für den Bayerischen Flüchtlingsrat und als Mitglied bei Pro Asyl. Auch für seine heutige Arbeit sind die Erfahrungen wichtig. Er kennt die Gesetze, weiß, wen man ansprechen muss. Irgendwo hat er in all den Jahren auch eines gelernt: die Sprachen der verschiedenen Stellen zu beherrschen. Sozialarbeiter, Lehrer, Flüchtlingskinder - mit allen muss er sprechen. Wissen, welche Stichworte fallen sollen, welcher Dialekt angebracht ist. Spricht er mit Böhmer oder Vertretern aus der Wirtschaft, sagt er häufig: Fachkräftemangel. Sitzt er mit einem Schüler im Gespräch, reibt er Daumen und Zeigefinger aneinander und sagt: Ihr bringt den deutschen Firmen Geld - durch eure Arbeitskraft. Die gute Vernetzung mit den verschiedenen Anlaufstellen für Flüchtlingskinder in München sei ein wichtiger Faktor für den Erfolg von Michael Stenger, sagt auch Migrationsexperte Anderson.

Fragt man Stenger nach seinem Erfolgsgeheimnis, muss er überlegen. Er beißt in ein Vanille-Croissant, das von der Besprechung mit Frau Böhmer übrig geblieben ist. Er kaut und sagt dann: "Ich bin ein Motivationskünstler." Zu seinen Schülern sagt er Sätze wie diese: "Ihr seid die Zukunft Deutschlands. Ihr seid wichtig für die Gesellschaft." Aber ein Rezept ist auch: "Ich lasse Gefühle raus." Wenn das Telefon klingelt und ein ehemaliger Schüler anruft, weil er die Aufnahmeprüfung an der Universität bestanden hat, dann springt er in die Luft, jauchzt, reißt die Tür zum Lehrerzimmer auf, um allen die gute Nachricht zu überbringen. Manchmal geht er aber auch vor die Tür, frische Luft atmen. Dann, wenn ihm die Tränen kommen, weil er es nicht geschafft hat, eine drohende Abschiebung zu verhindern.

Erste Lektion: "Kopf hoch!" Bei Michael Stenger machen Flüchtlingskinder ihren Schulabschluss - und lernen, an sich selbst zu glauben

Die SchuleDie SchlaU-Schule in München ist eine staatlich anerkannte Ergänzungsschule für minderjährige Flüchtlinge, die ohne Eltern nach Deutschland gekommen sind. Rund 140 Jugendliche werden durchschnittlich zwei bis drei Jahre lang in zehn Gruppen unterrichtet. Die Bezeichnung "SchlaU" lehnt sich an "schulanaloger Unterricht" an: Zum Lernstoff gehören Fächer wie Mathematik, Ethik und Erdkunde, die auch an regulären staatlichen Hauptschulen unterrichtet werden. Da viele der Schüler kein Deutsch sprechen, wenn sie ins Land kommen, ist das Lernen der Sprache am Anfang der Schulzeit das oberste Ziel. Danach werden die Schüler auf den Hauptschulabschluss vorbereitet. Zusätzlich werden die Flüchtlinge von Sozialpädagogen betreut. Diese helfen ihnen dabei, ihren Alltag zu organisieren, zu Behörden zu gehen oder auch ihre traumatischen Erfahrungen zu verarbeiten. TUT

Graphic

Neun von 140 Schülern der SchlaU-Schule. Michael Stenger leitet die Münchner Einrichtung

Load-Date: October 18, 2012

End of Document

Israels Illegale begehren auf; Die meist afrikanischen Flüchtlinge in Israel leben in der Negev-Wüste in einem offenen Vollzug. Aus Protest zogen 200 von ihnen vom Süden ins schneeverwehte Jerusalem.

ZEIT-online

Mittwoch 18. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlinge in Israel; Ausg. 51

Length: 759 words

Byline: Max Biederbeck

Body

Afrikanische **Migranten** ziehen in Jerusalem zum Parlament.

© Ammar Awad/Reuters

Eigentlich wollte Khamis nur ein Telefon finden. Er hätte gerne bei seiner Familie im Südsudan angerufen. "Ich habe drei Kinder und da ist überall Gewalt", sagt er. In Juba, der Hauptstadt des erst zwei Jahre alten Staates, gab es in den vergangenen Tagen heftige Schusswechsel zwischen Armee und Rebellengruppen. 500 Tote soll es gegeben haben, rund zehntausend Zivilisten suchen Schutz bei den im Südsudan stationierten UN-Blauhelmen. Es lässt sich nicht ausschließen, dass das Land in den Bürgerkrieg zurückfällt. "Und ich werde hier in Israel von einem Knast zum anderen geschickt", schimpft Khamis.

Seit drei Monaten hat der 53-Jährige nichts mehr von seiner Familie gehört. Im Gefängnis sitzt er schon seit über einem Jahr. Dann sah es endlich so aus, als käme er frei. Khamis und seine Mithäftlinge hörten von einer neuen Entscheidung des obersten israelischen Gerichtshofs. Bisher konnte der Staat illegale **Migranten** bis zu drei Jahre ohne Verfahren einsperren. Das Gericht verringerte diese Zeit im September auf ein Jahr. Die Behörden schickten Khamis aber nicht in die Freiheit. Sie schickten ihn in das nächste Gefängnis.

Eine offene Anstalt in der Negev-Wüste mit dem Namen Holon. Ein Ort, an dem illegale Einwanderer auf unbestimmte Zeit festgehalten werden können. Das besagt ein neues Gesetz, das der Gerichtsentscheidung folgte. Bis zu 3.000 Flüchtlinge kann die Anlage aufnehmen. Letzte Woche wurde sie eröffnet. Die Insassen dürfen das Gelände zwar verlassen, müssen sich aber regelmäßig zurückmelden. In Deutschland würde man von einem offenen Vollzug sprechen. Eine bittere Enttäuschung für Khamis: "Was soll daran bitte offen sein, wenn um die Anstalt herum nur Wüste ist?" Er zögerte keine Sekunde, als sich 200 seiner Mithäftlinge Anfang der Woche dazu entschieden, einfach zu gehen.

Zahlreiche Aktivisten schlossen sich den Flüchtlingen an

Israels Illegale begehren auf Die meist afrikanischen Flüchtlinge in Israel leben in der Negev-Wüste in einem offenen Vollzug. Aus Protest zogen 200 von ihnen v....

70 Kilometer, bis vor das Parlament in Jerusalem. Teilweise barfuß, in T-Shirt oder im Kapuzenpulli - während das Land den schlimmsten Schneesturm der jüngeren Geschichte erlebte. "Ich habe jetzt drei Tage mit der Gruppe verbracht. Manche sind auf dem Weg zusammengebrochen", sagt Moran Mekamel von der Organisation Students for Refugees aus Tel Aviv. Erst die Wüste im Süden, dann die Eishölle rund um Jerusalem. Das sei einfach zu viel gewesen.

Der Marsch erweckte so viel Aufsehen in der israelischen Bevölkerung, dass sich zahlreiche Aktivistengruppen den Flüchtlingen anschlossen. "Wir mussten sie mit Suppe, Decken und warmer Kleidung versorgen, sonst hätten sie es nicht geschafft", sagt Moran.

Rund 50.000 Flüchtlinge aus Afrika kamen seit 2006 zu Fuß über die ägyptische Grenze nach Israel. Jetzt soll sogar ein Zaun die Menschen abhalten. Sie alle fliehen vor Gewalt, Hunger oder wollen ihrer Familie zu Hause ein besseres Leben ermöglichen. Und genau das ist das Problem, denn für Israel sind die Flüchtlinge illegale Einwanderer, die in den Niedriglohnsektor des Landes drängen. Außerdem, so die Befürchtung, könnte das sowieso angespannte Sozialsystem unter der wachsenden Belastung zusammenbrechen. In der langen Haft entscheiden sich viele der Flüchtlinge, das Land lieber wieder zu verlassen.

"Wir sind keine Verbrecher", sagt Khamis aber immer wieder. Selbst wenn der Vollzug in Holon offen sei, die Lebensbedingungen blieben schrecklich. Zu wenig und zu schlechtes Essen. "Ein paar Eier und ein bisschen Humus das war es, und die Wärter sind furchtbar!", schimpft ein anderer Flüchtling.

Manche in der Ausreißergruppe hatten wohl die Hoffnung, durch ihren Marsch endlich als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden. Asyl zu bekommen und frei zu sein. Aber so läuft es nicht.

Unter dem neuen Gesetz dürfen illegale Einwanderer zwar erst dann verhaftet werden, wenn sie sich 48 Stunden nicht in Holon zurückgemeldet haben. Am Schluss hat es die Gruppe sogar drei Tage ausgehalten. Dann aber zerrten Polizisten Dienstagmittag jeden einzelnen von ihnen unter heftigem Widerstand in zwei Reisebusse. Sie fuhren die Männer zurück in ein geschlossenes Gefängnis im Süden. "Ob offen oder geschlossen ist doch völlig egal", hatte Khamis schon vorher gesagt. Jetzt, im Trubel der Menge, stimmt er in einen ärgerlichen Chor ein. Aktivisten und Flüchtlinge brüllen zusammen immer wieder: "Nehmt doch auch noch unsere Schuhe!"

Load-Date: December 18, 2013

Drecksarbeit; Die Türken helfen der EU dabei, Flüchtlinge abzuwehren

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

12. Dezember 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Drecksarbeit; S. 11; Ausg. 51

Length: 411 words

Byline: Özlem Topcu

Body

Es sind gerade einmal zwei Monate vergangen, seit EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso vor den Särgen der ertrunkenen **Flüchtlinge** auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa stand, ehrlich verzweifelt und hilflos in dieser Leichenhalle. Barroso sagte, er werde diese Särge sein Lebtag nicht vergessen.

Nun ist die Realpolitik wieder zurückgekehrt nach Brüssel, jetzt gibt es andere Bilder. Sie zeigen drei lächelnde Politiker: die EU-Kommissare Cecilia Malmström, zuständig für Innenpolitik, und Stefan Füle, zuständig für Erweiterung, mit dem türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu in ihrer Mitte. Sie haben sich gerade geeinigt: Die Türken nehmen die Flüchtlinge zurück, die über ihr Land in die EU kommen (die meisten nehmen diese Route) - und die Europäer lockern dafür die Visumspflicht für Türken. Die EU will damit ihre offene Flanke im Osten schließen. Der Deal: Die Türken sollen es leichter haben, es dafür aber anderen schwerer machen.

Das Abkommen mit der Türkei ist ein weiterer Stein in der Festung Europa. Die EU zeigt damit, dass sie nie vorhatte, etwas an ihrer Flüchtlingspolitik zu ändern. Dieser Tauschhandel ist ein Hohn: Im türkischen Asylsystem dürfen nur EU-Bürger Anträge stellen. Wer aus Eritrea oder Afghanistan kommt, für den wird die Türkei damit zur Flüchtlingssackgasse.

Warum lassen sich die Türken darauf ein? Sie sind mit ihrer außenpolitischen Annäherungsstrategie gescheitert. "Null Probleme" mit den Nachbarn, besonders den östlichen, lautete der Plan, der wegen all der Aufstände und Kriege nicht so recht aufgeht. Nun schaut man wieder mehr in Richtung Westen und biedert sich prompt als Türsteher Europas an. Dabei ist die Türkei schon mit den mehr als 600 000 Flüchtlingen aus Syrien überfordert, die sozialen Spannungen steigen. Und nun will man für das bisschen Reisefreiheit die Drecksarbeit der Europäer erledigen?

Die Visavergabe hätte schon längst erleichtert werden müssen, ohne zynische Gegenleistung. Denn sie hat nie ihr angebliches Ziel erreicht, die illegale Migration zu verhindern. Und wegen des steigenden Wohlstandes zu Hause haben die Türken ohnehin nicht vor, nach Ablauf ihrer Touristenvisa in Deutschland, Frankreich oder Spanien zu bleiben. Statt unmoralischer Deals sollten die Türken sich und die Europäer fragen, warum diese ohne Probleme jederzeit ein Visum für drei Monate in der Türkei bekommen und sie in europäischen Ländern nicht. So viel Selbstachtung muss sein.

Drecksarbeit Die Türken helfen der EU dabei, Flüchtlinge abzuwehren

VON ÖZLEM TOPÇU

Load-Date: December 12, 2013

End of Document

Reichtum für uns, Vertreibung für andere; Wer wegen des Klimawandels flieht, hat keinen Asylanspruch. Aber wenn Unwetter und Stürme Lebensgrundlagen vernichten, müssen Industrieländer Verantwortung übernehmen.

ZEIT-online

Dienstag 26. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Klimaflüchtling; Ausg. 48

Length: 647 words

Byline: Alexandra Endres

Body

Das Tarawa-Atoll, ein Teil Kiribatis (Archivbild)

© Torsten Blackwood/AFP/Getty Images

Niemand weiß, wie viele Klimaflüchtlinge es jetzt schon gibt. Schätzungen zufolge sind mehrere Millionen wegen extremer Wetterverhältnisse auf der Flucht. Sie verlassen ihre Heimat nach einer Flut oder wegen eines Wirbelsturms, weil Trockenheit ihre Felder ausdörft, das Grundwasser salzig wird oder Erosion den Ackerboden wegträgt.

Wer vermag schon zu sagen, welchen Anteil der Klimawandel daran hat? Erosion ist häufig vom Menschen gemacht. Überschwemmungen, Dürren und Taifune hat es schon immer gegeben. Welche Zerstörungen sie anrichten, hängt auch davon ab, wie wohlhabend ein Land ist und wie sehr es seine Armen schützen kann.

Das Beispiel Kiribatis und anderer Südseeinseln ist eindeutig. Kiribati ist die Heimat Ioane Teitiotas, des Mannes, dessen Klage auf Asyl gerade von einem neuseeländischen Gericht abgewiesen wurde. Teitiotas wollte der erste anerkannte Klimaflüchtling der Welt werden, und er ist damit gescheitert.

Inseln werden unbewohnbar

Die größte Bedrohung Kiribatis ist der Klimawandel. Nicht nur, weil die Stürme heftiger werden und Trocken- und Regenperioden durcheinandergeraten sind, sondern, weil der Meeresspiegel steigt, jedes Jahr, unaufhaltsam. Und selbst wenn der Untergang von Kiribati noch abgewendet werden kann: Das Salzwasser könnte die Insel unbewohnbar machen. Noch leben hier mehr als 100.000 Menschen. Wo sollen sie hin?

Aus Sicht des Völkerrechts haben sie keine Chance, als Flüchtlinge anerkannt zu werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention besagt: Flüchtling ist nur, wer wegen seiner "Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen (seiner) politischen Überzeugung" in seinem Heimatland nicht

Reichtum für uns, Vertreibung für andere Wer wegen des Klimawandels flieht, hat keinen Asylanspruch. Aber wenn Unwetter und Stürme Lebensgrundlagen vernichten,

mehr sicher ist und deshalb nicht mehr zurückkehren kann. Wer aber rein rechtlich kein Flüchtling sei, erklären die Vereinten Nationen, "befindet sich in einer ähnlichen Lage wie ein illegaler Ausländer und kann abgeschoben werden". So wie jetzt Ioane Teitiota.

Seit Jahren kämpfen die Vertreter der Südsee-Inseln und Menschenrechtsgruppen darum, Klimaflüchtlinge anzuerkennen, aber bislang drangen sie damit kaum durch. Vor drei Jahren einigten sich die Vertragsparteien auf dem Klimagipfel in Cancún lediglich darauf, das "Verständnis von und die Zusammenarbeit in Bezug auf klimainduzierte Vertreibung, Migration und Umsiedlung zu verstärken".

Verantwortung der Industriestaaten

Doch in der Praxis hat sich seither wenig getan. Und die jüngste Klimakonferenz in Warschau hat gerade wieder bewiesen, wie wenig Entschädigung die ärmsten Staaten der Welt für Klimaschäden von den Reichen zu erwarten haben - trotz des Taifuns Haiyan und des Einsatzes von Nader "Yeb" Saño, dem Delegierten der Philippinen.

Cancún, Warschau, der verlorene Prozess von Ioane Teitiota: Alle drei Beispiele zeigen, wie die internationale Gemeinschaft gegenüber jenen versagt, deren Lebensgrundlagen durch den Klimawandel bedroht sind. Man könnte sagen, die Dinge bewegen sich eben langsam, wenn Entscheidungen im Konsens gefällt werden müssen, wie auf Klimagipfeln.

Doch es wäre trügerisch, auf die Handlungsfähigkeit kleinerer Staatengruppen wie etwa der G 20 zu hoffen. Wollte etwa dieser Zusammenschluss der mächtigsten Staaten der Welt helfen, dann wären die G 20 sicherlich schnell dazu in der Lage.

Doch es sind gerade die reichen Staaten, die blockieren. Das ist besonders beschämend. Der hohe Lebensstandard der entwickelten Länder basiert auf der gleichen Industrialisierung, die den Klimawandel maßgeblich verursacht hat und nun die Existenz vieler in den Entwicklungsländern bedroht. Ganz egal, wie kompliziert eine Neuregelung des Flüchtlingsrechts sein mag: Die Reichen sind in der Verantwortung. Jetzt. Es ist höchste Zeit, das zu akzeptieren.

Load-Date: November 26, 2013

Mitgefühl, kein Mitleid; Die Sozialpädagogin Birgit Witte hilft Flüchtlingen beim Ankommen. Ein Besuch im Asylbewerberhaus Rostock

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

26. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN, BERUF SPEZIAL SOZIALPÄDAGOGEN UND SOZIALARBEITER; Mitgefühl, kein Mitleid; S. 89; Ausg. 40

Length: 1704 words

Byline: Johanna Schoener

Body

VON JOHANNA SCHOENER

Ein Zaun aus Eisen markiert die Besonderheit des Ortes. Am Neuen Friedhof liegt er, an der Endstation der Straßenbahnlinie 3 und 6, gerade noch innerhalb des Tarifzonengebiets von Rostock. Vom Eingangstor aus führt ein Weg auf sechs sanierungsbedürftige Häuser zu. Hier, am Rande der Gesellschaft, auf einem ehemaligen Polizeigelände, leben rund 240 Asylsuchende. Im mittleren Haus haben Sozialarbeiter ihr Büro. Es ist einer der ersten kühlen Tage im September. Draußen riecht es nach Herbst, drinnen nach Ärger.

Ihre Arbeitswoche hat eben erst begonnen, doch Birgit Witte ist schon ganz aufgebracht. Am Wochenende hat ein Jugendlicher versucht, bei einem Nachbarn einzubrechen. Dreimal hatte die Sozialpädagogin den Wachdienst des Heims am Telefon. Die Beschreibung ist eindeutig, es war der Sohn einer Flüchtlingsfamilie, die sie betreut. »Das geht so nicht«, sagt Witte, sie lehnt an der Heizung und tastet nach Wärme. »Ich will nicht, dass das gute Verhältnis zu den Nachbarn gestört wird. Ich hab keine Lust auf Bürgerwehren oder andere absurde Dinge.«

So ein Satz ruft zurzeit Bilder hervor von NPD-Mitgliedern und Berliner Bürgern, die gegen das neue Flüchtlingsheim in Marzahn-Hellersdorf protestieren. Die meisten Deutschen haben wenig Ahnung, wie der Alltag in einer Asylbewerberunterkunft aussieht. Solche Einrichtungen werden gewöhnlich nur dann zum Thema, wenn jemand meint, sie rücken zu nah an die Gesellschaft heran, und Ärger macht.

Was sich drinnen abspielt? Welche Sorgen und Nöte die Bewohner haben? Wer sich um sie kümmert? Ein Tag mit Birgit Witte in der Rostocker Gemeinschaftsunterkunft kann Antworten geben und Ängste nehmen.

Rund 20 Quadratmeter misst das Büro im Erdgeschoss, das sich die Sozialpädagogin mit vier Kollegen und einer Praktikantin teilt. Das ist eng mit den sechs Schreibtischen, aber nebenbei bemerkt Witte, dass der Raum immer noch größer sei als die Zimmer für die Flüchtlinge. Zu dritt wohnen darin Familienmitglieder und einander völlig fremde Menschen. Sie sind aus Afrika, dem Nahen Osten und Osteuropa vor Krieg, politischer Verfolgung und Armut geflohen. Nach Deutschland kommen sie, weil sie Asyl suchen, in dieses Büro, weil sie Hilfe dabei brauchen.

Mitgefühl, kein Mitleid Die Sozialpädagogin Birgit Witte hilft Flüchtlingen beim Ankommen. Ein Besuch im Asylbewerberhaus Rostock

Es ist, als kämen die Aufgaben hier in Wellen angerollt, die den Lärmpegel steigen lassen. Auf dem Höhepunkt finden vier, fünf Gespräche gleichzeitig statt, während die nächsten Bewohner im Raum stehen und warten. Manche wollen nur ihre Post holen. Andere aber sind auf Beratung angewiesen, weil sie sonst an Alltäglichkeiten scheitern würden. So nennt Witte die Vorgänge, bei denen sie die Flüchtlinge unterstützt: Sie füllt Anträge aus, sucht Ärzte und Kindergartenplätze, bestellt Dolmetscher, nimmt Anrufe von Lehrern entgegen, kommuniziert mit Anwälten, Behörden und Institutionen.

An der Tür hängt eine Karte, auf der steht: »Hilf dir selbst, sonst hilft dir ein Sozialarbeiter.« Witte lacht darüber, sie lacht überhaupt oft. Ihre Augen unter dem blonden Pony werden dabei zu Halbmonden, die 42-Jährige hat dann etwas sehr Junges, Freches. Doch was auf dem Schild ironisch nach Drohung klingt, knüpft an die Kernfrage sozialer Arbeit an. Wie hilft man Menschen so, dass sie ihre Probleme selbst lösen können? Auf solche Fragen antwortet Witte mit einer Konzentration, die bemerkenswert ist in einem Arbeitsrhythmus, an dem Unterbrechungen das Verlässlichste sind.

»Sozialpädagogik dient dazu, Menschen, die am sogenannten Rand der Gesellschaft stehen, gesellschaftsfähig zu machen«, sagt sie. Sie selbst stehe durch das, was sie sei - gebildet, weiß, deutscher Pass, angestellt - , in der Mitte der Gesellschaft. Deswegen müsse sie bei ihrer Arbeit immer wieder hinterfragen: Ist das der richtige Weg? Wäre es nicht auch in Ordnung, die Leute so zu akzeptieren, wie sie sind? »Das ist wichtig, um nicht zu viel Druck aufzubauen auf Menschen, die völlig anders sozialisiert sind. Und um der Umwelt gewisse Dinge erklären zu können, sie um Zeit für Entwicklung zu bitten.«

Lehrern muss sie zum Beispiel klarmachen, dass die Kinder einer Roma-Familie erst lernen müssen, wie wichtig Hausaufgaben und Pünktlichkeit hier sind. Die Eltern haben nie eine Schule besucht. Woher sollen sie wissen, was ein Heft in Lineatur F6 ist? Witte muss ja selbst erst fragen, wenn ihr Achtjähriger mit solchen Aufträgen aus der Schule kommt. Ihre Geduld hört allerdings auf, wenn der älteste Sohn der Familie einen Einbruch versucht.

Trotz ihrer zugewandten ruhigen Art wird sie recht deutlich im Gespräch mit dem Vater und dem Onkel des Jungen. Die Männer heben die Stimmen, wechseln vom Deutschen ins Serbokroatische, gestikulieren, sind ratlos. Sie fürchten, der Sohn könne durch seine Aktion vom Wochenende ihre Chance auf Aufenthalt gefährden. Witte verabredet weitere Gespräche. Miteinander reden ist ihr Job, Maßregelungen gehören nicht dazu. Die Polizei ist bereits verständigt, mehr kann sie nicht tun. Das heißt aber nicht, dass ihr Ärger schon verflogen ist.

In anderen Heimen würde man den Vorfall vielleicht als normal empfinden. Im Asylbewerberhaus Rostock, das seit einigen Jahren vom Verein Ökohaus betrieben wird, bespricht das kleine, demokratisch organisierte Team in der Mittagspause noch mal alles bei selbst gekochter Bolognese. Man ist stolz darauf, wie friedlich es hier ist. Es gibt kaum Zwischenfälle, aber Sommerfeste, zu denen Nachbarn eingeladen werden, eine Kletterwand, an der auch Kinder von außerhalb trainieren, und Ehrenamtliche, die bei Hausaufgaben helfen.

Ein gutes Jahr bleiben die Flüchtlinge im Schnitt in der Gemeinschaftsunterkunft, danach werden sie in Wohnungen untergebracht. Seit Kurzem gibt es in Rostock zwei Sozialpädagogen für die dezentrale Betreuung. Die Stadt hat eine recht positive Einstellung zur Aufnahme von Migranten. Das ist wohl auch dem Umstand geschuldet, dass der Name Rostock seit 21 Jahren fest verbunden ist mit rassistischen Ausschreitungen im Stadtteil Lichtenhagen. »Lichtenhagen ist immer dabei«, sagt Witte. Als zehn Kilometer entfernt von hier eine Menschenmenge ein Asylbewerberheim in Brand steckte, arbeitete sie als Heimerzieherin an der Ostsee. Mit Freunden fuhr sie zur Gegendemonstration, doch die Polizei stoppte die Gruppe, zu links hätten sie ausgesehen. Wenn Witte lächelt, blitzt noch manchmal ihr Lippenbändchenpiercing hervor.

Zwischen ihrer Arbeit damals und heute liegen ein erziehungswissenschaftliches Studium mit Schwerpunkt Sozialpädagogik und interkulturelle Erziehung, ein paar Semester Philosophie, entwicklungspolitische Arbeit und die Gründung von Lobbi, einem Verein für Betroffene rechter Gewalt. Als sie ihre Diplomarbeit zum Thema »Migration als kritisches Lebensereignis« schrieb, ahnte Witte noch nicht, dass sie mit Menschen arbeiten würde, die unvorstellbare Gewalt erleiden mussten. Die ihre Familie verloren haben und mit nichts ankommen im fremden Land.

Mitgefühl, kein Mitleid Die Sozialpädagogin Birgit Witte hilft Flüchtlingen beim Ankommen. Ein Besuch im Asylbewerberhaus Rostock

Sie herzlich zu empfangen ist Witte wichtig. Für Neuankömmlinge sucht sie im Lager des Hauses Bettwäsche, Geschirr und Putzzeug zusammen. Im Zimmer selbst achtet sie darauf, dass die Fenster geputzt und die Gardinen gewaschen sind. So ein leerer Raum mit drei Betten und einem Tisch in der Mitte wirkt dennoch trist. »Meine Hochachtung vor allen Leuten, die es schaffen, hier ohne größere Konflikte und Gewalt so beengt zu leben«, sagt Witte, »ich muss ja nicht nur mit anderen Menschen in einem Zimmer wohnen. Ich verstehe die Sprache hier nicht, ich kann nicht arbeiten, ich vermisse meine Familie, ich muss das alles bewältigen ...« Sie wechselt oft die Perspektive und sagt »ich«, statt über Menschen zu reden. Es klingt nach Mitgefühl, nicht nach Mitleid.

In der Gemeinschaftsküche steht ein Arzt, der vor wenigen Tagen aus Syrien gekommen ist, und schnippelt Gemüse. Er lädt Witte zum Essen ein. Sie bedankt sich freundlich und lehnt ab. Die Menschen hier sind keine Freunde, sondern Klienten. Anfangs hat sie Schicksale so nah an sich herangelassen, dass sie nachts nicht schlafen konnte. Inzwischen hat sie gelernt, sich abzugrenzen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass ihre Arbeit hinter dem Zaun endet. Sozialpädagogik hat für Witte eine politische Dimension. Es reicht ihr nicht, die Situation der Flüchtlinge hier im Haus zu verbessern, sie möchte auch in die Gesellschaft hineinwirken. Deswegen macht sie Bildungsarbeit in Schulen, geht zu Treffen mit dem Flüchtlingsrat, mit der Opferberatung, mit Fraktionen und Vereinen. In ihrem Alltag berühren sich große Fragen (Wie können wir in Rostock eine Krankenkassenkarte für Flüchtlinge durchsetzen?) mit konkreten Anliegen (Mein Kind hat Halsschmerzen, woher bekomme ich ein Medikament?).

Gegen Ende des Tages schwatzt sie noch mit einer Familie, die loszieht, um Gummistiefel zu kaufen. Bei Regen verwandelt sich der Weg raus aus dem Gelände nämlich in einen Pfützenparcours, den man kaum umgehen kann. Ein beiläufiges Gespräch, doch vielleicht ist es wichtig für die Familie, dass Witte Interesse an ihrem Alltag zeigt. Es sieht aus, als würde es ihr leichtfallen.

Sie hat ihren Beruf gewählt, weil sie sich bereichert fühlt von Menschen, die Dinge anders sehen und erleben als sie. Wenn es nach ihr ginge, wäre der Zaun längst weg. Die Eisenstäbe wirkten schließlich, als müsse jemand geschützt werden, drinnen oder draußen, in jedem Fall sei das ein verkehrtes Signal. Andererseits passt der Zaun zu diesem sensiblen Ort, wahrscheinlich ist er deswegen noch da - obwohl diese Grenze nicht selbst gewählt ist, weder von den Bewohnern noch von den Betreibern. Sie ist ein Relikt des früheren Nutzers.

Jede 9. Stellenanzeige für Akademiker galt im Jahr 2012 Sozialarbeitern und -pädagogen. Unter Hochschulabsolventen waren sie am gefragtesten

Auf dem Gelände einer alten Polizeischule in Rostock wohnen 240 Flüchtlinge. Birgit Witte versorgt sie bei der Ankunft mit dem Nötigsten zum Leben. Danach sind Gespräche ihre Hauptaufgabe

Um 40 Prozent stieg die Zahl der Beschäftigten in der sozialen Arbeit zwischen 2001 und 2011. Allerdings arbeiten 42 Prozent in Teilzeit

Load-Date: March 25, 2022

Einwanderung für Fortgeschrittene; Wer nützt Deutschland, wer nicht so sehr? Plädoyer für eine ehrliche Integrationspolitik

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Einwanderung für Fortgeschrittene; S. 6; Ausg. 48

Length: 1845 words

Byline: Elisabeth Niejahr

Body

Berlin, Prenzlauer Berg, ein Zettel an der Pinnwand einer kleinen Bäckerei: »Wir suchen für unsere Krabbelgruppe noch ein Kind mit Migrationshintergrund.« In den renovierten Altbauten nebenan wohnen viele Akademikerfamilien, es gibt in den Nachbarstraßen zwei Eltern-Kind-Cafés, drei Ballettschulen und viele Bioläden. Kopftuchmütter sieht man hier nie.

Berlin, Kreuzberg, eine Begegnung auf einem Kinderbauernhof: »Das war heute unser letzter Besuch«, schimpft eine Mutter mit einem kleinen Mädchen an der Hand. »Ich will nicht, dass meine Tochter Dealern bei der Arbeit zusieht.« Der Hof liegt im Görlitzer Park, bekannt geworden durch die meist dunkelhäutigen Cannabisverkäufer, die an den Eingängen stehen und Besucher ansprechen. Viele sind Flüchtlinge ohne Arbeitserlaubnis. Lange hielten die Anwohner still. Inzwischen melden sich vor allem Eltern zu Wort, sie verlangen mehr Kontrollen. Sie wollen ihren Park zurück.

Zwei Schauplätze in Berlin, zwei Reaktionen, zwei unterschiedliche Antworten auf die gleiche Frage: Wie halten wir es mit Fremden? Wie offen, wie gastfreundlich sind wir gegenüber Menschen, deren Familien nicht aus Deutschland stammen? Im Privatleben ist die Antwort einfach, sie lautet: Es kommt darauf an - ob Menschen sich an Regeln halten, ob sie unser Leben womöglich ein bisschen besser machen. Manchmal ist entscheidend, wie sehr sie unsere Hilfe brauchen. In jedem Fall wägen wir ab.

Die öffentliche Debatte über Flüchtlinge und Migranten funktioniert nach einem anderen Muster. Danach dürfte es eigentlich gar keine unterschiedlichen Reaktionen auf krabbelnde Kinder und Dealer geben - weil nämlich Religion, Kultur, Aussehen sowie ein diffuses Gefühl von »Fremdheit« darüber entscheiden, wen die Deutschen willkommen heißen und wer ausgegrenzt wird. Der islamistische Terror hat den Blick auf Türken und Araber im eigenen Land verändert. Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September sprechen deutsche Politiker über Integration meistens, als verlief die gesellschaftliche Trennlinie, die überwunden werden müsste, zwischen Christen und Muslimen. Mehrere Bundesinnenminister luden zu Islamkonferenzen ein, der frühere Bundespräsident Christian Wulff wollte die Integration vorantreiben, indem er behauptete, der Islam gehöre zu Deutschland.

Einwanderung für Fortgeschrittene Wer nützt Deutschland, wer nicht so sehr? Plädoyer für eine ehrliche Integrationspolitik

Tatsächlich sind aber soziale und ökonomische Faktoren oft mindestens so entscheidend wie kulturelle. Der syrische Ingenieur oder der Zahnarzt aus Afghanistan ist als Nachbar oder Kollege meistens wohlgehten, egal, ob er vor dem Einschlafen im Koran, in der Bibel oder nur in einem Krimi liest. Andererseits ist es kein Ausdruck von Islamophobie, wenn Menschen um eine aggressiv wirkende Clique junger Türken auf einem öffentlichen Platz lieber einen Bogen machen. Die Reaktion auf atheistische deutschstämmige Skinheads, die abends an Brandenburger Tankstellen herumhängen, ist schließlich ganz ähnlich.

Es wäre daher an der Zeit, in der Integrationspolitik weniger über Religion und häufiger über Ressourcen zu sprechen - und sie dann mit kühlem Ökonomenblick neu auszurichten. Nötig wäre eine neue Einwanderungspolitik, mit klaren Regeln, die man für richtig halten oder ablehnen kann.

Wer nützt uns, und wer schadet uns? Diejenigen, die keine Fremden mögen, haben diese Frage immer schon gestellt. »Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg«, hieß es früher am Stammtisch, und mit einer ähnlichen Tonlage hat die Alternative für Deutschland (AfD) gerade recht erfolgreich Wahlkampf gemacht. Sie warnte zwar nicht vor Konkurrenz um Jobs, aber vor Zuwanderung in die Sozialsysteme. Da kommen viele Ausländer aus Südosteuropa, lautete die heimliche Botschaft, und leben auf eure Kosten von Hartz IV. Wie verbreitet diese Sicht ist, zeigte Ende vergangenen Jahres eine Emnid-Umfrage, wonach 64 Prozent der Deutschen fürchten, eine verstärkte Zuwanderung führe zu höheren Ausgaben der Sozialämter und der Arbeitslosenversicherung. Die AfD gewann auf den letzten Metern enorm viele Protestwähler für sich, vor allem aus dem Reservoir der Linkspartei.

Fremdenfeindlichkeit, zeigt das, ist nicht gleichzusetzen mit Rassismus, sondern kommt oft im Gewand des Ressourcenkampfes daher. Schon der Bestseller des früheren Bundesbank-Vorstandes Thilo Sarrazin (*Deutschland schafft sich ab*) war nicht nur ein ressentimentgeladenes Pamphlet, sondern auch eine Sammlung scheinbar objektiver volkswirtschaftlicher Analysen.

Woran scheitert Integration, bei uns und anderswo? Für Ökonomen ist nicht erstaunlich, dass auch Länder mit langer liberaler Tradition wie Dänemark oder die Niederlande so anfällig für Rechtspopulismus sind. Es gibt dafür eine schlichte, bestechende Erklärung: Die Widerstände steigen, je mehr es von staatlicher Seite zu verteilen gibt. Mit dem Umfang der garantierten Sozialleistungen wachsen demnach die Vorbehalte gegenüber Fremden, die davon womöglich ohne eigene Leistung profitieren. Umgekehrt fällt es den Vereinigten Staaten leichter, Zuwanderer ins Land zu lassen, weil neue Staatsbürger weniger Ansprüche an den Staat reklamieren können. Wenn vom Staat wenig umverteilt wird, wird vom Bürger auch seltener Sozialschmarotzertum unterstellt.

Der Harvard-Ökonom Edward Glaser analysiert: Je ähnlicher die Menschen in einem Land einander sind, desto größer ist die Bereitschaft, mit Sozialleistungen füreinander einzustehen. Der katholische Ire in Brooklyn, der zwischen Vietnamesen und Russen lebt, ist demnach weniger willig, Rente oder Krankenversicherung seiner Mitbürger zu finanzieren, als der Däne oder Schwede, dessen Nachbarn ähnliche Gerichte essen und ihren Kindern ähnliche Vornamen geben. Multikulturelle Gesellschaften neigen zu weniger Umverteilung, sagt Glaser. Das ist ein Gedanke, der in der deutschen Debatte fehlt.

Das gilt auch für den amerikanischen Glauben, dass Geld über den sozialen Status entscheidet, gesellschaftliche Akzeptanz also quasi käuflich ist. Das Problem der Amerikaner besteht darin, dass dieser Mythos so nicht stimmt und es eben doch nicht jeder reiche Inder in die Ostküstenelite schafft. In Deutschland besteht eher das umgekehrte Problem: Wir unterschätzen Geld als interkulturellen Gleichmacher. Vielleicht auch deshalb, weil wir uns aus historischen Gründen so sehr für Religion und Rassismus interessieren. Der Holocaust hat das Bewusstsein für alltäglichen Fremdenhass geschärft, Generationen von Soziologen und Meinungsforschern haben seine Auswüchse sorgfältig dokumentiert. Das ist gut - und gleichzeitig eine Quelle für Missverständnisse: Manchmal wird Rassismus vermutet, wo Sozialneid als Erklärung ausreichen würde.

Wer mit dem ökonomischen Blick auf Integrationsprobleme schaut, begreift auch, warum sich die Gewerkschaften, die konservative Hälfte der SPD sowie die Linkspartei gegen Einwanderung so häufig sträuben. Die Vorbehalte rühren nicht nur daher, dass ihre Anhänger häufiger in der Nähe von Flüchtlingsheimen leben

Einwanderung für Fortgeschrittene Wer nützt Deutschland, wer nicht so sehr? Plädoyer für eine ehrliche Integrationspolitik

und ihre Kinder eher Schulen mit hohem Ausländeranteil besuchen. Hinzu kommt die Konkurrenz im Job. Unternehmen, die sich momentan größte Mühe geben, mehr Ältere oder Geringqualifizierte zu integrieren, würden die Engpässe nur zu gern mit Zugereisten überbrücken. Es gibt sogar feministische Argumente gegen Zuwanderung. Frauenrechtlerinnen verwiesen manchmal auf Skandinavien, wenn sie ihre Bedenken deutlich machen wollen: Schweden und Norweger hätten Krippen und Ganztagschulen, weil sie auf weibliche Arbeitskräfte setzten in der Zeit, als die Deutschen ihre türkischen Gastarbeiter holten.

Das ist lange her. Heute ist schon der Gedanke falsch, es gäbe ein begrenztes Kontingent an Jobs, das zwischen Einheimischen und Ausländern aufgeteilt werden müsste. Dafür ist der Fachkräftebedarf viel zu groß. Heute brauchen viele Unternehmen qualifizierte Zuwanderer, damit sie Jobs für Einheimische erhalten oder schaffen können - wie bei einem Orchester, das den Starviolinisten aus Japan einfliegen muss, damit die Bratschisten spielen können.

Trotzdem würde es zu einer neuen, ehrlichen Integrationsdebatte gehören, offen darüber zu sprechen, dass Zuwanderung auch Verlierer produzieren kann - selbst wenn sie der Volkswirtschaft insgesamt nützt. In den Vereinigten Staaten hat diese Debatte gerade die Hochschulen erreicht. Immer mehr Amerikaner glauben, dass private amerikanische Eliteuniversitäten Quoten für weiße Mittelschichtskinder brauchen. Diese Studenten konkurrieren bei den Aufnahmetests für Harvard, Yale und Stanford mit Hochbegabten aus der ganzen Welt. Nun klagen amerikanische Eltern, dass ihr Nachwuchs zu wenig Chancen hat, an den Hochschulen des eigenen Landes zu reüssieren.

Deutschlands künftige Regierung hat gerade die Chance, neue, bessere Regeln für Migranten und Flüchtlinge zu erfinden. Ökonomischer Druck, der Fachkräftemangel speziell in der bayerischen Wirtschaft haben schon dazu beigetragen, dass selbst die CSU gerade ihre Haltung zur Asylpolitik und zu Einwanderern ändert. Auch dem letzten CSU-Hardliner fällt schwer, zu erklären, warum einerseits die Bundesarbeitsministerin auf die Philippinen reisen muss, um Pflege-Fachkräfte anzuwerben, und andererseits syrische Flüchtlinge selbst mit Ingenieurdiplom während der ersten Monate in Deutschland nicht arbeiten dürfen.

Falls sich dabei am Ende ein neuer, nüchterner und von ökonomischen Argumenten geleiteter Blick durchsetzt, wäre das ironischerweise auch ein Gewinn an Lebensqualität für die Betroffenen. Das ist nämlich das wichtigste Argument für eine nicht von religiös-kulturellen Kriterien geleitete Integrationsdebatte: Sie wäre menschenfreundlicher als bisher. Man würde auch diejenigen, deren Familien nicht seit Generationen in Deutschland leben, stärker als Individuen sehen, konkret und wandelbar, als Menschen, die ihr Leben in die Hand nehmen können, statt als Gruppe, deren Zukunft schicksalhaft festgelegt wäre. Man würde ihnen zutrauen, die eigene Lage durch Bildung, Fleiß, vielleicht auch unternehmerische Risikobereitschaft zu verbessern. Durch die bisherige Ansprache werden viele Migranten in ein Kollektiv gezwängt, obwohl dies oft gar nicht ihrem Lebensgefühl entspricht. Warum auch sollte sich ein türkischer Teenager mehr mit seiner Religion beschäftigen als ein christlicher Jugendlicher, der nur Weihnachten in die Kirche geht? Momentan werden Migranten vor allem als Angehörige einer Welt angesprochen, die gerade Frauen oft gern hinter sich lassen würden. Das Ideal sollte eine Gesellschaft sein, die mehr über unterschiedliche Religionen weiß als früher, aber weniger Aufhebens davon macht, dass es diese Unterschiede gibt. Ausgerechnet den Muslimen, die lange, gern und erfolgreich in Deutschland leben, hat die Politik mit ihrem bisherigen Kurs manchmal mehr geschadet als genützt.

VON ELISABETH NIEJAHR

Beim Thema Migration wird zu viel über Kopftücher geredet und zu wenig über Geld, Beruf und Bildung

Load-Date: March 25, 2022

Einwanderung für Fortgeschrittene Wer nützt Deutschland, wer nicht so sehr? Plädoyer für eine ehrliche Integrationspolitik

End of Document

»Das macht dich fertig«; Pawel ist homosexuell, er floh aus Angst vor Bestrafung aus Russland nach Deutschland. Hier wurde er als schwuler Flüchtling anerkannt. Eine Begegnung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

24. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; »Das macht dich fertig«; S. 7; Ausg. 44

Length: 1488 words

Byline: Alexandra Rojkov

Body

Als der Anruf kam, wusste Pawel nicht, wohin mit seinem Glück. Mit wem sollte er es teilen? In der **Flüchtlingsunterkunft**, in der er lebte, hatte er keine Freunde, und auch sonst kannte er niemanden in der Stadt. Er war ja erst seit ein paar Monaten in Deutschland.

Also ging Pawel los und kaufte einen Strauß rote Rosen. Einzeln verteilte er sie auf der Straße, lächelnd, wortlos. Die Passanten wunderten sich, manche wimmelten ihn ab. Aber an diesem Tag konnte Pawel nichts kränken.

Die Behörden hatten entschieden, dass er in Deutschland bleiben darf. Pawel wusste, dass er jetzt ohne Angst leben würde. Selbstbestimmt, wie er wollte. Und mit wem er wollte.

Pawel, zuletzt wohnhaft in Nowosibirsk, ist schwul. Im April 2013 floh er aus Russland. Aus einem Land, in dem Homosexuelle eine Anzeige fürchten müssen, wenn sie ihre Liebe öffentlich zeigen. Einem Land, in dem Nationalisten schwule Jugendliche mit Urin übergießen und Videos davon ins Netz stellen. Aus einem Land, »gefüllt mit Hass«, wie Pawel sagt. Am 26. April stellte Pawel in der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt seinen Antrag auf **Asyl** in Deutschland. Pawel ist wahrscheinlich der erste Homosexuelle aus Russland, den die Bundesrepublik als politischen **Flüchtling** anerkennt.

Homosexuelle werden in Russland offen diskriminiert. Seit 2006 verabschiedeten mehrere Stadt- und Regionalparlamente Gesetze, die es verbieten, »in öffentlichen Aktionen« über Homo-, Bi- und Transsexualität aufzuklären. Seit Juni dieses Jahres steht dies in ganz Russland unter Strafe. Politiker wie der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Markus Löning (FDP) oder Linken-Fraktionschef Gregor Gysi forderten daraufhin, russischen Homosexuellen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, Asyl zu gewähren.

Um in Deutschland als Flüchtling anerkannt zu werden, muss man nicht nur Verfolgung nachweisen, sondern auch, dass der Staat Homosexuelle nicht schützen kann oder sogar nicht will. Die Berliner Anwältin Barbara Wessel, die Pawel vertritt, sagt, ihr Mandant habe »ganz klar staatliche Verfolgung erlitten«.

»Das macht dich fertig« Pawel ist homosexuell, er floh aus Angst vor Bestrafung aus Russland nach Deutschland. Hier wurde er als schwuler Flüchtling anerkannt.

Pawel sieht älter aus als die 26 Jahre, die er ist. Sein Leben hat er zurückgelassen. Er hat seinen Job als Mediziner in einer Klinik aufgegeben, sich von seiner Mutter verabschiedet. Nach seiner Familie sehnt er sich, aber nach Russland? »Ich möchte dieses Land vergessen wie einen bösen Traum«, sagt Pawel.

Schon mit zehn oder elf Jahren merkte Pawel, dass er sich zu anderen Jungen hingezogen fühlte. »Ich dachte, ich sei nicht normal«, sagt Pawel, »also versuchte ich, es zu unterdrücken.« Aufklärung, »das, was heute Propaganda genannt wird«, gab es in dem Dorf, in dem er damals lebte, nicht. Pawel legte sich Ausreden zurecht. Dass er keine Freundin hatte, lag eben daran, dass er viel für die Schule lernte. Dass er so viel Zeit allein verbrachte, war seinem Nebenjob geschuldet, mit dem er sein Studium finanzierte. »Du musst auf jedes Wort achten, dich ständig kontrollieren. Das macht dich fertig.« Drei Selbstmordversuche hat er hinter sich.

Mit 17 Jahren beschloss Pawel, sich zu outen. »Ich wusste, dass das Leben danach nicht leichter wird. Aber ich wollte zumindest inneren Frieden.« Seine Mutter weinte. »Sie liebt mich«, sagt Pawel. »Ihr war nur klar: Ab jetzt wird es ihr Sohn nicht leicht haben.« Freunde sahen Pawel plötzlich mit anderen Augen. Er war nicht mehr der Mensch, den sie schätzten, der Arzt, der heilte, sondern der Schwule. Als habe er eine ansteckende Krankheit. »Die Menschen sehen in dir ein Monster«, sagt Pawel. »Wahrscheinlich hat mich die halbe Stadt schon mal beschimpft.«

Pawel verliebte sich. Ging er mit seinem Freund aus, bat Pawel Freundinnen, sie zu begleiten - zu groß war die Angst, auf der Straße angegriffen zu werden. Irgendwann bekam er, mittlerweile berufstätig, Probleme bei der Arbeit. Was er konnte, zählte oft weniger, als wen er liebte. Schließlich packte Pawel eine Reisetasche und floh.

Wie viele Menschen in Deutschland Zuflucht suchen, weil sie wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, ist nicht bekannt. Der Verein Pro Asyl schätzt, dass es sich um einige Hundert Fälle pro Jahr handelt. Quarteera, eine Organisation, die sich um Lesben, Schwule und Transsexuelle mit russischem Migrationshintergrund kümmert, berichtet von fünf Personen, die seit April aus Russland geflohen seien und sich bei der Organisation gemeldet hätten. Sie haben Anträge auf Asyl gestellt. Die Entscheidung steht noch aus. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge teilte mit, man beobachte die Entwicklung in der Russischen Föderation. Das russische Gesetz führe aber noch nicht zu einer »generellen Schutzgewährung«.

Auch Pawel wandte sich, in Berlin angekommen, an Quarteera. »Ich weiß nicht, was ich ohne sie gemacht hätte«, sagt er. Die Anrufe der Mitarbeiter halfen ihm in der Zeit bis zur Anhörung. »Im Wohnheim bist du kein Mensch, sondern nur eine Nummer.« Pawel war nach Deutschland gekommen, um offen leben zu können. Doch in den Asylunterkünften war niemand auf einen schwulen, russischen Flüchtling eingestellt. »In den Lagern gehörte jeder zu einer Gruppe: Tschetschenen, Kurden, Araber«, erzählt Pawel. »Nur ich war allein. Wenn ich gesagt hätte, dass ich schwul bin, hätte man mich in kleine Stücke geschnitten.«

»Er hat in den Heimen gelitten«, sagt Pawels Anwältin, die ihn damals erlebt hat. »Er hatte Angst, dass der Antrag abgelehnt wird und ihm auch seine gute Ausbildung nichts hilft. Dass er stattdessen jahrelang im Heim vor sich hin vegetieren muss.«

In einigen Fällen dauert es bis zur endgültigen Entscheidung Jahre. Bei Pawel kam an einem Montag im August der Anruf. Knapp einen Monat nach seiner Anhörung stand fest: Er wird als Flüchtling anerkannt.

Trotz aller Widrigkeiten - Pawel hat es nicht bereut, Russland verlassen zu haben. »Die Schrauben werden sich zuziehen«, sagt er. »Putin wollte Russland mit allen Mitteln vom Westen abgrenzen. Dafür hat er den Hass entfesselt.« Pawel spricht klar und ohne Furcht. In russischen Medien sind inzwischen Artikel über den ersten Schwulen aufgetaucht, der nach Deutschland floh. »Hoffentlich machen die bald alle rüber«, heißt es unter einem Text. Andere Kommentatoren vermuten, Pawel habe sich seine Verfolgungsgeschichte nur ausgedacht. »Ihre angeblichen Probleme haben die Schwulen doch selbst erfunden!«, ätzt ein Kommentator. Ein anderer fragt: »Wenn ich schwul werde - kann ich dann auch auswandern?«

Er macht sich Sorgen um seine Mutter, die in Nowosibirsk geblieben ist. Er will sie schützen: Vor Reportern, die sie bedrängen, Repressalien, die sie an seiner statt erreichen könnten. Deshalb möchte er, obwohl er sonst offen

»Das macht dich fertig« Pawel ist homosexuell, er floh aus Angst vor Bestrafung aus Russland nach Deutschland. Hier wurde er als schwuler Flüchtling anerkannt.

spricht, anonym bleiben: Pawel ist nicht sein richtiger Name. Deshalb sollen Details seiner Reise nicht beschrieben werden.

Seit Quarteera Ende September Pawels Anerkennung bekannt gab, verzeichnet die Organisation einen drastischen Anstieg der Anfragen aus Russland.

Pawels Tage sind nun gefüllt mit den Formalitäten der Freiheit. Welchen Sprachkurs kann er bekommen? Wie wird sein Abschluss anerkannt? Immer heißt es: Nummer ziehen, warten, nichts geht ohne Termin. Die strikten Zuständigkeiten sind neu für Pawel, die Sprache ebenso. Mitglieder von Quateera übersetzen auf den Ämtern. Pawel stellt klar: Das sei nur vorübergehend. »Sechs Monate brauche ich, um die Sprache zu lernen. Noch mal sechs, um einen Job zu finden.« Schon im Wohnheim hat er unregelmäßige Verben gepaukt.

Pawel träumt, macht Pläne: heiraten, Kinder großziehen. »Geht das in Deutschland?« Man merkt ihm die Aufregung über sein neues Leben an. Ständig fragt er: Darf man das?, und: Warum machen die Deutschen jenes? Pawel geht niemals bei Rot über die Straße, und die erste Zeit sammelte er seine Zigarettenkippen in einem Tütchen in seiner Tasche, weil er sich nicht traute, sie auf den Boden zu werfen.

Am Tag unserer Begegnung hat Pawel einen Termin beim Friseur. Er lässt sich die Seiten stutzen - zurück bleibt ein Irokesenschnitt. Er streicht sich über den Kopf, schaut sich im Spiegel von allen Seiten an. »Mit so einer Frisur würde ich in Russland sofort eins aufs Maul kriegen«, sagt Pawel grinsend. Und wundert sich sofort: »Kann ich hier wirklich so rausgehen?«

Später kommt ihm auf der Straße ein schwules Paar entgegen, sie halten sich an den Händen. Pawel bleibt abrupt stehen. Er sieht den beiden Männern lange nach. »Ich bin das noch nicht gewohnt«, sagt Pawel. »Es wird dauern, bis ich mich so etwas traue.« Nicht nur Pawel wird es so gehen. Der Fall eines zweiten Homosexuellen aus Russland steht kurz vor der Anerkennung.

VON ALEXANDRA ROJKOV

Homosexuelle werden in Russland offen diskriminiert, verfolgt und bestraft. Seit 2006 ist öffentliche Aufklärung über Homo-, Bi- und Transsexualität in zahlreichen Regionen verboten

Load-Date: March 25, 2022

Die CDU flirtet mit den Neudeutschen; Das Wählerpotenzial ist enorm: Die CDU wirbt um Deutsche mit ausländischen Wurzeln, holt sie in Vorstand und Bundestag. Aktionismus oder echte Wende? Von Nicole Sagener

ZEIT-online

Dienstag 30. April 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: WAHLKAMPF; Ausg. 17

Length: 1150 words

Byline: Nicole Sagener

Body

Cemile Giousouf, Hoffnungsträgerin der CDU

© Caroline Seidel/dpa

Cemile Giousouf könnte der Durchbruch für die CDU sein. Die 34-Jährige wird im Wahlkreis Hagen als Bundestagskandidatin antreten. Sollte sie gewinnen, wäre sie dort die erste türkischstämmige Abgeordnete der CDU.

Die Partei von Bundeskanzlerin Merkel hat sich auf den Weg zu den **Migranten** gemacht. Deutschland solle ein "Integrationsland" werden, sagte jüngst die Kanzlerin. Und im Vorstand der CDU selbst sitzen seit dem Parteitag im vergangenen Dezember vier Politiker mit **Migrationshintergrund**. Auch im öffentlichen Dienst setzt sich die unionsgeführte Bundesregierung für mehr Menschen mit ausländischen Wurzeln ein.

Es scheint, als habe die Partei das riesige Wählerpotenzial der Migranten in Deutschland erkannt. Einerseits. Andererseits ist sie gegen die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft sowie gegen ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus Nicht-EU-Staaten. Zwei für Migranten und ihre Kinder sehr wichtige Anliegen. Der Unions-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder etwa hatte erst vor einem Jahr im Vorfeld der Islamkonferenz seinen Standpunkt bekräftigt, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Ist das Werben um die Migranten also vor allem Kalkül, oder ein tatsächliches Umdenken?

5,6 Millionen Wähler mit Migrationsgeschichte

Menschen mit Migrationshintergrund sind laut amtlicher Statistik alle seit 1949 Eingewanderten und deren Nachkommen. Dass diese Gruppe - inzwischen 16 Millionen Menschen - nicht nur die Zukunft des Landes mitbestimmen wird, sondern auch die der CDU selbst, hat die Union ganz offensichtlich erkannt: Knapp zehn Prozent der Wahlberechtigten, 5,6 Millionen, haben Migrationsgeschichte.

Die CDU flirtet mit den Neudeutschen Das Wählerpotenzial ist enorm: Die CDU wirbt um Deutsche mit ausländischen Wurzeln, holt sie in Vorstand und Bundestag. Akt....

Besonders die Kinder und Enkel von Migranten sind heute eine ernstzunehmende Wählerklientel. Sie vertrauen sogar häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund auf ihre Fähigkeiten zur politischen Meinungsbildung. Zudem engagieren sich 32 Prozent der Deutschen mit Migrationshintergrund in politischen Initiativen.

Bislang wählen viele aus dieser Gruppe, sofern sie keine Spätaussiedler sind, eher die Parteien links der Mitte. Vor der Bundestagswahl 2009 gaben laut dem Islamarchiv in Soest 35 Prozent der wahlberechtigten muslimischen Bevölkerung an, die SPD wählen zu wollen, 17,7 Prozent zogen die Grünen vor. Die CDU lag hingegen bei knapp vier Prozent.

"Viele türkischstämmige sind konservativ"

Diese Schwäche hängt mit einem anderen Problem der Partei zusammen: Ihrem Absturz in den Großstädten. In den Städten mit 500.000 oder mehr Einwohnern liegt der Anteil von Familien mit Migrationshintergrund bei 43 Prozent. Genau dort haben die Konservativen in den letzten Jahren ihre größten Probleme. Die jüngsten Wahlverluste der CDU - sie konnte seit 2009 keine der 27 Bürgermeisterwahlen in den Großstädten mehr für sich entscheiden - dürften auch darin begründet sein, dass sich die Migranten nicht von der Partei angesprochen fühlen.

Dabei stimmen die Voraussetzungen eigentlich. "Viele türkischstämmige Deutsche sind konservativ und stimmen mit dem Weltbild der Christdemokraten in vielem überein", sagt Bülent Arslan, der Vorsitzende des Deutsch-Türkischen Forums in der Partei, das es seit 2009 gibt.

Doch Arslan ist gleichzeitig auch das beste Beispiel für die Probleme. 2002 hatte er versucht, für die Bundestagswahl einen Wahlkreis in Hagen zu gewinnen. Dann entschied sich der Kreisverband aber doch noch gegen ihn als Kandidaten. Zu groß war die Skepsis, ob ein türkischstämmiger Muslim die CDU vertreten könne. "Um die Sympathien der Menschen zu gewinnen, braucht die Partei mehr türkischstämmige Abgeordnete", ist Arslan überzeugt. In den Spitzengremien sieht es noch dünner aus.

Andere sind da viel weiter. Die Grünen haben schon 1994 mit Cem Özdemir den ersten türkischstämmigen Politiker in den Bundestag geschickt.

Nicht nur beim Spitzenpersonal, auch bei den Themen ist die Lücke noch groß. Es sind SPD, Linke, Grüne und FDP, die beispielsweise das kommunale Wahlrecht für Ausländer befürworten. Die CDU/CSU ist dagegen.

Auch Ertan Taskiran, Vorsitzender des Deutsch-Türkischen Forums der CDU in Berlin und seit 1994 Mitglied der Partei, sagt, das Vertrauensdefizit gegenüber den etablierten Parteien sei bei Migranten noch groß. "Viele sind frustriert, wenn Themen wie der EU-Beitritt der Türkei oder die doppelte Staatsbürgerschaft von vornherein strikt abgelehnt werden."

Einheitliche Stoßrichtung fehlt

Außerdem sei für viele der 4,3 Millionen Muslime in Deutschland die Religion ein wichtiges Thema, sagt Taskiran. Doch als unlängst der Zentralrat der Muslime forderte, zwei gesetzliche muslimische Feiertage in Deutschland einzuführen, lehnte die Union dies ab. Taskiran jedoch ist überzeugt: "Irgendwann werden die Feiertage eingeführt." Jetzt sei es aber noch zu früh.

Auch die Migranten in der Partei selbst sind sich nicht immer einig, wie das Thema religiöse Feiertage zeigt. Anders als Taskiran sagt Serap Güler, Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen und seit Kurzem im Parteivorstand: "Hier weitere Zeichen zu setzen ist nicht nötig, jüdische Feiertage sind schließlich auch nicht in der Diskussion." Dass der Partei bei solchen Fragen eine einheitliche Stoßrichtung fehlt, könnte ein Stolperstein im Kampf um Zuwanderer-Stimmen werden.

Dabei habe sich schon einiges verbessert, lobt Unionsmitglied Taskiran. Vor allem im Vergleich zur Unterschriftenkampagne des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), der 1999 gegen die doppelte Staatsbürgerschaft Stimmung gemacht hatte. "Projekte wie der Integrationsgipfel und die Islamkonferenz sind wichtige Signale und haben den Zuspruch zur CDU unter der türkischstämmigen Bevölkerung enorm gestärkt."

Die CDU flirtet mit den Neudeutschen Das Wählerpotenzial ist enorm: Die CDU wirbt um Deutsche mit ausländischen Wurzeln, holt sie in Vorstand und Bundestag. Akt....

"Brauchen keine zusätzliche Zuwanderung"

Darauf will Kanzlerin Merkel nun aufbauen. Kürzlich diskutierte sie erstmals mit Internetnutzern in einem Google Hangout. Thema: Integration. Und vor Beginn des NSU-Prozesses mahnte sie an, Offenheit gegenüber Zuwanderern sei schon wegen des demografischen Wandels in Deutschland erforderlich: "Wir werden weniger, wir werden älter und die Bevölkerungsstruktur wird vielfältiger werden."

Manche Unions-Vertreter vermitteln jedoch noch immer ein anderes Bild. 2010 etwa hatte CSU-Chef Horst Seehofer gesagt, Zuwanderer aus Kulturkreisen wie der Türkei und arabischen Ländern seien schwerer integrierbar und folglich konstatiert, "dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen". Der integrationspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Bernhard Lasotta befand vergangenes Jahr, von Flüchtlingen sei "mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass sie Straftaten begehen".

Den Spagat zwischen den alten Werten der CDU und der Annäherung an die Wünsche der Deutschen mit ausländischen Wurzeln zu schaffen, ist für die Konservativen offenbar noch immer ein Problem. Das werden die neuen Vorzeige-Migranten im Bundestag und Vorstand allein kaum lösen können.

Load-Date: April 30, 2013

Mitgefühl, kein Mitleid; Die Sozialpädagogin Birgit Witte hilft Flüchtlingen beim Ankommen. Ein Besuch im Asylbewerberhaus Rostock

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

26. September 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: CHANCEN; Mitgefühl, kein Mitleid; S. 89; Ausg. 40

Length: 1592 words

Byline: Johanna Schoener

Body

VON JOHANNA SCHOENER

Ein Zaun aus Eisen markiert die Besonderheit des Ortes. Am Neuen Friedhof liegt er, an der Endstation der Straßenbahnlinie 3 und 6, gerade noch innerhalb des Tarifzonengebiets von Rostock. Vom Eingangstor aus führt ein Weg auf sechs sanierungsbedürftige Häuser zu. Hier, am Rande der Gesellschaft, auf einem ehemaligen Polizeigelände, leben rund 240 **Asylsuchende**. Im mittleren Haus haben Sozialarbeiter ihr Büro. Es ist einer der ersten kühlen Tage im September. Draußen riecht es nach Herbst, drinnen nach Ärger.

Ihre Arbeitswoche hat eben erst begonnen, doch Birgit Witte ist schon ganz aufgebracht. Am Wochenende hat ein Jugendlicher versucht, bei einem Nachbarn einzubrechen. Dreimal hatte die Sozialpädagogin den Wachdienst des Heims am Telefon. Die Beschreibung ist eindeutig, es war der Sohn einer **Flüchtlingsfamilie**, die sie betreut. "Das geht so nicht", sagt Witte, sie lehnt an der Heizung und tastet nach Wärme. "Ich will nicht, dass das gute Verhältnis zu den Nachbarn gestört wird. Ich hab keine Lust auf Bürgerwehren oder andere absurde Dinge."

So ein Satz ruft zurzeit Bilder hervor von NPD-Mitgliedern und Berliner Bürgern, die gegen das neue **Flüchtlingsheim** in Marzahn-Hellersdorf protestieren. Die meisten Deutschen haben wenig Ahnung, wie der Alltag in einer **Asylbewerberunterkunft** aussieht. Solche Einrichtungen werden gewöhnlich nur dann zum Thema, wenn jemand meint, sie rückten zu nah an die Gesellschaft heran, und Ärger macht.

Was sich drinnen abspielt? Welche Sorgen und Nöte die Bewohner haben? Wer sich um sie kümmert? Ein Tag mit Birgit Witte in der Rostocker Gemeinschaftsunterkunft kann Antworten geben und Ängste nehmen.

Rund 20 Quadratmeter misst das Büro im Erdgeschoss, das sich die Sozialpädagogin mit vier Kollegen und einer Praktikantin teilt. Das ist eng mit den sechs Schreibtischen, aber nebenbei bemerkt Witte, dass der Raum immer noch größer sei als die Zimmer für die Flüchtlinge. Zu dritt wohnen darin Familienmitglieder und einander völlig fremde Menschen. Sie sind aus Afrika, dem Nahen Osten und Osteuropa vor Krieg, politischer Verfolgung und Armut geflohen. Nach Deutschland kommen sie, weil sie Asyl suchen, in dieses Büro, weil sie Hilfe dabei brauchen.

Mitgefühl, kein Mitleid Die Sozialpädagogin Birgit Witte hilft Flüchtlingen beim Ankommen. Ein Besuch im Asylbewerberhaus Rostock

Es ist, als kämen die Aufgaben hier in Wellen angerollt, die den Lärmpegel steigen lassen. Auf dem Höhepunkt finden vier, fünf Gespräche gleichzeitig statt, während die nächsten Bewohner im Raum stehen und warten. Manche wollen nur ihre Post holen. Andere aber sind auf Beratung angewiesen, weil sie sonst an Alltäglichkeiten scheitern würden. So nennt Witte die Vorgänge, bei denen sie die Flüchtlinge unterstützt: Sie füllt Anträge aus, sucht Ärzte und Kindergartenplätze, bestellt Dolmetscher, nimmt Anrufe von Lehrern entgegen, kommuniziert mit Anwälten, Behörden und Institutionen.

An der Tür hängt eine Karte, auf der steht: "Hilf dir selbst, sonst hilft dir ein Sozialarbeiter." Witte lacht darüber, sie lacht überhaupt oft. Ihre Augen unter dem blonden Pony werden dabei zu Halbmonden, die 42-Jährige hat dann etwas sehr Junges, Freches. Doch was auf dem Schild ironisch nach Drohung klingt, knüpft an die Kernfrage sozialer Arbeit an. Wie hilft man Menschen so, dass sie ihre Probleme selbst lösen können? Auf solche Fragen antwortet Witte mit einer Konzentration, die bemerkenswert ist in einem Arbeitsrhythmus, an dem Unterbrechungen das Verlässlichste sind.

"Sozialpädagogik dient dazu, Menschen, die am sogenannten Rand der Gesellschaft stehen, gesellschaftsfähig zu machen", sagt sie. Sie selbst stehe durch das, was sie sei - gebildet, weiß, deutscher Pass, angestellt - , in der Mitte der Gesellschaft. Deswegen müsse sie bei ihrer Arbeit immer wieder hinterfragen: Ist das der richtige Weg? Wäre es nicht auch in Ordnung, die Leute so zu akzeptieren, wie sie sind? "Das ist wichtig, um nicht zu viel Druck aufzubauen auf Menschen, die völlig anders sozialisiert sind. Und um der Umwelt gewisse Dinge erklären zu können, sie um Zeit für Entwicklung zu bitten."

Lehrern muss sie zum Beispiel klarmachen, dass die Kinder einer Roma-Familie erst lernen müssen, wie wichtig Hausaufgaben und Pünktlichkeit hier sind. Die Eltern haben nie eine Schule besucht. Woher sollen sie wissen, was ein Heft in Lineatur F6 ist? Witte muss ja selbst erst fragen, wenn ihr Achtjähriger mit solchen Aufträgen aus der Schule kommt. Ihre Geduld hört allerdings auf, wenn der älteste Sohn der Familie einen Einbruch versucht.

Trotz ihrer zugewandten ruhigen Art wird sie recht deutlich im Gespräch mit dem Vater und dem Onkel des Jungen. Die Männer heben die Stimmen, wechseln vom Deutschen ins Serbokroatische, gestikulieren, sind ratlos. Sie fürchten, der Sohn könne durch seine Aktion vom Wochenende ihre Chance auf Aufenthalt gefährden. Witte verabredet weitere Gespräche. Miteinander reden ist ihr Job, Maßregelungen gehören nicht dazu. Die Polizei ist bereits verständigt, mehr kann sie nicht tun. Das heißt aber nicht, dass ihr Ärger schon verflogen ist.

In anderen Heimen würde man den Vorfall vielleicht als normal empfinden. Im Asylbewerberhaus Rostock, das seit einigen Jahren vom Verein Ökohaus betrieben wird, bespricht das kleine, demokratisch organisierte Team in der Mittagspause noch mal alles bei selbst gekochter Bolognese. Man ist stolz darauf, wie friedlich es hier ist. Es gibt kaum Zwischenfälle, aber Sommerfeste, zu denen Nachbarn eingeladen werden, eine Kletterwand, an der auch Kinder von außerhalb trainieren, und Ehrenamtliche, die bei Hausaufgaben helfen.

Ein gutes Jahr bleiben die Flüchtlinge im Schnitt in der Gemeinschaftsunterkunft, danach werden sie in Wohnungen untergebracht. Seit Kurzem gibt es in Rostock zwei Sozialpädagogen für die dezentrale Betreuung. Die Stadt hat eine recht positive Einstellung zur Aufnahme von Migrant*innen. Das ist wohl auch dem Umstand geschuldet, dass der Name Rostock seit 21 Jahren fest verbunden ist mit rassistischen Ausschreitungen im Stadtteil Lichtenhagen. "Lichtenhagen ist immer dabei", sagt Witte. Als zehn Kilometer entfernt von hier eine Menschenmenge ein Asylbewerberheim in Brand steckte, arbeitete sie als Heimerzieherin an der Ostsee. Mit Freunden fuhr sie zur Gegendemonstration, doch die Polizei stoppte die Gruppe, zu links hätten sie ausgesehen. Wenn Witte lächelt, blitzt noch manchmal ihr Lippenbändchenpiercing hervor.

Zwischen ihrer Arbeit damals und heute liegen ein erziehungswissenschaftliches Studium mit Schwerpunkt Sozialpädagogik und interkulturelle Erziehung, ein paar Semester Philosophie, entwicklungspolitische Arbeit und die Gründung von Lobbi, einem Verein für Betroffene rechter Gewalt. Als sie ihre Diplomarbeit zum Thema "Migration als kritisches Lebensereignis" schrieb, ahnte Witte noch nicht, dass sie mit Menschen arbeiten würde, die unvorstellbare Gewalt erleiden mussten. Die ihre Familie verloren haben und mit nichts ankommen im fremden Land.

Mitgefühl, kein Mitleid Die Sozialpädagogin Birgit Witte hilft Flüchtlingen beim Ankommen. Ein Besuch im Asylbewerberhaus Rostock

Sie herzlich zu empfangen ist Witte wichtig. Für Neuankömmlinge sucht sie im Lager des Hauses Bettwäsche, Geschirr und Putzzeug zusammen. Im Zimmer selbst achtet sie darauf, dass die Fenster geputzt und die Gardinen gewaschen sind. So ein leerer Raum mit drei Betten und einem Tisch in der Mitte wirkt dennoch trist. "Meine Hochachtung vor allen Leuten, die es schaffen, hier ohne größere Konflikte und Gewalt so beengt zu leben", sagt Witte, "ich muss ja nicht nur mit anderen Menschen in einem Zimmer wohnen. Ich verstehe die Sprache hier nicht, ich kann nicht arbeiten, ich vermisste meine Familie, ich muss das alles bewältigen ...". Sie wechselt oft die Perspektive und sagt "ich", statt über Menschen zu reden. Es klingt nach Mitgefühl, nicht nach Mitleid.

In der Gemeinschaftsküche steht ein Arzt, der vor wenigen Tagen aus Syrien gekommen ist, und schnippelt Gemüse. Er lädt Witte zum Essen ein. Sie bedankt sich freundlich und lehnt ab. Die Menschen hier sind keine Freunde, sondern Klienten. Anfangs hat sie Schicksale so nah an sich herangelassen, dass sie nachts nicht schlafen konnte. Inzwischen hat sie gelernt, sich abzugrenzen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass ihre Arbeit hinter dem Zaun endet. Sozialpädagogik hat für Witte eine politische Dimension. Es reicht ihr nicht, die Situation der Flüchtlinge hier im Haus zu verbessern, sie möchte auch in die Gesellschaft hineinwirken. Deswegen macht sie Bildungsarbeit in Schulen, geht zu Treffen mit dem Flüchtlingsrat, mit der Opferberatung, mit Fraktionen und Vereinen. In ihrem Alltag berühren sich große Fragen (Wie können wir in Rostock eine Krankenkassenkarte für Flüchtlinge durchsetzen?) mit konkreten Anliegen (Mein Kind hat Halsschmerzen, woher bekomme ich ein Medikament?).

Gegen Ende des Tages schwatzt sie noch mit einer Familie, die loszieht, um Gummistiefel zu kaufen. Bei Regen verwandelt sich der Weg raus aus dem Gelände nämlich in einen Pfützenparcours, den man kaum umgehen kann. Ein beiläufiges Gespräch, doch vielleicht ist es wichtig für die Familie, dass Witte Interesse an ihrem Alltag zeigt. Es sieht aus, als würde es ihr leichtfallen.

Sie hat ihren Beruf gewählt, weil sie sich bereichert fühlt von Menschen, die Dinge anders sehen und erleben als sie. Wenn es nach ihr ginge, wäre der Zaun längst weg. Die Eisenstäbe wirkten schließlich, als müsse jemand geschützt werden, drinnen oder draußen, in jedem Fall sei das ein verkehrtes Signal. Andererseits passt der Zaun zu diesem sensiblen Ort, wahrscheinlich ist er deswegen noch da - obwohl diese Grenze nicht selbst gewählt ist, weder von den Bewohnern noch von den Betreibern. Sie ist ein Relikt des früheren Nutzers.

Graphic

Jede 9. Stellenanzeige für Akademiker galt im Jahr 2012 Sozialarbeitern und -pädagogen. Unter Hochschulabsolventen waren sie am gefragtesten

Auf dem Gelände einer alten Polizeischule in Rostock wohnen 240 Flüchtlinge. Birgit Witte versorgt sie bei der Ankunft mit dem Nötigsten zum Leben. Danach sind Gespräche ihre Hauptaufgabe

Um 40 Prozent stieg die Zahl der Beschäftigten in der sozialen Arbeit zwischen 2001 und 2011. Allerdings arbeiten 42 Prozent in Teilzeit

Load-Date: September 26, 2013

Einwanderung für Fortgeschrittene; Wer nützt Deutschland, wer nicht so sehr? Plädoyer für eine ehrliche Integrationspolitik

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK; Einwanderung für Fortgeschrittene; S. 6; Ausg. 48

Length: 1858 words

Byline: Elisabeth Niejahr

Body

Berlin, Prenzlauer Berg, ein Zettel an der Pinnwand einer kleinen Bäckerei: "Wir suchen für unsere Krabbelgruppe noch ein Kind mit Migrationshintergrund." In den renovierten Altbauten nebenan wohnen viele Akademikerfamilien, es gibt in den Nachbarstraßen zwei Eltern-Kind-Cafés, drei Ballettschulen und viele Bioläden. Kopftuchmütter sieht man hier nie.

Berlin, Kreuzberg, eine Begegnung auf einem Kinderbauernhof: "Das war heute unser letzter Besuch", schimpft eine Mutter mit einem kleinen Mädchen an der Hand. "Ich will nicht, dass meine Tochter Dealern bei der Arbeit zusieht." Der Hof liegt im Görlitzer Park, bekannt geworden durch die meist dunkelhäutigen Cannabisverkäufer, die an den Eingängen stehen und Besucher ansprechen. Viele sind Flüchtlinge ohne Arbeitserlaubnis. Lange hielten die Anwohner still. Inzwischen melden sich vor allem Eltern zu Wort, sie verlangen mehr Kontrollen. Sie wollen ihren Park zurück.

Zwei Schauplätze in Berlin, zwei Reaktionen, zwei unterschiedliche Antworten auf die gleiche Frage: Wie halten wir es mit Fremden? Wie offen, wie gastfreundlich sind wir gegenüber Menschen, deren Familien nicht aus Deutschland stammen? Im Privatleben ist die Antwort einfach, sie lautet: Es kommt darauf an - ob Menschen sich an Regeln halten, ob sie unser Leben womöglich ein bisschen besser machen. Manchmal ist entscheidend, wie sehr sie unsere Hilfe brauchen. In jedem Fall wägen wir ab.

Die öffentliche Debatte über Flüchtlinge und Migranten funktioniert nach einem anderen Muster. Danach dürfte es eigentlich gar keine unterschiedlichen Reaktionen auf krabbelnde Kinder und Dealer geben - weil nämlich Religion, Kultur, Aussehen sowie ein diffuses Gefühl von "Fremdheit" darüber entscheiden, wen die Deutschen willkommen heißen und wer ausgegrenzt wird. Der islamistische Terror hat den Blick auf Türken und Araber im eigenen Land verändert. Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September sprechen deutsche Politiker über Integration meistens, als verlief die gesellschaftliche Trennlinie, die überwunden werden müsste, zwischen Christen und Muslimen. Mehrere Bundesinnenminister luden zu Islamkonferenzen ein, der frühere Bundespräsident Christian Wulff wollte die Integration vorantreiben, indem er behauptete, der Islam gehöre zu Deutschland.

Einwanderung für Fortgeschrittene Wer nützt Deutschland, wer nicht so sehr? Plädoyer für eine ehrliche Integrationspolitik

Tatsächlich sind aber soziale und ökonomische Faktoren oft mindestens so entscheidend wie kulturelle. Der syrische Ingenieur oder der Zahnarzt aus Afghanistan ist als Nachbar oder Kollege meistens wohlgehten, egal, ob er vor dem Einschlafen im Koran, in der Bibel oder nur in einem Krimi liest. Andererseits ist es kein Ausdruck von Islamophobie, wenn Menschen um eine aggressiv wirkende Clique junger Türken auf einem öffentlichen Platz lieber einen Bogen machen. Die Reaktion auf atheistische deutschstämmige Skinheads, die abends an Brandenburger Tankstellen herumhängen, ist schließlich ganz ähnlich.

Es wäre daher an der Zeit, in der Integrationspolitik weniger über Religion und häufiger über Ressourcen zu sprechen - und sie dann mit kühlem Ökonomenblick neu auszurichten. Nötig wäre eine neue Einwanderungspolitik, mit klaren Regeln, die man für richtig halten oder ablehnen kann.

Wer nützt uns, und wer schadet uns? Diejenigen, die keine Fremden mögen, haben diese Frage immer schon gestellt. "Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg", hieß es früher am Stammtisch, und mit einer ähnlichen Tonlage hat die Alternative für Deutschland (AfD) gerade recht erfolgreich Wahlkampf gemacht. Sie warnte zwar nicht vor Konkurrenz um Jobs, aber vor Zuwanderung in die Sozialsysteme. Da kommen viele Ausländer aus Südosteuropa, lautete die heimliche Botschaft, und leben auf eure Kosten von Hartz IV. Wie verbreitet diese Sicht ist, zeigte Ende vergangenen Jahres eine Emnid-Umfrage, wonach 64 Prozent der Deutschen fürchten, eine verstärkte Zuwanderung führe zu höheren Ausgaben der Sozialämter und der Arbeitslosenversicherung. Die AfD gewann auf den letzten Metern enorm viele Protestwähler für sich, vor allem aus dem Reservoir der Linkspartei.

Fremdenfeindlichkeit, zeigt das, ist nicht gleichzusetzen mit Rassismus, sondern kommt oft im Gewand des Ressourcenkampfes daher. Schon der Bestseller des früheren Bundesbank-Vorstandes Thilo Sarrazin (*Deutschland schafft sich ab*) war nicht nur ein ressentimentgeladenes Pamphlet, sondern auch eine Sammlung scheinbar objektiver volkswirtschaftlicher Analysen.

Woran scheitert Integration, bei uns und anderswo? Für Ökonomen ist nicht erstaunlich, dass auch Länder mit langer liberaler Tradition wie Dänemark oder die Niederlande so anfällig für Rechtspopulismus sind. Es gibt dafür eine schlichte, bestechende Erklärung: Die Widerstände steigen, je mehr es von staatlicher Seite zu verteilen gibt. Mit dem Umfang der garantierten Sozialleistungen wachsen demnach die Vorbehalte gegenüber Fremden, die davon womöglich ohne eigene Leistung profitieren. Umgekehrt fällt es den Vereinigten Staaten leichter, Zuwanderer ins Land zu lassen, weil neue Staatsbürger weniger Ansprüche an den Staat reklamieren können. Wenn vom Staat wenig umverteilt wird, wird vom Bürger auch seltener Sozialschmarotzertum unterstellt.

Der Harvard-Ökonom Edward Glaser analysiert: Je ähnlicher die Menschen in einem Land einander sind, desto größer ist die Bereitschaft, mit Sozialleistungen füreinander einzustehen. Der katholische Ire in Brooklyn, der zwischen Vietnamesen und Russen lebt, ist demnach weniger willig, Rente oder Krankenversicherung seiner Mitbürger zu finanzieren, als der Däne oder Schwede, dessen Nachbarn ähnliche Gerichte essen und ihren Kindern ähnliche Vornamen geben. Multikulturelle Gesellschaften neigen zu weniger Umverteilung, sagt Glaser. Das ist ein Gedanke, der in der deutschen Debatte fehlt.

Das gilt auch für den amerikanischen Glauben, dass Geld über den sozialen Status entscheidet, gesellschaftliche Akzeptanz also quasi käuflich ist. Das Problem der Amerikaner besteht darin, dass dieser Mythos so nicht stimmt und es eben doch nicht jeder reiche Inder in die Ostküstenelite schafft. In Deutschland besteht eher das umgekehrte Problem: Wir unterschätzen Geld als interkulturellen Gleichmacher. Vielleicht auch deshalb, weil wir uns aus historischen Gründen so sehr für Religion und Rassismus interessieren. Der Holocaust hat das Bewusstsein für alltäglichen Fremdenhass geschärft, Generationen von Soziologen und Meinungsforschern haben seine Auswüchse sorgfältig dokumentiert. Das ist gut - und gleichzeitig eine Quelle für Missverständnisse: Manchmal wird Rassismus vermutet, wo Sozialneid als Erklärung ausreichen würde.

Wer mit dem ökonomischen Blick auf Integrationsprobleme schaut, begreift auch, warum sich die Gewerkschaften, die konservative Hälfte der SPD sowie die Linkspartei gegen Einwanderung so häufig sträuben. Die Vorbehalte rühren nicht nur daher, dass ihre Anhänger häufiger in der Nähe von Flüchtlingsheimen leben und

Einwanderung für Fortgeschrittene Wer nützt Deutschland, wer nicht so sehr? Plädoyer für eine ehrliche Integrationspolitik

ihre Kinder eher Schulen mit hohem Ausländeranteil besuchen. Hinzu kommt die Konkurrenz im Job. Unternehmen, die sich momentan größte Mühe geben, mehr Ältere oder Geringqualifizierte zu integrieren, würden die Engpässe nur zu gern mit Zugereisten überbrücken. Es gibt sogar feministische Argumente gegen Zuwanderung. Frauenrechtlerinnen verwiesen manchmal auf Skandinavien, wenn sie ihre Bedenken deutlich machen wollen: Schweden und Norweger hätten Krippen und Ganztagschulen, weil sie auf weibliche Arbeitskräfte setzten in der Zeit, als die Deutschen ihre türkischen Gastarbeiter holten.

Das ist lange her. Heute ist schon der Gedanke falsch, es gäbe ein begrenztes Kontingent an Jobs, das zwischen Einheimischen und Ausländern aufgeteilt werden müsste. Dafür ist der Fachkräftebedarf viel zu groß. Heute brauchen viele Unternehmen qualifizierte Zuwanderer, damit sie Jobs für Einheimische erhalten oder schaffen können - wie bei einem Orchester, das den Starviolinisten aus Japan einfliegen muss, damit die Bratschisten spielen können.

Trotzdem würde es zu einer neuen, ehrlichen Integrationsdebatte gehören, offen darüber zu sprechen, dass Zuwanderung auch Verlierer produzieren kann - selbst wenn sie der Volkswirtschaft insgesamt nützt. In den Vereinigten Staaten hat diese Debatte gerade die Hochschulen erreicht. Immer mehr Amerikaner glauben, dass private amerikanische Eliteuniversitäten Quoten für weiße Mittelschichtskinder brauchen. Diese Studenten konkurrieren bei den Aufnahmetests für Harvard, Yale und Stanford mit Hochbegabten aus der ganzen Welt. Nun klagen amerikanische Eltern, dass ihr Nachwuchs zu wenig Chancen hat, an den Hochschulen des eigenen Landes zu reüssieren.

Deutschlands künftige Regierung hat gerade die Chance, neue, bessere Regeln für Migranten und Flüchtlinge zu erfinden. Ökonomischer Druck, der Fachkräftemangel speziell in der bayerischen Wirtschaft haben schon dazu beigetragen, dass selbst die CSU gerade ihre Haltung zur Asylpolitik und zu Einwanderern ändert. Auch dem letzten CSU-Hardliner fällt schwer, zu erklären, warum einerseits die Bundesarbeitsministerin auf die Philippinen reisen muss, um Pflege-Fachkräfte anzuwerben, und andererseits syrische Flüchtlinge selbst mit Ingenieurdiplom während der ersten Monate in Deutschland nicht arbeiten dürfen.

Falls sich dabei am Ende ein neuer, nüchterner und von ökonomischen Argumenten geleiteter Blick durchsetzt, wäre das ironischerweise auch ein Gewinn an Lebensqualität für die Betroffenen. Das ist nämlich das wichtigste Argument für eine nicht von religiös-kulturellen Kriterien geleitete Integrationsdebatte: Sie wäre menschenfreundlicher als bisher. Man würde auch diejenigen, deren Familien nicht seit Generationen in Deutschland leben, stärker als Individuen sehen, konkret und wandelbar, als Menschen, die ihr Leben in die Hand nehmen können, statt als Gruppe, deren Zukunft schicksalhaft festgelegt wäre. Man würde ihnen zutrauen, die eigene Lage durch Bildung, Fleiß, vielleicht auch unternehmerische Risikobereitschaft zu verbessern. Durch die bisherige Ansprache werden viele Migranten in ein Kollektiv gezwängt, obwohl dies oft gar nicht ihrem Lebensgefühl entspricht. Warum auch sollte sich ein türkischer Teenager mehr mit seiner Religion beschäftigen als ein christlicher Jugendlicher, der nur Weihnachten in die Kirche geht? Momentan werden Migranten vor allem als Angehörige einer Welt angesprochen, die gerade Frauen oft gern hinter sich lassen würden. Das Ideal sollte eine Gesellschaft sein, die mehr über unterschiedliche Religionen weiß als früher, aber weniger Aufhebens davon macht, dass es diese Unterschiede gibt. Ausgerechnet den Muslimen, die lange, gern und erfolgreich in Deutschland leben, hat die Politik mit ihrem bisherigen Kurs manchmal mehr geschadet als genützt.

VON ELISABETH NIEJAHR

Beim Thema Migration wird zu viel über Kopftücher geredet und zu wenig über Geld, Beruf und Bildung

Load-Date: November 21, 2013

Einwanderung für Fortgeschrittene Wer nützt Deutschland, wer nicht so sehr? Plädoyer für eine ehrliche Integrationspolitik

End of Document

Migrantenvertreter kritisieren Kampagne gegen Islamisten; Eine Plakataktion des Innenministeriums gegen die Radikalisierung junger Migranten löst Empörung aus. Kritiker sprechen von einer Stigmatisierungskampagne gegen Muslime.

ZEIT-online

Dienstag 28. August 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: PLAKATKAMPAGNE; Ausg. 35

Length: 388 words

Body

Plakatwerbung für die "Beratungsstelle Radikalisierung"

© Beratungsstelle Radikalisierung

Mit fiktiven Vermisstenanzeigen will Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich gegen die Radikalisierung junger **Migranten** vorgehen. Damit stelle er alle Muslime unter Generalverdacht, kritisiert die türkische Gemeinde die Aktion.

Auf den Plakaten sind junge Menschen zu sehen, auch Frauen mit Kopftüchern. Darüber steht der Schriftzug "Vermisst". Auf ein Plakat ist gedruckt: "Das ist unser Sohn Ahmad. Wir vermissen ihn, denn wir erkennen ihn nicht mehr. Er zieht sich immer mehr zurück und wird jeden Tag radikaler. Wir haben Angst, ihn ganz zu verlieren - an religiöse Fanatiker und Terrorgruppen".

Mit diesem und ähnlichen Plakat-Motiven will das Bundesinnenministerium für seine Beratungsstelle Radikalisierung werben. Sie wurde vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingerichtet und ist Teil der "Initiative Sicherheitspartnerschaft", die vom Innenministerium und muslimischen Verbänden ins Leben gerufen wurde.

Kritiker fürchten Stigmatisierung

Die auf Deutsch und Türkisch verfassten Plakate sollen ab 21. September in Berlin, Bonn und Hamburg aufgehängt werden - vornehmlich in Stadtvierteln, die von Migranten bewohnt werden.

"Die Bilder von nett aussehenden Muslimen im Zusammenhang mit dieser Kampagne suggerieren, dass jeder ein Fanatiker oder sogar Terrorist sein kann", sagte Aydan Özoguz, Integrationsbeauftragte und stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD, im Gespräch mit *Süddeutsche.de*. Es sei auch nicht klar, was "radikal" bedeutet. Özoguz fragt etwa, ob die Behörde auch schon aktiv werde, wenn jemand zum Islam konvertiert.

Migrantenvertreter kritisieren Kampagne gegen Islamisten Eine Plakataktion des Innenministeriums gegen die Radikalisierung junger Migranten löst Empörung aus. K....

Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland, sprach von einer Stigmatisierungskampagne gegen alle Menschen muslimischer Herkunft. Die Kampagne solle von den eigentlichen Problemen in Deutschland ablenken. Der Rassismus in der Gesellschaft sei das Hauptproblem, sagte Kolat. Er teilte zudem mit, dass die an der Sicherheitspartnerschaft beteiligten islamischen Verbände vom Innenministerium nicht über diese Kampagne informiert worden seien.

Bei der Anlaufstelle können sich seit Anfang des Jahres Eltern, Freunde, Bekannte oder Lehrer melden, wenn sie bei Jugendlichen Verhaltensveränderungen bemerken, die auf eine islamistische Radikalisierung hindeuten.

Load-Date: August 29, 2012

End of Document

"Warum ist es so schwer?"; Clement Matweta ist Ingenieur. Einen Job findet er trotzdem nicht. Wie so viele qualifizierte Einwanderer

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

19. Juli 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 65; Ausg. 30

Length: 1165 words

Byline: Laura Cwiertnia

Body

Hören Sie die Stille? Alle haben Angst vor dem Moment, in dem die Tür aufgeht." Angst vor der Ablehnung. Clement Matweta sitzt auf dem Flur der Ausländerbehörde in Essen. Die Sonne scheint, es ist warm in dem mehrstöckigen Gebäude. Vor den Büros warten Menschen darauf, hineingerufen zu werden. Niemand spricht. Eine ältere Frau mit Kopftuch starrt auf den grauen Fußboden, in der Hand hält sie einen Pass. Clement Matweta zeigt auf eine Feuerleiter vor dem Fenster. "Darüber ist mal einer vor der Abschiebehaft abgehauen." Matweta ist freiberuflicher Sozialarbeiter und begleitet heute ein junges Paar aus Nigeria, das einen Asylantrag stellt. Für 25 Euro übersetzt er das Gespräch mit der Beamtin. "Ein echter Dolmetscher wäre viel zu teuer." Matweta ist gebürtiger Kongoleser und spricht sechs Sprachen - Französisch, Deutsch, Englisch, Lingala, Kikongo und ein wenig Swahili. "Eigentlich sind es sieben", sagt er und grinst: "Ich spreche auch Behördensprache." Nach 16 Jahren in Deutschland kennt er die entscheidenden Paragraphen. Clement Matweta mag seinen Job, obwohl er etwas anderes studiert hat: Elektroingenieurwesen. Damit fand er in Deutschland aber keine Anstellung.

Während der Ingenieur seit Jahren als Sozialarbeiter jobbt, klagt die Deutsche Politik über den Fachkräftemangel. Mehr als 100000 Ingenieure sollen jetzt schon auf dem Arbeitsmarkt fehlen, so der Verein Deutscher Ingenieure. Die genauen Zahlen sind umstritten. Um die Stellen zu besetzen, werben Wirtschaftsverbände um Arbeitskräfte aus Indien, Spanien, Griechenland. Clement Matweta hilft das jedoch wenig. "Warum ist es so schwer für die Ingenieure, die schon hier sind?", fragt Matweta. Doch langsam entdecken Politik und Hochschulen auch ihn als Lückenfüller für den Fachkräftemangel: Ein neues Gesetz erleichtert seit April die Anerkennung ausländischer Abschlüsse, das neue Anerkennungsportal im Internet (www.erkennung-in-deutschland.de) ist bereits 900000 mal aufgerufen worden. Außerdem startet im Oktober an zwei Universitäten eine gezielte Weiterbildung für Migranten.

Clement Matweta sieht jünger aus, als er ist, dabei hat er in seinen 50 Lebensjahren bereits viel erlebt: "Ich kenne so viele Geschichten, ich könnte ein dickes Buch schreiben!" Aber seine eigene Geschichte zu erzählen fällt ihm schwer. Er beginnt 1996 in Zaire, so hieß damals die Demokratische Republik Kongo. Er besteigt ein Flugzeug und landet in Deutschland. Matweta beantragt politisches Asyl und zieht in ein Flüchtlingsheim. Er will arbeiten, am liebsten als Elektroingenieur, in dem Beruf, für den er vier Jahre in Kinshasa studiert hat. Als er endlich eine Arbeitserlaubnis erhält, bewirbt er sich bei verschiedenen Unternehmen. Ohne Erfolg. Irgendwann gibt er auf, sucht

"Warum ist es so schwer?" Clement Matweta ist Ingenieur. Einen Job findet er trotzdem nicht. Wie so viele qualifizierte Einwanderer

sich eine andere Beschäftigung. "Meine Geschichte ist nichts Besonderes", sagt Matweta. In seinem Alltag als Sozialarbeiter trifft er viele Menschen mit einem ähnlichen Schicksal. Mindestens 300000 Migranten arbeiten in Deutschland unterhalb ihrer Qualifikation. Es sind Lehrer, Ärzte und Maschinenbauer. "Brain Waste" nennen Migrationsforscher das: Anstatt ihr Wissen zu nutzen, arbeiten gut ausgebildete Arbeitskräfte in schlecht bezahlten Jobs, als Lagerarbeiter, Altenpfleger oder Putzfrau.

Im Büro 306 der Ausländerbehörde sagt die Beamtin, "Kommen Sie in einem Monat wieder", und drückt Matwetas Schützling einen Zettel in die Hand. Heute wurde nicht entschieden, ob der Mann abgeschoben wird, letzten Monat war es genauso. "Immer nur warten", sagt die Frau. Ihr Freund schiebt sich eine verspiegelte Sonnenbrille vor die Augen.

Matweta weiß genau, wie sich das anfühlt. In dem engen Fahrstuhl auf dem Weg zum Ausgang erinnert er sich an seine ersten Jahre in Deutschland. "Am Anfang hatte ich viel Hoffnung. Aber dann kamen die Absagen", sagt er. Matweta meldet sich an einer Abendschule an, macht erst den Realschulabschluss, dann das Abitur. "Aus Langeweile. Was sollte ich den ganzen Tag zu Hause machen?" Danach beginnt er eine Schulung als Solartechniker und verschickt noch einmal 35 Bewerbungen. Wieder keine Zusage. Matweta versteht bis heute nicht, warum. "Die Ablehnung fühlt sich an wie ein Tumor, der wächst und wächst", sagt er.

Die formale Anerkennung seines Studiums war die erste Hürde, die Matweta nehmen musste, denn viele ausländische Abschlüsse werden in Deutschland nicht akzeptiert. Das neue Anerkennungsgesetz jedoch erleichtert nun vor allem das bürokratische Verfahren.

Clement Matweta hatte Glück, denn sein Abschluss wurde schon kurz nach seiner Ankunft anerkannt. Trotzdem hat ihn bisher keine Personalabteilung eingestellt. Es mag daran liegen, dass viele Unternehmen eine schlechtere Ausbildung hinter ausländischen Abschlüssen befürchten, auch dann, wenn sie auf dem Papier von einer deutschen Behörde anerkannt worden sind.

In seinem Büro angekommen, setzt Matweta sich an seinen überfüllten Schreibtisch. Unter Dokumenten, Broschüren und kleinen weißen Zetteln kramt er einen Flyer hervor. Er ist von ProSalamander, einem Programm der Stiftung Mercator und der Universitäten Duisburg-Essen und Regensburg. Dort will Matweta sich bewerben. Ab Oktober 2012 bildet das Programm erstmals 32 Migranten gezielt in ihrem Beruf weiter. Am Ende erhalten die Teilnehmer einen deutschen Abschluss. Das ist es, worauf Matweta hofft, denn Studien zeigen: Sobald ein ausländischer Bewerber einen deutschen Abschluss vorweisen kann, wird er auf dem Arbeitsmarkt deutlich weniger benachteiligt.

Matweta klingt euphorisch, wenn er von dem Studienprogramm spricht. Bis jetzt hat er nie eine solche Möglichkeit gefunden, denn es gibt kaum Angebote zur individuellen Nachqualifizierung von Migranten. Die wenigen, die es gibt, sind meist teuer. Das neue Studienprogramm hingegen ist gratis, und die Teilnehmer werden monatlich mit 800 Euro gefördert. Für viele Bewerber kommt eine Teilnahme nur aus diesem Grund infrage, denn sie arbeiten lieber in einem schlecht bezahlten Job, als sich für eine Nachqualifizierung zu verschulden.

Matweta steht auf, nimmt einen Stapel Broschüren vom Tisch. Er muss los, er will heute noch Flyer verteilen, in denen das Programm beworben wird. Wenige Minuten später betritt er einen Afroshop nahe dem Essener Hauptbahnhof. Drinnen riecht es süßlich, nach einer Mischung aus Obst und Kosmetikprodukten. In einem Raum hinter einem Vorhang sitzen acht Männer, aus Togo, Nigeria, dem Kongo. Jeden Freitag kommen sie zum Haare schneiden. "Hier trifft man die berühmten Taxifahrer mit Diplom", sagt Matweta und drückt einem Mann im gelben Anzug einen Flyer in die Hand. Je mehr Menschen er über das Programm informiert, desto geringer ist seine eigene Chance auf einen Platz in dem Studienprogramm. Matweta weiß, in seinem Alter wird es schwer, sich gegen jüngere Bewerber durchzusetzen. Trotzdem will er noch mehr Flyer verteilen. Weil er hofft, dass sich damit endlich etwas ändert, für all die Menschen, die er täglich auf den Fluren deutscher Ausländerbehörden trifft.

Graphic

"Warum ist es so schwer?" Clement Matweta ist Ingenieur. Einen Job findet er trotzdem nicht. Wie so viele qualifizierte Einwanderer

Der Ingenieur Clement Matweta verdient sein Geld als Sozialarbeiter

Load-Date: July 19, 2012

End of Document

Eine unauffällige Lesbe bekommt keine Probleme; Weil Homosexuelle im Iran verfolgt werden, floh Samira nach Deutschland. Asyl bekam sie nicht: In der Heimat könne sie sich doch einfach zurückhalten. Von Anna Gauto

ZEIT-online

Donnerstag 26. Juli 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: HOMOSEXUALITÄT; Ausg. 31

Length: 1322 words

Byline: Anna Gauto

Body

Mitglieder einer Homosexuellen-Organisation demonstrieren vor der Iranischen Botschaft gegen die Verfolgung Homosexueller in Iran (Archivbild von 2009)

© Susana Vera/Reuters

Samira Ghorbani Danesh hat Angst. Deshalb will sie nicht selbst über ihr Schicksal sprechen, schon gar nicht mit Journalisten. Samira fürchtet, dass die deutschen Behörden sie dann vielleicht doch in den nächsten Flieger nach Teheran setzen. Dort warten auf Frauen wie sie Peitschenhiebe oder ein qualvoller Tod durch Steinigung. In Deutschland ist Samira jetzt sicher vor den Bassidji, den Schergen der iranischen Geheimpolizei. Erst einmal.

Seit vergangener Woche besitzt Samira eine Aufenthaltserlaubnis. Fast hätte die 24-Jährige das Papier nicht bekommen. Vor zwei Jahren floh die Architekturstudentin über die Türkei nach Deutschland. Eine Party in Teheran, auf der sie mit ihrer Freundin und anderen Homosexuellen gefeiert hatte, war von der Polizei gestürmt worden. Sie konnte sich verstecken und ist seither auf der Flucht. Im Oktober 2010 beantragte sie beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Asyl, aber ihr Antrag wurde abgewiesen. Man glaubte ihr zwar, dass sie lesbisch ist. Nicht aber die Geschichte von der Party und dass sie ins Visier der Bassidji geraten ist. Da es aus Sicht der Asylwächter keine konkrete Verfolgungssituation gab, war Samira auch nicht schutzbedürftig.

"Die Veranlagung ist im Iran nicht strafbar"

Im Gottesstaat Iran steht auf homosexuelle Handlungen die Todesstrafe. Zwischen 1979 und 2009 wurden mehr als 4.000 Homosexuelle hingerichtet, zumeist gesteinigt. 2005 wurden zwei Teenager wegen "Lavat", der sexuellen Handlung zwischen Männern, aufgehängt. Vor der Vollstreckung peitschte sie ihr Henker vor einer johlenden Menschenmenge aus. Dass Samira allein wegen der Rechtslage im Iran "konkret" gefährdet sein könnte, leuchtete dem Amt nicht ein. Denn "die Veranlagung als solche ist im Iran in keiner Weise strafbar oder illegal", wie es im Bescheid des BAMF heißt. Solange sich Samira beim Lesbisch-Sein nicht erwischen lässt, passiert ihr auch nichts.

Eine unauffällige Lesbe bekommt keine Probleme Weil Homosexuelle im Iran verfolgt werden, floh Samira nach Deutschland. Asyl bekam sie nicht: In der Heimat könn....

Ähnlich argumentierte das Verwaltungsgericht Bayreuth, das Samiras Klage gegen den abgelehnten Asylbescheid im März 2012 zurückwies. Für die zuständige Richterin gibt es "keine Hinweise darauf, dass die iranischen Behörden aggressiv gegen Homosexuelle vorgehen". Bei einer Rückkehr in den Iran habe Samira "bei entsprechend zurückhaltendem Lebenswandel, den alle Homosexuellen im Iran praktizieren, die unbehelligt leben wollen, keine Verfolgungsmaßnahmen zu befürchten." Eine Gerichtssprecherin verteidigte die Begründung auf Nachfrage. Samira habe ihre Homosexualität schließlich seit dem 15. Lebensjahr problemlos leben können.

Lesbische Frauen müssen einen Mann heiraten

Samiras Anwältin, Gisela Seidler, nennt das Urteil hingegen "vollkommen absurd". Auch der engste Bereich des Privatlebens ist für gleichgeschlechtlich Liebende im Iran nicht sicher. Selbst bei größter Vorsicht könne die verbotene Liebe auffliegen. Homosexualität gilt als gefährliche Krankheit, vor der auch die Familie nicht erfahren darf. Junge Frauen wie Samira müssen einen Mann heiraten, um gesellschaftlich akzeptiert zu sein, "was zu einem Zustand permanenter Vergewaltigung führt" sagt Seidler.

Nicht nur im Iran, in 76 Ländern der Welt werden Homosexuelle verfolgt. Auch wenn viele von ihnen versuchen, möglichst unauffällig zu leben: Unter Druck kann selbst der eigene Partner zum Verräter werden. Um sich selbst zu schützen, erklärte ein Verfolgter in Nigeria, er sei von seinem Freund verhext worden. Dieser wurde daraufhin von einem Mob gelyncht. In Uganda eröffnete die Zeitung *Rolling Stone* zur Jagd auf Homosexuelle. Sie bildete die "Top-100-Homos" des Landes ab - mit Namen, Wohnort und der Aufforderung "Hang them". Wenig später wurde der Schwulenaktivist David Kato in seinem Haus bei Kampala mit einem Hammer erschlagen. Andere Geoutete erhielten Morddrohungen.

Trotzdem haben es homosexuelle Asylbewerber in Deutschland nach wie vor besonders schwer. Sie müssen nicht nur glaubhaft machen, dass sie Menschen des eigenen Geschlechts lieben, wofür sich viele schämen. Sie sollen das BAMF auch davon überzeugen, dass sie unmittelbar bedroht sind, selbst dann, wenn in ihrer Heimat Homosexualität unter drakonischer Strafe steht. Ohne einen schriftlichen Haftbefehl im Koffer oder einer Fatwa, die die Verfolgung belegt, lautet das Urteil unter dem Asylantrag hierzulande schnell "unglaublich".

"Die Verfolgungsgründe werden immer angezweifelt. Das ist bei allen Asylsuchenden gleich", sagt Anwältin Seidler. Homosexuellen Flüchtlingen wird aber in den Asylgerichtsverfahren unterstellt, dass sie in der Heimat ihre sexuelle Orientierung doch unterdrücken und ihre Identität verstecken könnten. Schwer vorstellbar ist allerdings, dass der deutschen Asylrichter einem Dissidenten nahe legt, seinen politischen Protest für sich zu behalten oder einem von Rassismus fliehenden Farbigen, er möge diskreter mit seiner Hautfarbe umgehen.

"Die Asylverfahren gleichen einem Lotteriespiel", sagt Samiras Anwältin: "Ob ein Flüchtling in Deutschland Schutz erhält, hängt davon ab, welcher Richter über den Fall entscheidet. Manche Richter glauben grundsätzlich nichts und Rechtsmittel gibt es dagegen nicht". Das verdeutlichten auch die massiv unterschiedlichen Anerkennungsquoten für iranische Asylsuchende. "Eine Untersuchung hat ergeben, dass das Verwaltungsgericht Regensburg vor einigen Jahren nur bei vier Prozent der Klagen positiv entschied, während zur selben Zeit in München ein Drittel und in Augsburg sogar fast 45 Prozent der Kläger erfolgreich waren."

Europa ist weiter als Deutschland

Der Blick in die EU zeigt, dass es auch anders geht. In Italien erhalten Schwule und Lesben den Flüchtlingsstatus unabhängig davon, ob sie eine individuelle Verfolgung nachweisen können. Es reicht, dass in ihrem Heimatland Homosexualität unter Strafe steht. Auch in Österreich hat ein Gericht entschieden, dass die Situation für Homosexuelle im Iran insgesamt so ernst sei, dass jeder Homosexuelle Furcht vor Verfolgung haben müsse.

Schon vor zwei Jahren hat der britische Supreme Court in einer vielbeachteten Entscheidung das Diskretionsgebot für Homosexuelle eingemottet. "Von einer homosexuellen Person zu verlangen, ihre sexuelle Orientierung zu unterdrücken, bedeutet, ihr das Grundrecht zu verweigern, so zu sein, wie sie ist." Das Gericht argumentiert, dass die Genfer Flüchtlingskonvention darauf abziele, Diskriminierung zu bekämpfen. Sie erlaube es daher nicht,

Eine unauffällige Lesbe bekommt keine Probleme Weil Homosexuelle im Iran verfolgt werden, floh Samira nach Deutschland. Asyl bekam sie nicht: In der Heimat könn....

Flüchtlinge in ihre Heimat zurückzuschicken, weil die Verfolgten die Verfolgung durch Verzicht auf Aktivität vermeiden könnten.

Daher fordert die Iranerin Katayun Pirdawari vom Lesben- und Schwulenverband Deutschland zusammen mit Bundestagsabgeordneten parteiübergreifend ein Bleiberecht für alle Homosexuellen aus Ländern, in denen ihre sexuelle Orientierung unter Strafe steht. "Ich bin in dieses Land gekommen, weil es hier Rechtsstaatlichkeit gibt. Wieso leistet sich Deutschland mit seinen demografischen Problemen solche Urteile?", fragt Pirdawari.

Samira kann erst einmal aufatmen. Sie darf nun ein Jahr in Deutschland bleiben. 365 Nächte kann sie ruhig schlafen, dann wird erneut geprüft, ob Samira nicht eigentlich auch in Teheran gut leben könnte. Ihre Anwältin Gisela Seidler ist deshalb nur "halb froh". Für sie ist klar, Samira steht der Flüchtlingsstatus zu. Als Flüchtling dürfte Samira drei Jahre in Deutschland leben und arbeiten.

Letztlich darf Samira nur bleiben, weil die Empörung über ihren Fall öffentlich wurde. Jetzt bestehen "Nachfluchtgründe", wie die Juristen sagen, weshalb die Behörden Samira nicht abschieben können. Denn auch die iranische Geheimpolizei surft im Internet. Wenn nicht schon auf der Party in Teheran so ist sie spätestens durch die Medienberichte auf die junge Iranerin aufmerksam geworden, der man in Deutschland sagte, sie solle lieber unauffällig lieben.

Load-Date: July 27, 2012

Gebildet, aber abgehängt; Der Bericht über die Lage der Ausländer zeigt, dass Migranten an ihrer Bildung arbeiten. Doch auf dem Arbeitsmarkt haben sie weiterhin weniger Chancen.

ZEIT-online

Mittwoch 27. Juni 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: INTEGRATIONSSTUDIE; Ausg. 26

Length: 1098 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Eine Ukrainerin lernt Deutsch beim Integrationskurs in Düsseldorf

© Rolf Vennenbernd/dpa

Der Titel ist aus der Zeit gefallen. Denn der "9. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland", der am Mittwoch von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung vorgestellt wurde, befasst sich nicht - wie der Name suggeriert - nur mit Menschen ohne deutschen Pass, sondern auch mit Deutschen, die einen **Migrationshintergrund** haben. "Ausländer", bei diesem Begriff schwingt außerdem immer auch ein wenig die Unterstellung mit, dass diese Menschen nicht zur Bundesrepublik gehören.

Das Gegenteil ist der Fall: 2010 lebten 15,7 Millionen Menschen mit ausländischen familiären Wurzeln in Deutschland. Mehr als die Hälfte von ihnen besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. Menschen mit türkischem **Migrationshintergrund** bilden die größte Gruppe, gefolgt von Zuwanderern aus Polen und Russland. Die Zahl der Menschen mit **Migrationshintergrund** in Deutschland wird weiter ansteigen, auch weil sie im Schnitt deutlich jünger sind als der Rest: Bei den unter Fünfjährigen weisen laut dem Bericht inzwischen fast 35 Prozent aller Kinder einen **Migrationshintergrund** auf.

Weil das Wort "Ausländer" schon 2002 nicht mehr zeitgemäß war, benannte Gerhard Schröders SPD-Regierung ihre einstige "Ausländerbeauftragte" zur Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration um. Seit sieben Jahren hat die CDU-Politikerin Maria Böhmer das Amt inne. Ihr gefällt der verbliebene Name "Ausländerbericht" ebenfalls nicht, aber der sei nun mal gesetzlich festgelegt, sagte Böhmer während der Vorstellung des alle zwei Jahre neu erscheinenden Werks.

Mehr Kinder von Migranten in Kitas

Der Name ist also von gestern, die Daten, die Böhmers Mitarbeiter aus vielen verschiedenen im Zeitraum von 2010 bis 2012 entstandenen Studien zum Thema Integration zusammengetragen haben, sind es nicht. Sie sagen etwas aus über die Lebenssituation der Migranten (ob mit oder ohne deutschen Pass), zeigen Licht und Schatten auf.

Gebildet, aber abgehängt Der Bericht über die Lage der Ausländer zeigt, dass Migranten an ihrer Bildung arbeiten. Doch auf dem Arbeitsmarkt haben sie weiterhin

Problematisch ist allerdings, dass einige der zusammengetragenen Studien ebenfalls nur zwischen Menschen mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit differenzieren, also keine Aufschlüsselung nach dem Migrationshintergrund vornehmen. Somit ist die Hälfte der eigentlichen Zielgruppe des Berichts oftmals gar nicht abgebildet, was eine Allgemeingültigkeit der Aussagen deutlich erschwert.

Dennoch sind Tendenzen zu erkennen. Positiv zu vermerken ist, dass sich die Bildungssituation der Migranten in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund besuchen ab ihrem dritten Lebensjahr eine Kita. 2011 waren es 85 Prozent, was für den Erwerb von Deutschkenntnissen im Vorschulalter wichtig ist. Allerdings bemängelt Böhmer, dass die Qualität und Beschaffenheit von Sprachtests im Vorschulalter von Bundesland zu Bundesland völlig unterschiedlich ist. Im Lagebericht wird außerdem kritisiert, dass je nach Bundesland unterschiedlich oft ein Förderbedarf bei Kleinkindern aus Familien mit ausländischen Wurzeln festgestellt werde. Sprachförderung findet nicht immer in allen Regionen eines Bundeslandes statt, auch die Förderdauer variiert. Böhmer begrüßte, dass der Bund und die Länder die diversen Maßnahmen nun auf ihre Wirksamkeit hin untersuchen wollen.

Migranten profitieren nicht von der guten Arbeitsmarktlage

In Deutschland geborene Jugendliche mit Migrationshintergrund (sogenannte Jugendliche der zweiten Generation) besuchen inzwischen signifikant häufiger die gymnasiale Oberstufe als ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund. Außerdem ist der Anteil der Schüler ohne deutschen Pass, die eine (Fach)-Hochschulreife erwerben, um ein Drittel gestiegen. Allerdings erreicht bislang immer nur ein Sechstel aller ausländischen Schüler diesen höchsten Bildungsabschluss, bei deutschen Schülern ist es etwa jeder Dritte.

Ähnlich ist die Situation bei den Lehrstellen. Zwar ist der Anteil der ausländischen Jugendlichen in Ausbildung gestiegen, doch fast doppelt so viele gleichaltrige deutsche Jugendliche haben einen Ausbildungsplatz.

Vergleichbare Lücken klaffen auf dem Arbeitsmarkt. Von der guten Konjunkturlage konnten Bürger ohne deutschen Pass weniger profitieren als Deutsche. Ihre Arbeitslosenquote ist leicht gesunken, aber mit 16,9 Prozent immer noch doppelt so hoch wie die der übrigen Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit nimmt also bei den Deutschen schneller ab als bei den hierzulande lebenden Ausländern. Ähnlich verhält es sich bei Migranten, die einen deutschen Pass haben. "Das ist ein Punkt, der uns massiv umtreibt", sagt Böhmer zu diesen Ergebnissen. Problematisch sei auch, dass mehr als die Hälfte der Erwerbslosen mit Migrationshintergrund 2010 keinen berufsqualifizierenden Abschluss hatte, also schwer vermittelbar war.

Diese Zahlen zeigen das ambivalente Ergebnis des Lageberichts: Migranten mit deutschem Pass und Ausländer arbeiten an ihren Aufstiegschancen in der Gesellschaft. Sie schicken ihre Kinder wenn es nur irgendwie geht aufs Gymnasium, auf die Universität. Sie machen sich eher selbstständig, verzichten dabei auf staatliche Hilfen, sie finanzieren ihr Studium eher als Deutsche ohne Migrationshintergrund durch eigenes Jobben.

Doch bleibt ein großer Abstand zur übrigen deutschen Bevölkerung: Noch immer haben viele Kinder mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss. Bislang unerforscht ist laut dem Lagebericht, inwieweit Schüler mit Migrationshintergrund unter möglichen Vorurteilen ihrer Lehrer zu leiden haben. Ausländische Kinder werden nach wie vor überdurchschnittlich häufig an Sonder- oder Förderschulen verwiesen.

Das Armutsrisiko von Migranten ist weiter doppelt so hoch (!) wie das der deutschstämmigen Bevölkerung, sie sind überdurchschnittlich oft in prestigearmen und geringer vergüteten Berufsfeldern beschäftigt. Deutsche mit Migrationshintergrund sind in den Parteien und Parlamenten weiter unterrepräsentiert. Junge, gut qualifizierte Migranten berichten von Diskriminierung bei der Job- und Wohnungssuche wegen ihres fremd klingenden Namens oder ihrer Religion.

Zustände, die sich die Einwanderungsgesellschaft Deutschland nicht leisten kann, wie auch Böhmer betont. Sie wünscht sich daher mehr "Willkommenskultur", weniger Vorurteile, mehr Gemeinsamkeit, schnellere Einbürgerung von in Deutschland lebenden gut integrierten Ausländern. Erforderlich sei ein "gesellschaftlicher Wandel" bei der

Gebildet, aber abgehängt Der Bericht über die Lage der Ausländer zeigt, dass Migranten an ihrer Bildung arbeiten. Doch auf dem Arbeitsmarkt haben sie weiterhin

Haltung gegenüber Migranten. "Menschen der dritten oder vierten Generation sollen sich nicht mehr als Migranten fühlen. Sie gehören schon längst dazu", so die Staatsministerin.

Load-Date: June 28, 2012

End of Document

Warum brauchen wir Grenzen, Mr. Sandel?; Vor Europas Küsten wird weiter gestorben und wir lassen es geschehen: Ein Gespräch mit dem Philosophen Michael Sandel über die Moral der europäischen Flüchtlingspolitik.

ZEIT-online

Donnerstag 24. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlingspolitik; Ausg. 43

Length: 1813 words

Byline: Max Neufeind; Philip Faigle

Body

Überlebende der **Flüchtlingskatastrophe** von Lampedusa

© Getty Images

*Wer Michael Sandel aus seinen Vorlesungen in Harvard kennt, der erwartet einen forschenden, sehr amerikanisch auftretenden Mann. Doch während des Interviews in einem kleinen Studierzimmer der Berliner Freien Universität begegnet einem ein leiser, fast jugendhafter Philosoph im eleganten Anzug, der sich tastend durch seine Gedanken bewegt. Sandel ist einer der einflussreichsten Philosophen seiner Zeit, Millionen Menschen weltweit haben seine Vorlesung zur Gerechtigkeit im Netz gesehen. Er ist bekannt dafür, dass er lieber Fragen stellt, als Antworten zu geben. Dennoch wollen wir ihn zur größten Gerechtigkeitsfrage in Europa befragen: Wie werden wir den Tausenden **Flüchtlingen** aus Krisenländern gerecht, die sich in Europa ein besseres Leben erhoffen? **ZEIT***

ONLINE: Herr Professor Sandel, gibt es eine moralische Rechtfertigung dafür, dass Europa seine Grenzen bewacht - selbst wenn das bedeutet, dass jedes Jahr Tausende afrikanischer **Flüchtlinge** an diesen Grenzen sterben?

Michael Sandel: Die Frage lautet doch: Gibt es überhaupt eine Rechtfertigung für Grenzen? In der modernen Welt ist die Idee weitgehend akzeptiert, dass Staaten ihre Grenzen kontrollieren dürfen - unabhängig davon, ob das moralisch gerechtfertigt ist oder nicht. Allerdings gibt es Einschränkungen. Es ist zum Beispiel weitgehend Konsens, dass die Staaten ihre Bürger nicht davon abhalten sollten, das eigene Land zu verlassen.

ZEIT ONLINE: Wir müssen also hinnehmen, dass seit dem Jahr 1990 schätzungsweise 25.000 **Flüchtlinge** während des Versuchs ertranken, Europa auf dem Seeweg zu erreichen?

Sandel: Ich denke, dass es grundsätzlich eine moralische Pflicht gibt, alles Vernünftige zu tun, um Menschen zu helfen, die in Todesgefahr sind und unserer Hilfe bedürfen. Die entscheidende Frage lautet, wie weit die Verpflichtung des Einzelnen und des Staates reichen.

ZEIT ONLINE: Wie lautet Ihre Antwort?

Warum brauchen wir Grenzen, Mr. Sandel? Vor Europas Küsten wird weiter gestorben und wir lassen es geschehen: Ein Gespräch mit dem Philosophen Michael Sandel üb....

Sandel: Nehmen Sie die sogenannten Gute-Samariter-Gesetze, die es in einigen Ländern gibt. Wer an einem Verbrechen vorbeigeht und nicht hilft, obwohl sein Risiko im vernünftigen Rahmen liegt, kann in diesen Staaten zur Rechenschaft gezogen werden. Andere Länder sagen hingegen: Ein solches Verhalten ist moralisch wünschenswert, aber nicht notwendig. Das zeigt, wie umstritten die Frage ist, wie weit unsere Verpflichtung zur Hilfe reicht.

ZEIT ONLINE: Italien hat ein Gesetz erlassen, dass Menschen bestraft, die Flüchtlingen in Seenot helfen. Angeblich weil Sie damit die illegale Einreise unterstützen. Ist das ein unmoralisches Gesetz?

Sandel: Ein solches Gesetz halte ich eindeutig für moralisch anfechtbar. Wer andere Menschen rettet, sollte gelobt werden, nicht bestraft. Solche Gesetze reflektieren vor allem eines: die zunehmend harte Haltung gegenüber Migranten in vielen modernen Gesellschaften.

ZEIT ONLINE: Ein Argument der Hardliner in Europa lautet: Wenn wir die Einreisebestimmungen lockern, kommen immer mehr Flüchtlinge.

Sandel: Die beste Abschreckung von Migranten - wenn sie es so nennen wollen - würde darin bestehen, die Bedingungen in den Ländern zu verändern, aus denen die Menschen fliehen. Manchmal ist es ein Bürgerkrieg, manchmal eine entsetzliche Armut, oft ist es eine Kombination aus beidem. Ich verstehe durchaus, dass Staaten zögern, in entlegenen Konflikten einzugreifen. Ein weiter gefasstes Verständnis der Idee von Eigeninteresse würde jedoch sicherlich die Bereitschaft der reichen Länder erhöhen, den Krisenländern Hilfe zu gewähren, aus denen die Flüchtlingswellen stammen. Das mag politisch nicht einfach sein. Von einem moralischen Standpunkt wäre das aber immer vorzuziehen.

ZEIT ONLINE: In ihrem Buch *Gerechtigkeit* zitieren Sie den Philosophen Michael Walzer, der ein anderes Argument für strenge Einwanderungsregeln vorbringt: Ohne diese gebe es keine "spezifischen Gemeinschaften", die so miteinander verbunden sind, dass sie sich umeinander kümmern und zum Beispiel einen Sozialstaat hervorbringen. Braucht es also doch ein "Wir" und ein "Die"?

Sandel: Ich halte das zumindest für das beste Argument dafür, Einwanderung zu begrenzen. Und doch bin ich innerlich zerrissen: Einerseits glaube ich, dass die geteilte gemeinsame Identität einer politischen Gemeinschaft wichtig ist und dass wir sie kultivieren sollten. Insofern bin ich kein extremer Kosmopolit. Andererseits lässt sich das Bejahen von Gemeinschaft und gemeinsamen Leben immer in eine intolerante, sehr eng gedachte Version umdeuten. Diese Version kann immer dazu benutzt werden, Ungerechtigkeiten gegen Flüchtlinge und Feindseligkeiten gegen Außenseiter zu rechtfertigen. Das wollen weder Walzer noch ich. Deshalb wäre ich mit dem Argument vorsichtig.

ZEIT ONLINE: Weil es gefährlich ist?

Sandel: Weil das Argument oft vorgebracht wird, um eine feststehende Auffassung von einer Gesellschaft zu verteidigen. Es übersieht, dass nationale Identitäten sich verändern und Gesellschaften durch Migranten wachsen können. Migranten bereichern eine Gesellschaft, sie sind eine Quelle des Lernens.

ZEIT ONLINE: Warum sollte uns überhaupt das Schicksal eines Europäers wichtiger sein als das eines Afrikaners?

Sandel: Wir sind selbstverständlich allen hilfsbedürftigen Menschen auf der Welt verpflichtet. Egal, ob wir unser Leben mit ihnen teilen oder nicht. Dennoch gibt es eine speziellere Verpflichtung für jene Menschen, mit denen uns eine gemeinsame Erfahrung und Geschichte verbindet. Wenn man nicht von einem völlig individualistischen Standpunkt aus argumentiert, haben wir eine besondere Verpflichtung gegenüber unseren Familien, unseren Nachbarn und unseren Mitbürgern. Das ist mein Standpunkt. Beide Pflichten - die universelle und die spezielle - stehen nebeneinander. Zwischen beiden kann es Spannungen geben.

ZEIT ONLINE: Eine Gesellschaft muss also immer einen Mittelweg finden?

Warum brauchen wir Grenzen, Mr. Sandel? Vor Europas Küsten wird weiter gestorben und wir lassen es geschehen: Ein Gespräch mit dem Philosophen Michael Sandel üb....

Sandel: Ja. Aber das ist nicht nur ein Kompromiss. Ich glaube vielmehr, dass es sich um den einzigen Weg handelt, wie wir Menschlichkeit im Allgemeinen lernen können: Eben nur, indem wir menschlich mit denen umgehen, mit denen wir eine spezielle Verpflichtung teilen. In einer absolut kosmopolitischen Welt, wo wir die gleichen Verpflichtungen für jeden Menschen auf der Welt hätten, wäre das nicht möglich. Es würden niemals die Institutionen entstehen, die jene Dinge bereitstellen, die unserer Menschlichkeit Ausdruck verleihen.

ZEIT ONLINE: Einige europäische Politiker schlagen mittlerweile vor, das Flüchtlingsproblem mit Geld zu lösen. Deutschland könnte Italien dafür bezahlen, dass es mehr afrikanische Flüchtlinge aufnimmt. Was spricht dagegen?

Sandel: Die Frage ist: Sind wir uns einig, dass wir eine Verpflichtung für diese Menschen haben? Wenn das so ist, bin ich der Meinung, dass wir diese Pflicht nicht einfach outsourcen können. Natürlich ist Geld ein Teil der Hilfe, die diese Menschen erwarten. Aber es ist eben nur ein Teil. Der andere Teil besteht darin, dass wir diese Menschen, die in einer aussichtslosen Lage zu uns kommen, willkommen heißen, sie anerkennen, ihnen begegnen. Davon können wir uns nicht freikaufen. Oder sie nehmen sie die Idee von sogenannten Flüchtlingsquoten...

ZEIT ONLINE: ... jeder Staat bekäme dabei eine feste Quote an Flüchtlingen zugewiesen. Nimmt er mehr Menschen auf, kann er damit Handel treiben - ähnlich wie beim sogenannten Handel mit CO2-Zertifikaten.

Sandel: Von einem ökonomischen Standpunkt mag die Idee einen gewissen Reiz haben. Wenn die Länder ihre Verpflichtung kaufen und verkaufen können, werden alle Staaten höhere Flüchtlingsquoten akzeptieren - das ist ein Argument dafür. Doch selbst wenn das stimmen würde: Eine solche Regelung würde zwangsläufig unsere Haltung zu den Flüchtlingen verändern. Jeder Flüchtling hätte plötzlich ein Preisschild über seinem Kopf. Wir würden sie nicht mehr als Menschen behandeln, sondern als Objekte, um die man Feilschen kann. Ich sage nicht, dass wir das nicht machen sollten. Ich sage lediglich, dass eine solche Idee moralische Kosten produzieren würde. Der Markt ist eben nicht neutral.

ZEIT ONLINE: Täuscht der Eindruck oder sind die reichen Staaten heute generell stärker auf ihren Eigennutz bedacht? Auf der Freiheitsstatue in New York steht seit rund hundert Jahren: "Gebt mir eure Müden, eure Armen, eure geknechteten Massen, die frei zu atmen begehren." Eine solche Großzügigkeit in der Einwanderungspolitik ist in den USA oder Europa kaum mehr zu finden.

Sandel: Das ist auch mein Eindruck, ja. Ich denke auch, dass die Vorschläge, die darauf zielen, das Flüchtlingsproblem mit Geld zu lösen, ein Ausdruck einer Marktmentalität ist, die den globalen Diskurs seit zwei Jahrzehnten dominiert. In gewisser Weise ist es ironisch: Einerseits sagt uns der neoliberale und markttriumphierte Glaube der vergangenen Jahre, dass wir einen freien Güter- und Kapitalverkehr auf der Welt errichten sollten. Andererseits gibt es einen wachsenden Widerstand gegen Menschen, die Staatsgrenzen überqueren.

ZEIT ONLINE: Wie erklären Sie sich das?

Sandel: Es hat sicherlich auch mit der Tatsache zu tun, dass der Graben zwischen Arm und Reich innerhalb der Gesellschaften, aber auch zwischen Staaten gewachsen ist. Diese wachsende Ungleichheit hat - neben Leid und Krieg, die es immer gab - die Migrationsströme stark befördert. Zugleich haben die wohlhabenden Schichten in den entwickelten Ländern ein deutlich stärkeres Interesse an unbeschränktem Marktzugang als daran, dass Menschen sich frei über Grenzen hinweg bewegen können. Deshalb reden wir in den westlichen Industrieländern auch viel über Entwicklungshilfe aber wenig über eine gerechtere Gestaltung unserer Handelspolitik.

ZEIT ONLINE: Wenn ein afrikanischer Flüchtling Sie heute fragen würde, ob die Welt in zehn Jahren ein gerechterer Ort sein wird: Was würden Sie ihm antworten?

Sandel: Ich würde ihm sagen: Ja und Nein. Einerseits beobachten wir seit Jahrzehnten, dass sich die Lage der Menschenrechte verbessert. Auch dank der Medien gibt es heute eine breitere Aufmerksamkeit für humanitäre Katastrophen, selbst wenn diese manchmal nur episodisch ist. Die Menschen auf unterschiedlichen Kontinenten

Warum brauchen wir Grenzen, Mr. Sandel? Vor Europas Küsten wird weiter gestorben und wir lassen es geschehen: Ein Gespräch mit dem Philosophen Michael Sandel üb....

interessieren sich heute mehr füreinander als noch vor zwei Generationen. Aber die gleiche universelle Logik, die sich hinter den Menschenrechten verbirgt, kann in einen unbegrenzten Kapitalverkehr übersetzt die Folge haben, dass die lokale Industrie und Infrastruktur in Entwicklungsländern zerstört wird. Das ist das Paradox. Und genau das macht die Welt nicht zu einem gerechteren Ort.

ZEIT ONLINE: Warum?

Sandel: Gerechtigkeit meint eben mehr als die Abwesenheit von Grenzen. Im Kern geht es darum, den anderen wahrzunehmen und anzuerkennen. Und zwar nicht nur in Bezug auf seinen Marktwert, sondern entsprechend der Normen, die wir als Gesellschaft für richtig erachten.

Load-Date: October 25, 2013

End of Document

Eine Tragödie mit Ansage; Die Toten vom Lampedusa sind nicht die Ersten und sie werden wohl nicht die Letzten sein. Zu einträglich ist das Geschäft skrupelloser Schlepper.

ZEIT-online

Freitag 4. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Lampedusa; Ausg. 41

Length: 734 words

Byline: Tobias Müller

Body

Italienische Rettungskräfte im Hafen von Lampedusa

© Nino Randazzo/EPA/dpa

133 Tote, dazu 200 Vermisste, die kaum lebendig geborgen werden dürften - dies ist die Bilanz einer der schlimmsten **Flüchtlingstragödien**, die sich in den letzten Jahren auf dem Mittelmeer ereigneten. Schauplatz wieder einmal: die kleine Insel Lampedusa. 20 Quadratkilometer Felsen zwischen Europa und Afrika, ein Synonym für die latente **Flüchtlingskrise** der EU.

"Einen Horror" nennt das Giusi Nicolini, seit 2012 die Bürgermeisterin von Lampedusa, wo allein seit ihrem Amtsantritt annähernd 20.000 Armuts- und Bürgerkriegsflüchtlinge an Land gingen. Von einer "Schande" sprach der Papst, der im Juli mit seinem viel beachteten Antrittsbesuch auf der Insel das Thema zurück auf die Agenda der internationalen Medien brachte.

Beide Begriffe haben ihre Berechtigung. Das Wort "Unglück" hingegen wird den Ereignissen vor der Insel nicht gerecht. Der Begriff legt nahe, es handele sich bei der Massenpanik um ein zwar grausames, aber gleichsam zufälliges Szenario. Doch genau das ist es nicht - unabhängig davon, ob der Brand auf dem Flüchtlingsboot durch einen Kurzschluss verursacht wurde oder durch Decken, die Migranten anzündeten, um auf sich aufmerksam zu machen.

Grausamer Umgang der Schlepper mit Flüchtlingen

Erst zwei Tage zuvor ertranken 13 Bootsflüchtlinge, deren Schiff vor Sizilien auf Grund gelaufen war, beim Versuch, ans Ufer zu schwimmen. Den gleichen Tod starben im August sechs junge Syrer. Ein italienischer Behördenvertreter schätzte im September, die Zahl der Toten im Mittelmeer läge dieses Jahr bei "vielleicht 1.000".

Wer sich auf Lampedusa mit Bootsflüchtlingen unterhält, hört immer wieder vom grauenhaften Umgang der Schlepper mit ihnen. Im August etwa landete ein Schlauchboot in Lampedusa. So voll bepackt war es mit

Eine Tragödie mit Ansage Die Toten vom Lampedusa sind nicht die Ersten und sie werden wohl nicht die Letzten sein. Zu einträglich ist das Geschäft skrupelloser

Menschen, dass diejenigen, die am Rand saßen, ein Bein ins Wasser hängen lassen mussten. Längst nicht alle Passagiere konnten schwimmen. Westen gab es keine, auch nicht für die Kinder.

Andere Überlebende erzählen von Schleusern, die nach dem Ablegen in Libyen einem Passagier kurz die Navigation des Bootes erklären, das Satellitentelefon mit der Nummer der italienischen Küstenwache überreichen und dann ins Wasser springen, um zurück an den Strand zu schwimmen.

Helfer brauchen oft Stunden

Dabei ist ein Notruf keinesfalls die Rettung, selbst wenn es die überfüllten Boote in die Nähe der Küste schaffen. Oft vergehen Stunden, bis Helfer vor Ort sind. Wenn zudem der Motor kaputt ist, funktioniert auch die Pumpe nicht mehr. Eindringendes Wasser müssen die Passagiere dann per Hand ausschöpfen. Und doch stechen die alten Kähne weiter in See, besonders häufig in diesen Spätsommerwochen mit stabiler Wetterlage. Eine Schlüsselrolle spielt dabei Libyen, wo die weitaus meisten Migranten an Bord gehen.

Nach dem berüchtigten Deal zur Flüchtlingsabwehr zwischen der EU und Oberst Gaddafi setzte dieser die Boote im Bürgerkrieg als Druckmittel gegen den früheren Verbündeten ein. Mehrere Migranten erzählten damals, sie seien von Sicherheitsleuten mit vorgehaltener Waffe auf die Boote gezwungen worden. Nach seinem Sturz lässt nun das entstandene Machtvakuum den Schleusern genug Raum für ihre Aktivitäten.

Syrer suchen Hilfe in Europa

Und nicht nur das - es sorgt auch dafür, dass die Lebensbedingungen für afrikanische Migranten in Libyen gänzlich unerträglich werden. Viele versuchen als Arbeitsmigranten im wohlhabenden Ölstaat ihr Glück. Doch jeder Flüchtling, der auf Lampedusa landet, kann inzwischen von Misshandlungen und Bedrohungen durch Polizisten, Militärs oder Zivilisten berichten.

Denen, die nicht in ihr Heimatland zurückkehren können, bleibt als einziger Ausweg die Flucht nach Europa.

Neben den Afrikanern versuchen in den letzten Monaten auch immer mehr Syrer von Libyen aus den Sprung nach Europa. 8.000 Euro verlangen die Schlepper, anders als bei Afrikanern, die meist nur 1.000 Euro für eine Überfahrt zahlen müssen. Meist laufen die Boote die sizilianische Ostküste an, aber auch auf Lampedusa landen viele.

Giusi Nicolini, die Bürgermeisterin, wollte sich dieser Herausforderung immer stellen. "Lampedusa ist es gewöhnt", kommentierte sie kürzlich noch die neue Welle aus Syrien, und betonte wie immer, die Insel müsse die Bootsflüchtlinge ebenso aufnehmen wie die Touristen. Nun hat sich ausgerechnet vor dem beliebtesten Strand Lampedusas seine größte Katastrophe ereignet.

Load-Date: October 4, 2013

"Das macht dich fertig"; Pawel ist homosexuell, er floh aus Angst vor Bestrafung aus Russland nach Deutschland. Hier wurde er als schwuler Flüchtling anerkannt. Eine Begegnung

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

24. Oktober 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK;"Das macht dich fertig"; S. 7; Ausg. 44

Length: 1424 words

Byline: Alexandra Rojkov

Body

Als der Anruf kam, wusste Pawel nicht, wohin mit seinem Glück. Mit wem sollte er es teilen? In der **Flüchtlingsunterkunft**, in der er lebte, hatte er keine Freunde, und auch sonst kannte er niemanden in der Stadt. Er war ja erst seit ein paar Monaten in Deutschland.

Also ging Pawel los und kaufte einen Strauß rote Rosen. Einzeln verteilte er sie auf der Straße, lächelnd, wortlos. Die Passanten wunderten sich, manche wimmelten ihn ab. Aber an diesem Tag konnte Pawel nichts kränken.

Die Behörden hatten entschieden, dass er in Deutschland bleiben darf. Pawel wusste, dass er jetzt ohne Angst leben würde. Selbstbestimmt, wie er wollte. Und mit wem er wollte.

Pawel, zuletzt wohnhaft in Nowosibirsk, ist schwul. Im April 2013 floh er aus Russland. Aus einem Land, in dem Homosexuelle eine Anzeige fürchten müssen, wenn sie ihre Liebe öffentlich zeigen. Einem Land, in dem Nationalisten schwule Jugendliche mit Urin übergießen und Videos davon ins Netz stellen. Aus einem Land, "gefüllt mit Hass", wie Pawel sagt. Am 26. April stellte Pawel in der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt seinen Antrag auf **Asyl** in Deutschland. Pawel ist wahrscheinlich der erste Homosexuelle aus Russland, den die Bundesrepublik als politischen **Flüchtling** anerkennt.

Homosexuelle werden in Russland offen diskriminiert. Seit 2006 verabschiedeten mehrere Stadt- und Regionalparlamente Gesetze, die es verbieten, "in öffentlichen Aktionen" über Homo-, Bi- und Transsexualität aufzuklären. Seit Juni dieses Jahres steht dies in ganz Russland unter Strafe. Politiker wie der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung Markus Lönig (FDP) oder Linken-Fraktionschef Gregor Gysi forderten daraufhin, russischen Homosexuellen, die in ihrer Heimat verfolgt werden, Asyl zu gewähren.

Um in Deutschland als Flüchtling anerkannt zu werden, muss man nicht nur Verfolgung nachweisen, sondern auch, dass der Staat Homosexuelle nicht schützen kann oder sogar nicht will. Die Berliner Anwältin Barbara Wessel, die Pawel vertritt, sagt, ihr Mandant habe "ganz klar staatliche Verfolgung erlitten".

"Das macht dich fertig" Pawel ist homosexuell, er floh aus Angst vor Bestrafung aus Russland nach Deutschland. Hier wurde er als schwuler Flüchtling anerkannt.

Pawel sieht älter aus als die 26 Jahre, die er ist. Sein Leben hat er zurückgelassen. Er hat seinen Job als Mediziner in einer Klinik aufgegeben, sich von seiner Mutter verabschiedet. Nach seiner Familie sehnt er sich, aber nach Russland? "Ich möchte dieses Land vergessen wie einen bösen Traum", sagt Pawel.

Schon mit zehn oder elf Jahren merkte Pawel, dass er sich zu anderen Jungen hingezogen fühlte. "Ich dachte, ich sei nicht normal", sagt Pawel, "also versuchte ich, es zu unterdrücken." Aufklärung, "das, was heute Propaganda genannt wird", gab es in dem Dorf, in dem er damals lebte, nicht. Pawel legte sich Ausreden zurecht. Dass er keine Freundin hatte, lag eben daran, dass er viel für die Schule lernte. Dass er so viel Zeit allein verbrachte, war seinem Nebenjob geschuldet, mit dem er sein Studium finanzierte. "Du musst auf jedes Wort achten, dich ständig kontrollieren. Das macht dich fertig." Drei Selbstmordversuche hat er hinter sich.

Mit 17 Jahren beschloss Pawel, sich zu outen. "Ich wusste, dass das Leben danach nicht leichter wird. Aber ich wollte zumindest inneren Frieden." Seine Mutter weinte. "Sie liebt mich", sagt Pawel. "Ihr war nur klar: Ab jetzt wird es ihr Sohn nicht leicht haben." Freunde sahen Pawel plötzlich mit anderen Augen. Er war nicht mehr der Mensch, den sie schätzten, der Arzt, der heilte, sondern der Schwule. Als habe er eine ansteckende Krankheit. "Die Menschen sehen in dir ein Monster", sagt Pawel. "Wahrscheinlich hat mich die halbe Stadt schon mal beschimpft."

Pawel verliebte sich. Ging er mit seinem Freund aus, bat Pawel Freundinnen, sie zu begleiten - zu groß war die Angst, auf der Straße angegriffen zu werden. Irgendwann bekam er, mittlerweile berufstätig, Probleme bei der Arbeit. Was er konnte, zählte oft weniger, als wen er liebte. Schließlich packte Pawel eine Reisetasche und floh.

Wie viele Menschen in Deutschland Zuflucht suchen, weil sie wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, ist nicht bekannt. Der Verein Pro Asyl schätzt, dass es sich um einige Hundert Fälle pro Jahr handelt. Quarteera, eine Organisation, die sich um Lesben, Schwule und Transsexuelle mit russischem Migrationshintergrund kümmert, berichtet von fünf Personen, die seit April aus Russland geflohen seien und sich bei der Organisation gemeldet hätten. Sie haben Anträge auf Asyl gestellt. Die Entscheidung steht noch aus. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge teilte mit, man beobachte die Entwicklung in der Russischen Föderation. Das russische Gesetz führe aber noch nicht zu einer "generellen Schutzgewährung".

Auch Pawel wandte sich, in Berlin angekommen, an Quarteera. "Ich weiß nicht, was ich ohne sie gemacht hätte", sagt er. Die Anrufe der Mitarbeiter halfen ihm in der Zeit bis zur Anhörung. "Im Wohnheim bist du kein Mensch, sondern nur eine Nummer." Pawel war nach Deutschland gekommen, um offen leben zu können. Doch in den Asylunterkünften war niemand auf einen schwulen, russischen Flüchtling eingestellt. "In den Lagern gehörte jeder zu einer Gruppe: Tschetschenen, Kurden, Araber", erzählt Pawel. "Nur ich war allein. Wenn ich gesagt hätte, dass ich schwul bin, hätte man mich in kleine Stücke geschnitten."

"Er hat in den Heimen gelitten", sagt Pawels Anwältin, die ihn damals erlebt hat. "Er hatte Angst, dass der Antrag abgelehnt wird und ihm auch seine gute Ausbildung nichts hilft. Dass er stattdessen jahrelang im Heim vor sich hin vegetieren muss."

In einigen Fällen dauert es bis zur endgültigen Entscheidung Jahre. Bei Pawel kam an einem Montag im August der Anruf. Knapp einen Monat nach seiner Anhörung stand fest: Er wird als Flüchtling anerkannt.

Trotz aller Widrigkeiten - Pawel hat es nicht bereut, Russland verlassen zu haben. "Die Schrauben werden sich zuziehen", sagt er. "Putin wollte Russland mit allen Mitteln vom Westen abgrenzen. Dafür hat er den Hass entfesselt." Pawel spricht klar und ohne Furcht. In russischen Medien sind inzwischen Artikel über den ersten Schwulen aufgetaucht, der nach Deutschland floh. "Hoffentlich machen die bald alle rüber", heißt es unter einem Text. Andere Kommentatoren vermuten, Pawel habe sich seine Verfolgungsgeschichte nur ausgedacht. "Ihre angeblichen Probleme haben die Schwulen doch selbst erfunden!", ätzt ein Kommentator. Ein anderer fragt: "Wenn ich schwul werde - kann ich dann auch auswandern?"

Er macht sich Sorgen um seine Mutter, die in Nowosibirsk geblieben ist. Er will sie schützen: Vor Reportern, die sie bedrängen, Repressalien, die sie an seiner statt erreichen könnten. Deshalb möchte er, obwohl er sonst offen

"Das macht dich fertig" Pawel ist homosexuell, er floh aus Angst vor Bestrafung aus Russland nach Deutschland. Hier wurde er als schwuler Flüchtling anerkannt.

spricht, anonym bleiben: Pawel ist nicht sein richtiger Name. Deshalb sollen Details seiner Reise nicht beschrieben werden.

Seit Quarteera Ende September Pawels Anerkennung bekannt gab, verzeichnet die Organisation einen drastischen Anstieg der Anfragen aus Russland.

Pawels Tage sind nun gefüllt mit den Formalitäten der Freiheit. Welchen Sprachkurs kann er bekommen? Wie wird sein Abschluss anerkannt? Immer heißt es: Nummer ziehen, warten, nichts geht ohne Termin. Die strikten Zuständigkeiten sind neu für Pawel, die Sprache ebenso. Mitglieder von Quateera übersetzen auf den Ämtern. Pawel stellt klar: Das sei nur vorübergehend. "Sechs Monate brauche ich, um die Sprache zu lernen. Noch mal sechs, um einen Job zu finden." Schon im Wohnheim hat er unregelmäßige Verben gepaukt.

Pawel träumt, macht Pläne: heiraten, Kinder großziehen. "Geht das in Deutschland?" Man merkt ihm die Aufregung über sein neues Leben an. Ständig fragt er: Darf man das?, und: Warum machen die Deutschen jenes? Pawel geht niemals bei Rot über die Straße, und die erste Zeit sammelte er seine Zigarettenkippen in einem Tütchen in seiner Tasche, weil er sich nicht traute, sie auf den Boden zu werfen.

Am Tag unserer Begegnung hat Pawel einen Termin beim Friseur. Er lässt sich die Seiten stutzen - zurück bleibt ein Irokesenschnitt. Er streicht sich über den Kopf, schaut sich im Spiegel von allen Seiten an. "Mit so einer Frisur würde ich in Russland sofort eins aufs Maul kriegen", sagt Pawel grinsend. Und wundert sich sofort: "Kann ich hier wirklich so rausgehen?"

Später kommt ihm auf der Straße ein schwules Paar entgegen, sie halten sich an den Händen. Pawel bleibt abrupt stehen. Er sieht den beiden Männern lange nach. "Ich bin das noch nicht gewohnt", sagt Pawel. "Es wird dauern, bis ich mich so etwas traue." Nicht nur Pawel wird es so gehen. Der Fall eines zweiten Homosexuellen aus Russland steht kurz vor der Anerkennung.

VON ALEXANDRA ROJKOV

Graphic

Homosexuelle werden in Russland offen diskriminiert, verfolgt und bestraft. Seit 2006 ist öffentliche Aufklärung über Homo-, Bi- und Transsexualität in zahlreichen Regionen verboten

Load-Date: October 24, 2013

Partnerschaften sind da, der politische Wille fehlt; Angesichts der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa fordern Europas Politiker mehr Kooperation mit Afrika. Doch sie existiert bereits - zumindest auf dem Papier.

ZEIT-online

Donnerstag 31. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: EU-Afrika; Ausg. 44

Length: 1010 words

Byline: Christine Hackenesch;Svea Koch

Body

Vor Lampedusa gerettete Afrikaner, 25. Oktober 2013

© FILIPPO MONTEFORTE/AFP/Getty Images

Mit dramatischen Bildern von Bootsunglücken vor Lampedusa rückt Afrika erneut mit Schreckensmeldungen in die europäischen Medien. Als Konsequenz wollen die einen mehr Entwicklungshilfe, um den **Migrationsdruck** in den Herkunftsländern und damit die **Flüchtlingsströme** zu reduzieren. So forderte Bundesinnenminister Friedrich kürzlich die Aufnahme von Wirtschaftsgesprächen mit Afrika, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern. Andere rufen nach einem effektiveren Schutz der EU-Außengrenzen, nicht zuletzt, um die Abschreckungswirkung für **Migranten** zu erhöhen.

Klar ist, dass **Migration** nicht mit einfachen Mitteln oder punktuellen politischen Initiativen verhindert werden kann, sondern eine umfassende Kooperation mit afrikanischen Ländern erfordert. Die Ereignisse von Lampedusa zeigen auf traurige Weise, wie wichtig die Beziehungen zwischen der EU und afrikanischen Ländern sind und dass Europa und Afrika eine Reihe gemeinsamer Interessen haben.

In der gegenwärtigen Diskussion wird kaum beachtet, dass es - zumindest auf dem Papier - bereits eine umfassende, strategische Partnerschaft zwischen der EU und afrikanischen Ländern gibt. Europäer und Afrikaner haben 2007 in Lissabon die Gemeinsame EU-Afrika- Strategie beschlossen, mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen beiden Kontinenten zu stärken. Jenseits von Entwicklungszusammenarbeit soll auch in Bereichen wie Frieden und Sicherheit, der Förderung von Demokratie und Menschenrechten, beim Kampf gegen den Klimawandel oder eben bei der Migration "auf Augenhöhe" enger zusammen gearbeitet werden.

Strategische Partnerschaft hat kaum öffentliche Beachtung

Sechs Jahre später hat sich der Enthusiasmus auf beiden Seiten gelegt, und es herrscht Unzufriedenheit über den Stand der Umsetzung der Partnerschaft. Geringer politischer Wille auf Seiten der europäischen Mitgliedsstaaten bei

Partnerschaften sind da, der politische Wille fehlt Angesichts der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa fordern Europas Politiker mehr Kooperation mit Afrika. D....

der Unterstützung der Partnerschaft und Meinungsverschiedenheiten in politisch sensiblen Themen wie der ungelösten Frage der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, belasten die Beziehungen nachhaltig.

Dass die EU-Afrika-Strategie in der aktuellen Debatte über Lösungen der Flüchtlingsproblematik kaum eine Rolle spielt, zeigt, wie stark die Partnerschaft in den Mitgliedsstaaten und der Öffentlichkeit als eine Brüsseler Angelegenheit wahrgenommen wird. Es bleibt zu hoffen, dass die Notwendigkeit der Partnerschaft nun stärker ins Bewusstsein, auch deutscher Politiker rückt und es auf europäischer und afrikanischer Seite verstärkte Bemühungen gibt, die strategische Partnerschaft wiederzubeleben.

Hierfür gibt es vorsichtige Anzeichen. Auf Einladung von EU-Parlamentspräsident Martin Schulz reiste der senegalesische Staatschef Macky Sall Anfang Oktober nach Straßburg, um die Europaparlamentarier an die Bedeutung der strategischen Partnerschaft und das gemeinsame Schicksal beider Kontinente zu erinnern. Er nannte drei Themen, die für Afrika von zentraler Bedeutung sind: Frieden und Sicherheit, die Stabilisierung demokratischer Regierungsführung, sowie Handel und Investitionen. Diese Bereiche leisten auch - aber natürlich nicht nur - einen Beitrag zur Lösung der Migrationsproblematik. Zwar gibt es bereits Zusammenarbeit in diesen Bereichen, jedoch mit unterschiedlichem Erfolg.

Frieden und Sicherheit zum Beispiel ist bereits einer der zentralen Bereiche der strategischen Partnerschaft. Für die Sahelzone und das Horn von Afrika hat die EU umfassende Strategien entwickelt, die die Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik besser verknüpfen sollen. Diese Verknüpfung unterschiedlicher Politikbereiche kann nur funktionieren, wenn eine gemeinsame europäische Lösung nationalen Strategien oder nationalen Alleingängen vorgezogen wird.

Auch die Unterstützung von "demokratischer Regierungsführung" ist bereits ein zentrales Ziel europäisch-afrikanischer Beziehungen. Jedoch hat die strategische Partnerschaft in diesem Bereich bislang nur unzureichende politische Dynamik entfaltet. Das Argument, die Afrikaner trügen selbst die Verantwortung für instabile Regierungsverhältnisse auf ihrem Kontinent, ist teilweise richtig, greift aber zu kurz. Natürlich ist es schwierig für die EU, insbesondere mit autoritär regierten Ländern eine effektive Kooperation zu Demokratie und Menschenrechten aufzubauen. Zum anderen müssen aber auch die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Instrumente, die sie zur Demokratieförderung entwickelt haben, kohärenter einsetzen.

Interessen der Rohstoffversorgung, der Wirtschafts-, Sicherheits- oder auch Entwicklungspolitik kollidieren nach wie vor häufig mit dem Ziel, demokratische Regierungsführung zu unterstützen. Der Fingerzeig auf Afrika entledigt Europa nicht vom eigenen verantwortungsvollen Handeln.

EU-Afrika-Gipfel im April

Bleiben nicht zuletzt die strittigen Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen, den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, zwischen der EU und Afrika, die die Beziehungen beeinträchtigt haben. Es liegt nicht nur im afrikanischen, sondern im ureigenen Interesse der Europäer, sich flexibler zu zeigen und die Verhandlungen zu einem für beide Seiten erfolgreichen Ende zu bringen. Die afrikanischen Staaten haben nämlich inzwischen andere Optionen: Während die Europäer wenig Bereitschaft zeigen, den Afrikanern in der Frage solcher Abkommen Zugeständnisse zu machen, ist China zum zweitwichtigsten Handelspartner Afrikas aufgestiegen.

Das alles mag kompliziert klingen. Aber genau diese Vielschichtigkeit der europäisch-afrikanischen Beziehungen wird oftmals kaum thematisiert. Der nächste EU-Afrika-Gipfel, der im April kommenden Jahres in Brüssel stattfinden wird, kann wichtige Weichen für die Zukunft der Beziehungen stellen. Die Krise von Lampedusa zeigt, dass Europäer und Afrikaner viele gemeinsame Interessen haben. Insofern hat die aktuelle Krise vielleicht zumindest ein Gutes: Sie könnte eine Chance bieten, innerhalb von Europa breitere politische Unterstützung für die Weiterentwicklung der europäisch-afrikanischen strategischen Partnerschaft hervorzubringen.

Partnerschaften sind da, der politische Wille fehlt Angesichts der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa fordern Europas Politiker mehr Kooperation mit Afrika. D....

End of Document

»Was machen die den ganzen Tag?«; Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting. Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir unsere Kinder noch auf die Straße lassen? Warum grüßen die Deutschen nicht? Die ZEIT hat Flüchtlinge und Einheimische an einen Tisch gesetzt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK TITELGESCHICHTE; »Was machen die den ganzen Tag?«; S. 8-11; Ausg. 46

Length: 6944 words

Byline: Anita Blasberg

Malte Henk

Henning Sußebach

Body

Henning Sußebach

Malte Henk

Anita Blasberg

»Ich habe mir Kriegsflüchtlinge anders vorgestellt: Ausgemergelt von der Flucht« (Georg Engelhard)

»Die Deutschen sind wie Maschinen. Kalt. Wir haben keine Chance, sie kennenzulernen« (Akhtar Nabi)

»Wenn in Syrien Krieg ist, fliehen die Menschen - ob wir sie abschrecken oder nicht« (Hubert Heinhold)

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

»Die Jungs waren schon mit den Nigerianern auf dem Bolzplatz« (Max Bauer)

Ein Wirtshaus in Friedberg, einer Stadt im schwäbischen Teil Bayerns. Ganz Deutschland diskutiert in diesen Tagen über Flüchtlinge: Sind es zu viele? Wo sollen sie leben? Haben wir Mitschuld, wenn sie vor Lampedusa ertrinken? In immer mehr Orten wird aus abstrakten Debatten konkreter Streit - in Berlin-Hellersdorf, wo sich Gegner und Unterstützer eines Asylbewerberheims gegenüberstehen, in Hamburg, wo die Stadt um den richtigen Umgang mit Flüchtlingen ringt, in Wolgast, wo Asylbewerber von einem Sicherheitsdienst bewacht werden mussten.

Auch im 470-Einwohner-Dorf Anwalting in Bayern kochten die Emotionen hoch, als es hieß: Ihr müsst Asylbewerber aufnehmen. Die ZEIT hat die Menschen, die in diesem Streit bisher mehr über- als miteinander geredet haben, an einen Tisch gebeten. Und da Anwalting noch nicht mal eine Kneipe hat, sitzen sie jetzt im nahe gelegenen Friedberg im holzgetäfelten Wirtshaus: die Flüchtlinge Akhtar Nabi und Ahmed Said, die beiden Anwaltinger Bürger Georg Engelhard und Werner Zwick, Landrat Christian Knauer von der CSU, dessen Ausländerbeauftragte Sabine Ahlers und Martina Scheicher, die ein Bauernhaus an die Asylbewerber vermietet. Hinzugekommen sind Ursula Gräfin Praschma vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg und der Asylanwalt Hubert Heinhold aus München.*

DIE ZEIT: Herr Engelhard, wir sitzen hier zusammen, weil Ihr Dorf kürzlich aus den Fugen geraten ist: Sie alle werden Nachbarn eines neuen Flüchtlingsheims. Erzählen Sie mal.

Nachbar Georg Engelhard: Ja, also ... (*räuspert sich*) ... ich vertrete unseren wirklich kleinen Ort Anwalting als CSU-Gemeinderat in der Gemeinde Affing, die wiederum zum Landkreis Aichach-Friedberg gehört. Wir sind 470 Bürger. Und vor einiger Zeit haben wir erfahren, dass der Herr Landrat bei uns 40 Asylbewerber unterbringen will. Genauer wussten wir nicht: Was machen wir mit denen? Und was machen die den ganzen Tag bei uns?

Nachbar Werner Zwick: Wir haben ja keinerlei Infrastruktur, noch nicht mal ein Geschäft.

Nachbar Engelhard: Da kamen Ängste hoch.

ZEIT: Welche?

Nachbar Engelhard: Vor dem Unbekannten, was auf einen zukommt. Genau kann man das nicht benennen.

Vermieterin Martina Scheicher: Ich kann das schon. Frauen sagten: »Ich traue mich nicht mehr aus dem Haus.«

ZEIT: Frau Scheicher, Sie haben sich entschlossen, das frisch renovierte Elternhaus Ihrer Mutter ans Landratsamt zu vermieten, als Flüchtlingsunterkunft. Was haben Sie von Ihren Nachbarn zu hören bekommen?

Vermieterin Scheicher: Besonders mein Vater wurde angesprochen, er war ja öfter auf der Baustelle, als wir renovierten. Da kamen die Nachbarn voller Besorgnis: »Wir können unsere Kleinen nicht mehr auf die Straße lassen!«

ZEIT: Uns wurde erzählt, manche Anwohner hätten ihre Kinder vor Menschenfressern gewarnt, die da kämen.

Vermieterin Scheicher: Sie haben meinem Vater sogar vorgeschlagen: »Wir helfen dir, andere Mieter zu finden!«

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Nachbar Engelhard: Aber nicht alle haben so geredet, Martina, das weißt du. Es ging von »Wir nehmen keinen einzigen!« bis »Wir stehen doch in unserer Christenpflicht!«.

ZEIT: Herr Said, bekommen Sie mit, dass in Deutschland derzeit über Menschen wie Sie diskutiert wird? Wissen Sie von der Angst im Dorf?

Ahmed Said ist Syrer. Drei Monate dauerte seine Flucht aus der kriegszerstörten Stadt Hama über Nordafrika bis München, seit wenigen Tagen ist er in Anwalting. Er spricht noch kein Deutsch und auch kein Englisch, ein Dolmetscher übersetzt für ihn. Die beiden reden eine Weile auf Arabisch, Said wirkt verschüchtert.

Dolmetscher: Er sagt, er ist überrascht. Er wusste nichts davon. Er hat sich über den Frieden in Anwalting gefreut. Er kennt das nicht, dass jeder am Tisch offen seine Meinung sagt.

Landrat Christian Knauer: Jetzt muss ich mal was sagen: In Anwalting bin ich immer sehr herzlich empfangen worden - aber als es um die Asylbewerber ging, war da eine Stimmung, wo man mich gerade noch begrüßt hat.

ZEIT: Es gab eine Versammlung, in der Sie die Anwaltinger überzeugen wollten, die Flüchtlinge aufzunehmen.

Landrat Knauer: Da gab es schon sehr bemerkenswerte Äußerungen, von der Angst vor Überfremdung bis hin zu: Wer ist schuld, wenn den Kindern was passiert?

Nachbar Engelhard: Meine Familie lebt seit 1726 hier in der Gegend, so ist es nun mal auf dem Land. Das ist das bayerische Naturell: Da wird nicht diplomatisch formuliert, aber das ist nicht böse gemeint.

Landrat Knauer: Dann wollte man einem Journalisten auch fast die Teilnahme an dieser Sitzung verweigern.

Nachbar Engelhard: Wissen Sie auch, warum? Weil in der Zeitung immer stand: »Anwalting wehrt sich gegen Asylbewerber«! Sogar mit meiner Schwägerin bin ich mir in die Haare geraten, die hat mich am Telefon gefragt, ob wir spinnen. Dabei habe ich nur verhandelt, bevor die Volksseele hochkochte. Wir hatten uns alle zusammengesetzt: Leute von der Anwaltinger Feuerwehr, dem Frauenbund, dem Krieger- und Soldatenverein, der Volkstanzgruppe, der Pfarrgemeinde. Am Ende waren wir uns einig: Wir nehmen nicht vierzig, sondern die Hälfte! Zwanzig ist das, womit wir leben können. Das hat der Landrat dann ja auch akzeptiert.

Landrat Knauer: Nicht akzeptiert habe ich alle anderen Forderungen des Ortes, Herr Engelhard. Die waren unannehmbar. Zum Beispiel, dass die Anwaltinger nach einem Jahr abstimmen wollten, ob die Flüchtlinge gehen müssen oder bleiben dürfen.

ZEIT: Genau das ist Herrn Nabi widerfahren - in Tattenhausen, nicht weit von Anwalting im selben Landkreis und noch viel kleiner. Dort haben die 80 Einwohner gerade mehrheitlich gesagt: Wir wollen die 37 Flüchtlinge, die in einem leer stehenden Haus untergebracht sind, nicht mehr in unserem Dorf. Wie geht es Ihnen damit, Herr Nabi?

Akhtar Nabi: Guten Tag. Ich komme aus Afghanistan. Ich habe ein bisschen Deutsch gelernt. Ich wohne seit acht Monaten in Tattenhausen. Wir haben viele Probleme da. Ich kann nicht sagen alles in Deutsch, deshalb muss ich auch englisch sprechen ...

Akhtar Nabi spricht fortan ein geschliffenes Englisch, das gespickt ist mit deutschen Bürokratievokabeln: »Landratsamt«, »Residenzpflicht« und »Verlassenserlaubnis«. Zum besseren Verständnis haben wir die meisten seiner Aussagen ins Deutsche übersetzt.

Nabi: Die Deutschen bauen Maschinen und sind wie Maschinen. Kalt. Wenn ich in Tattenhausen auf der Straße stehe, grüßen sie nicht. *I say Servus, and they look away.* Wir haben keine Chance, sie kennenzulernen. Und sie wissen nicht, wer wir sind. Jetzt haben sie abgestimmt. Sie wollen uns nicht mehr. Wir waren geschockt, einer von uns hat sogar geweint: »Was habe ich getan?«

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

ZEIT: Ende des Jahres müssen Sie nun umziehen, in einen Landgasthof im Nachbarort.

Dolmetscher: Herr Said will hier mal was sagen. Er fühlt sich bislang in Anwalting willkommen. Die Flüchtlinge wurden mit vegetarischer Pizza begrüßt. Und in den fünf Tagen, die er hier ist, kamen immer wieder Menschen und versuchten, mit ihm zu reden - nur dass er leider noch kein Deutsch versteht.

Vermieterin Scheicher: Eine Frau aus dem Ort hat Wörterbücher besorgt, damit man mal was nachschlagen kann. Es war auch jemand da, der arabische Sender eingestellt hat. Auf dem Wertstoffhof schauen die Leute: Funktionieren die alten Receiver noch? Haben wir noch ein altes Fahrrad? Wir haben denen auch schon die bayerische Mülltrennung beigebracht. Wir hatten auch schon einen Geburtstag. Ein Nigerianer hat mir ganz stolz einen Kuchen präsentiert, den eine Nachbarin vorbeigebracht hat.

Anwalt Hubert Heinhold: Ich mache seit dreißig Jahren meinen Job als Anwalt, Asylrecht ist mein Schwerpunkt - und ich habe noch nie so eine Hilfsbereitschaft erlebt wie jetzt, in der Bevölkerung, von Kirchen und Verbänden. Das funktioniert aber nur, wenn die Leute nicht das Gefühl haben, es wird ihnen was von oben aufgedrückt.

ZEIT: Frau Ahlers, in Ihrem Landkreis, der flächenmäßig etwas größer als Hamburg ist, sind Sie für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig. Wie schwierig ist das?

Verwaltungsbeamtin Sabine Ahlers: Sehr schwierig! Wir haben schon 226 Asylbewerber aufgenommen - und jede Woche teilt uns der Bezirk zehn neue zu. Bei uns ist ein Mitarbeiter nur noch damit beschäftigt, Zeitungsannoncen zu studieren, Anzeigen zu schalten, Immobilienseiten im Internet zu durchsuchen, zu telefonieren. Aber es ist alles voll: Wir liegen an der Achse München - Augsburg, Wohnraum ist knapp. Wir schreiben regelmäßig die Bürgermeister an, die Vereine, die Pfarrer, die Adligen: Habt ihr Platz? Wisst ihr jemanden?

ZEIT: Und?

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Von all den Pfarreien im Landkreis haben wir zwei Absagen bekommen, die anderen haben sich gar nicht erst gemeldet. Wir sind kurz davor, Turnhallen zu schließen, um all die Flüchtlinge unterbringen zu können. Diese Dramatik ist bei den Menschen noch nicht angekommen.

ZEIT: Herr Said, warum sind Sie nach Deutschland geflohen? Und wie?

Ahmed Said spricht mit seinem Dolmetscher, es fallen Wörter wie »Baschar«, »Libya«, »Polizia«. Die beiden reden lange.

Dolmetscher: Herr Said sagt, er ist Sohn eines Bauern und 18 Jahre alt. Das Alter, in dem Syrien junge Männer zum Militär einzieht. Er sagt, er wollte nicht seine eigenen Landsleute ermorden im Auftrag von Baschar - in Deutschland: Assad. Deshalb hat er sich in einem Taxi von Syrien nach Jordanien schmuggeln lassen und dort einen Monat auf Baustellen gearbeitet, um neues Geld für die nächsten Schleuser zu verdienen. Dann ist er weiter nach Ägypten und musste sich zwei Wochen in einem Erdloch verstecken. In Libyen ist er in eine Schießerei geraten, wahrscheinlich zwischen Soldaten und Schmugglern. In einer Nacht ist er mit 250 anderen Flüchtlingen auf einem Holzboot übers Mittelmeer nach Italien.

ZEIT: Nach Lampedusa?

Dolmetscher: Sizilien. Er sagt, die Polizisten dort hätten ihn geschlagen, damit er seine Fingerabdrücke abgibt. Das hat ihn erschreckt und verletzt. Er ist dann mit dem Zug nach München.

ZEIT: Herr Nabi, was wussten Sie über Deutschland, bevor Sie kamen?

Nabi: Ich lese Zeitungen und schaue fern. Ich wusste: Deutschland ist das stärkste Land in Europa. Die Menschen hier bauen Autos. Selbst jetzt in der Krise hat Deutschland keine Krise. Ich dachte: In Deutschland habe ich eine glänzende Zukunft. Ich werde Arbeit finden.

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

ZEIT: Deshalb sind Sie gekommen?

Nabi: Mein Plan war: Geh in ein Land, in dem du sicher bist, und bitte um Asyl. Ständig wandern bei uns in Afghanistan Menschen aus, ich kenne ihre Geschichten. Einige schaffen es nach Schweden oder Norwegen, reiche Länder. Andere bleiben in Ungarn oder Rumänien stecken. Nicht so gut.

ZEIT: Und wie ist Deutschland?

Nabi: *I like Deutschland - but:* Bayern ist kompliziert. Viel Land, wenig Menschen. Auf der einen Seite ist Wald, auf der anderen Feld ...

Lachen in der Runde, nur Akhtar Nabi schweigt.

Nabi: Wissen Sie was: Es gibt nichts in Tattenhausen. Kein Geschäft, keinen Arzt, keinen Bahnhof. Ich laufe 40 Minuten zu Fuß nach Dasing, wo die nächsten Busse fahren. Aber: Es gibt Busse in Tattenhausen. Jeden Morgen halten sie bei uns, doch sie nehmen uns nicht mit. »Das ist ein Schulbus«, sagen die Fahrer. »Ihr dürft nicht einsteigen.« Obwohl noch Plätze frei sind.

Landrat Knauer: Ist das ein Problem für einen Menschen, der um sein Leben gefürchtet hat?

Nabi: Es geht mir um Gerechtigkeit. In München haben die Flüchtlinge alles in der Nähe und können sich Kleidung kaufen. Hier kriegen wir alles halbe Jahr einen Gutschein über 35 Euro. Davon können wir uns bei der Caritas gebrauchte Kleider holen. Aber was kriegt man schon für 35 Euro?

ZEIT: In Bayern gilt zum Teil noch das Sachleistungsprinzip (siehe oben). Aber außer Gutscheinen bekommt Herr Nabi 137 Euro Taschengeld. Und statt eines Essenspakets auch 136,21 Euro für Lebensmittel. Ist das genug, Herr Landrat?

Mit verschränkten Armen dreht sich der Landrat zu Akhtar Nabi.

Landrat Knauer: Ich erlaube mir da schon zu sagen: Meine Familie ist nach dem Zweiten Weltkrieg von Deutschland nach Deutschland vertrieben worden. Meinen Eltern wäre nie eingefallen, nach ein paar Wochen hier zu reklamieren: »Neue Kleidung!« Die waren froh, dass sie einen Sack Stroh bekommen haben! Diese Anspruchshaltung ...

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: ... aber Herr Landrat! Das ist völlig daneben. Der Flüchtling heute lebt in einer anderen Zeit. Was er beklagt, ist nicht primär das schlechtere Jackett, sondern die Ungleichbehandlung, die Isolation. Es geht bei Flüchtlingen immer auch um das Wiedergewinnen von Würde. Bringt man mir Respekt entgegen?

Vermieterin Scheicher: Also, Herr Ich finde, wir haben hier wunderschöne, idyllische Orte. Und als Studentin musste auch ich jeden Tag mit dem Bus nach Augsburg fahren. Ich sage Ihnen: Es war kein Problem. Von uns kommt man sehr wohl mit dem Fahrrad in die Stadt.

ZEIT: Gräfin Praschma, Sie leiten im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Abteilung, die über alle Asylanträge in Deutschland entscheidet. Die beiden Männer hier am Tisch, die auf Aufnahme hoffen, kamen aus Italien. Wissen Sie jetzt schon, dass das mit dem Asyl in Deutschland nichts wird?

Ursula Gräfin Praschma: Sie sprechen Dublin II an: inwieweit Deutschland überhaupt zuständig ist, wenn der Flüchtling zuerst italienischen Boden betreten hat. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in diesem Frühjahr entschieden: In Italien gibt es faire Verfahren, das Asylrecht dort hat keine systemischen Mängel.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Und wenn Herr Said da schon seinen Fingerabdruck abgegeben hat, dann ist Praxis Ihres Bundesamtes: ab nach Italien! Dann werden Sie ihn zurückschicken, Frau Gräfin.

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Nicht so schnell. Uns erzählen jetzt immer häufiger Flüchtlinge, dass sie in Italien von einzelnen Behördenmitarbeitern rabiat behandelt wurden. Ich habe Verständnis dafür, dass jemand, der in Italien Schlimmes erlebt hat, nicht dorthin zurückkehren möchte.

Dolmetscher: Herr Said möchte dazu gerne sagen, dass ihm Italien ein wenig wie Syrien vorkam. Er fühlte sich rechtlos. Die Schläge der Polizei. Er hofft in Deutschland auf ein ehrliches Verfahren.

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Wir prüfen die Lage in Italien gerade und ziehen unsere Schlussfolgerungen daraus.

ZEIT: Ihre Behörde hat im vergangenen Jahr über mehr als 60 000 Asylanträge entschieden. Ihre Leute spielen Schicksal im Akkord. Kann man da überhaupt erkennen, ob ein Flüchtling die Wahrheit sagt?

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Die Glaubwürdigkeit zu beurteilen ist das Schwierigste überhaupt. Unsere Entscheider werden deshalb von Psychologen geschult. Sie können mit dem Bewerber oft nur per Dolmetscher kommunizieren, hinzu kommen kulturelle Barrieren: Wenn mich jemand beim Sprechen nicht anschaut, muss das nicht heißen, dass er lügt. Es kann auch erlernte Höflichkeit sein. Wichtig ist, dass jemand seinen Vortrag auf Nachfrage mit Details ergänzen kann und sich nicht widerspricht.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Da gehen Sie jetzt aber vom Optimalfall aus! Bei jedem fünften Antrag entscheiden Ihre Beamten nach Aktenlage, ohne selbst bei der Anhörung dabei gewesen zu sein.

ZEIT: Gräfin Praschma, Sie haben Herrn Said's Geschichte gehört. Glaubwürdig oder nicht?

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Er macht auf mich einen verstörten Eindruck, wirkt traumatisiert. Aber für ein fundiertes Urteil müsste ich ihn natürlich länger befragen.

ZEIT: Herr Nabi, Sie leben mit 36 anderen Flüchtlingen unter einem Dach. Da tauscht man sich doch aus. Erzählt jeder von Ihnen die Wahrheit?

Nabi: Es ist so: Wenn wir unsere wahre Geschichte erzählen, müssen wir sie beweisen können. Viele, die keine Beweise haben oder deren Geschichte unwahrscheinlich ist, erzählen Geschichten, die nicht wahr sind, aber wahr klingen.

ZEIT: Was klingt denn wahr?

Nabi: Dinge, die in Deutschland bekannt sind, zum Beispiel. Eine gute Story, die in sich schlüssig ist. Schwierig wird es, wenn Leute deine Familie ermordet haben, du es aber nicht beweisen kannst. Oder wenn du gefoltert worden bist, ohne dass du Narben hast. Ist es klug, dann davon zu erzählen?

ZEIT: Was erzählen viele Asylbewerber stattdessen?

Nabi: Etwas Plausibles, das wahr sein könnte. Du legst dir auf jede einzelne Frage eine Antwort zurecht. Und du bereitest dich darauf vor, diese Antworten auszuschnücken, wie in einem guten Film.

ZEIT: Die meisten Flüchtlinge schicken heute mit ihren Handys Nachrichten in die Heimat: wie es läuft, was man tun muss. Herr Landrat, vor welcher SMS fürchten Sie sich mehr: vor einem freudigen »Hier ist es toll«? Oder einem deprimierten »Hier ist es schlimmer, als ich dachte«?

Landrat Knauer: Mir würde weder die eine noch die andere gefallen. Ich fände es schön, wenn die Flüchtlinge schreiben: »Ich habe es geschafft. Ich kann hier ausharren, bis bei euch zu Hause wieder Friede eingekehrt ist. So lange schaue ich mir in Deutschland Dinge ab. Und lerne. Dann komme ich zurück und baue unser Land auf.« Dann hätten wir auch eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung. Aber ich komme immer noch nicht darüber hinweg, dass er (*deutet auf Akhtar Nabi*) ein Problem mit der Kleidung hat.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Das haben wir inzwischen mitbekommen.

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

ZEIT: Herr Said, was stand in Ihrer letzten SMS?

Dolmetscher: Er schaut gerade nach ... Moment ... jetzt: »Hier ist es stiller als in Syrien. Keine Bombeneinschläge. Diese Stille ist ungewohnt.«

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Die Frage nach den SMS zielt doch darauf ab: Setzen wir auf Abschreckung? Die Regierung in Berlin hat dieses Konzept jahrzehntelang verfolgt. Trotzdem haben wir heute höhere Flüchtlingszahlen als vor fünf Jahren. Wenn in Syrien Krieg ist, fliehen die Menschen nach Europa - ob wir sie abschrecken oder nicht.

ZEIT: In Bayern gilt für Asylbewerber eine strikte Residenzpflicht: Die Flüchtlinge dürfen ihren Regierungsbezirk so gut wie nicht verlassen. Wäre es nicht schön, Herr Landrat, wenn Herr Nabi mit Ihnen mal ein Spiel des FC Bayern besuchen dürfte?

Der Landrat zuckt mit den Schultern, blickt seine Ausländerbeauftragte Sabine Ahlers an.

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Das wäre machbar. Wenn Herr Nabi nach München möchte, muss er nur eine Verlassenserlaubnis beantragen. Drei Tage pro Monat sind jedem gestattet.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Da haben Sie wieder die deutsche Regulierungswut! Drei Tage pro Monat - warum? Welcher Gedanke steckt dahinter? Die Flüchtlinge werden bürokratisch gegängelt, der Staat misstraut ihnen, von A bis Z ist für sie alles geregelt. Warum beschneiden wir sie derart in ihrer Freiheit?

Landrat Knauer: Was ist Ihr Ziel, Herr Anwalt? Grenzen auf, kommt alle her? Wollen Sie das? Glauben Sie, dass so eine Politik langfristig von der Bevölkerung mitgetragen würde?

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Sie unterschätzen Ihre Wähler, Herr Landrat. Es gibt schlicht keinen sachlichen Grund, warum wir einen Asylbewerber, der ein Jahr oder länger auf den Ausgang seines Asylverfahrens warten muss, derart in seiner Bewegungsfreiheit einschränken. Der ist ordnungsgemäß hier angemeldet, hat einen Wohnort, fertig.

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Moment, Moment! Die Personen müssen für uns erreichbar sein, während wir ihre Anträge bearbeiten. Wir haben da zum Beispiel einen Flüchtling aus München, dessen Verfahren sich endlos in die Länge zieht. Warum? Weil er seit Monaten nicht erreichbar ist. Erst war er auf einer Demo am Münchner Rindermarkt, dann war er bei den Protesten am Brandenburger Tor in Berlin, jetzt hat ihm die evangelische Kirche Obdach gewährt. Das kann so nicht funktionieren.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Sie haben doch Sanktionsmöglichkeiten. Wer nicht mitwirkt, dem droht Abschiebung.

Dolmetscher: Entschuldigung, darf ich dazu auch mal was sagen? Ich bin 1989 mit meinen Eltern geflohen, auch aus Syrien. Ich habe jahrelang im Asylantenheim hier in Augsburg gelebt. Damals war die Residenzpflicht noch strikter, wir durften nicht einmal aus Augsburg raus. Als kleiner Junge war das für mich sehr bedrückend. Jedes Mal, wenn unsere Klasse einen Schulausflug plante, musste ich zur Ausländerbehörde gehen und einen Antrag stellen. Einmal ist unsere Klasse ins Skilager nach Österreich gefahren, da durfte ich nicht mit - nur weil es ein anderes Land war.

ZEIT: Begreifen Sie diese deutsche Regel, Herr Nabi?

Nabi: Nein. Warum darf ich nicht nach München fahren, um einen Freund zu besuchen? Es ist nicht weit weg.

ZEIT: Viele Deutsche fürchten: Wenn man es den Flüchtlingen zu leicht macht, kommen immer mehr. Können Sie diese Sorge verstehen?

Nabi: Wie soll ich die Deutschen verstehen, wenn ich sie nicht kennenlerne?

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

ZEIT: Haben Sie denn je probiert, auf die Leute zuzugehen?

Nabi: Ein paar von uns sind mal zu einem Fußballverein gegangen. Wir hatten einen Ball dabei und fragten, ob wir mitspielen dürfen. Aber die Jungs dort sagten: »Wir haben keine Zeit, wir spielen ein Match.« Wir haben es noch drei, vier Mal versucht, aber sie wollten uns nicht dahaben. Oder: In Tattenhausen ist ein Feld mit Apfelbäumen, wo niemand die Äpfel pflückt. Als wir das neulich gemacht haben, riefen sie: Finger weg!

ZEIT: In Augsburg protestierten Anwohner, die den Wertverlust ihrer Häuser fürchteten. In München, wo Flüchtlinge in leer stehende Wohnungen einquartiert werden sollen, laufen Mietervereine Sturm. So ist es in vielen Orten. Herr Landrat, kann es sein, dass Ihr Parteifreund, Bundesinnenminister Friedrich, die Argumente für diesen Widerstand liefert, wenn er sagt: Deutschland nimmt bereits viel mehr Flüchtlinge auf als Italien?

Landrat Knauer: Wir hatten Zeiten, da lag die Anerkennungsquote bei drei, bei vier Prozent - heute können wir in eine ganze Reihe von Ländern nicht abschieben. Wir liegen jetzt, glaube ich, bei 35 oder 40 Prozent.

ZEIT: Aus den Statistiken Ihres Amtes, Gräfin Praschma, geht allerdings hervor, dass im Jahr 2011 nur 1,5 Prozent aller Asylanträge berechtigt waren.

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Das wird in der Öffentlichkeit oft verkürzt dargestellt. Man darf ja nicht nur die Quote der Asylanerkennungen nach dem Grundgesetz betrachten. Hinzu kommt zum Beispiel noch der Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention. Wir beim Bundesamt fassen alle Formen des Schutzes zusammen und sprechen von der Schutzquote. Im Moment liegt sie bei 27 Prozent - das heißt, etwa jeder dritte Flüchtling erhält irgendeine Form des Schutzes.

ZEIT: Was bedeutet das?

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Dass wir selbst abgelehnte Asylbewerber in manche Länder nicht abschieben, etwa nach Somalia.

ZEIT: Die 226 Asylbewerber in diesem Landkreis hier machen knapp 0,2 Prozent der Einwohner aus. Täuschen wir uns, oder gab es in den neunziger Jahren nicht viel mehr Flüchtlinge - und auch Unterkünfte?

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Man hat die Kapazitäten abgebaut. Als die Flüchtlingszahlen zurückgingen, dachten die Politiker: Wunderbar, dabei bleibt es.

Landrat Knauer: Auch wir haben damals eine Unterkunft geschlossen. Wir hatten ja bis zum Sommer 2012 keinen einzigen Asylanter im Landkreis! Wissen Sie, Sie können es machen, wie Sie wollen. Halten Sie Einrichtungen vor, die jahrelang leer stehen, dann sagt jeder: Seid ihr verrückt?

ZEIT: Wenn es kein politischer Wille ist, die Zahl der Plätze klein zu halten - war es dann Naivität?

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Das Bundesamt erstellt Vorhersagen darüber, wie viele Asylbewerber erwartet werden - aber nur für drei Monate im Voraus. Unsere neueste Prognose besagt, dass am Ende dieses Jahres 110 000 Menschen Asyl in Deutschland beantragt haben werden - das wäre ein Zuwachs um 84 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach dem Königsteiner Schlüssel muss Bayern davon 15,2 Prozent aufnehmen: rund 17 000 Menschen. Diese hohen Zahlen konnte niemand voraussehen, auch wir nicht.

Nachbar Engelhard: Jetzt stecken wir aber tief in Verwaltungsfragen.

Der junge Pfarrer, Max Bauer, kommt herein, schwer atmend. Er hatte noch einen Gottesdienst, wollte aber unbedingt dabei sein in der Runde.

ZEIT: Herr Pfarrer, schon am Telefon haben Sie uns erzählt, Sie seien ein »Rei'schmeckter« - dabei kommen Sie aus einem Ort, der weniger als eine Autostunde von Anwalting entfernt liegt. Ist es schwer, sich hier zu integrieren?

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Pfarrer Bauer: Auch mir gegenüber hat man erst einmal Abstand gewahrt. Und jetzt sollten da plötzlich Leute aus einer völlig fremden Kultur kommen, Muslime. Die hatte es hier noch nie gegeben, oder?

Nachbar Engelhard: Nö.

Pfarrer Bauer: Da hatte man viel Negatives drüber gelesen, da steigerten sich die Ängste bis ins Irrationale. Wissen Sie, das ist wie mit der Angst vor der Spinne. Wir wissen alle, dass uns die Spinne nicht auffrisst. Trotzdem haben wir vor ihr Angst. Aber vor zwei Tagen ist was ganz Tolles passiert: Ich habe die Bürger eingeladen, um einen Unterstützerkreis für die Asylbewerber zu gründen. Da kamen 35 Leute - und wer fortblieb, entschuldigte sich sogar. Ein junges Mädel ... wie alt ist sie, die junge Sedlmeir?

Nachbar Engelhard: 15, 16 Jahr ...

Pfarrer Bauer: ... die hat sich angeboten, den Flüchtlingen Deutsch beizubringen. Und die Jungs waren schon mit den Nigerianern auf dem Bolzplatz.

ZEIT: Warum, Herr Landrat, lief es in Tattenhausen so anders? Was war Ihr Kalkül, als Sie den Bürgern dort erlaubten, was Sie den Anwaltingern verboten: nach einem Jahr abzustimmen über den Verbleib der Flüchtlinge?

Landrat Knauer: Als wir diese Abstimmung anboten, ging es uns um die Glaubwürdigkeit von Politik. Wir fanden damals keinen Ort für die Asylbewerber, niemand wollte sie. Als wir dann endlich diesen Mietvertrag unterschrieben haben, sicherten wir den Bürgern zu: Passt auf, wir verstehen eure Bedenken, schaut es euch ein Jahr an, dann stimmt ihr ab. Die wollten jetzt wissen, ob die Politik sich daran hält.

ZEIT: Ist das nicht eine Art Castingshow für Asylbewerber?

Landrat Knauer: Es war ein Versuch, Vertrauen zu gewinnen. Aber bei den Flüchtlingsmassen, die wir jetzt haben, geht das nicht mehr.

Nabi: Ich habe eine Frage an Sie: Warum bringen Sie uns Flüchtlinge nicht in größeren Orten unter? Mir scheint fast, als sei das eine Strategie ...

Landrat Knauer: ... der kennt sich aus, das ist sagenhaft!

Nabi: In den kleineren Orten will man uns nicht, das wissen Sie doch.

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Herr Nabi, wir sind davon abhängig, welche Objekte wir finden. In München oder Augsburg sind die Pensionen ausgebucht, wir können da keine Gäste rauswerfen.

Landrat Knauer: Und das Verfahren nach einem festen Verteilerschlüssel ist an sich gerecht. Jedes Bundesland, jeder Landkreis, jede kreisfreie Stadt muss eine bestimmte Menge aufnehmen. Und dabei kostet ein Flüchtling pro Kopf in München ein Vielfaches von dem, was er uns hier kostet. Wenn er *(deutet auf Nabi)* also nach München möchte, müssten die Bürger draufzahlen.

Nabi: Unser Nachbarort Dasing, in den wir bald umziehen, reicht mir schon. Dort gibt es wenigstens eine Busverbindung, einen Arzt, einen Supermarkt.

Landrat Knauer: Wir sind hier in Süddeutschland. Was meinen Sie, Herr Nabi, wie viele Deutsche jedes Jahr gern hierherkommen möchten?

Nachbar Engelhard: Ich höre da ein Anspruchsdenken heraus, das eine Gefahr für die Asylakzeptanz darstellt. Ihr könnt doch nicht fordern, zentral untergebracht zu werden, ihr müsst doch froh sein, wenn euer Leben gerettet ist!

ZEIT: Sie wünschen sich mehr Dankbarkeit, Herr Engelhard?

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Nachbar Engelhard: Ich weiß, es ist ein Klischee, aber ich habe mir Kriegsflüchtlinge ganz anders vorgestellt: alte Jeans mit Löchern, ausgemergelt von der Flucht. Jetzt sehe ich die jungen Männer an der Bushaltestelle stehen - und bin schon überrascht. Die haben Handys und eine Schachtel Marlboro in der Tasche, das sind propere, agile Männer. Schicke Schuhe, schicke Hose, saubere Jacke. Herrschaftszeiten!

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Wenn ich irgendwo fremd bin, dann tue ich doch auch alles, um nicht aufzufallen.

Pfarrer Bauer: Ich geb dem Herrn Engelhard recht. Wenn man die anschaut, wundert man sich schon. Aber ganz klar: Ihre Handys brauchen die - wie sollen sie sonst Kontakt mit der Heimat aufnehmen? Und ihre Kleidung haben die noch aus München von der Caritas.

Nachbar Engelhard: Aha.

Pfarrer Bauer: Erst wenn man genauer hinschaut, entdeckt man die Probleme. Einer von den Pakistani zum Beispiel muss jetzt zum Nervenarzt, weil er nicht schlafen kann. Ich hab ihm gestern noch Baldrian hergebracht. Das sind so Momente, wo man merkt: Hoppla, da war was.

Nachbar Engelhard: Die Bevölkerung wird mit der Zeit schon rausfinden: Was haben die, was haben die nicht? Aber der erste Eindruck ist nun mal der: Da steht a schicker Bursch, der abends bestimmt in die Disco geht.

ZEIT: Haben Sie auch schon einen zweiten Eindruck?

Nachbar Engelhard: Neulich stand ich mit ein paar von den Jungs an der Bushaltestelle und musste ihnen den Fahrplan erklären. Die wollten nach Augsburg. Irgendwann fragten die: »Fährst du auch mit dem Bus nach Augsburg?« Darauf ich: »No, I drive by car.« Da machten die große Augen: »Everyone has his own car?« Dann flog da ein Heißluftballon vorbei - und sie wollten wissen, was das ist. Da merkst du dann schon die Unterschiede.

Zweimal hatte Georg Engelhard seine Teilnahme an der Gesprächsrunde abgesagt, zweimal wieder zugesagt. Asylbewerber: ein heikles Thema. Engelhard hatte Sorge, missverstanden zu werden. Am Anfang des Gespräches saß er steif und wog jedes Wort. Jetzt lehnt er sich entspannt in seinem Stuhl zurück.

ZEIT: Mädchen organisieren Sprachunterricht, der Pfarrer holt Baldrian, Kinder bringen ausrangierte Fahrräder ...

Verwaltungsbeamtin Ahlers: ... die vielen Freiwilligen leisten geradezu Übermenschliches - diese Gefahr sehe ich auch bei Ihnen, Auch Sie brauchen jemanden, mit dem Sie mal reden können. Und die wahren Herausforderungen werden kommen, wenn es Probleme gibt. Wenn vielleicht jemand krank wird.

ZEIT: Sie lagern ganz schön viel Verantwortung aus. Was tut eigentlich der Landkreis?

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Wir haben nur eine Stelle für die soziale Betreuung der 226 Asylbewerber. Das ist zu wenig, noch immer lastet das meiste auf den Bürgern. Was uns fehlt, ist die Möglichkeit, den Asylbewerbern professionelle Sprachkurse anzubieten. Hier müsste die Landesregierung uns helfen. In den Unterkünften fehlen Hausmeister und Betreuer.

Landrat Knauer: Toi, toi, toi, solange nichts passiert. Lass in unserem Landkreis den ersten Asylbewerber ausrasten, lass den auf jemanden losgehen - dann ist all das, worum wir uns bemüht haben, schwer gefährdet. Dann kommen wieder die Pauschalurteile.

ZEIT: Nehmen wir an, ein Asylbewerber ...

Landrat Knauer: ... vergewaltigt ein Mädchen!

ZEIT: Sagen wir, einer knackt nur ein Auto und fährt damit zum ersten Mal nach München. Wie reagieren die Leute dann?

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Landrat Knauer: Also, Sie differenzieren ja wie der Anwalt Heinhold! So etwas könnte man noch in den Griff bekommen.

Nachbar Engelhard: Kleine Anekdote am Rande: Zwei Tage nach dem Einzug bei uns sind die ersten zwei von der Polizei nach Hause gebracht worden. Das ist durch den Ort gegangen, sofort.

ZEIT: Was hatten die beiden verbrochen?

Nachbar Engelhard: Überhaupt nichts. Die waren nach Augsburg gefahren, hatten bei der Rückfahrt den falschen Bus erwischt und saßen dann in Aichach fest. Da hat die Polizei eben Fahrdienst gemacht.

Pfarrer Bauer: Die hatten mich sogar noch angerufen. Ich war aber in der Messe.

Nachbar Engelhard: Zum Glück hat der Herr Pfarrer schnell reagiert.

Pfarrer Bauer: Ich habe mich am Tag darauf nach dem Gottesdienst unter die Leute gemischt und gesagt: »Hört zu! Ich weiß, was da los war.« Das ist das Wichtigste: Man muss die Menschen informieren, gerade bei solchen Ereignissen.

ZEIT: Herr Engelhard, jetzt, wo er Ihnen mit einem Dolmetscher gegenüber sitzt: Gibt es irgendetwas, das Sie Herrn Said gern fragen möchten?

Nachbar Engelhard: Was mich interessieren würde: Wo ist seine Familie? Wie geht es ihr?

Ahmed Said, der dem Gespräch die ganze Zeit ernst und konzentriert gefolgt ist, strafft sich. Er beugt sich zum Übersetzer. Wie ein Prüfling wirkt er - jemand, der keine Fragen stellt, aber beflissen antwortet.

Dolmetscher: Seine Heimatstadt Hama steht weiter unter Beschuss. Seine Mutter ist noch da, sein Vater, seine sechs Geschwister. Er sagt: »Meiner Familie geht's dort überhaupt nicht gut. Ich bin in Sorge. Und in Gedanken immer bei ihnen.«

Nachbar Engelhard: Haben Sie Kontakt?

Dolmetscher: Zum letzten Mal vor drei Tagen. Der Kontakt mit Syrien findet über Internet statt. Es gibt Tage, wo es dort Strom gibt, es gibt Tage, wo es keinen Strom gibt.

ZEIT: Hat Herr Said auch eine Frage?

Dolmetscher: Er sagt mir ständig: »Ich will ganz schnell Deutsch lernen, wie und wo kann ich das machen?« Sie müssen wissen: Er ist in Syrien nur sieben Jahre zur Schule gegangen. Danach hat er auf Baustellen gearbeitet. Beton gegossen und Estrich gelegt.

ZEIT: Frage in die Runde: Kann aus einem Syrer jemals so etwas wie ein Bayer werden?

Nachbar Engelhard: Die Sprache ist das A und O! Wer mit mir vertraut redet, der gehört dazu. Spricht er bayerisch, kann er auch aus Syrien kommen. Wurscht, dann ist er Bayer.

ZEIT: Was kann er sonst noch tun, um dazuzugehören?

Nachbar Engelhard: Er muss sich einfügen, machen und tun, das gehört bei uns dazu.

Dolmetscher: Herr Said sagt mir gerade, er möchte arbeiten.

Nachbar Engelhard: Da haben wir ein gegenseitiges Problem. Er möchte arbeiten und darf erst einmal nicht, laut Gesetz. Und bei uns im Dorf sagen sie: »Da sind 18 junge Männer, die wissen den ganzen Tag nicht, was sie tun sollen. Wohin führt das?«

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

ZEIT: Eine Bäuerin sagte uns: »Die gehen den ganzen Tag spazieren. Wär schön, wenn die sich a bisserl beteiligen würden.« Hätte der Ort Arbeit?

Pfarrer Bauer: Die einzige Sache, die mir einfällt, wäre die Pflege des Friedhofs.

Nachbar Engelhard: Da brauche ich auch keine Ausbildung, da muss ich nichts wissen.

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Arbeiten kann er auch schon in den ersten neun Monaten - ich bin hier nun mal die Behörde: Jobs für 1,05 Euro die Stunde. Aber nicht alle 18 Asylbewerber werden auf dem Friedhof beschäftigt werden können.

Nachbar Engelhard: (*lacht*) Wir haben auch Pflegebedürftige.

ZEIT: Herr Nabi, wo sehen Sie sich in drei Jahren?

Nabi: In unserer Unterkunft bin ich der Schnellste im Deutschlernen, schon Stufe IV. Vielleicht kann ich irgendwann eine Ausbildung machen oder als Übersetzer arbeiten. Ich spreche viele Sprachen.

ZEIT: Sie wollen also bleiben?

Nabi: Ja.

ZEIT: Und Ihre Zukunft, Herr Said?

Dolmetscher: Er möchte zurück nach Syrien - sobald die Regierung nicht mehr da ist und seine Heimat wieder sicher ist. Auf jeden Fall.

Der Landrat nickt zufrieden.

ZEIT: Wir haben jetzt fast drei Stunden miteinander geredet. Wird das Experiment Anwalting gut ausgehen?

Nachbar Engelhard: Es wird gut ausgehen! Es sind die kleinen Gesten, die ich beobachte: Ein Deutscher steht im Supermarkt im nächsten Ort, da kommt einer mit schwarzer Haut - schon ist klar, der wohnt bei uns im Dorf. Also fragt der Deutsche: »*Can I help you?*« Oh, Maggi-Gewürz braucht der! Also wird zusammen Maggi gesucht. Und wenn wir uns auf dem Fahrrad begegnen, wird sofort gewunken, von beiden Seiten.

ZEIT: Zum Schluss interessiert uns: Was nehmen Sie aus diesem Abend mit, Herr Nabi und Herr Said? Haben Sie etwas gelernt über die Deutschen?

Dolmetscher: Herrn Said hat überrascht, dass jemand von der Regierung hier sitzt und mit einem Asylbewerber diskutiert. In Syrien wäre so etwas undenkbar. Er sagt: »Das muss Demokratie sein.«

Nabi: Ich habe gelernt: Es ist wichtig, den Deutschen Dankbarkeit zu zeigen.

DAS GESPRÄCH MODERIERTEN ANITA BLASBERG, MALTE HENK UND HENNING SUSSEBACH

Das Sachleistungsprinzip regelt, in welcher Weise Asylbewerber staatliche Unterstützung beziehen. Lange bekamen sie statt Geld Sachleistungen: Essenspakete, Kleidung, Fahrkarten. Die meisten Bundesländer zahlen inzwischen Bargeld aus. Nur in Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland wird teilweise noch das Sachleistungsprinzip angewandt. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssen sich Hilfen für Asylbewerber am Hartz-IV-Regelsatz orientieren, aktuell 382 Euro. Volljährige Flüchtlinge erhalten derzeit Sach- und Geldleistungen für 354 Euro im Monat.

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Dublin II ist eine Verordnung der Europäischen Union, die für jeden Flüchtling regelt, welches EU-Mitgliedsland für sein Asylverfahren zuständig ist. In der Regel ist es das Land, in dem der Betreffende zuerst europäischen Boden betreten hat. Das sind vor allem die Staaten an den Außengrenzen der EU wie Italien und Griechenland. Die in der Mitte gelegenen Staaten sind für Flüchtlinge schwerer erreichbar, seit Dublin II im Jahr 2003 in Kraft trat. Flüchten Asylbewerber innerhalb der EU weiter, etwa von Italien nach Deutschland, werden sie oft in das Land ihrer Ankunft zurückverwiesen.

Die Unterkunft Anwalting, Schmiedgasse: In diesem Haus leben seit wenigen Wochen 18 Asylbewerber

Die Residenzpflicht ist eine Auflage für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge, die ihnen vorschreibt, sich nur in der Region ihrer Unterkunft aufzuhalten. In den meisten Bundesländern können sie sich innerhalb des ganzen Landes bewegen. In Sachsen und Bayern sind die Grenzen enger gesteckt: In Bayern dürfen Flüchtlinge ihren Regierungsbezirk und die angrenzenden Landkreise ohne Genehmigung nicht verlassen. Verstöße werden mit einer Geldstrafe geahndet, im Wiederholungsfall auch mit Gefängnis. Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem es eine Residenzpflicht gibt.

Der Königsteiner Schlüssel legt fest, wie Asylbewerber auf die Bundesländer verteilt werden. Er wird für jedes Jahr entsprechend den Steuereinnahmen und der Einwohnerzahl der Länder neu berechnet. Nordrhein-Westfalen muss derzeit die meisten Flüchtlinge aufnehmen, dahinter folgen Bayern und Baden-Württemberg.

Ahmed Said, 18, ist vor dem Krieg in Syrien geflohen - durch Ägypten, Libyen und über das Mittelmeer. Seit einigen Tagen lebt er in Anwalting

Hubert Heinhold, 65, ist Rechtsanwalt in München, spezialisiert auf Asylrecht, dazu stellvertretender Vorsitzender von Pro Asyl Deutschland

Martina Scheicher, 33, ist Grundschullehrerin und lebt in Anwalting. Ihr Vater hat das Bauernhaus der Familie renoviert und vermietet es als Asylunterkunft

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Max Bauer,31, ist der Pfarrer der Gemeinde. Er ist erst seit September im Ort, selbst noch etwas fremd - und leitet den Unterstützerkreis für die Flüchtlinge

Sabine Ahlers,41, ist Abteilungsleiterin im Landratsamt und zuständig für das »Ausländerwesen«. Sie muss die Flüchtlinge im Kreis unterbringen

Akhtar Nabi,26, ist ein afghanischer Asylbewerber. Mit 36 anderen Flüchtlingen lebt er in Tattenhausen, einem winzigen Dorf im Landkreis

Georg Engelhard,53, ist in der Anwaltinger CSU, im Sportverein, in der Feuerwehr und hat im Namen des Dorfes ausgehandelt, dass weniger Flüchtlinge kommen

Werner Zwick,50, engagiert sich in der Kirchengemeinde. Er findet, mit 470 Einwohnern sei Anwalting zu klein, um viele Asylbewerber aufzunehmen

Ursula Gräfin Praschma,58, leitet im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Abteilung, deren rund 300 Mitarbeiter über die Asylanträge in Deutschland entscheiden

Christian Knauer,61, CSU, ist Landrat des Kreises Aichach-Friedberg und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Seine Eltern sind aus Schlesien nach Bayern geflohen

Der Landkreis Aichach-Friedberg und die Flüchtlinge - Teilnehmer des ZEIT-Gesprächs im Wirtshaus Ziegler

Max Bauer, Pfarrer

Georg Engelhard, Gemeinderat

Ahmed Said, Flüchtling

Christian Knauer, Landrat

Werner Zwick, Anwohner

»Was machen die den ganzen Tag?« Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Martina Scheicher, Vermieterin

Akhtar Nabi, Flüchtling

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Hochachtung vor menschlicher Größe; Rassismus ist allgegenwärtig, das haben die Reaktionen auf unsere Themenwoche bestätigt. Nutzer schilderten ihre Erfahrungen in Kommentaren und Leserartikeln.

ZEIT-online

Samstag 26. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: LEBEN MIT RASSISMUS; Ausg. 22

Length: 556 words

Byline: Meike Dülffer; Sebastian Horn

Body

Migranten in Deutschland haben ganz unterschiedliche Lebensläufe, aber eines gemeinsam: Sie sind in ihrem Alltag von Rassismus und Vorurteilen betroffen. Das war der Ausgangspunkt für unsere Themenwoche "Leben mit Rassismus". Die Kommentare unserer Leser haben diese Annahme bestätigt - im Negativen wie im Positiven.

Denn in den Nutzerbeiträgen klang teilweise latenter, teilweise offener Rassismus an. Vorurteile und negative Stereotypen seien ganz normal und nicht unbedingt rassistisch motiviert, hieß es in einigen Kommentaren. Einige Nutzer forderten, wir sollten lieber rassistische Übergriffe von Migranten auf Deutsche in den Vordergrund stellen oder uns Statistiken zur Ausländerkriminalität anschauen - das relativiere den Rassismus, den Migranten erlebten. Manche unterstellten uns gar, wir erklärten alle Deutschen zu Rassisten.

Doch viele Nutzer widersprachen diesem Argumentationsmuster energisch. Sie warnten, rechtsextremes Gedankengut sei allgegenwärtig. Schon im Alltags-Smalltalk trafen Vorurteile auf Zustimmung. "Teile unserer Gesellschaft haben ein grundlegendes Toleranzproblem", schrieb Nutzer SubspaceEcho.

Respekt

Auf die unterschiedlichen Geschichten der Migranten, die wir in unseren Portraits, Reportagen und Protokollen zu Wort kommen ließen, haben allerdings viele Leser mit großer Anteilnahme und Respekt reagiert. "Wie vielfältig, widersprüchlich, schön und traurig der Alltag der Menschen ist, die von Bio-Deutschen meistens einfach und viel zu schnell in Schubladen gesteckt werden", schrieb robocop_martin dazu.

Er bewundert, wie andere Nutzer, den Mut von Menschen, die "aus fernen Ländern in die deutsche Provinz" gekommen sind. dame.von.welt lobt die "enorme menschliche Größe", mit der die Einwanderer Ressentiments offensiv entgegentreten. "Was für ein kämpferischer Lebensweg, Hochachtung", schrieb der Nutzer kamalatte unter dem Artikel über den Kambodschaner Samnang Chan.

Von Blicken bis hin zu Übergriffen

Hochachtung vor menschlicher Größe Rassismus ist allgegenwärtig, das haben die Reaktionen auf unsere Themenwoche bestätigt. Nutzer schilderten ihre Erfahrungen

In den Diskussionen zu unseren Artikeln erzählten andere Nutzer von ihren eigenen Erfahrungen mit Rassismus im Alltag. Nicht jedes Ressentiment münde zwingend in Gewalt, schrieb lxththf. Oft äußerten sie sich durch Blicke, Tuscheln, Auslachen, das Isolieren in der Bahn. Nutzer svp, der selbst einen Migrationshintergrund hat, erzählte von Anmerkungen und Andeutungen, die ihn schon einige Male "auf die Palme gebracht" haben. YMB berichtet von rassistischen Übergriffen auf somalische Flüchtlinge in Brandenburg. Dass der Focus der Themenwoche auf solchen Erlebnissen in all ihrer Verschiedenheit lag, hat Menschen mit ähnlicher Erfahrung ermutigt, selbst ihre Geschichte zu erzählen; so auch Mike Mariathan und Viktor Boschmann, die einen Leserartikel geschrieben haben.

Viele Kommentatoren haben uns auf verwandte Themen hingewiesen. Nicht nur in Deutschland gebe es Rassismus, sondern überall in Europa, ja in der Welt. Nutzer anagnostes-tou-kairou berichtete zum Beispiel von rassistischen und xenophoben Äußerungen, die er in Italien erlebt und früher selbst gemacht hat. Außerdem meinten einige Kommentatoren zu Recht, Rassismus sei Teil eines größeren Missstandes, den unter anderem SWarrior ansprach: "Das größte Problem aus meiner Sicht und Erfahrung ist die Chancenungleichheit. Und das unabhängig von der Herkunft." Beides sind Themen, über die ZEIT ONLINE weiter berichten wird.

Load-Date: May 27, 2012

End of Document

Sonderbare Aussonderung; Die Aufregung um das Badi-Verbot für Asylsuchende zeigt: Wir sind zu weit gegangen mit der Idee der Sperrzone

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

14. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ; Sonderbare Aussonderung; S. 11; Ausg. 34

Length: 879 words

Byline: Ralph Pöhner

Body

Ob alles wirklich nur ein Missverständnis war? Die heißeste Aufregung dieser Tage entstand, weil die Bundesbehörden und die Gemeinde Bremgarten offenbar beim Einrichten eines Asylzentrums gleich noch 32 Plätze, Gebäude und Anlagen bestimmt hatten, an denen sich die fremden Menschen nicht aufhalten dürften. Darunter, eben, auch die Badeanlage an der Reuss. Womit der Fall als Badiposse des Sommers 2013 in die Geschichte eingehen wird. Die Schweiz war nach der Darstellung der Medien von Katar bis London zu einem kleinen Apartheidstaat verkommen.

Dabei war die Sache offiziell nur ein Missverständnis, entstanden wegen eines unglücklich beigelegten und beschrifteten Stadtplans. Justizministerin Simonetta Sommaruga sah sich persönlich gezwungen, die Sache klarzustellen: Es gebe weder ein Badi-Verbot noch sonst massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern in Bremgarten.

Aber dass die Verantwortlichen so lange brauchten, um sich herauszuwinden und jenes Missverständnis aufzulösen, ist an sich schon bemerkenswert: Die Darstellungen, über die sich die Medien mit Verve hermachten, weckten offenbar im Bundesamt für Migration wie im Rathaus von Bremgarten keineswegs einen ähnlich reflexartigen Widerspruch. Reihenweise Sperrzonen? Schauen wir mal. Könnte ja sein, dass da einer so etwas beschlossen hat. Erst nach Tagen kam das klare Dementi.

Tatsächlich ist das Rechtsinstrument des »Rayonverbotes« in der Asylpolitik zu einem Mittel der bevorzugten Wahl geworden. Gerade hier wurde der Begriff aus dem Militär erstmals für einen breiteren gesellschaftlichen Bereich übernommen, eingeführt 1995 bei den »Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht«. Die Ausgrenzungswünsche, die sich damals in einem klaren Volks-Ja ausdrückten, waren geprägt von den dramatischen Bildern der Drogenschauplätze Platzspitz und Letten in Zürich; die neuen Instrumente sollten helfen, Dealer und ihre Kunden zu trennen sowie öffentliche Räume für die Allgemeinheit zurückzuerobern. Extreme Maßnahmen für eine extreme Lage.

Seither aber hat sich das Rayonverbot in weitere Gebiete eingeschlichen. Das Extreme normalisierte sich, denn Politiker erkannten parteiübergreifend, dass die Aussperrung bestimmter Gruppen die Ortspflege erleichtern könnte. Anfangs ging es darum, Dealer von Schulen fernzuhalten; wenig später darum, ganze Quartiere und

Sonderbare Aussonderung Die Aufregung um das Badi-Verbot für Asylsuchende zeigt: Wir sind zu weit gegangen mit der Idee der Sperrzone

sogar Ortschaften in Tabuzonen für Drogenhändler und kriminelle Asylbewerber zu verwandeln. Und dann auch für andere. Als der Berner Polizeidirektor Kurt Wasserfallen im Mai 1996 die Idee aufbrachte, man könne doch Drogen- und Alkoholabhängige »von gewissen neuralgischen Punkten fernhalten«, gab dies solch einen Wirbel, dass der FDP-Mann sogleich zurückkrebste und dementierte, an »Sperrzonen« und »Rayonverboten« interessiert zu sein.

Wenig später waren die Wirbel vorüber. Als Objekte der Wegweisung folgten in den Nullerjahren die Hooligans, im Jahr 2005 schuf ein Bundesgesetz die Grundlage, um Fußballfans mit Randal-Vergangenheit aus den Stadion-Quartieren zu verbannen. Beim World Economic Forum 2003 wiederum wurden erstmals Demonstranten vorausseilend vom gesamten Landwassertal ausgeschlossen. Und parallel führten die großen Städte reihenweise Polizeigesetze ein, welche in »Wegweisungsartikeln« regelten, dass die Behörden Alkis, Drögeler, Jugendliche oder andere auffällige Menschen zerstreuen könnten. Zwar hatten die Polizisten dies bereits in den Jahrzehnten zuvor gemacht, aber auf einer wackligeren Rechtsgrundlage.

Die Sperrzone schafft einfach Ordnung, und das macht sie so attraktiv. Sie definiert ein klares Delikt - und kann damit schwerer nachweisbare Delikte summarisch angehen. Wie sehr zur Norm geworden ist, was vor wenigen Jahren noch als Extrem erschien, zeigt sich wohl auch an einem anderen Medientheater des Sommers 2013: Dieses entbrannte, als der Gemeindepräsident von Oensingen allen Ernstes auf die Idee kam, zwei Buben ein Rayonverbot zu erteilen, weil sie am falschen Ort Fußball gespielt hatten.

Im Asylwesen nun breitet sich das Mittel der Sperrzone ohnehin stetig aus. Für den Kanton Zürich ermittelte die NZZ im Juni, wie drastisch die Zahl der Ausschließungen gewachsen ist: 2011 verhängte das Migrationsamt noch 56 Rayonverbote für Asylbewerber, 2013 waren es 286 und allein in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres 378. Und auch für die anderen geplanten Asyl-Auffangzentren vereinbarte der Bund mit den Gemeinden präzise Gebiete, welche von den fremden Menschen nicht betreten werden dürfen (»Waldgebiete oberhalb der Brünigstraße«); oder er versprach es zumindest. Geschichten wie jene der Badi von Bremgarten ließen sich hier seit Jahren schreiben. So wurden in der Zürichseegemeinde Meilen bereits 2002 Ortskarten an die Asylbewerber verteilt, darin eingetragen diverse Tabuzonen. Mit dabei: das Hallenbad, das nur in Begleitung betreten werden durfte. Größere Beachtung fand dies kaum, aber eben: Die Hallenbadi-Episode wurde auch nicht im Sommerloch publik, sondern im Winter.

Ob also jetzt, im analogen Fall von Bremgarten, wirklich alles nur ein Missverständnis war?

VON RALPH PÖHNER

Der Beginn des Rayonverbots: Drogenszene in Zürich Anfang 1990

Load-Date: March 25, 2022

Europas Werte ertrinken im Mittelmeer; Mehr als hundert tote Bootsflüchtlinge - und wir schauen tatenlos zu: Europa muss jetzt endlich seine Flüchtlingspolitik ändern. Ein Kommentar

ZEIT-online

Freitag 4. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Lampedusa-Katastrophe; Ausg. 41

Length: 744 words

Byline: Karsten Polke-Majewski

Body

Tote **Flüchtlinge**, die auf Lampedusa geborgen werden

© Claudio Peri/dpa Picture-Alliance

Europa begräbt seine Ideale auf dem Grund des Mittelmeers. Die Gebeine von Tausenden Ertrunkenen, die vor Lampedusa, Malta, in der Ägäis, aber auch vor den Stränden der Kanarischen Inseln ruhen, zeugen davon: Der Kontinent verrät sich selbst.

Das neue, friedliche Europa gründete sich einst darauf, dass es unveräußerliche Rechte jedes einzelnen Menschen anerkannte. Jedes Individuum hat demnach Anspruch auf Schutz und Würde, ist Träger aller Menschenrechte. Es sei denn, es besteigt an den Stränden von Libyen, Tunesien, Mauretanien oder der Türkei ein Boot.

Am Donnerstag hat Europas Massengrab wieder mehr als hundert Tote aufnehmen müssen. Dahinter steckt System. "Ich bin mehr und mehr davon überzeugt, dass die europäische Einwanderungspolitik diese Menschenopfer in Kauf nimmt, um die Migrationsflüsse einzudämmen", schrieb die Bürgermeisterin von Lampedusa, Giusi Nicolini, im vergangenen Jahr in einem offenen Brief an die Europäische Union. Seit gestern ist sie wieder damit beschäftigt, Leichen zu zählen.

Natürlich hat Giusi Nicolini recht. Europa verschanzt sich, Abwehr ist der ideologische Kernbegriff seiner Flüchtlingspolitik geworden. Seit die sogenannte Drittstaatenregelung gilt, hat sich das Flüchtlingsproblem für alle Mittel- und Nordeuropäer weitgehend erledigt. Denn wer als Flüchtling in so einem sicheren Drittstaat landet, darf nicht mehr weiter. Die Osteuropäer haben ihre Grenzen zum Nicht-EU-Ausland verriegelt. Der Landweg nach Europa ist verschlossen. Für die meisten Flüchtlinge bleibt nur noch der Weg über das Meer, wenn sie überhaupt eine Chance haben wollen.

Man muss sich klarmachen, wer da die gefährliche Überfahrt auf sich nimmt, um zu begreifen, wie unbarmherzig eine solche Politik ist. Denn es ist ja gar nicht so, dass alle Flüchtlinge der Welt zu uns kommen wollten, nicht

Europas Werte ertrinken im Mittelmeer Mehr als hundert tote Bootsflüchtlinge - und wir schauen tatenlos zu:
Europa muss jetzt endlich seine Flüchtlingspolitik ä....

einmal alle Flüchtlinge Afrikas. Wer um Leib und Leben fürchtet, flüchtet zunächst meist im eigenen Land in eine vermeintlich sicherere Region und dann in Nachbarländer.

Europa, hör' auf Deine weisen Männer !

Doch die meisten der Toten von Lampedusa sind Eritreer und Somalier. Dort herrschen Gewaltregime, in Somalia tobt ein mörderischer Bürgerkrieg. Wer sich von dort retten muss, der findet auch bei den Nachbarn kaum Sicherheit. Ähnlich geht es den Menschen aus Darfur, die einen großen Anteil der Bootsflüchtlinge ausmachen. Weitere Herkunftsländer sind die Krisenstaaten Ägypten, Pakistan, Mali, Afghanistan. Und gerade erst sind Syrer vor der italienischen Küste ertrunken.

Aber selbst wenn man sich von den Fragen der globalen Gerechtigkeit einschüchtern lässt, versagt Europa doch auch im ganz Konkreten. Obwohl die europäische Grenzschutzagentur Frontex auch zur Sicherheit von Flüchtlingen verpflichtet ist, bringt sie Menschen von aufgebrachten Booten oft gesammelt zurück nach Nordafrika, ohne den Einzelfall zu prüfen, kritisiert das Weltflüchtlingshilfswerk UNHCR. So viel zum Grundrecht auf politisches Asyl.

Es wäre zudem ein Leichtes, auf der Frachtautobahn Mittelmeer zivile Schiffe aufzufordern, in Not geratene Menschen aufzunehmen. Doch Kapitäne, die nach seemännischem Ehrgefühl handeln, geraten allzu schnell in die bürokratischen Mühlen der Grenzpolizei.

Europa könnte auch auf seine alten, weisen Männer hören. Zum Beispiel auf Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano. Der erinnerte am Donnerstag daran, dass Gesetze den Grundprinzipien von Menschlichkeit und Solidarität entsprechen müssten. "Wir hoffen, dass die EU Notiz davon nimmt, dass es nicht nur ein italienisches, sondern ein europäisches Drama ist." Bundespräsident Joachim Gauck sagte: "Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod missachtet unsere europäischen Werte."

Schicken wir also deutsche Marineschiffe ins Mittelmeer, zur Seenothilfe. Fordern wir Frachterkapitäne und Fischer auf, in Not geratenen Menschen zu helfen. Geben wir der Polizei die Mittel in die Hand, effektiv kriminelle Schleuser zu verfolgen. Verlangen wir von den Staats- und Regierungschefs Europas, sich endlich an eine gemeinsame Einwanderungspolitik zu machen und mit der gemeinsamen informellen Abwehrpolitik zu brechen. Und wenn dann noch Kraft ist: Auch eine strategische Afrikapolitik könnte natürlich helfen.

Load-Date: October 4, 2013

Europa macht die Augen zu; Weltweit sind 42,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Der EU fällt nichts Besseres ein, als wieder Grenzkontrollen einzuführen, um Migranten abzuhalten.

ZEIT-online

Montag 18. Juni 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: FLÜCHTLINGS-REKORD; Ausg. 25

Length: 611 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Tunesische **Flüchtlinge** erreichen die italienische Insel Lampedusa.

© Filippo Monteforte/AFP/Getty Images

Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** (UNHCR) spricht von "Leid epischen Ausmaßes": Allein 2011 wurden nach dem am Montag veröffentlichten Jahresbericht des UNHCR 4,3 Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, durch Kriege, Bürgerkriege, ethnische Säuberungen, Hunger und Not. Schätzungsweise 800.000 davon fanden in anderen Ländern, meist Nachbarstaaten Zuflucht - auch dies eine neue, schreckliche Rekordzahl. Die übrigen wurden in ihrem eigenen Land zu Vertriebenen.

Insgesamt waren im vergangenen Jahr auf fast allen Kontinenten mehr als halb so viele Menschen auf der Flucht, wie in Deutschland leben, viele davon seit Jahren. Und in dieser Zahl sind zum Beispiel die 4,8 Millionen heimatlosen Palästinenser, die seit Jahrzehnten in elenden Lagern hausen, nicht einmal enthalten.

Seit Anfang des Jahrtausends steigen die Flüchtlingszahlen stetig, vor allem durch die Kriege im Irak, in Afghanistan, in Somalia, im Kongo oder zuletzt der Elfenbeinküste - eine vergessene Katastrophe, die bei uns allenfalls dann in den Medien auftaucht, wenn wieder einmal Afrikaner, die nach Europa fliehen wollten, ertrunken aus dem Mittelmeer gefischt werden, oder an süditalienischen Inseln überfüllte Flüchtlingsboote stranden. Dann ist das Erschrecken jedes Mal kurzfristig groß. Aber kaum über die Gründe, die Menschen in solch verzweifelte Flucht treiben.

Rasch vergessen wurde auch, dass durch den Bürgerkrieg in Libyen mit Nato-Beteiligung im vergangenen Jahr Hunderttausende aus dem Land getrieben wurden, ähnlich wie aktuell in Syrien. Die meisten flohen nicht etwa nach Europa, sondern in den angrenzenden Tschad, eines der ärmsten Länder der Erde. 365.000 Flüchtlinge beherbergt der afrikanische Staat, mit internationaler Hilfe, obwohl die meisten Einwohner dort selbst kaum genug zu essen haben.

Europa macht die Augen zu Weltweit sind 42,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Der EU fällt nichts Besseres ein, als wieder Grenzkontrollen einzuführen, um Mig....

Und wer weiß schon, dass die mit Abstand meisten Flüchtlinge aus Afghanistan kommen, wo die Amerikaner gemeinsam mit der Nato und der Bundeswehr seit 2001 einen erfolglosen Krieg gegen die Taliban führen. 2,7 Millionen Afghanen haben ihr zerrissenes Land verlassen - fast ein Zehntel der Bevölkerung. Der Großteil lebt jetzt in Pakistan und trägt dort zu Spannungen bei.

"Wir können nur dankbar dafür sein, dass das internationale Schutzsystem in den meisten Fällen funktionierte und die Grenzen für Flüchtlinge offen gehalten wurden", sagt UN-Flüchtlingskommissar António Guterres. Fürwahr. Aber wir selber haben nur einen sehr geringen Anteil daran. Immerhin 571.700 Flüchtlinge zählt das UNHCR in Deutschland - die höchste Zahl im Vergleich der Industrieländer. Doch gemessen am Tschad mit etwa 8,6 Millionen Einwohnern, die selber unter einem Bürgerkrieg leiden und deren Pro-Kopf-Einkommen mit jährlich ganzen 747 Dollar 50 mal so klein ist wie das der Deutschen, müssten wir mindestens 3,4 Millionen Flüchtlinge aufnehmen. Da wäre der Aufschrei groß.

Bundeskanzlerin Angela Merkel warnt, das wohlhabende Deutschland könne die Last der Eurokrise nicht mehr lange tragen. Aber wer trägt die Last der weltweiten Flüchtlingsströme, die auch durch das immense globale Wohlstandsgefälle und das noch immer extrem ungerechte Weltwirtschaftssystem verursacht werden?

Stattdessen hat die Festung Europa die Grenzen dicht gemacht. Zum Schutz vor Migranten und Flüchtlingen wollen die EU-Innenminister jetzt sogar wieder Kontrollen an den Binnengrenzen erlauben. Sie wissen warum. Denn schon fliehen Tausende Griechen und Spanier vor den von Berlin und Brüssel verlangten Spar- und Verarmungsprogrammen. Da müssen wir vorsorgen. Schließlich zahlen wir ja schon für ihre Schulden!

Load-Date: June 19, 2012

End of Document

"Die Flüchtlinge müssen EU-weit verteilt werden"; Griechenlands Innenminister Giannis Michelakis fordert im Interview, die EU-Asylbestimmungen grundlegend zu ändern. Dazu schmieden die Südeuropäer gerade eine Allianz.

ZEIT-online

Donnerstag 24. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Griechenlands Innenminister Michelakis; Ausg. 43

Length: 949 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Ein **Flüchtling** aus Afghanistan auf der griechischen Insel Lesbos

© Uriel Sinai/Getty Images

ZEIT ONLINE: Was läuft schief in der Einwanderungspolitik der Europäischen Union? Warum hat gerade Griechenland so viele Probleme?

Michelakis: Griechenland liegt geografisch am Rand der EU, sodass es mit einem großen Teil der **Flüchtlinge** aus dem Mittleren Osten und aus Nordafrika konfrontiert ist. Leider erleichtern unsere Nachbarländer auf der anderen Seite der EU-Außengrenze sogar die Zuwanderung. In nur wenigen Jahren ist der Anteil der **Migranten** in der Bevölkerung Griechenlands auf zehn Prozent gestiegen, der überwiegende Teil davon kommt auf illegale Weise über die Grenze. Selbst wenn unsere Wirtschaft viel stärker wäre, die Belastung ist zu groß.

ZEIT ONLINE: Über welche Wege kommen die Menschen zu Ihnen?

Michelakis: Die Landgrenze im Norden mit der Türkei haben wir in den vergangenen Jahren stark gesichert, unter anderem durch einen Schutzwall. Hier gibt es nur noch vergleichsweise wenige Übertritte. Das größte Problem ist aber unsere Seegrenze, mit Tausenden Inseln, die zu bewachen, außerordentlich schwer ist.

ZEIT ONLINE: Kann man eine solche Seegrenze überhaupt abschotten?

Michelakis: Die europäische Grenzschutzagentur Frontex muss eine stärkere Rolle einnehmen, um ein Sicherheitsnetz um Südeuropa zu ziehen. Auch um die Menschen besser zu schützen, die ihr Leben bei den Überfahrten aufs Spiel setzen. Außerdem versuchen wir uns besser mit unseren Partnerländern im Süden der EU abzustimmen. Griechenlands Premier Antonis Samaras ist in diesen Tagen zu Gesprächen in Italien und Malta gewesen, um diese Allianz zu festigen. Denn die illegale Einwanderung ist sicher nicht allein das Problem Griechenlands, Italiens oder Spaniens.

"Die Flüchtlinge müssen EU-weit verteilt werden" Griechenlands Innenminister Giannis Michelakis fordert im Interview, die EU-Asylbestimmungen grundlegend zu änd....

ZEIT ONLINE: Was können Deutschland und die EU tun?

Michelakis: Wir brauchen dringend eine Änderung der europäischen Dublin-II-Verordnung. Wegen dieser Regelung bleiben die Menschen gefangen in Griechenland, das verkraftet unser Staat einfach nicht. Es muss eine Verteilung der Flüchtlinge in der EU geben, etwa auf Grundlage der wirtschaftlichen Möglichkeiten jedes Mitgliedstaates und entsprechend der Bevölkerungszahl. Ich fordere dies nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch, damit die Würde dieser Menschen gewahrt wird. Das ist ihnen Europa schuldig.

ZEIT ONLINE: Bisher aber hat sich gerade Ihre Regierung nicht besonders um die Menschenwürde der Flüchtlinge geschert. Die Situation in den Auffanglagern ist so katastrophal, dass Deutschland keine Asylsuchenden mehr an Griechenland überstellt.

Michelakis: Selbst für die Griechen ist das Überleben im Moment schon schwer genug. Die meisten Flüchtlinge nutzen unser Land auch nur als Brücke auf den Weg nach Nordeuropa. Trotz aller Widrigkeiten gewähren wir diesen Menschen eine Unterkunft, Verpflegung und ärztliche Versorgung und versuchen sie dann in ihre Herkunftsländer zurückzusenden. Aber auch das ist außerordentlich schwer, weil die meisten Flüchtlinge ihre Ausweispapiere während der Überfahrt ins Meer werfen, so wie es ihnen die Schleuser raten. Ohne Papiere aber nehmen selbst die Herkunftsländer ihre Bürger nicht wieder auf.

ZEIT ONLINE: Was aber kann Europa tun, damit das Flüchtlingsproblem an den Ursachen angegangen wird?

Michelakis: Natürlich müssen wir versuchen, die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Herkunftsländern etwa durch Entwicklungshilfe zu verbessern. Aber es gibt ja auch andere Gründe als Armut für Flucht. Zum Beispiel Kriege.

ZEIT ONLINE: Das Flüchtlingsproblem und die Wirtschaftskrise haben die Neonazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland sehr gestärkt. Hunderte Ausländer wurden schon angegriffen. Musste erst ein Grieche getötet werden, damit ihre Regierung diese Partei bekämpft?

Michelakis: Auf gar keinen Fall, nein! Jetzt werden alle Beweise vorgebracht, die unsere Ermittlungsbehörden über lange Zeit gegen diese kriminelle Vereinigung gesammelt haben. Leider kam es in der Zwischenzeit zu der Ermordung dieses jungen Mannes.

ZEIT ONLINE: Lag es nicht vielleicht auch daran, dass die Morgenröte sehr gute Verbindungen in den griechischen Polizeiapparat hatte?

Michelakis: Es hat vereinzelte Verbindungen gegeben, und wir haben diese beobachtet. Sodass jetzt auch in der Polizei die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden können. Aber dieses Phänomen ist nicht neu, es gibt dies in ganz Europa, auch in Deutschland, wie wir in der NSU-Affäre gesehen haben.

ZEIT ONLINE: Vor wenigen Tagen wurde in Griechenland ein offenbar von einer Roma-Familie entführtes Mädchen gefunden. Ist dies ein krasses Einzelschicksal oder gibt es einen übergeordneten Zusammenhang?

Michelakis: Kindesentführungen aus wirtschaftlichen Gründen sind eine gesamteuropäische Herausforderung. Immerhin ist es der Polizei in Griechenland gelungen, einen solchen Fall zu identifizieren. Sicher stellt das nur die Spitze des Eisbergs dar, denn Menschenhandel ist ein gewaltiges Problem. Ich glaube jedoch nicht, dass dies ein spezifisches Problem in der Community der Roma ist.

ZEIT ONLINE: Wann lässt Griechenland endlich die Krise hinter sich?

Michelakis: Nach fünf Jahren der Rezession liegt die Arbeitslosigkeit in Griechenland bei 27 Prozent, unter Jugendlichen gar bei 60 Prozent. Wir haben in der Krise schwere Opfer gebracht, wie sonst keine europäische Nation in Friedenszeiten. Nach allen Reformen müssen aber nun unsere europäischen Partner auch auf uns zugehen, indem sie in der Euro-Gruppe nächstes Frühjahr eine Minderung der Schuldenlast ermöglichen.

"Die Flüchtlinge müssen EU-weit verteilt werden" Griechenlands Innenminister Giannis Michelakis fordert im Interview, die EU-Asylbestimmungen grundlegend zu änd....

Griechenland muss in die Lage versetzt werden, seine Schulden eigenständig zu begleichen, dann haben wir eine Chance, es zu schaffen.

Load-Date: October 25, 2013

End of Document

Ihr gehört zu uns!; Es sollte einfacher und nicht schwieriger werden, einen Schweizer Pass zu bekommen. Vier SP-Mitglieder fordern hier erstmals ein modernes Bürgerrecht

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

21. März 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ;Ihr gehört zu uns!; S. 15; Ausg. 13

Length: 1155 words

Byline: ANDREA AREZINA

ANDRI PERL

Cedric Wermuth

John Pult

Body

Cedric Wermuth

VON ANDREA AREZINA, ANDRI PERL, JON PULT UND CEDRIC WERMUTH

»Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt nicht auf so einfache Weise zustande wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustande kommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund, aber ein Pass niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.«

Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche

An ihrem Luganeser Parteitag im September 2012 verabschiedete die Sozialdemokratische Partei der Schweiz nach kontroverser Diskussion ein ausführliches Positionspapier zur Migration. Trotz anfänglichem Streit um Inhalt und Strategie einer sozialdemokratischen Migrationspolitik wurde die Schlussfassung des Papiers mit sehr deutlichem Mehr von den Delegierten genehmigt. Mit dem Papier bekräftigt die SP den Willen zu einer Politik der Öffnung, die Einwanderung in erster Linie als Chance begreift. Als Chance für breite Bevölkerungsschichten auf mehr Gerechtigkeit, Wohlstand und Sicherheit, als Chance für neue Perspektiven und gesellschaftliche Entwicklungen. Zugleich fordert sie, dass die Öffnung des Landes einhergehen muss mit innenpolitischen Reformen. Flankierend zur Öffnung braucht es mehr soziale Gerechtigkeit in den Bereichen Steuern, Arbeit, Wohnen und Bildung sowie eine bessere Raumplanung gegen die Zersiedelung. Die Öffnung der Schweiz darf

Ihr gehört zu uns! Es sollte einfacher und nicht schwieriger werden, einen Schweizer Pass zu bekommen. Vier SP-Mitglieder fordern hier erstmals ein modernes Bür....

nicht dazu führen, dass der wirtschaftliche und soziale Druck erhöht und so eine gesellschaftliche Spaltung zwischen angestammten und zugezogenen Bewohnerinnen und Bewohnern unseres Landes verursacht wird. Denn diese Spaltung ist der Nährboden für Fremdenfeinde.

Diese SP-Beschlüsse sind zukunftsweisend, und die Strategie des Ausbaus der flankierenden Maßnahmen zum freien Personenverkehr ist politisch richtig. Doch sie ändern nichts an der Tatsache, dass der migrationspolitische Diskurs in der Schweiz von der nationalkonservativen Rechten dominiert wird. Die Verknüpfung der Migration mit sozialen, wirtschaftlichen und umweltpolitischen Problemen, die man dank flankierenden Maßnahmen lösen will, trägt eher noch zu dieser Dominanz bei. Den bisherigen Tiefpunkt der Migrationsdebatte stellt die Revision des Bürgerrechtsgesetzes dar, die in der noch laufenden Frühlingssession im Nationalrat behandelt wurde. Uns erschreckt, dass die Rechte unverfroren von »kulturfremder Migration« spricht und eine mittelalterlich anmutende Blut-und-Boden-Mentalität durchsetzen kann - während FDP, GLP und CVP die entscheidenden Verschärfungen kritiklos mittragen. Unter dem Druck der SVP hat die bürgerliche Mitte ihren Kompass für eine aufgeklärte Migrationspolitik verloren. Und die progressiven Kräfte verharren in der Migrationsfrage ständig in der Defensive.

Wir, die vier Unterzeichnenden, wollen dies nun ändern und haben einen entsprechenden Antrag bei der SP Schweiz eingereicht. Wir wollen raus aus der Defensive. Wir sind davon überzeugt, dass die SP und mit ihr alle Progressiven der Schweiz die konservativen Kräfte im argumentativen Kern ihrer Migrationspolitik treffen müssen: der Definition der Mitbürgerin und des Mitbürgers. Es geht darum, die Auffassung davon zu ändern, wer eine Schweizerin oder ein Schweizer ist. Für Progressive ist klar, dass alle, die hier leben, auch dazugehören. Dass alle Kinder, die hier aufwachsen, zu uns gehören. Es sind unsere Kinder, nicht irgendwelche »Ausländerkinder«. Für deren Zukunft tragen wir alle gemeinsam die Verantwortung.

Darum muss jetzt - vor dem Hintergrund der haarsträubenden Revision - eine grundlegende Reform des Schweizer Bürgerrechts gefordert und wenn nötig per Volksinitiative durchgesetzt werden. Diese Neugestaltung der schweizerischen Staatsbürgerschaft könnte nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

1. Die bestehende Dreistufigkeit im Schweizer Bürgerrecht - Gemeinde, Kanton, Bund - wird abgeschafft. Es braucht eine einheitliche, schweizerische Staatsbürgerschaft, die in einem rechtsstaatlichen Verfahren vom Bund gewährt wird und nicht nur auf dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) basiert, sondern sich auch am Territorialprinzip (*ius soli*) orientiert.
2. In der Schweiz lebende Migrantinnen und Migranten der dritten Generation erhalten das Anrecht auf automatische Einbürgerung, Migrantinnen und Migranten zweiter Generation erhalten das Anrecht auf eine erleichterte Einbürgerung.
3. Für die Zukunft soll das schwedische Modell angewendet werden, wonach jedes Kind, das mindestens fünf Jahre seines Minderjährigenlebens hier verbringt, unabhängig von seinem Status automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhält. In der Schweiz lebende staatenlose Kinder erhalten zudem automatisch das Bürgerrecht (Schwedisches Staatsangehörigkeitsgesetz von 2001, Artikel 6 und 7).

Wir sind überzeugt, dass eine Kampagne unter dem Motto »Jedes Kind, das hier aufwächst, ist ein Schweizer Kind!« politisch attraktiv ist. Schließlich berührt sie Kopf und Herz jedes fortschrittlichen Menschen: die Gleichheit der Individuen und eine Gesellschaft der gemeinsamen Verantwortung und der Solidarität. Und unser konkreter Vorschlag ist anschlussfähig für alle liberal-republikanischen Staatsvorstellungen.

Er bringt verschiedene, ganz konkrete Vorteile gegenüber der heutigen Praxis mit sich. Er stellt erstens die Staatsbürgerschaft an den Anfang der Integration und nicht ans Ende. Damit tun wir genau, was ein republikanisches Weltbild im Endeffekt ausmacht: den Menschen zuallererst bedingungslos als Teil der politischen Gemeinschaft anzuerkennen, weil er oder sie von den Gesetzen direkt betroffen ist - egal, ob er oder sie »gut oder schlecht ist«.

Ihr gehört zu uns! Es sollte einfacher und nicht schwieriger werden, einen Schweizer Pass zu bekommen. Vier SP-Mitglieder fordern hier erstmals ein modernes Bür....

Er sorgt durch die bundesweite Vereinheitlichung der Staatsbürgerschaft für die Verwirklichung eines liberalen Gleichheitsideals. Gerade vor dem Hintergrund steigender Anforderungen an die private und berufliche Mobilität ist die heutige Regelung zunehmend realitätsfern.

Drittens werden die Einbürgerungschancen der in der Schweiz lebenden Kinder und Jugendlichen vom Status ihrer Eltern entkoppelt. Es ist ein Anachronismus, dass heute der Aufenthaltsstatus der Eltern die Möglichkeit der politischen Teilhabe ihrer Kinder beschränkt.

Die bürgerliche Mitte müsste sich bei einem solchen Vorschlag entscheiden: Bringt sie noch die Kraft zu einer eigenständigen Position jenseits des vermeintlichen Kalküls einer Anlehnung an die nationalkonservative Rechte auf, oder sind ihr liberale Prinzipien in der Migrationsfrage vollständig abhanden gekommen? Wir sind gespannt auf die Antwort.

Andrea Arezina ist Präsidentin der SP Baden, Andri Perl Schriftsteller und Mitglied der SP Graubünden, Jon Pult Großrat und Präsident der SP Graubünden und Cédric Wermuth Nationalrat der SP Aargau

Integration beginnt mit dem roten Büchlein

Load-Date: March 25, 2022

"Was machen die den ganzen Tag?"; Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting. Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir unsere Kinder noch auf die Straße lassen? Warum grüßen die Deutschen nicht? Die ZEIT hat Flüchtlinge und Einheimische an einen Tisch gesetzt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

7. November 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK;"Was machen die den ganzen Tag?"; S. 8-11; Ausg. 46

Length: 6838 words

Byline: Anita Blasberg, Malte Henk, Henning Sußebach

Highlight: Titel: Ist hier Platz für **Flüchtlinge**? Nach Deutschland kommen so viele **Asylbewerber** wie seit Jahren nicht. Der Staat sucht Unterkünfte noch im kleinsten Dorf, bei manchen Menschen werden Ängste wach - wie in einer Gemeinde in Bayern. Zeit für eine Aussprache

Body

"Ich habe mir Kriegsflüchtlinge anders vorgestellt: Ausgemergelt von der Flucht" (Georg Engelhard)

"Die Deutschen sind wie Maschinen. Kalt. Wir haben keine Chance, sie kennenzulernen" (Akhtar Nabi)

"Wenn in Syrien Krieg ist, fliehen die Menschen - ob wir sie abschrecken oder nicht" (Hubert Heinhold)

"Die Jungs waren schon mit den Nigerianern auf dem Bolzplatz" (Max Bauer)

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting. Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Ein Wirtshaus in Friedberg, einer Stadt im schwäbischen Teil Bayerns. Ganz Deutschland diskutiert in diesen Tagen über Flüchtlinge: Sind es zu viele? Wo sollen sie leben? Haben wir Mitschuld, wenn sie vor Lampedusa ertrinken? In immer mehr Orten wird aus abstrakten Debatten konkreter Streit - in Berlin-Hellersdorf, wo sich Gegner und Unterstützer eines Asylbewerberheims gegenüberstehen, in Hamburg, wo die Stadt um den richtigen Umgang mit Flüchtlingen ringt, in Wolgast, wo Asylbewerber von einem Sicherheitsdienst bewacht werden mussten.

Auch im 470-Einwohner-Dorf Anwalting in Bayern kochten die Emotionen hoch, als es hieß: Ihr müsst Asylbewerber aufnehmen. Die ZEIT hat die Menschen, die in diesem Streit bisher mehr über- als miteinander geredet haben, an einen Tisch gebeten. Und da Anwalting noch nicht mal eine Kneipe hat, sitzen sie jetzt im nahe gelegenen Friedberg im holzgetäfelten Wirtshaus: die Flüchtlinge Akhtar Nabi und Ahmed Said, die beiden Anwaltinger Bürger Georg Engelhard und Werner Zwick, Landrat Christian Knauer von der CSU, dessen Ausländerbeauftragte Sabine Ahlers und Martina Scheicher, die ein Bauernhaus an die Asylbewerber vermietet. Hinzugekommen sind Ursula Gräfin Praschma vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg und der Asylanwalt Hubert Heinhold aus München.*

DIE ZEIT: Herr Engelhard, wir sitzen hier zusammen, weil Ihr Dorf kürzlich aus den Fugen geraten ist: Sie alle werden Nachbarn eines neuen Flüchtlingsheims. Erzählen Sie mal.

Nachbar Georg Engelhard: Ja, also ... (*räuspert sich*) ... ich vertrete unseren wirklich kleinen Ort Anwalting als CSU-Gemeinderat in der Gemeinde Affing, die wiederum zum Landkreis Aichach-Friedberg gehört. Wir sind 470 Bürger. Und vor einiger Zeit haben wir erfahren, dass der Herr Landrat bei uns 40 Asylbewerber unterbringen will. Genauer wussten wir nicht: Was machen wir mit denen? Und was machen die den ganzen Tag bei uns?

Nachbar Werner Zwick: Wir haben ja keinerlei Infrastruktur, noch nicht mal ein Geschäft.

Nachbar Engelhard: Da kamen Ängste hoch.

ZEIT: Welche?

Nachbar Engelhard: Vor dem Unbekannten, was auf einen zukommt. Genau kann man das nicht benennen.

Vermieterin Martina Scheicher: Ich kann das schon. Frauen sagten: "Ich traue mich nicht mehr aus dem Haus."

ZEIT: Frau Scheicher, Sie haben sich entschlossen, das frisch renovierte Elternhaus Ihrer Mutter ans Landratsamt zu vermieten, als Flüchtlingsunterkunft. Was haben Sie von Ihren Nachbarn zu hören bekommen?

Vermieterin Scheicher: Besonders mein Vater wurde angesprochen, er war ja öfter auf der Baustelle, als wir renovierten. Da kamen die Nachbarn voller Besorgnis: "Wir können unsere Kleinen nicht mehr auf die Straße lassen!"

ZEIT: Uns wurde erzählt, manche Anwohner hätten ihre Kinder vor Menschenfressern gewarnt, die da kämen.

Vermieterin Scheicher: Sie haben meinem Vater sogar vorgeschlagen: "Wir helfen dir, andere Mieter zu finden!"

Nachbar Engelhard: Aber nicht alle haben so geredet, Martina, das weißt du. Es ging von "Wir nehmen keinen einzigen!" bis "Wir stehen doch in unserer Christenpflicht!".

ZEIT: Herr Said, bekommen Sie mit, dass in Deutschland derzeit über Menschen wie Sie diskutiert wird? Wissen Sie von der Angst im Dorf?

Ahmed Said ist Syrer. Drei Monate dauerte seine Flucht aus der kriegszerstörten Stadt Hama über Nordafrika bis München, seit wenigen Tagen ist er in Anwalting. Er spricht noch kein Deutsch und auch kein Englisch, ein Dolmetscher übersetzt für ihn. Die beiden reden eine Weile auf Arabisch, Said wirkt verschüchtert.

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Dolmetscher: Er sagt, er ist überrascht. Er wusste nichts davon. Er hat sich über den Frieden in Anwalting gefreut. Er kennt das nicht, dass jeder am Tisch offen seine Meinung sagt.

Landrat Christian Knauer: Jetzt muss ich mal was sagen: In Anwalting bin ich immer sehr herzlich empfangen worden - aber als es um die Asylbewerber ging, war da eine Stimmung, wo man mich gerade noch begrüßt hat.

ZEIT: Es gab eine Versammlung, in der Sie die Anwaltinger überzeugen wollten, die Flüchtlinge aufzunehmen.

Landrat Knauer: Da gab es schon sehr bemerkenswerte Äußerungen, von der Angst vor Überfremdung bis hin zu: Wer ist schuld, wenn den Kindern was passiert?

Nachbar Engelhard: Meine Familie lebt seit 1726 hier in der Gegend, so ist es nun mal auf dem Land. Das ist das bayerische Naturell: Da wird nicht diplomatisch formuliert, aber das ist nicht böse gemeint.

Landrat Knauer: Dann wollte man einem Journalisten auch fast die Teilnahme an dieser Sitzung verweigern.

Nachbar Engelhard: Wissen Sie auch, warum? Weil in der Zeitung immer stand: "Anwalting wehrt sich gegen Asylbewerber"! Sogar mit meiner Schwägerin bin ich mir in die Haare geraten, die hat mich am Telefon gefragt, ob wir spinnen. Dabei habe ich nur verhandelt, bevor die Volksseele hochkochte. Wir hatten uns alle zusammengesetzt: Leute von der Anwaltinger Feuerwehr, dem Frauenbund, dem Krieger- und Soldatenverein, der Volkstanzgruppe, der Pfarrgemeinde. Am Ende waren wir uns einig: Wir nehmen nicht vierzig, sondern die Hälfte! Zwanzig ist das, womit wir leben können. Das hat der Landrat dann ja auch akzeptiert.

Landrat Knauer: Nicht akzeptiert habe ich alle anderen Forderungen des Ortes, Herr Engelhard. Die waren unannehmbar. Zum Beispiel, dass die Anwaltinger nach einem Jahr abstimmen wollten, ob die Flüchtlinge gehen müssen oder bleiben dürfen.

ZEIT: Genau das ist Herrn Nabi widerfahren - in Tattenhausen, nicht weit von Anwalting im selben Landkreis und noch viel kleiner. Dort haben die 80 Einwohner gerade mehrheitlich gesagt: Wir wollen die 37 Flüchtlinge, die in einem leer stehenden Haus untergebracht sind, nicht mehr in unserem Dorf. Wie geht es Ihnen damit, Herr Nabi?

Akhtar Nabi: Guten Tag. Ich komme aus Afghanistan. Ich habe ein bisschen Deutsch gelernt. Ich wohne seit acht Monaten in Tattenhausen. Wir haben viele Probleme da. Ich kann nicht sagen alles in Deutsch, deshalb muss ich auch englisch sprechen ...

Akhtar Nabi spricht fortan ein geschliffenes Englisch, das gespickt ist mit deutschen Bürokratievokabeln: "Landratsamt", "Residenzpflicht" und "Verlassenserlaubnis". Zum besseren Verständnis haben wir die meisten seiner Aussagen ins Deutsche übersetzt.

Nabi: Die Deutschen bauen Maschinen und sind wie Maschinen. Kalt. Wenn ich in Tattenhausen auf der Straße stehe, grüßen sie nicht. *I say Servus, and they look away.* Wir haben keine Chance, sie kennenzulernen. Und sie wissen nicht, wer wir sind. Jetzt haben sie abgestimmt. Sie wollen uns nicht mehr. Wir waren geschockt, einer von uns hat sogar geweint: "Was habe ich getan?"

ZEIT: Ende des Jahres müssen Sie nun umziehen, in einen Landgasthof im Nachbarort.

Dolmetscher: Herr Said will hier mal was sagen. Er fühlt sich bislang in Anwalting willkommen. Die Flüchtlinge wurden mit vegetarischer Pizza begrüßt. Und in den fünf Tagen, die er hier ist, kamen immer wieder Menschen und versuchten, mit ihm zu reden - nur dass er leider noch kein Deutsch versteht.

Vermieterin Scheicher: Eine Frau aus dem Ort hat Wörterbücher besorgt, damit man mal was nachschlagen kann. Es war auch jemand da, der arabische Sender eingestellt hat. Auf dem Wertstoffhof schauen die Leute: Funktionieren die alten Receiver noch? Haben wir noch ein altes Fahrrad? Wir haben denen auch schon die

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

bayerische Mülltrennung beigebracht. Wir hatten auch schon einen Geburtstag. Ein Nigerianer hat mir ganz stolz einen Kuchen präsentiert, den eine Nachbarin vorbeigebracht hat.

Anwalt Hubert Heinhold: Ich mache seit dreißig Jahren meinen Job als Anwalt, Asylrecht ist mein Schwerpunkt - und ich habe noch nie so eine Hilfsbereitschaft erlebt wie jetzt, in der Bevölkerung, von Kirchen und Verbänden. Das funktioniert aber nur, wenn die Leute nicht das Gefühl haben, es wird ihnen was von oben aufgedrückt.

ZEIT: Frau Ahlers, in Ihrem Landkreis, der flächenmäßig etwas größer als Hamburg ist, sind Sie für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig. Wie schwierig ist das?

Verwaltungsbeamtin Sabine Ahlers: Sehr schwierig! Wir haben schon 226 Asylbewerber aufgenommen - und jede Woche teilt uns der Bezirk zehn neue zu. Bei uns ist ein Mitarbeiter nur noch damit beschäftigt, Zeitungsannoncen zu studieren, Anzeigen zu schalten, Immobilienseiten im Internet zu durchsuchen, zu telefonieren. Aber es ist alles voll: Wir liegen an der Achse München - Augsburg, Wohnraum ist knapp. Wir schreiben regelmäßig die Bürgermeister an, die Vereine, die Pfarrer, die Adligen: Habt ihr Platz? Wisst ihr jemanden?

ZEIT: Und?

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Von all den Pfarreien im Landkreis haben wir zwei Absagen bekommen, die anderen haben sich gar nicht erst gemeldet. Wir sind kurz davor, Turnhallen zu schließen, um all die Flüchtlinge unterbringen zu können. Diese Dramatik ist bei den Menschen noch nicht angekommen.

ZEIT: Herr Said, warum sind Sie nach Deutschland geflohen? Und wie?

Ahmed Said spricht mit seinem Dolmetscher, es fallen Wörter wie "Baschar", "Libya", "Polizia". Die beiden reden lange.

Dolmetscher: Herr Said sagt, er ist Sohn eines Bauern und 18 Jahre alt. Das Alter, in dem Syrien junge Männer zum Militär einzieht. Er sagt, er wollte nicht seine eigenen Landsleute ermorden im Auftrag von Baschar - in Deutschland: Assad. Deshalb hat er sich in einem Taxi von Syrien nach Jordanien schmuggeln lassen und dort einen Monat auf Baustellen gearbeitet, um neues Geld für die nächsten Schleuser zu verdienen. Dann ist er weiter nach Ägypten und musste sich zwei Wochen in einem Erdloch verstecken. In Libyen ist er in eine Schießerei geraten, wahrscheinlich zwischen Soldaten und Schmugglern. In einer Nacht ist er mit 250 anderen Flüchtlingen auf einem Holzboot übers Mittelmeer nach Italien.

ZEIT: Nach Lampedusa?

Dolmetscher: Sizilien. Er sagt, die Polizisten dort hätten ihn geschlagen, damit er seine Fingerabdrücke abgibt. Das hat ihn erschreckt und verletzt. Er ist dann mit dem Zug nach München.

ZEIT: Herr Nabi, was wussten Sie über Deutschland, bevor Sie kamen?

Nabi: Ich lese Zeitungen und schaue fern. Ich wusste: Deutschland ist das stärkste Land in Europa. Die Menschen hier bauen Autos. Selbst jetzt in der Krise hat Deutschland keine Krise. Ich dachte: In Deutschland habe ich eine glänzende Zukunft. Ich werde Arbeit finden.

ZEIT: Deshalb sind Sie gekommen?

Nabi: Mein Plan war: Geh in ein Land, in dem du sicher bist, und bitte um Asyl. Ständig wandern bei uns in Afghanistan Menschen aus, ich kenne ihre Geschichten. Einige schaffen es nach Schweden oder Norwegen, reiche Länder. Andere bleiben in Ungarn oder Rumänien stecken. Nicht so gut.

ZEIT: Und wie ist Deutschland?

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Nabi: *I like Deutschland - but:* Bayern ist kompliziert. Viel Land, wenig Menschen. Auf der einen Seite ist Wald, auf der anderen Feld ...

Lachen in der Runde, nur Akhtar Nabi schweigt.

Nabi: Wissen Sie was: Es gibt nichts in Tattenhausen. Kein Geschäft, keinen Arzt, keinen Bahnhof. Ich laufe 40 Minuten zu Fuß nach Dasing, wo die nächsten Busse fahren. Aber: Es gibt Busse in Tattenhausen. Jeden Morgen halten sie bei uns, doch sie nehmen uns nicht mit. "Das ist ein Schulbus", sagen die Fahrer. "Ihr dürft nicht einsteigen." Obwohl noch Plätze frei sind.

Landrat Knauer: Ist das ein Problem für einen Menschen, der um sein Leben gefürchtet hat?

Nabi: Es geht mir um Gerechtigkeit. In München haben die Flüchtlinge alles in der Nähe und können sich Kleidung kaufen. Hier kriegen wir alles halbe Jahr einen Gutschein über 35 Euro. Davon können wir uns bei der Caritas gebrauchte Kleider holen. Aber was kriegt man schon für 35 Euro?

ZEIT: In Bayern gilt zum Teil noch das Sachleistungsprinzip (siehe oben). Aber außer Gutscheinen bekommt Herr Nabi 137 Euro Taschengeld. Und statt eines Essenspakets auch 136,21 Euro für Lebensmittel. Ist das genug, Herr Landrat?

Mit verschränkten Armen dreht sich der Landrat zu Akhtar Nabi.

Landrat Knauer: Ich erlaube mir da schon zu sagen: Meine Familie ist nach dem Zweiten Weltkrieg von Deutschland nach Deutschland vertrieben worden. Meinen Eltern wäre nie eingefallen, nach ein paar Wochen hier zu reklamieren: "Neue Kleidung!" Die waren froh, dass sie einen Sack Stroh bekommen haben! Diese Anspruchshaltung ...

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: ... aber Herr Landrat! Das ist völlig daneben. Der Flüchtling heute lebt in einer anderen Zeit. Was er beklagt, ist nicht primär das schlechtere Jackett, sondern die Ungleichbehandlung, die Isolation. Es geht bei Flüchtlingen immer auch um das Wiedergewinnen von Würde. Bringt man mir Respekt entgegen?

Vermieterin Scheicher: Also, Herr Ich finde, wir haben hier wunderschöne, idyllische Orte. Und als Studentin musste auch ich jeden Tag mit dem Bus nach Augsburg fahren. Ich sage Ihnen: Es war kein Problem. Von uns kommt man sehr wohl mit dem Fahrrad in die Stadt.

ZEIT: Gräfin Praschma, Sie leiten im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Abteilung, die über alle Asylanträge in Deutschland entscheidet. Die beiden Männer hier am Tisch, die auf Aufnahme hoffen, kamen aus Italien. Wissen Sie jetzt schon, dass das mit dem Asyl in Deutschland nichts wird?

Ursula Gräfin Praschma: Sie sprechen Dublin II an: inwieweit Deutschland überhaupt zuständig ist, wenn der Flüchtling zuerst italienischen Boden betreten hat. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat in diesem Frühjahr entschieden: In Italien gibt es faire Verfahren, das Asylrecht dort hat keine systemischen Mängel.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Und wenn Herr Said da schon seinen Fingerabdruck abgegeben hat, dann ist Praxis Ihres Bundesamtes: ab nach Italien! Dann werden Sie ihn zurückschicken, Frau Gräfin.

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Nicht so schnell. Uns erzählen jetzt immer häufiger Flüchtlinge, dass sie in Italien von einzelnen Behördenmitarbeitern rabiät behandelt wurden. Ich habe Verständnis dafür, dass jemand, der in Italien Schlimmes erlebt hat, nicht dorthin zurückkehren möchte.

Dolmetscher: Herr Said möchte dazu gerne sagen, dass ihm Italien ein wenig wie Syrien vorkam. Er fühlte sich rechtlos. Die Schläge der Polizei. Er hofft in Deutschland auf ein ehrliches Verfahren.

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Wir prüfen die Lage in Italien gerade und ziehen unsere Schlussfolgerungen daraus.

ZEIT: Ihre Behörde hat im vergangenen Jahr über mehr als 60 000 Asylanträge entschieden. Ihre Leute spielen Schicksal im Akkord. Kann man da überhaupt erkennen, ob ein Flüchtling die Wahrheit sagt?

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Die Glaubwürdigkeit zu beurteilen ist das Schwierigste überhaupt. Unsere Entscheider werden deshalb von Psychologen geschult. Sie können mit dem Bewerber oft nur per Dolmetscher kommunizieren, hinzu kommen kulturelle Barrieren: Wenn mich jemand beim Sprechen nicht anschaut, muss das nicht heißen, dass er lügt. Es kann auch erlernte Höflichkeit sein. Wichtig ist, dass jemand seinen Vortrag auf Nachfrage mit Details ergänzen kann und sich nicht widerspricht.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Da gehen Sie jetzt aber vom Optimalfall aus! Bei jedem fünften Antrag entscheiden Ihre Beamten nach Aktenlage, ohne selbst bei der Anhörung dabei gewesen zu sein.

ZEIT: Gräfin Praschma, Sie haben Herrn Said's Geschichte gehört. Glaubwürdig oder nicht?

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Er macht auf mich einen verstörten Eindruck, wirkt traumatisiert. Aber für ein fundiertes Urteil müsste ich ihn natürlich länger befragen.

ZEIT: Herr Nabi, Sie leben mit 36 anderen Flüchtlingen unter einem Dach. Da tauscht man sich doch aus. Erzählt jeder von Ihnen die Wahrheit?

Nabi: Es ist so: Wenn wir unsere wahre Geschichte erzählen, müssen wir sie beweisen können. Viele, die keine Beweise haben oder deren Geschichte unwahrscheinlich ist, erzählen Geschichten, die nicht wahr sind, aber wahr klingen.

ZEIT: Was klingt denn wahr?

Nabi: Dinge, die in Deutschland bekannt sind, zum Beispiel. Eine gute Story, die in sich schlüssig ist. Schwierig wird es, wenn Leute deine Familie ermordet haben, du es aber nicht beweisen kannst. Oder wenn du gefoltert worden bist, ohne dass du Narben hast. Ist es klug, dann davon zu erzählen?

ZEIT: Was erzählen viele Asylbewerber stattdessen?

Nabi: Etwas Plausibles, das wahr sein könnte. Du legst dir auf jede einzelne Frage eine Antwort zurecht. Und du bereitest dich darauf vor, diese Antworten auszuschnücken, wie in einem guten Film.

ZEIT: Die meisten Flüchtlinge schicken heute mit ihren Handys Nachrichten in die Heimat: wie es läuft, was man tun muss. Herr Landrat, vor welcher SMS fürchten Sie sich mehr: vor einem freudigen "Hier ist es toll"? Oder einem deprimierten "Hier ist es schlimmer, als ich dachte"?

Landrat Knauer: Mir würde weder die eine noch die andere gefallen. Ich fände es schön, wenn die Flüchtlinge schreiben: "Ich habe es geschafft. Ich kann hier ausharren, bis bei euch zu Hause wieder Friede eingekehrt ist. So lange schaue ich mir in Deutschland Dinge ab. Und lerne. Dann komme ich zurück und baue unser Land auf." Dann hätten wir auch eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung. Aber ich komme immer noch nicht darüber hinweg, dass er *(deutet auf Akhtar Nabi)* ein Problem mit der Kleidung hat.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Das haben wir inzwischen mitbekommen.

ZEIT: Herr Said, was stand in Ihrer letzten SMS?

Dolmetscher: Er schaut gerade nach ... Moment ... jetzt: "Hier ist es stiller als in Syrien. Keine Bombeneinschläge. Diese Stille ist ungewohnt."

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Die Frage nach den SMS zielt doch darauf ab: Setzen wir auf Abschreckung? Die Regierung in Berlin hat dieses Konzept jahrzehntelang verfolgt. Trotzdem haben wir heute höhere Flüchtlingszahlen als vor fünf Jahren. Wenn in Syrien Krieg ist, fliehen die Menschen nach Europa - ob wir sie abschrecken oder nicht.

ZEIT: In Bayern gilt für Asylbewerber eine strikte Residenzpflicht: Die Flüchtlinge dürfen ihren Regierungsbezirk so gut wie nicht verlassen. Wäre es nicht schön, Herr Landrat, wenn Herr Nabi mit Ihnen mal ein Spiel des FC Bayern besuchen dürfte?

Der Landrat zuckt mit den Schultern, blickt seine Ausländerbeauftragte Sabine Ahlers an.

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Das wäre machbar. Wenn Herr Nabi nach München möchte, muss er nur eine Verlassensserlaubnis beantragen. Drei Tage pro Monat sind jedem gestattet.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Da haben Sie wieder die deutsche Regulierungswut! Drei Tage pro Monat - warum? Welcher Gedanke steckt dahinter? Die Flüchtlinge werden bürokratisch gegängelt, der Staat misstraut ihnen, von A bis Z ist für sie alles geregelt. Warum beschneiden wir sie derart in ihrer Freiheit?

Landrat Knauer: Was ist Ihr Ziel, Herr Anwalt? Grenzen auf, kommt alle her? Wollen Sie das? Glauben Sie, dass so eine Politik langfristig von der Bevölkerung mitgetragen würde?

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Sie unterschätzen Ihre Wähler, Herr Landrat. Es gibt schlicht keinen sachlichen Grund, warum wir einen Asylbewerber, der ein Jahr oder länger auf den Ausgang seines Asylverfahrens warten muss, derart in seiner Bewegungsfreiheit einschränken. Der ist ordnungsgemäß hier angemeldet, hat einen Wohnort, fertig.

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Moment, Moment! Die Personen müssen für uns erreichbar sein, während wir ihre Anträge bearbeiten. Wir haben da zum Beispiel einen Flüchtling aus München, dessen Verfahren sich endlos in die Länge zieht. Warum? Weil er seit Monaten nicht erreichbar ist. Erst war er auf einer Demo am Münchner Rindermarkt, dann war er bei den Protesten am Brandenburger Tor in Berlin, jetzt hat ihm die evangelische Kirche Obdach gewährt. Das kann so nicht funktionieren.

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Sie haben doch Sanktionsmöglichkeiten. Wer nicht mitwirkt, dem droht Abschiebung.

Dolmetscher: Entschuldigung, darf ich dazu auch mal was sagen? Ich bin 1989 mit meinen Eltern geflohen, auch aus Syrien. Ich habe jahrelang im Asylantenheim hier in Augsburg gelebt. Damals war die Residenzpflicht noch strikter, wir durften nicht einmal aus Augsburg raus. Als kleiner Junge war das für mich sehr bedrückend. Jedes Mal, wenn unsere Klasse einen Schulausflug plante, musste ich zur Ausländerbehörde gehen und einen Antrag stellen. Einmal ist unsere Klasse ins Skilager nach Österreich gefahren, da durfte ich nicht mit - nur weil es ein anderes Land war.

ZEIT: Begreifen Sie diese deutsche Regel, Herr Nabi?

Nabi: Nein. Warum darf ich nicht nach München fahren, um einen Freund zu besuchen? Es ist nicht weit weg.

ZEIT: Viele Deutsche fürchten: Wenn man es den Flüchtlingen zu leicht macht, kommen immer mehr. Können Sie diese Sorge verstehen?

Nabi: Wie soll ich die Deutschen verstehen, wenn ich sie nicht kennenlerne?

ZEIT: Haben Sie denn je probiert, auf die Leute zuzugehen?

Nabi: Ein paar von uns sind mal zu einem Fußballverein gegangen. Wir hatten einen Ball dabei und fragten, ob wir mitspielen dürfen. Aber die Jungs dort sagten: "Wir haben keine Zeit, wir spielen ein Match." Wir haben es

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

noch drei, vier Mal versucht, aber sie wollten uns nicht dahaben. Oder: In Tattenhausen ist ein Feld mit Apfelbäumen, wo niemand die Äpfel pflückt. Als wir das neulich gemacht haben, riefen sie: Finger weg!

ZEIT: In Augsburg protestierten Anwohner, die den Wertverlust ihrer Häuser fürchteten. In München, wo Flüchtlinge in leer stehende Wohnungen einquartiert werden sollen, laufen Mietervereine Sturm. So ist es in vielen Orten. Herr Landrat, kann es sein, dass Ihr Parteifreund, Bundesinnenminister Friedrich, die Argumente für diesen Widerstand liefert, wenn er sagt: Deutschland nimmt bereits viel mehr Flüchtlinge auf als Italien?

Landrat Knauer: Wir hatten Zeiten, da lag die Anerkennungsquote bei drei, bei vier Prozent - heute können wir in eine ganze Reihe von Ländern nicht abschieben. Wir liegen jetzt, glaube ich, bei 35 oder 40 Prozent.

ZEIT: Aus den Statistiken Ihres Amtes, Gräfin Praschma, geht allerdings hervor, dass im Jahr 2011 nur 1,5 Prozent aller Asylanträge berechtigt waren.

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Das wird in der Öffentlichkeit oft verkürzt dargestellt. Man darf ja nicht nur die Quote der Asylanerkennungen nach dem Grundgesetz betrachten. Hinzu kommt zum Beispiel noch der Flüchtlingsschutz nach der Genfer Konvention. Wir beim Bundesamt fassen alle Formen des Schutzes zusammen und sprechen von der Schutzquote. Im Moment liegt sie bei 27 Prozent - das heißt, etwa jeder dritte Flüchtling erhält irgendeine Form des Schutzes.

ZEIT: Was bedeutet das?

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Dass wir selbst abgelehnte Asylbewerber in manche Länder nicht abschieben, etwa nach Somalia.

ZEIT: Die 226 Asylbewerber in diesem Landkreis hier machen knapp 0,2 Prozent der Einwohner aus. Täuschen wir uns, oder gab es in den neunziger Jahren nicht viel mehr Flüchtlinge - und auch Unterkünfte?

Anwalt Heinhold: Anwalt Heinhold: Man hat die Kapazitäten abgebaut. Als die Flüchtlingszahlen zurückgingen, dachten die Politiker: Wunderbar, dabei bleibt es.

Landrat Knauer: Auch wir haben damals eine Unterkunft geschlossen. Wir hatten ja bis zum Sommer 2012 keinen einzigen Asylanten im Landkreis! Wissen Sie, Sie können es machen, wie Sie wollen. Halten Sie Einrichtungen vor, die jahrelang leer stehen, dann sagt jeder: Seid ihr verrückt?

ZEIT: Wenn es kein politischer Wille ist, die Zahl der Plätze klein zu halten - war es dann Naivität?

Gräfin Praschma: Gräfin Praschma: Das Bundesamt erstellt Vorhersagen darüber, wie viele Asylbewerber erwartet werden - aber nur für drei Monate im Voraus. Unsere neueste Prognose besagt, dass am Ende dieses Jahres 110 000 Menschen Asyl in Deutschland beantragt haben werden - das wäre ein Zuwachs um 84 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach dem Königsteiner Schlüssel muss Bayern davon 15,2 Prozent aufnehmen: rund 17 000 Menschen. Diese hohen Zahlen konnte niemand voraussehen, auch wir nicht.

Nachbar Engelhard: Jetzt stecken wir aber tief in Verwaltungsfragen.

Der junge Pfarrer, Max Bauer, kommt herein, schwer atmend. Er hatte noch einen Gottesdienst, wollte aber unbedingt dabei sein in der Runde.

ZEIT: Herr Pfarrer, schon am Telefon haben Sie uns erzählt, Sie seien ein "Rei'gschmeckter" - dabei kommen Sie aus einem Ort, der weniger als eine Autostunde von Anwalting entfernt liegt. Ist es schwer, sich hier zu integrieren?

Pfarrer Bauer: Auch mir gegenüber hat man erst einmal Abstand gewahrt. Und jetzt sollten da plötzlich Leute aus einer völlig fremden Kultur kommen, Muslime. Die hatte es hier noch nie gegeben, oder?

Nachbar Engelhard: Nö.

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Pfarrer Bauer: Da hatte man viel Negatives drüber gelesen, da steigerten sich die Ängste bis ins Irrationale. Wissen Sie, das ist wie mit der Angst vor der Spinne. Wir wissen alle, dass uns die Spinne nicht auffrisst. Trotzdem haben wir vor ihr Angst. Aber vor zwei Tagen ist was ganz Tolles passiert: Ich habe die Bürger eingeladen, um einen Unterstützerkreis für die Asylbewerber zu gründen. Da kamen 35 Leute - und wer fortblieb, entschuldigte sich sogar. Ein junges Mädel ... wie alt ist sie, die junge Sedlmeir?

Nachbar Engelhard: 15, 16 Jahr ...

Pfarrer Bauer: ... die hat sich angeboten, den Flüchtlingen Deutsch beizubringen. Und die Jungs waren schon mit den Nigerianern auf dem Bolzplatz.

ZEIT: Warum, Herr Landrat, lief es in Tattenhausen so anders? Was war Ihr Kalkül, als Sie den Bürgern dort erlaubten, was Sie den Anwaltigern verboten: nach einem Jahr abzustimmen über den Verbleib der Flüchtlinge?

Landrat Knauer: Als wir diese Abstimmung anboten, ging es uns um die Glaubwürdigkeit von Politik. Wir fanden damals keinen Ort für die Asylbewerber, niemand wollte sie. Als wir dann endlich diesen Mietvertrag unterschrieben haben, sicherten wir den Bürgern zu: Passt auf, wir verstehen eure Bedenken, schaut es euch ein Jahr an, dann stimmt ihr ab. Die wollten jetzt wissen, ob die Politik sich daran hält.

ZEIT: Ist das nicht eine Art Castingshow für Asylbewerber?

Landrat Knauer: Es war ein Versuch, Vertrauen zu gewinnen. Aber bei den Flüchtlingsmassen, die wir jetzt haben, geht das nicht mehr.

Nabi: Ich habe eine Frage an Sie: Warum bringen Sie uns Flüchtlinge nicht in größeren Orten unter? Mir scheint fast, als sei das eine Strategie ...

Landrat Knauer: ... der kennt sich aus, das ist sagenhaft!

Nabi: In den kleineren Orten will man uns nicht, das wissen Sie doch.

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Herr Nabi, wir sind davon abhängig, welche Objekte wir finden. In München oder Augsburg sind die Pensionen ausgebucht, wir können da keine Gäste rauswerfen.

Landrat Knauer: Und das Verfahren nach einem festen Verteilerschlüssel ist an sich gerecht. Jedes Bundesland, jeder Landkreis, jede kreisfreie Stadt muss eine bestimmte Menge aufnehmen. Und dabei kostet ein Flüchtling pro Kopf in München ein Vielfaches von dem, was er uns hier kostet. Wenn er *(deutet auf Nabi)* also nach München möchte, müssten die Bürger draufzahlen.

Nabi: Unser Nachbarort Dasing, in den wir bald umziehen, reicht mir schon. Dort gibt es wenigstens eine Busverbindung, einen Arzt, einen Supermarkt.

Landrat Knauer: Wir sind hier in Süddeutschland. Was meinen Sie, Herr Nabi, wie viele Deutsche jedes Jahr gern hierherkommen möchten?

Nachbar Engelhard: Ich höre da ein Anspruchsdenken heraus, das eine Gefahr für die Asylakzeptanz darstellt. Ihr könnt doch nicht fordern, zentral untergebracht zu werden, ihr müsst doch froh sein, wenn euer Leben gerettet ist!

ZEIT: Sie wünschen sich mehr Dankbarkeit, Herr Engelhard?

Nachbar Engelhard: Ich weiß, es ist ein Klischee, aber ich habe mir Kriegsflüchtlinge ganz anders vorgestellt: alte Jeans mit Löchern, ausgemergelt von der Flucht. Jetzt sehe ich die jungen Männer an der Bushaltestelle stehen - und bin schon überrascht. Die haben Handys und eine Schachtel Marlboro in der Tasche, das sind propere, agile Männer. Schicke Schuhe, schicke Hose, saubere Jacke. Herrschaftszeiten!

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Wenn ich irgendwo fremd bin, dann tue ich doch auch alles, um nicht aufzufallen.

Pfarrer Bauer: Ich geb dem Herrn Engelhard recht. Wenn man die anschaut, wundert man sich schon. Aber ganz klar: Ihre Handys brauchen die - wie sollen sie sonst Kontakt mit der Heimat aufnehmen? Und ihre Kleidung haben die noch aus München von der Caritas.

Nachbar Engelhard: Aha.

Pfarrer Bauer: Erst wenn man genauer hinschaut, entdeckt man die Probleme. Einer von den Pakistani zum Beispiel muss jetzt zum Nervenarzt, weil er nicht schlafen kann. Ich hab ihm gestern noch Baldrian hergebracht. Das sind so Momente, wo man merkt: Hoppla, da war was.

Nachbar Engelhard: Die Bevölkerung wird mit der Zeit schon rausfinden: Was haben die, was haben die nicht? Aber der erste Eindruck ist nun mal der: Da steht a schicker Bursch, der abends bestimmt in die Disco geht.

ZEIT: Haben Sie auch schon einen zweiten Eindruck?

Nachbar Engelhard: Neulich stand ich mit ein paar von den Jungs an der Bushaltestelle und musste ihnen den Fahrplan erklären. Die wollten nach Augsburg. Irgendwann fragten die: "Fährst du auch mit dem Bus nach Augsburg?" Darauf ich: "No, I drive by car." Da machten die große Augen: "Everyone has his own car?" Dann flog da ein Heißluftballon vorbei - und sie wollten wissen, was das ist. Da merkst du dann schon die Unterschiede.

Zweimal hatte Georg Engelhard seine Teilnahme an der Gesprächsrunde abgesagt, zweimal wieder zugesagt. Asylbewerber: ein heikles Thema. Engelhard hatte Sorge, missverstanden zu werden. Am Anfang des Gespräches saß er steif und wog jedes Wort. Jetzt lehnt er sich entspannt in seinem Stuhl zurück.

ZEIT: Mädchen organisieren Sprachunterricht, der Pfarrer holt Baldrian, Kinder bringen ausrangierte Fahrräder ...

Verwaltungsbeamtin Ahlers: ... die vielen Freiwilligen leisten geradezu Übermenschliches - diese Gefahr sehe ich auch bei Ihnen, Auch Sie brauchen jemanden, mit dem Sie mal reden können. Und die wahren Herausforderungen werden kommen, wenn es Probleme gibt. Wenn vielleicht jemand krank wird.

ZEIT: Sie lagern ganz schön viel Verantwortung aus. Was tut eigentlich der Landkreis?

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Wir haben nur eine Stelle für die soziale Betreuung der 226 Asylbewerber. Das ist zu wenig, noch immer lastet das meiste auf den Bürgern. Was uns fehlt, ist die Möglichkeit, den Asylbewerbern professionelle Sprachkurse anzubieten. Hier müsste die Landesregierung uns helfen. In den Unterkünften fehlen Hausmeister und Betreuer.

Landrat Knauer: Toi, toi, toi, solange nichts passiert. Lass in unserem Landkreis den ersten Asylbewerber ausrasten, lass den auf jemanden losgehen - dann ist all das, worum wir uns bemüht haben, schwer gefährdet. Dann kommen wieder die Pauschalurteile.

ZEIT: Nehmen wir an, ein Asylbewerber ...

Landrat Knauer: ... vergewaltigt ein Mädchen!

ZEIT: Sagen wir, einer knackt nur ein Auto und fährt damit zum ersten Mal nach München. Wie reagieren die Leute dann?

Landrat Knauer: Also, Sie differenzieren ja wie der Anwalt Heinhold! So etwas könnte man noch in den Griff bekommen.

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Nachbar Engelhard: Kleine Anekdote am Rande: Zwei Tage nach dem Einzug bei uns sind die ersten zwei von der Polizei nach Hause gebracht worden. Das ist durch den Ort gegangen, sofort.

ZEIT: Was hatten die beiden verbrochen?

Nachbar Engelhard: Überhaupt nichts. Die waren nach Augsburg gefahren, hatten bei der Rückfahrt den falschen Bus erwischt und saßen dann in Aichach fest. Da hat die Polizei eben Fahrdienst gemacht.

Pfarrer Bauer: Die hatten mich sogar noch angerufen. Ich war aber in der Messe.

Nachbar Engelhard: Zum Glück hat der Herr Pfarrer schnell reagiert.

Pfarrer Bauer: Ich habe mich am Tag darauf nach dem Gottesdienst unter die Leute gemischt und gesagt: "Hört zu! Ich weiß, was da los war." Das ist das Wichtigste: Man muss die Menschen informieren, gerade bei solchen Ereignissen.

ZEIT: Herr Engelhard, jetzt, wo er Ihnen mit einem Dolmetscher gegenüber sitzt: Gibt es irgendetwas, das Sie Herrn Said gern fragen möchten?

Nachbar Engelhard: Was mich interessieren würde: Wo ist seine Familie? Wie geht es ihr?

Ahmed Said, der dem Gespräch die ganze Zeit ernst und konzentriert gefolgt ist, strafft sich. Er beugt sich zum Übersetzer. Wie ein Prüfling wirkt er - jemand, der keine Fragen stellt, aber beflissen antwortet.

Dolmetscher: Seine Heimatstadt Hama steht weiter unter Beschuss. Seine Mutter ist noch da, sein Vater, seine sechs Geschwister. Er sagt: "Meiner Familie geht's dort überhaupt nicht gut. Ich bin in Sorge. Und in Gedanken immer bei ihnen."

Nachbar Engelhard: Haben Sie Kontakt?

Dolmetscher: Zum letzten Mal vor drei Tagen. Der Kontakt mit Syrien findet über Internet statt. Es gibt Tage, wo es dort Strom gibt, es gibt Tage, wo es keinen Strom gibt.

ZEIT: Hat Herr Said auch eine Frage?

Dolmetscher: Er sagt mir ständig: "Ich will ganz schnell Deutsch lernen, wie und wo kann ich das machen?" Sie müssen wissen: Er ist in Syrien nur sieben Jahre zur Schule gegangen. Danach hat er auf Baustellen gearbeitet. Beton gegossen und Estrich gelegt.

ZEIT: Frage in die Runde: Kann aus einem Syrer jemals so etwas wie ein Bayer werden?

Nachbar Engelhard: Die Sprache ist das A und O! Wer mit mir vertraut redet, der gehört dazu. Spricht er bayerisch, kann er auch aus Syrien kommen. Wurscht, dann ist er Bayer.

ZEIT: Was kann er sonst noch tun, um dazuzugehören?

Nachbar Engelhard: Er muss sich einfügen, machen und tun, das gehört bei uns dazu.

Dolmetscher: Herr Said sagt mir gerade, er möchte arbeiten.

Nachbar Engelhard: Da haben wir ein gegenseitiges Problem. Er möchte arbeiten und darf erst einmal nicht, laut Gesetz. Und bei uns im Dorf sagen sie: "Da sind 18 junge Männer, die wissen den ganzen Tag nicht, was sie tun sollen. Wohin führt das?"

ZEIT: Eine Bäuerin sagte uns: "Die gehen den ganzen Tag spazieren. Wär schön, wenn die sich a bisschen beteiligen würden." Hätte der Ort Arbeit?

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Pfarrer Bauer: Die einzige Sache, die mir einfällt, wäre die Pflege des Friedhofs.

Nachbar Engelhard: Da brauche ich auch keine Ausbildung, da muss ich nichts wissen.

Verwaltungsbeamtin Ahlers: Arbeiten kann er auch schon in den ersten neun Monaten - ich bin hier nun mal die Behörde: Jobs für 1,05 Euro die Stunde. Aber nicht alle 18 Asylbewerber werden auf dem Friedhof beschäftigt werden können.

Nachbar Engelhard: (*lacht*) Wir haben auch Pflegebedürftige.

ZEIT: Herr Nabi, wo sehen Sie sich in drei Jahren?

Nabi: In unserer Unterkunft bin ich der Schnellste im Deutschlernen, schon Stufe IV. Vielleicht kann ich irgendwann eine Ausbildung machen oder als Übersetzer arbeiten. Ich spreche viele Sprachen.

ZEIT: Sie wollen also bleiben?

Nabi: Ja.

ZEIT: Und Ihre Zukunft, Herr Said?

Dolmetscher: Er möchte zurück nach Syrien - sobald die Regierung nicht mehr da ist und seine Heimat wieder sicher ist. Auf jeden Fall.

Der Landrat nickt zufrieden.

ZEIT: Wir haben jetzt fast drei Stunden miteinander geredet. Wird das Experiment Anwalting gut ausgehen?

Nachbar Engelhard: Es wird gut ausgehen! Es sind die kleinen Gesten, die ich beobachte: Ein Deutscher steht im Supermarkt im nächsten Ort, da kommt einer mit schwarzer Haut - schon ist klar, der wohnt bei uns im Dorf. Also fragt der Deutsche: "*Can I help you?*" Oh, Maggi-Gewürz braucht der! Also wird zusammen Maggi gesucht. Und wenn wir uns auf dem Fahrrad begegnen, wird sofort gewunken, von beiden Seiten.

ZEIT: Zum Schluss interessiert uns: Was nehmen Sie aus diesem Abend mit, Herr Nabi und Herr Said? Haben Sie etwas gelernt über die Deutschen?

Dolmetscher: Herrn Said hat überrascht, dass jemand von der Regierung hier sitzt und mit einem Asylbewerber diskutiert. In Syrien wäre so etwas undenkbar. Er sagt: "Das muss Demokratie sein."

Nabi: Ich habe gelernt: Es ist wichtig, den Deutschen Dankbarkeit zu zeigen.

DAS GESPRÄCH MODERIERTEN ANITA BLASBERG, MALTE HENK UND HENNING SUSSEBACH

Das Sachleistungsprinzip regelt, in welcher Weise Asylbewerber staatliche Unterstützung beziehen. Lange bekamen sie statt Geld Sachleistungen: Essenspakete, Kleidung, Fahrkarten. Die meisten Bundesländer zahlen inzwischen Bargeld aus. Nur in Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland wird teilweise noch das Sachleistungsprinzip angewandt. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssen sich Hilfen für Asylbewerber am Hartz-IV-Regelsatz orientieren, aktuell 382 Euro. Volljährige Flüchtlinge erhalten derzeit Sach- und Geldleistungen für 354 Euro im Monat.

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Dublin II ist eine Verordnung der Europäischen Union, die für jeden Flüchtling regelt, welches EU-Mitgliedsland für sein Asylverfahren zuständig ist. In der Regel ist es das Land, in dem der Betreffende zuerst europäischen Boden betreten hat. Das sind vor allem die Staaten an den Außengrenzen der EU wie Italien und Griechenland. Die in der Mitte gelegenen Staaten sind für Flüchtlinge schwerer erreichbar, seit Dublin II im Jahr 2003 in Kraft trat. Flüchten Asylbewerber innerhalb der EU weiter, etwa von Italien nach Deutschland, werden sie oft in das Land ihrer Ankunft zurückverwiesen.

Die Unterkunft Anwalting, Schmiedgasse: In diesem Haus leben seit wenigen Wochen 18 Asylbewerber

Die Residenzpflicht ist eine Auflage für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge, die ihnen vorschreibt, sich nur in der Region ihrer Unterkunft aufzuhalten. In den meisten Bundesländern können sie sich innerhalb des ganzen Landes bewegen. In Sachsen und Bayern sind die Grenzen enger gesteckt: In Bayern dürfen Flüchtlinge ihren Regierungsbezirk und die angrenzenden Landkreise ohne Genehmigung nicht verlassen. Verstöße werden mit einer Geldstrafe geahndet, im Wiederholungsfall auch mit Gefängnis. Deutschland ist das einzige EU-Land, in dem es eine Residenzpflicht gibt.

Der Königsteiner Schlüssel legt fest, wie Asylbewerber auf die Bundesländer verteilt werden. Er wird für jedes Jahr entsprechend den Steuereinnahmen und der Einwohnerzahl der Länder neu berechnet. Nordrhein-Westfalen muss derzeit die meisten Flüchtlinge aufnehmen, dahinter folgen Bayern und Baden-Württemberg.

Ahmed Said, 18, ist vor dem Krieg in Syrien geflohen - durch Ägypten, Libyen und über das Mittelmeer. Seit einigen Tagen lebt er in Anwalting

Hubert Heinhold, 65, ist Rechtsanwalt in München, spezialisiert auf Asylrecht, dazu stellvertretender Vorsitzender von Pro Asyl Deutschland

Martina Scheicher, 33, ist Grundschullehrerin und lebt in Anwalting. Ihr Vater hat das Bauernhaus der Familie renoviert und vermietet es als Asylunterkunft

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Max Bauer,31, ist der Pfarrer der Gemeinde. Er ist erst seit September im Ort, selbst noch etwas fremd - und leitet den Unterstützerkreis für die Flüchtlinge

Sabine Ahlers,41, ist Abteilungsleiterin im Landratsamt und zuständig für das "Ausländerwesen". Sie muss die Flüchtlinge im Kreis unterbringen

Akhtar Nabi,26, ist ein afghanischer Asylbewerber. Mit 36 anderen Flüchtlingen lebt er in Tattenhausen, einem winzigen Dorf im Landkreis

Georg Engelhard,53, ist in der Anwaltinger CSU, im Sportverein, in der Feuerwehr und hat im Namen des Dorfes ausgehandelt, dass weniger Flüchtlinge kommen

Werner Zwick,50, engagiert sich in der Kirchengemeinde. Er findet, mit 470 Einwohnern sei Anwalting zu klein, um viele Asylbewerber aufzunehmen

Ursula Gräfin Praschma,58, leitet im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Abteilung, deren rund 300 Mitarbeiter über die Asylanträge in Deutschland entscheiden

Christian Knauer,61, CSU, ist Landrat des Kreises Aichach-Friedberg und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen. Seine Eltern sind aus Schlesien nach Bayern geflohen

Graphic

Der Landkreis Aichach-Friedberg und die Flüchtlinge - Teilnehmer des ZEIT-Gesprächs im Wirtshaus Ziegler

Max Bauer, Pfarrer

"Was machen die den ganzen Tag?" Sie fliehen aus Syrien und Afghanistan - und landen in einem Dorf wie Anwalting . Jetzt haben beide Seiten Fragen: Können wir u....

Georg Engelhard, Gemeinderat

Ahmed Said, Flüchtling

Christian Knauer, Landrat

Werner Zwick, Anwohner

Martina Scheicher, Vermieterin

Akhtar Nabi, Flüchtling

Load-Date: November 7, 2013

End of Document

Grenzen der Barmherzigkeit; Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze: In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr Mann Ruslan gefoltert. In Deutschland erbitten sie Asyl. Die Behörden lassen die schwangere Frau hier - und schieben den Mann und drei Kinder nach Polen ab

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

6. Juni 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 15-17; Ausg. 24

Length: 4627 words

Byline: Alice Bota, Annabel Wahba

Body

Als Leila Magomadowa die beiden Polizisten auf ihr Krankenbett zukommen sieht, reißt sie sich den Infusionsschlauch aus dem Arm. Sie springt aus dem Bett, läuft auf den Flur und rennt die Treppe hinunter ins nächste Stockwerk. So wird sie es später erzählen, so wird es eine Frau, die dabei war, beschreiben. Leila Magomadowa will nach draußen.

Sie findet den Ausgang nicht in diesem deutschen Krankenhaus, in dem sie seit zwei Tagen behandelt wird, wegen ihrer schwierigen Schwangerschaft, wie so oft in den vergangenen Monaten. Leila Magomadowa*, 28, ist im sechsten Monat, ihr Bauch zeichnet sich schon unter dem Nachthemd ab.

Ärzte und Schwestern laufen ihr hinterher. Leila Magomadowa versteht ihre Rufe nicht, sie fängt an zu weinen, dann lässt sie sich zurück in ihr Zimmer bringen. Wo soll sie auch hin.

Die Polizisten stehen noch immer da. Uniformierte waren es auch, die Leila Magomadowa schlugen und ihr die Kleider vom Leib rissen, damals, in Tschetschenien. Sie spürt ihr Herz klopfen.

Eine Hebamme, die Russisch spricht, übersetzt. Die Polizisten verlangen, dass Leila Magomadowa mitkommt, sofort. Raus aus dem Krankenhaus, raus aus Deutschland. Ein Arzt mischt sich ein, er spricht mit den Beamten, bis sie schließlich gehen.

Es ist der 14. März 2013, der Tag, an dem die Ausländerbehörde des Landkreises Ansbach in Bayern die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Familie Magomadow aus der russischen Teilrepublik Tschetschenien beenden will. Es ist der Tag, an dem diese Beziehung erst richtig kompliziert wird.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze:
In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr....

Als die Beamten vor Leila Magomadowas Krankenbett stehen, sitzt ihr Mann Ruslan schon in einem Polizeitransporter, neben ihm seine drei älteren Kinder. Ruslan Magomadow ist 34 Jahre alt. Ein großer Mann mit breitem Kreuz. Früher hat er auf dem Bau gearbeitet, zuletzt war er Taxifahrer.

Der Wagen gleitet über die Autobahn in Richtung Polen. Magomadows sechsjährige Tochter Samira fängt an zu weinen.

Morgens um sechs waren die Polizisten in der Kleinstadt Windsbach, nicht weit von Ansbach, in das Flüchtlingsheim gekommen. Magomadow musste seine drei älteren Kinder wecken, die beiden jüngsten waren bei tschetschenischen Bekannten. Dort sollten sie für ein paar Tage bleiben, während ihre Mutter im Krankenhaus war.

Schon zwei Monate zuvor wollten die Behörden die Familie abschieben. Doch Ruslan Magomadow war nicht im Flüchtlingsheim - er war zu einer Anwältin in Berlin gefahren, die vor allem tschetschenische Flüchtlinge vertritt. Magomadow wusste, die Beamten würden es wieder versuchen. Trotzdem fühlte er sich sicher. Er glaubte nicht, dass deutsche Behörden Kranke aus der Klinik holen, dass sie Männer von ihren hochschwangeren Frauen trennen und Eltern von ihren Kindern.

Unter Aufsicht der Polizisten stopfte Magomadow nun ein paar Kleider in eine schwarze Sporttasche, sein Handy, das Ladegerät, alle Papiere, die er finden konnte. Aus Gewohnheit steckte er auch den Schlüssel für die Eingangstür des Flüchtlingsheims ein, obwohl er ihm jetzt nichts mehr nützen würde. Dann stieg er mit den beiden Söhnen und der Tochter in den Polizeiwagen. Handschellen waren nicht nötig, Ruslan Magomadow wehrte sich nicht.

Samira weint noch immer. Magomadow hämmert mit der Faust gegen die Metallwand, die ihn von den Beamten trennt. Fahrt rechts ran, ruft er auf Russisch. Sie muss aufs Klo! Der Wagen fährt weiter. Magomadows Hämmern wird lauter, sein Rufen drängender. Haltet doch an! Nichts. Samira nässt sich ein.

Als sie nach Stunden doch eine Pause machen, so wird Magomadow es später erzählen, spricht einer der Beamten ihn auf Russisch an. Du hast das alles selbst zu verantworten, sagt er.

Was die Magomadows zu verantworten haben, ist diese Entscheidung: Koffer packen in Tschetschenien, Bustickets kaufen für die Strecke Grosny - Moskau, 2500 Rubel pro Person, rund 60 Euro, heimlich abhauen. Von Moskau mit dem Zug weiter über Weißrussland. Am dritten Tag kamen sie am Grenzübergang Terespol im Osten Polens an. Sie standen jetzt an der Außengrenze der Europäischen Union.

Tausende Tschetschenen sind schon vor den Magomadows diesen Weg gegangen. Seit einigen Monaten werden es immer mehr. In deutschen Zeitungen ist von einem "Ansturm der Tschetschenen" die Rede. Meist werden sie mit Misstrauen empfangen. In ihrer Heimat kämpft eine islamistische Unabhängigkeitsbewegung gegen den russischen Staat. Am 15. April zündeten zwei Brüder tschetschenischer Herkunft in den USA beim Boston-Marathon zwei Bomben, Mitte Mai 2013 warnte der russische Geheimdienst vor tschetschenischen Terroristen in Deutschland. Auf Flüchtlingen aus Tschetschenien liegt jetzt ein Verdacht.

Der Mann und die drei Kinder sind 23 Stunden am Tag eingesperrt

Der Beamte des polnischen Grenzschutzes fragte die Magomadows, was sie in Polen wollen. Es ist eine Frage, die jeder Einreisewillige aus Russland beantworten muss.

Wie die meisten Tschetschenen wollten die Magomadows nicht nach Polen, sondern nach Deutschland, nach Berlin, wo sie Verwandte und Bekannte haben. Polen ist in ihren Augen zu nah an Russland, dem Staat, vor dem sie fliehen. Im Osten Polens wurden in den vergangenen Monaten mehrere Flüchtlingswohnungen angezündet. In Polen wird kaum ein Tschetschene als Flüchtling anerkannt, fast allen droht die Abschiebung nach Russland. In Deutschland rechneten die Magomadows sich größere Chancen aus.

"Wir möchten Asyl beantragen", antwortete Ruslan Magomadow. Der Asylantrag verpflichtet den Grenzbeamten, die Familie ins Land zu lassen, das hatten die Magomadows gehört. Der Antrag war ihre Eintrittskarte für Europa.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze:
In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr....

Die Beamten nahmen die Fingerabdrücke von Leila und Ruslan Magomadow und speicherten sie in der Datenbank Eurodac. Von jetzt an war dort festgehalten, dass die Magomadows am 10. August 2012 in Polen um Asyl baten. Von jetzt an hätten sie in Polen bleiben müssen, bis über ihren Antrag entschieden ist.

So schreibt es die sogenannte Dublin-Verordnung der EU vor. In der irischen Hauptstadt verabschiedet, trat sie im Jahr 1997 in Kraft, 2002 wurde sie geändert und mit dem Namen Dublin II versehen.

Seitdem ist für einen Asylbewerber in der Regel jener EU-Staat zuständig, den der Bewerber als ersten betreten hat.

Da es wenigen Flüchtlingen gelingt, mit dem Flugzeug direkt in die Mitte Europas vorzudringen, bedeutet das: An den Rändern der EU sammeln sich die Menschen aus den Elendsorten dieser Welt. In Griechenland stranden die Syrer und Afghanen, in Italien die Afrikaner, in Polen die Tschetschenen.

Reisen die Flüchtlinge weiter nach Berlin, Paris oder Wien, dürfen die Deutschen, Franzosen oder Österreicher sie wieder zurückschaffen. Die Flüchtlinge sind nicht ihre Angelegenheit.

Es ist schon Nacht, als der Polizeitransporter aus Bayern mit Ruslan Magomadow und seinen Kindern die Kleinstadt Ketrzyn im Nordosten Polens erreicht. Zu dunkel, um die sanierten Altbauten und die geharkten Beete zu sehen. Der Polizeiwagen fährt weiter an den Stadtrand, wo kasernenartige Gebäude stehen, drei Stockwerke hoch, umgeben von einem meterhohen Zaun. Die Fenster sind vergittert.

Hier landen Flüchtlinge, die sich nicht an die Dublin-Verordnung gehalten haben, die selbst entscheiden wollten, in welchem europäischen Land sie Zuflucht suchen, und deshalb die Grenze überschritten. Die meisten sind Tschetschenen.

"Bewachtes Verwahrungszentrum" nennt der polnische Grenzschutz die Häuser. Der Unterschied zu einem Gefängnis ist klein. Ruslan Magomadow und seine drei Kinder sind eingesperrt, 23 Stunden am Tag, für eine Stunde dürfen sie in den Hof. Eine polnische Beamtin wird später erzählen, dass sich der zwölfjährige Aslan, das älteste Kind der Familie, rührend um seine Geschwister kümmere. Und dass die sechsjährige Samira viel weine in diesen Tagen. Nachts kriecht sie zu einer alten, kinderlosen Tschetschenin ins Bett, die sie Baba nennt, Oma. Irgendwann wird Baba weggebracht.

Nach vorheriger Anmeldung darf Ruslan Magomadow Besuch empfangen, in einem engen Raum mit blinder Fensterscheibe und Kamera an der Decke. Hier erzählt er an einem Frühlingstag, wie er damals mit seiner Familie vom polnischen Terespol ins bayerische Windsbach gelangte.

Nach ihrer Ankunft in Polen im August 2012 fuhren die Magomadows weiter nach Berlin, mit dem Bus, über Görlitz, in zwölf Stunden, niemand stellte ihnen Fragen, niemand hielt sie auf.

In Berlin beantragten die Magomadows erneut politisches Asyl, so geht es aus den Akten der deutschen Behörden hervor.

Jeder Asylantrag, der in Deutschland gestellt wird, muss vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg geprüft werden. Mithilfe der Eurodac-Daten stellen die Behörden fest, dass die Magomadows über Polen nach Deutschland gekommen sind und dorthin zurückmüssen. Übernahmegesuche an Polen werden verfasst, Daten ausgetauscht, Antwortschreiben abgewartet, Bescheide erteilt.

Nach vier Monaten, eine nicht unübliche Dauer, ergeht die Anordnung: Die Familie muss wieder nach Polen, Deutschland ist nicht zuständig. Das ist im Dezember 2012.

Die Magomadows sind inzwischen dem Flüchtlingsheim in Windsbach zugeteilt worden. Sie haben Freunde gefunden. Jetzt wollen die Behörden sie wieder von dort wegschaffen.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze:
In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr....

So setzt sich jene schwerfällige Verschiebungsmaschinerie in Gang, die, meist unbemerkt von der Öffentlichkeit, Jahr für Jahr aufs Neue Tausende Flüchtlinge von Deutschland nach Italien, von Deutschland nach Griechenland, von Deutschland nach Polen verfrachtet, zurück an die Ränder der Europäischen Union, wo sie herkamen.

Diesmal sorgt die Maschinerie dafür, dass eine Familie getrennt wird. Dass zwei Polizisten am 14. März 2013 versuchen, eine schwangere Tschetschenin aus einem deutschen Krankenhaus zu holen, während andere Beamte ihren Mann mit drei Kindern in ein polnisches Flüchtlingslager schaffen.

Am 26. April 2013, fünf Wochen nach der Ankunft in Ketrzyn, wird Ruslan Magomadow zur Vernehmung gerufen. Ein Beamter informiert ihn, dass er verpflichtet sei, die Wahrheit zu sagen, sonst drohten ihm bis zu drei Jahre Haft. Dann beginnen die Fragen, festgehalten im Protokoll des Grenzschutzes.

"Warum haben Sie Tschetschenien verlassen und in Polen den Flüchtlingsstatus beantragt?"

"Meine Familie und ich fühlen uns bedroht. Ich will nicht nach Tschetschenien zurück wegen meines Cousins Sulim. Vor einigen Jahren hat er sich den Unabhängigkeitskämpfern angeschlossen. Deshalb habe ich Schwierigkeiten."

"Hatten Sie Probleme, Ihren Reisepass ausgestellt zu bekommen?"

"Nein."

"Wie war die Situation in Tschetschenien?"

"Dort leben die Menschen nicht, sie existieren nur. Sie haben Angst, sie können nicht offen miteinander sprechen, sie vertrauen einander nicht."

"Was befürchten Sie bei Ihrer Rückkehr?"

"Ich habe Angst, dass sie mich wieder holen und foltern werden. Ich bin mir sicher, dass ich nicht zurückkann."

"Könnten Sie in einen anderen Teil Russlands gehen?"

"Nein. Sie würden mich überall finden."

Es ist Mai. Leila Magomadowa sitzt auf dem Krankenhausbett und wartet. Es ist ein anderes Bett, in einer anderen Klinik. Sie ist jetzt in der Psychiatrie, in Ansbach, seit Wochen schon. Einen Tag nach dem Abschiebeversuch am 14. März kam sie hierher, ihr Hausarzt hatte sie eingewiesen. Laut einem psychologischen Gutachten ist sie selbstmordgefährdet und zeigt das Verhalten einer Psychosekranken, ausgelöst auch von den Misshandlungen in ihrer Heimat Tschetschenien.

Die Ausländerbehörde Ansbach hat ein weiteres Mal versucht, sie abzuschieben, das war Anfang April. In ärztlicher Begleitung sollte Leila Magomadowa nach Polen gebracht werden, die kleinen Kinder sollten mitkommen, die polnischen Behörden hatten sogar eine psychiatrische Klinik für sie gefunden. Allerdings im Westen des Landes, 500 Kilometer entfernt von dem Verwahrungszentrum, in dem ihr Mann und die älteren Kinder sitzen.

Erneut verhinderten die Ärzte die Abschiebung, aus gesundheitlichen Gründen.

Nun wartet Leila Magomadowa auf ihre Kinder. Auf ihrem Nachttisch steht ein Bild, das ihr kleiner Sohn für sie gemalt hat: ein blaues Herz mit Stern und goldenem Sichelmond.

Das Jugendamt des Landkreises Ansbach hat das Bild an sie weitergeleitet. Nach der Abschiebung von Ruslan Magomadow war niemand mehr da, der sich dauerhaft um die beiden jüngsten Kinder der Familie kümmern konnte. Das Jugendamt ist jetzt für sie zuständig. Der dreijährige Sohn Beslan und die zweijährige Tochter Madina kamen zu deutschen Pflegeeltern.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze:
In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr....

Die Odyssee geht weiter, diesmal nach Warschau

Vor drei Tagen hat Leila Magomadowa eine Flüchtlingshelferin angerufen, die sie kennt. Sie hat sie mit ihrem bisschen Deutsch gebeten, beim Jugendamt einen Besuch der Kinder im Krankenhaus zu arrangieren. Die Helferin hat gesagt, sie werde sich darum kümmern. Das war am Freitag. Heute ist Montag, heute sollen die Kinder kommen, so hat sie es verstanden.

Leila Magomadowa ist aufgeregt. Sie springt auf, läuft auf den Flur, ihr Pferdeschwanz wippt. Sie hält Ausschau nach den Kindern.

Sie kommt zurück, setzt sich auf einen Stuhl, hockt plötzlich wie versteinert da. Dann streicht sie sich über den Bauch, sie ist jetzt im achten Monat.

Ihren Mann Ruslan lernte Leila Magomadowa über einen Freund kennen, da war sie 23 Jahre alt. Er war 29 und hatte schon drei Kinder. Leila Magomadowa sagt, sie habe schnell gemerkt, dass sie bei ihm bleiben wolle. Nach der Hochzeit zog sie zu ihm in eine tschetschenische Kleinstadt, nahe der Grenze zur Nachbarrepublik Inguschetien.

In der Psychiatrie hat Leila Magomadowa einen Vogel aus Ton modelliert, dazu ein paar Küken. Eine Mutter mit ihren Jungen. Die will sie ihren Kindern schenken.

Sie geht wieder auf den Flur hinaus. Die Kinder sind nicht zu sehen. Es ist schon später Nachmittag, fast Abend.

Leila Magomadowa ruft die Helferin aus dem Flüchtlingsheim an, wieder und wieder, aber keiner hebt ab. Sie wählt die Nummer einer tschetschenischen Freundin, die öfter für sie übersetzt. Vielleicht hat sie etwas von den Kindern gehört.

Auch sie weiß nichts. Leila Magomadowa fängt an zu weinen. Sie schreit: "Auch wenn ich sterbe, ich will jetzt meine Kinder sehen!"

Doch die Kinder kommen nicht. Es war ein Missverständnis.

Von der Situation der schwangeren Tschetschenin hat inzwischen auch die Politik erfahren. Mitte April hat sich der Bayerische Landtag mit ihrem Fall befasst. Besorgte Bürger hatten zwei Petitionen eingereicht. Sie verstehen nicht, wie der Freistaat, der doch sonst stets den hohen Stellenwert der Familie preist, so mit einer schwangeren Frau umgehen kann.

Mit den Stimmen der CSU forderte eine Mehrheit der Landtagsabgeordneten das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf, den Vater und die älteren Kinder zurückzuholen, wenn Leila Magomadowa längere Zeit reiseunfähig bleibt. Und das ist sie ja faktisch, weil sie im Juli ein Kind zur Welt bringt.

Nur ist die Landtagspetition nicht mehr als eine Bitte an die Behörden. Ob Deutschland die Zuständigkeit für den Asylantrag der Magomadows von Polen übernimmt, ob die Familie also in Bayern bleiben kann, bis über den Antrag entschieden ist, bestimmt allein das Bundesamt.

In der *Süddeutschen Zeitung* meldete sich der frühere Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Albert Schmid, zu Wort, heute Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern. Die Trennung von Vater und Mutter sei "nicht hinnehmbar" - vor allem nicht, wenn die Frau schwanger sei.

Im Mai, als Leila Magomadowa in der Psychiatrie auf den Besuch ihrer Kinder wartet, steht die Entscheidung des Bundesamts noch immer aus.

Eigentlich stellt das deutsche Grundgesetz die Familie unter besonderen Schutz. Auch auf Seite 1 der Dublin-Verordnung heißt es: "Die Einheit der Familie sollte gewahrt werden." Trotzdem muss man nicht lange suchen, um Fälle wie den der Magomadows zu finden.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze:
In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr....

Der Hessische Flüchtlingsrat hat in einem 104 Seiten starken *Dublin-II-Report* über mehrere ähnliche Fälle von Familientrennungen berichtet. Es gibt Väter, die nach Italien überstellt werden, während die Mütter in der Bundesrepublik zurückbleiben. Es gibt Minderjährige, die ihre Verwandten in Deutschland verlassen müssen. Der Flüchtlingsrat schreibt, Schutz in Europa zu bekommen gleiche auch für tatsächlich Verfolgte einem Lotteriespiel.

Am 11. Mai steht ein Krankenwagen vor dem Verwahrungszentrum in Ketrzyn. Er soll Ruslan Magomadow und die drei älteren Kinder abholen, sie dürfen umziehen in ein Flüchtlingsheim in der Nähe von Warschau. Dort sollen sie in den nächsten Monaten wohnen, bis feststeht, was aus ihnen wird: ob sie wieder nach Deutschland können, ob sie nach Russland abgeschoben werden, ob sie Leila Magomadowa und die beiden kleinen Kinder bald wiedersehen.

Normalerweise müssten sie mit dem Bus ins Flüchtlingsheim fahren. Vor ein paar Tagen aber ist der elfjährige Tamir krank geworden. Lungenentzündung. Mindestens zehn Tage Klinik, hat die Ärztin gesagt.

Ruslan Magomadow packt seine schwarze Tasche und eine Plastiktüte mit Kleidern in den Krankenwagen. Dann fahren sie los. Die Kinder sind ruhig, die Sanitäter haben ihnen Tabletten gegen Reiseübelkeit gegeben.

Nach fünfeinhalb Stunden kommen sie im Krankenhaus in Warschau an. Magomadow gibt seinen Sohn auf der Station ab, die Schwester bringt Butterbrote. Dann geht er mit den anderen beiden Kindern nach draußen.

Die Leute in Warschau drehen sich um nach dem dunkelhaarigen Mann, der an diesem kühlen Tag in Trainingshose und Badeschlappen seinen Weg aus der Stadt sucht, mit zwei Kindern, die hinter ihm hertrotten. Magomadow hält einen Zettel in der Hand, auf den die Beamten in Ketrzyn den Namen und die Adresse des Flüchtlingsheims gekritzelt haben: Debak heißt der Ort, etwa 30 Kilometer von Warschau entfernt. Sie sollen mit der Straßenbahn hinfahren.

Magomadow versteht etwas Deutsch, aber Polnisch? Sie steigen an der falschen Station aus, fahren zurück, steigen aus, zögern, steigen wieder ein. Als sie schließlich in der Nähe des Flüchtlingsheims ankommen, dämmt es schon. Die letzten Kilometer müssen sie laufen, einen schmalen Waldweg entlang. Der Wind weht, der Regen tropft, bei jedem Schritt schmatzen Magomadows Schlappen auf dem nassen Boden. Samira aber stören die Kälte und die Nässe nicht. Mit kleinen, schnellen Schritten läuft sie voran und greift in die nassen, kräftigen Halme. Seit zwei Monaten hatte sie kein Gras mehr in der Hand.

Mitten im Wald dann das Flüchtlingsheim: flache Gebäude, umzäunt und bewacht.

Hinter einem Schiebefenster sitzen Wachmänner. Einer beugt sich vor.

"Wo kommen Sie jetzt her?", fragt er auf Polnisch.

Magomadow versteht nicht.

"Wer sind Sie?"

Magomadow versteht nicht.

"Papiere?"

Magomadow bückt sich und reicht seine Dokumente durch das Fenster.

In dem Heim wohnen fast nur Tschetschenen und Georgier, aber keiner der blau uniformierten Beamten spricht Russisch. Ein Wachmann packt fünf Plastikbeutel mit Essen auf den Tresen: zwei Konserven, ein halbes geschnittenes Weißbrot, zwei Schokoriegel, Milch.

Er führt die Magomadows zu einem Haus weit hinten, vorbei am Kinderspielplatz, hinein in den Flur, zu ihrem Zimmer für die erste Nacht. Der Geruch von Katzenurin beißt in der Nase. Der Wachmann sperrt die Tür auf, knipst die Neonröhren an. Zwei Dutzend leere Bettenskelette stehen da. Der Wachmann bringt Schaumstoffstücke, die als

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze:
In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr....

Matratzen dienen sollen, und Felddecken, Kissen hat er keine, Bettwäsche auch nicht. An der Wand liest Magomadow einen hingeschmierten Gruß aus der Heimat: "Es lebe Tschetschenien."

Ein paar Tage später klingelt Ruslan Magomadows Handy. Alik ist dran, ein Bekannter aus Tschetschenien. Auch er ist geflohen, auch er wohnt inzwischen in einem Flüchtlingsheim in Polen, etwa 50 Kilometer entfernt.

Alik sagt, zwei Männer seien bei ihm aufgetaucht, Tschetschenen, sie hätten nach ihm, Ruslan, gefragt. Er habe ihnen gesagt, er wisse nicht, wo Ruslan stecke.

Magomadow wird nervös: Wer waren diese Männer? Was wollten sie von ihm? Waren es Kadyrowzy? So nennen sie in Tschetschenien die Sicherheitsleute des Diktators Ramsan Kadyrow.

Die Stadt, aus der die Magomadows kommen, liegt im Nordkaukasus, im Westen Tschetscheniens. Sie ist klein, ein Dorf fast. Wer hierher fährt, sieht dreckige Straßen und flache Häuser, durch die Gärten laufen Hühner und Gänse, Kühe stehen vor dem Haus. In der Luft hängt der Geruch von Dung und Abfall. Die meisten Menschen hier leben von ihren Tieren und vom Ertrag ihrer schmalen Felder, auf denen sie Mais anbauen.

Das Haus der Magomadows ist aus Lehm und Stroh gebaut. Der alte Magomadow, Ruslans Vater, ist tot, die Mutter krank und bettlägerig. Zwei ihrer Töchter leben noch bei ihr.

Sulim, Ruslans 25-jähriger Cousin, wohnt nicht hier, aber jeder in dieser Gegend kennt ihn, jeder weiß, dass er auf der russischen Fahndungsliste steht, weil er in den Wäldern kämpft, gegen Kadyrow, gegen die Russen, gemeinsam mit Doku Umarow, dem Dschihadisten.

Seit 1994, seit dem ersten Krieg gegen Russland, ringen die Tschetschenen um ihre Unabhängigkeit. Anfangs war es ein Gefecht stolzer Nationalisten. Heute gehört der Widerstand in den Wäldern den Heiligen Kriegern, die islamistische Fantasien von einem Emirat im Kaukasus hegen. Von Jahr zu Jahr schließen sich ihnen mehr junge Männer an.

Fast jeden Tag werden Menschen getötet in Tschetschenien. Der Islamist Umarow wird für Terroranschläge verantwortlich gemacht, der Diktator Kadyrow ist für Folter bekannt und dafür, dass er nicht nur gegen die Widerständler, sondern auch gegen deren Angehörige mit Gewalt vorgeht. Jedes Jahr verschwinden 170 bis 200 Menschen, manche werden ermordet, andere irgendwo eingesperrt.

Im kommenden Februar sollen in Sotschi, im Süden Russlands, nicht weit von Tschetschenien, die Olympischen Winterspiele stattfinden. Bis dahin, so will es der russische Präsident Wladimir Putin, muss Kadyrow in Tschetschenien für Ordnung sorgen. Offenbar ist es ihm egal, mit welchen Mitteln.

Ruslan Magomadow sagt, er sei nicht einverstanden mit den islamistischen Ideen seines Cousins. Doch wenn Sulim nachts vor der Tür stand, habe er ihm geholfen. Was sollte er auch tun? Wer in Tschetschenien einem Familienmitglied die Hilfe verweigert, gilt als Verräter. Ruslan sagt, er habe Sulim manchmal zu essen gegeben und ein Bett, manchmal habe er ihn irgendwo hingefahren, mit seinem Taxi, einem alten Lada.

Den Sicherheitsleuten blieb das offenbar nicht verborgen. Immer wieder seien die Kadyrowzy zu seinem Lehmhaus gekommen. Sie hätten gebrüllt, gedroht, ihn am Kragen gepackt und herumgeschubst, sagt Magomadow. Er habe alles ausgehalten.

Bis zu jenem Tag im Sommer 2010, der alles änderte.

Nach den Stromschlägen zittern ihm die Beine, er kann nicht laufen

Für das, was damals passierte, hat Magomadow keine Beweise, nur die Narben an seinen Füßen und seine Erinnerung. Aber das, was er beschreibt, ist nicht ungewöhnlich. Andere Bewohner der kleinen Stadt, Menschenrechtler in der Hauptstadt Grosny, sie alle erzählen ähnliche Geschichten. Und sie bestätigen, dass die

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze:
In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr....

Kadyrowzy noch immer ein-, zweimal die Woche das Haus der Familie Magomadow aufsuchen. Das ist auch der Grund, warum die Personen in diesem Artikel nicht ihre wirklichen Namen tragen.

Es ist heiß an jenem Tag, die Temperatur steigt nachmittags auf fast 40 Grad, Ruslan Magomadow sitzt müde in seinem Taxi. Er schwitzt und wartet auf Kunden, als zwei Männer einsteigen und ihn bitten, sie zu einem Badeort in der Nähe zu fahren.

Unter einer Brücke soll Magomadow halten. Dort steht ein anderer Wagen. Bewaffnete Uniformierte steigen aus und kommen auf das Taxi zu.

Sie bringen ihn zu einem abgelegenen Ort, fesseln ihn in einem Keller auf eine Pritsche, bohren Draht in seine Zehen, jagen Strom durch seinen Körper. Männer, die sagen, sie seien vom russischen Inlandsgeheimdienst, stellen Fragen. Sie wollen wissen, wo sich Sulim versteckt.

In der Nacht schaffen sie Magomadow weg, werfen ihn aus dem Wagen auf ein Feld. Magomadows Beine zittern von den Stromschlägen, er kann nicht laufen. Er kriecht nach Hause.

In der Nacht darauf erwachen die Magomadows von einem Knall. Maskierte Männer in Uniform stehen im Haus. Magomadow und seine Frau müssen sich auf den Boden legen. Die Männer beschimpfen sie, sie schlagen sie. Dann reißen sie Leila Magomadowa das Kleid vom Leib.

"Ich konnte nichts tun", sagt Magomadow.

Nach diesem Überfall, erzählt Ruslan Magomadow, habe seine Mutter zu ihm gesagt, er solle abhauen, untertauchen, um die Familie zu schützen. Sie habe gesagt: "Geh, bevor noch Schlimmeres passiert."

Magomadow versteckt sich in Inguschetien, reist nach Kasachstan. Schleicht sich nachts zurück in sein Haus, für ein paar Stunden, verschwindet erneut.

Immer wieder kommen maskierte Männer. Manchmal ist Leila Magomadowa allein. Sie schlagen auf die Frau und den Säugling ein. Zu dieser Zeit plant Ruslan Magomadow schon, nach Europa zu fliehen, mit seiner Frau und den Kindern.

Er verkauft den Lada, leiht sich Geld von Geschwistern und Freunden. Seine Frau besticht die Behörden, zahlt 300 Dollar pro Reisepass, so viel, wie sie sonst in einem Jahr nicht sparen können. Mit niemandem spricht die Familie über ihren Plan. Dann, im August 2012, kaufen sie die Fahrkarten nach Moskau.

Es ist Ende Mai. Seit ein paar Tagen darf Leila Magomadowa die Station verlassen und raus in den großen Park der Psychiatrie in Ansbach. Ihre tschetschenische Bekannte ist zu Besuch. Sie gehen eine kleine Anhöhe hinauf zur Cafeteria. Es hat geregnet, der Wind weht. Leila Magomadowa trägt nur ein dünnes Oberteil, sie sagt, sie spüre die Kälte nicht.

Sie verbringt jetzt viel Zeit damit, ihre Kleider umzunähen, ihr Bauch wird immer größer. Ansonsten bleibt ihr wenig zu tun. Manchmal malt sie ein paar Bilder.

Fragt man Leila Magomadowa, was in jener Nacht geschah, als die Uniformierten in ihr Haus eindrangen, schüttelt sie nur den Kopf und blickt zur Seite.

Drinne in der Station ist ein neuer Patient angekommen, ein Afrikaner. Er sitzt in einer Daunenjacke auf einer Bank im Aufenthaltsraum. Leila Magomadowa fragt ihn mithilfe der Übersetzerin, ob er auch Asylbewerber sei. Er sagt, er komme aus Äthiopien. In der Abschiebehafte habe er versucht, sich umzubringen. Die Polizei habe ihn in die Psychiatrie gebracht.

Anfang Juni ist Leila Magomadowa immer noch in der Klinik, Ruslan Magomadow ruft sie jeden Tag an. Er erzählt von den Kindern, der elfjährige Tamir hört nicht auf zu kränkeln. Sie versuchen, das Warten zu ertragen.

Grenzen der Barmherzigkeit Eine Familie aus Tschetschenien gerät in die Mühlen der europäischen Gesetze:
In ihrer Heimat wurde Leila Magomadowa misshandelt, ihr....

Am 3. Juni, zweieinhalb Monate nach der Trennung der Familie Magomadow, erklärt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gegenüber der *ZEIT*, bei seiner Entscheidung zu bleiben: Der Asylantrag der Familie ist eine polnische Angelegenheit, Deutschland nicht zuständig. Leila Magomadowa und die jüngeren Kinder sind nach Polen zu überführen, falls sie reisefähig ist.

Eine kleine Chance haben sie noch. Kommende Woche, am 11. Juni, endet die Frist für die Abschiebung von Leila Magomadowa. Danach muss Polen die Frau und ihre beiden kleinen Kinder nicht mehr zurücknehmen. Wo es die drei hinverschlägt, wird dann Verhandlungssache zwischen Polen und Deutschland sein. Wieder werden dann Anträge gestellt und Daten ausgetauscht werden, wieder werden Behörden Sachverhalte prüfen. Sollten sie entscheiden, die Familie in Deutschland zusammenzuführen, würde, endlich, das Bundesamt über den eigentlichen Asylantrag befinden. Das kann erneut Monate dauern.

Wenn es so kommt und wenn die Magomadows sehr viel Glück haben, werten die Behörden Leila Magomadowas psychische Krankheit und die Bedrohung ihres Mannes als Abschiebehindernis und erteilen ihnen eine Aufenthaltserlaubnis. Wenn sie Pech haben, werden sie nach Russland abgeschoben.

Ebenfalls am 11. Juni, dem Tag, an dem sich vielleicht die Zukunft der Magomadows entscheidet, wird das EU-Parlament zusammentreten. Es wird über eine neue Version der Dublin-Verordnung debattieren. Dublin III. Wesentliche Neuerungen sind nicht geplant.

* Namen der Familienmitglieder geändert

VON ALICE BOTA UND ANNABEL WAHBA

Graphic

Leila Magomadowa, 28, hochschwanger, Psychiatriepatientin in Bayern

Drei von fünf Kindern der Magomadows sind in einem polnischen Flüchtlingsheim untergebracht

Leere Zimmer, leere Tage in Ansbach, Deutschland

In der Psychiatrie ist Leila Magomadowa wegen psychoseähnlicher Symptome - einer Folge der Misshandlungen

Leere Zimmer, leere Tage in Debak, Polen

Ruslan Magomadow und die drei älteren Kinder im Wald beim Flüchtlingsheim

Load-Date: June 6, 2013

Integration, jetzt auch konkret; Die Themen sind die alten, der Ton ist dennoch ein anderer: Der fünfte Integrationsgipfel hat einen überzeugenden Aktionsplan vorgestellt. Die Opposition murren dennoch.

ZEIT-online

Mittwoch 1. Februar 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: INTEGRATIONSGIPFEL; Ausg. 5

Length: 1069 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ali Ertan Toprak, 2. Vorsitzender der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, kommen zum 5. Integrationsgipfel in Berlin zusammen.

© dpa

Jetzt soll es wirklich konkret werden mit der Integration - der Plan, den der fünfte Integrationsgipfel verabschiedet hat, heißt nicht mehr Integrationsplan wie noch im Jahr 2007, sondern "Aktionsplan". Es wird also gehandelt. Zumindest wird zum Handeln aufgerufen.

Die Schwerpunkte waren im Großen und Ganzen dieselben wie die des ersten Gipfels. Nach dem Schock der Pisa-Studie im Jahr 2006 hatte man erkannt, wie ungerecht Deutschland seine Kinder behandelt. Vor allem viele **Migrantenkinder** hatten und haben noch immer besonders schlechte Chancen. Und zwar, weil ihre Eltern oft aus einer niedrigen Schicht kommen und selbst weniger gebildet sind. Die Kinder sprechen oft schlecht deutsch, brechen besonders häufig die Schule und die Ausbildung ab oder finden gar keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Der erste Gipfel thematisierte das bereits, 2006 setzten sich erstmals Politiker und Migranten an einen Tisch. Doch spätestens nach dem vierten Integrationsgipfel und diversen Islamkonferenzen schlich sich das Gefühl ein: Mehr als ein Signal setzen konnten die Veranstaltungen offenbar nicht.

Der Aktionsplan, der nun vorgestellt wurde, formuliert jedoch recht genau, wie Integration gelingen könnte. Der Fokus ist: weg von vereinzelten, gut gemeinten, aber befristeten Projekten, hin zu neuen Strukturen, in denen die Einwanderer selbstverständlicher Teil der Gesellschaft werden. Ob und wie die einzelnen Maßnahmen wirken, soll regelmäßig überprüft werden.

Umfassende frühkindliche Bildung statt befristete Sprachkurse

Beispiel: Dass Kleinkinder Deutsch lernen müssen, ist inzwischen Konsens. Aber jedes Bundesland hatte sich seine eigenen Sprachtests und Sprachfördermaßnahmen ausgedacht. Gerade hat jedoch wieder eine Studie ergeben, dass die Kurse kaum wirken. Laut Aktionsplan soll deshalb "das gesamte Spektrum frühkindlicher Bildung

Integration, jetzt auch konkret Die Themen sind die alten, der Ton ist dennoch ein anderer: Der fünfte Integrationsgipfel hat einen überzeugenden Aktionsplan vo....

und Betreuung" erfasst werden. Kinder müssen nicht nur Vokabeln lernen, sondern jeden Tag Anlass haben, in ganzen Sätzen zu sprechen - und zwar nicht nur Migrantenkinder.

Entsprechende Initiativen und Maßnahmen mit sperrigen Namen gibt es schon: "Offensive frühe Chancen: Programm Schwerpunkt-Kitas Sprache Integration" und "Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte". Eine Forschungsinitiative "Sprachdiagnostik und Sprachförderung" soll die Wirksamkeit aller neuen Maßnahmen überprüfen. Eltern, die sonst schwer zu erreichen sind, sollen durch das Projekt "Bildungsbrücken" lernen können, wie sie ihre Kinder in den verschiedenen Phasen unterstützen können.

Migranten in den Öffentlichen Dienst

Das einzig wirklich neue Thema des Gipfels, das Werben um Migranten im Öffentlichen Dienst, klingt ähnlich überzeugend. Der Integrationsbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Frieser, ist überzeugt, dass Einwanderer im Öffentlichen Dienst als Vorbild für andere Migranten wirken könnten, wenn sie beispielsweise als Polizist ihr Gesicht zeigen und sich so öffentlich zum deutschen Staat bekennen. Auch Deutsche mit Vorurteilen werden sie sehen: Wer täglich Lehrer, Polizisten oder Sachbearbeiter im Einwohnermeldeamt mit fremdklingenden Nachnamen vor sich hat, der wird sie nicht mehr als fremd wahrnehmen, sondern als selbstverständlichen Teil der Gesellschaft.

Der Haken an der Sache: Der Bund plant zwar konkret, aber die Länder und Kommunen bleiben in ihrem Teil des Plans schwammig bei schön klingenden Bekenntnissen. Denn Kinderbetreuung und Polizei sind Ländersache. Neue Strukturen gibt es jedoch nur selten umsonst, und an Zuschüsse vom Bund ist schwer heranzukommen.

Der Integrationspolitiker Frieser sagt dazu: "Natürlich müssen wir die Budgethoheit beachten. Aber wenn der Bund etwas vormacht, hat das einen großen Vorbildcharakter für die Länder. Oft geht es gar nicht darum, mehr zu investieren, sondern die Projekte zusammenzuziehen." Außerdem sei das Ergebnis des Gipfels eine Selbstverpflichtung der Länder. Er sagt: "Wer weiß, dass es dieses übergeordnete Ziel gibt, wird bevorzugt Menschen mit Migrationshintergrund einstellen." Frieser ist der Überzeugung, eine Quote brauche man dazu nicht.

In den Plänen steht nur, was ohnehin schon geleistet wird

Viele Oppositionspolitiker halten die Integrationsgipfel, auch diesen fünften, trotzdem für zu vage. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Aydan Özoguz sagt ZEIT ONLINE, in den Plänen fände sich vor allem wieder, was Kommunen und Länder ohnehin leisten. "In Hamburg setzen wir uns schon sehr lange für mehr Migranten im öffentlichen Dienst ein. Dazu braucht man keinen Gipfel." Der Bund würde manche Erfolge sogar behindern. Sie erzählt: "Zum Beispiel konnte in manchen Kommunen aus dem Budget des Programms *Soziale Stadt* eine Hausaufgabenbetreuung bezahlt werden. Aber die Bundesregierung hat die Mittel für das Programm gekürzt. Weit weniger als die Hälfte des Geldes steht uns noch zur Verfügung." Das Programm ist dennoch im Nationalen Aktionsplan aufgelistet.

Özoguz will jedoch den Gipfel gar nicht abschaffen, sie wünscht sich nur, dass auch kritische Themen angesprochen würden und mehr Raum für Diskussionen da wäre: Es geht ihr um Themen wie das Aufenthaltsrecht von Flüchtlingen oder die doppelte Staatsbürgerschaft. Aber auch: Warum werden Menschen mit fremd klingenden Namen bei gleicher Qualifikation seltener eingestellt, warum finden sie keine Mietwohnungen? Auch einen fairen Blick würde sich Özoguz wünschen. Migranten sind nicht immer Menschen mit Defiziten: "Zweisprachigkeit zum Beispiel kann eine große Chance sein und muss stärker gefördert werden."

Aber in dieser Hinsicht hat sich schon etwas verändert. Der Integrationsgipfel wurde in diesem Jahr tatsächlich von einer anderen Hintergrundmusik begleitet als vergangene Gipfel. Sarrazins Thesen von der Verdummung Deutschlands stehen nicht mehr im Vordergrund. Der Tenor ist nicht mehr nur, dass Migranten gefälligst die Kopftücher ablegen, regelmäßig in die Schule gehen und sich nicht "verweigern" sollen. Seit die Anschläge der Zwickauer Terrorgruppe bekannt sind, fragt man auch umgekehrt: Was kann man gegen Rassismus und Diskriminierung machen? Und seit der Fachkräftemangel auch in den bürgerlichen Parteien als Problem diskutiert wird, wird gefragt: Wie können wir das Potential unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund besser nutzen?

Integration, jetzt auch konkret Die Themen sind die alten, der Ton ist dennoch ein anderer: Der fünfte Integrationsgipfel hat einen überzeugenden Aktionsplan vo....

Load-Date: February 2, 2012

End of Document

Weggefangen wie die Mäuse; Die Innenministerin lässt abschieben und profiliert sich im Wahlkampf. Und die Flüchtlinge? Haben halt Pech

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

1. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK ÖSTERREICH; Weggefangen wie die Mäuse; S. 12; Ausg. 32

Length: 855 words

Byline: Robert Misik

Body

Sollte es Taktik gewesen sein, was natürlich ein Maß an Intelligenz voraussetzen würde, das man den Akteuren im Innenministerium schwer zutraut, dann war sie jedenfalls nicht schlecht: Am heißesten Tag des Jahres werden acht der hauptsächlich aus Pakistan stammenden Asylbewerber festgenommen. Etwaige Unterstützer befinden sich im Urlaub oder im Freibad, mit großem Widerstand ist also nicht zu rechnen. Der Kardinal, offizieller Quartiergeber, ist weit weg in Brasilien. Wenn man vorhat, die heikle Angelegenheit auf die harte Tour zu beenden, dann ist das der günstigste Zeitpunkt. Im Handstreich werden die ehemaligen Votivpark- und Votivkirchenbesitzer zum Flughafen und anschließend außer Landes gebracht. Der zivile Widerstand ist zu schwach, um die Abschiebung der Asylwerber zu verhindern.

Nach der Eskalation sind immer noch knapp 40 der großteils jungen Männer in dem Servitenkloster im 9. Bezirk untergebracht. Ihre Verzweiflung ist am Höhepunkt. Es fühlt sich für sie wohl so an, als würden sie wie die Mäuse einer nach dem anderen weggefangen.

Warten, Löcher in die Luft starren, ohne Hoffnung und ohne Herr über das eigene Schicksal zu sein - für viele der Flüchtlinge ist das teilweise seit Jahren der Betriebsmodus. Als sie im November von Traiskirchen nach Wien zogen und im Park vor der Votivkirche campierten, waren sie für ein paar Wochen von der Euphorie der Verzweifelten gepackt. Sie verschafften sich Gehör, anstatt bloße passive Objekte der Migrationsbürokratie zu sein. Schnell merkten sie jedoch, dass sie mit einer Politik konfrontiert sind, die sich wegduckt und auf Zeit spielt. Sie übersiedelten ins Gotteshaus, verbrachten harte Monate in der Kälte, traten zweimal in einen Hungerstreik. Als sie dann die Besetzung abbrachen und ins Servitenkloster umzogen, waren die meisten von ihnen schon demoralisiert, hofften aber doch noch irgendwie, dass sie im neuen Quartier eine Chance haben würden auf ein Leben hier in Europa. Doch die Monate zogen ins Land. Sie saßen im Keller des Klosters, hatten nichts zu tun. Unsicherheit und Tatenlosigkeit machten sie depressiv.

Sie wurden schnell zu Experten für europäische Politik im Allgemeinen und österreichische Politik im Besonderen. Sie begriffen rasch, dass die EU-Regeln zum möglichst restriktiven Umgang mit Flüchtlingen selbst dann nicht zügig geändert werden können, sollte das irgendjemand Relevantes wünschen. Sie erkannten ebenso, dass das

Weggefangen wie die Mäuse Die Innenministerin lässt abschieben und profiliert sich im Wahlkampf. Und die Flüchtlinge? Haben halt Pech

Superwahljahr 2013 mit vier Landtagswahlen und einer Nationalratswahl der denkbar schlechteste Moment für humanitäre Lösungen ist.

Von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner sei Entgegenkommen nicht zu erwarten, sagte man ihnen, denn die müsse ja die rechte Flanke der ÖVP abdecken. Die Sozialdemokratie mag zwar, wie gewohnt, insgeheim solidarisch, vor allem aber sehr darauf bedacht sein, dass das möglichst keiner merkt. Denn schließlich wolle ja niemand der FPÖ von Heinz-Christian Strache ein Wahlkampfthema schenken. Immerhin, der Bundespräsident schrieb einen freundlichen Brief, aber er ließ auch keinen Zweifel daran, dass alles, was er sich möglicherweise persönlich wünschen mag, der Innenministerin schnurzegal sei. Allein auf den Kardinal konnte man noch hoffen. Schließlich hatte er die Männer ins Servitenkloster eingeladen und Vermittlung versprochen. Damit wurde er allerdings auch zu einem Kardinal, der ein Gesicht zu verlieren hat.

Die geharnischte Reaktion, die Christoph Schönborn noch aus Rio über den Ozean funkte, zeigt, dass er selbst nicht damit gerechnet hat, von der Christenpartei ÖVP derart vorgeführt zu werden. Im Innenministerium beruft man sich auf normale Verwaltungsabläufe: Die Abgeschobenen hätten zwei negative Asylbescheide, und die Einreisezertifikate der pakistanischen Behörden seien eben gerade jetzt eingetroffen. Als routinierter Österreicher glaubt man freilich nicht an bürokratische Zufälle. Eher schon daran, dass sich die Innenministerin sieben Wochen vor der Wahl als harte Law-&-Order-Frau profilieren will. Kurzum: Dass da Strategie dahintersteckt, und zwar, da die Intelligenz dann doch nur für Taktik reicht, eine dumme. Schon im vergangenen Wiener Wahlkampf sollte die Abschiebung kosovarischer Zwillinge als Wahlkampfturbo wirken. Die Sache ging nach hinten los. Wer mit dem Ausländerthema spielt, schenkt nur der FPÖ ein Wahlkampfthema. »Entwicklungshilfe à la Mikl-Leitner« twitterte sogar der Innenpolitik-Chef der *Kronen-Zeitung*. So darf man in den ausgebliebenen Reaktionen der Sozialdemokraten jetzt auch einen Zustand der Schockstarre erkennen: Darf es denn wahr sein, dass die ÖVP den Freiheitlichen, die in diesem Wahlkampf bisher abgemeldet schienen, mit der Abschiebung der Pakistaner ein solches Geschenk bereitet?

Feiges Wegducken, rücksichtsloses Taktieren und auf das, was man die Volksstimmung wähnt, zu schießen, bestimmen das Geschehen in der Politik. Und die Menschen, um die es bei all dem geht? Na, die haben eben Pech gehabt.

VON ROBERT MISIK

Demo gegen Abschiebung am Montag vor dem Innenministerium

Load-Date: March 25, 2022

Pegah Ferydoni; "Wie viele Flüchtlingskinder bin ich eine Suchende, Getriebene"

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

6. Juni 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ICH HABE EINEN TRAUM; S. 56-57; Ausg. 24

Length: 543 words

Byline: Jörg Böckem

Body

Ich schwimme durch eine Stadt. Die Stadt sieht aus wie New York, ich bin über den Köpfen der Menschen, die mich nicht wahrnehmen. Ich fliege nicht, es ist eine Art Brustschwimmen durch die Luft. Wie unter Wasser kann ich in alle Richtungen schwimmen, parallel zu den Menschen und Straßen, aber auch die Fassaden hinauf und hinunter - ein wunderbares Gefühl. Ich bin in geheimer Mission unterwegs, aber die Aufgabe ist diffus, irgendjemand muss gerettet, ein Problem gelöst werden. Wie bei einer Schnitzeljagd schwimme ich durch die Stadt, suchend, ohne konkretes Ziel.

Diesen Traum habe ich in den vergangenen Jahren immer wieder geträumt. Er ist meist ein Zeichen dafür, dass ich mich festgefahren fühle. Dass ich nicht mehr nur funktionieren will, sondern Zeit für mich brauche, mich freischwimmen möchte. Merkwürdigerweise bin ich in diesem und vielen anderen Träumen oft ein Mann. Häufig bin ich ein Actionheld, manchmal träume ich sogar von mir selbst als Batman, auf geheimer Mission in den nächtlichen Straßen von Gotham. Wenn ich von mir selbst als Frau träume, habe ich kurze Haare. Meine Mutter hat mir als Mädchen die Haare immer kurz geschnitten, möglich, dass diese Vorstellung daher kommt. Dass ich in meinen Träumen meist allein bin, könnte auch an den Erfahrungen meiner Kindheit liegen: Ich bin Flüchtlingskind, später trennten sich meine Eltern, ich blieb bei meiner Mutter. Als ich 16 war, zog sie nach Frankreich, ich blieb auf meinen Wunsch in Berlin. Wie viele Flüchtlingskinder bin ich eine Suchende, Getriebene.

Es ist kein Zufall, dass mein Traum in New York spielt, die Stadt hat eine große Bedeutung für mich. Als ich vor vier Jahren das erste Mal nach New York reiste und beim Anflug die Skyline sah, musste ich weinen. In der Zeit, in der wir nach unserer Flucht aus dem Iran im Asylantenheim lebten, hätte ich nie zu träumen gewagt, dass ich mir irgendwann ein Flugticket würde kaufen können, um in diese Stadt zu reisen, die ja durch Migrantenströme erst entstanden ist. Dort habe ich es zum ersten Mal erlebt, dass Menschen mir das Gefühl gaben, dazuzugehören, vorbehaltlos. Davon habe ich schon als Kind geträumt - angenommen zu werden als Deutsche. Ich möchte nicht weg aus Deutschland, ich bin Berlinerin, habe einen deutschen Pass, Deutsch ist die Sprache, in der ich träume und arbeite. Trotzdem muss ich mein Deutschsein immer wieder rechtfertigen. Das ist sehr anstrengend. Ich träume davon, dass Menschen in Deutschland unabhängig von ihrer Hautfarbe und Herkunft selbstverständlich dazugehören und dass sie ein gutes Leben haben können, ohne Diskriminierung und ohne Rechtfertigungszwang. Ich träume von einer Farbenblindheit, wie ich sie in New York erlebt habe. Dass Menschen nicht durch Hautfarbe

Pegah Ferydoni "Wie viele Flüchtlingskinder bin ich eine Suchende, Getriebene"

oder Herkunft festgelegt werden, im Guten oder Schlechten, sondern sich frei in alle Richtungen bewegen können. Wie ich in meinem Traum.

PEGAH FERYDONI, 28, Schauspielerin und Moderatorin, ist in Teheran geboren. Im Alter von zwei Jahren kam sie mit ihren Eltern nach Berlin. Einem größeren Publikum wurde sie durch ihre Rolle in der Fernsehserie "Türkisch für Anfänger" bekannt, aus der auch ein Kinofilm hervorging. Sie moderiert jeden Donnerstag um 20.15 Uhr die Sendung "Kulturpalast" auf ZDFkultur

Load-Date: June 6, 2012

End of Document

Rettung für 62,50 Euro; Dönerbude oder Afro-Shop: Horst Pabst berät Migranten, die ein eigenes Geschäft aufziehen wollen

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. Oktober 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 89; Ausg. 41

Length: 1177 words

Byline: Christine Böhringer

Highlight: SPEZIAL: WIRTSCHAFTSPRÜFER UND UNTERNEHMENSBERATER Sie arbeiten nicht nur für große Konzerne: Unternehmensberater und Wirtschaftsprüfer begleiten oft auch Mandanten aus dem Mittelstand. Mit dem Jetset-Klischee spielen die Fotos von Basti Arlt: Sie inszenieren eine junge Beraterin an ihren Einsatzorten - in der bayerischen Provinz

Body

Am Anfang, sagt Horst Pabst, gibt es immer einen Traum. Der von Frau M. ist 25 Quadratmeter groß, gefliest und liegt in Düsseldorf, eingeklemmt zwischen einem Küchenstudio und einem englischen Lebensmittelladen. Monatelang ist die junge Frau aus Mosambik jeden Tag am leeren Geschäft vorbeigelaufen, dann hing der erhoffte Zettel endlich da: "Zu vermieten". Und jetzt steht Horst Pabst davor, 59, beiger Herrenmantel, weißes Haar, Gleitsichtbrille; er hebt die Hände wie Scheuklappen neben die Augen und lugt durch das Schaufenster. Ob sie denn schon wegen eines Besichtigungstermins angerufen hätte? Frau M. nickt, ihre schwarzen Locken wippen mit. Sie möchte einen Afro-Beauty-Shop eröffnen, dort kunstvolle Frisuren flechten. Es habe sich aber niemand zurückgemeldet, erklärt sie - man muss sich konzentrieren, um ihren Akzent zu verstehen. Pabst greift zum Handy und wählt die Nummer, die auf dem Zettel steht. Er kennt das, er kann das nachvollziehen, er regelt das schon: Der Essener ist der einzige Unternehmensberater in Deutschland, der ausschließlich Migranten berät.

Wobei Horst Pabst das Wort "Unternehmensberater" nicht gern hört. Er nennt sich lieber Betriebsberater. Das klingt nicht so sehr nach hohem Ross, nach Prozessoptimierung und Gewinnmaximierung, meint er. Um diese Dinge geht es Horst Pabst auch nicht. Er verhilft vielmehr Einwanderern für 62,50 Euro die Stunde zum Start in die eigene Existenz und hilft kleinen Familienunternehmen beim Überleben. Einmal in der Woche bietet er im interkulturellen Zentrum einer Kirche eine kostenlose Beratung an. Dorthin kommen die meisten Existenzgrüner zuerst. Früher hat er sich lange ehrenamtlich bei der Kirche für afrikanische Flüchtlinge engagiert. Und er hat 35 Jahre bei der Essener Sparkasse gearbeitet. Zuletzt in der City Nord, bekannt für ihre hohe Migrantendichte. Dann kamen die Unternehmensberater von McKinsey, und die Filialen wurden zu Profitcentern gemacht. Pabst sollte auf einmal Produkte verkaufen. Das war nichts für ihn, den Herzblut-Berater mit der väterlichen Art. Er kündigte. Und gründete mit seinem Sohn André die Firma You Consulting für Beratung in der Migrationswirtschaft und Ethnische Ökonomie. Der Bedarf ist da: In Deutschland wird inzwischen jedes vierte Unternehmen von Migranten gegründet.

Rettung für 62,50 Euro Dönerbude oder Afro-Shop: Horst Pabst berät Migranten, die ein eigenes Geschäft aufziehen wollen

Wenn sie nicht aus Europa stammen, bleibt den meisten von ihnen auch nichts anderes übrig, als sich selbstständig zu machen: Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist für sie schwierig. Ihre Abschlüsse und Zertifikate werden nicht anerkannt, zudem gibt es Sprachprobleme. Also kommen die Menschen in Pabsts Büro, das hinter dem Hauptbahnhof liegt. Sie setzen sich vor seinen Schreibtisch, auf dem das Schild "Hier bedient sie Heer Pabst" steht, das Geschenk eines Kunden, und sagen: "Ich will Nägel lackieren." Oder Lebensmittel verkaufen. Oder Werbung drucken. Pabst nimmt dann den Kugelschreiber, hört zu - und versucht, die Träume der Migranten in deutsche Schablonen zu pressen.

Das ist gar nicht so einfach. Denn zwischen die Vorstellungen seiner Kunden und die Wirklichkeit schieben sich komplizierte Wörter wie "Betriebsmittelbedarf", fehlende kaufmännische Grundkenntnisse, ein Existenzgründerseminar beim Jobcenter und verschiedene Geschäftsmentalitäten. "Leute aus Arabien sind etwa oft der Meinung: Wo einer ist, ist noch Platz für den Nächsten", sagt Pabst. Sie wollen neben die dritte Dönerbude die vierte setzen - die anderen scheinen ja gut zu laufen. Aus ihrer Heimat sind sie Basare mit Gold- und Gewürzstraßen gewohnt. Die Läden sehen gleich aus, den Ausschlag gibt der Besitzer. "Doch hier ist es den Leuten egal, wer etwas verkauft. Hauptsache, der Preis stimmt", sagt Pabst.

Zuerst prüft der Betriebsberater daher immer, ob die Ideen seiner Kunden Geld bringen können. Dafür wird Marktforschung betrieben. In Fall von Frau M. wird Pabst in den nächsten Tagen die Gegend und die Laufwege potenzieller Kunden rund um den von ihr ausgesuchten Laden erkunden und sich die Zahlen der in Düsseldorf lebenden Afrikaner und Brasilianer beschaffen - denn auch die wollen immer öfter geflochtene Haare haben. Passt der Standort? Sind Kunden da - auch in Zukunft? Kann Pabst diese Fragen mit Ja beantworten, präzisiert er die Geschäftsidee und entwickelt einen Businessplan. "Das ist auch gleichzeitig ein Handbuch für unsere Gründer", sagt Pabst. Denn darin steht, welche Stärken, Schwächen, welches Potenzial und Alleinstellungsmerkmal sie haben. Wie der Markt aussieht, in dem sie sich befinden. Wie sie an Kunden kommen und was sie finanziell beachten müssen. "Wenn die Tage mal nicht so gut sind, können sie dann in das Handbuch reingucken und sehen, warum das so ist", sagt Pabst.

Bislang sind die Tage seiner Kunden aber vor allem gut verlaufen. 23 Unternehmen hat Pabst in den vergangenen drei Jahren aus der Taufe gehoben. Da gibt es einen Syrer, der alte Fahrräder nach Dänemark exportiert. Eine Firma, die Pumpen für Bergwerke in Simbabwe zusammenbaut. Ein Dolmetscherbüro für über 100 afrikanische Dialekte und Sprachen. Die Sattlerei eines Migranten aus Sri Lanka. Eine türkische Arbeitsvermittlung. Eine usbekische Firma, die Fische in einem speziellen Sud kocht und an Großmärkte verkauft. Eine Kolumbianerin, die Therapiehängematten für Physiotherapeuten herstellen lässt. Im Durchschnitt begleitet Pabst die Gründer ein bis zwei Jahre. Oft wird er auch von ihren Familien in den Iran, nach Marokko, London oder Libyen eingeladen. Pabst fährt dann hin, schließlich wollen die Verwandten den Mann kennenlernen, dem die Kinder, Nichten oder Neffen ihre Existenz anvertrauen.

Dass Pabst seine Arbeit erfolgreich erledigt und man mit ihm bei Behörden einen überzeugenden Eindruck macht, hat sich mittlerweile in den Communitys im Ruhrgebiet herumgesprochen. Deshalb ruft man ihn auch immer öfter zum "Turnaround-Management" - er soll das Ruder rumreißen, wenn es nicht läuft. Zum Beispiel bei Marcus Tomas. Seine Frau betreibt in Duisburg einen Afro-Beauty Shop. Der Laden ist aufgeräumt und hell, an den Seiten stehen Glanzsprays und Olivenöl-Pflegeprodukte in Literflaschen. Alle Stühle sind besetzt, die Kundinnen lachen und quatschen. Pabst macht es sich im Sitz vor dem Haarwaschbecken bequem. "Es kamen nicht genug Kunden", sagt Tomas. Pabst nickt. Das ist bei Migranten häufig ein Problem. Sie machen ihr Geschäft drei Wochen lang dicht, wenn die kranke Oma ruft - oder denken, sie müssten lediglich am Anfang werben. Auch Tomas hat nur Visitenkarten im Geschäft selbst ausgelegt. Nun wird die Werbung ausgeweitet - eine Afrikanerin, die mit Pabsts Hilfe eine Werbeagentur aufgebaut hat, wird in die Städte fahren, die mit der S-Bahn erreichbar sind, und dort in afrikanischen Lebensmittelläden Flyer auslegen. Außerdem wird der Beauty-Shop eine Website bekommen. "Das hebt den Umsatz um zwanzig bis dreißig Prozent", sagt Pabst. Tomas ist optimistisch. "Herr Pabst hat mir den richtigen Weg gezeigt. Er hat mir viel Hoffnung gegeben", sagt er mit ehrlicher Dankbarkeit, und Horst Pabst senkt leicht beschämt den Blick.

Rettung für 62,50 Euro Dönerbude oder Afro-Shop: Horst Pabst berät Migranten, die ein eigenes Geschäft aufziehen wollen

Graphic

25 Prozent der Unternehmen in Deutschland werden von Migranten gegründet

Horst Pabst, 59, ist Betriebsberater für Migrationswirtschaft

Load-Date: October 4, 2012

End of Document

Angekommen in Sachsen-Anhalt; Sie kamen aus Mali, Dagestan, Sierra Leone und dem Jemen - und landeten in der ostdeutschen Provinz. Vier Migranten erzählen, wie sie die Opferfalle vermieden haben.

ZEIT-online

Dienstag 22. Mai 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: LEBEN MIT RASSISMUS; Ausg. 19

Length: 1831 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Stendal in Sachsen-Anhalt; eine beschauliche Kleinstadt mit mittelalterlichem Kern, knapp zwei Prozent Ausländeranteil. Hier gibt es seit 2008 eine Initiative von **Migranten**, die während einer interkulturellen Woche zueinander gefunden haben. Ihr Ziel: Verständnis und Toleranz fördern.

Die rund 20 Menschen aus Afrika, Amerika, Asien und Europa gehen dazu unter anderem in Schulen und Kitas, um den Kindern die Angst vor dem Fremden zu nehmen. Außerdem helfen sie einander und sind Teil des Netzwerks für die Integration von **Migranten** in Sachsen-Anhalt. Vier von ihnen erzählen, warum sie trotz Diskriminierung gern im Osten Deutschlands leben.

Aida Beye hat sich in die Stadt Stendal verliebt

Alle haben mir gesagt: Wie kannst du als Schwarze in Ostdeutschland leben? Andere gehen weg - und du gehst freiwillig hin! Aber ich habe es ganz anders erlebt.

Ich habe in Westdeutschland studiert und gearbeitet und den Eindruck gewonnen, dass man als Afrikanerin in der westdeutschen Elite schwer ankommt. Patienten haben gesagt: Von einer Schwarzen will ich mich nicht behandeln lassen. Oft wurde ich von Kollegen oder Patienten gefragt: Wann gehen Sie wieder nach Hause?

Ich bin dann erst mal wieder zurück nach Mali gezogen. Als ich wieder in Deutschland war, diesmal in Stendal, war alles einfacher. Ich habe mich sofort in die Stadt verliebt und wurde sehr freundlich aufgenommen.

Vorurteile haben die Menschen hier allerdings schon. Sie kennen oft überhaupt keine Ausländer. Neulich bin ich in Salzwedel einer Schülergruppe begegnet. Die Kinder haben Angst vor mir gehabt, manche sind sogar weggelaufen. Ich habe der Lehrerin vorgeschlagen, dass ich in die Schule komme und den Kindern erkläre, woher ich komme und was ich mache.

Ein anderes Mal wollte ich eine Matratze kaufen, da sagte die Verkäuferin ganz laut: "Wo sind Ihre Papiere als Sozialhilfeempfängerin?" Das ärgert mich schon, dass viele Menschen denken: Ausländer sind automatisch

Angekommen in Sachsen-Anhalt Sie kamen aus Mali, Dagestan , Sierra Leone und dem Jemen - und landeten in der ostdeutschen Provinz. Vier Migranten erzählen, wie

ungebildet und arm, ihre Kinder brauchen kein Abitur. Ich habe die Hoffnung, dass in 20 Jahren alle Menschen gleich behandelt werden. Deshalb engagiere ich mich auch in der Migranteninitiative.

Als ich gehört habe, dass Neonazis aus Zwickau zehn Menschen in Deutschland ermordet haben, hatte ich erst Angst, jeder Ausländer in Deutschland könnte umgebracht werden, einfach weil er anders ist. Dann war ich sauer, weil man gesagt hatte, die Ermordeten seien Kriminelle gewesen. Wieder die Vorurteile der Deutschen, dachte ich. Aber ich habe das Vertrauen nicht verloren. Ich hoffe, dass das deutsche Volk und vor allem die Politiker aus diesem Desaster lernen und weniger Vorurteile haben werden.

Manchmal begegne ich auch Rassisten. Aber ich gehe inzwischen auch mit denen offensiv um. Wenn Patienten mich wegen meiner Hautfarbe ablehnen, spreche ich sie nach der Behandlung darauf an. Ich sage Ihnen: Sie haben Angst und kein Vertrauen gehabt. Aber ich habe dieselbe Ausbildung wie die deutschen Kollegen. Nach einer Operation haben sich dann schon einige von ihnen für die gute Arbeit bedankt.

Meiner Tochter ging es hier zuerst sehr gut. Ich bin alleinerziehend. Sie konnte immer im Familienzentrum Färberhof sein, auch mal über Nacht, wenn ich 24 Stunden Dienst hatte. Dort hatte sie viele Freunde - bis sie in die Schule kam. Die Kinder hatten gerade ein Unicef-Projekt gemacht und überlegt, wie man den hungernden Kindern in Afrika helfen könnte. Sie konnten mit einem selbstbewussten, klugen schwarzen Mädchen nichts anfangen. Meine Tochter hat keine Freunde gefunden und war sehr unglücklich und erschöpft. Ich wollte, dass sie eine so glückliche Kindheit haben sollte wie ich. Deshalb lebt sie jetzt bei meiner Familie und ihrem Vater in Mali. Leider hat mein Land gerade Probleme und ich mache mir viele Sorgen.

Stendal ist meine zweite Heimat geworden. Ich hätte nie gedacht, dass ich jemals im Ausland leben würde. Es war schwer am Anfang, allein mit den Kindern, auch, weil ich kein Deutsch gesprochen habe. Mein Mann hatte sich in Tschetschenien lange im Wald verstecken müssen. Er war einer der Sicherheitsleute von Präsident Aslan Maschadow und galt unter Putin als Terrorist. Nachdem Maschadow 2005 tot war, kam mein Mann ins Gefängnis. Seit 2006 habe ich nichts mehr von ihm gehört.

Ich wollte eigentlich nach Frankreich, aber da ich hier mein viertes Kind bekommen habe, haben die deutschen Behörden gesagt, es wäre einfacher zu bleiben. Insgesamt ist das Leben hier so viel leichter als in Russland. Demokratie ist dort nur etwas für Reiche. Hier sind die Gesetze für alle gleich, auch für die Ausländer. Ich bekomme sogar Kindergeld.

Natürlich hat es mich schockiert, was die Neonazis aus Zwickau getan haben, auch das in Norwegen ist sehr schlimm. Aber ich versuche, es zu ignorieren. Außerdem ist es immer noch harmlos im Vergleich zu den Verhältnissen in Russland. Ein Freund von mir ist in Moskau von Rechtsextremen ermordet worden. Ich vertraue darauf, dass hier die meisten doch unter Kontrolle sind. Sogar die Demonstrationen der Neonazis werden ja in Deutschland von der Polizei begleitet.

Mein ältester Sohn sagt: "Klar gibt es Neonazis in der Disco. Aber Mama, die sind doch richtig nett hier im Vergleich zu denen in Russland." Die Kinder haben hier schon mal Probleme mit Besoffenen, mehr aber nicht.

Wir haben wunderbare Menschen kennengelernt. Unsere Nachbarn zum Beispiel, ein älteres Ehepaar, sind wie Oma und Opa für meine Kinder. Mein Jüngster glaubt sogar, es seien seine echten Großeltern.

Als ich in Berlin war, war ich überrascht von all den türkischen Frauen mit ihren Kopftüchern. Ich bin auch Muslimin, trage aber kein Kopftuch. Denn einerseits halte ich mich an ein Sprichwort, das mein Opa immer benutzt hat: "Wenn du zu Besuch bist, musst du essen, was die Gastgeber essen. Deinen Samowar bringst du nicht mit." Meine Religion ist wichtig für mich, aber ich bete für mich allein. Andererseits hätte ich aber auch Angst, öffentlich ein Kopftuch zu tragen. Ohne Kopftuch falle ich ja nicht als Ausländerin auf.

Ich habe schon Sehnsucht nach der Heimat. Aber meine Kinder wollen nicht zurückgehen. Wenn meine Tochter in der Schule gefragt wird, was sie ist, sagt sie: Ich bin eine deutsche Muslimin.

Angekommen in Sachsen-Anhalt Sie kamen aus Mali, Dagestan , Sierra Leone und dem Jemen - und landeten in der ostdeutschen Provinz. Vier Migranten erzählen, wie

Fast 15 Jahre habe ich im Asylbewerberheim gelebt, erst in Halberstadt, später dann in Stendal. Mein Verfahren hat so lange gedauert, weil ich keinen Pass hatte. Doch zum Glück ist mir vor etwa einem Jahr Asyl bewilligt worden. Erst jetzt darf ich einen Integrationskurs besuchen und kann dort besser Deutsch lernen.

In unserem Dorf in Sierra Leone war die Situation immer schlimmer geworden. Die Rebellen hatten uns unsere Tiere weggenommen und mich bedroht: Entweder du machst bei uns mit, oder du bist tot. 1997 bin ich zwei Tage zu Fuß von meinem Dorf in die Hauptstadt gelaufen. Dort haben mir Soldaten geholfen. Ich bin dann schließlich mit einem Schiff in Bremerhaven angekommen.

Ich hatte viel Angst, nach Ostdeutschland zu kommen. Bekannte haben mir erzählt: Die Leute dort schlagen Ausländer. So etwas habe ich zum Glück nie erlebt, aber am Anfang war es schon sehr schwer. Ich habe immer wieder gehört: "Du Neger". Die neu angekommenen Asylbewerber sind selbst immer wieder aggressiv geworden, wenn sie von den Neonazis provoziert worden sind, und haben sich auf Beschimpfungen und Schlägereien eingelassen. Das war sehr bedrohlich.

Doch ich habe bald viele nette Menschen in Stendal kennengelernt und jetzt weiß ich, mit wem ich es zu tun habe. Ich habe keine Angst mehr, ich gehe auf Leute zu, die Vorurteile haben.

Neulich im Kaufland in Stendal habe ich zwei Jungs getroffen, die mich angemacht haben: Wie siehst du denn aus? Der eine war sehr aggressiv, der andere hat zum Glück abgewiegelt. Die Leute aus dem Umland machen so etwas eher als die in Stendal. Aber ich habe meine Philosophie: Ich bringe sie zum Lachen, ich mache sie locker, ich sage: Hey, du bist mein Bruder.

Ich mache viel Musik und das Trommeln hilft, mit den Leuten in Kontakt zu kommen. Mit den Leuten von der Migranteninitiative gehen wir in Schulen und Kitas. Dort mache ich Musik mit den Kindern und erzähle ihnen von Afrika. Das macht mir viel Spaß. Ich glaube aber, dass ich es einfacher habe als Leute, die nicht so leicht auf andere zugehen.

Ich fühle mich wohl hier in Stendal. Ich erlebe keinen Hass, nur selten kleine Feindseligkeiten. Zum Beispiel lief im Supermarkt eine der Verkäuferinnen immer hinter mir her und starrte mich an. Irgendwann habe ich sie angesprochen. Ich habe ihr gesagt, wie ich heiße, in welcher Straße ich wohne und dass ich aus dem Jemen komme. Dann war Ruhe.

Meine Kinder hatten am Anfang schon Probleme, als wir neu hier waren. Die kleinste, Zara, war damals in der 5. Klasse und wurde von einem Jungen angegriffen und jeden Tag beschimpft. "Türken raus" hieß es dann. Wir haben versucht, mit dem Kind zu sprechen, auch den Kontakt mit den Eltern gesucht - die wollten mit uns aber nicht reden. Doch dann wurde der Junge krank und musste operiert werden. Die Stadt ist klein, mein Mann war zufälligerweise im OP-Saal. Als das Kind aufgewacht ist, hat es ihn als den Vater seines Opfers erkannt. Seitdem sind wir beste Freunde.

Auch ich habe auf der Straße ab und an dieses "Türken raus" gehört. Bloß weil ich ein Kopftuch trage, denken die Leute, ich wäre eine Türkin. Daran merkt man, wie wenig sie über Muslime wissen. Aber das ist nicht die Regel. Ich erlebe die Leute hier meist als tolerant. Allerdings glaube ich, dass es einfach daran liegt, dass mich inzwischen alle hier kennen. Ich bin viel unterwegs in Schulen und Kindergärten. Ich erkläre im Ethikunterricht, was der Islam ist, wie wir beten, was es mit der Pilgerfahrt nach Mekka auf sich hat, warum manche Musliminnen ein Kopftuch tragen und welche Feste wir feiern.

Neulich war ich in einem Seniorenheim und die Leute hatten viele Fragen. Sie waren ganz erstaunt, dass eine Muslimin nicht immer zu Hause sitzt und ihrem Mann gehorcht. Ich habe ihnen erklärt, dass gerade im Jemen, einem sehr streng muslimischen Land, die Frauen oft sehr gut ausgebildet und selbständig sind. Meine Schwestern haben alle studiert. Zwei sind Lehrerinnen, eine ist Ingenieurin und ich bin Ärztin. Das heißt nicht, dass andere Migranten hier in Stendal nicht große Probleme haben. Im Stadtteil Stadtsee wohnen viele Asylbewerber. Sie bleiben dort oft unter sich. Wir von der Migranteninitiative versuchen, sie zu erreichen. Mit einer Frau aus dem Kosovo habe ich zum Beispiel stundenlang geredet. Sie hat versprochen, zu unseren Treffen zu kommen. Aber sie

Angekommen in Sachsen-Anhalt Sie kamen aus Mali, Dagestan , Sierra Leone und dem Jemen - und landeten in der ostdeutschen Provinz. Vier Migranten erzählen, wie

ist nie gekommen. Sie hatte immer eine Ausrede: Ein Kind war krank, sie hatte Bauchweh. Ich denke, manche haben Angst oder einfach kein Interesse. Sie wollen nicht über ihre Probleme reden. Stendal ist toll, aber ich habe sehr viel Sehnsucht nach meiner Heimat. Zum Glück bin ich nicht mehr so allein. Ich habe Freundinnen gefunden, mit denen ich zusammen bete. Mit ihnen fahre ich auch am Opfer- und Zuckerfest nach Magdeburg oder Berlin, um in die Moschee zu gehen. Das gibt mir viel Halt.

Load-Date: May 23, 2012

End of Document

»Warum trinkt Steinbrück Eierlikör?«; Die SPD versagt als Partei der Einwanderer. Eine sozialdemokratische Stilkritik

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

16. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK, MEINUNG; »Warum trinkt Steinbrück Eierlikör?«; S. 13; Ausg. 21

Length: 1207 words

Byline: Daniela Kaya

Body

Im 150. Jubiläumsjahr kommt meine Partei schwerfällig und träge daher. Uninspiriert, ohne Vision für unsere Einwanderungsgesellschaft. Die erste Riege verkörpert Lebensentwürfe fernab dieser deutschen Migrationsrealität. Mit ihrer altmodischen Denke und dem Gros »altdeutscher« Funktionäre vermittelt sie nicht gerade ein modernes Lebensgefühl.

Daher verliert die SPD zunehmend migrantische Wähler. Die SPD als natürlicher Partner an der Seite der Einwanderer: Das war einmal. Die Zustimmung zum Asylkompromiss, die Agenda-Reformen und der Umgang mit Sarrazin sind Zäsuren im kollektiven Bewusstsein von Einwandererfamilien.

Wie konnte es so weit kommen?

In diesen Krisenzeiten, in denen viele in der Mitte der Gesellschaft Angst vor einem Abstieg haben, bedienen Thilo Sarrazin und der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, Sündenbockfantasien. Während nach Sarrazin Genetik und Kultur der Einwanderer Intelligenz und die Fähigkeit zur Vernunft verhindern, kündigt sich bei Buschkowsky der Untergang des Abendlandes in der sinkenden Currywurst-Dichte in seinem Wohnumfeld an.

Doch sind diese beiden die Gesichter der SPD in der Integrationspolitik.

Der Zickzackkurs zu Sarrazin und das Hofieren von Buschkowsky sind ein historisches Versagen der SPD-Führung. Sarrazins geistige Brandstiftung unter dem Deckmantel des Tabubruchs wurde von der SPD-Spitze nicht vehement genug widersprochen. Bei Sätzen wie »Demographisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar«, bin ich erstaunt, dass es der SPD-Führung nicht gelang, diesen Rassismus zu erkennen, als er im Genossen-Anzug statt in Springerstiefeln daherkam. Man glaubt wohl, gleichzeitig bei vorurteilsbeladenen Wählern und bei Wählern mit Migrationsbiografie auf Stimmenfang gehen zu können. Dass es die Sarrazin-Debatte war, die eine interne integrationspolitische Offensive der SPD-Spitze auslöste, ist ein bitterer Nebeneffekt: Erst verkündete Sigmar Gabriel eine Migrantenquote, dann schuf er einen weiteren Platz im

»Warum trinkt Steinbrück Eierlikör?« Die SPD versagt als Partei der Einwanderer. Eine sozialdemokratische Stilkritik

Parteivorstand, und schließlich setzte die Partei endlich eine Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt ein. Richtige Schritte, mit denen Gabriel aber zu jenem Zeitpunkt Sarrazin als Impulsgeber legitimierte.

Noch immer hat die Politik insgesamt die heterogenen Lebensrealitäten in Deutschland nicht begriffen. Die Parteien verharren im Imperativ der Anpassung, der Integration und der Bringschuld von Einwanderern. Die SPD macht da mit und verkennet, dass es um ihr originäres Kerngeschäft geht: soziale Gerechtigkeit zu organisieren.

Die schätzungsweise sechs Millionen Wähler mit Migrationsbiografie machen ihr Kreuz nicht mehr automatisch bei der SPD. Die Grünen sind ein ernsthafter politischer Konkurrent für uns geworden. Sie machen uns die neuen AufstiegsKinder abspenstig, sprechen ihr Lebensgefühl an und verkörpern ein unbeschwertes und modernes Image. Die CDU hat ebenfalls Akzente gesetzt: Sie initiierte Integrationsgipfel und Islamkonferenz und wartet in diesem Jahr erstmals mit einer muslimischen Bundestagskandidatin auf. Es ist vielleicht nur Symbolpolitik einer im Kern konservativen Partei, aber eine, die der SPD zunehmend die Abgrenzung erschwert.

Für die erste Einwanderergeneration ist die SPD zwar immer noch die traditionell zu wählende Arbeiterpartei. Als selbst Eingewanderte stört sie der Paternalismus kaum. Ihre Kinder und Enkel aber gehen mit einem anderen, neuen Selbstverständnis als Deutsche an die Wahlurne. »Warum trinkt Steinbrück eigentlich Eierlikör und keinen Cay?«, wurde ich nach dem ersten Wohnzimmergespräch des Kanzlerkandidaten gefragt.

Um die Deutungshoheit im integrationspolitischen Diskurs zu erlangen und verloren gegangene Wähler wieder an sich zu binden, muss die SPD ihre Grundwerte zeitgemäß durchbuchstabieren. Dafür scheinen mir zwei Aspekte zentral zu sein: eine neue Sichtweise vom Deutschsein und die Wiederbelebung des Aufstiegsversprechens.

Sind Ali, Sibel und Dimitri typisch deutsch? In den Stellvertreter-Debatten um angebliche Integrationsverweigerer oder die deutsche Leitkultur diskutiert unsere Gesellschaft die Kernfrage, was wir heute als Deutschsein verstehen wollen. Wer dazugehören soll und wer nicht. Solche Versuche der Grenzziehung halten aber nicht Schritt mit der vielfältigen Realität. Denn die Zukunftsfrage ist nicht, wie homogen Deutschland sein sollte, sondern wie ein Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft entwickelt werden kann - in der sich Hubert und Dimitri »typisch deutsch« fühlen dürfen. Daher müsste die SPD neue Erzählungen entwickeln, vom Deutschsein, von der deutschen Geschichte als Einwanderungsland. Angefangen in der Schule, in der Einwanderungsgeschichte in das Curriculum einfließen sollte, weiter über staatliche Festakte, die die Lebensleistungen von Einwanderern im kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben für Deutschland endlich würdigen müssten, bis hin zu Museen, die die deutsche Geschichte aus der Sicht aller deutscher Väter und Mütter erzählen. Dazu gehört die Wahrheit, dass Einwanderung schon immer der Normalfall für Deutschland war. Sie ist weder Ausnahmezustand noch Bedrohung. Sie gehört zur europäischen DNA.

Die Aufgabe der SPD wäre es, herauszustellen, dass Einwanderung unsere Gesellschaft verändert hat und weiter verändert. Ebenso könnte sie klarmachen, dass jede Einwanderung Ausdruck des Glaubens an ein besseres Leben ist. Wieso wird das deutsche Wirtschaftswunder nicht mit den Biografien der Einwanderer verbunden, mit dem Alltag unserer Mütter und Väter? Anfangen könnte die SPD damit, zu erzählen, welche Beiträge Einwanderer in der 150-jährigen Geschichte der SPD geleistet haben.

Das Aufstiegsversprechen verkörpert den sozialdemokratischen Traum: soziale Gerechtigkeit, unabhängig von Herkunft, sexueller Orientierung und Religion. Jeder soll sich aus seinen Herkunftsverhältnissen emanzipieren können. Der Aufstiegs Glaube verbindet den deutschen VW-Malocher mit der türkischen Putzfrau. Aufstieg kann in der Einwanderungsgesellschaft nur gelingen, wenn sich die SPD für neue Wege öffnet: Mit anonymisierten Bewerbungsverfahren wird Aylin eine gerechtere Chancen auf einen IT-Ausbildungsplatz bekommen. Abiturienten aus Einwandererfamilien trauen sich eher eine Bewerbung für ein Stipendium zu, wenn sie direkt angesprochen werden. Mit Quoten für den öffentlichen Dienst werden wir mehr Richterinnen, Lehrer, Professorinnen und Polizisten namens Osman, Sibel oder Dimitri bekommen.

Immer mehr neue Köpfe in der SPD dringen sichtbar in Mandat und Amt. In der nächsten Bundestagsfraktion wird sich die SPD jünger, weiblicher und vielfältiger präsentieren. Ali, ein Genosse und Einwanderer der ersten Stunde,

»Warum trinkt Steinbrück Eierlikör?« Die SPD versagt als Partei der Einwanderer. Eine sozialdemokratische Stilkritik

sagte mir einmal: »Rechte werden nicht geschenkt, sondern müssen erkämpft werden.« So ist es. Dabei müssen die Einwanderer, ihre Kinder und Kindeskindern, die SPD an ihrer Seite wissen.

VON DANIELA KAYA

Daniela Kaya ist Mitarbeiterin der SPD im Bundestag. Zuletzt erschien von ihr »Deutschland neu erfinden«

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Lampedusa - war das was?; Noch mehr Kontrollen gegen Flüchtlinge, bessere Abwehr von "Armutseinwanderern": Innenminister Friedrich und seine EU-Kollegen reagieren blind auf die Migrationsprobleme.

ZEIT-online

Samstag 7. Dezember 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flüchtlinge und Migration; Ausg. 50

Length: 760 words

Byline: Ludwig Greven

Body

Ein Boot aus Afrika vor der Küste Lampedusas

© Antonio Parrinello/Reuters

Drei Ereignisse in dieser Woche, die zeigen, wie unterschiedlich sich die Europäische Union selbst sieht und wie sie von außen betrachtet wird: In der Ukraine revoltieren Zehntausende gegen die eigene Regierung, weil die eine Hinwendung zur EU blockiert. In Brüssel beraten die EU-Innenminister über Konsequenzen aus den jüngsten **Flüchtlingskatastrophen** im Mittelmeer und beschließen - nichts. Besser gesagt: Noch mehr Grenzkontrollen und Patrouillenfahrten, um Boatpeople aus Afrika abzufangen, bevor sie in der EU landen oder ertrinken - obwohl jedem klar sein müsste, dass die Maßnahmen weder das eine noch das andere verhindern werden.

Einige der Minister überlegen gar, die Freizügigkeit in der Gemeinschaft auszuhebeln, um vermeintliche Armutseinwanderer aus Bulgarien und Rumänien in die Sozialsysteme der wohlhabenderen EU-Staaten zu stoppen.

Das also ist die Antwort der europäischen Machthaber auf Menschen, die sich nach Europa oder in Europa bewegen wollen. Sie planen einen Angriff auf einen Grundwert der Gemeinschaft, die sie für Menschen aus Osteuropa und der restlichen Welt gerade so attraktiv macht: das Recht, sich innerhalb der Gemeinschaft frei zu bewegen und niederzulassen. Ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Grenzen werden diese wieder dichter gemacht. Nicht nur nach außen gegenüber Elenden und Verfolgten aus Afrika und anderen Teilen der Welt, sondern auch für Bürger der EU.

Der noch amtierende Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich geht dabei mit seinen Kollegen aus Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und Dänemark voran. Weil die EU-Kommission das Problem ignoriert, propagiert der CSU-Politiker eigene nationale Gesetze gegen die angebliche ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialhilfe durch Bürger ärmerer EU-Staaten. Seine britische konservative Kollegin Theresa May fordert sogar Obergrenzen für den Zuzug von Bürgern aus diesen Ländern - ein klarer Verstoß gegen die EU-Verträge.

Lampedusa - war das was? Noch mehr Kontrollen gegen Flüchtlinge, bessere Abwehr von "Armutseinwanderern": Innenminister Friedrich und seine EU-Kollegen reagieren....

Ganz so weit möchte Friedrich (noch) nicht gehen. Aber ihn treibt wie die anderen Populismus. Einige Städte vor allem aus dem Ruhrgebiet klagen seit Längerem über den Zuzug vor allem von Roma-Familien aus Rumänien und Bulgarien. Weil Friedrich wie andere in der Union und der SPD fürchtet, dass sich der Unmut darüber in der Bevölkerung bei Wahlen niederschlägt, hat er daraus flugs ein Massenphänomen konstruiert.

Dabei belegen Statistiken der EU-Kommission, dass es die behauptete massenhafte Einwanderung in die Sozialsysteme der reichen Länder in der Mitte des Kontinents gar nicht gibt. Im Gegenteil: Zuwanderer aus anderen EU-Staaten gehen danach sogar im Schnitt häufiger einer Beschäftigung nach als Einheimische. Das heißt, sie zahlen Steuern und Sozialbeiträge, statt sie in Anspruch zu nehmen. Sozialhilfe können sie in der Regel schon deshalb nicht beantragen, weil sie nur dann länger als drei Monate bleiben dürfen, wenn sie eine Arbeit oder ausreichende Finanzen nachweisen können. Auch darauf hat die EU-Kommission hingewiesen - allerdings vergebens.

Angst vor Fremdenfeinden

Denn ab 1. Januar gilt auch für Bulgaren und Rumänen nach Ablauf einer siebenjährigen Übergangsfrist die volle Freizügigkeit, und das weckt neue Ängste. Menschen aus den beiden EU-Ländern können sich dann legal auch in Deutschland Arbeit suchen. Bislang sind von dort bei weitem nicht so viele Menschen gekommen, wie oft angenommen. 2012 waren es 71.000, darunter viele gut Ausgebildete und Qualifizierte. Das bedeutete zwar eine Zunahme um 22 Prozent, aber vier Fünftel der Zugewanderten kamen aus anderen Ländern als Bulgarien und Rumänien direkt. Der Anstieg beruhte vor allem darauf, dass sich die wirtschaftliche Lage in anderen Zielländern, vornehmlich Spanien und Italien, wo schon jetzt rund zwei Millionen Rumänen und Bulgaren leben, deutlich verschlechtert hat.

Wer also die Wanderungsbewegungen innerhalb Europas steuern und die angebliche Armutsimmigration verhindern möchte, muss dafür sorgen, dass sich die Lebensverhältnisse innerhalb der EU auf Dauer angleichen. Dann werden weniger Menschen aus Not ihre Heimat verlassen, wie das auch die Eurokrisenländer erleben, um nach Norden zu ziehen.

Populistische Sprüche wie die von Friedrich helfen dagegen nicht weiter. Als künftiger Innenminister der Großen Koalition hat er sich damit ein weiteres Mal disqualifiziert. Leider sprechen der Koalitionsvertrag und die Nicht-Reaktion der SPD nicht dafür, dass die neue Bundesregierung eine weitsichtigere Migrationspolitik betreiben wird als die bisherige.

Load-Date: December 7, 2013

"Warum trinkt Steinbrück Eierlikör?"; Die SPD versagt als Partei der Einwanderer. Eine sozialdemokratische Stilkritik

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

16. Mai 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 13; Ausg. 21

Length: 1180 words

Byline: Daniela Kaya

Body

Im 150. Jubiläumsjahr kommt meine Partei schwerfällig und träge daher. Uninspiriert, ohne Vision für unsere Einwanderungsgesellschaft. Die erste Riege verkörpert Lebensentwürfe fernab dieser deutschen Migrationsrealität. Mit ihrer altmodischen Denke und dem Gros "altdeutscher" Funktionäre vermittelt sie nicht gerade ein modernes Lebensgefühl.

Daher verliert die SPD zunehmend migrantische Wähler. Die SPD als natürlicher Partner an der Seite der Einwanderer: Das war einmal. Die Zustimmung zum Asylkompromiss, die Agenda-Reformen und der Umgang mit Sarrazin sind Zäsuren im kollektiven Bewusstsein von Einwandererfamilien.

Wie konnte es so weit kommen?

In diesen Krisenzeiten, in denen viele in der Mitte der Gesellschaft Angst vor einem Abstieg haben, bedienen Thilo Sarrazin und der Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, Sündenbockfantasien. Während nach Sarrazin Genetik und Kultur der Einwanderer Intelligenz und die Fähigkeit zur Vernunft verhindern, kündigt sich bei Buschkowsky der Untergang des Abendlandes in der sinkenden Currywurst-Dichte in seinem Wohnumfeld an.

Doch sind diese beiden die Gesichter der SPD in der Integrationspolitik.

Der Zickzackkurs zu Sarrazin und das Hofieren von Buschkowsky sind ein historisches Versagen der SPD-Führung. Sarrazins geistige Brandstiftung unter dem Deckmantel des Tabubruchs wurde von der SPD-Spitze nicht vehement genug widersprochen. Bei Sätzen wie "Demographisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternden Europa dar", bin ich erstaunt, dass es der SPD-Führung nicht gelang, diesen Rassismus zu erkennen, als er im Genossen-Anzug statt in Springerstiefeln daherkam. Man glaubt wohl, gleichzeitig bei vorurteilsbeladenen Wählern und bei Wählern mit Migrationsbiografie auf Stimmenfang gehen zu können. Dass es die Sarrazin-Debatte war, die eine interne integrationspolitische Offensive der SPD-Spitze auslöste, ist ein bitterer Nebeneffekt: Erst verkündete Sigmar Gabriel eine Migrantenquote, dann schuf er einen weiteren Platz im Parteivorstand, und schließlich setzte die Partei

"Warum trinkt Steinbrück Eierlikör?" Die SPD versagt als Partei der Einwanderer. Eine sozialdemokratische Stilkritik

endlich eine Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt ein. Richtige Schritte, mit denen Gabriel aber zu jenem Zeitpunkt Sarrazin als Impulsgeber legitimierte.

Noch immer hat die Politik insgesamt die heterogenen Lebensrealitäten in Deutschland nicht begriffen. Die Parteien verharren im Imperativ der Anpassung, der Integration und der Bringschuld von Einwanderern. Die SPD macht da mit und verkennt, dass es um ihr originäres Kerngeschäft geht: soziale Gerechtigkeit zu organisieren.

Die schätzungsweise sechs Millionen Wähler mit Migrationsbiografie machen ihr Kreuz nicht mehr automatisch bei der SPD. Die Grünen sind ein ernsthafter politischer Konkurrent für uns geworden. Sie machen uns die neuen AufstiegsKinder abspenstig, sprechen ihr Lebensgefühl an und verkörpern ein unbeschwertes und modernes Image. Die CDU hat ebenfalls Akzente gesetzt: Sie initiierte Integrationsgipfel und Islamkonferenz und wartet in diesem Jahr erstmals mit einer muslimischen Bundestagskandidatin auf. Es ist vielleicht nur Symbolpolitik einer im Kern konservativen Partei, aber eine, die der SPD zunehmend die Abgrenzung erschwert.

Für die erste Einwanderergeneration ist die SPD zwar immer noch die traditionell zu wählende Arbeiterpartei. Als selbst Eingewanderte stört sie der Paternalismus kaum. Ihre Kinder und Enkel aber gehen mit einem anderen, neuen Selbstverständnis als Deutsche an die Wahlurne. "Warum trinkt Steinbrück eigentlich Eierlikör und keinen Cay?", wurde ich nach dem ersten Wohnzimmergespräch des Kanzlerkandidaten gefragt.

Um die Deutungshoheit im integrationspolitischen Diskurs zu erlangen und verloren gegangene Wähler wieder an sich zu binden, muss die SPD ihre Grundwerte zeitgemäß durchbuchstabieren. Dafür scheinen mir zwei Aspekte zentral zu sein: eine neue Sichtweise vom Deutschsein und die Wiederbelebung des Aufstiegsversprechens.

Sind Ali, Sibel und Dimitri typisch deutsch? In den Stellvertreter-Debatten um angebliche Integrationsverweigerer oder die deutsche Leitkultur diskutiert unsere Gesellschaft die Kernfrage, was wir heute als Deutschsein verstehen wollen. Wer dazugehören soll und wer nicht. Solche Versuche der Grenzziehung halten aber nicht Schritt mit der vielfältigen Realität. Denn die Zukunftsfrage ist nicht, wie homogen Deutschland sein sollte, sondern wie ein Selbstverständnis als Einwanderungsgesellschaft entwickelt werden kann - in der sich Hubert und Dimitri "typisch deutsch" fühlen dürfen. Daher müsste die SPD neue Erzählungen entwickeln, vom Deutschsein, von der deutschen Geschichte als Einwanderungsland. Angefangen in der Schule, in der Einwanderungsgeschichte in das Curriculum einfließen sollte, weiter über staatliche Festakte, die die Lebensleistungen von Einwanderern im kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben für Deutschland endlich würdigen müssten, bis hin zu Museen, die die deutsche Geschichte aus der Sicht aller deutscher Väter und Mütter erzählen. Dazu gehört die Wahrheit, dass Einwanderung schon immer der Normalfall für Deutschland war. Sie ist weder Ausnahmezustand noch Bedrohung. Sie gehört zur europäischen DNA.

Die Aufgabe der SPD wäre es, herauszustellen, dass Einwanderung unsere Gesellschaft verändert hat und weiter verändert. Ebenso könnte sie klarmachen, dass jede Einwanderung Ausdruck des Glaubens an ein besseres Leben ist. Wieso wird das deutsche Wirtschaftswunder nicht mit den Biografien der Einwanderer verbunden, mit dem Alltag unserer Mütter und Väter? Anfangen könnte die SPD damit, zu erzählen, welche Beiträge Einwanderer in der 150-jährigen Geschichte der SPD geleistet haben.

Das Aufstiegsversprechen verkörpert den sozialdemokratischen Traum: soziale Gerechtigkeit, unabhängig von Herkunft, sexueller Orientierung und Religion. Jeder soll sich aus seinen Herkunftsverhältnissen emanzipieren können. Der Aufstiegs Glaube verbindet den deutschen VW-Malocher mit der türkischen Putzfrau. Aufstieg kann in der Einwanderungsgesellschaft nur gelingen, wenn sich die SPD für neue Wege öffnet: Mit anonymisierten Bewerbungsverfahren wird Aylin eine gerechtere Chancen auf einen IT-Ausbildungsplatz bekommen. Abiturienten aus Einwandererfamilien trauen sich eher eine Bewerbung für ein Stipendium zu, wenn sie direkt angesprochen werden. Mit Quoten für den öffentlichen Dienst werden wir mehr Richterinnen, Lehrer, Professorinnen und Polizisten namens Osman, Sibel oder Dimitri bekommen.

Immer mehr neue Köpfe in der SPD dringen sichtbar in Mandat und Amt. In der nächsten Bundestagsfraktion wird sich die SPD jünger, weiblicher und vielfältiger präsentieren. Ali, ein Genosse und Einwanderer der ersten Stunde,

"Warum trinkt Steinbrück Eierlikör?" Die SPD versagt als Partei der Einwanderer. Eine sozialdemokratische
Stilkritik

sagte mir einmal: "Rechte werden nicht geschenkt, sondern müssen erkämpft werden." So ist es. Dabei müssen die Einwanderer, ihre Kinder und Kindeskindern, die SPD an ihrer Seite wissen.

VON DANIELA KAYA

Daniela Kaya ist Mitarbeiterin der SPD im Bundestag. Zuletzt erschien von ihr "Deutschland neu erfinden"

Load-Date: May 16, 2013

End of Document

Es hört nicht auf; Ob im Kindergarten, in der Schule oder an der Uni - Einwandererkinder fühlen sich oft diskriminiert

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: CHANCEN; Es hört nicht auf; S. 59; Ausg. 35

Length: 717 words

Byline: Friederike Lübke

Body

Menschen, die anders sind, werden im deutschen Bildungssystem häufig diskriminiert. Das fängt schon im Kindergarten an, etwa wenn es darum geht, behinderte Kinder aufzunehmen, es aber zu wenige Plätze in integrativen Einrichtungen gibt. Die Zurückweisung setzt sich fort in der Schule, wo Lehrer dazu neigen, Kinder mit **Migrationshintergrund** oder niedriger sozialer Herkunft selbst bei gleicher Leistung seltener für das Gymnasium zu empfehlen. Fast jeder vierte Befragte mit einem **Migrationshintergrund** fühlt sich aufgrund seiner Herkunft benachteiligt. Das zeigt ein gerade vorgelegter Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Es ist bundesweit das erste Mal, dass Benachteiligungen bei Bildung und Arbeit derart umfassend untersucht wurden.

Frauen mit Kopftuch werden für weniger kompetent gehalten

Der Bericht beruht auf Gutachten, selbst geführten Expertengesprächen und eigenen Daten der ADS. Allerdings ist es schwierig, Diskriminierung systematisch zu erfassen. Es gibt unterschiedliche Definitionen und Formen, nicht alles wird dokumentiert, teilweise fehlen auch genaue Angaben über bestimmte Gruppen, wie etwa Studenten mit Migrationshintergrund. Der Bericht bezieht sich daher auch auf bekannte Daten, etwa vom Statistischen Bundesamt. Neu sind weniger die genannten Zahlen, als ihre Auswertung und die Zusammenstellung des Themas auf gut 450 Seiten. Und die zeichnet ein deutliches Bild davon, dass Menschen aufgrund einer Behinderung, ihrer sozialen Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Migrationshintergrunds an vielen Stellen auf verschiedene Weise benachteiligt werden.

Schüler mit Migrationshintergrund beispielsweise bleiben schon in der Grundschule häufiger unter sich, weil deutsche Eltern sich ummelden, ihre Kinder auf private Schulen schicken oder aus Wohnbezirken mit einem hohen Migrantenanteil fortziehen (siehe Seite 58). Eine Untersuchung in Berlin ergab, dass 28 Prozent der Eltern von Schülern der vierten Klasse ihre Kinder bewusst an einer anderen Schule angemeldet haben als jener, die nahe am Wohnort liegt. Ausländische Jugendliche haben in Deutschland eine rund dreimal geringere Chance, das Abitur zu machen und damit auch studieren zu dürfen.

Besonders problematisch wird es, wenn mehrere Gründe für Diskriminierung zusammen kommen und sich verstärken, zum Beispiel wenn ein Kind aus einer sozial schwachen Familie kommt und einen

Es hört nicht auf Ob im Kindergarten, in der Schule oder an der Uni - Einwandererkinder fühlen sich oft diskriminiert

Migrationshintergrund hat. Früher war das Sorgenkind der Bildung das katholische Arbeitermädchen vom Land, heute ist es der türkischstämmige Junge in der Großstadt.

Die Probleme enden nicht mit der Schule, sondern setzen sich in der Arbeitswelt fort. Wenn Schüler ständig benachteiligt werden, sinke ihre Motivation, ihre Leistung sowie die Identifikation mit den Bildungszielen, heißt es in dem Bericht. Die ständige Konfrontation mit bestimmten Stereotypen und Vorurteilen, wie zum Beispiel, dass türkischstämmige Jungen "aggressiv" oder "machohaft" seien, könne langfristig eine erfolgreiche Bildungsteilhabe verhindern. Diskriminierung äußert sich aber auch ganz konkret: Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden nachweislich seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen als ihre Altersgenossen.

Das führt dazu, dass zum Beispiel im öffentlichen Sektor der Anteil der deutschen Erwerbstätigen bei 78,2 Prozent liegt, Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund aber nur 64 Prozent ausmachen. Migranten nehmen seltener an Fort- und Weiterbildungen teil. Frauen mit Kopftuch werden von Arbeitgebern für weniger kompetent gehalten. Immerhin gibt es auch positive Entwicklungen: Die Zahl der Lehrer mit Migrationshintergrund steigt langsam an, lag aber nach Schätzungen des Mikrozensus zuletzt trotzdem nur bei 6,1 Prozent.

In dem Bericht der Antidiskriminierungsstelle werden jedoch nicht nur Missstände angeprangert, sondern auch konkrete Vorschläge gemacht, wie man Diskriminierung entgegen wirken kann. So sollten an Schulen und Hochschulen unabhängige Beratungs- und Beschwerdesysteme eingerichtet werden. Auf dem Arbeitsmarkt könnten Migranten von anonymisierten Bewerbungen profitieren. Damit alle die gleichen Chancen haben, müsste man allerdings auch konfliktreiche Themen anfassen: Das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst etwa sollte neu diskutiert werden.

VON FRIEDERIKE LÜBKE

Load-Date: September 17, 2013

Migranten für die Polizei gesucht; Die Polizei sucht qualifizierten Nachwuchs mit Migrationshintergrund. Über Rassismus und Vorurteile redet man in der Polizei aber nicht gerne.

ZEIT-online

Montag 11. März 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: FREMDENFEINDLICHKEIT; Ausg. 11

Length: 954 words

Byline: Haiko Prengel

Body

Im Dienst rassistisch beschimpft wurde Selcuk Demir zum ersten Mal in Friedrichshain-Kreuzberg, dem Multikulti-Bezirk von Berlin. "Von einem Türken lass ich mir nichts sagen", herrschte ein Bauarbeiter den Polizisten an. Der 23-Jährige stellte Strafanzeige. Denn der Arbeiter hatte ausgerechnet vor einem Polizeiwagen den Arm gereckt und "Heil Hitler" gerufen.

Demir ist in Deutschland geboren. Seit einem Jahr trägt er die Polizeiuniform und hat sich schon fremdenfeindliche Sprüche von seinen Mitbürgern anhören müssen. Auch polizeiintern sind Vorurteile verbreitet. In seiner Ausbildung wurde Demir von Kollegen über die Bräuche in türkischen Familien ausgefragt. Unter anderem wollte einer wissen: "Werdet Ihr zwangsverheiratet?"

Aber nur wenige Beamte reden offen über Vorurteile und Rassismus, die Polizisten auf der Straße und unter Kollegen erleben. Dass das Problem existiert, zeigen Studienergebnisse. *Warum sich qualifizierte Migranten nicht bei der Polizei bewerben* heißt eine Untersuchung von 2011. Danach entscheiden sich junge Leute mit Migrationshintergrund zwar aus verschiedenen Gründen gegen den Polizeiberuf. Manche finden den Job zu gefährlich, andere scheuen die Arbeitszeiten. Aber auch die Angst vor Rassismus spielt eine Rolle: Unter qualifizierten Abiturienten gebe es "Zweifel daran, dass die Polizei wirklich Migranten in ihren Reihen haben möchte", steht in der Studie.

Kollegen mit Migrationshintergrund werden als Kulturscouts geschätzt

Dabei sucht die Polizei händeringend nach Migranten. Zum einen zwingt die demografische Entwicklung die Behörden, sich multikulturellem Personal zu öffnen. Außerdem werden Kollegen mit fremden Wurzeln auch als Kulturscouts geschätzt. Ihnen gelingt eher ein Zugang zu ausländischen Milieus. Richtig laut wurden die Rufe nach mehr Migranten in der Polizei aber, als das NSU-Desaster bekannt wurde. Die Behörden seien "auf dem rechten Auge blind", heißt es seitdem. Neun Männer ausländischer Herkunft wurden ermordet, aber ein fremdenfeindliches Motiv übersahen die Ermittler über Jahre.

Migranten für die Polizei gesucht Die Polizei sucht qualifizierten Nachwuchs mit Migrationshintergrund. Über Rassismus und Vorurteile redet man in der Polizei a....

Auch der Präsident des Bundeskriminalamts Jörg Ziercke fordert mehr Migranten in der Polizei. Sie könnten die Beamten dafür sensibilisieren, aufmerksamer gegenüber rechtsextremen Tendenzen in der Bevölkerung zu sein. Ziercke verlangt sogar eine Einstellungsquote für Polizisten mit Migrationshintergrund. Mit nur wenigen Migranten ist die Polizei auch längst kein Spiegelbild der Gesellschaft mehr.

Wie viele Polizisten mit fremder Herkunft es in Deutschland gibt, weiß keiner. Es gibt keine einheitliche Definition des Begriffs Migrationshintergrund. In Bayern etwa werden die Zahlen gar nicht erhoben. Mit ihrer Einstellung erhalten die Beamten den deutschen Pass. In Baden-Württemberg werden seit 2009 immerhin die Polizeianwärter nach ihrer Herkunft befragt. Bis 2011 gaben 330 oder 16,8 Prozent der Befragten einen Migrationshintergrund an. Bei der Brandenburger Landespolizei existieren nur Zahlen über die Polizeibeamten, die nicht in Deutschland geboren wurden. Es sind 56, das entspricht einem Personalanteil von knapp einem Prozent.

Askin Bingöl aus Baden-Württemberg war einer der ersten deutschen Polizeibeamten mit Migrationshintergrund. 1995 begann der Sohn eines türkischen Gastarbeiters seine Ausbildung im mittleren Dienst. Heute ist der 39-Jährige stellvertretender Kripo-Chef der Polizeidirektion Reutlingen. Bingöl hat sich hochgearbeitet. 2012 machte er an der Deutschen Polizeihochschule in Münster seinen Master als Jahrgangsbester. "Die Note steht für mich nicht im Vordergrund. Wichtig ist mir eher die Botschaft, dass man auch als Migrant überall hinkommen kann, wenn man Leistung bringt", sagt er.

Sprüche wie "Von einem Türken lasse ich mich nicht festnehmen" kennt Bingöl jedoch auch. In den Behörden habe man vor 18 Jahren mit interkultureller Kompetenz wenig anfangen können, sagt er. Doch mittlerweile seien sowohl die Gesellschaft als auch die Kollegen aufgeschlossener: "Wir haben heute eine sehr kameradschaftliche, demokratische, soziale Polizei", findet der Kriminalrat. Als Rassist habe er noch keinen Kollegen ausmachen können. Er hält Stereotype bis zu einem gewissen Grad für normal.

In der Berliner Polizei wurde 2012 eigens eine Stelle für Interkulturelle Aufgaben eingerichtet, die unter anderem Trainings für die Beamten anbietet. Denn Diffamierungen wie "Schwarzköpfe", "Kanaken" oder "Knoblauchfresser" benutzen Polizisten durchaus manchmal, wenn sie in Kreuzberg oder Neukölln auf Streife sind oder im Umgang mit Polizisten mit Migrationshintergrund.

Gerade sei man dabei, ein Seminar zur Vermeidung interner Alltagsdiskriminierung für Führungskräfte zu entwickeln, sagt Serkan Salman. Er ist einer der drei Ansprechpartner der Polizei Berlin für interkulturelle Aufgaben. Er sagt, dass auch die Berliner Polizei dabei sei, Migranten für den Polizeiberuf zu gewinnen, zum Beispiel mit Informationsveranstaltungen in Schulen. "Auch andere Bundesländer bemühen sich in den letzten Jahren sehr darum". Nur hinter vorgehaltener Hand wird im Berliner Polizeipräsidium davon geredet, dass in einigen Länderpolizeien das Thema Integration völlig verschlafen wurde. Offen sagt das keiner.

"Fremdenfeindlichkeit ist ein Tabuthema in der Polizei", konstatieren der Antisemitismusforscher Rainer Erb und der Soziologe Wolfgang Kühnel. Sie haben den "Berufsalltag von Migranten in der Berliner Polizei" untersucht. Ihr Fazit: Wer sich zum Thema Rassismus offen kritisch äußere oder sich beschwere und damit die Unbescholtenheit der Polizei infrage stelle, der gelte als "illoyaler Nestbeschmutzer". Ungedeckte Kritik sei daher nicht zu erwarten. Auch der junge Polizeibeamte Selcuk Demir wollte seinen richtigen Namen lieber nicht nennen.

Load-Date: March 11, 2013

Die Sklaven der Kartelle; Schutzgeld, Entführung, Zwangsarbeit: Migranten, die Mexiko durchqueren, sind für die Kartelle und Gangs ein lukratives Geschäft. Wer ihnen hilft, ist selbst in Gefahr.

ZEIT-online

Freitag 15. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mexiko; Ausg. 46

Length: 1506 words

Byline: Sonja Peteranderl

Body

Migranten reisen auf einem Güterzug zur Grenzstadt Nuevo Laredo in Mexico. (Archivbild)

© STR New/Reuters

Wer auf ihn geschossen hat, weiß Carlos Alberto nicht. Vielleicht staatliche oder private Sicherheitskräfte, vielleicht Mitglieder von Gangs oder Kartellen. Zwei bewaffnete Männer kamen auf ihn zu und richteten ihre Gewehre auf ihn, er rannte mit einem Bekannten los, sie verstecken sich, sprangen später wieder auf den Güterzug auf, der sie dem amerikanischen Traum näherbringen sollte.

Für **Migranten** ist der Transit durch Mexiko ein tödliches Roulette, bei dem Alberto bisher mehr Glück hatte als viele andere - jetzt sitzt er auf dem staubigen Innenhof der **Migrantenherberge** in Saltillo, einer Industriestadt mitten in der Wüste, im mexikanischen Bundesstaat Coahuila. Etwa 400 Kilometer sind es von hier noch bis zur texanischen Grenze. Vor ein paar Wochen hat sich der 24-Jährige aus Honduras mit nichts als einem Rucksack auf den Weg gemacht.

"Ich kannte die Gefahren, als ich aufgebrochen bin", sagt Alberto, ein muskulöser Kerl mit Pranken, kurz rasierten Haaren, sanfter Stimme und weichem Gesicht. Er wusste, er könnte von dem Güterzug stürzen, auf dessen Dach Migranten vom Süden Mexikos Richtung Norden reisen - und der nur *La Bestia*, die Bestie, genannt wird. Er hatte gehört von den Frauen und Männern, die auf dem Weg bedroht, bestohlen, vergewaltigt wurden. Am meisten aber fürchtet er auch jetzt noch die mexikanischen Kartelle: "Für die Kartelle sind wir ein Riesengeschäft."

Eines, das immer wichtiger wird: Seit die Regierung den "Drogenkrieg" erklärt hat, die Razzien und Festnahmen von Führungspersonlichkeiten des Organisierten Verbrechens zunehmen, haben es Kartelle wie die Zetas oder das Golf-Kartell schwer im Drogenhandel. Um die Verluste auszugleichen, diversifizieren sie ihre Aktivitäten: Schmuggel, Schutzgelderpressung, Entführungen, Produktpiraterie - und eben das Geschäft mit den Migranten. Sie sind leichte Ziele, haben keine Lobby. Sie besitzen nicht viel, doch sie sind viele. Kartelle und Gangs kidnappen die schutzlosen Reisenden inzwischen zu Zehntausenden jährlich, schätzen Menschenrechtsgruppen, erpressen Geld von ihren Familien, verschleppen sie zur Zwangsarbeit; manche werden Opfer von Menschenhandel und

Die Sklaven der Kartelle Schutzgeld, Entführung, Zwangsarbeit: Migranten, die Mexiko durchqueren, sind für die Kartelle und Gangs ein lukratives Geschäft. Wer i....

Zwangsprostitution. Vor einigen Jahren konnten die Entführten noch für 300 Dollar freikommen, heute sind es mindestens 3.000 Dollar.

Geradewegs in die Hände der Entführer

Für viele, die mit dem Zug durch Mexiko reisen, ist Saltillo der letzte Halt vor der Grenze. Allein im vergangenen Jahr fanden 12.000 Männer und Frauen auf diesem Weg vorübergehend Schutz in der Herberge, die Mehrheit kommt aus Honduras, aber auch aus Guatemala, El Salvador und Nicaragua. Als die Entführungen 2009 zunahmen, seien zunächst weniger Migranten gekommen, sagt der 32-jährige Alberto Xicoténcatl, der sie seit fünf Jahren leitet. Doch auch wenn sich die Gespräche hier nur um die Angst vor den Kartellen drehen: Einen anderen Weg als auszuwandern, sehen viele nicht. Denn sie kommen aus Verzweiflung: "Die Stadt, in der ich in Honduras gelebt habe, ist voller Narcos", erzählt Carlos Alberto. "Ich war beim Militär, und wurde oft bedroht - dort kann man nicht leben."

Früher durften sich die Migranten nur drei Tage in der Herberge ausruhen, dann mussten sie Platz für die Nächsten machen. Als Grenzstädte wie Piedras Negras oder Reynosa noch florierende Wirtschaftszonen waren, konnten sie dort eine temporäre Arbeit annehmen und warten, bis sie zu ihren Familien in die USA reisen konnten - heute werden die Grenzorte von den Narcos beherrscht, sind Schauplätze des Drogenkriegs geworden. Und die Drei-Tage-Regel gilt nicht mehr: "Uns wurde klar, dass wir die Migranten sonst geradewegs in die Hände der Entführer schicken", sagt Herbergsleiter Xicoténcatl.

Wandbild an einer Unterkunft für Migranten in Saltillo

© Tomas Bravo/Reuters

Im Schlafrum stehen die Betten dicht an dicht, ein Haufen aus Wolldecken stapelt sich bis zur Decke. Etwa 120 Männer und 2 Frauen, die getrennt untergebracht sind, leben gerade hier. Jeden Tag kommen fünf bis acht Neuankömmlinge dazu. Zur Not ist Platz für 300. Dennoch sagt Alberto, er fühle sich wie im Paradies - weil es ruhig sei. Das Haus verlässt er kaum: "Wir gehen höchstens fünf Minuten bis zum nächsten Laden und zurück - das ist sicherer für uns und die Herberge."

Denn auch hier bleiben die Kartelle eine allgegenwärtige Bedrohung, das ist Xicoténcatl und seinen Kollegen nur allzu bewusst. Erst klingelte im Büro alle paar Minuten das Telefon, sobald jemand den Hörer abnahm, war das gleichmäßige Pulsieren einer EKG-Herzfrequenz zu hören, schließlich der endlose Ton, der den Tod bedeutet. Dann wurde ins Büro eingebrochen, Computer verschwanden, auf denen vertrauliche Dokumente gespeichert waren. Als Xicoténcatl vor ein paar Monaten abends aus seinem Auto aussteigen wollte, wurde er überfallen, sein Mobiltelefon geraubt. Vor Kurzem marschierten sie mit Maschinengewehren vor dem klapprigen Eisentor der Herberge auf, wo nur ein unbewaffneter junger Mann in Shorts und T-Shirt Wache schiebt. "Ihr macht gute Arbeit", sagten sie. "Aber wenn ihr auf die Straße geht, könnte euch etwas passieren."

Viele Migranten stranden traumatisiert oder verletzt in der Herberge, manchen wurden durch Stürze vom Zug Beine oder Arme abgerissen, oft leiden sie unter psychischen Problemen. Alberto hat die Lungenentzündung, die er sich während der Zugfahrt geholt hat, inzwischen auskuriert. In der Herberge konnte er sich zum ersten Mal ausruhen: "Auf dem Weg musst du immer aufpassen, jeder ist gegen jeden - vielleicht tötest du jemanden, weil er dich töten könnte", sagt er. Die Reisenden müssen auch damit rechnen, auf getarnte Informanten der Kartelle zu treffen. Sie spionieren mögliche Opfer aus oder leihen ihren Weggefährten ein Mobiltelefon, damit sie bei ihren Familien anrufen können. Eine besonders perfide Strategie: Sobald die Narcos die Nummern der Verwandten haben, fordern sie von ihnen Lösegeld für den angeblich Entführten, der selbst nichts von seiner Entführung weiß.

Schlepper, denen man nicht vertrauen kann

In der Herberge wartet Alberto jetzt auf den Anruf seines Coyotes - des Schleppers, den sein Vater schon bezahlt hat und der ihn sicher über die Grenze bringen soll. Doch vielleicht begibt er sich damit geradewegs in die Hände der Kartelle, denn die kontrollieren zunehmend das Schleppergeschäft. Es gibt verlässliche Schleuser, die

Die Sklaven der Kartelle Schutzgeld, Entführung, Zwangsarbeit: Migranten, die Mexiko durchqueren, sind für die Kartelle und Gangs ein lukratives Geschäft. Wer i....

ihren guten Ruf behalten wollen - und andere, die Migranten an Gangs ausliefern oder selbst im Dienst der Narcos arbeiten: "Ich weiß nicht, ob sie mich töten, oder ob man ihnen vertrauen kann", sagt Alberto.

Anfang Juni befreite das mexikanische Militär 165 Migranten, darunter sieben Kinder, aus einem heruntergekommenen Haus im Bundesstaat Tamaulipas. Auch sie hatten sich einem Schlepper anvertraut, doch der lieferte sie aus - mit Waffengewalt wurden sie in das Haus nahe der Grenze gezwungen, in dem sie mehrere Wochen ausharren mussten. Die Zeiten, in denen sich die Entführer an eine Art Ehrenkodex hielten und zumindest jene freiließen, die zahlen konnten, seien vorbei, sagt Xicoténcatl. Längst gibt es keine Garantie auf Überleben mehr, immer wieder werden Massengräber entdeckt.

Schmuggeln, kochen, Häuser renovieren, morden

Im August vor drei Jahren wurden 72 Männer und Frauen hingerichtet aufgefunden, auf einer Ranch in San Fernando, Tamaulipas, unweit der US-Grenze. Nur ein junger Ecuadorianer konnte entkommen, der das Militär alarmierte. Ein Kartell wollte die Migranten als Drogenkuriere rekrutieren, als sie ablehnten, wurden sie erschossen. Auch andere Entführungsoffer erzählen von der Zwangsarbeit für Kartelle - sie mussten schmuggeln, für die Narcos kochen, Häuser renovieren oder Auftragsmorde erledigen. Viele haben Folter und Vergewaltigungen erlebt. Eine Frau aus Honduras, die mit etwa 80 Migranten drei Monate lang von Mitgliedern des Zetas-Kartells in einem Haus gefangen gehalten wurde, sagte aus, dass die Narcos anfangs die jüngeren Frauen separiert hätten - und diese nie wieder aufgetaucht seien. Teilweise werden Migranten an Menschenhändler weiterverkauft, an Bordelle oder Hotels der Grenzregion weitergereicht.

Der Aktivist Rubén Figueroa sieht den Staat als Komplizen der Verbrecher - durch Straflosigkeit und Desinteresse; teils seien die Sicherheitskräfte auch am Geschäft mit den Entführungen beteiligt. Auch Xicoténcatl erwartet wenig Hilfe: "Der Staat hat keine Ahnung, wie wir arbeiten und wie er uns schützen soll." Es fehlten Ressourcen oder der Wille. Mit einigen Lokalpolitikern und Beamten hatten der Herbergsleiter und seine Mitarbeiter über drei Jahre hinweg "gute Gespräche" geführt, doch nichts passierte - dann wurde bekannt, dass einige von ihnen auf der Gehaltsliste eines Kartells standen. Für Carlos Alberto gibt es nur einen, dem er auf seiner gefährlichen Reise vertrauen kann: "Jesus ist unser Guide."

Load-Date: November 15, 2013

Es hört nicht auf; Ob im Kindergarten, in der Schule oder an der Uni - Einwandererkinder fühlen sich oft diskriminiert

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN, SCHWERPUNKT: BILDUNG UND INTEGRATION; Es hört nicht auf; S. 59; Ausg. 35

Length: 731 words

Byline: Friederike Lübke

Body

Menschen, die anders sind, werden im deutschen Bildungssystem häufig diskriminiert. Das fängt schon im Kindergarten an, etwa wenn es darum geht, behinderte Kinder aufzunehmen, es aber zu wenige Plätze in integrativen Einrichtungen gibt. Die Zurückweisung setzt sich fort in der Schule, wo Lehrer dazu neigen, Kinder mit Migrationshintergrund oder niedriger sozialer Herkunft selbst bei gleicher Leistung seltener für das Gymnasium zu empfehlen. Fast jeder vierte Befragte mit einem Migrationshintergrund fühlt sich aufgrund seiner Herkunft benachteiligt. Das zeigt ein gerade vorgelegter Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Es ist bundesweit das erste Mal, dass Benachteiligungen bei Bildung und Arbeit derart umfassend untersucht wurden.

Frauen mit Kopftuch werden für weniger kompetent gehalten

Der Bericht beruht auf Gutachten, selbst geführten Expertengesprächen und eigenen Daten der ADS. Allerdings ist es schwierig, Diskriminierung systematisch zu erfassen. Es gibt unterschiedliche Definitionen und Formen, nicht alles wird dokumentiert, teilweise fehlen auch genaue Angaben über bestimmte Gruppen, wie etwa Studenten mit Migrationshintergrund. Der Bericht bezieht sich daher auch auf bekannte Daten, etwa vom Statistischen Bundesamt. Neu sind weniger die genannten Zahlen, als ihre Auswertung und die Zusammenstellung des Themas auf gut 450 Seiten. Und die zeichnet ein deutliches Bild davon, dass Menschen aufgrund einer Behinderung, ihrer sozialen Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Migrationshintergrunds an vielen Stellen auf verschiedene Weise benachteiligt werden.

Schüler mit Migrationshintergrund beispielsweise bleiben schon in der Grundschule häufiger unter sich, weil deutsche Eltern sich ummelden, ihre Kinder auf private Schulen schicken oder aus Wohnbezirken mit einem hohen Migrantenanteil fortziehen (siehe Seite 58). Eine Untersuchung in Berlin ergab, dass 28 Prozent der Eltern von Schülern der vierten Klasse ihre Kinder bewusst an einer anderen Schule angemeldet haben als jener, die nahe am Wohnort liegt. Ausländische Jugendliche haben in Deutschland eine rund dreimal geringere Chance, das Abitur zu machen und damit auch studieren zu dürfen.

Besonders problematisch wird es, wenn mehrere Gründe für Diskriminierung zusammen kommen und sich verstärken, zum Beispiel wenn ein Kind aus einer sozial schwachen Familie kommt und einen

Es hört nicht auf Ob im Kindergarten, in der Schule oder an der Uni - Einwandererkinder fühlen sich oft diskriminiert

Migrationshintergrund hat. Früher war das Sorgenkind der Bildung das katholische Arbeitermädchen vom Land, heute ist es der türkischstämmige Junge in der Großstadt.

Die Probleme enden nicht mit der Schule, sondern setzen sich in der Arbeitswelt fort. Wenn Schüler ständig benachteiligt werden, sinke ihre Motivation, ihre Leistung sowie die Identifikation mit den Bildungszielen, heißt es in dem Bericht. Die ständige Konfrontation mit bestimmten Stereotypen und Vorurteilen, wie zum Beispiel, dass türkischstämmige Jungen »aggressiv« oder »machohaft« seien, könne langfristig eine erfolgreiche Bildungsteilhabe verhindern. Diskriminierung äußert sich aber auch ganz konkret: Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden nachweislich seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen als ihre Altersgenossen.

Das führt dazu, dass zum Beispiel im öffentlichen Sektor der Anteil der deutschen Erwerbstätigen bei 78,2 Prozent liegt, Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund aber nur 64 Prozent ausmachen. Migranten nehmen seltener an Fort- und Weiterbildungen teil. Frauen mit Kopftuch werden von Arbeitgebern für weniger kompetent gehalten. Immerhin gibt es auch positive Entwicklungen: Die Zahl der Lehrer mit Migrationshintergrund steigt langsam an, lag aber nach Schätzungen des Mikrozensus zuletzt trotzdem nur bei 6,1 Prozent.

In dem Bericht der Antidiskriminierungsstelle werden jedoch nicht nur Missstände angeprangert, sondern auch konkrete Vorschläge gemacht, wie man Diskriminierung entgegen wirken kann. So sollten an Schulen und Hochschulen unabhängige Beratungs- und Beschwerdesysteme eingerichtet werden. Auf dem Arbeitsmarkt könnten Migranten von anonymisierten Bewerbungen profitieren. Damit alle die gleichen Chancen haben, müsste man allerdings auch konfliktreiche Themen anfassen: Das Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst etwa sollte neu diskutiert werden.

VON FRIEDERIKE LÜBKE

Load-Date: March 25, 2022

Warten auf die Festland-Schlepper; Tag für Tag füllt sich der Mailänder Hauptbahnhof mit Flüchtlingen aus Syrien. Sie warten dort auf die Festland-Schlepper, die sie über die Alpen bringen sollen.

ZEIT-online

Donnerstag 7. November 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Sammelbecken Mailand; Ausg. 46

Length: 1730 words

Byline: Fabio Ghelli

Body

Italienische Polizisten registrieren syrische und palästinensische **Flüchtlinge** im Hafen von Catania in Sizilien.

© Antonio Parrinello/Reuters

Yasser nimmt die Burger aus der Tüte und verteilt sie unter den Männern, Frauen und Kindern, die auf einer Marmorbank des Mailänder Bahnhofs kampieren. Schweigsam und hastig machen sich die Kinder darüber her. Die Erwachsenen essen langsam und schauen sich dabei ununterbrochen um.

In der Galerie des Foyers sitzen an diesem Abend etwa sechzig Menschen. Zu ihren Füßen Rucksäcke und Plastiktüten. Sie alle kommen aus Syrien, **geflüchtet** vor dem Krieg. Sie alle erreichten nach einer langen und gefährlichen Reise die italienische Küste. Und sie alle wollen weiterreisen, nach Norden: " *Germany, Sweden, Norway* ", sagen sie. Es sind die einzigen Fremdwörter, die sie kennen.

Nicht weit von der Gruppe entfernt, nahe der Marmorsäulen des Foyers, stehen ein halbes Dutzend modisch gekleidete junge Männer, die sich miteinander auf Arabisch unterhalten. Sie rauchen, witzeln mit den Bahnhofswächtern auf Italienisch und halten dabei stets die Gruppe im Blick. Ab und zu nähert sich einer von ihnen den **Flüchtlingen** mit einem Notizbuch in der Hand. Sofort wird er von den Männern umgeben. Sie diktieren ihm Namen, die er sorgfältig notiert. Dann zählt er, mit seinem Stift deutend, die Frauen und Kinder auf der Bank.

Yasser stellt sich daneben, hört dem jungen Mann aufmerksam zu und kommt dann kopfschüttelnd zu seiner Frau und Tochter zurück. Der 47-jährige ehemalige Geschäftsmann im zerknitterten dunklen Anzug spricht ein wenig Englisch. "Kommen Sie aus Deutschland?", fragt er sobald er erfährt, dass ein deutscher Journalist im Foyer ist. "Nehmen sie uns mit, bitte", flüstert er.

Die Hoffnung: Schweden erreichen

Yassers Familie ist erst seit wenigen Tagen in Italien. Gemeinsam mit etwa fünfzig anderen Syrern kamen sie in einem kleinen Boot von Ägypten nach Sizilien. Dort blieben sie wenige Tage in einem Aufnahmезentrum. Einen Asylantrag wollten sie in Italien nicht stellen, denn sie wissen: Nach der sogenannten Dublin-II-Verordnung muss

Warten auf die Festland-Schlepper Tag für Tag füllt sich der Mailänder Hauptbahnhof mit Flüchtlingen aus Syrien. Sie warten dort auf die Festland-Schlepper, die....

jeder Flüchtling, der in Europa landet, in dem Land bleiben, in dem er zuerst registriert wurde. So reisten Yasser und seine Familie bei der ersten Gelegenheit weiter. Sie hörten von anderen Flüchtlingen, dass es am Mailänder Bahnhof Menschen gibt, die syrische Flüchtlinge nach Deutschland schleusen. "Von dort kann man Schweden erreichen", sagt Yasser.

Seitdem die Regierung in Stockholm vor ungefähr zwei Monaten ankündigte, dass sie bereit ist, allen syrischen Kriegsflüchtlingen einen humanitären Schutz zu gewähren, ist Schweden zum Synonym für Hoffnung geworden. Viele haben schon Freunde und Verwandte, die dort auf sie warten. Fast 5.000 syrische Flüchtlinge haben in den vergangenen zwei Monaten einen Asylantrag in Schweden gestellt.

Für Yasser und seine Schicksalsgenossen stehen also die Tore ins gelobte Land weit offen. Theoretisch. Denn davor steht eine Reise durch ganz Europa. Und ohne eine Reisegenehmigung ist dies nicht möglich. Um diese zu erhalten, muss man einen Asylantrag stellen. Das aber wollen viele Flüchtlinge nicht tun, weil sie hoffen, so die Dublin-II-Regelung zu umgehen. Allerdings werden ihre Fingerabdrücke bei der Registrierung in Italien in der Eurodac-Datenbank gespeichert, ganz gleich, ob sie dort einen Asylantrag stellen oder nicht.

Daraus ergibt sich eine paradoxe Situation: Ausgerechnet die Flüchtlinge, die die gefährliche Reise durch das Mittelmeer hinter sich haben, bleiben in einem legislativen Limbus stecken. Italien will sie nicht, sie wollen nicht in Italien bleiben, doch wenn sie in einem anderen Land erwischt werden, werden sie sofort zurückgeschickt.

Geld, um in Italien zu überleben, haben sie nicht. Was sie hatten, gaben sie den Schleppern, die sie auf klapprigen Booten nach Europa verfrachteten. Hier geraten sie in die Hände anderer Schlepperbanden, die ihnen versprechen, sie unbemerkt in den Norden zu bringen.

Kontrollen am Brennerpass

Mehr als 2.000 Euro verlangte der Mann mit dem Notizbuch von Yasser, um ihn, seine Frau und seine Tochter über die Grenze zu bringen. "Das ist viel Geld", sagt er, "doch wir haben keine andere Wahl." Im Foyer des Bahnhofs sitzen einige Flüchtlinge, die die Reise mehrmals auf sich nahmen. Wenn man mit dem Zug fährt, sagen sie, fällt man der Polizei schnell auf, vor allem wenn Kinder dabei sind. Fast 600 syrische Flüchtlinge wurden in den vergangenen vier Monaten am Brennerpass aufgegriffen. Auch wer es durch die Schweiz probiert, wird umgehend zurückgeschickt, falls er erwischt wird. Viele schwören auf die Frankreich-Route. Dort wurden allerdings kürzlich die Kontrollen ebenfalls verstärkt.

In Deutschland ist das nicht anders. Mehr als 300 syrische Flüchtlinge wurden seit Beginn des Jahres in Deutschland aufgegriffen. Davon warten 230 noch auf eine Überstellung an Italien oder Bulgarien. Kürzlich wurde in Schleswig Holstein ein Bus mit 85 syrischen Flüchtlingen an Bord gestoppt. Sie sollen nach Italien zurückgeschickt werden, die Busfahrer wurden angezeigt. Doch die Flüchtlinge geben nicht auf. Einige von ihnen sind schon beim fünften Versuch.

Eine Polizeistreife zieht durch den Bahnhof. Die jungen Männer bleiben neben der Säule stehen. Die Polizisten fragen die Flüchtlinge nach ihrer Herkunft: "Siria?" Alle nicken. Ein Polizist zieht die Mütze ab und streicht sich mit der Hand über die Haare: "Es ist eine Schande", sagt er. Dann ziehen er und seine Kollegen weiter. Kurz darauf tauchen einige Männer und Frauen in weißen T-Shirts auf. Sie gehören zu Progetto Arca, einem lokalen gemeinnützigen Verein. Dieser verwaltet eins der zwei Aufnahmезentren, die die Stadt Mailand in aller Eile für die Syrer arrangierte. Das eine ist eine Fertigbau-Siedlung am Rande der Stadt, das andere dient normalerweise als Notunterkunft für Obdachlose. Insgesamt bieten sie Unterkunft, Essen und medizinische Verpflegung für 240 Menschen an.

Die Arca-Mitarbeiter fragen die Flüchtlinge nach ihren Bedürfnissen, begleiten sie aus dem Bahnhof. Die jungen Männer bleiben bei der Marmorsäule stehen. Sie wissen, dass die Flüchtlinge bald zurückkommen werden. Die zwei Aufnahmезentren sind seit Ende Oktober überfüllt und schaffen es nur dann, neue Familien unterzubringen, wenn jemand auszieht. Dies geschieht in der Regel relativ zügig: Die Familien bleiben nur zwei, drei Tage. Dann gehen sie wieder zum Bahnhof.

Warten auf die Festland-Schlepper Tag für Tag füllt sich der Mailänder Hauptbahnhof mit Flüchtlingen aus Syrien. Sie warten dort auf die Festland-Schlepper, die....

Im ehemaligen Obdachlosenheim in der Via Aldini wimmelt es von Kindern. Immer wieder liefern Menschen aus der Nachbarschaft große Pakete voller Decken, gebrauchten Kleidern oder Spielzeug. In wenigen Tagen konnte der Verein fast 75.000 Kleidungsstücke sammeln.

Man kann dort Mohammed, seine Frau und seine zwei Kinder treffen. Sie kommen aus einem Lager für palästinensische Flüchtlinge in der Nähe von Damaskus. Ihr ganzes Leben sind sie schon Flüchtlinge, sagt Mohammed. Im Februar schafften sie es, durch Ägypten nach Libyen zu kommen. Dort fand Mohammed eine Arbeit, um den Rest der Reise zu finanzieren. 3.000 Euro verlangten die Schlepper, um sie nach Lampedusa zu bringen. Das restliche Geld, etwa 1.000 Euro, sagt er, wurde von der italienischen Polizei konfisziert. Das war am 13. Oktober.

Vier Tage später wurden sie gemeinsam mit anderen Flüchtlingen zu einem Aufnahmезentrum in Apulien gebracht. Dort sprach sie jemand an und gab ihnen den Rat in Mailand mit einem Ägypter Kontakt aufzunehmen. Der nahm sie zu sich nach Hause und kaufte den Kindern Spielzeug und Süßigkeiten. "Er wirkte nett und verständnisvoll", sagt Mohammed. Der Ägypter sagte ihm, er könne die Reise nach Schweden organisieren. 3.500 Euro - und er würde alles regeln. Er verfüge über gute Kontakte in Deutschland.

Mohammeds Bruder lebt schon seit einem Jahr in Schweden. Ein anderer Bruder ist in Russland. Ein Dritter im Libanon. Dem Rat seines Gastgebers folgend, rief der junge Mann seine drei Brüder an und ließ sich über Western Union Geld auf den Namen des Ägypters und zwei seiner Partner überweisen. Der Ägypter brachte dann die Familie zum Bahnhof und sagte zu Mohammed, er würde jemanden schicken, der sie bis nach München bringen würde. Dort würde ihn dann jemand abholen und nach Stockholm bringen. Doch niemand kam.

Kriminelles Netzwerk

Seither ist der Ägypter nicht mehr zu erreichen. Mohammed zeigt die Belege für die Geldüberweisungen: Alle Zahlungsempfänger haben italienische Personalausweise. Die italienischen Behörden vermuten, dass sich in den vergangenen Monaten ein kriminelles Netzwerk bildete, das von Süditalien über Mailand bis nach Deutschland reicht.

Ratlos und ohne Geld versuchten Mohammed und seine Familie mit dem Zug nach Österreich zu reisen. Doch sie wurden am Brennerpass festgenommen und gemeinsam mit zwanzig anderen Syrern zurück nach Mailand geschickt. "Was sollen wir jetzt tun?", fragt Mohammed.

5.000 Kriegsflüchtlinge aus Syrien will die Bundesregierung bis Ende 2013 in Deutschland aufnehmen. Seit Anfang des Jahres nahm das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 8.480 Asylanträge von Antragstellern aus Syrien an. Die Gesamtschutzquote für die Bürgerkriegsflüchtlinge liegt bei 95 Prozent. Im selben Zeitraum landeten laut Angaben des UNHCR mehr als 10.000 syrische Flüchtlinge an der italienischen Küste - bescheidene Zahlen, wenn man bedenkt, dass die Türkei und Jordanien jeweils 500.000 Kriegsflüchtlinge aufnahmen und Libanon sogar 1,3 Millionen.

Es wird damit gerechnet, dass die Flüchtlingszahlen an Europas Grenzen weiter steigen werden. Die bulgarische Regierung beschloss deshalb kürzlich, dem Beispiel der Griechen zu folgen und eine Mauer entlang der türkischen Grenze zu errichten. Die Lebensumstände der syrischen Flüchtlinge in dem armen osteuropäischen Land, sagt das UNHCR, sind dramatisch.

Auch in Italien ist das Aufnahmesystem nahe am Kollaps. Trotz mehrerer Versprechen der Regierung reicht die Zahl der Schlafplätze bei weitem nicht aus. Inzwischen gibt es Gerüchte, dass die italienischen Behörden im Süden des Landes die Flüchtlinge durchwinken, ohne ihre Fingerabdrücke abzunehmen. So werden Menschen wie Mohammed, Yasser und ihre Familien langsam unsichtbar. Ihre einzige Hoffnung sind die Schlepper: 3.500 Euro für eine Mitfahrgelegenheit, 4.500 Euro für einen gefälschten Ausweis.

Am vergangenen Sonntag war Yasser wieder am Bahnhof. "Morgen geht's nach Schweden", sagte er. Seitdem ist er auf dem Handy nicht mehr zu erreichen.

Warten auf die Festland-Schlepper Tag für Tag füllt sich der Mailänder Hauptbahnhof mit Flüchtlingen aus Syrien. Sie warten dort auf die Festland-Schlepper, die....

Load-Date: November 7, 2013

End of Document

"Ausgrenzung ist ein unglaublicher Stressfaktor"; Psychologen stellen sich bisher kaum auf die Belastungen von Migranten ein. Der Psychiater Andreas Heinz fordert im Interview mehr Neugier auf die Klienten.

ZEIT-online

Montag 12. November 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: INTEGRATION; Ausg. 46

Length: 969 words

Byline: Luisa Seeling

Body

Wenn **Migranten** psychologische Hilfe brauchen, haben sie es schwer.

© Boris Roessler/dpa

ZEIT ONLINE: Herr Heinz, ist die psychosoziale Versorgung in Deutschland eine fast türkenfreie Zone, wie es die Psychologin Elif Cindik einmal ausgedrückt hat?

Andreas Heinz: Ja, so könnte man es sagen. Die psychische Gesundheit von **Migranten** ist hierzulande kaum erforscht. In Berlin haben inzwischen etwa 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren einen **Migrationshintergrund**. Von lobenswerten Einzelinitiativen einmal abgesehen, interessiert sich das Gesundheitssystem aber nicht dafür, wie es diesen Menschen geht. Es gibt bisher auch keine repräsentativen Studien.

ZEIT ONLINE: Sie haben sich im Rahmen des Projekts "Seelische Gesundheit und **Migration**" drei Jahre lang mit dem Thema befasst. Leiden Menschen mit **Migrationshintergrund** häufiger an psychischen Krankheiten?

Heinz: Migranten sind nicht kränker als Deutsche. Aber sie sind in vielerlei Hinsicht belasteter, unter anderem weil sie oft ausgegrenzt werden. Das ist - wie jede Ausschließung - ein unglaublicher Stressfaktor für Menschen. Darüber hinaus werden sie seltener behandelt. Auch weil die Migranten ambulante Angebote wesentlich seltener nutzen.

ZEIT ONLINE: Zum Beispiel?

Heinz: Nehmen wir die Suchtberatung: Wir wissen schon länger, dass Drogen- und Alkoholabhängigkeit unter Migranten ähnlich verbreitet ist wie in der deutschstämmigen Bevölkerung. In die Beratungsstellen kommen Einwanderer aber drei- bis viermal seltener. Teilweise hat das damit zu tun, dass sich Migranten, vor allem wenn sie illegale Drogen konsumieren, vor den rechtlichen Konsequenzen fürchten, die sie viel härter treffen als Deutsche. Sie könnten beispielsweise ihren Aufenthaltsstatus verlieren.

"Ausgrenzung ist ein unglaublicher Stressfaktor" Psychologen stellen sich bisher kaum auf die Belastungen von Migranten ein. Der Psychiater Andreas Heinz fordert....

ZEIT ONLINE: Woran liegt es noch, dass Migranten die Angebote weniger nutzen?

Heinz: Eine Doktorandin mit muslimischem Hintergrund erzählte mir, dass ihr Psychotherapeut versuchte, ihr den Islam auszureden. Da war die Therapie natürlich schnell vorbei. Die Menschen wollen zu einem Psychotherapeuten gehen, der sie und ihre Lebensrealität versteht. In Städten, in denen etwa 30 Prozent der Bevölkerung Migranten sind, wird deshalb darüber diskutiert, ob muttersprachliche Angebote ein Zulassungskriterium für Psychotherapeuten sein sollten. Bisher wird das leider von vielen Berufsverbänden vehement abgelehnt. Wichtiger als die Sprache wäre jedoch, dass mehr Mitarbeiter in ambulanten Diensten und mehr Psychotherapeuten selbst Migrationserfahrung haben. Das kann man aber nicht zum Einstellungs- beziehungsweise Zulassungskriterium machen, denn das wäre positive ethnische Diskriminierung.

ZEIT ONLINE: An dem Projekt waren auch Istanbul Krankenhäuser beteiligt. Warum?

Heinz: Weil wir aufpassen mussten, nicht in allzu holzschnittartige Vereinfachungen zu verfallen. Zum Beispiel heißt es oft, Migranten seien nicht genügend über das Gesundheitssystem im Ankunftsland informiert. Aber durch den Vergleich mit den türkischen Krankenhäusern konnten wir sehen, dass dabei der Wechsel vom Land in die Stadt eine viel größere Rolle spielt als von einem Land in ein anderes. Andere Probleme ergaben sich jedoch schon daraus, dass die Menschen in ein Land kommen, das auf Migranten nicht genügend eingestellt ist. Manchmal werden zum Beispiel Informationsmaterialien über Behandlungs- und Therapiemöglichkeiten nicht darauf geprüft, ob sie für Menschen aus einer anderen Kultur überhaupt verständlich sind.

ZEIT ONLINE: Kommt es auch oft zu Missverständnissen zwischen Therapeut und Patient mit Migrationshintergrund?

Heinz: Ja, zum Beispiel erklärt die deutsche Schulmedizin Abhängigkeit am Beispiel der körperlichen Entzugssymptome, im Sinne von: Da kommt jemand nicht von einer schädlichen Substanz los. Diese Vorstellung lehnen viele türkische Jugendliche aber ab, weil sie glauben, dass eine starke Seele von nichts abhängig wird. Da können Therapeut und Patient schnell aneinander vorbei reden. Solche Zusammenhänge muss man kennen. Trotzdem ist es sehr wichtig, zu beachten, dass es "die Türken" nicht gibt, sondern Menschen mit ganz unterschiedlichen sozialen Hintergründen.

ZEIT ONLINE: Können Sie Beispiele nennen?

Heinz: Es gibt dieses Vorurteil: Die Türken gehen traditionell zu einem religiösen Heiler aus der eigenen Community, nicht zum Psychologen. Wir haben aber beobachtet, dass die meisten türkischen Migranten keineswegs an religiöse Vertreter denken, wenn sie einen Experten in psychischen Erkrankungen suchen. Auch dass Migranten einen Dolmetscher brauchen, um sich behandeln zu lassen, trifft nur auf die wenigsten zu. Es stimmt zwar manchmal, dass Muslime nicht über Alkoholprobleme reden wollen, weil ihnen Alkohol verboten ist, aber das gilt nur für eine bestimmte soziale Schicht. Geschlecht und Bildung spielen ebenfalls eine große Rolle dabei.

ZEIT ONLINE: Sie haben auch mit Migrantenorganisationen zusammengearbeitet. Hatten die auch Angst, dass bestehende Vorurteile verstärkt werden?

Heinz: Wir hatten zum Glück eine Reihe von Kollegen mit Migrationshintergrund im Projekt, die schon aus Eigeninteresse sehr kritisch sind und dafür sorgen, dass uns keine vorschnellen Typisierungen unterlaufen.

ZEIT ONLINE: Wie sollten sich psychosoziale Einrichtungen auf Menschen mit Migrationshintergrund einstellen?

Heinz: Ein effektiver Weg ist es natürlich, Migranten einzustellen. Aber am wichtigsten wäre meines Erachtens, dass in psychosozialen Einrichtungen eine große Offenheit und Neugier auf den Patienten herrscht. Allein schematisches Wissen anzuhäufen, bringt nichts, man kann sowieso nicht alle Herkunftsländer kennen. Wir brauchen also praxisnahe Schulungen, in denen Mitarbeiter ermutigt werden, offen zu fragen und sich für andere Lebensweisen und Interpretationsmuster zu interessieren.

"Ausgrenzung ist ein unglaublicher Stressfaktor" Psychologen stellen sich bisher kaum auf die Belastungen von Migranten ein. Der Psychiater Andreas Heinz forder....

Load-Date: November 13, 2012

End of Document

Kinder von Migranten werden seltener in Kitas betreut; Kleinkinder von Migranten werden nur halb so oft in Kitas betreut wie ihre Altersgenossen ohne ausländische Eltern. Auch später liegt die Betreuungsquote niedriger.

ZEIT-online

Donnerstag 2. Februar 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: KINDERBETREUUNG; Ausg. 6

Length: 257 words

Body

Kleinkinder mit ausländischen Wurzeln gehen deutlich seltener in Kitas oder zu Tagesmüttern als Kinder ohne Migrationshintergrund. Bei den unter Dreijährigen mit Migrationshintergrund lag der Anteil im März 2011 nur bei 14 Prozent, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Bei den gleichaltrigen Kindern ohne Migrationshintergrund lag die Betreuungsquote dagegen mit 30 Prozent mehr als doppelt so hoch. Insgesamt lag die Quote bundesweit bei gut 25 Prozent.

Auch im Alter von drei bis fünf Jahren besuchten Kinder mit Migrationshintergrund seltener eine Kita. Die Betreuungsquote lag bei 85 Prozent und damit ebenfalls deutlich unter der Quote der Kinder ohne Migrationshintergrund mit 97 Prozent. Der Anteil aller Kinder dieser Altersgruppe, die Kindertageseinrichtungen besuchen, lag bei 93 Prozent.

Ein Migrationshintergrund wird für die Statistik angenommen, wenn mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist. Die Staatsangehörigkeit der Eltern oder des Kindes spielt dabei keine Rolle.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder hob die Bedeutung eines Kita-Besuches für die Integration hervor. "Je früher Max und Ali miteinander im Sandkasten spielen, umso besser für die Integration und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt", sagte Schröder. Deshalb habe sie im März 2011 die Offensive Frühe Chancen gestartet, in der bis zu 4.000 Kindertageseinrichtungen zu "Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration" ausgebaut würden. "Das Angebot im Sinne ihrer Kinder zu nutzen, ist Aufgabe der Eltern", sagte die Ministerin.

Load-Date: February 3, 2012

Türken rein oder raus?; Es genügt nicht, dass die Kanzlerin die Opfer der Neonazi-Killer betrauert. Migranten brauchen eindeutigen Beistand

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

23. Februar 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 1; Ausg. 9

Length: 875 words

Byline: Özlem Topcu

Body

Christian Wulff hätte sicher gern die Rede auf der Trauerfeier für die Opfer der rechtsextremistischen NSU gehalten. Vermutlich hätte er davon gesprochen, dass Deutschland ein offenes Land ist, das sich von den Feinden der Offenheit nicht unterkriegen lässt. Er hätte vielleicht auch wiederholt, dass der Islam zu Deutschland gehört.

Bei allem, was Wulff sich hat zuschulden kommen lassen: Die Einwanderungsgesellschaft lag ihm am Herzen, viele **Migranten** fühlten sich von ihm angesprochen. Sie empfanden ihn tatsächlich als ihren Bundespräsidenten.

Nun ist er weg, Bundeskanzlerin Angela Merkel wird Wulff vertreten. Damit ist das Integrationsthema, an dem sie längst das Interesse verloren zu haben schien, zu ihr zurückgekehrt.

Glück im Unglück für die Migranten, dass die Bundeskanzlerin stellvertretend das Wort ergreift. Zu keinem Zeitpunkt wurde erwogen, diese Aufgabe einem anderen anzutragen, weder Horst Seehofer als dem amtierenden Bundespräsidenten, auch nicht der von Amts wegen zuständigen Staatsministerin Maria Böhmer. Angela Merkel stellte klar, dass dieser Tag der Opfer, an dem es nicht nur um Rechtsextremismus geht, sondern auch um den Zusammenhalt, um die Solidarität mit dem anderen, mit dem vermeintlich Fremden, ihr wichtig ist. Integration wird (wieder) zur Chefsache.

Anders als Wulff genießt Merkel bei Migranten keinen Vertrauensvorschuss

Was hat die Kanzlerin den Opfern zu sagen? Natürlich wird sie Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit verdammen, das ist so notwendig wie einfach. Aber es wird nicht reichen. Sie wird mindestens für diesen einen Tag zur Kanzlerin der Opfer und ihrer Familien, ja zur Kanzlerin aller Migranten werden müssen.

Kann sie das? Anders als Christian Wulff genießt Merkel bei den Migranten bisher keinen Vertrauensvorschuss. Angela Merkels Umgang mit den Migranten ist - bislang - ein ewiges Hin und Her.

Anfangs nahm sie für sich in Anspruch, eine "Integrationskanzlerin" zu sein, es gehörte zur Modernisierung ihrer Partei dazu, und vieles, was sie ansah, sprach dafür, dass sie es ernst meinte. Es sei ihr ein "Herzensanliegen", sagte sie einmal. Zu Beginn ihrer Kanzlerschaft holte sie das Thema ins Kanzleramt, wertete es damit auf, es

Türken rein oder raus? Es genügt nicht, dass die Kanzlerin die Opfer der Neonazi-Killer betrauert. Migranten brauchen eindeutigen Beistand

folgten ein Integrationsgipfel, dann auch die Deutsche Islamkonferenz. Deutschland wurde in der Lesart der CDU zwar noch kein Einwanderungsland, aber immerhin schon mal ein "Integrationsland".

Doch immer wieder kehrte das Misstrauen zurück. Die Strenge gegenüber Migranten und das sachliche Verständnis für ihre Probleme wechselten sich manchmal so schnell ab, dass sich nicht nur Migranten wunderten. Thilo Sarrazins Buch Deutschland schafft sich ab kritisierte Merkel umgehend als "diffamierend" und "nicht hilfreich", sie sagte, es behandle ganze Gesellschaftsgruppen verächtlich. Gerade mal vier Wochen später indes erklärte Merkel Multikulti für "total gescheitert".

Was also treibt sie an, woran orientiert sich die Kanzlerin bei diesem Thema? Oft reagiert sie nur, anstatt zu agieren. Was ihr wirklich fehlt, das ist nicht die "richtige" Haltung zur Integration oder zur Realität einer multikulturellen Gesellschaft. Was ihr fehlt, das ist die erlebte und erlebbare Nähe zum Alltag von Migranten. Die Kanzlerin muss nicht mehr ausloten, ob sie eine Debatte hart oder weich, streng oder mild führen will, sondern ob sie den Migranten warm- oder kaltherzig begegnen will.

Was könnte die Bundeskanzlerin also heute den Opferfamilien und der Gesellschaft sagen? Sie könnte beispielsweise darauf hinweisen, dass Deutschland mittlerweile viele Identitäten beherbergt - so viele, dass einem manchmal schwindelig werden kann; dass Einwanderer nicht nur anders sind als Deutsche, sondern sich auch untereinander unterscheiden - Türken von Kroaten, aber eben auch Türken von Türken und Kroaten von Kroaten. Sie könnte darauf hinweisen, dass Angst und Hass den Schwindel nicht erträglicher machen, sondern nur schlimmer. Sie könnte schließlich fragen, warum die Neonazi-Morde bislang nur eine Debatte über den Verfassungsschutz und ein erneutes NPD-Verbot nach sich gezogen haben, aber keine über Fremdenfeindlichkeit.

Und wenn sie gerade dabei ist, könnte sie auch weiter ausholen und aussprechen, was für einen nachhaltigen Schaden das Ganze bei den Deutschtürken angerichtet hat, und sie könnte anerkennen, dass in deren Bewusstsein eine andere bundesrepublikanische Geschichtsschreibung vorherrscht, in der die deutsch-deutsche Wiedervereinigung nicht nur Glück und Freiheit brachte, sondern auch den Tod in Solingen oder Mölln. Die Opfergeschichte der Migranten ist eben auch Teil der deutschen Geschichte geworden. Die über viele Jahr verübten NSU-Morde reißen sich in diese Wahrnehmung ein. Eine solche Anerkennung aus Merkels Mund würde schon reichen, von ihr erwartet man keine Entschuldigung, bloß eine Würdigung.

Und die Türken? Sie sollten der Kanzlerin an diesem Tag genau zuhören, anstatt Wulff hinterherzuweinen. Auch wenn sie mit ihr kein "Der Islam gehört zu Deutschland", keinen Doppelpass und keinen EU-Beitritt der Türkei erleben werden. Merkel hat mal gesagt, dass sie auch die Kanzlerin der Migranten sei - die sollten ihr das glauben. Sie sollten fordern und hoffen, dass Merkel auch über Trauerfeiern hinaus ihre Kanzlerin bleiben will.

Load-Date: February 23, 2012

"Wir haben unseren Platz"; Sie sind schlau, engagiert, und ihre Eltern kommen aus aller Welt: Fünf junge Deutsche und ihre Lebensgeschichten, aufgezeichnet VON CHRISTINE BRINCK

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

16. Mai 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 68; Ausg. 21

Length: 1103 words

Byline: Christine Brinck

Body

Seit zehn Jahren gibt es START, ein Stipendienprogramm der Hertie Stiftung für begabte und sozial engagierte Schüler mit **Migrationshintergrund**. Was als Pilotprojekt mit 20 Schülern in Hessen begann, ist zu einem Förderprogramm für fast 800 Stipendiaten in Deutschland und Österreich geworden. Außerdem hat START bereits 700 Alumni hervorgebracht. Bei seiner Festansprache in der Frankfurter Paulskirche zum zehnjährigen Bestehen des Programms sagte Bundespräsident Joachim Gauck: "Das sind 1500 Lebensgeschichten, die uns alle reicher machen." Fünf stellen wir hier vor.

Yashar Givili, 22

Yashar kam 2005 als 14-Jähriger mit seiner Mutter als Flüchtling aus dem Iran nach Hamburg. Er hatte im Iran neun Jahre die Schule besucht und sprach bei seiner Ankunft kein Wort Deutsch. Nach einer Odyssee durch alle Schulformen, von der Hauptschule über die Realschule bis hin zum Abitur im Jahr 2011, macht er heute eine Ausbildung zum Bankkaufmann. In den letzten beiden Schuljahren wurde Yashar von START gefördert. "Das Bildungsgeld und der Laptop waren natürlich schön, aber das Wichtigste waren die Seminare, bei denen man PowerPoint oder freies Sprechen lernt und andere Stipendiaten trifft." Der akzentfrei Deutsch sprechende Yashar sagt: "Ich wollte dazugehören, hier mein Leben aufbauen." Er war Schulsprecher und Mitglied des Schiedsausschusses des Landesschülerkongresses. In den letzten beiden Schuljahren nahm er an der Jungen Akademie der Hamburger Handelskammer teil. Dort entdeckte er sein Interesse für Wirtschaft und entschied sich für die Bank-Ausbildung. Seit 2009 sind er und seine Mutter anerkannte Asylanten, bald wird über ihren Daueraufenthalt entschieden. Dann will Yashar die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen.

Anastasia Erohina, 17

1999 kam Anastasia mit ihren Eltern aus dem sibirischen Krasnojarsk nach Deutschland. Die Fünfjährige lernte Deutsch bei einer Tagesmutter und in der Vorschule. Ihre Eltern, beide Chemie-Ingenieure, fanden keine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit, weil ihre Abschlüsse nicht anerkannt wurden. Als Anastasia in die neunte Klasse des Gymnasiums ging, machte ein Lehrer sie auf START aufmerksam, seit 2010 ist sie Stipendiatin. Ihr

"Wir haben unseren Platz" Sie sind schlau, engagiert, und ihre Eltern kommen aus aller Welt: Fünf junge Deutsche und ihre Lebensgeschichten, aufgezeichnet VON C....

gefällt, dass sie gefördert wird, aber auch gefordert ist. "START erwartet auch etwas von mir, ich kann etwas zurückgeben." Zum Beispiel als Regionalgruppensprecherin der Stipendiaten. Anastasia ist ausgebildeter Schülercoach für Englisch und Französisch, war Chefredakteurin der Schülerzeitung ihrer Schule und ist Mitglied der Theater-AG. Auch ihr Russisch pflegt sie - im freiwilligen Russischunterricht für Muttersprachler. Nach dem Abi im nächsten Jahr will sie vielleicht Wirtschaftspsychologie studieren. "Vor START wusste ich gar nicht, wie viele Leute es mit Biografien wie meiner gibt", sagt Anastasia. "Ich habe so viele tolle Menschen mit ähnlichen Zukunftsvisionen getroffen. Heute weiß ich, dass ich nicht alleine dastehe."

Volkan Semih Inak, 23

Volkans Vater ist Kurde und kam 1978 nach Deutschland, wo er als Werkzeugmechaniker arbeitet. Volkan ging in einen deutschen Kindergarten und sagt, dass er Deutsch besser beherrscht als Türkisch oder Kurdisch. "Ich denke auf Deutsch, und ich träume auf Deutsch." Seine Eltern sprechen zu Hause zwar Türkisch, ihren Kindern haben sie aber vermittelt: "Deutsch ist der Weg in die Gesellschaft." Immer wenn der Vater zur Nachtschicht das Haus verließ, sagte er seinen Söhnen: "Alle Tiere und Menschen gehen jetzt schlafen, euer Vater geht jetzt arbeiten. Damit ihr das nicht müsst, ist Bildung wichtig." In der elften Klasse erzählte eine Lehrerin Volkan von START. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte er gedacht, er würde auch mit einer guten Schulbildung und einem Studium am Rande der Gesellschaft bleiben. Jetzt ist er sich sicher: "Wir haben unseren Platz in Deutschland." Heute studiert er Mathematik und Sozialwissenschaft auf Lehramt, gleichzeitig macht er an der Fern-Uni Hagen einen Bachelor of Law. Mit zwölf Jahren initiierte er den Wedeler Friedenscup, ein Benefiz-Fußballturnier. Der Wettbewerb ist heute national, und Volkan gehört immer noch zu den Organisatoren.

Ga-Lem Ng, 23

Ga-Lem wurde 1988 in Berlin geboren. Ihre Eltern waren aus Hongkong zugewandert und hatten sich zufällig in Berlin kennengelernt. Ga-Lems Vater arbeitet in einem Chinarestaurant und spricht kaum Deutsch, ihre Mutter ist Hausfrau. Zu Hause unterhalten sie sich auf Kantonesisch. Ga-Lem kam mit vier in einen deutschen Kindergarten, seither spricht sie Deutsch. Sie ging in Berlin zur Grundschule und später aufs Gymnasium. Als START nach Berlin kam, empfahl ihre Klassenlehrerin ihr, sich zu bewerben. Beim Bewerbungsgespräch sagte sie selbstbewusst: "Ich bin ein Berliner." Durch das Stipendium habe sich ihre Persönlichkeit verändert, sagt Ga-Lem, die mittlerweile im zehnten Semester an der Charité Medizin studiert. "Ich habe gelernt, mich anzustrengen und dass es sich lohnt, Ziele zu haben." Sie ist Sprecherin der START-Alumni und leitet Medizin-Workshops für Abiturienten aus dem Programm. "So kann ich etwas von dem zurückgeben, was ich bekommen habe, und auch etwas für Jüngere tun", sagt Ga-Lem. In ihrer Familie ist ihr das schon gelungen: Auch ihr jüngster Bruder hat inzwischen ein START-Stipendium. Er will nach dem Abi BWL studieren.

Leila Maxhuni, 22

Als Leilas Eltern, beide hatten Ingenieurwissenschaften studiert, 1992 den Kosovo verließen, war Leila drei Jahre alt. Sie sprach kein Deutsch, lernte es aber schnell durch Fernsehsendungen und im Kindergarten. Auf dem Gymnasium machte ihr Schulleiter sie auf START aufmerksam. Von 2006 bis zum Abitur 2008 wurde sie von START gefördert. Leila bezeichnet das Stipendium als "ein Sprungbrett in ein neues Leben". Sie sei dadurch auf die Integrationsthematik aufmerksam geworden und habe gelernt, politisch zu denken. Wie die meisten START-Alumni ist auch sie mit anderen Stipendiaten aus ganz Deutschland befreundet. "Wir haben Vorbildfunktion für andere Kinder mit Migrationshintergrund", sagt Leila. "Das ist unsere Verantwortung." Heute studiert Leila in Heidelberg Jura im achten Semester und hat ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dort arbeitet sie als Kontaktperson zu START, um Schüler aus bildungsfernen Familien mit Migrationshintergrund für die Stiftung zu interessieren. Ihr Einbürgerungsantrag läuft, als Deutsche fühlt sie sich aber jetzt schon: "Dafür brauche ich keine Papiere." Auch ihre Schwester wird von START gefördert.

"Wir haben unseren Platz" Sie sind schlau, engagiert, und ihre Eltern kommen aus aller Welt: Fünf junge Deutsche und ihre Lebensgeschichten, aufgezeichnet VON C....

End of Document

Bildung macht Kindergärten für Einwanderer attraktiv; Mehr Migrantenkinder in Kitas, Gymnasien, Unis. Die Professorin für interkulturelle Bildung Y. Karakasoglu erklärt, wie der Erfolg zustande kommt - und was nicht gelingt.

ZEIT-online

Donnerstag 28. Juni 2012 12:01 AM GMT

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: INTEGRATIONSBERICHT; Ausg. 26

Length: 1166 words

Byline: Parvin Sadigh

Body

Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan mit Integrationslotsen in Hannover. (Archivbild)

© Julian Stratenschulte/dpa

ZEIT ONLINE: Frau Karakasoglu, laut dem aktuellen Integrationsbericht geht es voran mit der Integration. Vor allem die Bildungssituation von Einwandererkindern verbessert sich: Krippen und Kindergärten werden häufiger genutzt, es gibt weniger Schulabbrecher und mehr Studenten. Ist in den vergangenen zwei Jahren etwas besonderes geschehen?

Yasemin Karakasoglu: Ja, die Entwicklung insgesamt ist erfreulich und entspricht keinesfalls der populären Wahrnehmung, im Bildungsbereich würde die Integration nicht voranschreiten. Im Bericht werden nun allerdings Befunde herausgehoben, die gar nicht so neu sind. Zum Beispiel die steigende Zahl der Einwandererkinder in Kindergärten. Sie steigt seit Langem kontinuierlich und liegt trotzdem noch immer unterhalb der Quote der Kinder ohne Migrationshintergrund. Dass sich viele Migranten aus niedrigeren sozialen Schichten eine hohe Bildung für ihre Kinder wünschen, wird im Bericht hervorgehoben, ist uns aber schon seit Ende der 1980er Jahre bekannt. Oder dass Jungen und Mädchen in Migrantenfamilien gleichermaßen unterstützt werden.

ZEIT ONLINE: War es also nur eine Frage der Zeit, dass Kinder von Migranten aufsteigen?

Karakasoglu: In gewisser Weise schon, wobei das kein Selbstläufer ist. Zum einen hat sich die Zusammensetzung der Einwanderer geändert. Es gibt immer weniger neue Zuwanderer mit geringen Bildungsvoraussetzungen aus den ehemaligen Gastarbeiterländern. Mehr Menschen mit höherem Bildungsstand kommen nach Deutschland. Selbst diejenigen, deren Ausbildung bislang nicht anerkannt wurde beziehungsweise die arbeitslos sind, motivieren ihre Kinder zu höheren Bildungsabschlüssen. Und die ehemaligen Gastarbeiter sind inzwischen in der zweiten und dritten Generation hier. Ihre Kinder und Enkel sind vertrauter mit dem Bildungssystem und sprechen meist Deutsch. Der Lernprozess steigert sich von Generation zu Generation, bis dann die erste Studentin in der Familie ist. Man könnte hier von einer Art Booster-Effekt sprechen. Der Drang, mehr

zu erreichen, wenn sich die ersten Erfolge einstellen, ist groß. Deshalb wollen auch mehr Abiturienten mit Migrationshintergrund studieren als solche ohne Migrationshintergrund.

ZEIT ONLINE: Haben denn die vielen Schulreformen, Integrations- und Sprachkurse oder die Diskussion um den Krippenausbau auch wichtige Weichen gestellt?

Karakasoglu: Ja, wir denken, dass in der Summe die vielen Maßnahmen zu wirken beginnen, die seit der ersten Pisa-Studie ergriffen wurden. Welche genau und wie sie zusammenwirken, kann man nur in Einzelfällen sagen. Es ist schwierig, diese Effekte zu evaluieren. Wir wissen zum Beispiel, dass Ganztagschulen Kindern aus bildungsfernen Familien (mit und ohne Migrationshintergrund) helfen, wenn sie ein hochwertiges Programm anbieten, das das pädagogische Vormittags- und den Nachmittagsangebot konzeptionell verbindet.

Viel bewirkt hat auch, dass die Bildungsaufgaben der Kindergärten und Schulen seit einiger Zeit öffentlich intensiv diskutiert werden. Die Pädagogen sind aufmerksamer geworden. Viele Lehrer sehen es inzwischen als ihre Aufgabe an, auch in anderen Fächern als in Deutsch, Sprachkenntnisse zu fördern. Zunehmend werden additive Maßnahmen, beispielsweise der Förderunterricht, der einzeln oder in kleinen Gruppen erteilt wird, ersetzt oder ergänzt durch integrative Maßnahmen: Der Stoff wird dann jedem Kind individuell im Klassenverband vermittelt. Die Diskussionen wirken auch in den Familien. Bis in die 1990er Jahre sahen viele Migranten wenig Sinn darin, ihre Kinder in die Kita zu schicken. Sie wollten eine Institution, die auf die Schule vorbereitet und eine Deutschförderung und standen dem Erziehungsanspruch der Kita eher kritisch gegenüber. Inzwischen wird der Bildungsauftrag öffentlich stärker betont, deshalb wächst auch die Akzeptanz.

ZEIT ONLINE: Also brauchen wir uns gar keine Sorgen zu machen, dass das Betreuungsgeld gerade für Migranten besonders attraktiv wird?

Karakasoglu: Das stimmt so leider nicht. Neben den Boostern gibt es die Gruppe, der wenig bewusst ist, dass der Kindergarten ihren Kindern weiterhelfen könnte. Das sind sowohl Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, die sozioökonomisch und in Bezug auf Bildung arm sind. Oft sind die Mütter in den kinderreichen Familien nicht berufstätig. Sie betreuen die Kinder zu Hause. Für diese Familien ist das Betreuungsgeld sehr attraktiv - aber ein Nachteil für die frühe Bildungsförderung ihrer Kinder.

ZEIT ONLINE: Zur Sprachförderung: Vorschüler werden inzwischen überall auf ihre Sprachkompetenzen getestet und erhalten Sprachkurse. Wissen Sie, wie gut die Kurse helfen?

Karakasoglu: Nahezu jedes Bundesland macht seine eigenen Sprachstandserhebungen und auch in der dann folgenden Sprachförderung gibt es zahlreiche unterschiedliche Konzepte. Es fehlt die gemeinsame Linie und es gibt keine belastbaren Vergleichsstudien. Wobei die Evaluation auch schwierig ist. Wir wissen immer noch nicht genug über den frühkindlichen Spracherwerb, insbesondere wenn die Kinder mehrsprachig aufwachsen. Er verläuft äußerst individuell. Denn das eine vierjährige Kind sagt noch kein Wort, ein anderes spricht schon fließend und scheint dem ersten weit voraus. Doch plötzlich lässt das erste Kind alles raus, was es passiv gelernt hat und ist auf demselben Stand.

Wir wissen aber sicher, dass eine isolierte Sprachförderung in vermeintlich homogenen Gruppen nur ein Jahr vor Schulbeginn nicht ausreicht. Sprachvermittlung muss zusätzlich im Altersgeschäft der Kita zur Kernaufgabe werden - immer im engen Austausch mit den Familien. Dazu müssen alle Erzieherinnen ausgebildet werden. Und die Mehrsprachigkeit der Kinder und ihrer Familien sollte anerkannt werden. Wenn der Herkunftssprache Raum gegeben wird, fühlen sich nicht nur die Familien und das Kind besser angenommen, auch die Gesellschaft erhält sich den Schatz der Sprachenvielfalt. Hier ist noch viel Handlungsbedarf.

ZEIT ONLINE: Das passt dazu, dass Maria Böhmer im Integrationsbericht ausdrücklich darauf hinweist, dass wir in Deutschland eine "Willkommenskultur" für Migranten brauchen. Was hilft Ihrer Ansicht nach noch gegen Diskriminierung?

Bildung macht Kindergärten für Einwanderer attraktiv Mehr Migrantenkinder in Kitas, Gymnasien, Unis. Die Professorin für interkulturelle Bildung Y. Karakasoglu

Karakasoglu: Dass Deutschland sich auch offiziell als Einwanderungsland versteht, ist noch nicht lange her. Wer in das Bild des gebürtigen Deutschen nicht passt, wird immer noch gefragt: Wo kommst du her? Wann gehst du zurück? Fremdländisches Äußeres passt noch nicht in das Bild des Durchschnittsdeutschen, ein etwas anderer Akzent ebenfalls nicht. Die Normalität von Deutschen mit familiären Wurzeln im Ausland ist noch nicht in den Köpfen angekommen. Trotzdem zeichnet sich hier schon Veränderung ab. Die sogenannten Deutschen mit Migrationshintergrund sind öffentlich in Medien, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik viel sichtbarer geworden. Das trägt dazu bei, dass Vielfalt gesellschaftlich besser akzeptiert wird.

Load-Date: June 29, 2012

End of Document

So viele Menschen wie nie verlassen ihre Heimat; Die weltweite Migration ist einer UN-Studie zufolge gestiegen: Mehr als 230 Millionen Menschen leben im Ausland. Besonders beliebt sind die USA, Russland und Deutschland.

ZEIT-online

Donnerstag 12. September 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: UN-Studie; Ausg. 37

Length: 229 words

Body

US-Fan: Diese Frau wanderte aus Nicaragua ein.

© Lucy Nicholson/Reuters

Die Zahl der Menschen, die statt in ihrem Heimatland im Ausland leben, ist höher denn je. Die USA, Russland und Deutschland sind dabei die Länder mit den meisten **Migranten**. Das geht aus Daten der Vereinten Nationen hervor, die jetzt in New York veröffentlicht wurden.

Der Statistik zufolge lebten in diesem Jahr 232 Millionen Menschen, das sind 3,2 Prozent der Weltbevölkerung, außerhalb ihres Heimatlandes. Im Jahr 2000 waren es 175 Millionen und 1990 waren es 154 Millionen. In Europa und Asien hielten sich zusammen fast zwei Drittel der internationalen Migranten weltweit auf - in diesem Jahr 72 Millionen in Europa und 71 Millionen in Asien.

Die internationale Migration ist auf relativ wenige Länder konzentriert: Die Hälfte der Migranten lebt in zehn Ländern. Die USA sind der UN-Statistik zufolge weiterhin das Land, das die meisten Menschen aus dem Ausland aufgenommen habe - 45,8 Millionen. Russland folgt mit 11 Millionen auf dem zweiten Platz, Deutschland mit 9,8 Millionen auf Platz drei. Danach kommen Saudi-Arabien mit 9,1 Millionen, die Vereinigten Arabischen Emirate und Großbritannien mit jeweils 7,8 Millionen, Frankreich mit 7,4 Millionen, Kanada mit 7,3 Millionen sowie Australien und Spanien mit jeweils 6,5 Millionen Migranten.

Load-Date: September 12, 2013

Die guten, bösen Einwanderer; Einwanderung ist teuer, erhöht die Kriminalität und gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir haben fünf Thesen zur Einwanderung auf den Wahrheitsgehalt überprüft.

ZEIT-online

Donnerstag 20. Juni 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: MIGRATION; Ausg. 23

Length: 1784 words

Byline: Christian Endt;Philip Faigle;Parvin Sadigh;Nicole Sagener

Body

Eine Frau lernt in einem speziell für Migrantinnen konzipierten Kurs in München das Radfahren.

© Inga Kjer/dpa

Mythos 1: Einwanderer sind teuer. Weil immer mehr Menschen in die Sozialsysteme einwandern, müssen alle Bürger zahlen.

Die letzte verlässliche Erhebung zu der Frage, was Zuwanderung kostet, stammt aus dem Jahr 2009. Damals erhielten in Deutschland 32 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund steuerfinanzierte Transferleistungen - also zum Beispiel Arbeitslosengeld II, Wohngeld oder Kindergeld. Unter den Einheimischen lag der Anteil bei 20 Prozent, also deutlich niedriger.

Ein Grund: Die Arbeitslosenquote unter Menschen mit Migrationshintergrund ist noch doppelt so hoch wie bei den in Deutschland geborenen. Der Staat muss also in vielen Fällen mehr Arbeitslosengeld zahlen. Allerdings haben weit weniger Menschen Anspruch auf Sozialtransfers, als oft behauptet wird. Ein EU-Bürger bekommt etwa nur dann Arbeitslosengeld, wenn er bereits drei Monate Vollzeit in Deutschland gearbeitet hat. Dennoch scheint zumindest die These zu stimmen, dass Einwanderung für den deutschen Staat ein Negativgeschäft ist.

Das aber ist zu kurz gedacht. Das zeigt sich, wenn man sich alle Zahlungen anschaut, die nicht über Steuern finanziert werden - die Rente etwa. Im Jahr 2009 erhielten 29 Prozent der Einheimischen Transfers, die über Beiträge finanziert werden. Unter den Migranten lag der Anteil nur bei 13 Prozent. Die Eingewanderten belasten die Rentenkasse also weniger als die Einheimischen, zahlen dafür aber Beiträge ein und stabilisieren damit das System. Der Grund ist simpel: Einwanderer sind oft jünger als die einheimische Bevölkerung. Viele verlassen das Land nach einer kurzen Zeit wieder, ohne im Alter Rente zu beziehen. Außerdem bringen die neuen Zuwanderer viel Wissen mit: 43 Prozent der Einwanderer hatten zuletzt einen Hochschul-, Meister- oder Technikerabschluss, verglichen mit 25 Prozent bei den schon hier Lebenden. Die Einwanderer heben also das Bildungsniveau.

Die guten, bösen Einwanderer Einwanderung ist teuer, erhöht die Kriminalität und gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir haben fünf Thesen zur Einwanderung....

Wie sieht die Bilanz unter dem Strich aus? Der Nürnberger Migrationsforscher Herbert Brücker hat beide Seiten der Rechnung vor wenigen Monaten gegeneinander gestellt. Er kommt zu dem Schluss, dass die Bilanz für den deutschen Staat positiv ist, ähnlich wie der Sozialforscher Holger Bonin bereits im Jahr 2000. Auch die Industrieländervereinigung OECD kam zuletzt zu dem Ergebnis, dass die neuen Zuwanderer dem deutschen Staat mehr nützen als sie ihn kosten. Die These von der teuren Einwanderung ist also ein Mythos.

Von Christian Endt

Mythos 2: Der Fachkräftemangel ist selbst ein Mythos. Die Wirtschaft braucht die Einwanderer nur, um die Löhne niedrig zu halten.

Eine populäre Behauptung - und sie ist falsch. Zwar stimmt es, dass ein Mangel an Fachleuten bisher nur in wenigen Branchen spürbar ist. Auch der Ingenieurs-Notstand fällt wohl nicht ganz so dramatisch aus, wie die Lobbyisten oft behauptet haben. Fachkräftemangel - das heißt eben nicht, dass einer Volkswirtschaft ein paar Leute fehlen. Das Problem ist komplexer: Weil mehr Alte in Rente gehen, als Junge auf den Arbeitsmarkt nachrücken, sinkt die Zahl der potenziellen Arbeitnehmer in Deutschland in den kommenden Jahren schneller und schneller.

Wenn aber die Zahl aller sinkt, die arbeiten können, fällt auch die Zahl der gezahlten Gehälter und der Sozialleistungen, mit denen die Rente der älteren Generation bezahlt wird. Wo keine Arbeiter sind, braucht es auch keine Maschinen und Investitionen. Am Ende leidet das Wachstum, oder noch schlimmer: Die Wirtschaft schrumpft, sie passt sich dem neuen Status Quo an.

Wie lässt sich das verhindern? Etwa indem mehr Frauen einer Vollzeitarbeit nachgehen und Langzeitarbeitslose wieder ins System integriert werden. Das geschieht, aber es reicht nicht. Mindestens 200.000 Menschen müssten langfristig unter dem Strich nach Deutschland einwandern, schätzen Migrationsforscher, damit die Menge der potenziellen Arbeitnehmer in den kommenden Jahren ungefähr gleich bleibt. Eher unwahrscheinlich, dass das jedes Jahr gelingt. Mag also sein, dass die Löhne - vor allem für junge, gut Qualifizierte - steigen werden, statt zu sinken. Das würde aber dem Dumping-Argument der Kritiker widersprechen.

Von Philip Faigle

Mythos 3: Wenn noch mehr Einwanderer nach Deutschland kommen, sind die Christen bald in der Minderheit. Dabei bereiten uns Muslime jetzt schon Probleme.

Was stimmt: Die Zahl der Muslime ist seit 1970 stark gestiegen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in Deutschland hat sich bis zum vergangenen Jahr fast vervierfacht. Dennoch leben heute laut Deutscher Islamkonferenz nur rund fünf Prozent Muslime in Deutschland. Selbst Bremen, das am meisten Muslime beherbergt (zehn Prozent), ist weit davon entfernt, mehrheitlich muslimisch zu werden.

Das Research Center's Forum on Religion & Public Life schätzt, dass sich der Anteil der Muslime in Deutschland in Zukunft leicht erhöhen wird - bis 2030 auf etwa sieben Prozent.

Das ist sehr hoch gegriffen. In den fünf Prozent enthalten sind nur die Menschen, die aus einem muslimischen Kulturkreis eingewandert sind. Gläubige Muslime sind nicht in Kirchen organisiert wie Christen und lassen sich deshalb schlechter zählen. Die Forschungsgruppe Weltanschauungen schätzt, dass höchstens 50 Prozent der offiziell gezählten Muslime wirklich gläubig sind.

Ein anderer Umstand könnte allerdings dazu führen, dass Christen in die Minderheit geraten: Die Zahl der Nichtgläubigen steigt. Während 1970 knapp vier Prozent der Deutschen ohne Konfession lebten, sind es heute je nach Schätzung zwischen 33 und 37 Prozent. Tendenz steigend. Beeinflussen könnten das wiederum nur mehr Zuwanderer. Denn die größte Gruppe der neuen Zuwanderer sind meistens Christen aus Mittel- und Osteuropa, allen voran katholische Polen. Wegen der Krise wandern viele Südeuropäer ein, auch wenn nicht klar ist, wie lange sie bleiben. Auch sie sind oft katholisch.

Die guten, bösen Einwanderer Einwanderung ist teuer, erhöht die Kriminalität und gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir haben fünf Thesen zur Einwanderung....

Von Parvin Sadigh

Mythos 4: Zuwanderer begehen mehr Verbrechen. Es wird unsicherer im Land, wenn mehr Menschen kommen.

Eine populäre Lesart der Kriminalstatistik aus dem Jahr 2012 geht so: Jeder vierte Tatverdächtige in Deutschland hat keinen deutschen Pass, obwohl der Anteil der Ausländer an der deutschen Bevölkerung lediglich bei neun Prozent liegt. Stimmt es also nicht, wenn behauptet wird, dass Ausländer mehr Verbrechen begehen als Einheimische?

Was die Statistik jedoch nicht sagt: Fast die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund hat einen deutschen Pass - diese Menschen tauchen also in der Statistik als Deutsche auf. Gleichzeitig aber werden auch jene als Ausländer gezählt, die in Deutschland ein Verbrechen begehen, ohne hier zu wohnen: Touristen zum Beispiel, Geschäftsleute oder Menschen auf der Durchreise. Zu dieser Bevölkerungsgruppe zählen vor allem Mitglieder von kriminell organisierten Banden. Sie begehen Schätzungen zufolge rund ein Viertel bis ein Drittel aller von Ausländern begangenen Straftaten. Zudem gilt auch als ausländischer Straftäter, wer seine Tat vom Ausland aus begeht - etwa ein Cyberverbrechen über einen Computer.

Wichtig ist auch ein Blick auf die Art der Verbrechen: Ob Ladendiebstahl, Mord, illegale Einreise oder Terroranschlag - in der Statistik stehen sie alle gleichrangig nebeneinander. Viele Straftaten - etwa gegen das Aufenthaltsgesetz oder das Asylverfahrensgesetz - können Einheimische aber gar nicht begehen. Oft werden außerdem nicht die Verurteilten, sondern nur die Tatverdächtigen gezählt. Somit könnte eine Erklärung für die höhere Zahl auch sein, dass Ausländer eher verdächtigt werden als Deutsche.

Von Nicole Sagener

Mythos 5: Es gibt genug Parallelgesellschaften in deutschen Städten. Kommen mehr Einwanderer, ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet.

Jeder kennt die Straßenzüge in Berlin-Neukölln, Hamburg-Wilhelmsburg oder Duisburg-Marxloh: Straßen, in denen alle Läden türkisch sind und Frauen mit Kopftuch herumlaufen. Diese Bilder werden oft mit der Vorstellung verknüpft, hinter den Wohnungs- und Moscheetüren habe sich eine autonome fremde Gesellschaft gebildet, die ihren eigenen Regeln folgt.

Der Historiker Jochen Oltmer findet jedoch schon das Wort falsch. Parallelgesellschaft sei ein Kampfbegriff, sagt er. Meist seien damit nur türkische-muslimische Communitys gemeint. Die Elite, die in Dahlem oder Blankenese unter sich bleibt und deren Mitglieder sich gegenseitig Vorteile verschaffen, wird nicht so bezeichnet. Freiwillig ist die Konzentration der ungebildeten, armen Einwanderer in bestimmten Stadtteilen ohnehin nur bedingt. Sie brauchen bezahlbare Wohnungen. Und natürlich leben nicht nur Türken und Muslime in Neukölln. Eigene Schiedsgerichte oder Schulen gibt es sehr selten. Die meisten türkischstämmigen Einwanderer nutzen die deutschen Institutionen und arbeiten in deutschen Firmen.

Tatsächlich aber nutzen Einwanderer soziale oder ethnische Netzwerke, denn es nützt ihnen. Der Politikwissenschaftler Thomas Meyer spricht von einer "hilfreichen Schleusenfunktion". Bereits hier lebende Verwandte oder Freunde erklären, zu welcher Behörde die neu Eingewanderten gehen müssen, wie man eine Wohnung findet. Sie sprechen die gleiche Sprache und sorgen für ein wenig Geborgenheit in der Fremde. Oltmer sagt, diese Netzwerke seien charakteristisch für Migration, sogar verantwortlich für ihr Ausmaß. Man denke an Kolonien in New York wie Little Italy, Little Germany oder China Town.

Nur wenn das Netz sehr groß ist, die Einwanderer einheitlich aus einer ungebildeten armen Schicht kommen und sie sich von der Mehrheitsgesellschaft diskriminiert fühlen, kann das für sie zur Falle werden, sagt Meyer. Die neuen Migranten lernen nicht Deutsch, können ihren Kindern in der Schule nicht helfen, sie konsumieren nur türkischsprachige Medien. Eine Spirale entsteht, die die Einwanderer am Aufstieg und an der Integration in die

Die guten, bösen Einwanderer Einwanderung ist teuer, erhöht die Kriminalität und gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Wir haben fünf Thesen zur Einwande....

Mehrheitsgesellschaft hindert. Wer arbeitslos ist, verkehrt nur noch mit Arbeitslosen, der Hilfsarbeiter mit Hilfsarbeitern.

Besteht also die Gefahr, dass sich neue Kolonien bilden? Neue Einwanderer in Deutschland kommen zu 60 Prozent aus europäischen Ländern. Polen, Rumänen und Bulgaren nutzen natürlich ihre Netzwerke. Spanische Studenten ziehen in eine WG mit befreundeten Spaniern. Doch diese Netze werden sich nicht zu sogenannten Parallelgesellschaften verfestigen. Die meisten der aktuellen Einwanderer sind gebildet - und "je höher der Bildungsgrad, desto größer ist die Tendenz, dass sich Kolonien wieder auflösen", sagt Oltmer. Auch die Gefahr, dass sich sogenannte Parallelgesellschaften von ungebildeten Bulgaren und Rumänen bilden, sei nicht sehr groß. Viele der Einwanderer bleiben nicht lange in Deutschland, sagt Oltmer, und sie sind zu wenige, um eigene Kolonien zu bilden.

Von Parvin Sadigh

Load-Date: June 20, 2013

End of Document

Die Ignorierten; Am Brandenburger Tor in Berlin sind 29 Asylbewerber in trockenen Hungerstreik getreten. Sie wollen, dass ihnen jemand zuhört. Die Bundesregierung verweigert jede Antwort.

ZEIT-online

Dienstag 15. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asylbewerber; Ausg. 42

Length: 680 words

Byline: Christopher Pramstaller

Body

29 **Asylbewerber** sind vor dem Brandenburger Tor in den trockenen Hungerstreik getreten.

© JOHANNES EISELE/AFP/Getty Images

Sibtain Naqvi zittert, während er spricht. Im kalten Regen steht der Pakistaner vor dem Brandenburger Tor, seine rote Jacke hält die Nässe nur notdürftig ab. Seit dem 9. Oktober sind er und 28 weitere **Asylbewerber** in Berlin-Mitte im Hungerstreik, nun weigern sie sich auch noch zu trinken.

Während vor der italienischen Insel Lampedusa Flüchtlinge sterben und sich die europäischen Innenminister vergangene Woche in Luxemburg darauf verständigt haben, Europas Asylsystem "selbstverständlich" nicht zu ändern, protestieren in Berlin Asylbewerber gegen den Umgang mit ihnen - hier am Brandenburger Tor und seit Oktober 2012 am Oranienplatz im Stadtteil Kreuzberg. Auch in anderen Städten Deutschlands wächst der Unmut von Flüchtlingen und Asylbewerbern, die sich hilflos einem Amtsapparat ausgesetzt fühlen, der monatelang keine Antworten gibt.

Neun Hungerstreikende sind am Brandenburger Tor im Laufe des Tages schon ins Krankenhaus gebracht worden. Ein Sprecher der Feuerwehr spricht von akuten Schwächeanfällen, der Einsatz dauert schon mehrere Stunden. Die Asylbewerber haben nicht mehr als Planen und Isomatten, ein Zelt dürfen sie hier nicht aufbauen. Doch der Protest soll weitergehen. So lange, bis sich jemand mit den Asylanträgen auseinandersetzt. Oder den Protestierenden zumindest zuhört. Denn bislang werden sie von der Stadt Berlin und der Bundesregierung weitgehend ignoriert.

Eigentlich darf er gar nicht in Berlin sein

"Wir bekommen einfach keine Antwort auf unsere Asylanträge", sagt Naqvi. "Deutschland hat zwar seine Unterschrift unter die UN-Flüchtlingskonvention gesetzt, doch niemand handelt danach." Schon seit einem Jahr wartet der Pakistaner darauf, dass sein Asylantrag beantwortet wird. Untergebracht ist er in Reisbach, einer 7.000-

Die Ignorierten Am Brandenburger Tor in Berlin sind 29 Asylbewerber in trockenen Hungerstreik getreten. Sie wollen, dass ihnen jemand zuhört. Die Bundesregierung....

Einwohner-Gemeinde bei Dingolding in Bayern. Eigentlich darf er gar nicht in Berlin sein, er verstößt gegen die sogenannte Residenzpflicht. Auch dagegen demonstrieren sie hier in Berlin.

Schon einmal war Naqvi dabei, als ein trockener Hungerstreik Druck auf die Politiker ausüben sollte. Im Juni war das, am Münchner Rindermarkt. Naqvi und 40 andere hatten dort protestiert, doch die bayerische Regierung blieb hart. Nach nur neun Tagen löste die Polizei den Protest auf. Wirkliche Gespräche blieben auch danach aus.

Auch ans Brandenburger Tor haben es nur zwei Bundespolitiker geschafft. Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der Linken, ist einer davon. Er unterstützt die Flüchtlinge bei ihrem Wunsch, mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und des Berliner Senats ins Gespräch zu kommen: "Wir können diese Forderung nur unterstreichen: Es wird Zeit, dass die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker endlich Kontakt mit den Flüchtlingen aufnehmen und sich ihren Forderungen stellen", sagt Riexinger.

"Vordringlich ist aus unserer Sicht die vollständige Aufhebung der Residenzpflicht, den freien Zugang auch von Asylsuchenden zum Arbeitsmarkt und auf europäischer Ebene die Abschaffung der Dublin-Verordnung", sagt Riexinger. Wenn sich da nichts bewege, trage "die Bundesregierung die moralische und politische Verantwortung für die Folgen des Hungerstreiks."

Auch die Linke-Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyniak sieht die Politik in der Verantwortung. "Als im vergangenen November schon einmal ein Hungerstreik am Brandenburger Tor stattfand, hat die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, wenigstens noch mit den Flüchtlingen gesprochen", sagt Wawzyniak. "Heute wird sich von Seite der Bundesregierung überhaupt mehr mit dem Problem auseinandergesetzt. Und das vor dem Hintergrund der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa."

Derzeit gibt es jedoch keine Anzeichen, dass die Bundesregierung handelt. Auch der Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) scheint lediglich um die Gesundheit, nicht aber um den Status der Menschen besorgt. Er rief die Flüchtlinge lediglich dazu auf, sich angesichts der Witterungsbedingungen nicht länger gesundheitlichen Risiken auszusetzen.

Load-Date: October 15, 2013

Wer fremdelt, schafft es nicht; Was muss sich ändern, damit Migranten Karriere machen? Ein Gespräch mit dem deutsch-iranischen Experten Armand Farsi

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: CHANCEN; Wer fremdelt, schafft es nicht; S. 59; Ausg. 35

Length: 1091 words

Byline: Arnfrid Schenk

Body

DIE ZEIT: Herr Farsi, in Ihrer Dissertation haben Sie untersucht, welche Voraussetzungen **Migranten** für eine Karriere in der Wirtschaft benötigen. Sie sagen, ein Studium allein genüge nicht. Warum?

Armand Farsi: Ein Hochschulabschluss ist zwar notwendig, er allein reicht aber nicht aus für eine Spitzenkarriere. Ein weiteres ausschlaggebendes Kriterium ist die soziale Herkunft. Wer nicht aus der Oberschicht kommt, hat es schwer. Die Ähnlichkeit zu den Entscheidern zählt. Die zeigt sich in einem gewissen Habitus. Man ist im abendländischen Bildungskanon zu Hause, kennt sich aus in Geschichte und Literatur, weiß, wie man sich in Theater und Oper zu verhalten hat. Man kennt die Codes und Regeln dieser Zirkel und fremdelt dort nicht. Dieser Habitus lässt sich nur in Teilen erlernen. Das hat eine ganz andere Tiefe, wenn man diese Dinge schon in der Kindheit beigebracht bekommt.

ZEIT: Warum ist diese Ähnlichkeit so wichtig?

Farsi: Ein Entscheidungsträger geht für gewöhnlich davon aus, dass er der richtige Mann am richtigen Ort ist. Und dass somit nur eine Person, die ihm ähnlich ist, einmal ähnliche Aufgaben erledigen kann. Zum Beispiel jemand, der auf einem vergleichbaren Internat war, einer vergleichbaren Eliteuniversität.

ZEIT: Dieser Stallgeruch müsste doch aber auch für "Einheimische" gelten?

Farsi: Soziale Herkunft ist auch für sie entscheidend. Allerdings kommt bei Migranten zusätzlich noch der andere ethnische Hintergrund dazu, der die Ähnlichkeit weiter verringert. Das größere Vertrauen wird einem Kandidaten deutscher Herkunft entgegengebracht. Und es gibt einen weiteren entscheidenden Punkt: Ich nenne ihn in meiner Arbeit den "migrantischen Netzwerkmalus".

ZEIT: Meinen Sie damit, Einwanderer haben die falschen Freunde?

Farsi: Bezogen auf die Spitzenkarrieren, teilweise ja. Die Daten haben ergeben: Je "einheimischer" der Freundes- und Bekanntenkreis der Befragten ist, umso größer ist ihr beruflicher Erfolg. Wer sich vor allem in

Wer fremdelt, schafft es nicht Was muss sich ändern, damit Migranten Karriere machen? Ein Gespräch mit dem deutsch-iranischen Experten Armand Farsi

migrantischen Zirkeln bewegt, hat schlechtere Karrierechancen. Das gilt selbst bei vergleichbaren Bildungsabschlüssen des Freundeskreises.

ZEIT: Wie erklären Sie sich diesen Effekt?

Farsi: Ich vermute, dass es in den "einheimischen" Netzwerken relevantere Informationen für den beruflichen Aufstieg gibt, seien es Tipps zu Stipendien oder offenen Stellen.

ZEIT: Was ist bei den Befragten, die Karriere gemacht haben, anders gelaufen als bei denen, die unter ihrer Qualifikation beschäftigt sind?

Farsi: Sie zählen vorrangig einheimische Akademiker zu ihren Freunden. Sie entstammen alle einem gehobenen Elternhaus, haben einen Universitätsabschluss mit Bestnoten. Und sie sind nicht in einer ethnischen Nischenökonomie gestartet, in Unternehmen also, die gezielt Einwanderergruppen ansprechen.

ZEIT: Der Titel Ihrer Doktorarbeit lautet: *Migranten auf dem Weg zur Elite*? Was verstehen Sie unter Elite?

Farsi: In der Studie verwende ich den Begriff Elite sinnbildlich für außerordentlichen Berufserfolg. Ich habe Fragebögen von rund 620 Migranten ausgewertet; die Befragten waren im Schnitt 35 Jahre alt, hatten alle einen Hochschulabschluss, ein durchschnittliches Bruttojahreseinkommen von 75 000 Euro und zu einem Drittel Personalverantwortung.

ZEIT: Was hat Sie eigentlich angetrieben zu dieser Studie?

Farsi: Die zunehmende Stigmatisierung der Migranten hat mich nachdenklich gemacht. Ich wollte dem negativen Bild "der Migranten" - Schulabbrecher, Integrationsverweigerer - etwas entgegensetzen. Es gibt ja jene, die es geschafft haben. Die einen Hochschulabschluss haben, Leistungsträger sind, aber kaum wahrgenommen werden von der Gesellschaft. Diese Erfolgsbiografien wollte ich untersuchen.

ZEIT: Inwiefern spielte Ihre eigene Biografie dabei eine Rolle?

Farsi: Meine Eltern sind beide Akademiker, sodass Abitur und Studium bei mir keine außergewöhnliche Leistung sind. Aber ich habe festgestellt: Je weiter ich kam, umso weniger Migranten waren um mich herum. Das ging los bei dem Übertritt aufs Gymnasium, setzte sich fort an der Universität, in den Stipendienprogrammen, bei meinem Berufseinstieg bei einer internationalen Strategieberatung.

ZEIT: Vergangene Woche ist eine Studie erschienen. Demnach fühlt sich jeder vierte Schüler und Student mit ausländischen Wurzeln diskriminiert (*siehe Text unten*). Deckt sich das mit Ihren Erfahrungen?

Farsi: In relevanten Lebenssituationen habe ich persönlich eigentlich nie offene Diskriminierung erlebt. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass manch andere Benachteiligungen erlebt haben. Dieses Wahrnehmungsmuster zeichnet sich übrigens auch in meiner Untersuchung ab: Auf die Frage "Glauben Sie, dass Akademiker mit Migrationshintergrund im Beruf benachteiligt werden?" antworteten knapp 80 Prozent mit Ja. Persönlich erlebt hat eine Benachteiligung hingegen nur jeder Dritte.

ZEIT: Könnte nicht aus dem Nachteil "Migrationshintergrund" ein Vorteil werden, durch die Sprachkenntnisse, die größere interkulturelle Kompetenz?

Farsi: Ich würde es mir wünschen, aber ich bin da sehr skeptisch. Es mag in Einzelfällen so sein, aber ich glaube, es ist noch ein weiter Weg bis dahin. Studien zeigen ja, dass Bewerber mit deutschen Namen gegenüber Bewerbern mit zum Beispiel türkischen Namen nach wie vor bevorzugt werden.

ZEIT: Was muss sich ändern, damit der Weg in die Eliten leichter wird?

Farsi: Es gilt den Effekt der sozialen Herkunft abzufedern. Migrantenkinder aus bildungsfernen Schichten müssen außerdem früh an identitätsstiftende kulturelle Inhalte herangeführt werden.

Wer fremdelt, schafft es nicht Was muss sich ändern, damit Migranten Karriere machen? Ein Gespräch mit dem deutsch-iranischen Experten Armand Farsi

ZEIT: Wie soll das gehen?

Farsi: Regelmäßige Theaterbesuche etwa, Lesestunden, kostenfreier Unterricht, um klassische Musikinstrumente zu erlernen. Es gibt ja schon entsprechende Förderprogramme, aber die können ausgeweitet werden. Ich halte wenig von - sicher gut gemeinten - Initiativen wie Graffiti- und Breakdance-Kursen in Brennpunktvierteln. Die lassen die Unterschiede zu den Entscheidern in der Wirtschaft nur noch größer werden. Hilfreich wäre es sicher auch, in Schulen für eine bessere Mischung zu sorgen, sowohl was den Anteil an Einwandererkindern anbelangt als auch die soziale Herkunft der Schüler. Kinder aus Einwandererfamilien sollten früh in die Kita kommen. Der Kitabesuch sollte belohnt werden, nicht das Zuhausebleiben. Das Betreuungsgeld ist der falsche Weg.

DAS INTERVIEW FÜHRTE ARNFRID SCHENK

Graphic

Armand Farsi, 32, Sohn iranischer Eltern, studierte Internationale BWL in Tübingen und Washington. Er hat zum Thema "Migranten auf dem Weg zur Elite?" promoviert

Load-Date: September 17, 2013

»Das Sprachproblem ist größer als gedacht«; Der Migrationsforscher der OECD, Thomas Liebig, erklärt, warum viele Arbeitsmigranten aus Südeuropa nicht lange in Deutschland bleiben. Ein Gespräch

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN, BERUF; »Das Sprachproblem ist größer als gedacht«; S. 63; Ausg. 28

Length: 750 words

Byline: Moritz Baumstieger

Body

DIE ZEIT: Herr Liebig, der von Ihnen mitverfasste Migrationsausblick der OECD zeigt, dass Deutschland unter Arbeitsmigranten so beliebt ist wie nie zuvor - fast 300000 kamen im letzten Jahr. Woher kommen die neuen Fachkräfte?

Thomas Liebig: Die meisten kommen nach wie vor aus den neuen EU-Staaten, diese Folge der Osterweiterung wird auch noch einige Zeit anhalten. Aber der größte prozentuale Anstieg ist bei Migranten aus den sogenannten südeuropäischen Krisenländern zu beobachten.

ZEIT: Die es aber großteils nicht lange in Deutschland aushalten, wie die Studie zeigt.

Liebig: Nur rund 40 Prozent der Migranten, die aus der EU in 2011 nach Deutschland gekommen sind, waren am Ende des Jahres 2012 noch hier. Die Hälfte der Griechen hatte es sich binnen eines Jahres anders überlegt, bei den Spaniern ist nur jeder Dritte länger als zwölf Monate geblieben.

ZEIT: Woran liegt das?

Liebig: Das Sprachproblem ist größer als gedacht. Deshalb investiert die Bundesregierung seit Anfang des Jahres etwa 140 Millionen Euro in spezielle Sprachkurse für junge potenzielle Auswanderer in ihren Heimatländern.

ZEIT: Bis die die Sprache beherrschen, wird es aber dauern.

Liebig: Die Effekte solcher Maßnahmen sind langfristig, das müssen wir derzeit schmerzlich erfahren: Noch vor zehn Jahren wurde das Angebot an Sprachkursen im Ausland aus Kostengründen heruntergefahren. Bis 2011 durfte das Goethe-Institut zudem keine explizit berufsvorbereitenden Kurse für Arbeitsmigranten anbieten. Dadurch wurde viel Potenzial verschenkt, das wir nun brauchen könnten.

ZEIT: Auch was die Abschlüsse angeht, fühlen sich Arbeitsmigranten oft *lost in translation*.

»Das Sprachproblem ist größer als gedacht« Der Migrationsforscher der OECD , Thomas Liebig, erklärt, warum viele Arbeitsmigranten aus Südeuropa nicht lange in D....

Liebig: Innereuropäisch sollte die Anerkennung von Abschlüssen für die meisten rein rechtlich kein Problem sein, das ist durch EU-Recht weitgehend geregelt. Wir sollten aber von den Arbeitgebern mehr Bereitschaft verlangen, ausländische Abschlüsse wirklich zu akzeptieren. Solange Unsicherheit und Vorbehalte, ob etwa ein griechischer Mechaniker halten kann, was sein Zeugnis verspricht, Einstellungen verhindern, kann ihr Fachkräftemangel doch nicht so dramatisch sein.

ZEIT: Es ist also nicht nur wichtig, was die Migranten mitbringen, sondern auch, wie wir sie empfangen.

Liebig: Das Wort »Willkommenskultur« war in letzter Zeit sehr in Mode - und es ist gut, dass wir über solche Dinge diskutieren. Hier gibt es einen Bewusstseinswandel, dass der Arbeitsmigrant nicht in erster Linie als potenzielles Problem wahrgenommen wird. Das könnte eine Chance für Deutschland werden, denn in anderen europäischen Ländern geht die Entwicklung derzeit eher in die andere Richtung. Migranten nehmen diese allgemeine Atmosphäre sehr stark wahr - auch, ob nur sie als Fachkräfte willkommen sind, ihre Angehörigen aber zum Beispiel nicht.

ZEIT: Abgesehen von Sprache, Abschlüssen und Willkommenskultur: Wo liegen sonst die größten Probleme?

Liebig: Beim sogenannten *matching*: Wie bringe ich den spanischen Ingenieur und den Unternehmer von der Schwäbischen Alb zusammen? Viele der Arbeitsmigranten ziehen ja zunächst in die großen Städte, Berlin, Hamburg, München, um dort nach Arbeit zu suchen. Aber den größten Bedarf hat der Mittelstand - und der sitzt häufig auf dem Lande.

ZEIT: Und wie findet der Mittelständler nun den spanischen Ingenieur, den er dringend braucht?

Liebig: Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) sucht inzwischen sehr gezielt in den Krisenstaaten nach Fachkräften - ein großer Wandel, wenn man bedenkt, dass die Agentur noch vor sieben Jahren deutsche Arbeitslose ins damalige Boom-Land Spanien vermittelt hat. Bewerbern werden zum Beispiel die Flüge für die Anreise bei Vorstellungsgesprächen bezahlt. Manche Experten scherzen schon ein wenig über diesen Aktionismus.

ZEIT: Inwiefern?

Liebig: In letzter Zeit wurde wirklich viel angepackt. Die Deutschen scheinen oft nur ein »ganz oder gar nicht« zu kennen, wenn sie ein Problem erkannt haben - und jetzt arbeiten sie unter Volldampf am Projekt Fachkräftemangel. Ich nenne das die *honeymoon*-Phase. Und ich hoffe, dass die neue Liebe der Deutschen zu den ausländischen Fachkräften eine nachhaltige wird.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE MORITZ BAUMSTIEGER

Thomas Liebig, Migrationsexperte bei der OECD in Paris, zuständig für die Länderstudien zur Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern

Load-Date: March 25, 2022

Das Heer als Motor für Integration; Ein Slowake in Wien: Rastislav Bachora, 34, Politologe

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

25. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK ÖSTERREICH, DRINNEN; Das Heer als Motor für Integration; S. 9; Ausg. 31

Length: 306 words

Byline: Ernst Schmiederer

Body

Als Siebenjähriger kam ich mit meiner Familie aus der Tschechoslowakei nach Österreich. Unsere Eltern wollten ein Leben in Freiheit. Die Begleitumstände haben mich nachhaltig beeinflusst: In meinem Leben spielt das Thema Sicherheit eine große Rolle. Die Studie, die ich in den letzten Jahren betreut habe, fügt sich ideal in meinen Lebenslauf: *Integration im Schützengraben - **Migrationshintergrund**, Militär, sozialer Friede.*

Wir konnten in Deutschland, Großbritannien, Schweden und Österreich recherchieren und herausarbeiten, wie das österreichische Bundesheer Migranten integriert. Wir konnten belegen, dass Soldaten mit Migrationshintergrund den sozialen Frieden stimulieren und gesellschaftliche Prozesse außerhalb des Heeres positiv beeinflussen können. In den drei anderen Ländern werden Soldaten bei Auslandseinsätzen gerne dorthin geschickt, wo sie aufgrund ihrer Wurzeln besondere Wirkung entfalten können. Deutschland entsendet Soldaten mit afghanischem Migrationshintergrund nach Afghanistan. Es bringt Vorteile, wenn man die Landessprache beherrscht und kulturelle Codes entziffern kann. In Österreich hingegen darf ein Soldat nicht in jenem Land eingesetzt werden, aus dem seine Vorfahren kommen. Man fürchtet, er könnte in einen Loyalitätskonflikt geraten oder zu einem Feindbild werden. Unsere Arbeit zeigt, dass das Modell der anderen Länder zahlreiche Vorteile birgt. Deutsche Offiziere mit Migrationshintergrund sagten mir, dass sie im zivilen Leben eindeutig mehr Diskriminierung erfahren hätten als im geschützten System der Armee. In der Privatwirtschaft ist die strukturelle Diskriminierung sicher größer. Ich habe sie nur als Kind erfahren, als ich noch nicht richtig Deutsch konnte.

AUFGEZEICHNET VON ERNST SCHMIEDERER

Rastislav Bachora aus Bratislava lebt in Wien

Load-Date: March 25, 2022

"Das Sprachproblem ist größer als gedacht"; Der Migrationsforscher der OECD, Thomas Liebig, erklärt, warum viele Arbeitsmigranten aus Südeuropa nicht lange in Deutschland bleiben. Ein Gespräch

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

4. Juli 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: S. 63; Ausg. 28

Length: 747 words

Byline: Moritz Baumstieger

Body

DIE ZEIT: Herr Liebig, der von Ihnen mitverfasste **Migrationsausblick** der OECD zeigt, dass Deutschland unter Arbeitsmigranten so beliebt ist wie nie zuvor - fast 300000 kamen im letzten Jahr. Woher kommen die neuen Fachkräfte?

Thomas Liebig: Die meisten kommen nach wie vor aus den neuen EU-Staaten, diese Folge der Osterweiterung wird auch noch einige Zeit anhalten. Aber der größte prozentuale Anstieg ist bei **Migranten** aus den sogenannten südeuropäischen Krisenländern zu beobachten.

ZEIT: Die es aber großteils nicht lange in Deutschland aushalten, wie die Studie zeigt.

Liebig: Nur rund 40 Prozent der Migranten, die aus der EU in 2011 nach Deutschland gekommen sind, waren am Ende des Jahres 2012 noch hier. Die Hälfte der Griechen hatte es sich binnen eines Jahres anders überlegt, bei den Spaniern ist nur jeder Dritte länger als zwölf Monate geblieben.

ZEIT: Woran liegt das?

Liebig: Das Sprachproblem ist größer als gedacht. Deshalb investiert die Bundesregierung seit Anfang des Jahres etwa 140 Millionen Euro in spezielle Sprachkurse für junge potenzielle Auswanderer in ihren Heimatländern.

ZEIT: Bis die die Sprache beherrschen, wird es aber dauern.

Liebig: Die Effekte solcher Maßnahmen sind langfristig, das müssen wir derzeit schmerzlich erfahren: Noch vor zehn Jahren wurde das Angebot an Sprachkursen im Ausland aus Kostengründen heruntergefahren. Bis 2011 durfte das Goethe-Institut zudem keine explizit berufsvorbereitenden Kurse für Arbeitsmigranten anbieten. Dadurch wurde viel Potenzial verschenkt, das wir nun brauchen könnten.

ZEIT: Auch was die Abschlüsse angeht, fühlen sich Arbeitsmigranten oft *lost in translation*.

"Das Sprachproblem ist größer als gedacht" Der Migrationsforscher der OECD , Thomas Liebig, erklärt, warum viele Arbeitsmigranten aus Südeuropa nicht lange in D....

Liebig: Innereuropäisch sollte die Anerkennung von Abschlüssen für die meisten rein rechtlich kein Problem sein, das ist durch EU-Recht weitgehend geregelt. Wir sollten aber von den Arbeitgebern mehr Bereitschaft verlangen, ausländische Abschlüsse wirklich zu akzeptieren. Solange Unsicherheit und Vorbehalte, ob etwa ein griechischer Mechaniker halten kann, was sein Zeugnis verspricht, Einstellungen verhindern, kann ihr Fachkräftemangel doch nicht so dramatisch sein.

ZEIT: Es ist also nicht nur wichtig, was die Migranten mitbringen, sondern auch, wie wir sie empfangen.

Liebig: Das Wort "Willkommenskultur" war in letzter Zeit sehr in Mode - und es ist gut, dass wir über solche Dinge diskutieren. Hier gibt es einen Bewusstseinswandel, dass der Arbeitsmigrant nicht in erster Linie als potenzielles Problem wahrgenommen wird. Das könnte eine Chance für Deutschland werden, denn in anderen europäischen Ländern geht die Entwicklung derzeit eher in die andere Richtung. Migranten nehmen diese allgemeine Atmosphäre sehr stark wahr - auch, ob nur sie als Fachkräfte willkommen sind, ihre Angehörigen aber zum Beispiel nicht.

ZEIT: Abgesehen von Sprache, Abschlüssen und Willkommenskultur: Wo liegen sonst die größten Probleme?

Liebig: Beim sogenannten *matching*: Wie bringe ich den spanischen Ingenieur und den Unternehmer von der Schwäbischen Alb zusammen? Viele der Arbeitsmigranten ziehen ja zunächst in die großen Städte, Berlin, Hamburg, München, um dort nach Arbeit zu suchen. Aber den größten Bedarf hat der Mittelstand - und der sitzt häufig auf dem Lande.

ZEIT: Und wie findet der Mittelständler nun den spanischen Ingenieur, den er dringend braucht?

Liebig: Die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) sucht inzwischen sehr gezielt in den Krisenstaaten nach Fachkräften - ein großer Wandel, wenn man bedenkt, dass die Agentur noch vor sieben Jahren deutsche Arbeitslose ins damalige Boom-Land Spanien vermittelt hat. Bewerbern werden zum Beispiel die Flüge für die Anreise bei Vorstellungsgesprächen bezahlt. Manche Experten scherzen schon ein wenig über diesen Aktionismus.

ZEIT: Inwiefern?

Liebig: In letzter Zeit wurde wirklich viel angepackt. Die Deutschen scheinen oft nur ein "ganz oder gar nicht" zu kennen, wenn sie ein Problem erkannt haben - und jetzt arbeiten sie unter Volldampf am Projekt Fachkräftemangel. Ich nenne das die *honeymoon*-Phase. Und ich hoffe, dass die neue Liebe der Deutschen zu den ausländischen Fachkräften eine nachhaltige wird.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE MORITZ BAUMSTIEGER

Thomas Liebig, Migrationsexperte bei der OECD in Paris, zuständig für die Länderstudien zur Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern

Load-Date: July 4, 2013

Ist das noch humanitär?; Zum Umgang mit Flüchtlingen aus Syrien

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

27. Dezember 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: POLITIK SCHWEIZ, NORD-SÜD-ACHSE; Ist das noch humanitär?; S. 12; Ausg. 1

Length: 551 words

Byline: Anita Fetz

Body

VON ANITA FETZ

Der Generalsekretär von Amnesty International war deutlich: »Die europäischen Staatschefs sollten sich schämen, nur so wenigen **Flüchtlingen** aus Syrien Schutz in ihrem Land zu bieten.« Er hat recht: 2,3 Millionen Menschen sind bisher wegen des mörderischen Bürgerkriegs aus Syrien geflohen, etwa die Hälfte davon Kinder. Viele sind Waisen. Nur die allerwenigsten fanden Aufnahme in Europa: Europa will sie nicht. Die Kinder sollen doch bitte in und um Syrien gegen den Erfrierungstod kämpfen, meinte sinngemäß ein CVP-Politiker aus dem reichen Zug.

Die Schweiz befindet sich also in schlechter Gesellschaft. Sie war kleinmütig und hat die Aufnahme von bloß 500 Flüchtlingen angekündigt - verteilt auf drei Jahre und ausdrücklich als Pilotprojekt im Rahmen des UNHCR-Neuansiedlungsprogramms. Mit anschließender Evaluation, die an bürokratischen Feinheiten keine Wünsche offenlassen wird.

Auch die groß angekündigte und später kleinlaut eingestellte erleichterte Aufnahme von syrischen Familienmitgliedern hinterlässt einen schalen Beigeschmack: Wer ein Gesuch stellte, musste beweisen, in der Schweiz drei Monate lang ohne finanzielle Unterstützung durchzuhalten. Heute bleibt nur noch der direkte Familiennachzug innerhalb der Kernfamilie möglich. Und was ist mit den Waisenkindern?

Das erinnert an die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge war für die Schweiz damals günstig - denn die Kosten trug zu einem großen Teil die jüdische Gemeinschaft.

Alles halb so schlimm, sagt Bern: Humanitäre Visa-Gesuche seien nach wie vor möglich. Was davon zu halten ist, sagt die Flüchtlingshilfe: Das Bundesamt für Migration habe vor einem Jahr bestimmt, dass es für ein solches Visum eine unmittelbare, ernsthafte und konkrete Gefahr für Leib und Leben brauche - was alles nicht zutreffe, wenn sich die bedrohte Person in einem Drittstaat befinde. Das muss sie aber, um ein solches Gesuch zu stellen, da es gar keine Botschaft mehr in Syrien gibt: Die Schweiz hat ihre Botschaft in Damaskus und ihr Konsulat in Aleppo geschlossen. Und das nicht nur über die Feiertage.

Ist das noch humanitär? Zum Umgang mit Flüchtlingen aus Syrien

In Syrien tobt nicht nur ein brutaler Bürgerkrieg, sondern auch eine Kältewelle mit Schneestürmen - die Berner Herzen lässt das auch zur Weihnachtszeit kalt. Das Boot mag zwar nicht voll sein, die Schotten aber sind dicht.

Man muss das Herz nicht links tragen, um das unmenschlich zu finden. Kürzlich verschaffte der Wirtschaftsanwalt Paolo Bernasconi sich und seiner Wut Luft. Prostituierte kämen einfacher ins Land als syrische Flüchtlinge, donnerte er. Und lancierte eine Petition zur Aufnahme von 20 000 syrischen Flüchtlingen in der Schweiz. Recht hat der Mann. Und er weiß, dass sich die Mehrheit der Politiker nur bewegt, wenn sich die Zivilgesellschaft einmischt. Sie können ihm helfen: www.change.org/it/petizioni/governo-svizzero-accogliere-20-000-profughi-siriani-2.

Im Übrigen: Auch Jesus war ein Flüchtlingskind aus dem Nahen Osten. Seine Eltern, Maria und Joseph, mussten mitten im Winter aus dem eigenen Land fliehen. Gerade in diesen besinnlichen Tagen sollten wir das nicht verdrängen.

Nächste Woche in unserer Kolumne »Nord-Süd- Achse«: der Tessiner Financier Tito Tettamanti

Anita Fetz ist Unternehmerin und Ständerätin

Load-Date: March 25, 2022

End of Document

Die Trickserie mit den Flüchtlingszahlen; Statistiken dienen manchen Politikern als Beweis dafür, dass Deutschland nichts an seiner Flüchtlingspolitik ändern muss. Da wird falsch gerechnet, sagen Kritiker.

ZEIT-online

Donnerstag 10. Oktober 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyldebatte; Ausg. 42

Length: 808 words

Byline: Martina Powell

Body

© ZEIT ONLINE

Geht es nach der Bundesregierung, so ist Deutschland das solidarischste Land Europas: Kein EU-Mitglied nehme mehr **Flüchtlinge** auf, betont Innenminister Hans-Peter Friedrich bei mittlerweile fast jeder Gelegenheit. Mehr Engagement in der europäischen **Flüchtlingspolitik** könne deshalb von Deutschland nicht verlangt werden. Auf eine Million Einwohner kämen in Deutschland etwa 950 **Asylbewerber**, in Italien seien es lediglich 260. "Das zeigt, dass die Erzählungen, dass Italien überlastet ist mit **Flüchtlingen**, nicht stimmen", sagt Friedrich.

Doch stimmt das? Wie aussagekräftig sind die Zahlenvergleiche des Innenministers?

Richtig ist, dass in Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Staaten die meisten Asylanträge eingereicht wurden. Im vergangenen Jahr waren es laut dem UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) mehr als 65.000 Erstanträge. Aber nur in absoluten Zahlen stimmt die Aussage des Innenministeriums, Deutschland habe die meisten Asylbewerber. Auf die Einwohnerzahlen des jeweiligen Landes umgerechnet, sieht das Ranking anders aus: Da liegen Länder wie Schweden, Belgien, Malta oder Luxemburg weit vor Deutschland.

© ZEIT ONLINE

Gleichzeitig bedeutet eine hohe Anzahl an Anträgen keineswegs, dass all diese Personen tatsächlich als Asylberechtigte aufgenommen werden - wie die Aussage des Innenministeriums suggeriert. In Deutschland wurden vergangenes Jahr mehr als zwei Drittel (71 Prozent) aller bearbeiteten Anträge abgelehnt. Insgesamt wurden fast 9.000 Personen als Flüchtlinge anerkannt, weitere 8.500 erhielten subsidiären Schutz oder humanitären Rechtsschutz (siehe Infobox).

Hierbei ist Italien solidarischer als Deutschland: Abgesehen von 2012, als überdurchschnittlich viele Asylanträge abgelehnt wurden, liegt in Italien die Schutzquote, also der Anteil aller bewilligten Asylanträge, im Schnitt bei ungefähr 50 Prozent. In Deutschland lag sie im Jahr 2012 bei knapp 30 Prozent. Laut Pro Asyl werden etwa hier

Die Trickserie mit den Flüchtlingszahlen Statistiken dienen manchen Politikern als Beweis dafür, dass Deutschland nichts an seiner Flüchtlingspolitik ändern muss....

ein Viertel aller Asylanträge gar nicht inhaltlich geprüft. Zum Beispiel deshalb, weil ein anderer europäischer Staat nach der Dublin-II-Regelung für den betreffenden Flüchtling zuständig ist (siehe Infobox unter "Dublin-Fälle").

© ZEIT ONLINE

Flüchtlingsorganisationen kritisieren das Zahlenspiel des Innenministeriums aus einem weiteren Grund: Der Vergleich von Asylantragszahlen hinkt, sagt etwa Pro-Asyl-Geschäftsführer Günter Burkhardt. "Viele Flüchtlinge vermeiden es, in Italien einen Asylantrag zu stellen, weil ihnen dort die Obdachlosigkeit droht. In Griechenland haben sie überhaupt keine Chance, einen Antrag zu stellen. Deshalb versuchen viele, direkt in einem Land wie Deutschland oder Schweden einen Antrag zu stellen." Sie reisen dazu - meist illegal - von Italien oder Griechenland in den Norden weiter. Laut Burkhardt ist das eine Erklärung dafür, warum die absolute Zahl der Asylanträge in Deutschland so viel höher ist als in Italien.

Tatsächlich ist es nicht die Anzahl an Asylanträgen, die Italien überlastet. Dies bestätigt auch Christopher Hein vom italienischen Flüchtlingsrat. Italiens Problem sei die sogenannte Erstaufnahme. Aufgrund seiner Lage ist Italien nun mal sehr häufig das erste EU-Land, das die Flüchtlinge erreichen. Da sich diese Flüchtlingsbewegungen auf wenige Monate und auf eine Region konzentrieren, sind lokale Behörden oft überfordert.

Zudem ziehen viele Flüchtlinge illegal in andere Länder weiter, bevor sie von italienischen Behörden registriert werden können. Wenn dann deren Asylanträge beispielsweise in Deutschland mit Hinweis auf das Dublin-II-Abkommen abgelehnt werden, sind doch wieder die Erst-Aufnahmeländer wie Italien, Spanien oder Griechenland für sie zuständig.

© ZEIT ONLINE

Ein realistischeres Bild ergäbe deshalb ein Vergleich zwischen den Asylanträgen in Deutschland und illegalen Grenzübertritten nach Italien, heißt es bei Pro Asyl. Tatsächlich versuchten laut Frontex wieder mehr Flüchtlinge mit dem Boot von Afrika nach Italien zu gelangen als voriges Jahr: Bis September 2013 wurden etwa 31.000 illegale Grenzübertritte registriert. Allein in Lampedusa landeten etwa 12.000 Personen.

Die Grenzübertritte von der Türkei nach Griechenland nahmen von 2011 bis 2013 stark ab. Diese Route wurde von Frontex und griechischen Grenzschützern ab August 2012 abgeriegelt.

© ZEIT ONLINE

Vergessen wird in der Debatte, dass die meisten Flüchtlinge es gar nicht in die EU schaffen, sagt Burkhardt von Pro Asyl. Tatsächlich halten sich weltweit rund 80 Prozent aller Flüchtlinge in Entwicklungsländern wie Pakistan, den Iran oder Kenia auf. Vor allem durch den Syrien-Konflikt kommen immer mehr Flüchtlinge in Länder wie Ägypten, Irak, Libanon oder Türkei. Auf das Einkommen umgerechnet sind es also die ärmsten Länder der Welt, die von der Flüchtlingsproblematik betroffen sind.

© ZEIT ONLINE

© ZEIT ONLINE

Load-Date: October 10, 2013

Wer fremdelt, schafft es nicht; Was muss sich ändern, damit Migranten Karriere machen? Ein Gespräch mit dem deutsch-iranischen Experten Armand Farsi

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

22. August 2013

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: ZEIT CHANCEN, SCHWERPUNKT: BILDUNG UND INTEGRATION; Wer fremdelt, schafft es nicht; S. 59; Ausg. 35

Length: 1125 words

Byline: Arnfrid Schenk

Body

DIE ZEIT: Herr Farsi, in Ihrer Dissertation haben Sie untersucht, welche Voraussetzungen **Migranten** für eine Karriere in der Wirtschaft benötigen. Sie sagen, ein Studium allein genüge nicht. Warum?

Armand Farsi: Ein Hochschulabschluss ist zwar notwendig, er allein reicht aber nicht aus für eine Spitzenkarriere. Ein weiteres ausschlaggebendes Kriterium ist die soziale Herkunft. Wer nicht aus der Oberschicht kommt, hat es schwer. Die Ähnlichkeit zu den Entscheidern zählt. Die zeigt sich in einem gewissen Habitus. Man ist im abendländischen Bildungskanon zu Hause, kennt sich aus in Geschichte und Literatur, weiß, wie man sich in Theater und Oper zu verhalten hat. Man kennt die Codes und Regeln dieser Zirkel und fremdelt dort nicht. Dieser Habitus lässt sich nur in Teilen erlernen. Das hat eine ganz andere Tiefe, wenn man diese Dinge schon in der Kindheit beigebracht bekommt.

ZEIT: Warum ist diese Ähnlichkeit so wichtig?

Farsi: Ein Entscheidungsträger geht für gewöhnlich davon aus, dass er der richtige Mann am richtigen Ort ist. Und dass somit nur eine Person, die ihm ähnlich ist, einmal ähnliche Aufgaben erledigen kann. Zum Beispiel jemand, der auf einem vergleichbaren Internat war, einer vergleichbaren Eliteuniversität.

ZEIT: Dieser Stallgeruch müsste doch aber auch für »Einheimische« gelten?

Farsi: Soziale Herkunft ist auch für sie entscheidend. Allerdings kommt bei Migranten zusätzlich noch der andere ethnische Hintergrund dazu, der die Ähnlichkeit weiter verringert. Das größere Vertrauen wird einem Kandidaten deutscher Herkunft entgegengebracht. Und es gibt einen weiteren entscheidenden Punkt: Ich nenne ihn in meiner Arbeit den »migrantischen Netzwerkmalus«.

ZEIT: Meinen Sie damit, Einwanderer haben die falschen Freunde?

Wer fremdelt, schafft es nicht Was muss sich ändern, damit Migranten Karriere machen? Ein Gespräch mit dem deutsch-iranischen Experten Armand Farsi

Farsi: Bezogen auf die Spitzenkarrieren, teilweise ja. Die Daten haben ergeben: Je »einheimischer« der Freundes- und Bekanntenkreis der Befragten ist, umso größer ist ihr beruflicher Erfolg. Wer sich vor allem in migrantischen Zirkeln bewegt, hat schlechtere Karrierechancen. Das gilt selbst bei vergleichbaren Bildungsabschlüssen des Freundeskreises.

ZEIT: Wie erklären Sie sich diesen Effekt?

Farsi: Ich vermute, dass es in den »einheimischen« Netzwerken relevantere Informationen für den beruflichen Aufstieg gibt, seien es Tipps zu Stipendien oder offenen Stellen.

ZEIT: Was ist bei den Befragten, die Karriere gemacht haben, anders gelaufen als bei denen, die unter ihrer Qualifikation beschäftigt sind?

Farsi: Sie zählen vorrangig einheimische Akademiker zu ihren Freunden. Sie entstammen alle einem gehobenen Elternhaus, haben einen Universitätsabschluss mit Bestnoten. Und sie sind nicht in einer ethnischen Nischenökonomie gestartet, in Unternehmen also, die gezielt Einwanderergruppen ansprechen.

ZEIT: Der Titel Ihrer Doktorarbeit lautet: *Migranten auf dem Weg zur Elite*? Was verstehen Sie unter Elite?

Farsi: In der Studie verwende ich den Begriff Elite sinnbildlich für außerordentlichen Berufserfolg. Ich habe Fragebögen von rund 620 Migranten ausgewertet; die Befragten waren im Schnitt 35 Jahre alt, hatten alle einen Hochschulabschluss, ein durchschnittliches Bruttojahreseinkommen von 75 000 Euro und zu einem Drittel Personalverantwortung.

ZEIT: Was hat Sie eigentlich angetrieben zu dieser Studie?

Farsi: Die zunehmende Stigmatisierung der Migranten hat mich nachdenklich gemacht. Ich wollte dem negativen Bild »der Migranten« - Schulabbrecher, Integrationsverweigerer - etwas entgegensetzen. Es gibt ja jene, die es geschafft haben. Die einen Hochschulabschluss haben, Leistungsträger sind, aber kaum wahrgenommen werden von der Gesellschaft. Diese Erfolgsbiografien wollte ich untersuchen.

ZEIT: Inwiefern spielte Ihre eigene Biografie dabei eine Rolle?

Farsi: Meine Eltern sind beide Akademiker, sodass Abitur und Studium bei mir keine außergewöhnliche Leistung sind. Aber ich habe festgestellt: Je weiter ich kam, umso weniger Migranten waren um mich herum. Das ging los bei dem Übertritt aufs Gymnasium, setzte sich fort an der Universität, in den Stipendienprogrammen, bei meinem Berufseinstieg bei einer internationalen Strategieberatung.

ZEIT: Vergangene Woche ist eine Studie erschienen. Demnach fühlt sich jeder vierte Schüler und Student mit ausländischen Wurzeln diskriminiert (*siehe Text unten*). Deckt sich das mit Ihren Erfahrungen?

Farsi: In relevanten Lebenssituationen habe ich persönlich eigentlich nie offene Diskriminierung erlebt. Ich kann mir aber gut vorstellen, dass manch andere Benachteiligungen erlebt haben. Dieses Wahrnehmungsmuster zeichnet sich übrigens auch in meiner Untersuchung ab: Auf die Frage »Glauben Sie, dass Akademiker mit Migrationshintergrund im Beruf benachteiligt werden?« antworteten knapp 80 Prozent mit Ja. Persönlich erlebt hat eine Benachteiligung hingegen nur jeder Dritte.

ZEIT: Könnte nicht aus dem Nachteil »Migrationshintergrund« ein Vorteil werden, durch die Sprachkenntnisse, die größere interkulturelle Kompetenz?

Farsi: Ich würde es mir wünschen, aber ich bin da sehr skeptisch. Es mag in Einzelfällen so sein, aber ich glaube, es ist noch ein weiter Weg bis dahin. Studien zeigen ja, dass Bewerber mit deutschen Namen gegenüber Bewerbern mit zum Beispiel türkischen Namen nach wie vor bevorzugt werden.

ZEIT: Was muss sich ändern, damit der Weg in die Eliten leichter wird?

Wer fremdelt, schafft es nicht Was muss sich ändern, damit Migranten Karriere machen? Ein Gespräch mit dem deutsch-iranischen Experten Armand Farsi

Farsi: Es gilt den Effekt der sozialen Herkunft abzufedern. Migrantenkinder aus bildungsfernen Schichten müssen außerdem früh an identitätsstiftende kulturelle Inhalte herangeführt werden.

ZEIT: Wie soll das gehen?

Farsi: Regelmäßige Theaterbesuche etwa, Lesestunden, kostenfreier Unterricht, um klassische Musikinstrumente zu erlernen. Es gibt ja schon entsprechende Förderprogramme, aber die können ausgeweitet werden. Ich halte wenig von - sicher gut gemeinten - Initiativen wie Graffiti- und Breakdance-Kursen in Brennpunktvierteln. Die lassen die Unterschiede zu den Entscheidern in der Wirtschaft nur noch größer werden. Hilfreich wäre es sicher auch, in Schulen für eine bessere Mischung zu sorgen, sowohl was den Anteil an Einwandererkindern anbelangt als auch die soziale Herkunft der Schüler. Kinder aus Einwandererfamilien sollten früh in die Kita kommen. Der Kitabesuch sollte belohnt werden, nicht das Zuhausebleiben. Das Betreuungsgeld ist der falsche Weg.

DAS INTERVIEW FÜHRTE ARNFRID SCHENK

Armand Farsi, 32, Sohn iranischer Eltern, studierte Internationale BWL in Tübingen und Washington. Er hat zum Thema »Migranten auf dem Weg zur Elite?« promoviert

Load-Date: March 25, 2022

Der Staat verschläft die Integration; Um den Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt ging es beim sechsten Integrationsgipfel. Deutlich wurde: Ausgerechnet der Staat tut sich schwer mit Verbesserungen.

ZEIT-online

Dienstag 28. Mai 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: ARBEITSMARKT; Ausg. 22

Length: 1028 words

Byline: Nicole Sagener

Body

Die türkischstämmige Polizistin Serap Bahadir posiert am Freitag vor einem Polizeiwagen in Schwäbisch Gmünd.

© Jan-Philipp Strobel/dpa

"Am Ende wird auf Marktplätzen, in Kitas und Schulen entschieden, ob Integration funktioniert." Die Worte von Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten Torsten Albig (SPD) waren klar und einleuchtend und machten deutlich, wie hoch die Hürden hin zu Integration und Inklusion in Deutschland noch immer sind.

Auf dem sechsten Integrationsgipfel der Bundesregierung am Dienstag in Berlin traf Albig den Nerv dessen, was sich in Deutschland - trotz der wieder und wieder von Kanzlerin Merkel beschworenen Willkommenspolitik für Immigranten - noch immer als größte Hürde für Integration erweist. Teilhabe und Respekt beginnen im Bildungssektor, im Gewerbe, aber auch in den deutschen Behörden. Doch ausgerechnet dort mahlen die Mühlen der Veränderung besonders langsam.

Hoch waren die Erwartungen, als Bundeskanzlerin Merkel 2006 den Gipfel als Dialogplattform zwischen Politik, Verbänden und Wirtschaft auf die Beine stellte. Doch trotz mancher Fortschritte überwiegt heute die Enttäuschung. "Statt immer neuer Aktionspläne brauchen wir endlich mehr konkretes Handeln für die Integration vor Ort", forderte etwa SPD-Vizechefin Aydan Özoguz. Den Integrationsgipfel nannte sie "ein nettes Kaffeekränzchen". Dabei hatte dieses Kränzchen einen dringliches Thema als Schwerpunkt: der Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt.

Die Kanzlerin selbst zeigte sich auf dem Gipfel einsichtig für weiteren Handlungsbedarf: Die inzwischen große Gruppe der Unternehmer mit Migrationshintergrund - über 700.000 - sei hierzulande noch immer strukturell benachteiligt, etwa bei der Kreditvergabe. Auch der öffentliche Dienst müsse gezielt werben, sagte Merkel: "Integration und Partizipation gibt es nur dann, wenn Migranten auch im öffentlichen Dienst mehr teilhaben."

Letztes Jahr erst hatte die Bundesregierung den "Nationalen Aktionsplan Integration" auf die Beine gestellt: Zu 400 Maßnahmen verpflichteten sich die Teilnehmer des Gipfels damals. Bessere Sprach- und Integrationskurse

Der Staat verschläft die Integration Um den Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt ging es beim sechsten Integrationsgipfel. Deutlich wurde: Ausgerechnet der Sta....

sind dort ebenso Zielpunkte wie die Integration von Migranten in den öffentlichen Dienst. Konkrete Maßnahmen sucht man gerade zum letzten Punkt jedoch vergeblich.

Bei der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt haben es Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland noch immer besonders schwer. Nach einer Umfrage der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitslosen hat gut jeder dritte Arbeitslose ausländische Wurzeln. Unter den Hartz-IV-Empfängern liege ihr Anteil sogar bei 42 Prozent. Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigte zudem auf, dass Deutschland bei der Integration von Zuwanderern in den öffentlichen Dienst den Schlussplatz der OECD-Länder einnimmt.

"Der Anteil an Lehrern, Polizisten oder etwa Sachbearbeitern in der Ausländerbehörde ist im Vergleich zum Zuwandereranteil in der Gesellschaft viel zu gering", sagt auch die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD), Ayse Demir. Solange die Gesellschaft noch nicht so weit ist, bedürfe es eines staatlich gesteuerten Instruments, ist sie überzeugt.

Der Integrationsbeauftragte der CDU/CSU, Michael Frieser, lobte das Engagement der Bundesregierung, was durchaus zu erwarten war: Der Gipfel habe die Stimmung in Deutschland ganz wesentlich in Richtung einer guten Integration und Chancengleichheit bestimmt. Eine Zuwandererquote in den Behörden hält er für nicht zielführend: "Quoten würden immer an den falschen Stellen erfüllt. Wir müssen aber die Zuwanderer dorthin setzen, wo sie wahrgenommen werden und diejenigen ansprechen, die als Bürger mit Migrationshintergrund selbst Unterstützung brauchen."

Dennoch, so gibt Friesen zu, sei im hierarchischen Aufbau der deutschen Behörden Flexibilität und Veränderungswille lange kein bezeichnendes Merkmal gewesen. "Das Bild unserer Behörden ist darum bei den Zuwanderern oft nicht gut, sodass sie teilweise kein großes Interesse haben, dort zu arbeiten.

"In einem föderalen Staat wie Deutschland dauerten Veränderungsprozesse leider lange", sagt Friesen. "Wo Länder und Kommunen Selbstverwaltungsrecht haben, kann der Bund vor allem Schaufensterpolitik betreiben." Darum, so Friesen, müssten sich beide Seiten - Behörden und Zuwandererverbände - aufeinander zubewegen.

Selbstverpflichtende Quoten für Behörden

Gerade hier setzen aber viele Kritiker an: Während Merkel heute wiederholt bekräftigte, dass die Gesellschaft "eine bestimmte geistige Offenheit" entwickeln müsse, fehlen vielen Vertretern von Opposition und Verbänden einfach konkrete Initiativen. Ayse Demir etwa fordert mehr langfristige Kampagnen, um Zuwanderer im öffentlichen Dienst anzuwerben, zum Beispiel über TV-Spots und Schnupperpraktika für Jugendliche im öffentlichen Dienst. Zudem sei eine Zielgruppen-Regelung sinnvoll. "Wir wollen keine Quote, aber eine Selbstverpflichtung der Behörden, mehr Migranten einzustellen", sagt Demir.

Diese Forderung hatte die TGD vor dem Integrationsgipfel in Form eines Gesetzesvorschlags eingebracht. Die Behörden sollten sich demnach selbst verpflichten, den Anteil an Migranten im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Bislang erschwere das Beamtenrecht die Einstellung von mehr Migranten, kritisiert die TGD.

Der Verband fordert darum eine Lockerung des Beamtenrechts, die es Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft leichter machen soll, verbeamtet zu werden. Außerdem sieht der Gesetzesentwurf vor, dass in größeren Dienststellen und Firmen spezielle Diversity-Beauftragte berufen werden - ähnlich der Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragten.

"Solange die Gesellschaft noch nicht so weit ist, bedarf es eines staatlich gesteuerten Instruments", bekräftigte Ayse Demir. Auch die Behörden müssten die ethnische Vielfalt spiegeln. "Nur so haben Bürger mit Migrationshintergrund Vorbilder und Hoffnung auf Beteiligung und Gleichberechtigung."

Der Staat verschläft die Integration Um den Zugang von Migranten zum Arbeitsmarkt ging es beim sechsten Integrationsgipfel. Deutlich wurde: Ausgerechnet der Sta....

End of Document

Schluss mit der Festung Europa; Vor 20 Jahren beschnitten CDU und FDP das Grundrecht auf Asyl. Jetzt muss sich Europa wieder für Flüchtlinge öffnen, fordert die Grüne Renate Künast im Gastbeitrag.

ZEIT-online

Dienstag 2. Juli 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: 20 JAHRE ASYLKOMPROMISS; Ausg. 23

Length: 665 words

Byline: Renate Künast

Body

© Marc Müller/dpa

Vor 20 Jahren trat die im sogenannten "**Asylkompromiss**" vereinbarte **Asylrechtsreform** in Kraft. Sie beschnitt das Grundrecht auf **Asyl** faktisch bis zur Unwirksamkeit. Schon zuvor hatten die Mitgliedsstaaten der EU Vereinbarungen getroffen, die allesamt das Ziel hatten, Europa weiter abzuschotten. Wir Grünen haben damals geschlossen gegen diesen sogenannten **Asylkompromiss** gestimmt.

Die Reform verhinderte weitgehend den Zugang zum Asylverfahren in Deutschland. Die neuen Gesetze verwiesen Asylsuchende auf sogenannte sichere Drittstaaten und EU-Staaten ohne sicherzustellen, dass sie dort wirklich geschützt sind. 2011 haben der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und der Europäische Gerichtshof dieses Vorgehen für unvereinbar mit den europäischen Grundrechten erklärt. Auch die Einführung des entwürdigenden Flughafenverfahrens, bei dem Flüchtlinge im Transitbereich der Flughafen festgehalten werden, war Teil des Asylkompromisses. Ebenso wie das Asylbewerberleistungsgesetz, mit dem sie auf diskriminierende Weise aus der Sozialhilfe und der Grundsicherung für Arbeitssuchende ausgeschlossen werden.

Weil rechtsextreme Einstellungen in Deutschland bis heute leider verbreitet sind, will ich auch daran erinnern: Die Anschläge gegen Asylbewerber und Mitbürger türkischer Herkunft in Hoyerswerda, Mölln und Rostock-Lichtenhagen hat die damalige schwarz-gelbe Regierungskoalition in verantwortungsloser Weise instrumentalisiert, um die ihre Asylrechtsverschärfung durchzusetzen.

Solidarität geht anders

Zwanzig Jahre später stehen wir vor einer humanitären Katastrophe. Jahr für Jahr sterben Tausende von Menschen bei dem Versuch, an die Küsten Europas zu gelangen. Diese Katastrophe ist das Resultat europäischer Abschottungspolitik. Statt legale Möglichkeiten für die sichere Einreise von Flüchtlingen zu schaffen, errichten die europäischen Regierungen immer neue und höhere Hürden. Wer es dennoch bis in die Europäische Union schafft, kann nur unter großen Schwierigkeiten Asyl beantragen. Oft werden diese Schutzsuchenden unter

Schluss mit der Festung Europa Vor 20 Jahren beschnitten CDU und FDP das Grundrecht auf Asyl. Jetzt muss sich Europa wieder für Flüchtlinge öffnen, fordert die

menschenunwürdigen Bedingungen inhaftiert. Sie werden zu einem Spielball der EU-Mitgliedstaaten, die die eigene Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf andere abwälzen. Solidarität geht anders.

Heute wie auch vor zwanzig Jahren stehen wir Grüne für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik. Wir fordern die Abschaffung des Flughafenverfahrens und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Wir wollen keine "Festung Europa", sondern eine Europäische Union mit menschlichem Antlitz, die Flüchtlingen Schutz bietet. Eine großzügige Aufnahme von Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung fliehen, würde dem "Raum des Rechts", wie die EU sich nennt, gut zu Gesicht stehen. Die Residenzpflicht soll aufgehoben werden. Ausbildungs- und Arbeitsverbote müssen beseitigt werden. Minderjährige, unbegleitete Flüchtlinge bedürfen eines besonderen Schutzes. Ein hoher und einheitlicher Schutzstandard in ganz Europa - das ist unser Ziel.

Am besten beginnen wir gleich jetzt mit den Taten. Will das Land Bayern ernsthaft die in München hungerstreikende Familie Wahafi auf mehrere Staaten verteilen, Eltern und Kinder trennen und keinerlei Rücksicht auf die Erkrankung des Vaters nehmen? Die Tragödie in München wirft ein Schlaglicht auf die inhumane Flüchtlingspolitik der bayerischen Staatsregierung. Die Flüchtlinge dort waren so verzweifelt, dass sie sogar bereit waren, ihren Tod zu riskieren. Die Konsequenz muss sein, die Menschenwürde wieder zum entscheidenden Kriterium der Flüchtlingspolitik zu machen.

Oder schauen wir auf die Hilflosigkeit der Staaten angesichts der Gewalt in Syrien. Mehr als anderthalb Millionen Flüchtlinge hat dieser Bürgerkrieg mittlerweile verursacht, und Deutschland plant erst jetzt die Aufnahme von gerade einmal 5.000. Wir brauchen einen EU-weiten Abschiebestopp für Menschen aus Syrien. Deutschland sollte vorangehen, die Ermessensspielräume sind groß - jetzt ist der Augenblick, sie zu nutzen.

Load-Date: July 2, 2013

"Die zweite Generation Migranten kann die Gesellschaft verändern"; Cécile Kyenge ist als Integrationsministerin von Italien rassistischen Attacken ausgesetzt. Im Interview erklärt sie die Migrationspolitik der Regierung Letta.

ZEIT-online

Montag 12. August 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: RASSISMUS IN ITALIEN; Ausg. 33

Length: 1074 words

Byline: Fabio Ghelli

Body

Cécile Kyenge, Ministerin für Integration in Italien

© Roberto Monaldo, LaPresse/AP Photo

ZEIT ONLINE: Seit Sie das Amt der Integrationsministerin angenommen haben, sind Sie schweren Beleidigungen ausgesetzt. Lega Nord-Senator Roberto Calderoli verglich Sie mit einem Orang Utan, eine Gemeinderätin der Partei ruft zu Ihrer Vergewaltigung auf, die Neofaschisten der Forza Nuova ließen auf einem Fest Ihrer Partei blutbeschmierte Puppen verteilen mit der Botschaft "Zuwanderung tötet". Sind die Italiener ein besonders rassistisches Volk?

Cécile Kyenge: Ich glaube nicht, dass der Rassismus von Forza Nuova und Lega Nord in der italienischen Gesellschaft besonders verbreitet ist. Diejenigen, die mich beleidigen, sind nur wenige, als Politiker haben sie aber die Möglichkeit, damit Aufsehen zu erregen. Es besteht daher die Gefahr, dass sie durch die wiederholte Behauptung, sie würden "für alle Italiener sprechen", zunehmend Konsens erzeugen.

ZEIT ONLINE: Machen Ihnen diese Angriffe keine Angst?

Kyenge: Ich mache mir Sorgen um meine Töchter. Aber ich werde meine Arbeit weiter machen.

ZEIT ONLINE: Wie erleben Ihre Töchter diese Situation?

Kyenge: Wie viele andere junge Italiener sind meine Töchter in einer Welt aufgewachsen, in der die Menschen immer weniger wegen ihres Aussehens oder ihrer Herkunft beurteilt werden. Ihre Freundeskreise sind sehr durchmischt, es gibt Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. Sie sprechen alle dieselbe Sprache, sie tragen dieselbe Kleidung, sie hören dieselbe Musik. Vor allem reisen junge Italiener heute viel durch die Welt und lernen dabei, dass kulturelle Vielfalt eine Bereicherung ist. Wie meine jüngere Tochter sagt: Das beste Mittel gegen Rassismus ist Aufklärung.

ZEIT ONLINE: Was können wir von den neuen Generationen lernen?

"Die zweite Generation Migranten kann die Gesellschaft verändern" Cécile Kyenge ist als Integrationsministerin von Italien rassistischen Attacken ausgesetzt. Im....

Kyenge: Sehr viel, besonders hinsichtlich der Kommunikation. Meine Töchter kommunizieren problemlos mit Jugendlichen aus aller Welt. Könnten wir uns als Teil einer Gemeinschaft sehen, die weit über unsere nationalen Grenzen hinaus reicht, würden wir zum Beispiel ganz anders mit dem Thema Euro-Krise umgehen. Gleichzeitig müssen wir uns stärker dafür engagieren, dass die jungen Italiener die Vorteile der Multikulturalität begreifen, damit Italien endlich seine neue multikulturelle Identität annimmt.

ZEIT ONLINE: Wenn man die Angriffe auf Sie betrachtet, wirkt es nicht so, als sei Italien bereit für eine multikulturelle Gesellschaft.

Kyenge: Es ist kein Zufall, dass meine Ernennung als Integrationsministerin eine so heftige Debatte auslöste, denn sie ereignete sich in einem besonderen Moment unserer Geschichte: Bis vor wenigen Jahren waren viele in Italien der Meinung, dass die Massenmigration aus Afrika, Asien und Südamerika ein vorübergehendes Phänomen sei. Italien war lange ein Transitland für Migranten, die nach Nordeuropa wollten. Doch inzwischen sind viele von ihnen bei uns ansässig geworden und haben dadurch die Gesellschaft verändert. Viele junge Menschen, die zur zweiten Migrantengeneration gehören, haben in den letzten Jahren ihr Studium oder Berufsleben begonnen. Sie werden dadurch viel selbstsicherer auch im Bezug auf ihre kulturelle Identität. Sie haben nun die Möglichkeit, die Gesellschaft, in der sie leben, aktiv zu verändern. Einigen Menschen gefällt diese Vorstellung nicht.

ZEIT ONLINE: Haben die vorherigen Regierungen das Problem Integration ignoriert?

Kyenge: Über mehrere Jahre haben die italienischen Regierungen das Thema Migration ausschließlich aus zwei Perspektiven betrachtet. Als Sicherheitsproblem - nach dem Motto "Einwanderer gleich kriminell" - und als Notstandssituation, der man mit humanitären Maßnahmen entgegenwirken muss. Die Frage der Integration blieb dabei im Hintergrund.

ZEIT ONLINE: Das soll sich jetzt ändern?

Kyenge: Ja. Im September werden wir gemeinsam mit Hunderten italienischen Gemeinden ein Komitee ins Leben rufen, das eine wirksame Aufnahme- und Integrationspolitik für die Migranten, die täglich an den italienischen Küsten landen, ausarbeiten soll.

ZEIT ONLINE: Mithilfe des Nationalen Amtes gegen Rassendiskriminierung (UNAR) werden Sie demnächst einen nationalen Plan gegen den Rassismus verabschieden. Worum geht es in diesem Plan?

Kyenge: In erster Linie darum, gesetzlich festzulegen, was wir unter Rassismus verstehen. In unserem Alltag beobachten wir mehrere Erscheinungsformen rassistischer und xenophober Einstellungen. Was Italien dringend braucht, ist ein Gesetz, das alle Formen der Volksverhetzung unmissverständlich strafbar macht. Die Meinungsfreiheit ist heilig. Es muss aber Gesetze geben, die definieren, wie weit ich gehen darf, bevor ich jemand anderen mit meiner Meinungsäußerung verletze. Das heutige Antidiskriminierungsgesetz wird nur selten angewandt. Außerdem ist es nicht angepasst an die neuen Ausdrucksformen rassistischer Gewalt über das Internet.

ZEIT ONLINE: Ein Fußballspieler des Viertligisten Matera wurde kürzlich für zehn Spiele gesperrt, weil er einen anderen Spieler wegen dessen Hautfarbe beleidigt hatte. Ein Zeichen dafür, dass sich zumindest in der Sportwelt etwas bewegt?

Kyenge: Viele haben die zehn Tage Strafe für den Spieler aus Matera kritisiert. Dabei hat sich der Schiedsrichter nur an die neuen Antidiskriminierungsregeln gehalten, die vom Fußballverband verabschiedet wurden. Da die Sozialisierung vieler italienischer Jugendlicher auf dem Fußballfeld stattfindet, ist es wichtig, dass die Schiedsrichter die neuen Regeln anwenden, damit die Jugendlichen sofort verstehen, dass diese Form der Gewalt nicht in unserer Gesellschaft gehört.

ZEIT ONLINE: Sie setzen sich für die Einführung des Geburtsortsprinzips bei der Bestimmung der Staatsbürgerschaft der Migrantenkinder ein. Glauben Sie, dass Italien für eine derartige Reform bereit ist?

"Die zweite Generation Migranten kann die Gesellschaft verändern" Cécile Kyenge ist als Integrationsministerin von Italien rassistischen Attacken ausgesetzt. Im....

Kyenge: Eine offene Debatte über das Geburtsortsprinzip ist längst fällig. Zwanzig Jahre nach den ersten Migrationswellen sind viele Einwanderer so wie ihre Kinder ein Bestandteil unserer Gesellschaft geworden. Es ist nun an der Zeit, dass wir uns mit der kulturellen Identität und den Bürgerrechten dieser Menschen auseinandersetzen. In Italien leben mehr als fünf Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dafür zu sorgen, dass die Kinder die in diesen Familien geboren sind oder noch vor dem ersten Lebensjahr in Italien ankommen, später dieselben Chancen haben wie die Kinder italienischer Familien.

Load-Date: August 12, 2013

End of Document

Flüchtlinge und Pioniere zugleich; Sie sind Deutschlands neue Migranten und sie machen Theater: Eine Gruppe junger Griechen bringt in Berlin die Krise als Parabel auf die Bühne.

ZEIT-online

Donnerstag 30. Mai 2013 12:01 AM GMT

Copyright 2013 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: GRIECHISCHES THEATER; Ausg. 22

Length: 634 words

Byline: Zacharias Zacharakis

Body

Szene aus dem Stück "Migronauten"

© Aris Papadopoulos

Da stehen sie aufgereiht nebeneinander: Aris, Eli, Fotini und die anderen sechs WG-Bewohner. Sie heben die Beine, rudern mit den Armen, sie stöhnen, schwitzen und bewegen sich doch nicht vom Fleck.

"Wir laufen und kommen nicht an", so sagt man in Griechenland, wenn viele Mühen vergeblich sind. Es ist die erste Szene in dem kleinen, aber bemerkenswerten Stück *Migronauten*, das von den neuen Einwanderern in Deutschland erzählt. Und von ihnen selbst gespielt wird.

Die Darsteller sind Studenten und junge Berufstätige, sie kommen aus Thessaloniki, Athen oder Nicosia, wohnen nun in Berlin. Die meisten stehen zum ersten Mal auf der Bühne. Gefunden haben sie sich zum Teil über die Facebookgruppe Greeks in Berlin. Der Titel des gemeinsam konzipierten Stücks *Migronauten* beschreibt, wie sich diese jungen Griechen fühlen: wie Flüchtlinge und Pioniere zugleich.

"Unsere Generation hat kaum etwas mit den Gastarbeitern gemein, die vor 40 Jahren kamen", sagt Elena Sokratous, Theaterpädagogin und Regisseurin des Stücks. Damals zogen die Migranten aus griechischen Bergdörfern nach Deutschland, um bei Siemens und Daimler am Band zu stehen.

Heute arbeiten die Mitglieder der Gruppe als Psychiater oder Web-Entwickler, sie haben Abitur und Studienabschlüsse. Das Theaterspiel ist für beide Generation ein Anlass zum Austausch geworden. Die alteingesessenen Griechen organisierten einen Spielort, das Begegnungszentrum Ithakt im Stadtteil Neukölln.

Subtile Rückgriffe auf die Mythologie

Das Stück wird auf Griechisch gespielt mit deutschen Übertiteln. Man sieht, wie die Migronauten in ihrer Wohnung sitzen, sie essen und trinken gemeinsam, sie reden über Liebe und Leben in Deutschland, über Arbeit und Studium. Alles erscheint recht unbekümmert. Nur einer kann sich daran nicht erfreuen.

Flüchtlinge und Pioniere zugleich Sie sind Deutschlands neue Migranten und sie machen Theater: Eine Gruppe junger Griechen bringt in Berlin die Krise als Parabe....

Sebastian, ein Deutsch-Grieche, ist der Außenseiter der Clique. Er schließt sich ein in seinem Kosmos aus Ballerspielen und lauter Musik. Er kleidet sich dunkel, die Haare sind lang. Attribute, die unter Pädagogen schon als verdächtig gelten. So sehr er sich von den anderen abwendet, so sehr sucht er insgeheim den Kontakt zu ihnen. Nur keiner reagiert auf seine Zeichen. Bis er die Büchse der Pandora öffnet.

Kaum ein Theater in Griechenland kommt aus ohne Rückgriffe auf Mythologie oder Klassik, auch die Migronauten lassen das nicht aus. Doch ihre Botschaft ist subtil und für eine Laiengruppe geschickt inszeniert: Als Sebastian in eine Kiste greift, nimmt das Stück eine fatale Wendung. Und wie in der Sage bringt derjenige, der die Büchse öffnet, das Unheil in die Welt.

Was anfangs wie ein nettes Jugendtheater wirkt, bekommt auf einmal eine tiefere Dimension: Man erkennt in dieser Wohngemeinschaft die europäische Familie, und einen, der nicht mehr richtig dazugehört. Der womöglich selbst verschuldet in Not geraten ist, und dem es nun passieren könnte, ganz unterzugehen. Und viele mit sich in den Abysos, in den Abgrund, zu reißen.

Den Migronauten gelingt eine parabelhafte Sprache, die aufsaugt und wiedergibt, was viele junge Menschen in Griechenland denken. Sie befinden sich in einem Dilemma. Sie wollen nicht unentwegt von Krise, Schulden, Schuldbekennnissen sprechen. Und doch werden sie ständig damit konfrontiert, denn die Krise bestimmt seit fünf Jahren ihre Welt. Viele junge Griechen verlassen deshalb sogar ihr Land, wie auch die Mitglieder der Theatergruppe.

Mit ihrem Stück reden uns die Migronauten ins Gewissen: Man erkennt in den persönlichen Schicksalen der Charaktere nicht auf Anhieb die große Wirtschaftsproblematik. Und trotzdem ist sie die Patina des ganzen Bühnenspiels. Diese jungen Griechen wollen leben, wollen frei sein wie ihre Altersgenossen in Deutschland. Aber sie können es nicht mehr.

Load-Date: May 30, 2013

Lichterketten und SPD-Asylanten; Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik. Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit dem »Asylkompromiss«: Der Artikel 16 des Grundgesetzes wurde eingeschränkt

Die ZEIT (inklusive ZEIT Magazin)

29. November 2012

Copyright 2012 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

DIE ZEIT

Section: GESCHICHTE;Lichterketten und SPD-Asylanten; S. 22; Ausg. 49

Length: 2993 words

Byline: Vera Gaserow

Body

Die Täter kamen in der Dunkelheit und rissen die Bewohner des **Flüchtlingsheims** im brandenburgischen Waßmannsdorf aus dem Schlaf. Ein Behälter mit brauner Flüssigkeit durchschlug das Fenster. An der Hausfassade prangten ein Hakenkreuz und die gekrakelte Drohung »Rostock ist überall«. Hingeschmiert in der Nacht zum 9. Oktober 2012 - um zwanzig Jahre alte böse Erinnerungen zu wecken.

Drei Tage später titelt Bild: **Flüchtlingswelle** vom Balkan - **Asylanträge** steigen rasant. In den Dortmunder Ruhr Nachrichten schlägt CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach Alarm: »Viele Städte haben die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit erreicht.« Auch für die WAZ in Essen ist das Thema Lokalaufmacher (»Der Zuzug von **Asylbewerbern** reißt nicht ab«) . Spiegel Online warnt vor einem »Roma-Treck«. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) prangert **Asylmissbrauch** an. Wenige Stunden nach der Einweihung des Berliner Mahnmals für die von den Nazis ermordeten Roma und Sinti in Berlin droht er **Asylsuchenden** aus Serbien und Mazedonien, mehrheitlich Roma und Sinti, kurzen Prozess und Leistungskürzungen an.

Das alles sind Schlagzeilen und Stellungnahmen, in denen, vergleichsweise leise noch, das Echo einer der erbittertsten Debatten der bundesdeutschen Geschichte nachklingt. Sie lenken den Blick zurück auf den 6. Dezember 1992. Es war der Tag, an dem sich CDU/CSU, SPD und FDP nach jahrelangen Gefechten auf einen »Asylkompromiss« verständigten. Es war der Tag, an dem eine Allparteienkoalition das juristische und semantische Kunststück fertigbrachte, ein weltweit einzigartiges Grundrecht auf Asyl durch eine Verfassungsergänzung drastisch einzuengen.

Wenn Herbert Leuninger sich an jenen Nikolaustag erinnert, dann spricht er über ein Datum des eigenen Scheiterns. Leuninger, katholischer Pfarrer im Ruhestand, war damals Sprecher der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl und ein vehementer Gegner der Grundrechtsänderung. »Ich war tief enttäuscht, weil ich dieses Verfassungsrecht als vorbildlich für die Weltgemeinschaft betrachtet hatte«, sagt Leuninger heute. »Ich fühlte mich damals verraten von den Kirchen und von der SPD, die dem Kompromiss zustimmten.«

Lichterketten und SPD-Asylanten Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik.
Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit

Rudolf Seiters hingegen war einer derjenigen, denen man an jenem Dezemberabend so etwas wie Genugtuung ansah. Als Bundesinnenminister hatte der Christdemokrat mit seinem Amtsvorgänger und Parteikollegen Wolfgang Schäuble jahrelang für die Grundgesetzänderung gekämpft. 1992 war geschafft, was Seiters heute den »Durchbruch« nennt. Seiters, mittlerweile Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, ruft die Situation noch einmal in Erinnerung: Anstieg der Asylanträge auf 438000 im Jahr 1992, Verdoppelung der Ausgaben für Flüchtlinge auf umgerechnet über 2,5 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund, sagt Seiters, sei er »über den Asylkompromiss mit der SPD sehr erleichtert« gewesen: »Er war ein wichtiger Schritt zum inneren Frieden in Deutschland.«

Innerer Frieden. In welchem Krieg? Wenn überhaupt, dann war es ein schleichender, gefühlter Krieg, den Deutschland sich da selbst erklärt hatte. Aus einem Zusammenspiel von realer Überforderung, bürokratischem Chaos und fremdenfeindlichen Ressentiments war Anfang der neunziger Jahre, kurz nach der Wiedervereinigung, mittels politischer Instrumentalisierung und medialer Skandalisierung ein explosives Gemisch entstanden.

Wie konnte es so weit kommen? An den Autoren des Grundgesetzes lag es nicht, die 1949 in den Artikel 16 Absatz 2 der neuen Verfassung einen knappen zweiten Satz geschrieben hatten: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.« Der Satz war die unmissverständliche Selbstverpflichtung, aus den Erfahrungen der NS-Zeit zu lernen. Und er sollte ein Signal an die Weltgemeinschaft sein. Die Verfassungsverfasser hatten sich dabei auf den großzügigsten gemeinsamen Nenner verständigt, wohl wissend, dass er ein Risiko barg. »Die Asylgewährung ist immer eine Frage der Generosität«, argumentierte damals Carlo Schmid, SPD-Mitglied im Parlamentarischen Rat, »und wenn man generös sein will, muss man riskieren, sich gegebenenfalls in der Person geirrt zu haben.« Dass einmal Menschen aus wirtschaftlichen Gründen das Schutzrecht nutzen würden, lag angesichts des zerstörten Landes jenseits allen Vorstellungsvermögens.

Das sollte lange so bleiben. Erst Mitte der siebziger Jahre, vor allem als der Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte das Asylrecht zum einzig legalen Einwanderungsweg in die Bundesrepublik machte, wurde die Zahl der Asyl suchenden Menschen zu einer wahrnehmbaren Größe. 1980, im Jahr des Militärputsches in der Türkei, kletterte sie über die Grenze von 100000. Im selben Jahr tauchte auch das Wort »Asyl« erstmals mit dem Anhang »ant« im Duden auf - Asylant wie Simulant, Querulant, Denunziant. Bald stand ein »Schein« davor.

Im Zweijahresrhythmus brachte die Politik nun eilig Asylverfahrensänderungen auf den Weg. Mit teils schikanösen Auflagen für die Flüchtlinge versuchte man die Tür zu schließen. Klagen auf Anerkennung als politisch Verfolgter wurden eingeschränkt. Der Visumszwang für Länder, in denen ein Bürgerkrieg tobte, wie Sri Lanka und Afghanistan, sollte die Flüchtlinge fernhalten. Doch von 1986 an stieg die Zahl der Asylsuchenden weiter.

Und es passierte das, wovor SPD-Fraktionschef Herbert Wehner bereits 1982 gewarnt hatte: »Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefeht.« Bis dahin hatte kaum ein Bundesbürger je einen Flüchtling zu Gesicht bekommen, aber Politik und Medien entdeckten nun das Thema.

CDU-Generalsekretär Volker Rühe macht mobil

1986, vor der Landtagswahl in Bayern, drängte die CSU, das »Asylantenproblem« aufzugreifen. Kanzler Helmut Kohl reagierte zunächst reserviert. Auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler warnte: Die »Geister«, welche die CDU rief, würde sie »nicht mehr loswerden«.

Aber diese Geister waren längst da. Zur Bundestagswahl 1987 machte die Union die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl doch noch zur Forderung. Die SPD zog auf ihre Weise mit. Ihr Kanzlerkandidat Johannes Rau rühmte sich im September 1986 in einem Flugblatt, nicht Helmut Kohl, sondern er habe das Honecker-Regime dazu gebracht, die Einreise vor allem tamilischer Flüchtlinge über den Flughafen Schönefeld nach West-Berlin zu stoppen: »SPD macht,s möglich - DDR stoppt Asylanten-Transit«.

Lichterketten und SPD-Asylanten Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik.
Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit

Bald nach der Wiedervereinigung geht es weiter. 1991 haben die alten Bundesländer den Zuzug von 400000 Spätaussiedlern aus dem östlichen Europa und 300000 Übersiedlern aus der untergegangenen DDR zu verkraften. Zum öffentlichen Problem wird jedoch nur eine Gruppe: 256000 neue Asylbewerber, die durch den zerrissenen Eisernen Vorhang gen Westen ziehen. Kommunen, die zur Aufnahme der Flüchtlinge verpflichtet sind, müssen eilig Notunterkünfte schaffen. Bürgermeister ächzen unter den Kosten. Anwohner reagieren verunsichert bis offen aggressiv auf die fremden Nachbarn.

Im September 1991, kurz vor der Bürgerschaftswahl in Bremen, macht Geißlers Nachfolger im Amt des CDU-Generalsekretärs, Volker Rühe, mobil. In einem Rundschreiben fordert er seine Partei auf, die »besorgniserregende Entwicklung von Asylbewerberzahlen« in allen Stadträten, Kreistagen und Länderparlamenten zum Thema zu machen »und die SPD dort herauszufordern, gegenüber den Bürgern zu begründen, warum sie sich gegen eine Änderung des Grundgesetzes sperrt«. Handreichungen, wie man dabei den Volkszorn schürt, liefert Rühe frei Haus: Musterentwürfe für Ratsbeschlüsse und Presseerklärungen. So sollen die CDU-Mandatsträger fragen, wie viele Kindergärten sich mit dem Geld für die Flüchtlingsversorgung finanzieren ließen oder wie viel Unterricht ausfiel, weil Notunterkünfte Schulen und Turnhallen blockierten. Wenn sich die SPD weiter gegen die Grundrechtsänderung sperre, tönt Rühe, sei jetzt jeder Asylant ein »SPD-Asylant«.

Wenige Tage später setzt im sächsischen Hoyerswerda der Mob ein Wohnheim vietnamesischer Vertragsarbeiter in Brand. Bei den Landtagswahlen im April 1992 triumphiert Rechtsaußen: Die »Republikaner« kommen in Baden-Württemberg auf 10,9, in Schleswig-Holstein schafft die DVU 6,3 Prozent.

Die SPD gerät zunehmend unter Druck - vor allem den der eigenen Basis. Denn die Antragszahlen steigen weiter. Was aus Statistiken, Medien und Politik nicht an die Öffentlichkeit dringt: Zehntausende der Schutzsuchenden sind Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem auseinandergebrochenen Jugoslawien, die man ins Asylverfahren gedrängt hat. Auch ist ein Gutteil der praktischen Probleme am Ort qua Gesetz selbstverschuldet: Weil die Flüchtlinge verpflichtet sind, in Sammelunterkünften zu wohnen, sehen sich die Gemeinden oft gleich mit einigen Hundert Fremden konfrontiert. Und weil ein anderes Gesetz den Ankommenden verbietet, zu arbeiten, ächzen Länder und Kommunen unter den Versorgungskosten.

Für rationale Argumente bleibt bei gefühlter Überfremdung kein Raum. Immer alarmistischer wird die Debatte. *Bild* weiß: »Fast jede Minute ein neuer Asylant - die Flut steigt«, und fragt: »Wann sinkt das Boot?« Auch andere Medien kennen nur noch »Wellen«, »Fluten«, »Ströme« und das »volle Boot« namens Deutschland. Ein *Spiegel*-Titel zeigt Tausende auf ein Boot drängen im »Krieg des dritten Jahrtausends«.

Längst klagen auch SPD-Bürgermeister, sie hätten nicht einmal mehr Platz für eine Asyl suchende »afrikanische Ameise«. In Umfragen wird das »Asylantenproblem« zur Sorge Nummer eins der Deutschen.

Die Debatte läuft völlig aus dem Ruder, und die Politik lässt sie laufen - teils bewusst kalkulierend, teils hilflos getrieben. Im August 1992 eskaliert die Lage. In Rostock-Lichtenhagen sammeln sich um die Zentrale Asylstelle von Mecklenburg-Vorpommern Hunderte Schaulustige und gewalttätige Aufwiegler, Pogromstimmung liegt in der Luft. Zur selben Zeit lädt SPD-Chef Björn Engholm die Spitzen seiner Partei auf den Petersberg bei Bonn. Überraschend für viele Genossen verkündet er einen Kurswechsel: Unter bestimmten Konditionen seien die Sozialdemokraten zu einer Änderung der Verfassung bereit. Wenige Stunden später können sich in Rostock-Lichtenhagen hundert Vietnamesen nur mit Glück vor dem brandstiftenden Mob retten. Innenminister Seitzers zieht aus den Rostocker Nächten die Konsequenz: »Wir müssen handeln gegen den Missbrauch des Asylrechts.« Für Herbert Leuninger, den damaligen Pro-Asyl-Sprecher, ist das Ganze noch heute ein Symbol für »ein bizarres Zusammenspiel von Politik und gewalttätigem Mob«.

Engholms Bereitschaft, das Asylrecht anzutasten, trifft die SPD in ihren Grundfesten. Die Parteilinke erzwingt einen Sonderparteitag. Als die 438 Delegierten am 16. November in der Bonner Beethovenhalle zusammenkommen, sind bereits einige Hunderttausend für ein »Hände weg vom Asylgrundrecht!« auf die Straße gegangen. Die 5000 Unterzeichner des *Hamburger Manifestes*, an der Spitze Günter Grass, Siegfried

Lichterketten und SPD-Asylanten Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik.
Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit

Lenz, Ralph Giordano, mahnen die Partei. »Wenn es so etwas wie eine Aura der Verfassung gibt, dann ist es das deutsche Asylrecht des Artikels 16 Grundgesetz, das einzige Grundrecht, das sich nach den weltweiten Verheerungen der Nazis an alle politisch verfolgten Weltbürger wendet.« Diese Verfassungsnorm als Reaktion auf rechtsradikalen Terror zu opfern sei schändlich. Auch der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignatz Bubis, protestiert.

Alles vergeblich. Zwei Tage lang debattiert die SPD. Am Ende ringt sich die Mehrheit zu einer Grundgesetzänderung durch. Im Gegenzug fordern die Sozialdemokraten ein umfangreiches Integrationspaket für Einwanderer.

Eine Woche später zünden in Mölln Rechtsradikale die Häuser zweier türkischer Familien an. Zwei Mädchen und eine Frau sterben, neun Menschen überleben schwer verletzt. Sie sind keine Asylbewerber.

Günter Grass schickt sein SPD-Parteibuch zurück

In diesem Klima der Gewalt kommen am Samstag, dem 5. Dezember, in Bonn die Unterhändler von SPD, CDU/CSU und FDP zu einer finalen Verhandlungsrunde zusammen. Um Mitternacht unterbricht man die Gespräche. Zu weit scheint die Kluft zwischen Unionshardlinern und SPD-Parteitagsbeschlüssen. Gerhard Schröder, damals Ministerpräsident von Niedersachsen, denkt gar an Abbruch. Doch am Sonntag verhandelt man weiter. Am Abend des 6. Dezember setzen in München fast 400000 Demonstranten mit einer Lichterkette ein eindrucksvolles Zeichen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit. Fast zur selben Zeit treten in Bonn die Verhandlungsführer von Union und SPD vor die Presse. Sichtlich erleichtert verkünden Unions-Fraktionschef Wolfgang Schäuble und sein SPD-Kollege Hans-Ulrich Klose den Kompromiss. Beide sprechen von einem »Signal der Versöhnung«.

Die Folgen sind gravierend: Deutschland hält zwar am Grundrecht auf Asyl fest. Aber der Artikel 16 wird deutlich eingeschränkt: Antragsteller, die über einen als sicher eingestuften Drittstaat eingereist sind, können kein Asyl mehr erhalten. Ein finanziell versüßtes Abkommen mit Polen und Tschechien, die damals noch nicht der EG (EU) angehören, soll garantieren, dass auch diese Nachbarn Flüchtlinge, die über ihre Grenzen nach Deutschland gelangt sind, zurücknehmen. Zugleich soll eine Liste von »verfolgungsfreien« Herkunftsstaaten die rasche Abschiebung ermöglichen. Bürgerkriegsflüchtlinge hingegen bekommen einen eigenen Aufenthaltsstatus, damit sie nicht mehr die Asylstatistiken belasten.

Noch am selben Tag müssen die SPD-Unterhändler einräumen, dass ihre Forderungen nach besserer Integration auf der Strecke geblieben sind: Doppelte Staatsbürgerschaft, Einwanderungsgesetz, kommunales Wahlrecht, Erhöhung der Entwicklungshilfe bleiben - teils bis heute - uneingelöste Versprechen.

Bei den Kritikern sorgt der Kompromiss für einen Sturm der Entrüstung. »Blanke Heuchelei«, schreibt die *ZEITUNG*. In einem von lauter sicheren Drittstaaten umgebenen Deutschland könnten Asylbewerber künftig nur noch dann Schutz finden, wenn sie »mit dem Fallschirm über der Lüneburger Heide abspringen«, wettet Pro-Asyl-Mann Leuninger. Günter Grass schickt wenig später sein SPD-Parteibuch zurück.

Am 26. Mai 1993 stimmt der Bundestag in letzter Lesung ab. Das Regierungsviertel in Bonn gleicht einer Festung. 10000 Demonstranten umzingeln das Bundeshaus. Viele Abgeordneten können den Plenarsaal nur per Hubschrauber oder Rheinschiff erreichen. Nach zwölfstündiger Debatte das Abstimmungsergebnis: 521 Ja-Stimmen, 132-mal Nein. Zwar sind fast die Hälfte der SPD-Abgeordneten bei ihrer Ablehnung geblieben, dazu die Parlamentarier der PDS und vom ostdeutschen Bündnis 90, und auch sieben Abgeordnete der mitregierenden FDP haben liberalen Kurs gehalten. Doch geholfen hat es nicht: Um 22.03 Uhr ist das uneingeschränkte Grundrecht auf politisches Asyl endgültig Geschichte.

Die Debatte, die das Land erregte und spaltete, findet damit ihr Ende. Aber der viel beschworene »innere Frieden« lässt auf sich warten. Drei Tage nach der Bonner Entscheidung zünden in Solingen Rechtsradikale, darunter der Sohn eines Arztes, das Haus der türkischstämmigen Familie Genç an. Fünf Menschen kommen in den Flammen um.

Lichterketten und SPD-Asylanten Die Debatte um das Grundrecht auf Asyl zerriss vor 20 Jahren die Republik.
Am 6. Dezember 1992 endete der erbitterte Streit mit

Was hat der Asylkompromiss gebracht? Heute sehen sich sowohl seine entschiedensten Gegner als auch seine Befürworter in ihrem damaligen Urteil bestätigt. »Richtig und notwendig« sei die Grundgesetzänderung gewesen - daran hält Ex-Innenminister Seiders fest. »Es ist der Bundesrepublik gelungen, die eigene Abwehrpolitik auf die EU zu übertragen und dort noch zu verschärfen«, bilanziert Pro-Asyl-Veteran Leuninger bitter. Auch Michael Lindenbauer, Vertreter des UN-Flüchtlingskommissars in Deutschland, kritisiert, unter Berufung auf den Asylkompromiss spiele die Bundesrepublik den Bremser bei allen Reformen des europäischen Flüchtlingsrechts.

Die Statistiken sprechen eine eindeutige Sprache: Vom Höchststand 1992 ist die Zahl der Antragsteller innerhalb weniger Jahre jäh gesunken - von knapp 440000 auf knapp 20000. Das war 2007 und markierte vorerst den Tiefststand. Wie viele Menschen seit 1992 illegal nach Deutschland kamen und hier rechtlos Schutz oder ein besseres Leben suchten, zählt keine Statistik. So wenig wie die Zahl derjenigen, die an den hohen Hürden des neuen Asylrechts verzweifelt sind oder gar bei ihrer Odyssee ums Leben kamen.

Nach 1992 wurde das Flüchtlingsproblem auf die Nachbarn in Ost- und Südeuropa abgeschoben. Dabei sind die flüchtenden Menschen selbst aus dem Blickfeld verdrängt. So konnte der Asylkompromiss tatsächlich befrieden - aber auf trügerische Weise und zum Nachteil vieler, die Schutz nötig hätten. Immerhin hat er der Republik eine innenpolitische Atempause verschafft. Die Gemüter sind abgekühlt, und vielleicht ist eine rationale Debatte über Einwanderung jetzt endlich möglich.

Vielleicht. Denn noch wirkt der monströse Streit von damals nach. Seit drei Jahren steigt die Zahl der Antragsteller wieder. Ende dieses Jahres wird sie über 50000 liegen. Umgerechnet auf seine Bevölkerungszahl, befindet sich Wirtschaftsprimus Deutschland damit gerade mal im europäischen Mittelfeld. Doch offenbar reicht schon diese Dimension, um die alte Panikmache zu beleben.

Die Déjà-vus jedenfalls mehren sich. Als das Verfassungsgericht in diesem Sommer die drastischen Sozialleistungskürzungen für Flüchtlinge - einst im Windschatten des Asylkompromisses beschlossen - als verfassungswidrig verwarf, war im Weblog von *Bild.de* die Hölle los. So hasserfüllt und hetzend waren die Leserkommentare, dass die Redaktion die Einträge kurzerhand löschte.

Die Autorin ist Journalistin und lebt in Berlin

1992 demonstrierten auch in Hamburg Hunderttausende gegen den Fremdenhass

Load-Date: March 25, 2022